

 **Freiheit  
Solidarität  
Gerechtigkeit**

# Protokoll

**26. Bundesparteitag**

**Ludwigshafen  
23.-25. Oktober  
1978**

**CDU**  
 **sicher  
sozial  
und frei**

**Herausgeber:** Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn

**Druck:** Pfälzische Verlagsanstalt GmbH, 6740 Landau/Pfalz

**26. Bundesparteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Ludwigshafen, 23.—25. Oktober 1978**

# I n h a l t

	<u>Seite</u>
1. Eröffnung	7
2. Wahl des Tagungspräsidiums	9
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung	9
4. Bestätigung und Ergänzung der vom Bundes- vorstand eingesetzten Antragskommission	9
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission	9
6. Wahl der Stimmzählkommission	9
7. Grußworte	
- Dr. Werner Ludwig, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen	15
- Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz	18
8. Bericht des Parteivorsitzenden	24
9. Bericht des Generalsekretärs	45
10. Aussprache zu den Berichten	57
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission	108
12. Einführung in die Beratungen des Ent- wurfs für ein Grundsatzprogramm	113
13. Beratung des Entwurfs für ein Grund- satzprogramm	121
14. Anträge auf Änderung des Bundesstatuts	311
15. Sonstige Anträge	306, 379
16. Schlußrede des Parteivorsitzenden	381

Anhang I:

Grundsatzprogramm der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Anhang II:

Beschlußprotokoll

Erster Verhandlungstag  
Montag, den 23. Oktober 1978

1. Plenarsitzung  
Beginn: 10.41 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Hiermit eröffne ich den 26. Parteitag der CDU Deutschlands und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich, die Sie aus allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland hierher in meine Heimatstadt Ludwigshafen gekommen sind.

(Beifall)

Dieser Parteitag findet in einem wichtigen Abschnitt des politischen Geschehens in unserem Volke statt. Er findet in der Mitte der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages statt. Er findet statt am Abschluß einer Serie von Landtagswahlen und am Vorabend von wichtigen Landtagswahlentscheidungen im nächsten Jahr.

Wir, die CDU, haben die beiden letzten Jahre nach der Bundestagswahl im Oktober 1976 dazu genutzt, um das Vertrauen, das uns unsere Wähler und Mitbürger schenkten, zu festigen und auszubauen. In den Ergebnissen der Landtagswahlen wurde deutlich, daß es der Union in allen Ländern, in denen solche Wahlen stattfanden, gelang, das Ergebnis der Bundestagswahl zu übertreffen.

Meine Freunde, wir haben uns hier auf diesem Parteitag in Ludwigshafen zusammengefunden, um die politische Arbeit der beiden Jahre, die vor uns liegen und die gekrönt sein werden in der Arbeit und im Kampf um die Bundestagswahl 1980, vorzubereiten. Wir wollen durch eine solide programmatische Grundlage, durch die Beratung und Verabschiedung unseres Grundsatzprogramms hier, ein wesentliches Stück des Weges bereiten, der vor uns liegt.

Die 675 000 Mitglieder der CDU Deutschlands, viele Sachverständige, viele Freunde und Gönner außerhalb unserer Partei haben die letzten Monate dazu genutzt, diesen Programmparteitag der CDU mit einer Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen, auch konstruktiver Kritik, vorzubereiten. Meine Freunde, ich rufe Sie alle auf, aufbauend auf dieser Vorarbeit, sachlich und persönlich engagiert diesen Grundsatzprogrammentwurf zu beraten und so zu verdeutlichen, daß die CDU die diskussionsfreudige, die offene, die freiheitliche, die entscheidungsfreudige Volkspartei Deutschlands ist, die in ihrer bürgernahen und zukunftsorientierten Politik in einer anspruchsvollen Weise aus ihren Grundsätzen heraus ihr Bild des Weges in die Zukunft deutlich machen kann.

Meine Freunde, ich rufe Sie auf, in dieser Diskussion in freundschaftlicher Gesinnung, in Loyalität, in Disziplin und in der Konzentration auf das Wesentliche unser Grundsatzprogramm zu verabschieden. Das Ergebnis muß sein, daß wir gemeinsam ein Programm gestalten, das von allen unseren Mitgliedern und Freunden getragen wird und das ein entscheidendes Stück Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft und Prinzipientreue unserer Partei nach draußen deutlich macht.

Meine lieben Freunde, verehrte Gäste, der großen Tradition unserer Partei entsprechend, wollen wir vor Eintritt in die Tagesordnung unserer verstorbenen Freunde gedenken:

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich darf stellvertretend für die vielen, die in den Jahren seit unserem letzten Bundesparteitag von uns gegangen sind, nennen:

Prof. Dr. Ludwig Erhard, geboren 1897, gestorben 1977, Bundesminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der CDU Deutschlands.

Peter Altmeier, geboren 1899, gestorben 1977, Mitbegründer der CDU, langjähriger Vorsitzender der CDU von Rheinland-Pfalz und über zwei Jahrzehnte hindurch Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Franz Böhm, geboren 1895, gestorben 1977, Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Frankfurt, langjähriges Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.

Wilhelm Peter Brand, geboren 1900, gestorben 1977, seit 1945 Stadtverordneter seiner Heimatstadt Remscheid, durch viele Jahre hindurch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Prof. Dr. Fritz Burgbacher, geboren 1900, gestorben 1978, Mitglied des Deutschen Bundestages, langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, Schatzmeister der CDU Deutschlands.

Anton Dichtel, geboren 1901, gestorben 1978, Mitbegründer der CDU, Regierungspräsident in Südbaden, durch viele Jahre hindurch Vorsitzender des Landesverbandes Südbaden.

Erich Grosskopf, geboren 1903, gestorben 1978, durch lange Jahre hindurch Vorsitzender der CDU-Fraktion im hessischen Landtag.

Franz Hildenbeutel, geboren 1917, gestorben 1977, durch drei Jahrzehnte hindurch Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bergstraße.

Eugen Leibfried, geboren 1897, gestorben 1978, Mitglied des Deutschen Bundestages und langjähriger Landwirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg.

Walter Mentzel, geboren 1899, gestorben 1978, durch viele Jahre hindurch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein.

Josef Mick, geboren 1914, gestorben 1978, Mitbegründer der CDU und der Sozialausschüsse, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Franz Varelmann, geboren 1904, gestorben 1978, Mitbegründer der CDU und der Sozialausschüsse, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Wilhelm Schepers, geboren 1927, gestorben 1977, Landesgeschäftsführer der CDU Bremen und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Dr. Artur Sträter, geboren 1902, gestorben 1977, Mitbegründer der CDU und langjähriger Justiz- und Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Hans Toussaint, geboren 1902, gestorben 1977, Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Bundestagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Essen.

Wir trauern um Flugkapitän Jürgen Schumann, geboren 1939, ermordet 1977.

Wir trauern um Hanns Martin Schleyer, geboren 1915, ermordet 1977.

Wir trauern um Aldo Moro, geboren 1916, ermordet 1978.

Wir wollen unseren toten Freunden ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen.

Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf: Wahl des Tagungspräsidiums

Die Vorlage des Bundesvorstandes liegt Ihnen vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag gemäß der Unterlage, die Ihnen überreicht wurde, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich darf das Tagungspräsidium bitten, seinen Platz einzunehmen.

Ich rufe den Punkt 3 der Tagesordnung auf: Beschlußfassung über die Tagesordnung

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die vorliegende Tagesordnung ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bestätigung und Ergänzung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Die Unterlage liegt Ihnen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Werden Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf: Wahl der Mandatsprüfungskommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Werden Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Punkt 6 der Tagesordnung auf: Wahl der Stimmzählkommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Herr Tagungspräsident, ich darf Sie bitten, nunmehr die Geschäfte zu übernehmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Tagungspräsidium dankt Ihnen für das Vertrauen. Wir wollen Ihnen versprechen, die Verhandlungen des Bundesparteitages ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten. Wir bitten Sie alle recht herzlich um Ihre Unterstützung und um Ihre Hilfe.

Wir haben zu Beginn des Parteitages die Freude, zahlreiche Gäste bei uns willkommen heißen zu können. Ich begrüße sie alle, vor allem die, die ich fehlerhafterweise nicht namentlich begrüße.

Ich begrüße zunächst den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigs-  
hafen, Herrn Dr. Werner Ludwig.

( Beifall )

Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für die gastliche Aufnahme, die Ihre Stadt, die ja die Heimatstadt unseres Bundesvorsitzenden ist, diesem Parteitag hat zuteil werden lassen. Ich danke Ihnen für alle, die uns bei unseren Vorbereitungen so tatkräftig unterstützt haben.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, für den ökumenischen Gottesdienst heute morgen danke ich mit besonderem Respekt und mit besonderem Dank für die Worte, die Sie gesprochen haben, dem Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche der Pfalz, Herrn Heinrich Kron, und dem Bischof von Speyer, Herrn Professor Dr. Friedrich Wetter.

( Beifall )

Ich bedanke mich für den Dienst am Altar bei Herrn Dekan Dr. Borggreve und bei Herrn Dekan Erich Ramstetter.

( Beifall )

Der Parteitag heißt willkommen den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Prälaten Heinz-Georg Binder, und den Beauftragten der Evangelischen Kirche im Lande Rheinland-Pfalz, Herrn Kirchenrat Wilhelm Kentmann.

( Beifall )

Für die katholische Kirche begrüße ich den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herr Domkapitular Paul Bocklet, und den Leiter des Kommissariats der Bischöfe von Rheinland-Pfalz, Herrn Prälaten Roland Ries.

( Beifall )

Eine besondere Freude ist es mir, auch auf diesem Parteitag den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann, willkommen heißen zu dürfen.

( Beifall )

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund begrüße ich seine stellvertretende Vorsitzende, Frau Maria Weber, und das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Herrn Martin Heiß.

( Beifall )

Ich begrüße den Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Herrn Hermann Brandt.

( Beifall )



Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause.

(Beifall)

Ich richte einen Willkommensgruß an den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Günter Volmer.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, daß neben den Repräsentanten der gewerkschaftlichen Dachorganisationen auch eine große Zahl der Mitgliedsverbände durch ihre Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorstandsmitglieder hier vertreten sind.

Ein herzliches Grußwort richte ich an den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, an unseren Freund Alfons Müller.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Ich heiße willkommen den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Dr. Hans Kern.

(Beifall)

Herzlich heiße ich in unserer Mitte willkommen den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Professor Dr. Rolf Rodenstock, und den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Otto Esser.

(Beifall)

Für den Zentralverband des Deutschen Handwerks begrüße ich seinen Vizepräsidenten, Herrn Georg Schulhoff,

(Beifall)

für den Deutschen Bauernverband seinen Vizepräsidenten, Herrn Heinz Bockhop.

(Beifall)

Ich begrüße den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn Paul Broicher.

(Beifall)

Ich freue mich, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Josef Stingl hier begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Ich richte ein Wort des herzlichen Willkommens an den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herrn Rudolf Kleine.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Herrn Oswald Engel, und heiße den Vizepräsidenten des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands, Herrn Ludwig Hönle.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Zentralverbands der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Herzlich willkommen heiße ich den Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände, unter ihnen das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, Herrn Dr. Hans Tiedecken.

(Beifall)

Für den Deutschen Sportbund begrüße ich seine Vizepräsidenten, Herrn Hans Hansen und Graf Landsberg-Velen.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Herrn Dr. Herbert Czaja, und dem Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Herrn Joachim Dorenburg.

(Beifall)

Ich begrüße den Herrn Generalbundesanwalt Rebmann.

(Beifall)

Ich begrüße den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Karl-Wilhelm Berkhan.

(Beifall)

Als den Repräsentanten der deutschen Bundeswehr begrüße ich Herrn Generalmajor Horst-Bodo Schuwirth.

(Beifall)

Für den Deutschen Bundeswehr-Verband begrüße ich seinen Vorsitzenden, Herrn Heinz Volland.

(Beifall)

Unser Willkommensgruß gilt allen Vertretern von Rundfunk, Presse und Fernsehen, allen, die gekommen sind, um von diesem Parteitag zu berichten, und allen, die ihre Anstalten hier vertreten, insonderheit den Herren Intendanten von ARD und ZDF.

(Beifall)

Und jetzt, meine Damen und Herren, habe ich die Freude, mit großer Herzlichkeit den Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, willkommen zu heißen.

(Lebhafter Beifall)

Ihnen, Herr Kiesinger, und allen, die im Namen der Union Verantwortung für unser Land getragen haben und tragen, will ich hier ein herzliches Wort des Dankes sagen. Für die vielen, die dies für uns alle getan haben, nenne ich außer Ihnen stellvertretend Frau Änne Brauksiepe und Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, unser Reden von der Familie wäre tönernes Gerede, wenn wir nicht auch an die Angehörigen der Familien dächten. Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit die Witwe von Herrn Professor Süsterhenn.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Justizminister außer Diensten Karl Weber und Herrn Dr. Ludger Westrick, dem ich zusätzlich zu seinem heutigen 84. Geburtstag gratuliere.

(Beifall)

Für unsere Freunde aus der Christlich Sozialen Union heiße ich zur Stunde mit besonderer Herzlichkeit willkommen den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, unseren Freund Richard Stücklen.

(Beifall)

Wir erwarten für morgen mit Freude die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, Frau Mathilde Berhofer-Weichner und unseren Freund Dollinger.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe die Freude, auch auf diesem Parteitag viele Freunde aus unseren ausländischen Schwesterparteien begrüßen zu können. Ich begrüße sehr herzlich unsere befreundeten Parteien in Europa, die unseren Parteitag mit Aufmerksamkeit verfolgen und die eine große Zahl von Repräsentanten nach Ludwigshafen entsandt haben, um ihre Verbundenheit mit der CDU Deutschlands zu unterstreichen.

Es ist mir eine besondere Freude, den Mann begrüßen zu können, der nach vielen Jahren als Vorsitzender der Parlamentsfraktion nach dem tragischen Ende von Aldo Moro an die Spitze unserer italienischen Schwesterpartei, der Democrazia Cristiana, getreten ist: ich heiße willkommen Flaminio Piccoli.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Mit großer Freude begrüße ich die Vertreter der spanischen UCD, den Generalsekretär Arias Salgado und den Internationalen Sekretär Ruperez.

(Beifall)

Ebenfalls aus Spanien begrüße ich ganz herzlich unseren langjährigen Freund, den Vorsitzenden der katalanischen Christdemokraten, Anton Canellas.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt unseren Freunden des Centro Democartico Sozial aus Portugal und dessen stellvertretendem Vorsitzenden, Amaro da Costa.

(Beifall)

Aus den Niederlanden sind unsere Freunde Oliemans und Dr. Kruijsinga zu uns gekommen. Beide haben viele Parteitage begleitet und sind herzlich willkommen.

(Beifall)

Mein Gruß geht an unsere Freunde von der Konservativen Partei Großbritanniens, die ihren arbeitspolitischen Sprecher, Barney Hayhoe, zu uns geschickt haben.

(Beifall)

Den konservativen Freunden Großbritanniens allen Erfolg für die nationalen Wahlen in England im kommenden Jahr!

(Beifall)

Aus Skandinavien begrüße ich zwei Freunde: den Fraktionsvorsitzenden der Sammlungspartei Schwedens, Bertil Lidgard, und Harald Lied aus Norwegen.

(Beifall)

Sehr herzlich heiße ich den Vertreter der Nea Demokratia Griechenlands, Herrn Dino Diamandidis, willkommen.

(Beifall)

Wir begrüßen den Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaften, unseren Freund Lorenzo Natali.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit begrüße ich darüber hinaus in unserer Mitte die zahlreichen Repräsentanten des Diplomatischen Corps, ihre Exzellenzen die Botschafter, Gesandten und Mitglieder der Missionen und der konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, die auch heute wieder in ungewöhnlich grosser Zahl Gäste unseres Parteitags sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für einige wenige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf des Parteitags.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen nach § 6 Abs. 2 folgende Fristen für die Abgabe von Anträgen zu den Tagesordnungspunkten 13, 14 und 15 vor. Wir schlagen Ihnen vor, zum Tagesordnungspunkt 13 - Beratung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm - für die Abschnitte Präambel, I und II - "Verständnis vom Menschen" und "Grundwerte" - die Antragsfrist auf heute abend 18 Uhr anzusetzen. Wir schlagen Ihnen vor, für die Abschnitte III und IV - "Entfaltung der Person" und "Soziale Marktwirtschaft" - die Antragsfrist auf morgen, Dienstag, 11 Uhr festzusetzen, die Antragsfrist für den Abschnitt V - "Der Staat" - auf morgen, 16 Uhr und für den Abschnitt VI, der die Außenpolitik betrifft, auf morgen, 19 Uhr.

Für den Tagesordnungspunkt 14 - Anträge auf Änderung des Bundesstatuts - schlagen wir vor, das Ende der Antragsfrist auf heute, 16 Uhr, festzusetzen, für den Tagesordnungspunkt 15 - Sonstige Anträge - schlagen wir vor, die Antragsfrist am Mittwoch um 9.30 Uhr zu schließen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diesen Fristen zustimmen möchten, dann bitte ich um Ihr Zeichen mit der Karte. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist einstimmig gemäß den Vorschlägen beschlossen. Wir werden eine schriftliche Aufstellung dieser Fristen an die Delegierten verteilen.

Und nun erteile ich das Wort zu einem Gruß der gastgebenden Stadt Ludwigshafen deren Herrn Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig.

Dr. Werner Ludwig, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen: Sehr verehrter Herr Vorsitzender Dr. Kohl! Sehr verehrter Herr Sitzungspräsident Dr. Vogel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre, Sie im Namen der Bürgerschaft dieser Stadt, im Namen des Stadtrates und der Stadtverwaltung in Ludwigshafen recht herzlich willkommen zu heißen. Wir sind stolz darauf, daß Sie Ludwigshafen als Tagungsort für diesen doch so wichtigen Bundesparteitag ausgewählt haben. Ich hatte eigentlich zunächst vor, mich für manche Unzulänglichkeiten in dieser Halle zu entschuldigen. Wenn man hier steht und sieht, wie hervorragend sie sie hergerichtet haben, ist man eigentlich geneigt, zu meinen, es könnte alles bestens ablaufen. Wenn dennoch die eine oder andere Panne passiert, dann bitte ich zu bedenken, daß diese Halle ursprünglich nicht als Kongreßhalle gebaut war, sondern in erster Linie als Ausstellungshalle, als Sporthalle. Aber ich glaube, Sie haben bewiesen, daß sie auch als Kongreßhalle geeignet ist. Hoffen wir jedenfalls, daß dies auch noch am Ende Ihrer Tagung festgestellt werden kann und daß Ihrem Beispiel viele andere dann folgen werden.

(Beifall)

Ich hoffe, auch wenn die eine oder andere Unzulänglichkeit festzustellen wäre, daß Sie die Atmosphäre dieser Stadt wieder versöhnt, daß Ihnen die Stadt entsprechende Arbeitsbedingungen für diese Tagung bietet und Sie sich wohlfühlen.

Warum wir so stolz sind, daß eine so wichtige Tagung nach Ludwigshafen kommt, können Sie ermessen; wenn ich ganz kurz einiges über die Geschichte dieser Stadt berichte. Ich möchte es aber nicht mit eigenen Worten tun, denn da besteht die Gefahr der Subjektivität, sondern ich will den ersten Hallendirektor zitieren, der einmal in einem Aufsatz "Besinnlich Heiteres über Ludwigshafen und die Ludwigshafener" folgendes über unsere Stadt geschrieben hat:

Ludwigshafen am Rhein ist eine Stadt in den besten Jahren. Das ist mehr wert als ein hohes Alter, das bekanntlich oft Ruhm und Weisheit, aber auch mancherlei Beschwerden mit sich bringt. Daß die Stadt noch im schönsten Alter ist, verdankt sie nicht ihrem Vater, dem Rhein. Der war schon immer zeugungslustig und -kräftig. Die zahlreichen alten Städte an seinem Ufer beweisen es. Die Stadt muß sich vielmehr bei ihrer Mutter, der Rheinschanze, bedanken. Diese, ein Vorwerk der Feste Mannheim, war bereits über 200 Jahre alt, als sie das Kind Ludwigshafen gebar. Warum sie so lange unfruchtbar blieb, wird jedem sonnenklar, dem der Krieg nicht das Maß aller Dinge ist. Man kann nun einmal nicht zwei Herren dienen. Militärische Aufgabe läßt sich mit Mutterschaft nicht vereinbaren. Kaum, daß die Rheinschanze den Militärrock mit dem Handelskleid getauscht hatte, konnte sie auch schon das freudige Ereignis verkünden.

Nun eine Rückblende in die Anfänge dieser Stadt:

Schon vor 100 Jahren wunderte sich Wilhelm Heinrich Riehl, der liebenswürdige Schilderer Pfälzer Wesens und pfälzischer Landschaften über sie (diese Ludwigshafener) und ihre Stadt: "... Eine Stadt ..., so jung, daß sie noch keinen Gottesacker habe, doch aber schon zeitweilig ein Tivoli-Theater; eine Stadt, die früher ein Casino besessen als eine Kirche; ... eine Stadt, die Pflastergeld erhebt, obgleich sie noch gar kein Pflaster aufzuweisen hat und deren Marktplatz vor einigen Jahren noch derge-

stalt von Wasserlöchern durchfurcht gewesen sei, daß man sprichwörtlich sagte: 'Ein Pferd könne auf dem Markt ersaufen.'"

Im Jahre 1911 schien das schon etwas besser geworden zu sein. Ein kurzes Zitat eines Berliners, der im "Berliner Anzeiger" folgendes über Ludwigshafen vermerkte:

Also eine Arbeiterstadt, in deren Straßen es wie in einem Ameisenhaufen wimmelt, wenn die Fabrikglocke Mittag oder Feierabend läutet. Reihen von kleinen und schmucklosen, eng aneinandergerückten Häusern, aus denen vereinzelt prächtige Neubauten, Eisenbahndirektionsgebäude, Bankpaläste und ein paar Privathäuser emporragen. In den Schaufenstern billige Massenartikel, in Massen ausgelegt und ihre Billigkeit in schreienden Auszeichnungen angepriesen. Die "besseren Leute" - der schreckliche Ausdruck stammt nicht von mir, sondern ich höre ihn hier von allen Menschen als gleichbedeutend mit wohlhabenden Leuten - fahren mit der Elektrischen über den Rhein und kaufen in Mannheim. Ludwigshafener Detailgeschäfte müssen sich auf Arbeiterwochenlöhne einrichten. Sogar der Wochenmarkt auf dem Ludwigplatz am Bahnhof ist mager besetzt - Endiviensalat, Kohlköpfe, Mohrrüben, Kartoffeln.

Der Philosoph Ernst Bloch, der große Sohn unserer Stadt, war dann Ende der 20er Jahre etwas optimistischer und meinte:

"Orte wie Ludwigshafen sind die ersten Seestädte auf dem Land, fluktuierend, aufgelockert, am Meer einer unstatistischen Zukunft."

Und nun das Votum eines Berliners heute, der seit 20 Jahren in Ludwigshafen lebt und zu seinem 60. Geburtstag einen kleinen Aufsatz über diese Stadt verfaßt hat. Er vermerkt:

"Mancher Globetrotter wird mich für einen Banansen halten, wenn ich behenne, daß ich Ludwigshafen durchaus für eine Stadt halte, in der sich leben läßt."

Es erhebt sich die Frage: Wie war dieses Wunder überhaupt möglich, aus diesen Sümpfen in Ludwigshafen eine heute blühende Stadt zu schaffen? Ich glaube, dies ist zunächst einmal der Mentalität der Pfälzer, der Ureinwohner, zu verdanken. Hierzu ganz kurz noch einmal Georg Böhn:

"Ja, so waren sie, die Ureinwohner Ludwigshafens, diese Pioniere ohne Furcht und Tadel. Sie gaben sich mit dem Handel nicht zufrieden, suchten nach neuen Quellen der Erwerbstätigkeit, Vorurteile legten sie bald ad acta, waren auch nicht in sattbehäbiger Bürgerlichkeit befangen. Daß sich zu solcher Einstellung das Glück gesellte und ausgerechnet die Mannheimer, wenn auch ungewollt, die Glücksbringer spielten, indem sie einem Friedrich Engelhorn, dem Gründer der "Anilin", die kalte Schulter zeigten und ihn damit nach Ludwigshafen führten, mag man, je nach Einstellung als natürlich oder Zufall bezeichnen. Jedenfalls verstanden sie, das Glück beim Schopf zu fassen und zuzupacken, die Ur-Ludwigshafener. Sie haben diese Ehe mit der Chemie nie zu bereuen brauchen. Sie brachte, wie jede gute Ehe, leidvolle, aber noch mehr freudvolle Stunden. Vor allem aber gestaltete sie sich ungemein fruchtbar. Diese Chemie! Keine reizende, wohlriechende Braut und doch - vielverheißend, verlockend und anziehend; ..."

Dann noch auf die Eigenschaften eingehend meinte er:

"Jedenfalls herrschte für die Chemie in Ludwigshafen immer ein besonders günstiges Arbeitsklima, das nicht nur arbeitswillige, unsentimental anpassungsfähige und zupackende Handarbeiter,

sondern auch Erfinder, Technicker, Kaufleute und Unternehmer aus allen Gauen Deutschlands anzog."

Dies ist die eine Ursache für diese Entwicklung. Die zweite suchen und finden wir in der Selbstverwaltung der deutschen Städte. Diese Selbstverwaltung hat es den Ludwigshafenern ermöglicht, zwar auch Fehler zu machen, aber doch ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Entscheidend war dabei, daß die Wirtschaftskraft dieser Stadt in den Haushalt dieser Stadt ausstrahlte. Aus dem konnte das finanziert werden, was diese Stadt brauchte, um ein blühendes Gemeinwesen zu werden. Deshalb meine Bitte - und dies sei mir auch als Grußredner gestattet -, bei den Beratungen zu bedenken, daß diese Städte auch heute noch Probleme haben. Ich will hier nicht das Klage lied der Städte anstimmen. Sie werden sicherlich da und dort auf unseren Städtetagen gewesen sein und dies gehört haben. Ich meine, wir sind aufgerufen, die Probleme von heute selbst zu lösen. Lassen Sie mich zwei Stichworte nennen. Das eine Stichwort heißt Stadtflucht, rückgehende Einwohnerzahl, das zweite Stichwort ist allgemein nicht so bekannt. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, daß beispielsweise in Ludwigshafen, das über 110 000 Arbeitsplätze verfügt, die Arbeitslosenquote höher ist als im Umlandbereich, der über keine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen verfügt. Was bedeutet dies? Eine beginnende soziale Umschichtung, die gefährvoll werden kann, wenn wir nicht um Abhilfe besorgt sind. Ich meine deshalb, Sie sollten mit dazu beitragen, den Städten die Kraft zur Regeneration zu geben, denn ohne den Herzschlag der Städte werden auch die anderen Organe unserer Gesellschaft verkümmern.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein eher persönliches Wort anfügen. Als bekannt wurde, daß hier ein Grußwort von mir gesprochen würde, hat eine Agentur darauf hingewiesen, daß das Verhältnis Ihres Vorsitzenden zum Ludwigshafener Oberbürgermeister unterkühlt sei. Ich weiß nicht, ob dies der richtige Ausdruck ist. Ich hatte den Eindruck, es sei manchmal eher etwas überhitzt gewesen. Wir haben uns in vielen Debatten zum Teil leidenschaftlich über den richtigen Weg auseinandergesetzt, den es zu gehen gilt. Ich meine aber, gerade Ihre Anwesenheit heute hier sollte von mir und auch von der CDU aus ein klares Bekenntnis dafür sein, daß das Gemeinsame stärker ist als das Trennende.

Wir sollten erkennen, daß die Freiheit unser gemeinsames Ziel ist. Die Demokratie bietet die Voraussetzung dafür, daß wir mit Vehemenz über die richtigen Wege, diese Gesellschaft gerecht zu ordnen, miteinander streiten und ringen können. Deshalb meine ich, es ist eine Selbstverständlichkeit, daß auch Menschen verschiedener Parteilugehörigkeit eben dieses Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen.

Ich darf Sie noch einmal aus vollem Herzen sehr herzlich willkommen heißen. Fritz Heinsch hat in seinem Aufsatz über Ludwigshafen geschrieben: "Zeitgeschichte wurde in Ludwigshafen geschrieben und Sozialgeschichte dazu."

Möge dieser Satz Ansporn sein für Ihre Beratungen, für die ich Ihnen einen guten Erfolg wünsche.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herr Oberbürgermeister, der Parteitag dankt Ihnen für die freundliche Begrüßung, die Sie im Namen der Menschen dieser bedeutenden Industriestadt am Rhein an uns gerichtet haben. Wir danken Ihnen und Ihrer Stadt auch für die Gastfreundschaft, die Sie uns gewähren. Sie haben diese Halle erwähnt. Sie trägt den Namen eines großen deutschen Sozialdemokraten: Friedrich Ebert. Wir wissen und achten, welch wichtigen Beitrag gerade er für die Entwicklung der deutschen Demokratie geleistet hat, und wir sind sicher, daß es auch in seinem Geiste ist, wenn die CDU ihr Grundsatzprogramm in einer Halle beschließt, die seinen Namen trägt. Denn die geistige Auseinandersetzung zu dem besten politischen Ziel für unser Vaterland muß ein Anliegen aller demokratischen Parteien sein.

(Beifall)

Herr Oberbürgermeister, Sie haben uns hier in so freundlicher Weise willkommen geheißen. Wir sind Ihnen dankbar dafür. Ich bin zuversichtlich, daß wir Ihre Stadt in guter Erinnerung behalten werden.

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes Rheinland-Pfalz, unser Freund Dr. Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz: Herr Bundesvorsitzender, verehrte Gäste, liebe Freunde! Als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz heiße ich alle Teilnehmer des 26. Bundesparteitages der CDU herzlich willkommen. Rheinland-Pfalz ist stolz darauf, die Repräsentanten der CDU für drei Tage bei sich zu Gast zu begrüßen.

Unsere Demokratie fußt auf einer breiten Übereinstimmung in den Grundwerten unserer Ordnung. Daher können es alle Bürger dieses Landes nur begrüßen, daß Sie sich anschicken, ein Grundsatzprogramm zu verabschieden und damit den Bezug dieser Partei zu den Grundwerten unserer Ordnung zu verdeutlichen. Allen Bürgern, vor allem aber der jungen Generation unseres Landes, tun Sie damit einen großen Dienst. Denn diese junge Generation fragt nachdrücklich nach unseren Zielen und gibt sich erfreulicherweise nicht mehr zufrieden mit jenen, die uns mit schneller Reformkost über die Legislaturperioden füttern wollen.

(Beifall)

Hinter diesem Land Rheinland-Pfalz, in dem Sie zu Gast sind, steht ein ungeheurer Wandel. Durch den Fleiß seiner Bürger ist in 30 Jahren Erstaunliches geschehen. Und was geschehen ist, ist verbunden mit dem Namen zweier Männer, die durch den Geist der Union geprägt wurden. Es ist verbunden mit dem Namen Peter Altmeier, der aus Trümmerhaufen entlegener Provinzen ein Land gemacht hat,

(Beifall)

und es ist verbunden mit dem Namen Helmut Kohl, dessen Handschrift sich tief in dieses Land eingepreßt hat.

(Beifall)

Unter Helmut Kohl ist aus diesem Land ein hochgeachtetes Land



im Reigen der deutschen Bundesländer geworden. Rheinland-Pfalz ist heute ein Land, auf das seine Bürger stolz sein können und auf das seine Bürger stolz sind. Aber, meine Damen und Herren, es begrüßt Sie nicht nur der Ministerpräsident, es begrüßt Sie auch der Landesvorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz im Namen von 75 000 Mitgliedern. Die CDU ist in diesem Lande nach Wählern und nach Mitgliedern die stärkste politische Kraft.

(Beifall)

Wir sind sehr stolz darauf, daß gerade hier in Ludwigshafen, einem der drei historischen Zentren der deutschen Sozialdemokratie, wo die deutsche Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert - wie ehemals drüben in Leipzig und in Nürnberg-Fürth - in allen demokratischen Wahlen die stärkste Partei gewesen ist, die Union die Chance hat, das unverwechselbare Profil dieser Partei den Wählern wieder klar ins Bewußtsein zu rücken.

Manches, meine Damen und Herren, verbindet uns mit allen demokratischen Parteien. Aber wir sollten auch darauf achten, dem Wähler klarzumachen, was uns unterscheidet, was wir als Christliche Demokraten anders und besser machen wollen.

(Beifall)

Zu dem, was uns unterscheidet, gehört übrigens auch das klare Bekenntnis zum "C" in unserem Parteinamen.

(Beifall)

Und wenn eine Handvoll Geistlicher an dem Gottesdienst heute morgen Anstoß genommen hat, dann sagen wir: Diese Partei hat ihre großen Treffen schon mit kirchlichen Feiern begonnen, als Geistliche noch unterstützten, daß man Gottesdienste machte, und nicht dagegen protestierten.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Und was ökumenische Zusammenarbeit betrifft: Gab und gibt es in Deutschland eine stärkere Volksbewegung für ökumenische Zusammenarbeit als die durch das Feuer des Nationalsozialismus geprägte Entschlossenheit unserer Väter, als Katholiken und Protestanten gemeinsam eine politische Union zu schaffen?!

(Erneuter lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Die Partei dieses Landes rüstet sich zur Zeit für drei Wahlkämpfe im ersten Halbjahr 1979. Wie Sie alle, wählen wir am 10. Juni Europa. Am gleichen Tag haben wir Kommunalwahlen, in denen ein ungewöhnlich günstiges Ergebnis unter ungewöhnlich günstigen Bedingungen aus dem Jahre 1974 zu sichern ist. Wir wollen das tun, weil wir wissen: In den Rathäusern muß beginnen, was im Bundeskanzleramt enden soll.

(Beifall)

Drittens wählen wir zuvor am 18. März unseren Landtag. Dafür ist das Ziel der Union von Rheinland-Pfalz klar: Wir kämpfen um eine regierungsfähige Mehrheit für die Union, weil wir wis-

sen, daß Mehrheiten, die nur durch Koalitionen zustande kommen, Unsicherheit und Instabilität mit sich bringen; die Bevölkerung wünscht aber nichts mehr als klare, sichere und entschlossene Führung.

(Beifall)

Wir wissen, meine Damen und Herren - außerhalb unseres Landes weiß man es nicht immer so -: Dieses von uns gesteckte Ziel ist hoch; denn nur ein einziges Mal in acht Landtagswahlen hat die Union in Rheinland-Pfalz die Mehrheit der Wähler hinter sich gebracht. Wir werden alle Kraft brauchen, den Erfolg aus dem Jahre 1975, den die Union von Rheinland-Pfalz damals unter der Führung von Helmut Kohl erstritten hat, 1979 zu wiederholen. Wir brauchen dazu Ihrer aller Hilfe.

Meine Damen und Herren, am selben Tag wie wir wählt Berlin, ein paar Wochen später Schleswig-Holstein. Das schafft eine besonders enge Verbindung, eine Kampfgemeinschaft mit Gerhard Stoltenberg, mit Peter Lorenz und mit Richard von Weizsäcker

(Beifall)

Ich füge im Hinblick auf diese drei Wahlkämpfe hinzu: Es stimmt, Demokratie lebt mit der Möglichkeit des Wechsels, dort, wo Wechsel notwendig ist. Aber sie kann auch mit dem Vertrauen und der Bestätigung leben, dort, wo Vertrauen und Bestätigung gerechtfertigt sind.

(Beifall)

Wir haben uns auf unserem Landesparteitag vor einer Woche auf die drei Wahlen des Jahres 1979 vorbereitet. Wir empfinden die Tatsache, daß dieser wichtige Parteitag in dieser Woche in Ludwigshafen stattfindet, als Hilfe und Unterstützung. Denn, meine Freunde, nur eine Union, deren Identität den Bürgern erkennbar ist, die Antwort auf viele Sachfragen gibt und unserer Generation vor Augen führt, daß sie geschlossen ist, ist die Voraussetzung für den Erfolg in Bund, Land und Kommunen. Wenn das auf diesem Ludwigshafener Parteitag erreicht wird, dann hat er seine Aufgabe erfüllt.

Ich wünsche es Ihnen, den Delegierten und Gästen, und ich wünsche es uns, den Gastgebern aus Rheinland-Pfalz: ein gutes Gelingen!

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Bernhard Vogel, Ihnen und dem Land Rheinland-Pfalz sowie der Union in Rheinland-Pfalz herzlichen Dank für diese freundliche und temperamentvolle Begrüßung.

Sie haben gesagt, Rheinland-Pfalz sei stolz darauf, diesen Parteitag bei sich zu wissen. Lassen Sie mich im Namen aller Delegierten sagen: Auch wir freuen uns und sind stolz darauf, heute und in den nächsten Tagen Gast des Landes Rheinland-Pfalz sein zu können.

(Beifall)

Wir danken der Union in Rheinland-Pfalz für den großen Beitrag den sie über viele Jahre für unsere gemeinsame Sache in Deutschland geleistet hat.

Sie haben an die fast gleichzeitigen Wahlen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erinnert. Wir wollen alle dazu beitragen, daß dieser Parteitag die Zeichen setzt, die uns zu einem großen Erfolg in allen drei Landtagswahlen führen können.

Schließlich möchte ich Ihnen noch herzlich dafür danken, daß Sie uns zu dem heutigen Rheinland-Pfalz-Abend eingeladen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich darf inzwischen noch einige Gäste begrüßen, die zu uns gestoßen sind. Wir freuen uns über die Anwesenheit des Präsidenten der Christlich Demokratischen Weltunion, unseres langjährigen Freundes Mariano Rumor.

(Beifall)

Wir begrüßen die Vertreter der Südtiroler Volkspartei, Dr. Griebmair und Dr. Benedikter herzlich unter uns.

(Beifall)

Wir begrüßen den Exekutivsekretär der Europäischen Demokratischen Union, Dr. Andreas Kohl, herzlich in unserer Mitte.

(Beifall)

Nunmehr erteile ich das Wort zu einer Grußansprache dem Präsidenten der Democrazia Christiana Italiens, unserem Freund Flaminio Piccoli.

Flaminio Piccoli, (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich überbringe allen den brüderlichen Gruß der Christlich Demokratischen Partei Italiens und ihres Sekretärs Zaccanini. Herr Zaccanini hat leider nicht hierher kommen können, weil er eine sehr bedeutende Verpflichtung im italienischen Parlament hat. Er hat eine Grußbotschaft an das Präsidium des Parteitags geschickt.

Ich möchte Herrn Kohl und seinen Mitarbeitern für die herrliche Arbeit, die sie in den vergangenen Jahren geleistet haben, meine Glückwünsche aussprechen und gleichzeitig dafür danken, daß Ihr Vorsitzender Kohl in seinen Eröffnungsworten unseres verstorbenen Parteipräsidenten Moro gedacht hat.

(Beifall)

Wir pflegen laufend Beziehungen mit Ihren leitenden Persönlichkeiten. Wir empfinden immer mehr die Notwendigkeit, uns mit Ihnen in einer verpflichtenden Zusammenarbeit zusammenzuschließen, damit wir uns besser verstehen und gemeinsam in Richtung auf das Ziel Europa gehen können. Europa ist ein Ziel, das uns brüderlich vereint, uns als überzeugte und eifrige Hauptmitwirkende, damit wir die Geschichte unseres Kontinents zu seiner Einheit zurückführen können, damit Europa in der Welt

zählt, damit Europa ein entscheidendes Wort in einer internationalen Situation mitzusprechen hat, die gekennzeichnet ist von neuen Spannungen, von einer Verschlechterung des Entspannungsprozesses, von einem Wettlauf um die zu Ende gehenden Energiequellen.

Der Anlaß Ihres Kongresses erlaubt es mir, Ihnen zusammen mit meinen Grußworten auch einige Überlegungen vorzutragen. Die erste ist diese. Die italienische Christdemokratische Partei war, als Sie Ihren letzten Kongreß abhielten, isoliert und wie eingeschlossen als Folge einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Ereignisse und auch deshalb, weil wir einige Grundsatzfragen ausfechten mußten, wobei wir uns in der Minderheit befanden. Ich meine die Grundsatzfragen der Scheidung und Abtreibung. In den letzten zwei Jahren hat sich die politische Linie unserer Partei in Richtung auf eine starke Bindung mit jedem Bereich der italienischen Gesellschaft entwickelt, Bindung mit der Jugend, mit den Frauen. Die Christdemokratische Partei Italiens befindet sich heute in einer Phase kräftigen Aufstiegs auf politischer Ebene und bei den Wahlen. Wir fühlen uns vom starken Konsens des gesamten italienischen Volkes gestützt.

Angesichts des Phänomens des Terrorismus und angesichts der Wirtschaftskrise hat sich eine weitreichende Allianz von Parteien gebildet, die auf der Basis eines Notprogramms die einfarbige christlich-demokratische Regierung stützen. Unsere politische Situation weist der Christdemokratischen Partei seit 30 Jahren ständig einen Anteil von etwa 40 % der Wählerstimmen zu. Das macht uns zur relativen Mehrheit. Diese relative Mehrheit - das ist neu - wird heute aber mit dem Unwillen derjenigen politischen Kräfte konfrontiert, die herkömmlich mit ihr verbunden waren, erneut zusammen mit ihr Regierungsverantwortung zu übernehmen. Schuld daran trägt der Ausgang der Wahlen 1976, der diesen Parteien eine solche Machtstellung zusprach. Daher konnten wir den guten Willen der großen Parteien nicht zurückweisen, wenn wir aus der politischen und wirtschaftlichen Krise herauskommen und den Terrorismus bekämpfen wollten. Ich weiß, daß Sie im Hinblick auf diesen Schritt manchmal Zweifel geäußert haben, vor allem was das Problem einer programmatischen Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Italiens im Parlament angeht.

(Redner fährt in deutscher Sprache fort)

Ihr könnt ruhig bleiben. Wir sind die gleichen geblieben - die Democrazia Cristiana von Luigi Sturzo, von Alcide de Gasperi, von Aldo Moro.

(Beifall)

Der Geist der Democrazia Cristiana bleibt derselbe. Es ist der Geist der Freiheit, des Antitotalitarismus, der europäischen Einigung und der Atlantischen Allianz.

(Beifall - Der Redner fährt in italienischer Sprache fort)

Das italienische Volk hat unsere Gründe begriffen und schließt sich um uns wie wenige Male vorher in seiner Geschichte. Die zwei Linksparteien - die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei - bekämpfen sich auf ideologischem Gebiet. Der Streit geht um die Frage der lebensgefährlichen Risiken der marxistisch-leninistischen Ideologien. Sie zeigen so, wenn auch

mit beachtlicher Verspätung, an, wie sehr für unser Land und auch für Ihres eine Erneuerung aus christlich-demokratischem Geiste not tut.

(Beifall)

Nun sage ich etwas, was Sie wohl wissen. Während des Jahres 1978 haben wir sehr harte Prüfungen durchmachen und überstehen müssen. Die erste von ihnen war die Tragödie der Entführung und Ermordung von Aldo Moro und der fünf Polizisten in seiner Begleitung. Wir haben jede Anstrengung unternommen, um das Leben unseres Präsidenten zu retten, ohne jemals die Notwendigkeit zu vergessen - und dies auch nicht in der Angst von 54 schrecklichen Tagen -, nicht der Waffengewalt zu weichen, die Gleichheitsrechte aller Bürger zu schützen und gründlich unsere Pflicht zu beachten, den Staat und seine Institutionen zu garantieren.

(Beifall)

Dabei haben wir die volle Solidarität der Bürger gefunden, die Solidarität der Bruderparteien in Europa und Ihre Solidarität, die Solidarität der CDU. So fühlten wir uns angesichts der schrecklichen Prüfungen weniger allein. Aber auch heute versucht die Bosheit unversöhnlicher feindlicher Kräfte, uns als die Schuldigen hinzustellen, weil wir dem Terrorismus nicht nachgegeben haben. Ja, so ist es! Wenn wir nachgegeben hätten, wären wir heute vielleicht nicht hier, um eine starke und geeinte Partei zu vertreten, eine Partei, die sich ihrer Zukunft sicher ist. Dann wären in Italien die antidemokratischen Kräfte durchgekommen.

Aldo Moro ist ein Märtyrer der Freiheit, nicht nur für die Christlich Demokratische Partei Italiens, sondern für alle Bewegungen aus christlichem Geist. Niemand wird ihn jemals aus dem Herzen unseres Volkes reißen können, unseres Volkes, das in seinem Opfer die Zusammenfassung unserer schweren Kämpfe um Freiheit und Demokratie sieht, die wir seit 1944 bis heute bestehen mußten. Was diese Tragödie angeht, was den Terrorismus ganz allgemein angeht, werden wir und Sie die Pflicht haben, ihre geheimen Verzweigungen und geheimen Wurzeln aufzudecken.

(Beifall)

Wir fahren fort, im Geiste des Dienstes an unserem Lande zu wirken. Wir engagieren uns ernsthaft und konkret in der Europäischen Volkspartei, die wesentlich dazu beiträgt, ein demokratisches, pluralistisches, christlich geprägtes Europa zu erreichen. Wir werden auch am Rande dieses Kongresses mit Ihren leitenden Persönlichkeiten die gemeinsamen Probleme diesbezüglich besprechen.

Aber das, was ich Ihnen hier im Namen der Christlich Demokratischen Partei Italiens überbringe, ist der Ausdruck dieser unserer Verpflichtung zu enger Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit, die die Geschichte, die Tradition, die Charakteristiken einer jeden Partei christlicher Prägung achtet, eine Zusammenarbeit, die uns in den Punkten voranbringen soll - und es sind sehr viele -, die die Richtung der europäischen Völker in den historischen Tagen bestimmen werden, die der allgemeinen Wahl zum Gemeinschaftsparlament vorausgehen und ihr folgen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, jetzt möchte ich unse-

rem Wunsch Ausdruck verleihen, daß Ihr Parteitag, der die neue Strategie für die 80er Jahre festlegen soll, die politischen Ziele der CDU verwirklichen kann. Gleichzeitig möchte ich unseren Wunsch ausdrücken, daß die CDU unter der geschickten und fähigen Führung des Parteivorsitzenden für das deutsche Volk und die Europäische Gemeinschaft angesichts des nicht homogenen Bündnisses anderer Parteien wieder die Führungsrolle in der Bundesrepublik übernimmt.

(Beifall)

Herr Präsident, Herr Kohl, liebe Parteifreunde, die italienische Democrazia Cristiana wünscht Ihnen eine erfolgreiche Arbeit im Dienste Deutschlands und Europas.

(anhaltender Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Freund Picolli, der Parteitag dankt Ihnen für die Botschaft und die Grußworte der Democrazia Cristiana Italiens recht herzlich. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist den italienischen Christdemokraten seit ihrer Gründung in ganz besonderer Weise solidarisch verbunden.

Wir wünschen Ihnen, Herr Präsident Piccoli, für die Führung Ihrer Partei, für die Bewältigung der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Probleme Ihres Landes und für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Italien Glück und Erfolg.

(Beifall)

Und wir wünschen uns gemeinsamen Erfolg bei der Zusammenarbeit für die Zukunft Europas.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf bekanntgeben, daß sich die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission um 12.30 Uhr im Büro der Organisationsleitung treffen.

Ich rufe nunmehr Punkt 8 der Tagesordnung auf: Bericht des Parteivorsitzenden.

Ich teile nunmehr unserem Vorsitzenden, unserem Freund Dr. Helmut Kohl, das Wort.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Dieser Parteitag steht im Zeichen unseres Grundsatzprogramms. Es ist das erste Grundsatzprogramm in der fast 30jährigen Geschichte unserer Partei. Hier in Ludwigshafen werden wir unseren gemeinsamen Standort bestimmen. Am Ende dieser Tage müssen unser Profil klarer, unsere Botschaft überzeugender, unser Wille entschiedener sein. Wir, meine Freunde, werden unser Ziel, die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, nur dann erreichen, wenn wir ihm nicht kurzatmig hinterherrennen; denn gerade die atemlose Jagd nach der Übernahme der Regierung rückt diese in weite Ferne.

Die grundsätzliche Besinnung auf die Ziele unserer Politik ist das, was in dieser konkreten Lage von uns allen gefordert ist.

(Beifall)

Deshalb ist dies ein Parteitag der Bilanz, des neuen Aufbruchs, der geistigen Mobilisierung. Grundsätze, die wir hier in Lud-

wigshafen neu unterstreichen, müssen konkrete Konsequenzen haben.

Dies, meine Freunde, gilt zu allererst für uns selbst. Wir dürfen nicht in diesen Tagen pausenlos von Solidarität sprechen, wenn wir sie nicht selbst im Umgang miteinander üben.

(Beifall)

Wir haben vielleicht zu oft zu viel Rücksicht auf einzelne oder auf Minderheiten in unseren Reihen genommen. Um unserer Zukunft willen, so meine ich, müssen wir auch von den Minderheiten mehr Rücksichtnahme auf die Mehrheit fordern.

(Beifall)

Es ist höchste Zeit, daß wir uns an zwei elementare Gesetze des politischen Erfolgs erinnern und danach handeln:

Diskussion, auch kritische, auch kontroverse Diskussion nach innen, in der Partei, muß sein; das ist das Wesen einer lebendigen Volkspartei. Aber Geschlossenheit des Handelns, Solidarität in der Sache, nach außen, in der Öffentlichkeit, sind ebenso unverzichtbar. Dies muß auch dann gelten, meine Freunde, wenn eine Diskussion mit einer Mehrheitsentscheidung beendet wurde.

(Beifall)

Der kleinste gemeinsame Nenner ist kein Fundament politischen Erfolges.

Wer sich auf Kosten der Partei profilieren will, wer sich gegen den Geist der Solidarität zur Partei versündigt, der katapultiert sich selbst aus unserer Gemeinschaft heraus. Wir haben schon zu viele Beispiele von Illoyalität erlebt.

(Lebhafter Beifall)

Ich meine, Illoyalität ist kein Kavaliersdelikt, sondern Sabotage an unserem möglichen Erfolg.

(Erneuter Beifall)

Karl Arnold hat uns schon vor vielen Jahren ins Stammbuch geschrieben: "Die CDU ist durch nichts und niemanden umzubringen - es sei denn durch sich selbst". Ich finde, wir sollten diesen Satz beherzigen.

Liebe Freunde, wir haben in den letzten Tagen oft gehört und viele wollen uns aus sehr vordergründigem Anlaß einreden, die CDU habe ihr Wählerpotential ausgeschöpft. Ich frage Sie: Worauf stützt sich eigentlich diese eilfertige Behauptung, auf welche Daten, auf welche Fakten, auf welche wirklichen Informationen?

Wie kommen wir eigentlich dazu, uns so etwas aufschwätzen zu lassen? Die CDU/CSU, meine Freunde, regiert in fünf Bundesländern unserer Bundesrepublik Deutschland mit absoluter Mehrheit: in Baden-Württemberg, in Bayern, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein. Die CDU/CSU ist im Bund und in neun von elf Bundesländern die stärkste politische Kraft. In zwei Drittel aller Gemeinden der Bundesrepublik verfügen wir über die absolute oder die relative Mehrheit. Meine Freunde, wir haben die Schallmauer nicht erreicht; wir haben alle Chancen, wenn wir nur selbst wollen.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden die Koalition von SPD und FDP von der Basis her aufrollen. Unsere Mitbürger, die Menschen haben Vertrauen zu uns, wenn sie spüren, daß wir uns selbst etwas zutrauen. Wir müssen wieder den ganzen Reichtum christlich-demokratischer Politik voll ausspielen, statt unsere Kräfte in Abwehrkämpfen zu verzetteln. Die Mitbürger, die Menschen, die jungen wie die alten, wollen keine Cassandra; sie wollen uns als Träger ihrer Hoffnungen.

(Beifall)

Das heißt, meine Freunde: Wir müssen in der Partei auch neuen Ideen Stimme und Gehör verschaffen. Das war - mancher hat es vergessen - auch das Gesetz unseres Anfangs und unseres Erfolges. Damals haben wir ausgefahrene Geleise verlassen, mit Mut und nicht ohne Risiko; aber genau mit dieser Politik haben wir die Menschen überzeugt.

Meine Freunde, ich sehe meine Aufgabe nicht darin, sämtliche Ideen selber zu produzieren, zu formulieren und durchzusetzen. Ich überlasse es Helmut Schmidt, die Welt auf jene Ausmaße zu beschränken, die er selber noch einzusehen vermag.

(Beifall)

Ich will dafür sorgen - und ich bitte Sie um Ihre Hilfe -, daß unsere CDU eine vitale, eine kraftvolle Partei bleibt: offen in der Diskussion, glaubwürdig in der Sache und in den Personen, die Hoffnungen der Menschen als unsere Themen. So wollen und so werden wir siegen, siegen über eine Regierung, die sich selbst nur noch mühsam aufrechterhält.

(Beifall)

Die Regierung spricht vor allem von Stabilität. Aber, meine Freunde, was ist das für eine Stabilität? Jede Landtagswahl wird zur Existenzfrage für die Regierung, jede Sachfrage zur Koalitionsfrage, jede Personalkrise zur Regierungskrise, jede Regierungsvorlage zur Zerreißprobe.

Die FDP redet von Liberalismus und opfert in Wirklichkeit alles ihrem blanken Überleben. Die SPD hofft selbst in ihren Stammlanden gar nicht mehr auf Mehrheiten; sie will schlicht und einfach nur an der Macht bleiben.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten bilden ein Kartell der Macht, das die in Bund und Ländern stärkste Partei, die Union, von der Regierung ausschließt. Die scheinheiligen Argumente, die für diese Politik vorgetragen werden, überzeugen nicht einmal jene, die sie laut vortragen.

Meine Freunde, dies ist ein ernster Vorgang: Die Stabilität unserer Demokratie wird von diesem Machtkartell untergraben. Die Stabilität der Demokratie lebt nicht zuletzt und vor allem auch davon, daß die Bürger die Chance haben, durch Wahlen etwas verändern zu können, daß parlamentarischer Wechsel möglich ist. Wenn erstmals in unserer Geschichte die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland unter einer Vielzahl von Parteien brüchig würde, wenn Bonn eines Tages doch Weimar werden sollte, dann soll jeder in diesem Lande wissen, wo die Ursachen liegen: Sie liegen im Verhalten von SPD und FDP. Sie liegen in ihrer Hoffart der Macht, die ohne Rücksicht auf Verluste sich an die Macht klammert.

So, wie die Regierung ihre Stabilität beteuert, so beschwört



die FDP ihre angebliche Eigenständigkeit. Wo ist denn, so frage ich, die liberale Alternative der FDP, wenn sie sich jetzt wieder in Schleswig-Holstein an einen der linken Landesverbände der SPD kettet, den zu unterstützen selbst der stellvertretende Parteivorsitzende Helmut Schmidt Schwierigkeiten hat?

(Beifall)

Liebe Freunde, niemand soll sich täuschen: Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir wissen, was auf dem Spiel steht - für die CDU wie für die Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU hat als stabilisierende Volkspartei das Gesicht unseres Landes geprägt. Dies hat unsere gemeinsamen Erfolge erst ermöglicht. Wir tun gut daran, uns vor dem vierten Jahrzehnt unserer Geschichte an unser ungeschriebenes Grundgesetz zu erinnern:

Es waren Christliche Demokraten, die unserem Land Frieden, Sicherheit und Zukunft gegeben haben.

Es waren Christliche Demokraten, die mit Konrad Adenauer auch die geistigen Grundlagen unseres Gemeinwesens gelegt haben, nämlich durch die konsequente Anbindung an die freiheitlichen Traditionen westlicher Demokratien.

Es waren Christliche Demokraten, meine Freunde, die in Europa den Nationalismus überwunden und den Weg zur Verständigung und zum Frieden freigemacht haben.

Es waren Christliche Demokraten, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Markt auf einmalige, produktive Weise miteinander versöhnt haben in dem unvergeßlichen Werk Ludwig Erhards, in der Sozialen Marktwirtschaft.

Dies ist unser Erbe, das uns verpflichtet, das uns Mut, das uns Selbstvertrauen gibt.

Und, meine Freunde, es werden Christliche Demokraten sein, die unserem Land und seinen Menschen den Glauben an ihre Zukunft wieder zurückgeben.

(Beifall)

Es werden Christliche Demokraten sein, die hier wie in Europa die Überlegenheit der Freiheit über eurosozialistische und -kommunistische Ideologien bezeugen.

Es werden Christliche Demokraten sein, die die Soziale Marktwirtschaft so weiterentwickeln, daß sie nicht nur freiheitlichen und sozialen, sondern auch ökologischen Normen entspricht.

Und, meine Freunde, es werden Christliche Demokraten sein, die der Welt - nach Osten wie nach Süden - die Botschaft übermitteln, daß Freiheit und sozialer Fortschritt Grenzen und Mauern überwinden.

(Beifall)

Dies sind die Themen, die unseren Parteitag beschäftigen müssen.

Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms kommt zum richtigen Zeitpunkt. Während sich die Koalition von Wahltermin zu Wahltermin schleppt, haben wir die Chance, neue Ideen, neue Perspektiven zu entwickeln und darzustellen.

Man muß, meine Freunde, in einer Volkspartei, in einer Fraktion, in der Gruppe unserer befreundeten Länder im Bundesrat zu Kom-

promissen kommen. Das gehört zum Wesen, zum Auftrag der Demokratie. Aber wenn vor lauter Kompromissen die originäre Politik, der eigentliche Wille, das Gesicht der CDU nicht mehr erkennbar sind, dann schaden wir uns selbst.

(Beifall)

Für die Wähler, die uns zur Mehrheit zu den 50 Prozent noch fehlen, ist dann die CDU als Alternative nicht mehr sichtbar.

Liebe Freunde, wir haben ein gutes Stück auf diesem Weg in die richtige Richtung zurückgelegt. In einer Zeit, da Helmut Schmidt das Land nur noch verwaltet, schlecht verwaltet, haben wir in der Union neue Themen aufgegriffen. Wir haben die Grundwertediskussion begonnen;

wir haben uns zum Anwalt der Familien gemacht, wir haben die deutsche Öffentlichkeit gegen den drohenden Bevölkerungsrückgang mobilisiert;

wir haben uns eindeutig für die Partnerschaft von Mann und Frau, für die eigenständige soziale Sicherung und für die finanzielle Anerkennung der Erziehungsleistung der Frau in der Familie eingesetzt;

(Beifall)

wir haben ein Programm für die Zukunftschancen der jungen Generation vorgelegt;

wir haben nach den geistigen Ursachen des Terrorismus gefragt und unsere Vorschläge in die gesetzgebenden Körperschaften eingebracht;

wir arbeiten an einer klaren Alternative zu einer immer mehr verbürokratisierten Gesellschaft; wir stoppen den Steuer- und Abgabenstaat, wie gerade in diesen Tagen wieder deutlich wurde, als die Koalition, gezwungen durch die Union und aus blanker Angst vor den Wählern bei den Landtagswahlen, endlich ein Stück Vernunft voranbrachte.

(Beifall)

Die Partei handelt auf verschiedenen Ebenen: als Partei in allen Stufen unserer Organisation, in der Fraktion, im Bundesrat, in den Gemeindeparlamenten. Jedes dieser Aktionsfelder hat seine eigenen Gesetze und, meine Freunde, seinen eigenen Rang, aber auch seine besonderen Chancen. Eine vernünftige Strategie kann nur heißen Arbeitsteilung und Verständnis für die Rolle des anderen. Das heißt konkret: Die Fraktion muß wissen und unterstützen, daß die Partei langfristige Perspektiven zu entwickeln hat. Und die Partei, meine Freunde, darf die Fraktion dann nicht schelten, wenn sie um der Glaubwürdigkeit ihrer Anträge im Parlament willen bei ihren Initiativen den Rechenstift zur Hand nimmt.

Und über den Bundesrat kann noch stärker deutlich werden, daß wir dank des föderativen Prinzips voneinander lernen können. Von den CDU/CSU-regierten Ländern gingen in diesen Jahren vielbeachtete Initiativen aus. Ich will stellvertretend für die ganze Politik drei davon nennen: Unsere Freunde im Freistaat Bayern haben als erste ein Umweltministerium eingerichtet und sich dieser Probleme besonders angenommen. Wir haben in Rheinland-Pfalz mit den Sozialstationen und dem Kindergartengesetz ein Modell für moderne Sozialpolitik verwirklicht. Wir haben in

Baden-Württemberg ein bahnbrechendes Programm zur Förderung junger Familien eingebracht. Greifen wir doch diese Initiativen auf! Lernen wir voneinander in allen Bereichen der Politik, und wir haben gemeinsam den Nutzen davon!

(Beifall)

Mit solcher Politik werden wir den politischen Stillstand überwinden, zu dessen Anwalt Helmut Schmidt geworden ist.

Helmut Schmidt hat die Aufgaben der politischen Führung auf eine einzige Dimension verkürzt: die bloße Verteidigung der Macht. Er weiß so gut wie wir, daß politischer Stillstand in Wirklichkeit politischen Rückschritt bedeutet und daß Stillstand nicht nur zu Lasten der jetzigen Generation, der heute Lebenden geht, sondern vor allem auch zu Lasten kommender Generationen.

In seiner Rede "Politik als Beruf" spricht Max Weber von den "zwei Todsünden auf dem Gebiet der Politik": Von der "Unsachlichkeit" und von der "Verantwortungslosigkeit". "Die eitle Selbstbespiegelung in dem Gefühl der Macht", so Max Weber, führt den Politiker "am stärksten in Versuchung", diese Todsünden zu begehen. Wer "das Bedürfnis hat, 'selbst möglichst sichtbar in den Vordergrund zu treten', ist 'stets in Gefahr, sowohl zum Schauspieler zu werden wie die Verantwortung für die Folgen seines Tuns leicht zu nehmen und nur nach dem Eindruck zu fragen, den er macht". So weit Max Weber. Treffender kann man die Politik des jetzigen Bundeskanzlers nicht beschreiben.

(Beifall)

Er fragt vor allem nach dem Eindruck, den er "macht". Und so tritt er auf: bei Gewerkschaftskongressen als alter Sozialist, bei Unternehmern als Gralshüter der Sozialen Marktwirtschaft, auf dem Historikertag als Geschichtskenner, vor Bürgermeistern als Bürokratiekritiker. Mit verschiedenen Zungen an verschiedenen Orten zu reden, das ist unverwechselbar Helmut Schmidt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Frage muß gestellt werden: Was ist ihm zu glauben? Was meint er wirklich? Was ist gespielt, was ist vorgetäuscht? Wir sehen Masken - aber kein Gesicht. Wir hören Worte - aber sehen keine Taten. Kann ein Widerspruch dramatischer sein als der zwischen Wort und Wirklichkeit von Helmut Schmidt?

An wen soll sich der Bürger eigentlich halten? An jenen Helmut Schmidt, der sich in seiner Gedenkrede auf Ludwig Erhard zu dessen Erben und Sachwalter ernannte? Oder an jenen Helmut Schmidt, der im Deutschen Bundestag Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft als ein "Schlagwort ohne Verfassungsrang" verächtlich abtat?

An jenen Bundeskanzler, der an der Bahre Hanns-Martin Schleyers feierlich versprach, daß er in der Gesetzgebung zur inneren Sicherheit von nun an nichts mehr "versäumen" und nichts mehr "verschulden" werde? Oder an jenen Bundeskanzler, der dann vor einer Handvoll linker Demagogen in den eigenen Reihen in die Knie ging?

(Beifall)

Was ist das für eine politische Führung, was ist das für ein Stil, was ist das für ein erbärmliches Beispiel, wenn aus purem

Eigennutz Amt, Würde und Person des Staatsoberhauptes in den Wahlkampf gezerzt werden?

(Beifall)

Was ist das für eine politische Führung, die, auch in unserem Namen, im Ausland den Eindruck erweckt, als sei Kaiser Wilhelm II. wieder die Leitfigur deutscher Außenpolitik geworden?

(Beifall)

Was ist das für eine politische Führung, die die geschichtliche Erfahrung, die Lehren vom Ende und Untergang der Weimarer Republik in den Wind schlägt und den gemeinsamen Widerstand der Demokraten gegen Verfassungsfeinde aufkündigt?

(Beifall)

Auch die Scheinwerfer des Fernsehens werden die Perspektivlosigkeit dieser Politik auf Dauer nicht überstrahlen können.

(Beifall)

Die Politik des Kanzlers lebt von ungedeckten Wechseln auf die Zukunft - auf Kosten kommender Generationen: Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, ihre lebensnotwendige Dynamik durch ein immer engeres Netz bürokratischer Gängelung zu ersticken.

Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, die Inflation der Ansprüche an den Staat hemmungslos zu nähren und den persönlichen Leistungswillen zu ver-teufeln.

Es ist ein schwerer Anschlag der SPD und FDP auf die Soziale Marktwirtschaft, trotz steuerlicher Überbelastung des einzelnen Bürgers einen nie gekannten Schuldenberg aufzuhäufen und eine riesige Wachstums- und Investitionslücke entstehen zu lassen.

Meine Freunde, den Preis zahlen alle Bürger. Arbeitslosigkeit, Konjunktur- und Wachstumsschwäche, Resignation und Zukunftsangst sind ein zu hoher Preis für diese Politik. Und dies alles haben die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten mitzuverantworten.

(Beifall)

Dieser Preis steigt ständig weiter. Das Problem einer auf Dauer ausreichenden Energieversorgung wächst zu einer Schicksalsfrage heran. Die Untätigkeit der Bundesregierung in wichtigen Fragen der Zukunftsvorsorge in der Energiepolitik wird eine immer schwerere Hypothek für unser Land.

Meine Freunde, wir können es nicht oft genug sagen: Helmut Schmidt, seine Regierung und die sie tragenden Parteien ver-schleudern die Substanz unseres Landes und plündern seine Zu-kunft aus:

(Beifall)

Der Generationenvertrag, der die soziale Sicherheit aller, der Rentner wie der Arbeitnehmer, garantiert, ist gefährdet. Eine Sanierung - die diesen Namen verdient - der Finanzgrundlagen ist noch lange nicht in Sicht.

Die Bindungskräfte innerhalb der Familie wurden systematisch geschwächt. Die Zahl der Eheschließungen nimmt ab. Die Schei-

dungsrate wächst. Kinderreichtum droht zu einem sicheren Weg in die soziale, materielle Armut zu werden. Jahrelang wurden die Eltern durch diese Ideologen verunsichert, wurde ihr Erziehungsauftrag in Frage gestellt. Und jetzt hat der Bevölkerungsrückgang dramatische Formen angenommen.

Die Zukunftschancen der jungen Generation haben sich verschlechtert. Die Signale der Hilflosigkeit der Jungen sind deprimierend:

Die Selbstmordrate bei Jugendlichen steigt;  
die beängstigend wachsende Jugendkriminalität nimmt ein immer größeres Ausmaß an;  
die besorgniserregende Flucht vieler junger Leute in Drogen, Alkohol und das Psychogift der Jugendsekten ist unübersehbar; und schließlich gibt es eine hohe Zahl solcher, die sich politisch radikalisieren, die unsere Gesellschaft ablehnen und die vor Gewalt nicht mehr zurückschrecken.  
Das alles muß uns doch aufrütteln! Die Folgen dieser Versäumnisse zeigen sich nirgendwo deutlicher als im Bereich der inneren Sicherheit: Die blutige Gewalt durch Terroristen und die Militanz extremer Gruppen setzen sich fort. In einer Reihe deutscher Hochschulen bleiben fortgesetzte Rechtsbrüche ungeahndet, und in diesen Hochschulen wurde die Freiheit von Forschung und Lehre zerstört. Gegen geltendes Recht und gegen den Willen von Eltern und Kindern setzt sich die SPD jetzt dafür ein, daß Kommunisten und Faschisten Lehrer an unseren Schulen werden können.

(Pfui-Rufe)

Liebe Freunde, die Auszehrung der Substanz, die Gefährdung unserer Zukunft, die geistige Orientierungslosigkeit sind längst nicht nur ein Problem der Innenpolitik, sondern auch ein Problem der Außenpolitik dieser Regierung. Unsere Außenpolitik ist durch Brandt, Bahr, Wehner mit Wissen und mit Billigung von Helmut Schmidt ins Gerede gekommen.

(Beifall)

In der Politik der Sozialdemokraten werden zunehmend Elemente sichtbar, die fortführen vom Atlantischen Bündnis, fort von den Vereinigten Staaten, unserem wichtigsten Freund und Partner, fort von der europäischen Einigungsidee.

Dies trifft den Lebensnerv der Atlantischen Gemeinschaft und damit den Lebensnerv unserer Freiheit und des Friedens für unser Land.

Liebe Freunde, so sieht die Halbzeitbilanz aus, die Bilanz einer Regierung, die die Probleme verdrängt und die mit dem verständlichen Wunsch des Menschen spekuliert, von Bedrohungen möglichst persönlich verschont zu bleiben.

Wir, die CDU/CSU, sind nicht bei der Diagnose stehengeblieben. Wir haben die richtigen Maßnahmen vorgeschlagen. Partei und Fraktion haben eine stolze Bilanz vorzuweisen. Meine Freunde, es ist an der Zeit, daß das allseits in der Partei gesehen, verteidigt und vorgetragen wird, daß wir das, was wir geleistet haben, nicht von anderen zerreden lassen, die uns mißgünstig sind.

(Beifall)

Wir haben eine klare und überzeugende Alternative in der Rentenpolitik vorgetragen. Wir haben eine deutliche Alternative in

der Steuerpolitik gesetzt. wir haben nicht nur von der Familienpolitik geredet, sondern Stufe für Stufe politisch machbare Initiativen vorgeschlagen. Unser Vollbeschäftigungsprogramm ist weitgehend in Initiativen umgesetzt. Wir haben als einzige Partei ein Programm für die Sicherung der Zukunftschancen unserer jungen Generation eingebracht. Wir waren die ersten, die sich mit den geistigen Ursachen des Terrorismus auseinandersetzten, die eine klare Alternative im Bereich der Politik der inneren Sicherheit entwickelt haben. Wir waren es, meine Freunde, die nicht nur über Bürokratisierung geredet haben. Wir haben Experten an den Tisch geholt, mit ihnen öffentlich diskutiert und werden in den nächsten Monaten dazu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Liebe Freunde, das sind nur einige wenige wichtige Beispiele, die deutlich machen, was wir leisten durften und was wir leisten konnten. Wir haben Alternativen vorgelegt, wir haben Sachkompetenz bewiesen. Wir dürfen uns nicht auf diese Aufgaben beschränken. Wir werden uns niemals an Arbeitslosigkeit, diese Staatsverschuldung und soziale Unsicherheit gewöhnen können.

(Beifall)

Sosehr aktuelle Probleme unsere Kräfte beanspruchen, sosehr müssen wir fähig sein, über den Tellerrand des Krisenmanagements hinauszublicken. Unser Land hat die materielle, geistige und psychologische Kraft, um mit jedem seiner Probleme fertig zu werden. Wenn wir auf diese Kraft vertrauen, wenn wir Raum zur Entfaltung schaffen, dann gibt es keine Spur eines Grundes für Resignation, für Pessimismus. Wir müssen die Menschen dazu gewinnen, daß sie ihren aktiven eigenen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft leisten. Meine Freunde, das wird aber in der Politik nur demjenigen gelingen, der die Menschen davon überzeugen kann, daß er ihr Streben nach Glück, nach Freude, nach menschlicher Erfüllung ernst nimmt, daß er dieses Streben teilt, daß er helfen will.

Einem großen Teil unserer Mitbürger geht es heute materiell gut. Dennoch stellen wir fest, daß immer mehr Mitbürger unzufrieden sind, daß immer mehr Menschen keine Hoffnung haben, daß sie Angst vor der Zukunft haben. Kluge Zeitgenossen sagen uns: Schuld daran ist eine weit verbreitete Orientierungskrise. Die Menschen fragen nach einer überzeugenden Zukunftsperspektive, nach Sinngebung, weil sie wissen wollen, wohin der Weg unseres Staates, unserer Gesellschaft geht und welche konkreten Folgen sich daraus für ihr ganz persönliches Leben ergeben.

Auf diese Fragen bleibt die Regierung die Antwort schuldig. Der Bundeskanzler hat allein das Machbare für notwendig erklärt, um sich mühsam über Wasser zu halten. Er hat auch niemals den Anspruch erfüllen können, daß das Notwendige für das deutsche Volk getan wird. Im Blick auf eine sozialistische Utopie ist den Menschen allzu lange eingeredet worden, ihr Streben nach Glück sei solange sinnlos, bis eine grundlegende Systemveränderung bessere Voraussetzungen geschaffen habe. Die Träume jener sozialistischen Utopisten sind längst zerplatzt. Zurück blieb die Verunsicherung, das Mißtrauen, die Skepsis vieler. Es ist eine uns tief beunruhigende Tatsache, daß so viele Menschen heute meinen, sie müßten sogar ihren eigenen Gefühlen und Empfindungen mißtrauen. Die Liebe zum Vaterland, das Vertrauen in unsere Verfassung und ihre Institutionen, die Bereitschaft

zu persönlicher Leistung, zum Engagement, die Bereitschaft zum Verzicht, zum Dienst am Nächsten, zum Opfer, ja, sogar der Wunsch, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, all diese ganz natürlichen Empfindungen wurden in Zweifel gezogen. Deshalb warten unsere Mitbürger in unserem Lande auf eine politische Botschaft, liebe Freunde, die wieder Mut macht, Mut vor allem auch für die eigene Zukunft.

Wir müssen wieder Mut machen zur Familie und zur Erziehung. Weil es so kraß in Zweifel gezogen worden ist, wollen wir daran erinnern: Familie ist für uns und für die Zukunft unseres Volkes der wichtigste Ort menschlicher Geborgenheit.

(Beifall)

Kinder machen bei allen Sorgen vor allem Freude, und nichts kann die natürliche Bindung zwischen Eltern und Kindern ersetzen.

(Beifall)

Kinder und Familie zu haben, wird bereits viel zu oft nur als Einschränkung und Last gesehen. Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, Bindung und Geborgenheit innerhalb der Familie bedeuten für den einzelnen auch Sicherheit und damit ein wichtiges Stück Freiheit.

Es ist auch ein Stück menschliches Glück, Werte, Sinn und Erfahrung zwischen den Generationen einer Familie zu vermitteln. Um unser aller Zukunft willen werden wir deshalb die Familie nicht nur in materieller Hinsicht fördern. Wir wollen sie vor allem moralisch stärken und ihr wieder Mut machen, ihre ganz persönliche Erziehungsaufgabe selbstbewußt wahrzunehmen.

(Beifall)

Wir wollen eine soziale Umwelt schaffen, die wieder familien- und kinderfreundlich ist; der Generationenvertrag im System unserer sozialen Sicherheit wird nur dann Bestand haben, wenn wir den Familien Vertrauen und Zuversicht zurückgeben, damit auch sie wieder in Generationen denken.

Meine Freunde, wir müssen wieder Mut machen zu Leistung und Selbständigkeit. Kaum eine andere Tugend hat den kulturellen, geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit so entscheidend gefördert wie die Bereitschaft, wie die Herausforderung zu persönlicher Leistung. Dennoch ist gerade sie in den letzten Jahren von den Sozialisten so verfehmt worden.

(Beifall)

Deshalb müssen wir den Mitbürgern wieder sagen, daß die Bereitschaft zur Leistung, zur Selbständigkeit, überhaupt nichts mit Egoismus, Strebertum und Ellenbogenmentalität zu tun hat.

Der Wunsch, seine individuellen Fähigkeiten zu vervollkommen, ist von jeher einer der überzeugendsten Wege zur Selbstverwirklichung, eine Quelle der Selbstachtung und die Grundlage für persönliches Glück gewesen. Viele Menschen wissen gar nicht mehr, daß Leistung vom Ursprung her überhaupt nichts mit Streß, äußerem Druck und Konkurrenz zu tun hat.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen deutlich sagen: Noch häufiger wird vergessen, daß Leistung keineswegs ein Privileg der Stärksten und der Tüchtigsten ist.

Auch und gerade die Leistung des Mittelmäßigen, des Schwachen und des Behinderten verdient unsere Achtung und Anerkennung. Und gerade für ihn ist seine Leistung oft der Kraftquell für einen neuen Anfang und für die Hoffnung auf mehr Glück und Sinn.

(Beifall)

Der Wille zur persönlichen Leistung ist aber ganz gewiß nicht nur ein Weg zur Selbstverwirklichung. Er war immer auch ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Gemeinschaft. Ohne das Streben nach Leistung würde unsere Gesellschaft erstarren.

Leistung, meine Freunde, verliert ihren sozialen Sinn, wenn sie der Menschlichkeit entbehrt. Und das müssen wir auch sagen: Was wir gegenwärtig an unseren Schulen und Hochschulen als Folge sogenannter Reformen an fehlender Kameradschaftlichkeit, an Rücksichtslosigkeit und an Opportunismus erleben, hat gar nichts zu tun mit einem vernünftigen Streben nach Leistung und Erfolg dafür aber um so mehr mit dem rigorosen Verdrängungswettbewerb, dem sich viele junge Leute heute ausgeliefert fühlen.

Anstatt das Leistungsprinzip aufzuheben und den Mangel zu verteilen, müssen wir mehr tun, um unseren jungen Mitbürgern größere Chancen zu eröffnen. Das ist die Pflicht unserer Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen unseren Mitbürgern auch wieder mehr Vertrauen in unsere Verfassung, in unseren Staat und in seine Institutionen zurückgeben. Wir leben in der Bundesrepublik in einem Land, das allen Bürgern ein hohes Maß an persönlicher und politischer Freiheit sichert, in dem das Recht Geltung hat, in dem die Grundrechte beachtet werden und in dem unabhängige Richter die Regierung und die Verwaltung in ihre Schranken verweisen.

In diesem Land, in dieser unserer Bundesrepublik, gibt es weder Berufsverbote noch Gesinnungsschnüffelei.

(Lebhafter Beifall)

Hier blockieren Jugendsünden keinen Lebensweg und dürfen auch in Zukunft keinen Lebensweg blockieren. So will es unser Recht, und so wollten es alle Demokraten in der Geschichte unseres Landes. Aber, meine Freunde, wir erleben gegenwärtig eine Kampagne, deren Urheber so tun, als sei all dies nicht wahr.

Soweit es sich um Kommunisten, um Feinde dieser Demokratie handelt, welche weltweit antreten, die gesamte Bundesrepublik zu verteufeln, braucht uns dies nicht sonderlich zu wundern. Aber wir erleben jetzt, daß auch Sozialdemokraten und Freie Demokraten den Eindruck erwecken, der Staat mißbrauche das Prinzip der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, um kritisches Denken einzuschüchtern und junge Menschen zu verunsichern. Ich will klar und deutlich für die CDU dazu sagen: Jeder Bürger unseres Landes hat einen Anspruch darauf, daß ihm im öffentlichen Dienst Beamte begegnen, deren Treue gegenüber Verfassung und Recht außer Zweifel steht.

(Beifall)



Unser Staat braucht junge Bürger, für die Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit verpflichtend sind. Denn nur dann wird sich diese Republik das Vertrauen aller Bürger auf Dauer bewahren können.

Falsch verstandene Liberalität gefährdet dieses Vertrauen. Wir haben die Lektion der Weimarer Republik begriffen. Damals waren Kommunisten und Faschisten nur in einem einig: den demokratischen Staat zu zerstören. Das darf nie wieder geschehen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir handeln mit und für die vielen Eltern und Kinder, die sich doch die Lehrer nicht aussuchen können und die jetzt die Sorge bedrückt, daß kommunistische oder faschistische Lehrer ihre Kinder eines Tages gegen den Staat und die Elternhäuser aufhetzen.

Vor allem, meine Freunde, denken und handeln wir für die rund 3 Millionen Bürger, die als Flüchtlinge aus dem anderen Teil Deutschlands gekommen sind, viele unter Einsatz ihres Lebens. Nicht wenige unter ihnen sind diesen bitteren Weg gegangen, um zu verhindern, daß ihre Kinder von kommunistischen Lehrern erzogen werden.

(Beifall)

Wir respektieren die Gewissensentscheidung, die gerade unser Grundgesetz in vielen Bereichen für den einzelnen offenhält. Wir respektieren die wirkliche Gewissensentscheidung eines jungen Mannes, der aus religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung den Wehrdienst mit der Waffe verweigert und einen Ersatzdienst leistet. Aber gerade weil wir dies respektieren, respektieren wir auch die Gewissensnot von Hunderttausenden von Müttern und Vätern, die dann entstehen muß, wenn an staatlichen Schulen kommunistische oder faschistische Lehrer ihre Kinder unterrichten.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Wer es für "liberal" - so sagt man dann doch - hält, auch noch den Feinden unserer Verfassung den Zugang zu Macht und Verantwortung im Staat offenzuhalten, der verschleudert den Wert demokratischer Freiheitsrechte, der mißachtet die Lehren der Geschichte.

Der unsinnigen Vorstellung einer "Bürgerfreiheit zum Nulltarif" hat das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil zur Wehrpflichtnovelle eine klare Absage erteilt. Wer es nicht wagt, das Prinzip der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst entschlossen und mutig zu vertreten, der stellt doch dem demokratischen Selbstbewußtsein und der Zivilcourage gerade unserer jungen Mitbürger ein erbärmliches Zeugnis aus.

(Beifall)

Wir in der CDU glauben nicht daran, daß sich die jungen Bürger unseres Landes durch eine Angstkampagne in ihrer demokratischen Standfestigkeit unsicher machen lassen. Es ist ein Ausdruck der Achtung vor unseren jungen Mitbürgern, wenn wir sie als mündige Demokraten ernstnehmen.

Wenn wir hier vom Vertrauen im Verhältnis zwischen Bürger und

Staat sprechen, dann gehört in diesen Zusammenhang auch das Thema Bürokratie. Vielen Bürgern wird es immer schwerer gemacht, den eigenen Staat und sein Verhalten zu begreifen.

Bei der Wehrdienstverweigerung und in der Radikalenfrage werden die Vertrauensvorschüsse großzügig ausgeteilt. Auf der anderen Seite aber erlebt der gleiche Bürger, daß ihm der Staat in fast allen Lebensbereichen mit extremem Mißtrauen begegnet.

Eine Fülle zunehmender bürokratischer Regelungen engt seinen Handlungsspielraum immer weiter ein. Immer weiter wird der Behördenapparat zur Kontrolle ausgebaut. Viele kritisieren heute das Übermaß an Bürokratie. Aber die Verantwortlichen haben noch immer nichts Entscheidendes gegen diese Entwicklung getan.

Hier, meine Freunde, ist grundsätzliches Umdenken notwendig. Dieser Anruf richtet sich auch an uns. Wir sind im Bund Opposition. Wir sind beteiligt an der Gesetzgebung in Bundesrat und Bundestag. Wir verfügen über die Mehrheit in der Mehrzahl der deutschen Bundesländer und in vielen Gemeinden. Zunehmende Bedrückung des Bürgers durch Bürokratie ist nicht einfach die Frage einer Partei, sondern geht auch uns als Union ganz persönlich etwas an.

(Beifall)

Wenn wir das Wort vom mündigen Bürger ernst meinen, dann muß der seit Jahren fortschreitenden sozialen Entmündigung der Menschen in unserem Land durch einen allzuständigen Staat entschlossen Einhalt geboten werden. Dies ist eine der wirklich humanen Aufgaben der nächsten Jahre.

Familie und Jugend, Leistung und Selbständigkeit, Staat und Bürger, Bürokratie und mehr Vertrauen zum Staat sind Themen, die die innere und die geistige Verfassung unserer Gesellschaft, unseres Staates bestimmen.

Aber wir müssen fähig sein, darüber hinaus auch andere Probleme anzupacken. Ich will zwei Themen beispielhaft ansprechen. Umwelt, Energie und Wachstum - diese drei Begriffe, meine Freunde, umschreiben Problemfelder, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmend unsere Aufmerksamkeit verdienen. Viele von uns spüren es - und es ist in weltweitem Maßstab in den Kirchen aufgebrochen -: Die Menschheit ist an einem kritischen Punkt ihrer Entwicklung angelangt. Ihr Überleben hängt von der Sicherung eines ökologischen Gleichgewichts ab, das zunehmend gefährdet ist.

Die Grenzen des Wachstums sind, so meine ich, nicht erreicht. Aber, meine Freunde, sie lassen sich nicht beliebig manipulieren und ausdehnen. Auf unserem "Raumschiff Erde" wird zukünftig in wichtigen Punkten anders gewirtschaftet werden müssen, als wir es bislang gewohnt sind. Wie soll unsere Zukunft aussehen? Wir wollen eine lebenswerte und gesunde Umwelt erhalten. Dazu sind unsere Anstrengungen nötig: zum Schutz der Natur, des Wasserschatzes, der Landschaft.

Wir wollen am Arbeitsplatz Gesundheitsschäden durch Lärm und Gift, aber auch durch Monotonie ausschließen. Zur Umwelt des Menschen, wie wir sie als Christliche Demokraten verstehen, gehören auch seine Arbeitswelt und deren Humanisierung. Wir wollen eine sinnvolle Raumordnung, die die menschlichen Tätig-

keiten Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Erholung nicht immer weiter auseinanderreißt, sondern sinnvoller einander zuordnet.

Wir müssen die Rohstoffquellen schonen und die Umwelttechnologie fördern. Wir lassen uns jedoch nicht jene falsche, gefährliche Alternative "Umwelt o d e r Wachstum" aufschwätzen.

(Beifall)

Wir haben in der Zwischenzeit erlebt, daß Umweltinvestitionen Wachstum fördern. Für uns sind Wachstum und Umweltschutz kein Gegensatz. Diese neuen Probleme haben vor Jahren Parteien und Politiker - wer wollte es leugnen - weithin unvorbereitet getroffen. Viele reagierten unsicher, unterschiedlich. Einmal mehr reagierten Sozialisten und Marxisten reaktionär, die den Problemen zum Ausgang des 20. Jahrhunderts mit den Denkschablonen des 19. Jahrhunderts begegnen wollen.

Defensiv verhält sich, wer auf die neuen Fragestellungen dirigistisch mit Geboten und Verboten antwortet und sich dabei hinter den Mauern der Bürokratie verschanzt.

Ich finde, meine Freunde, hier haben wir eine großartige Chance, an eine große Tradition der CDU anzuknüpfen. Wir hatten doch schon einmal gegen den reaktionären Widerstand der Sozialisten in einer einmaligen Pionierleistung die Soziale Marktwirtschaft konzipiert und durchgesetzt. Mit dieser Sozialen Marktwirtschaft haben wir den freien Markt in den Dienst des sozialen Ausgleichs gestellt. Jetzt kommt es darauf an, die Soziale Marktwirtschaft mit den Notwendigkeiten ökologischer Erfordernisse in Einklang zu bringen. Die Sozialdemokraten behaupten - wie immer aus ihrem falschen Denken heraus - dies sei nicht möglich, die Gefährdung der Umwelt erfordere mehr staatliche Lenkung statt marktwirtschaftliche Steuerung. Liebe Freunde, das kommt uns doch seltsam vertraut vor. Wir begegnen hier den gleichen Argumenten, die vor 30 Jahren gegen Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft vorgetragen wurden. Damals hieß es, die Probleme des Wiederaufbaus, die sozialen Probleme seien nicht mit, sondern nur gegen den Markt zu lösen. Damals wie heute hat die Phantasie der Sozialisten nicht ausgereicht, zu einer wirklich neuen, zukunfts-trächtigen Lösung durchzustoßen. Damals wie heute ist es die große Chance der Union, nicht nur die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen, sondern im Blick nach vorne - auf neue Problemstellungen - weiterzuentwickeln.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie uns das doch ganz offen sagen: Umweltschutz ist eine große konservative Aufgabe mit Zukunft, und wir wollen sie anpacken!

(Beifall)

Wir brauchen Wachstum, um unsere sozialen Aufgaben zu erfüllen und unsere Zukunft lebenswert zu halten. Es gibt junge Menschen - ich sage offen: oft recht sympathische junge Leute -, die nach alternativen Lebensformen suchen. Aber, meine Freunde, das "einfache Leben" ist kein Rezept und kein Ideal für alle. Es muß andere Möglichkeiten geben. Das sage ich auch jenen, die das einfache Leben unbedingt aus ihrer persönlichen Überzeugung wollen. Das radikale Postulat des einfachen Lebens wird doch zum Terror für alle, wenn man es verordnen

oder Wirtschaft und Gesellschaft auf dieser Maxime aufbauen wollte.

Liebe Freunde, es geht hierbei nicht nur um ökonomische und technische Fragen, sondern auch um zutiefst menschliche und moralische Probleme. Auch und gerade an diesen Fragen, so glaube ich, entscheidet sich unsere Solidarität mit künftigen Generationen. Wenn z.B. der Bau von Kernkraftwerken gestoppt wird und die Energiepreise in die Höhe schnellen, können die westlichen Länder noch einigermaßen mithalten. Die Zeche werden aber jene Entwicklungsländer zu zahlen haben, die das Öl zum nackten Überleben brauchen. Wir sollten es deutlich, mit Mut und Entschlossenheit sagen: Wer ein Kernkraftmoratorium befürwortet, plädiert - auch wenn er es nicht weiß und nicht begreift - dafür, heute das Brot für die Welt von morgen zu verbrennen.

(Beifall)

Wir werden am 1. und 2. März des kommenden Jahres in Bonn in einer großangelegten Fachtagung mit Wissenschaftlern und Experten diesen ökonomisch-ökologischen Dialog aufnehmen und weiterführen. Für uns geht es dabei nicht zuletzt um die Frage, wie die falsche Alternative Umwelt oder Wachstum aufzulösen ist, was "Fortschritt" in Zukunft noch heißen und welche Richtung er nehmen soll und wie auch im dritten Jahrtausend eine menschliche Zukunft in Freiheit nach unserer Überzeugung möglich ist.

Liebe Freunde, ich habe einige der großen Probleme der deutschen Innenpolitik angesprochen. Sie erfüllen uns mit tiefer Sorge. Wir dürfen uns dadurch aber nicht den Blick für die Aufgaben außerhalb der Grenzen unseres Landes verstellen lassen. Außenpolitik ist mehr als ein Instrument zur Lösung bloßer innenpolitischer Probleme. Unsere Verpflichtung, das freie Europa zu einigen und den Frieden in der Welt zu sichern, verlangt eben mehr als nur die Überlegung, wie wir Währungsfragen lösen. Unsere Verpflichtung für die Allianz der freien Welt ist mehr als die Sicherung des militärischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken. Entspannungspolitik, Friedenspolitik ist für uns mehr als wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Kooperation.

Dies gilt auch und nicht zuletzt für unsere Nord-Süd-Politik. sie kann sich nicht nur - so wichtig dies gewiß auch ist - auf einen Teil, etwa auf den südlichen Teil Afrikas oder die Frage der Sicherung der Rohstoffquellen beschränken. Wir tragen als Bundesrepublik gegenüber den Entwicklungsländern Verantwortung, weil wir nach wie vor eine der stärksten Industrie- und Handelsnationen der Welt sind und weil wir, die CDU, eine Partei sind, die sich zu einer Politik aus christlicher Verantwortung verpflichtet weiß.

(Beifall)

Die Probleme der Dritten Welt sind vielschichtiger und schwieriger geworden. Nach dem Entwicklungsbericht der Weltbank in diesem Jahr leben noch immer rund 800 Millionen Menschen in absoluter Armut, mit einem Einkommen von unter 500 DM im Jahr, was für eine menschenwürdige Ernährung viel zu wenig ist. 40 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer sind davon betroffen. Wenn die Entwicklung im bisherigen Tempo und Ausmaß anhält, wird es im Jahre 2000 noch immer 600 Millionen absolut Arme geben. In

den nächsten 20 Jahren müssen jährlich mehr als 300 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um allein mit dem natürlichen Zuwachs an Arbeitskräften Schritt halten zu können. Meine Damen und Herren, es sollte niemand hier im Raume glauben sich heute noch jenen Luxus wie zu Goethes Zeiten erlauben zu können, einfach zuzuschauen, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinander schlagen. Diese Entwicklung in der Welt, diese Bilanz muß uns zutiefst aufwühlen. Niemand von uns weiß, ob diese schwelende Krise nicht irgendwann - vielleicht noch zu Zeiten unserer Generation - wie ein Vulkan ausbricht. Deswegen können wir es nicht beim bloßen karitativen Appell belassen. Wir dürfen uns auch keinen Illusionen über die notwendigen Mittel zur Linderung dieser Armut hingeben. Wenn wir die knappen Mittel und Ressourcen nicht verschwenden wollen, brauchen wir eine klare Politik, realistische Zeitpläne und geeignete Maßnahmen. Meine Freunde, das wäre ein wirklicher Beitrag für den Frieden, den wir leisten müssen, den wir leisten wollen, auch wenn ich weiß, daß diese Fragen in breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit und in der eigenen Partei nicht sonderlich populär sind. Nicht das, was populär ist, ist vor der Geschichte richtig. Es kommt darauf an, daß wir erkennen, daß der Mantel der Geschichte durch Zeit und Raum geht und wir uns unserer Verantwortung gemäß entsprechend einrichten.

(Beifall)

Gerade unsere jungen Mitbürger haben ein feines Gespür dafür, ob wir die politisch Verantwortlichen in dieser Generation, in der Lage sind, persönlichen und nationalen Egoismus zu überwinden. Neben den absolut armen Ländern gibt es die Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen und als dritte Gruppe die der ölexportierenden Länder. Ihr Anteil am Welthandel wächst. Immer häufiger sind sie unsere Partner, häufig jetzt auch schon unsere Gläubiger. Wer dies sieht, weiß, daß Entwicklungspolitik längst nicht mehr ein humanitäres Problem zwischen denen, die geben, und solchen, die empfangen, ist. Wir müssen erkennen, daß das Wachstum der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren auch die Exporte der Industrienationen ankurbelte. Das Wachstum der internationalen Wirtschaft hat zu höherem Wachstum in vielen Entwicklungsländern beigetragen. Die Abhängigkeit nimmt nicht ab; sie nimmt zu. Unser Ziel muß es sein, nicht nur die Armut zu verringern, sondern zugleich auch das Wachstum zu beschleunigen. Daran muß die Bundesrepublik, eine der großen exportorientierten Nationen der Welt, interessiert sein. Unser Beitrag darf nicht nur darin bestehen, daß wir unsere eigene wirtschaftliche Erholung beschleunigen; wir müssen vielmehr auch zur Lösung der Weltwirtschaftsprobleme beitragen. Unser Beitrag, muß beispielsweise auch darin bestehen - hier stehen wir in der Verantwortung, weil wir in vielen Ländern der Bundesrepublik die Landesregierungen und die Kultusminister stellen -, daß wir unsere Kinder ermutigen, Sprachen - Spanisch, Portugiesisch oder Arabisch - zu lernen. Wenn jetzt vereinbart wurde, daß in den nächsten Jahren 450 chinesische Studenten als herzlich willkommene Gäste zu uns kommen, dann müssen auch junge Deutsche in die Volksrepublik China hinübergehen und dort studieren, um einen weltweiten Austausch auch im Geistigen zu ermöglichen.

(Beifall)

Es ist eine zutiefst bedrückende Bilanz, daß immer weniger junge Bürger bereit sind, für einige Studien- oder Arbeitsjahre ins Ausland zu gehen. Es ist einbarer Hohn: Wir haben gegenwärtig einen Kanzler, der sich gern schon als Weltkanzler feiern läßt, und gleichzeitig ist die Zahl von deutschen Studenten und Schülern, die im Ausland lernen und studieren, so niedrig wie nie zuvor. Das Land droht zur geistigen Provinz zu werden. Das ist ein schlimmer Hinweis auf die Zukunft der Bundesrepublik.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich zum Schluß noch einmal die Grundsätze unserer Politik zusammenfassen. Unser Leitbild ist die Person, die unverwechselbare Persönlichkeit des einzelnen, der freie - nicht der verwaltete, der selbständige - nicht der bevormundete Bürger. Deshalb sieht unsere Politik anders aus als die der Sozialisten. Unser Bild vom Menschen trägt weder ideologische noch utopische Züge. Wir machen Front gegen die sozialistische Maxime, wonach die Gesellschaft der Schlüsselbegriff der Politik sei - nicht der Mensch mit seinen Grundrechten und Grundfreiheiten, mit seinem Anspruch auf persönliches Glück. "Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform", schreibt Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen. Er sagt: "Demokratie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen. Eine echte Demokratie muß diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben."

Meine Freunde, nehmen wir diese großartigen, unvergeßlichen Worte Konrad Adenauers so, wie sie verstanden werden müssen: als ein Vermächtnis für die Christlich Demokratische Union Deutschlands, als einen Auftrag an uns alle, für unsere Ziele mit nie versiegendem Mut, mit entschiedener Leidenschaft, mit äußerstem Einsatz zu kämpfen. Eine lebendige Republik freier Bürger zu schaffen, das ist unser politischer Auftrag für Deutschland. Denn nur unsere Politik setzt jene schöpferischen Kräfte im Menschen frei, die unser Land so bitter nötig hat, wenn es die Zukunft meistern will.

(Beifall)

Menschlichkeit, Güte, Treue, Verantwortungsbewußtsein, Fleiß, Pflichtgefühl und Opferbereitschaft, das sind die Tugenden freier Bürger. Ohne diese Tugenden hätte dieses Land aus den Trümmern, die uns die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten hinterlassen hat, nicht herausfinden können. Ohne diese Tugenden kann unser Land die Herausforderungen nicht bestehen, die vor uns liegen, den Berg der Probleme nicht abtragen, den eine falsche Politik mittlerweile aufgetürmt hat. Das ist Politik für die Zukunft.

Meine Freunde, so rufe ich Sie alle auf: Setzen Sie sich mit uns allen gemeinsam mit aller Kraft für dieses Ziel ein. Wir können und wir werden diesen Kampf gewinnen - wenn wir nur wollen. Wir müssen hart arbeiten, wir müssen mutig kämpfen. Tun wir unsere Pflicht !

(Anhaltender lebhafter Beifall -  
Die Delegierten erheben sich)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Helmut Kohl für diese große Rede, die die notwendige Bestimmung unseres politischen Standorts vornahm, die die Perspektiven für die Zukunft aufzeigte und die gleichzeitig eine hervorragende Einführung in die Problematik dieses Parteitag-tages brachte. Vielen Dank, Helmut Kohl.

(Beifall)

Aber dieser Dank geht über den heutigen Tag hinaus. Er gilt auch der Arbeit von Helmut Kohl, seinem unermüdlchen und selbstlosen Einsatz als Bundesvorsitzender dieser Partei seit mehr als fünf Jahren.

(Beifall)

Es gilt auch seiner Arbeit als Fraktionsvorsitzender unserer gemeinsamen Unionsfraktion im Deutschen Bundestag.

Wenn diese Partei mit Zuversicht in die kommenden Wahlen geht, wenn diese Partei heute in der Sache eine Geschlossenheit zeigt, wie selten zuvor in der Geschichte der Union, wenn diese Partei heute über eine personelle und inhaltliche Schlagkraft verfügt, die uns im Bund und in fast allen Ländern der Bundesrepublik zur stärksten politischen Kraft werden ließ, dann ist dies in besonderer Weise das Verdienst dieses Mannes.

Wir, die Delegierten dieses Parteitags, dieser Parteitag, rufen Helmut Kohl zu: Diese Partei steht solidarisch und geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden.

(Beifall)

Aber, meine lieben Freunde, wenn wir von Familie nicht nur reden, sondern tatsächlich an sie denken, dann muß der Dank in dieser Stunde auch Frau Hannelore Kohl für ihren selbstlosen Einsatz an der Seite ihres Mannes gelten.

(Beifall)

Ein Mitglied des Tagungspräsidiums, der Repräsentant der Jungen Union, überreicht als Ausdruck dieses Dankes Frau Kohl einen Strauß roter Rosen.

(Beifall)

Ich berufe die zweite Plenarsitzung auf 14.30 Uhr hierher ein. Ich schließe die Vormittagssitzung.

(Schluß der Sitzung: 13.18 Uhr)





2. Plenarsitzung  
Beginn: 14.50 Uhr

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne wieder unseren Parteitag. Zunächst darf ich noch einmal auf folgendes hinweisen: Wir haben heute vormittag beschlossen, daß die Frist zur Abgabe von Anträgen zur Präambel und zu den ersten beiden Abschnitten - "Das Verständnis vom Menschen" und "Grundwerte" - heute abend um 18 Uhr abläuft.

Wir haben jetzt die Freude, zwei weitere Ehrengäste auf unserem Parteitag begrüßen zu können:

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Richterbundes, Herrn Dr. Leo Witte.

(Beifall)

Ich begrüße ferner mit besonderer Herzlichkeit den Vorsitzenden des Bundeselternbeirates, Graf von Waldburg-Zeil.

(Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich jetzt zunächst dem Präsidenten der Weltunion Christlicher Demokraten, dem langjährigen italienischen Ministerpräsidenten, unserem Freund Mariano Rumor das Wort.

Mariano Rumor (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Liebe Freunde! Der Gruß der Weltunion der Christdemokraten, den ich als deren Präsident überbringen darf, ist ganz besonders herzlich. Ihm möchte ich auch den Gruß der Union europäischer Christdemokraten anschießen, deren Vorsitzender Herr von Hassel ist.

(Beifall)

Die CDU ist ein grundlegender Bestandteil unserer Weltorganisation. Ihren Spitzenvertretern und vor allem ihrem Vorsitzenden, Herrn Kohl, sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung müssen wir als Christdemokraten in der Welt unseren besonderen Dank und unsere besondere Anerkennung für den Beitrag aussprechen, den sie für die Existenz und die Weiterentwicklung der Bewegung leisten, in der Parteien und aktive Christdemokraten aus fünf Kontinenten vereint sind. Die CDU ist jedoch auch Bezugspunkt, Gegenstand größter Achtung und Wertschätzung für die Kraft und die Kontinuität sowie das Engagement, mit denen sie die Verwirklichung der gemeinsamen Ideale von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fördert, die die Grundlagen und die Daseinsberechtigung unserer gemeinsamen Arbeit darstellen.

Die Aufgabe der europäischen Christdemokraten als fester Bestandteil und ausschlaggebende Komponente der großen christlich-demokratischen Weltfamilie besteht heute darin, für die Schaffung des mutigsten politischen und staatsbürgerlichen Vorhabens unserer Geschichte den entscheidenden Anstoß zu geben.

Die europäische Einheit steht an der Spitze unserer Bestrebungen. Die christlichen Demokraten als entscheidende Kraft bei der Schaffung der ursprünglichen Europaidee sind heute dazu berufen, den Eckpfeiler dafür aufzustellen, das Europäische Parlament,

und jeder von uns spürt, daß mit dem Europäischen Parlament ein Weg beginnt, auf dem man nicht mehr umkehren kann. Das Europa der Völker beginnt seinen unaufhaltsamen Marsch.

Wir begrüßen dieses außergewöhnliche Ereignis und verpflichten uns, ihm für unseren Teil die Qualifikation unserer breiten Vertretung zu geben, nicht nur deshalb, weil es für Europa selbst von größter Bedeutung ist, sondern auch deshalb, weil es ein sehr wichtiges Ereignis für die Länder und Völker Osteuropas, Lateinamerikas und Afrikas ist. Es ist eine beispielhafte Botschaft, die Europa allen Völkern zuruft.

Europa ist aber vor allem ein wunderbarer Schatz an Zivilisation, Kultur, Kreativität, ein Sammelbecken, in dem sich Produktion und Handel immer mehr integrieren. Althergebrachte und ganz neue Beiträge der verschiedenen nationalen Eigenheiten müssen in den Dienst einer Politik der Entwicklung der menschlichen Solidarität und damit eines sicheren Gleichgewichts und des Weltfriedens gestellt werden.

(Beifall)

Es liegt an uns Christdemokraten, den armen Völkern, den Völkern, die sich schwer tun, zu einer organischen und eigenständigen Entwicklung zu gelangen, das Gefühl zu geben, daß das geeinte Europa eine Garantie, ein Bezugspunkt für ihr gerechtfertigtes Streben nach Wachstum mit unserer Hilfe ist. Wir verlangen keine beschämenden und unterwürfigen Gegenleistungen; wir wollen ihnen lediglich helfen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Zu dieser Berufung auf Solidarität veranlaßt uns auch das Bewußtsein, daß zu dieser Welt, die auf dem Weg des Wachstums voranschreiten will, ein großer Teil jener kämpferischen christdemokratischen Familie gehört, mit der uns enge Bande politischer und ideeller Solidarität verbinden. Ich denke hier insbesondere an unsere lateinamerikanischen Freunde, die oft im Schatten des Untergrunds kämpfen, leiden, sich vorbereiten, wirken für Freiheit, Demokratie und Entwicklung ihrer Heimatländer.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabe und vor allem unsere Aufgabe als Christdemokraten, mit unserer aktiven politischen Präsenz die Anmassungen der autoritären Regierungen zu brechen, die die Bestrebungen der Völker unterdrücken. Es liegt an uns und vor allem an uns, die Gefahr abzuwenden, daß kommunistische Länder und Kräfte, die für eine Politik der Freiheit absolut ungeeignet sind, mit Waffengewalt ihre sehr präzisen Pläne einer Eroberungsstrategie durchsetzen, und insbesondere in Afrika mit beeindruckender Geschlossenheit einen organischen Plan großzügiger und weitblickender Solidarität ihren Bestrebungen gegenüberzusetzen. Das Lomé-Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft stellt hierfür immerhin einen ersten sehr wichtigen Schritt dar.

Liebe Freunde, je mehr wir die Zukunftsaussichten analysieren, desto mehr wissen wir um die Bedeutung der gemeinsamen Aufgabe, die uns bevorsteht, desto mehr spüren wir, wie dringend unerläßlich es ist, gemeinsam zu handeln. Und es ist die Aufgabe der stärksten Parteien, derjenigen, die die größte Zustimmung der Bevölkerung und damit die größte Verantwortung gegenüber

der Bevölkerung auf sich vereinen, ihren Beitrag engagiert und entschlossen zu leisten.

(Den folgenden Schluß der Rede trägt der Redner in deutscher Sprache vor)

Meine lieben Freunde, lieber Präsident Kohl! Ein Appell an die Anwesenden, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein: So stark wir auch sein mögen, allein können wir die Geschichte unserer Zeit nur wenig beeinflussen. Vereint sind wir jedoch eine starke, entscheidende Kraft, die Geschichte macht. Ich bitte die Freunde der CDU und alle Christlichen Demokraten - und ich bin sicher, daß sie positiv darauf antworten werden -, zunehmend Schöpfer der Geschichte zu sein. - Entschuldigen Sie bitte mein schlechtes Deutsch.  
Danke sehr!

(Lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Lieber Präsident Rumor, wir dürfen Ihnen sehr herzlich für Ihre freundlichen Worte danken, vor allem für die herzlichen Worte der Verbundenheit und der Solidarität der Christlichen Demokraten in aller Welt. So wie wir hoffen, daß die Beratungen dieses Parteitages über die Grundwerte und Ziele der Christlichen Demokraten in Deutschland gleichzeitig auch Denkanstöße und Impulse geben werden für die Arbeit der christlichen Demokraten weit über Deutschland hinaus, so können Sie auch in Zukunft auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands in der Weltunion zählen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Entwicklungsländer und für die christlich-demokratische Bewegung in allen Teilen der Welt sehr wohl bewußt.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, Herr Präsident Rumor ist gleichzeitig auch Ehrenpräsident der Christlichen Demokraten in Europa. Ich möchte das zum Anlaß nehmen, auch dem heute hier anwesenden Präsidenten der Europäischen Christlichen Demokraten zu danken, unserem Freund Kai-Uwe von Hassel.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt dem Generalsekretär unserer Partei, Herrn Dr. Geißler, das Wort zu seinem Bericht.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe Ihnen wie üblich einen schriftlichen Rechenschaftsbericht vorgelegt. Ich bitte Sie, diesen Bericht zu studieren und mit mir und den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle im Laufe der nächsten Wochen über die Ergebnisse unserer Arbeit, aber selbstverständlich auch auf diesem Parteitag, zu diskutieren.

Ich möchte diesen Bericht mit einem Dank an die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle beginnen, die diesen Parteitag inhaltlich und organisatorisch vorbereitet haben.

( Beifall )

Stellvertretend für alle Mitarbeiter, auch für alle Mitarbeiter in den Landesverbänden und in den Kreisverbänden danke ich unserem langjährigen Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke.

( Beifall )

Karl-Heinz Bilke hat diese Aufgabe bis zum August 1978 versehen. Er hat für unsere Partei eine wesentliche Verantwortung getragen. Ich glaube, man kann für ihn als Charakteristikum sagen: Er hat die Sache immer über seine eigene Person gestellt. Er hat mit Umsicht und Beständigkeit die Ziele der Partei verwirklicht. Unsere guten Wünsche begleiten ihn bei seiner neuen Aufgabe als Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit gleichzeitig unseren neuen Bundesgeschäftsführer, Hellmut Holle, vorstellen,

( Beifall )

dem ich im Namen des Parteitages eine erfolgreiche Arbeit für die gemeinsame Sache der Christlich Demokratischen Union wünsche. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte die zentrale Frage, die uns in den letzten Wochen bewegt hat, in den Mittelpunkt meines Berichtes stellen. Wie heißt diese Frage, die neben dem Grundsatzprogramm für uns beherrschend geworden ist? Sie lautet: Wie können wir bei den vor uns liegenden Wahlen und vor allem 1980 in Bonn eine regierungsfähige Mehrheit erreichen? Genauer gefragt: Können wir aus der Opposition heraus aus eigener Kraft gewinnen? Dies ist doch das Thema, das uns, wenn wir ehrlich sind, bewegt hat. Viele haben doch gefragt: Ist es ein politisches Naturgesetz, daß eine Opposition zwar hervorragend abschnitten, aber durch eine Wahl den Wechsel nicht herbeiführen kann?

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, eine Antwort vorweg: Diese Frage läßt sich nicht beantworten, wenn man aus ihr eine Glaubensfrage macht, und wenn man unbewiesene Hypthesen aufstellt. Diese Frage kann nur richtig beantwortet werden, wenn wir die Fakten vorurteilsfrei analysieren und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen. Was steht uns denn eigentlich an objektiven Erkenntnissen zur Verfügung, um eine gesicherte Antwort zu erhalten? Erstens. Die CDU hat in sämtlichen Landtagswahlen gegenüber der Bundestagswahl gewonnen: in Hamburg 1,7 %, in Niedersachsen 3 %, in Hessen 1,2 %. Lediglich in Bayern bei der CSU gab es einen leichten Rückgang von 0,9 %. In Niedersachsen hat die CDU mit Ernst Albrecht zum ersten Mal die absolute Mehrheit und die Regierungsverantwortung in einer Landtagswahl gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden den Niedersachsen beim Ausbau ihrer Mehrheit mit allen Kräften helfen.

Ich komme zu Hessen: Die CDU ist im Stammland der SPD, nunmehr in drei Wahlen bestätigt, die stärkste politische Kraft geworden. Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Publizistik dies, wenn es der SPD in einem Stammland der CDU gelungen wäre, als einen Erdbeben und als einen haushohen Sieg bezeichnet hätte.

(Beifall)

Nun ist dies der SPD noch nie gelungen, und es wird der SPD auch nicht gelingen. Aber für die großartige Leistung von Alfred Dregger und der hessischen CDU möchte ich ihm und seinen Parteifreunden unsere Anerkennung und den Dank des Parteitages aussprechen.

Zweitens. Uns fehlen nur wenige Stimmen, die wir dem politischen Gegner hätten abnehmen müssen. Bei der Bundestagswahl waren es 350 000 und in Hessen 85 000.

Drittens. Der von der CDU noch benötigte Zuwachs verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen. Zum Beispiel bei den Frauen, den älteren Mitbürgern und bei den jungen Wählern war der Zuwachs geringer als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Hätte der Zuwachs bei den Frauen 1976 ebenfalls 4,3 % für die Union wie bei den Männern betragen und nicht nur 2,8 %, hätte die Union bereits knapp die absolute Mehrheit erreicht. Ähnlich war es bei den Wählern im Rentenalter. In den letzten Landtagswahlen hat das Wahlverhalten von Angestellten und Beamten, von Beschäftigten im tertiären Sektor und von Bürgern mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau ein sehr flexibles und dem Wechsel zugeneigtes Wählerpotential signalisiert.

Viertens. Die fast absolute Konzentration der Stimmen auf die Parteien CDU/CSU, SPD und FDP beweist, daß die CDU die wenigen fehlenden Stimmen nur von jenen Wählern bekommen kann, die - dies ist die politische Logik - das letzte Mal SPD und FDP gewählt haben.

Fünftens. Unter der Oberfläche scheinbar stabiler Macht- und Parteienblöcke und festgefahrener Prozentsätze bewegen sich mehr Wechselwähler als früher von einer Partei zur anderen. Der Parteienwechsel erreichte 1976 bei der Bundestagswahl ein Volumen von rund 2,4 Millionen Wählern; das sind 6 % der Wahlberechtigten.

Was folgt aus dieser Analyse? Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Aus dieser Analyse folgt zunächst etwas Wichtiges: Der Grundkurs stimmt; denn sonst kann man nicht ständig 46 %, 50 % und mehr Stimmen gewinnen.

(Beifall)

Und dies, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ist unser Grundkurs: Wir sind die soziale und freiheitliche Alternative zum demokratischen Sozialismus. Das bringt uns die Zustimmung von rund 50 % der Wähler. Dieser Wahlerfolg ist, verglichen mit allen anderen Parteien in ganz Europa, einmalig. Aber wir müssen jetzt noch ein Stück weiter denken. Worauf kommt es, wenn wir diese Analyse richtig werten, an?

Erstens. Wir müssen verhindern, daß die Wähler der CDU, die noch keine Stammwähler sind, das nächste Mal wieder abwandern.

Zweitens. Wir müssen erreichen, daß Wechselwähler, die das letzte Mal SPD oder FDP gewählt haben, den Sprung zur CDU schaffen. Für diejenigen, die uns bisher noch nicht gewählt haben, die wir aber gewinnen können, müssen wir die Hürden nicht höher, sondern niedriger machen. Ich glaube nicht, daß wir dieses Ziel mit aggressiver Sprache, Hauruck-Methoden und einer den nachdenklichen Wähler abstoßenden Polarisierung erreichen können.

(Beifall)

Drittens. Wir haben in Hessen das letzte Mal 46 % erreicht. Bei der Bundestagswahl hatten wir 48,6 %, und in allen Meinungsumfragen liegen wir seit Oktober 1976 zwischen 49 und 51 %.

Halten wir uns nicht mit der gegnerischen Propaganda auf!  
Wir stehen nicht vor einer naturgesetzlichen Schallmauer. Die Politik hat es mit lebendigen, denkenden und fühlenden Menschen zu tun, die man überzeugen kann.

(Beifall)

Diese Überzeugung, daß wir andere überzeugen können, dürfen wir nicht aufgeben. Wir müßten sonst aufhören, Politik zu machen.

Deswegen lautet die Folgerung für mich, für uns alle: Wir können die wenigen fehlenden Stimmen gewinnen, wenn wir uns nicht den Luxus leisten, vermeidbare Fehler zu machen, und wenn wir dem Erfahrungssatz folgen, den ich das "Gesetz der Sachkompetenz" nenne. Was sagt dieses politische Gesetz? Je höher die Sachkompetenz einer Partei, desto höher ist - mit einigem zeitlichem Abstand - die Zustimmung zu dieser Partei. Das heißt: Der Sachkompetenz der Partei folgt die Präferenz der Wähler.

Je überzeugender eine Partei Antworten auf die realen Probleme der Bürger und des Landes gibt, desto mehr vermag sie den Bürger zu überzeugen und desto größer sind ihre Chancen, Zustimmung zu finden. Nach dieser Erkenntnis habe ich meine Arbeit als Generalsekretär ausgerichtet. Es ist nicht aussichtsreich, auf konkrete politische Arbeit zu verzichten und dafür auf genialische Konstruktionen und Einfälle zu hoffen, mit denen sich der Erfolg angeblich ganz von selber einstellt. Genie ist Fleiß, sagt Fontane, und noch immer gilt der Satz von Max Weber: Politik ist das geduldige Bohren dicker Bretter. Meine Damen und Herren, dies muß unser Mehrheitsmodell sein, das allerdings keinen bequemen Weg verspricht.

( Beifall )

Das große Ziel war und ist, diesem Gesetz der Sachkompetenz als Voraussetzung für den Wahlsieg gerecht zu werden. Vor eineinhalb Jahren hat es geheißen, die CDU habe keine Alternativen. Heute ist davon keine Rede mehr. Es ist schon umgekehrt. Mancher von denen, die uns damals Mangel an Alternativen vorgeworfen haben, flüchtet sich heute in den Vorwurf, wir hätten zu viele Alternativen. Aber können wir überhaupt ein wichtiges Thema vernachlässigen, wenn uns ein paar zehntausend oder hunderttausend Stimmen fehlen? Wir sollten über dieses Problem in aller Ruhe argumentativ sprechen. Aber wir wissen aus der Erfahrung, bestätigt durch die Wahlforschung, daß in der Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung für die Opposition eine Beschränkung auf zwei oder drei Themen, seien sie auch noch so bedeutsam, zu einer Einschränkung der Wahlchancen führt. In Wirklichkeit gibt es für die Opposition nur ein Thema, nämlich die Wahl zu einem Plebiszit für die CDU als die umfassende bessere Alternative zu machen, bei jungen wie bei älteren Wählern, in der Stadt und auf dem Land, bei Angestellten und Arbeitern, beim Hochschullehrer wie beim Hüttenarbeiter, bei dem protestantischen Wähler in Hamburg wie beim Katholiken im Schwäbischen Oberland. Wir bekennen uns im Grundsatzprogramm dazu, daß die Menschen unterschiedlich sind und ein Recht darauf haben, in ihrer Unterschiedlichkeit erst genommen zu werden. Wer alle über einen politischen Leisten schlägt, wird keinem gerecht. Der Wähler ist kein politischer Homunculus, den sich die Partei erfinden kann.

( Beifall )

Liebe Parteifreunde, Sie kennen unsere Sachprogramme. Der zunehmende Erfolg hat dieser Konzeption recht gegeben. In zentralen Bereichen der Politik wird der CDU inzwischen die größere Sachkompetenz zur Lösung der Probleme zugesprochen. Dies gilt nicht nur für die traditionellen Bereiche wie innere Sicherheit, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In den letzten zwei Jahren ist es uns zumeist Mal gelungen, auch in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen uns dem Bürger als die überzeugendere Alternative einzuprägen. Nach den letzten demoskopischen Umfragen betrug der Kompetenzvorsprung der Union gegenüber der SPD z. B. für die Überwindung der Arbeitslosigkeit 6 Prozentpunkte und für die Sicherung der Renten 10 Prozentpunkte. Selbst 25 % der SPD-Anhänger sagen, daß die Union ihre Aufgaben zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Renten gut mache. Dies ist besonders deshalb von Bedeutung, weil vom Interesse der Bürger her gesehen der Lösung dieser Aufgaben der größte Rang zukommt. Ich frage Sie: Wäre dies möglich gewesen, wenn die CDU darauf verzichtet hätte, die politischen Programme zu erarbeiten, die der Parteivorsitzende heute morgen genannt hat? Ich will sie nicht mehr aufzählen. Sie wurden erarbeitet auch mit neuen, erfolgreichen Arbeitsmethoden, mit Analysen und Dokumentationen, mit wissenschaftlich und international anerkannten Fachkongressen. Wenn Sie heute in eine deutsche Buchhandlung gehen, dann können Sie die Ideen und Vorschläge der CDU in von renommierten Verlagen in hoher Auflage herausgegebenen Sachbüchern kaufen. Wir sind dabei, das linke Monopol politischer Sachbücher zu brechen.

( Beifall )

Etwas ist inzwischen klar geworden: Die Koalition zielt darauf ab, diese Konzeption zu durchkreuzen. Der Bundeskanzler hat in den letzten Wochen und Monaten wiederholt erklärt - ich zitiere wörtlich, stellvertretend für viele Aussagen -: "Die Oppositionsparteien gefährden den äußeren Frieden, und sie gefährden den sozialen Frieden."

( Pfui-Rufe )

Diese denunziatorische Strategie können wir nur durch unsere Strategie der Sachkompetenz ins Leere laufen lassen. Wir müssen klarmachen und beweisen, daß jene Strategie beim Wähler, beim Bürger kein Fundament finden kann. Aber diese Verdächtigung durch den Bundeskanzler hat auch eine politisch-moralische Kategorie. Man muß sich einmal klarmachen, wen Schmidt mit dem " sozialen und nationalen Risiko" mit der Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit, der Gefährdung des inneren und äußeren Friedens eigentlich meint. Er meint die Partei Konrad Adenauers, die Partei Ludwig Erhards und Kurt-Georg Kiesingers, die Partei des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes, die Partei der deutsch-französischen Aussöhnung, der Atlantischen Gemeinschaft, die Partei der dynamischen Rente, die Partei der Vertragstreue und die Partei, aus deren Reihen im nächsten Jahr der Bundespräsident gewählt werden wird.

( Sehr langanhaltender stürmischer Beifall )

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Dies sagt Helmut Schmidt über unsere Partei, die den Bundestagspräsidenten stellt, die sechs Ministerpräsidenten stellt und - ich sage es noch einmal - aus deren Reihen der nächste Bundespräsident kommen wird.

( Erneuter Beifall )

Wir seien ein "nationales und soziales Risiko", sagt ein Kanzler, der die bruttolohnbezogene Rente abgeschafft hat, dessen Regierungszeit durch Rentenlügen, Arbeitslosigkeit, Vertragsbruch und Wortbruch geprägt ist.

( Stürmischer Beifall )

Er hat die Stirn, unsere Partei, die Christlich Demokratische Union, als "soziales und nationales Risiko" zu bezeichnen. Wer so redet, zerstört, Herr Bundeskanzler: Herr Biedermann als Brandstifter.

( Beifall )

Liebe Parteifreunde, die höhere Sachkompetenz, die wir haben, führt aber nicht sofort und automatisch zur Mehrheit. Es müssen Fehler vermieden werden.

Ich will hier drei Fehler nennen oder - besser noch - umgekehrt drei Voraussetzungen anführen, die erfüllt sein müssen, damit höhere Sachkompetenz sich in eine positive Entscheidung des Wählers umsetzt.

Erstens: Eine Partei muß glaubwürdig sein.

Zweitens: Sie muß ihr Programm durchsetzen.

Drittens: Sie muß einig sein.

(Beifall)

Was heißt "glaubwürdig"? Glaubwürdig ist eine Volkspartei nur dann, wenn sie nicht einseitig wird, sondern den ganzen Reichtum ihrer tragenden Ideen voll ausschöpft.

Durchsetzungsfähig ist die Partei, wenn sie fälligen Entscheidungen nicht aus dem Weg geht, wenn sie den Mut hat, zu entscheiden.

Einigkeit bedeutet nicht das Verbot, zu denken und zu reden, und bedeutet vor allem nicht, Parteifreunde, die Neues und anderes denken, gleich in die linke oder rechte Ecke zu stellen. Der Streit um die bessere Lösung und die darauffolgende Mehrheitsentscheidung sind für eine Volkspartei unverzichtbar. Unser Selbstbewußtsein erweist sich in offener Diskussion und in gemeinsamem Handeln. Einigkeit, wie ich sie verstehe, bedeutet Konsens in den Grundsätzen und Loyalität zur Partei und den gewählten Repräsentanten.

(Beifall)

Was müssen wir daher z.B. klarmachen? Es ist eine alte Weisheit - ich kann mich daran erinnern, wir haben schon auf dem Bonner Parteitag ein ähnliches Thema behandelt; damals war Ludwig Erhard Parteivorsitzender -, die wieder Geltung haben muß: Unsere Mitglieder sind zunächst Mitglieder der CDU und erst dann Mitglieder einer Vereinigung oder parlamentarischer Arbeitskreise.

(Lebhafter Beifall)

Konkret zur Sache heißt das: Die Gleichsetzung von Sozialpolitik und Sozialausschüssen würde das Bild der Union als Volkspartei verengen, denn alle Mitglieder der CDU bekennen sich zur Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)



Die Sorge um die Erhaltung des Marktes und eines geordneten Wettbewerbs ist ein Anliegen der ganzen Partei und nicht nur der Unternehmer und der Selbständigen.

(Zustimmung)

Ich würde es begrüßen, vom Wirtschaftsrat öfters Bekenntnisse zur sozialen Gerechtigkeit und von den Sozialausschüssen öfters Bekenntnisse zum Markt zu hören.

(Beifall)

Wer Soziale Marktwirtschaft sagt, damit aber nur Wettbewerb meint, ist vom Verständnis der Union von Sozialer Marktwirtschaft ebenso weit entfernt wie der Bundeskanzler, für den die Soziale Marktwirtschaft ein Schlagwort ist. Glaubwürdigkeit bedeutet also für die CDU Leistung u n d soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb u n d Solidarität, Eigenverantwortung u n d soziale Sicherung, Wehrpflicht u n d Achtung des Gewissens, Anerkennung der Leistung der Frau im Erwerbsleben u n d in der Familie.

(Beifall)

Wenn dies wieder klar ist, wird der künstliche Streit um die Frage, was die Mitte der Partei ist, zur historischen Makulatur.

Ob wir in der Lage sind - damit komme ich zum nächsten Thema -, unsere Programme im Parlament und in der Regierung durchzusetzen - alle Parlamentarier, und ich bin selber einer, werden es mir nachsehen, wenn ich dies als Generalsekretär einmal sage; es muß ja auch einmal artikuliert werden -, berührt auch das Selbstverständnis von vielen hunderttausend Mitgliedern, die bei uns in der Erwartung eingetreten sind, auf die Gestaltung des politischen Lebens Einfluß nehmen zu können. Wir wollen kein imperatives Mandat. Wir sind verschiedene Gegner des imperativen Mandats. Ebenso deutlich muß aber gesagt werden: Unsere Parteitagsbeschlüsse sind nicht für politische Festtage, sondern für den Alltag und für die Zukunft der Bürger gemacht.

(Beifall)

Auf jeden Fall dürfen wir unsere Programme nicht so lange liegenlassen, bis wir sie eines Tages beim politischen Gegner wiederfinden

(Beifall)

und wir uns dann noch vorhalten lassen müssen, wir hätten bei den anderen abgeschrieben; denn dies kommt dann noch hinzu.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, durchsetzungsfähig - lassen Sie mich das nebenbei noch sagen - wird die Opposition im übrigen nur sein, wenn sie selbstbewußt bleibt und sich innerlich nicht von jedem Leitartikel umwerfen läßt.

(Beifall)

Zur Durchsetzungsfähigkeit gehört, daß die CDU sich den finanziellen Spielraum für ihre Alternativen nicht von der Bundesre-

gierung vorschreiben läßt. Wenn Herr Ehrenberg erklärt, das Defizit in der Rentenversicherung betrage 30 Milliarden DM, dann wissen wir nur eines mit Sicherheit, nämlich daß das nicht stimmt.

(Zustimmung)

Wenn Herr Matthöfer erklärt, es sei kein Geld mehr in der Kasse, dann wissen wir nur eines mit Sicherheit, nämlich daß er vor der nächsten Wahl Milliarden aus dem Hut zaubert, mit denen er dann sozialistische Wahlgeschenke finanziert. Meine Damen und Herren, ich habe noch keinen SPD-Finanzminister erlebt, der, bevor er zurückgetreten ist, die Wahrheit gesagt hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Unsere Devise ist nicht, um auch dies klar zu sagen: immer höhere Ausgaben, überall noch 10 oder 20 DM darauflegen. Unsere Devise lautet vielmehr: Überflüssiges einsparen - ein Kernstück der Neuen Sozialen Frage -, wobei wir im Übrigen auch einmal den Mut aufbringen sollten, selber zu sagen, wo wir etwas einsparen wollen. Das gehört zur Redlichkeit in der Politik.

(Zustimmung)

Unsere Devise lautet: Überflüssiges einsparen, um das Notwendige und Richtige finanzieren zu können. Wie steht es um die dritte Voraussetzung, die Einheit der Partei? Kann uns eigentlich jemand die Frage beantworten, wie wir nachdenkliche Wähler, um die es uns doch geht, davon überzeugen wollen, CDU zu wählen, wenn eigene Leute von ihr offenbar nicht mehr überzeugt sind? Was hat denn das einfache Mitglied in den letzten Monaten gedacht, wenn es morgens manchmal die Zeitung aufgeschlagen hat? Wenn wir einen Stimmenanteil von 45 oder 48% haben und uns noch ein paar Stimmen fehlen, die wir von Leuten bekommen können, die einmal so und einmal so wählen und für die es entscheidend darauf ankommt, welches Bild diese Partei macht, ist es doch legitim, sich einmal ein Szenario vorzustellen, aber nicht etwa so, wie es war, sondern so, wie es hätte sein können. Stellen wir uns doch einmal vor, CDU und CSU hätten sich in den vergangenen Jahren immer als eine geschlossene Gemeinschaft, einig in den Personen und in der Sache präsentiert. Ist das unmöglich? Es wäre doch möglich! Man kann sich das doch denken.

(Heiterkeit und Beifall)

Stellen wir uns vor, das eine oder andere Sachprogramm, von der CDU beschlossen, wäre von einigen Leuten nicht als sozialdemokratisches, sondern - als was wohl? - als christlich-demokratisches Gedankengut vorgestellt worden?

(Zustimmung)

Stellen wir uns einmal vor, uns allen bekannte Mitglieder der CDU hätten zur Abwechslung einmal ihren Parteivorsitzenden gelobt und dafür die Regierung kritisiert.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Aber es ist klar: Eine Mannschaft kann natürlich nur schwer gewinnen, wenn einzelne Stürmer auf das eigene Tor schießen.

(Heiterkeit)

Es ist auch wenig erfreulich, wenn bei gegnerischen Angriffen einige Spieler das Feld verlassen und auf der Tribüne Platz nehmen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wäre also dieses Szenario Wirklichkeit geworden - und ich vermag nicht einzusehen, warum es nicht Wirklichkeit werden kann -,

(Beifall)

wir hätten die Wahl gewonnen, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde.

Wir bewerben uns erneut beim Wähler.

Wie muß das Anforderungsprofil der CDU aussehen?

Ich fasse es zusammen:

Sensibel für Bürger und Land,

glaubwürdig in Wort und Tat,

selbstbewußt gegenüber Freund und Feind und

einig -

das ist unser Profil, das wir brauchen.

(Beifall)

Zur Vorbereitung einer siegreichen Wahlentscheidung gehört es aber auch, vorhandene Schwierigkeiten und die Macht des politischen Gegners nicht zu unterschätzen. Wir kennen zwar die Schwächen dieser Regierung nur zu gut, aber sie hat Macht, nämlich den Apparat, Geld, Ämter, die Propaganda. Sie kann Privilegien verteilen und macht denen Schwierigkeiten, die sie behindern. Über dieses Instrumentarium zur Machtentfaltung und zur Machterhaltung verfügt die Opposition nicht. Die Opposition ist auf die Kraft des Arguments angewiesen. Ihre Macht ist das Wort, ihr Medium ist die Sprache.

Die Medien verhindern Chancengleichheit in der Demokratie, wenn sie die Opposition sprachlos stellen.

(Beifall)

Es ist meine Pflicht, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß innerhalb der CDU, bei ihren Mitgliedern und den Anhängern und den Wählern - und dies ist die Hälfte des gesamten Volkes -, die Unruhe und der Zweifel darüber wachsen, ob die öffentlich-rechtlichen Medien dieser Aufgabe, Chancengleichheit zu gewährleisten, noch gerecht werden.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Viele Bürger wollen sich nicht länger damit abfinden, daß bestimmte Anstalten einseitig die Regierungsparteien bevorzugen.

(Beifall)

Die Medienfrage ist nicht eine Frage von vielen anderen. Sie ist eine verfassungspolitische Grundfrage unserer Demokratie,

(Beifall)

eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale unserer freiheitlichen Ordnung gegenüber totalitären Systemen. Totalitäre Systeme schaffen zuerst die Presse- und Informationsfreiheit ab. Daraus folgt umgekehrt, daß die Presse- und Informationsfreiheit notwendiger Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie ist.

Diese Erkenntnis verpflichtet uns als große Partei dazu, das Thema Medien sorgfältig, ernsthaft und ohne unangemessene Parteilichkeit zu behandeln. Wir müssen jedoch mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß nach unserer Meinung die Presse- und Informationsfreiheit in den öffentlich-rechtlichen Medien, heute nicht mehr so sehr vom Staat gefährdet wird, sondern durch die Medien selber, durch ihre gegenwärtige Struktur, durch das einseitige Verhalten vieler, die in den Medien tätig sind und dort Einfluß und Macht ausüben.

(Beifall)

Sollten sich die medienpolitischen Ziele der SPD durchsetzen, dann würde dies in der Tat einen Rückfall in vordemokratische Zustände bedeuten.

(Beifall)

Die Warnung Gert von Paczenskys vor dem "Sturm der Linken auf Radio Bremen", seine Frage, ob "die Linke dort einen Privatsender" bekomme, beleuchtet nur einen besonders krassen Einzelfall. Die SPD will offenbar die Medien als Instrument ihrer Macht. Dies ist die Konsequenz, die wir daraus zu ziehen haben.

Meine Damen und Herren, die Kennzeichen einer solchen Regierungpropaganda wurden schon vor langer Zeit von Heinrich von Kleist mit dem Blick auf Napoleon - aber es läßt sich leicht übertragen - kurz und präzise dargestellt. Er sagte: "Die französische Journalistik ist die Kunst, das Volk glauben zu machen, was die Regierung für gut findet. Die zwei obersten Grundsätze lauten: Erstens: Was das Volk nicht weiß, macht das Volk nicht heiß. Zweitens: Was man dem Volk dreimal sagt, hält das Volk für wahr." Nach dieser vordemokratischen Methode

(Zuruf: Undemokratischen!)

- undemokratischen Methode -, können wir die Medienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren.

(Beifall)

Unsere Alternative darf allerdings nicht darin bestehen, daß wir nur die Vorzeichen ändern. Wir müssen die Frage nach dem Verhalten, der Macht und dem Einfluß, der Legitimation und Kontrolle der Medien in einer demokratischen Gesellschaft grundsätzlich aufwerfen.

Medien gehören heute selbst zu den Mächtigen.

Wer die Massenkommunikationsmittel beherrscht, beherrscht die Wählerschaft, und wer die Wählerschaft beherrscht, beherrscht den politischen Prozeß. Deshalb erfordert Demokratie die Kontrolle jeder Art von Macht, gleichgültig, auf welcher Grundlage sie beruht. Die politische Macht wird durch den demokratischen Verfassungsstaat kontrolliert, die wirtschaftliche Macht durch eine funktionierende Soziale Marktwirt-

schaft. Mit der Neuen Sozialen Frage haben wir das Problem der Macht der Verbände und der Ohnmacht nichtorganisierter Interessen aufgeworfen. In jedem Falle geht es um die demokratische Qualität unseres Staates. Diese Sorge - keine andere - treibt uns auch, wenn wir jetzt die Medienfrage aufwerfen.

Wir sind zu einer offenen Diskussion bereit - fordern aber auch zu ihr auf -, durch welche Verfahren und Institutionen die Macht der Medien auf freiheitliche Weise am besten zu kontrollieren sei.

Dabei ist folgendes wichtig:

1. Die Journalisten haben, insbesondere durch die elektronischen Medien, ein entscheidendes Mittel in der Hand, die Diskussionen und die Meinungsbildung unserer Zeit zu beeinflussen. Sie tun dies ohne demokratische Legitimation, die wir als Politiker ständig neu erarbeiten und erwerben müssen. Das verlangt vom Journalisten deshalb ein besonders hohes Maß an Verantwortung, ja ein moralisch besonders geprägtes Berufsethos. Auf die Dauer wird es zu einer Lebensfrage der Demokratie, ob die Journalisten diese Verantwortung erkennen. Ein Journalist, der sich in den öffentlich-rechtlichen Medien einseitig vereinnahmen läßt, beschneidet selbst seine eigene journalistische Freiheit.

(Beifall)

2. In öffentlich-rechtlichen Anstalten muß Partei ergreifen möglich sein. Dies darf aber nicht mit einem Freibrief für die Vernachlässigung der Informationspflicht verwechselt werden. Wer Partei ergreift, muß ertragen können, daß in der Programmgestaltung seine Parteinahme als Parteinahme gewertet wird. Auch Journalisten haben keinen Monopolanspruch auf eine übergeordnete Wahrheit.

3. Warum setzen wir denn nicht auch hier auf die freiheits-erweiternde Kraft des Wettbewerbs, allerdings eines geordneten Wettbewerbs? Neue elektronische Medien z. B. auch in privater Hand sind unter bestimmten Bedingungen keine Bedrohung, sondern eine Chance, auch für die freie Wahl des Arbeitsplatzes der Journalisten. Niemand will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen; aber Wettbewerb dient auch hier der Sicherung der Freiheit, der Kontrolle der Macht und der Mitwirkung des Bürgers - und damit der Demokratie!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Lassen Sie mich zum Schluß noch auf folgendes hinweisen. Wir beraten morgen das Grundsatzprogramm. Ich werde morgen in der Einführung vor allem auf die Abgrenzung und Unterscheidung zu den großen politischen Strömungen unserer Tage hinweisen. Das personale Verständnis vom Menschen, das unserem Grundsatzprogramm und unserer Politik zugrunde liegt, verpflichtet uns aber nicht nur in den Inhalten unserer Politik, sondern es verpflichtet uns auch selber als Personen; das heißt, es verpflichtet uns auch im Stil der politischen Auseinandersetzung in der Politik.

Der Stil der politischen Auseinandersetzung wird immer mehr zu einer hochrangigen Frage der Glaubwürdigkeit unserer freiheitlichen Ordnung. Die Glaubwürdigkeit unserer freiheitlichen Ordnung beruht auf dem Stil, mit dem wir Politik treiben, und

damit auf der Glaubwürdigkeit der Personen, die diese Ordnung vertreten. Totalitäre Programme und Systeme können auf die Glaubwürdigkeit von Personen und politischem Stil verzichten. Was auch dort geschehen mag: die Partei hat immer recht.

Wer der Politik dagegen ein personales Menschenbild zugrunde legt, muß es sich gefallen lassen, daß er auch als Politiker an diesem Anspruch gemessen wird.

Die Glaubwürdigkeit der Politik der Parteien in unserem Staat ist zu einem politischen Thema geworden, dessen sich die Demoskopen bemächtigen. Parteiverdrossenheit kann jedoch mit demoskopischen Mitteln nicht ausreichend erfaßt werden. Die freiheitlich demokratische Ordnung unseres staatlichen Lebens wird heute von den Bürgern nicht weniger bejaht als in der Vergangenheit. Die Überzeugung von der Notwendigkeit politischer Parteien ist ungebrochen. Das Unbehagen besteht vielmehr darin, wie politische Kräfte mit dieser guten Ordnung umgehen.

Es gibt ein tiefes Unbehagen über den Stil von Politikern untereinander und gegenüber der Bevölkerung. Manche nennen es nutzlos und schädlich, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen. Dies stellt die Frage nach dem Menschenbild dieser Politiker. Ist in ihren Augen der Bürger ein rücksichtsloser Egoist, unfähig, neben seinen Interessen die Belange der Gemeinschaft anzuerkennen? Ist der Bürger zynisch oder ist es der Politiker, der den Bürger für unfähig hält, die Wahrheit zu ertragen?

Nicht die parlamentarische Demokratie droht zu versagen. Politiker, die sich als scharfzüngige, schnellläufige und doppelbödige darstellen, drohen zu einer Gefahr für die parlamentarische Demokratie zu werden.

(Beifall)

Die deutsche Politik braucht wieder Politiker mit dem Mut zur Wahrheit. Wir brauchen eine Übereinstimmung der Qualität der Programme mit der Qualität der Personen, die sie vertreten. Niemand soll dies als Bläuugigkeit mißverstehen. Wer den schnellen Erfolg anstrebt, hat vor der Geschichte noch nie Bestand gehabt.

(Beifall)

1945 waren die Menschen mutlos, voller Angst vor der Zukunft. Damals haben Männer und Frauen der Christlich Demokratischen Union durch eine Politik der Freiheit, die nicht selbstverständlich war, die erkämpft werden mußte, gegen die Schatten einer unfreiheitlichen Vergangenheit und gegen die Bedrohung einer sozialistischen Gegenwart, den Menschen wieder Hoffnung gemacht und ihnen die Möglichkeit gegeben, ihr persönliches Lebensglück zu verwirklichen. Es waren Männer und Frauen mit Augenmaß, Beständigkeit und langem Atem.

Diese Aufgabe ist heute nicht anders geworden. Unsicherheit, Sorge und Angst nehmen wieder zu. Jeder von uns weiß: Politik kann die Menschen nicht glücklich machen. Dort steht unser Slogan für den Vorwahlkampf der Europawahl: Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen. Was heißt das? Wir können etwas tun: Wir können leisten, was die CDU nach 1945 geleistet hat: durch eine Politik der Freiheit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jeder in Freiheit sein Glück suchen und finden kann. Und deswegen: Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre große, Ihre kämpferische und Ihre leidenschaftliche Rede.

(Beifall)

Wir danken Ihnen darüber hinaus für den unermüdlichen Einsatz, mit dem Sie für unsere Partei tätig sind, mit dem Sie die organisatorischen und politischen Voraussetzungen für die politische Wende in unserem Lande schaffen. Wir danken Ihnen, lieber Heiner Geißler, auch dafür, daß Sie ein Staatsamt in diesem Land aufgegeben haben, um unserer Partei zu dienen.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu Punkt 10 der Tagesordnung: Aussprache zu den Berichten.

Dazu übernimmt der Parteitagspräsident wieder die Leitung.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ehe wir in die Aussprache eintreten, darf ich noch einmal bitten: Wer sich zu Wort melden will, möge bitte den Wortmeldezettel vollständig ausgefüllt bei uns hier abgeben. An den beiden Treppen zum Präsidium stehen Hostessen bereit, die Ihre Wortmeldung entgegennehmen und sie an uns weiterleiten. Es liegen mir bereits zahlreiche Wortmeldungen vor. Wir möchten zunächst nur um die Disziplin bitten, sich kurz zu fassen. Als erster in der Debatte hat Herr Thomas Mann das Wort. Es handelt sich dabei aber nicht um einen Dichter, sondern um den Bundesvorsitzenden der Jungen Arbeitnehmerschaft. Nach Herrn Mann hat Frau Dr. Wex das Wort. - Herr Mann, ich darf bitten.

Thomas Mann: Meine Damen und Herren! Helmut Kohl sprach von einer Serie von Landtagswahlen. Wir haben bei uns in Hessen gesehen - die Bayern haben es später auch erlebt -: Im Augenblick läuft der Trend anscheinend gegen uns, und zwar trotz eines hervorragend kämpferischen Spitzenkandidaten, trotz der außerordentlich hohen Mobilisierung unserer Mitglieder, trotz der Dominanz der CDU. Wir waren die Nummer 1 mit übervollen Sälen, die Nummer 1 auf der Straße, die Nummer 1 auch in der Werbung und auf den Plakaten. Es ist nach wie vor unverzichtbar, durch Massierung dafür zu sorgen, Unentschiedene zu gewinnen, möglichst als Marktführer zu erscheinen und eine Bewegung in Gang zu setzen, die da heißt: follow up the leader.

Trotzdem reichte es nicht ganz. Bei der Analyse der Stimmen - vom Stimmenhalten bis zum Nichterhöhen von Stimmen - haben wir eine neue Zielgruppe festgestellt: die Zielgruppe Jugend. Ich hielte es nun für falsch, wenn wir uns als CDU massiv auf die Jugend stürzen würden mit der offenkundigen Absicht, sie zu umarmen, sie zu Herzen, um sofort Liebesbeweise oder gar pausenlose Treueschwüre zu bekommen.

Wir brauchen den langen Atem und nicht die kurzfristige Aktion. Junge Leute honorieren nicht die Schaukelei, nicht das Reagieren auf jeden kleinen Windstoß. Sie erwarten Standfestigkeit. Wir brauchen die Besinnung, die Neubesinnung, von der Helmut Kohl gesprochen hat, aber auch die Rückbesinnung. Wir haben einiges zu zeigen, wir haben einiges zu bieten.

Der kleine Parteitag der CDU am 12. Juni hat ein Programm verabschiedet: "Zukunftschancen der Jugend". Dieses Programm haben

wir mühselig und dennoch qualifiziert genug auf dem Parteitag in Hamburg vorbereitet. Zeichen setzend haben wir ein Programm geschaffen; denn erstmalig in der Bundesrepublik ist es einer Partei gelungen, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, wie man im Bildungs- und Beschäftigungssystem Zukunftschancen für junge Menschen durchsetzen kann. Wir müssen also nicht etwas erfinden, um junge Leute zu entdecken.

Ich glaube, es ist mehr an der Zeit, daß die Jugend uns entdeckt. Machen wir es ihr doch leicht! Das ist nicht nur eine Angelegenheit der Abteilung "Verkauf" der Konrad-Adenauer-Stiftung oder des Adenauer-Hauses. Das liegt auch an der CDU, an den Themen, die in den Parteien zu behandeln sind, und an der Basis. Ich habe den Eindruck, daß wir in der Jungen Union oder in der Jungen Arbeitnehmerschaft noch allzuoft zu sehr allein kämpfen müssen. Wir brauchen auch die begleitende Öffentlichkeit. Nur: Öffentlichkeit wird von Berichterstatlern selbst verhindert. So heißt es beispielsweise: "Der Parteivorsitzende sagte zur Lage" - dann werden die Worte wiedergegeben, und dann steht da in Klammern: "(bei der Tagung der Jungen Union)". Oder es heißt: "Der Ministerpräsident referierte", dann kommen die markanten Worte und hinterher - klein dabei - "auf der Bundestagung der Sozialausschüsse" oder "der Frauen-Vereinigung" oder dergleichen mehr. Im letzten Absatz, so daß es gerade noch Profis wahrnehmen können, werden dann die Dinge behandelt, um die es eigentlich hätte gehen sollen, die Sachinhalte.

Ich appelliere an die Journalisten: Bringen Sie in den Tageszeitungen nicht nur Tagespolitik! Bringen Sie nicht nur Vordergründiges! Wer nur über die Großen berichtet, der sorgt dafür, daß auch hier Konzentration entsteht und keine Vielfalt sich bildet, der sorgt dafür, daß in allen politischen Parteien allzusehr die Flucht begangen wird von der Differenzierung der Sachargumentation hin zum Paukenschlag und zur Emotion.

Und der letzte Punkt, liebe Parteifreunde, zur Jugend! Die Faszination der Ideologie, die bisher zur Blüte der linken Bewegung führte, der große Nachlauf des sich selbst heilig sprechenden SPD-Vorsitzenden mit seinen damaligen heilen, schönen Visionen - Hauptsache, sie haben etwas mit dem Thema "Neu" zu tun -, ich meine sehr wohl, daß wir diesem Phrasendreschen einigiges entgegenzusetzen haben: das, was wir morgen und übermorgen beraten werden, das Grundsatzprogramm.

Dieses Programm einer politischen Philosophie ist nicht Ideologie, und es ist erfreulicherweise auch nicht im Unverbindlichen stehengeblieben. Drittens ist es, alles in allem, in einer Sprache formuliert, die verstanden werden kann. Grundsätze und nicht Tagestaktiken sind Voraussetzung für Glaubwürdigkeit. Der Begriff Solidarität, die richtig verstandene und deshalb angewandte Nächstenliebe, der Begriff Freiheit, Gerechtigkeit, die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft - all diese Dinge, meine ich, werden jungen Leuten Attraktivität bieten. Das wird Hoffnung geben, und das wird dazu beitragen, der Orientierungslosigkeit in der Jugend deutlich Kontra zu bieten. Dieses Grundsatzprogramm ist glaubwürdig. Wir haben mit dem Grundsatzprogramm alle Voraussetzungen für politisch große Stunden morgen und übermorgen.

Ich wünsche diese großen Stunden Helmut Kohl, in dem die Jugend einen überzeugten, ehrlichen Anwalt ihrer Interessen hat, einen, der noch mehr begeistern wird, wenn die Heckenschützen in der



eigenen Partei endlich ihre abgestandene Munition abgeben.

(Beifall)

Wir werden nicht wankelmütig werden. Wir werden uns auf diesem Parteitag auch nicht anstecken lassen von törichten Infragestellungen unseres Spitzenmannes, die nur von außen kommen. Und ich wünsche die große Geschlossenheit der CDU. Ich habe den Eindruck, die Jugend wartet auf den Aufbruch von Ludwigshafen. Die Jugend Deutschlands hat diese neue CDU verdient.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mann, für diesen Beitrag. Als nächste hat Frau Wex das Wort, nach ihr dann Herr Brickwedde. Bitte, Frau Dr. Wex.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Liebe Freunde!

Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haben in ihren Berichten zum Ausdruck gebracht, daß Politik für alle da sein muß. Das ist richtig. Aber es gibt besonders sensible Gebiete. Deswegen ist es richtig, daß die Politik, die den Menschen betrifft, sich auf die Familie und die Frauen bezieht. Gut ist auch, daß die Politik unserer Partei von Berlin bis heute die Kontinuität gewahrt hat. Nicht gut wäre es, wie der Herr Generalsekretär mit Recht gesagt hat, wenn wir dieses Programm nicht oder zu langsam durchsetzten und damit unseren politischen Vorsprung einbüßten.

Es gibt besonders sensible Gebiete. Im Bereich der Politik für die Frau und für die Familie betreibt die SPD eine Doppelstrategie. Einerseits vertritt sie in jüngster Zeit Positionen, die vordergründig von denen der CDU nur schwer abzugrenzen sind. Andererseits bestehen nach wie vor die alten politischen Überzeugungen und bestimmen politisches Handeln.

Durch die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament gewinnen alle nationalen Aussagen eine neue Dimension, und die politischen Inhalte der Aussagen im europäischen Wahlkampf, der über die Grenzen hinweg geführt wird, werden notwendigerweise zu einer Konfrontation marxistisch-kommunistischer Vorstellungen mit den Vorstellungen der Christlichen Demokraten führen.

Ich habe mich hier aber vor allem deswegen zu Wort gemeldet, weil der Generalsekretär einige Bereiche genannt hat, die bei unserer Arbeit besondere Beachtung verdienen. Über ein Drittel der Frauen in unserer Bevölkerung - daran können wir nicht vorbeigehen; das haben die Wahlen der letzten Zeit eindeutig gezeigt; die Frauen haben in dieser Partei im Übrigen, wie ich hier doch einmal sagen möchte, keinerlei Nachholbedarf an Solidarität -

(Beifall)

erhofft sich von den im Bundestag vertretenen vier Parteien keine wesentliche Änderung der Politik zu ihren Gunsten.

Diese politische Verweigerung muß für uns ein Alarmzeichen sein, da es sich hierbei erstens vor allem um jüngere Frauen handelt und da zweitens auf mittlere Sicht Auswirkungen auf das Wählerverhalten möglich sind. Frauen an führenden Stellen von Bürgerinitiativen und Grünen Listen sollten uns doch zu denken geben.

Unsere Aufgabe ist es, den Frauen zu beweisen, daß die CDU in der Lage ist, dieses unser in die Zukunft weisendes Programm

für die Frauen zu verwirklichen. Das heißt in drei Punkten:

1. Außerhäusliche und häusliche Berufstätigkeit der Frau müssen gleichwertig und gleichrangig sein.

(Beifall)

Sonst ist das Prinzip der Wahlfreiheit der Frau nur eine Scheinalternative.

(Erneuter Beifall)

2. Familienpolitik steht im Mittelpunkt unserer gesamten Politik. Es ist auch 1978 - besonders 1978 - eine gesicherte Erkenntnis: die Familie bleibt im Zentrum der persönlichen Entwicklung und der Erwartung von Millionen und aber Millionen einzelner, die ihre persönliche Identität und ihre Existenz in erster Linie oder sogar ausschließlich in der Familie finden und finden wollen.

(Beifall)

3. Die Frauen dürfen am Arbeitsmarkt nicht länger die Verlierer sein. Die mühsam erreichten Fortschritte der Gleichberechtigung gehen sonst auf dem Arbeitsmarkt wieder verloren.

Meine Freunde, wohl suchen die jungen Frauen heute Selbstständigkeit; aber sie suchen auch Geborgenheit. Es ist unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie diese beiden Sehnsüchte miteinander verbinden können.

Inhaltlich-programmatisch ist unser Vorsprung gesichert. Wir akzeptieren den Menschen in seiner Bedingtheit, wir geben ihm dadurch Hoffnung und Liebe; wir stoßen ihn nicht fort in Neid und Selbstsucht durch Kampf der Klassen und Geschlechter, womit ihm ja Einübung von Liebe verweigert würde. Man lernt nur von denen, die man liebt, zitierte gestern Astrid Lindgren bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, bei der ich die CDU vertrat. Sie meinte damit: Maßstäbe für die Erziehung der Kinder, die am meisten unter Liebesentzug leiden; sie meinte damit die Jugend, die Zuwendung, Zeit und Sinnggebung durch Vorbild, Zuneigung und Personenbezug braucht.

Inhaltlich also haben wir den richtigen Weg, haben wir den Vorsprung an Erkenntnis. Politisch-äußerlich aber setzt die Regierung an, uns zu überholen. Die geplante Mutterschutzerweiterung, die Gesetzesankündigung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit". der Arbeitsstab "Frauen" in der Regierung, verpackt als familien-, frauen- und kinderfreundlich, vernebelt zunehmend die dahinter stehende Ideologie, die darin besteht, außerhäusliche Erwerbstätigkeit beider Eltern als Höhepunkt des Fortschritts, Familie als Unterdrückung, als möglichst schnell zu überwindende Durchgangsstation oder ein Nebenfeld auf dem Wege zur Selbstverwirklichung, Erziehung als Mittel zur Gesellschaftsveränderung und nicht als Chance der Selbstfindung des einzelnen anzusehen.

Aber, meine Freunde, täuschen wir uns nicht und lassen wir nicht zu, daß der Bürger getäuscht wird! Die anderen schreiben vielleicht unsere Programme verbal ab, aber diese ihre Pläne geben sie niemals auf.

(Beifall)

Dieser einseitig auf die Berufstätigkeit der Frau ausgerichte-

ten Politik haben wir gegenübergesetzt Wahlfreiheit und Partnerschaft.

Gestatten Sie mir zum Schluß den Appell, Frauenpolitik nicht als ein Gegeneinander zwischen Männern und Frauen, sondern als Miteinander anzusehen.

(Beifall)

Es ist nicht unsere Politik, ein altes Rollenverständnis durch ein neues Rollenverständnis zu ersetzen, sondern es ist und bleibt unsere Politik, der persönlich verantworteten Freiheit den Vorrang zu geben. Fortschritt bedeutet nicht um jeden Preis Veränderung, sondern Fortschritt bedeutet Verbesserung. Die Politik der Bundesregierung aber hat die Lage der Frauen nicht verbessert. Die Tätigkeit der Hausfrau wird weiterhin abgewertet und wie ein sozialpolitisches Niemandsland behandelt. Sozial ungesichert, überlastet und willentlich unterschätzt: das ist heute typisch für die Lage der Hausfrau. Die berufstätigen Frauen sind überproportional arbeitslos, eher entlassen, schlechter bezahlt und später wieder eingestellt; das ist heute typisch für die Situation der erwerbstätigen Frau. Die Politik der Bundesregierung hat vor den Frauen versagt. Diese Politik ist weder sozial noch liberal. Sie ist für die Frauen gescheitert.

(Beifall)

Liebe Freunde, heute bestimmen viel mehr als früher Frauen, ob es Kinder gibt oder nicht, und heute schrecken oft eher Mädchen als junge Männer vor der Familiengründung aus Angst vor der großen Belastung zurück. Geburtenrückgang, Ehescheidungs- und Eheschließungszahlen sind ein Zeichen für eine Wende, die die ganze Gesellschaft betrifft. Diese Entwicklung zeigt: Wir können die Probleme der Frauen nicht isoliert als Probleme nur der Frauen betrachten; sie berühren die gesamte Gesellschaft und die Zukunft unseres Volkes. Wenn wir also Politik für die Frauen machen, dann ist es Politik für uns alle, auch für die Männer. Ist dies einmal in seiner ganzen Tragweite erkannt, dann gehören viele Vorurteile der Vergangenheit an. Wir haben die Sachkompetenz, von der der Generalsekretär sprach, und wir haben die Zukunft in der Hand.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, verehrte Frau Kollegin Wex, für diesen Beitrag.

Meine Damen und Herren, erfreulicherweise haben wir jetzt schon 14 Wortmeldungen. Wir bekommen also eine lebhaftete Aussprache zu den Berichten. Wenn sich die Sprecher möglichst kurz fassen, wird die Aussprache noch lebendiger.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort Herr Brickwedde, nach ihm Herr Wissmann.

Fritz Brickwedde, Osnabrück: Liebe Freunde, ich möchte nur fünf Punkte ganz kurz ansprechen.

Der erste Punkt betrifft das Thema Europawahl. Wir sind heute morgen sehr gut auf die Europawahl vorbereitet worden. Auch in den Referaten von Heiner Geißler ist deren Bedeutung unter-

strichen worden. Ich glaube, daß die Europawahl gerade für die junge Generation einen ganz hohen Stellenwert hat. Ich möchte allerdings auf diesem Parteitag an Sie alle in den Landesverbänden appellieren, wenn sie die Landeslisten aufstellen, neben den erfahrenen und sehr erfahrenen Politikern - um es einmal sehr nett zu formulieren - auch das junge Element zu berücksichtigen. Ohne junge Kandidaten sind wir in der jungen Generation nicht glaubwürdig.

(Beifall)

Ich weiß, daß der Begriff "Modell Niedersachsen" bei einigen nicht populär ist, aber ich darf sagen, daß wir in Niedersachsen dabei sind, einem Kandidaten aus der jungen Generation einen guten Platz zu sichern. Ich meine, das sollte in allen Landesverbänden Schule machen.

Mein zweiter Punkt betrifft die friedliche Nutzung der Kernenergie. Auf dem Gebiete der sicheren Entsorgung, des Atommülls haben wir in Niedersachsen das große Problem Gorleben. Ich möchte hier im Hinblick auf die geforderte Geschlossenheit der Union in dieser Frage kritisch darauf hinweisen, daß es kein besonders guter Stil ist, wenn ein Vertreter der Bundestagsfraktion ohne Absprache mit der Landesregierung nach Hannover reist und dort eine Pressekonferenz gibt, in der er sagt, auf diesem Gebiet seien alle Probleme gelöst, während gleichzeitig unser Sozialminister, unsere Landesregierung und unsere Behörden in einem sehr ernsthaften Prüfungsprozeß zu dieser Frage begriffen sind. So können wir auch keine Wähler überzeugen. Das Thema Entsorgung ist so wichtig, daß wir als CDU mit dieser Frage ganz besonders sensibel umgehen müssen. Ich möchte deswegen die Bundespartei und die Bundestagsfraktion bitten, die niedersächsische Landesregierung, die hier in einer ganz großen Verantwortung steht, und auch die Landespartei in Niedersachsen zu unterstützen. Wir müssen hier an einem Strick ziehen und dürfen nicht gegeneinander arbeiten.

Drittens. Der Appell an die Geschlossenheit gilt auch für das Thema: Wie halten wir Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst heraus? Wir müssen auch zwischen den unionsregierten Bundesländern zu einer stärkeren Koordination kommen. Es geht nicht an, daß es zwischen Kiel und München unterschiedliche Verfahren zum Heraushalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst gibt. Auch die C-Länder müssen sich hier abstimmen. Wir müssen als Alternative zu den Auflösungsintendenzen bei der SPD/FDP hier eine einheitliche Linie verfolgen: rechtsstaatlich, liberal und sauber. Das werden wir dann auch gegenüber der jungen Generation überzeugend vertreten können.

(Beifall)

Auf Grund der Arbeit in der Jungen Union möchte ich gerade die Älteren bitten, diesen Punkt mit Jugendlichen sehr sensibel zu diskutieren. Es reicht nicht aus, daß wir sagen, Kommunisten und Faschisten dürfen nicht in den Staatsdienst, sondern wir müssen gleichzeitig sagen, wie wir dieses Problem lösen wollen. Es hat einige Fälle gegeben - ich will jetzt kein Bundesland nennen -, wo Leute aus dem öffentlichen Dienst herausgehalten worden sind - es sind vielleicht zwei oder drei gewesen -, bei denen wir Schwierigkeiten haben, das den jungen Leuten klar zu machen.

Das heißt, es dürfen auch tatsächlich nur Kommunisten und Faschisten davon betroffen sein. Ich möchte deswegen noch einmal an die Partei und an die unionsregierten Bundesländer appellieren, daß wir uns untereinander abstimmen und hier eine ganz konkrete präzise Alternative präsentieren.

Lassen Sie mich viertens noch eine Frage stellen. Wir haben auf dem Hamburger Parteitag 1973 - ich spreche das auf diesem Parteitag wieder an, wie schon auf dem letzten - als Delegierte einen Beschluß gefaßt, ein neues Unternehmensrecht zu gestalten. Dazu haben wir 1973 unter Hans Katzer und Kurt Biedenkopf eine Kommission eingesetzt. Wir schreiben jetzt das Jahr 1978, und ich sehe nicht, daß irgendwo Ergebnisse aus dieser Kommission vorliegen. Sie sind jedenfalls parteiöffentlich nicht bekannt geworden.

Auf dem letzten Parteitag hat Kurt Biedenkopf erklärt, in einigen Monaten werde die Kommission dem Bundesvorstand die Ergebnisse vorlegen. Es ist ein Jahr vergangen, und ich möchte an Kurt Biedenkopf oder den Bundesvorstand die Frage richten: Was ist aus dieser Arbeit geworden? Dies ist ein wichtiges Thema, das wir als Union besetzt halten wollen. Irgendwann muß es einmal konkret werden und hier auf dem Parteitag landen.

(Beifall)

Letzter Punkt: Wir haben in der Jungen Union eine Aktion gestartet unter dem Stichwort: Freiheit für Nico Hübner. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit ganz kurz auf diesen Fall eines jungen Ostberliners in einem DDR-Gefängnis lenken.

(Beifall)

Ich spreche das deswegen an, weil wir hier viele Vertreter der Medien und auch ausländische Gäste haben. Bei Nico Hübner handelt es sich um einen 22jährigen Ostberliner, der unter Berufung auf den entmilitarisierten Status von Groß-Berlin den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee verweigert hat und einen sehr profunden und kritischen Artikel als Regimegegner in der DDR geschrieben hat, der dann bei uns veröffentlicht wurde. Er ist dafür zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ich meine, auch von diesem Parteitag sollte an die Sowjetunion und an die DDR der Appell gehen: Laßt Nico Hübner frei! Wir wollen daran arbeiten.

(Beifall)

Ich möchte Sie sehr herzlich bitten: Beschäftigen Sie sich bitte mit diesem Aufsatz dieses jungen Deutschen im anderen Teil Deutschlands. Er macht - und darüber sollten die Medien auch stärker berichten - den Unterschied zwischen Regimekritikern wie Bahro oder Biermann, die aus einer marxistisch-leninistischen Position heraus nur bestimmte Teile des Systems drüben verändern wollen, und den Regimegegnern, den jungen Demokraten und Christen in der DDR und in Ost-Berlin, denen wir solidarisch gegenüberstehen sollten, sehr deutlich.

In diesem Sinne ergeht auch der Appell der Jungen Union an die gesamte Partei, sich zu engagieren für die jungen Demokraten, für die jungen Christen in der DDR, die sich in dieser Situation dort drüben für die Freiheit engagieren und die dies unter Umständen tun, die, wie ich glaube, unser aller Solidarität aus Gründen eines modernen Patriotismus, aus Gründen unseres Einsatzes für die Menschenrechte ganz besonders herausfordern.

Ich hoffe, daß wir als CDU noch stärker als bisher in diesem Bereich arbeiten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brickwede. Zur Erwiderung auf einen Punkt Ihres Beitrages, bitte, Hans Katzer.

Hans Katzer: Meine lieben Parteifreunde! Der Kollege Brickwede hat mit Recht die Unternehmensrechtskommission angesprochen. Wir haben auf unserem Parteitag in Hamburg zur Frage der Mitbestimmung unter anderem auch einen Beschluß gefaßt, a) eine Unternehmensrechtskommission einzusetzen und b) die Fragen des Unternehmensrechts darin neu zu ordnen. Diese Kommission hat unter dem Vorsitz des Kollegen Biedenkopf und mir acht- oder zehnmal getagt. Wir haben ein Zwischenergebnis. Dann kam die Klage der Arbeitgeber vor dem Bundesverfassungsgericht. Soweit wir wissen, wird in etwa acht Wochen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegen. Angesichts der Tatsache der Klage haben wir dem Parteivorstand berichtet, daß wir es nicht für sinnvoll halten, jetzt die Arbeit zu Ende zu führen, sondern erst dann, wenn wir ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegen haben. Ich glaube, das ist vernünftig und sinnvoll. Deshalb werden wir den Bericht dann geben, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gesprochen und die Arbeit der Kommission abgeschlossen ist.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans Katzer. Das Wort hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann. Nach ihm spricht Herr von Bismarck.

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bevor ich namens der Jungen Union in einigen Bemerkungen zu den beiden Berichten Stellung nehme, möchte ich einer Pflicht genügen, die nicht nur Höflichkeitspflicht ist. Ich möchte mich nämlich beim Vorsitzenden und seinem Generalsekretär sehr herzlich für die jederzeitige politische, organisatorische und auch finanzielle Unterstützung der Jungen Union Deutschlands bedanken. Wir vergelten diese Solidarität dadurch, daß wir im Unterschied zu anderen politischen Jugendorganisationen nicht nur, wie es sicher richtig ist und wie auch ich es tun will, in einigen Punkten kritisch zum Parteitag Stellung nehmen, sondern vor allem dadurch, daß wir in allen Wahlkämpfen gemeinsam an einem Strang ziehen. Damit ist auch deutlich geworden: Wenn Jusos und Judos in den Wahlkämpfen unter der Decke bleiben, so kann man die Junge Union im Wahlkampf vorzeigen und im Interesse unserer gemeinsamen Sache mit ihr kämpfen.

(Beifall)

Weil wir dies aber auch in Zukunft wollen, machen wir uns als Junge Union natürlich auch Gedanken über die Frage, wie es mit der Entwicklung bei den Jungwählern aussieht. Knapp zusammengefaßt kann man sagen, daß wir in den Jahren 1969 bis 1977 einen vergleichsweise steilen Anstieg der Jungwähleranteile für die Union hatten, während in den letzten Monaten eine Stagnation des Zuwachses unserer Jungwählerentwicklung zu verzeichnen ist. Meine Damen und Herren, dies gilt natürlich auch für andere Wählerbereiche. Da die Union aber Zukunft haben muß, ist dies

· naturgemäß einer der sensibelsten Bereiche. Lassen Sie mich deswegen in vier Punkten einiges von dem sagen, was wir als Junge Union im Blick auf die Zukunft der Union, im Blick auf ihre Wirkung bei jungen Wählern für besonders wichtig halten:

Erstens. Ich habe in vielen Diskussionen auch im hessischen und bayerischen Landtagswahlkampf festgestellt: Ich glaube, ich kann sagen, die Überwiegende Mehrheit der jungen Generation erwartet von einer Partei kein Personal- und Strategiegeplänkel ohne Ende, sondern eine Antwort auf die Frage nach ihrer Zukunft. Meine Damen und Herren, deswegen will ich hier deutlich sagen, daß wir als Junge Union der Meinung sind, daß wir in den Diskussionen über die Trennung von CDU und CSU nicht länger fortfahren können, sondern daß diese ein für allemal beendet werden sollten, weil diese Diskussionen sonst unsere politische Sachaussage in der Zukunft überlagern werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sprachen vorhin in einem anderen Zusammenhang von Parteitagebeschlüssen. Ich meine, daß wir den Beschluß des Mannheimer Parteitages, den wir mit großer Mehrheit gefaßt haben, nämlich in die Diskussion mit unseren Freunden von der CDU/CSU den Gedanken einer institutionalisierten Integration einzubringen, der engeren Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen, der engen Zusammenarbeit auf der Ebene von Präsidium, Vorstand und Fachausschüssen, in der innerparteilichen Diskussion wieder stärker in den Vordergrund bringen sollten, wenn wir den Gedanken der Einheit der Union langfristig erhalten wollen.

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren. Junge Wähler erwarten von uns - und deswegen bin ich froh, daß dieser Parteitag zu diesem Thema stattfindet - nicht nur eine Antwort auf die Frage nach den tagespolitischen Perspektiven, sondern eine Antwort auf die Frage nach dem Werthintergrund von Politik.

Lassen Sie mich das auch im Blick auf den jüngsten Katholikentag und beispielsweise auch auf die Diskussionen bei dem Gemeindegtag vor einiger Zeit in Stuttgart sagen: Die Tatsache, daß sich erstmals seit Jahren wieder in solcher Deutlichkeit Tausende von Jugendlichen ganz bewußt in einer wertorientierten Weise engagieren, sagt zwar noch nichts aus über die Haltung aller jungen Leute, zeigt aber, daß die Partei, die sich nicht nur bei einem Parteitag, so wichtig und gut dieser ist, sondern auch in der Folge dieses Parteitages und auf allen Ebenen der Diskussion, des Werthintergrundes ihrer Politik wieder bewußt wird, Zukunft haben wird bei jungen Leuten. Deswegen, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht, warum wir gelegentlich das "C" im Parteinamen der Union schamvoll verstecken, sondern halte es im Gegenteil für notwendig, dieses "C" in einer toleranten und weltoffenen Weise wieder stärker als Impuls für unsere Politik nutzen.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich glaube, daß wir immer noch in der Gefahr sind, unsere Politik allzu stark nur als Antithese zu Sozialismus und Kommunismus zu definieren. Wir sind uns einig - das hat auch der heutige Morgen gezeigt - in der Ablehnung des Sozialismus in seinen verschiedenen Spielarten. Aber unsere Glaubwürdigkeit beim jungen Wähler wird eben gerade dadurch erreicht, daß wir nicht nur aus der Ablehnung anderer Positionen unseren Stand-

ort definieren, sondern den eigenständigen, zukunftsweisenden, originären Charakter unserer Politik wieder stärker in einer offensiven politischen Diskussion deutlich machen. Ich glaube, da haben wir alle miteinander in der politischen Diskussion Nachholbedarf.

Dies gilt beispielsweise für das Thema Nord-Süd-Konflikt. Ich bin dem Vorsitzenden dankbar, daß er dieses Thema in seinem Bericht angesprochen hat. Die Wichtigkeit dieses Themas sollte bei einer christlich-demokratischen Partei eigentlich nicht betont werden müssen. Aber stellen wir uns doch selbstkritisch die Frage, ob wir denn in den letzten Jahren beispielsweise jenen Ansatz der Mannheimer Erklärung, der die weltweite Dimension unserer Politik sichtbar gemacht hat, der sichtbar gemacht hat, daß Entwicklungspolitik für uns nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch eine Frage politischer Vernunft ist, ausreichend genutzt haben! Müssen wir nicht unser entwicklungspolitisches Konzept, unser Konzept zum Thema Nord-Süd-Dialog, offensiver und deutlicher machen, weil junge Wähler von uns nicht erwarten, das Populäre gesagt zu bekommen, sondern das, was ihre Zukunft betrifft? Dieses Thema aber betrifft ihre Zukunft in einer ganz fundamentalen Weise.

Ein dritter Punkt: Junge Leute wollen nicht nur hören, was wir in goldenen Lettern in unsere Parteiprogramme hineinschreiben, sondern sie wollen erleben und erfahren, daß diese Parteiprogramme durch- und umgesetzt werden auf Landesebene, auf Kreisebene, auf Gemeindeebene, auch auf Bundesebene. Und da muß ich sagen - ich bin überzeugt, daß wir hier in der Mehrheit der Delegierten einer Meinung sind: Die Art und Weise der Behandlung der Beschlüsse des Parteitages von Hamburg, der Beschlüsse des Parteitages von Mannheim, unserer wegweisenden Anstöße im Bereich der Neuen Sozialen Frage, unserer zukunftsgerichteten Politik im Bereich der Familie hat der Glaubwürdigkeit nicht genützt. Wir müssen die Programme wieder aus den Aktenschränken holen und für die praktische Politik nutzbar machen, wenn wir langfristig glaubwürdig sein wollen, gerade auch bei jungen Wählern.

(Beifall)

Ich darf, Herr Vorsitzender, hinsichtlich der Glaubwürdigkeit einen zweiten Anstoß aufnehmen, den Sie in Ihrem Referat angesprochen haben. Ich glaube, wir alle stehen hinter den Bemerkungen, die Sie zu dem Thema der humanen Definition des Leistungsprinzips gemacht haben. Niemand in der Jungen Union stellt den Wert des Leistungsgedankens für eine demokratische Gesellschaft in Frage. Wenn wir es da aber nicht nur bei Bekennnissen lassen wollen, müssen wir beispielsweise auch unseren Kultusministern die kritische Frage stellen, ob denn beispielsweise der Auswahlmaßstab Durchschnittsnote 1,8 oder 1,9 im Abitur als Kriterium für die Entscheidung der Frage beibehalten werden kann, wer Medizin studieren soll. Ich sage es ganz offen: Ein solcher Maßstab ist nach meiner Überzeugung eher ein Kriterium, den begabten Karrieristen und Streber Mediziner werden zu lassen als den, der aus Engagement und Leidenschaft Arzt werden könnte.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir gerade auch hier hinterfragen müssen, was wir selber mitgetragen haben in der Umsetzung jenes humanen Leistungsgedankens, den der Parteivorsitzende vorhin angesprochen hat.



Meine Damen und Herren, wir sollten uns durch Studentenumfragen und durch öffentliche Äußerungen trotz allem nicht vormachen lassen, die überwiegende Mehrheit der Jugend stehe gegen diesen Staat. Alles, was wir aus den Diskussionen wissen, ist, daß die überwiegende Mehrheit der jungen Generation positiv zum demokratischen Staat steht. Was ich aus Diskussionen weiß und was sicher viele von Ihnen genauso erfahren haben, ist, daß die überwiegende Mehrheit der jungen Generation gemeinsam mit der Jungen Union und der CDU der Überzeugung ist, daß Extremisten von links und von rechts aus dem öffentlichen Dienst herausgehalten werden müssen.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der jungen Generation dies genauso sieht wie wir.

Nur, meine Damen und Herren, um dies überall durchzusetzen, auch bei den Zweifelnden, meine ich, wir als CDU - und die Junge Union ist da bereit, auf allen Ebenen mitzuziehen - sollten eine bundesweite Informationskampagne über die wirkliche Zielsetzung starten, die wir mit dem Extremistenthema verbinden. Unsere Zielsetzung heißt doch: Wir können die Informationsfreiheit aller Bürger langfristig nur dann sichern, wenn totalitäre Kräfte - Faschisten und Kommunisten - aus dem öffentlichen Dienst herausgehalten werden. Dazu bedarf es einer Informationskampagne, denn viele Jugendliche wissen nicht, welche Zielsetzung wir wirklich haben.

Meine Damen und Herren, es wäre dann natürlich gut, wenn wir verhindern, daß Entscheidungen auf der Ebene von Oberregierungs-räten, die gelegentlich eben auch einmal fragwürdig ausgefallen sind, zum Zweifel am Prinzip führen. Folgen wir doch jener Überlegung aus Baden-Württemberg, die sagt: wir überlassen es nicht dem Oberregierungsrat, in Zweifelsfällen zu entscheiden, sondern die Minister übernehmen dafür die direkte politische Verantwortung, damit nicht in Zweifelsfällen Bürokraten ein vernünftiges Prinzip pervertieren, sondern der vernünftige Grundsatz auch im Einzelfall durchgehalten wird. Damit werden wir sowohl im Einzelfall wie im gesamten glaubwürdiger.

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Wir werden als Junge Union morgen in der Grundsatzprogrammdiskussion unsere Vorschläge einbringen. Und eines kann ich hier sagen, daß wir als Junge Union auch in Zukunft in der Partei die Diskussion in der Sache auf allen Ebenen vorantreiben wollen. Wir meinen, daß die Diskussion in der Sache in der Partei dreimal wichtiger ist als die oft hochgezogene Personal- und Strategiediskussion. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Matthias Wissmann.

Jetzt spricht Herr von Bismarck und nach ihm Gerhard Stoltenberg. - Bitte, Herr von Bismarck.

Dr. Philipp von Bismarck, (Schweimke): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen einen Bericht aus Ostpreussen geben. Die Union - und für sie die Fraktion - hatte drei Kollegen, den Kollegen Stercken, den Kollegen Graf Huyn und mich, für eine Woche zum Deutsch-polnischen Forum nach Allenstein geschickt. Dies ist, wie Sie alle wissen, nicht nur für einen

Pommern ein schwerer Gang. Man ist in solcher Lage - das möchte ich sehr freimütig sagen - denen besonders verbunden, die einem auch dann noch vertrauen, wenn Pressemeldungen erscheinen, in denen z.B. durch Auslassen entscheidender Worte Zweifel an der Redlichkeit oder Standfestigkeit eines Kollegen geweckt werden können.

Man ist denen besonders dankbar, die mit ihrem Urteil über solche Kollegen warten, bis sie festgestellt haben, was diese wirklich gesagt haben, und nicht schon auf Verdacht auf ihre Kollegen mit scharfem Tadel schießen, so daß man es in allen Lokalblättern widerhallen hört.

Es war für uns Deutsche sicher nicht nur ein Gang in die Vergangenheit. Es wurde ein Ringen um die Zukunft, ein Ringen unter Europäern. Unter dem die Welt bewegenden Zeichen der Wahl eines polnischen Kardinals zum Papst haben wir um die Zukunft Europas unter dem Stichwort "Versöhnung durch Wahrheit" gerungen.

Wir mußten den Polen zumuten und haben es ihnen zugemutet, hinzunehmen und noch für lange Zeit hinzunehmen, daß die deutsche Frage offen ist und bleiben muß,

(Beifall)

weil die deutsche Nation das Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung in Freiheit hat und sich nicht nehmen lassen wird, weil unsere Verfassung jeden von uns verpflichtet, sich für die Verwirklichung dieses alles überragenden Ziels einzusetzen, weil die Fundamente der Freiheit und der Sicherheit unserer Hauptstadt Berlin als eines Symbols für die Freiheit nicht nur Europas in Frage gestellt würden, wenn wir auch nur den leisesten Zweifel an der Offenheit der deutschen Frage aufkommen ließen.

Aber wir mußten uns auch zumuten, den schmerzlichen Inhalt der Verträge hinzunehmen und dies auszusprechen, der Verträge, die wir nicht gestaltet und abgeschlossen haben, die wir dennoch halten wollen. Pacta sunt servanda.

Wir haben der polnischen Seite in aller notwendigen Offenheit, mit großem Ernst und großer Bestimmtheit gesagt, daß eine polnische Politik, die auf Änderung unseres Rechts, insbesondere unserer Verfassung, zielt, scheitern muß und so bald wie möglich eingestellt werden sollte.

Wir haben erneut festgestellt, daß die Schulbuchempfehlungen heute noch nicht geeignet sind, die Aussöhnung durch Wahrheit zu fördern, daß vor allem die Darstellung der Vertreibung unannehmbar ist, weil sie unwahr ist. Die polnische Anregung, die Empfehlungen in angenommene und strittige Punkte aufzuteilen und geeignete Wege zu mehr Übereinstimmung zu suchen, haben wir als Ergebnis vorangegangener Gespräche naturgemäß begrüßt. Dies ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Aber vor allem haben wir in jedenfalls uns drei sehr bewegender Weise um brauchbare Visionen einer europäischen Zukunft gerungen. Unüberhörbar war die polnische Sorge, von den Europäern im Westen übergangen oder gar vergessen zu werden. Polen und Deutsche sitzen in einem Boot, rief ein polnischer Berichterstatter aus und fuhr fort: Wohin wir rudern und steuern, davon wird es wesentlich abhängen, wie sich der Friede Europas und seine Zukunft entwickeln.

Liebe Freunde, alles, was wir gehört, alles, was wir gesagt, alles, was wir gedacht haben, wird man im Kreise der Verantwortlichen jetzt sorgfältig zu bedenken und zu erörtern haben

mit dem Ziel, unserer europäischen Verantwortung in Mittel- und Osteuropa zeitnah und zukunftsbezogen gerecht zu werden, d.h. auch, die Gedanken und Phantasien über die Zukunft der Freiheit in Europa, über die Zukunft der Freiheit durch Europa, über die Wiedervereinigung Europas bei uns so zu fundamentieren und zu klären, daß wir führen und nicht hinterherlaufen. Der Mut der Kirche, mit der Papstwahl eine wahrhaft europäische Entscheidung zu treffen, sollte auch uns Mut machen, auf dem festen Boden unserer Überzeugungen Neues zu denken und zu sagen, damit Europa nicht an der Elbe endet, sondern Grenzen durch Freiheit überwunden werden.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Bismarck, für diesen Beitrag zu dem steinigen Gelände, das Sie da angesprochen haben.

Das Wort hat jetzt Gerhard Stoltenberg. Nach ihm spricht Dr. Huck.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Dieser Parteitag ist Anlaß zu einer Bilanz der Halbzeit, zur Vorausschau, zur Zurüstung auf die kommende politische Arbeit, vor allem in der Verabschiedung unseres Grundsatzprogramms. Die Situation zur Halbzeit ist im Licht der letzten Wahlen bestimmt durch ein Gleichgewicht der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Gleichgewicht ist in den Landtagswahlen dieses Jahres bestätigt worden. Ich unterstreiche das gegenüber einer irreführenden Darstellung, die wir in den letzten Wochen oft gehört haben. Die Union ist nicht nur die stärkste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland und in Bonn in der Opposition, sie hat auch die Chance zur Mehrheit aus eigener Kraft.

(Beifall)

Uns und den Bürgern dieses Landes wird mit der Desinformation manches zugemutet. So sahen wir am Abend der bayerischen Wahl etwa Egon Bahr im Deutschen Fernsehen, der einen Stimmengewinn der SPD von 30 auf 31 % als Zeichen des großen Vertrauensbeweises für die sogenannte sozialliberale Koalition wertete. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Desinformation oder das Gerede von der Schallmauer nicht die Öffentlichkeit verwirren. Was heißt hier Schallmauer? Jede Wahl ist eine Momentaufnahme in einem unerhört dynamischen Prozeß des Wettbewerbs. In jeder Wahl liegt zugleich die Chance zur Veränderung der längerfristigen Trends.

Kritische Fragen sind zu stellen - an andere und auch an uns. An andere sicher mit der erfrischenden Deutlichkeit Heinrich Geißlers im Bereich der elektronischen Medien. Wir haben sie im Norden der Bundesrepublik Deutschland als erste mit besonderer Eindringlichkeit im Hinblick auf den Sender gestellt, für den wir Verantwortung tragen.

(Beifall)

Dies sage ich in voller Übereinstimmung auch mit Ernst Albrecht. Diese Diskussion wird in unserem Bereich mit einer wirklichen Reform, einer Verbesserung im öffentlich-rechtlichen System enden; daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall)

Aber trotz dieser notwendigen kritischen Diskussion in diesem und anderen Bereichen haben wir uns zunächst selber zu fragen, gerade in einer Halbzeitalanz, auch im Verhältnis zu Journalisten, im Verhältnis zu Publizisten, bezüglich der Art, wie wir mit ihnen diskutieren, wie wir uns um sie bemühen, bezüglich dessen, was wir ihnen sagen und wie wir unsere Auffassung und Argumente überzeugend vertreten.

Natürlich ist auf diesem Parteitag immer wieder die Frage der Strategie und auch der Parteistruktur oder der Parteenstruktur erwähnt worden. Diese Frage bewegt viele in unserem Lande, vor allem unsere Freunde. Ich möchte hier zwei oder drei Punkte besonders hervorheben. Wenn wir diese Diskussion führen, sollten wir uns vor allem auf einen Kernbegriff, ein Schlüsselwort unseres Programms besinnen, nämlich auf das Wort "Solidarität".

( Zustimmung )

Das Wort "Solidarität" ist mit vielen Beziehungspunkten und Verpflichtungen verbunden, vor allen Dingen aber mit einer Verpflichtung, die sehr wichtig ist, nämlich der Forderung nach Selbstdisziplin, nach Selbstdisziplin für jeden von uns, nicht nach Verschweigen der eigenen Überzeugungen, aber nach der Bereitschaft und dem Willen, eigene Überzeugungen vor allem in diesen zentralen Fragen der Zukunft der Union in einen geordneten und sinnvollen Prozeß der Meinungsbildung einzuordnen. Wir haben mit der CSU nach einer Diskussion, die Heinrich Geißler gekennzeichnet hat und über die wir nach meiner Auffassung hier heute gar nichts mehr zu sagen brauchen, eine klare Vereinbarung im Verfahren und in den Fristen. Ich möchte hier noch einmal sehr eindringlich den Appell aufnehmen, daß wir uns an diese Vereinbarung im Verfahren und in den Fristen auch halten.

( Zustimmung )

Wenn unser Vorsitzender, Helmut Kohl, dies am Abend der Hessen- und der Bayern-Wahl für die deutsche Öffentlichkeit, für jeden vernehmbar noch einmal als die Meinung der Union bekräftigt hat, so möchte ich jeden, der über Verfahren und Fristen anders denkt, herzlich bitten, in den Gremien darüber zu reden, mit dem Vorsitzenden darüber zu reden oder ihm diesbezüglich einen Brief zu schreiben. Ich sage ganz deutlich: Schluß mit den Interviews in den kommenden Wochen und Monaten! Wir können solche Interviews nach allem, was wir aus unseren eigenen Reihen erfahren haben, nicht mehr brauchen.

( Beifall )

Solange aus den besten Absichten heraus fast die Hälfte der Schlagzeilen, die von einigen von uns gemacht werden, in der deutschen Publizistik mit unterschiedlichen Bewertungen und Auffassungen verbunden werden, müssen wir feststellen, daß wir die Aufgaben dieser Monate nicht erkannt haben. Es sind dies vor allem zwei Aufgaben, nämlich erstens die eigenen Positionen in der Formulierung deutlicher zu machen - es ist dies unsere Aufgabe heute, morgen und übermorgen hier in Ludwigshafen - und sie zweitens überzeugender zu vertreten, und zwar in der eigenen Programmatik und in der offensiven Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Meine lieben Freunde, dies kann nur in der Sache geschehen, in den zentralen Fragen der deutschen Politik. Bei der Diskussion über unser Programm wird Gelegenheit gegeben sein, dazu mehr zu sagen, als jetzt im Rahmen einer

zeitlich begrenzten Generaldebatte. Die großen Themen sind uns gestellt: Außen- und Sicherheitspolitik, die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, unser Verständnis von diesem Staat aus dem Blickwinkel einer Verfassungspartei. Was die Außen- und Sicherheitspolitik angeht, so geht es ja niemandem darum, die großen Kontroversen der Jahre 1970 bis 1972 wieder aufleben zu lassen, Philipp von Bismarck hat das soeben deutlich gemacht. Es geht aber darum, daß wir, ausgehend von unzweideutigen und unverwechselbaren Positionen, unsere Verantwortung für die Einheit der Nation nicht nur verbal, sondern tatsächlich immer wieder sichtbar machen.

( Beifall )

Wie viele von uns habe ich in den letzten Jahren mehrfach Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Vorpommern besucht, zuletzt Anfang vergangenen Monats. Ich will hier einmal öffentlich sagen: Der stärkste Eindruck dieser bewegenden Reisen ist die Verbundenheit so unendlicher vieler Menschen mit uns,

( Beifall )

und zwar nicht nur der älteren Generation, sondern gerade auch junger Menschen. Am eindruckvollsten sind die Zufallsbegegnungen mit Menschen, die man überhaupt nicht kennt oder zu deren Familien- und Freundeskreis keine Beziehungen bestehen. Dies ist eine Verbundenheit, die nicht unkritisch ist - oh, nein! -, aber die doch bei allen kritischen Fragen auch an uns in der Bundesrepublik Deutschland das elementare Bewußtsein, den elementaren Willen immer wieder zum Ausdruck bringt, eine Nation zu bleiben. Dies müssen wir deutlich machen, wenn wir Deutschlandpolitik formulieren und vertreten. Wir müssen die Deutschlandpolitik unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung für diese Menschen mitgestalten. Lassen wir uns als Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht von dem Willen zur Einheit der Nation derjenigen, die die Last der deutschen Geschichte zu tragen haben, beschämen.

( Beifall )

Bei aller Vielfalt der innenpolitischen Probleme und Bedrängnisse - wir müssen uns den weiten Blick für die großen Veränderungen der Außen- und Weltpolitik bewahren. Das ist für eine Opposition nicht leicht. Wir müssen deutlich machen, daß es dramatische Verschlechterungen gibt: das Vordringen der Sowjetunion im Mittleren Osten, die Entwicklung in Afrika. Wir müssen deutlich machen, daß es gerade für uns eine bestürzende machtpolitische und auch moralische Erfahrung ist, daß unter Mitwirkung der Kommunisten aus dem anderen Teil Deutschlands jetzt in Afrika Kriege geführt werden, unter Mitwirkung der Kubaner, mit aktiver Unterstützung der Russen und, wie gesagt, unter Beteiligung von Experten der sogenannten Volksarmee der DDR. Ich finde, daß in der deutschen Öffentlichkeit die Bedeutung und auch die Bedrohung dieses Vorgangs zu wenig gesehen wird, vor allem wenn man bedenkt, was er langfristig auch für uns bewirken kann.

( Beifall )

Meine lieben Freunde, die Soziale Marktwirtschaft wird ein großes Thema unserer Programmdebatte sein. Wir haben die Aufgabe, den Rang und die Überzeugungskraft der Union als einer der großen Verfassungsparteien der Bundesrepublik Deutschland

für eine freiheitliche und zugleich auch kämpferische Demokratie deutlich zu machen. Die neu aufgeflammete Diskussion über die Extremistenfrage im öffentlichen Dienst wird zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung in unserem Lande führen. Ich gehöre nicht zu denen, die dies begrüßen, weil ich den Verlust jener Gemeinsamkeit, die wir 1972 - ich war in jener bekannten Sitzung mit dem damaligen Bundeskanzler und den Kollegen der SPD dabei - verzeichneten und die wir eine Zeitlang praktiziert haben, im Grunde tief bedaure. Nachdem dies aber geschehen ist - verbunden mit Namen der anderen Seite, die Sie alle kennen -, sage ich, daß wir diese Auseinandersetzung aufnehmen müssen - vom Verständnis unserer Verfassung her,

( Beifall )

von der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und der Menschen her. Dazu wird in den kommenden Wochen vieles zu sagen sein, und zwar nicht nur in den Überschriften. Solche Überschriften wie die, daß wir nicht Kommunisten als Erzieher unserer Kinder haben wollen, sind richtig. Aber zu diesem Thema ist vor allem unter dem Gesichtspunkt der Abwägung der Güter und der Vorrangigkeit der Ziele und Werte viel zu sagen. Ich sage hier nur eines: Der vermeintliche Anspruch eines Mitbürgers, der sich in einer von der Bundesregierung als verfassungsfeindlich bezeichneten Partei aktiv organisiert, auf Einstellung in den öffentlichen Dienst muß zurücktreten gegenüber dem Anspruch der Bürger dieses Landes auf einen öffentlichen Dienst, der loyal, verfassungstreu und ein Garant der Freiheit und des Rechtes in der Bundesrepublik Deutschland ist.

( Beifall )

Das alles geschieht in einer Zeit, in der die Berufsnot der jungen Generation wächst, in der wir, die öffentlichen Hände, in Bund und Ländern in vielen Verwaltungsbereichen von 20 Bewerbern 19 oder von 12 Bewerbern 11 ablehnen müssen, weil wir keine Planstellen für sie haben.

Diese Zusammenhänge deutlich zu machen und über die Frage der wirklichen Priorität zu sprechen, ist, nachdem Begriffe wie "Berufsverbot" oder aber "Schnüffelpraxis" schon bis in den halbamtlichen Sprachgebrauch der gegenwärtigen Regierungsparteien und leider auch mancher Medien gehen, die Aufgabe der kommenden Monate. Diese geistige und politische Auseinandersetzung werden wir bestehen und in der öffentlichen Meinung unseres Landes gewinnen, meine lieben Freunde. Da habe ich überhaupt keinen Zweifel. Diese Themen sind gestellt. Mit ihnen verbindet sich auch - und ich sage dies als letzten Punkt, insoweit auch in einem Rückgriff auf den Wahlkampf in Hessen - unser Verständnis von den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland. Diese liberale Demokratie beruht auf dem klassischen freiheitlichen Prinzip der Machtverteilung und der Gewaltenteilung. Es gehört zum veränderten geistigen und hier und da auch publizistischen Klima in unserem Land, daß die gegenwärtig Regierenden in zunehmendem Maße Verfassungsorgane angreifen, in Frage stellen, ja herabsetzen, wenn sie nicht die Politik der gegenwärtigen Majorität im Deutschen Bundestag verfolgen. Ich habe mit großer Sorge vor allem das gesehen, was in einer Kampagne maßgebender Sozialdemokraten seit einiger Zeit gegen das Bundesverfassungsgericht betrieben wird. Dasselbe Verfassungsgericht, das in den 50er und 60er Jahren nicht weniger einschneidende Urteile - in vielen Fällen gegen die damalige Regierung der CDU/CSU - gefällt hat -

unter dem Beifall der progressiven Öffentlichkeit unseres Landes, unter dem Beifall der Sozialdemokraten - soll zunehmend durch ein Klima der Einschüchterung und des Drucks in seiner Unbefangenheit und Freiheit begrenzt werden. Hier können wir nur sagen: Wehret den Anfängen im Interesse der Freiheit unseres Landes.

( Beifall )

Diese Meinung unter den hohen Richtern unseres Landes kann man übrigens nicht nur bei jenen feststellen, die traditionell der CDU/CSU zugerechnet werden. Die sehr kritische Meinung darüber kann man auch von jenen hören, die traditionell aus den anderen politischen Lagern kommen, sich aber ihrem Amt und seiner Unabhängigkeit verpflichtet fühlen. In diesem Zusammenhang, meine lieben Freunde, gehört auch die unredliche Kampagne um den Bundesrat, die wir vor allem in Verbindung mit dem Wahlkampf in Hessen erlebt haben. Ich sage hier vor unserem Parteitag noch einmal zur Bilanz der letzten acht Jahre: Der Bundesrat mit seiner Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder hat sich seit dem sogenannten Machtwechsel in Bonn als ein Verfassungsorgan erwiesen, das mit Verantwortungsbewußtsein, mit Augenmaß, mit Wirksamkeit, aber auch im Bewußtsein seiner politischen Grenzen die Gesetzgebung dieses Landes verbessert hat - und nichts anderes.

( Beifall )

Wir können das Punkt für Punkt nachweisen. Wir erleben es doch gelegentlich, daß einzelne Politiker der SPD und der FDP, die öffentlich diese Kampagne mitbetreiben, uns sagen, daß sie doch sehr froh seien, wenn der Bundesrat den einen oder anderen Beschluß des Koalitionsausschusses oder die eine oder andere Gesetzesvorlage, die zu sehr die Handschrift der linken Flügelgruppe der Koalition trägt, in wesentlichen Punkten verbesserte. Jeder, dem es um die Freiheit und Pluralität in unserem Lande ernst ist, kann doch froh sein, daß nicht alles, was die Herren Wehner und Mischnick mit der Bundesregierung im Koalitionsausschuß aushandeln, in der Bundesrepublik Deutschland geltendes Gesetz wird, meine lieben Freunde.

( Beifall )

Diese Auseinandersetzung über die Rolle des Bundesrates führen wir mit besonderer Freude in Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein und - soweit es dort von den anderen hineingetragen wird - in den kommenden Monaten sicher auch in Berlin. Die Position, die wir hier vertreten, sind die Positionen einer freiheitlichen Politik. Wenn wir uns als eine liberale Partei bezeichnen, dann ist das kein Etikettenschwindel; denn wir alle wissen - und das müssen wir der jungen Generation unseres Landes auch noch deutlicher sagen -, daß an den Anfängen der CDU/CSU die Verbindung der großen klassischen liberalen, konservativen und christlich-sozialen Ideenströmungen und -kräfte der deutschen Geschichte steht. Das, was Männer wie Ernst Lemmer und andere einmal auch an liberalem Gedankengut und an Tradition in diese Partei einbrachten, was sich an liberalen Traditionen im besten Sinne in besonderer Weise mit dem Namen und Werk Ludwig Erhards verbindet, werden wir im Hinblick auf die Notwendigkeiten unserer Zeit und die Herausforderungen unserer Zukunft in einer Politik mit langem Atem für die Zukunft unseres Vaterlandes weiterführen.

( Anhaltender Beifall )

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Gerhard Stoltenberg, besonderen Dank für diesen Beitrag. Meine Damen und Herren, es ist ein guter Beweis der Lebendigkeit dieser Debatte, daß ich noch 18 Wortmeldungen vorliegen habe. Es zeichnet diesen Parteitags aus, daß sich viele zu Wort melden. Das Präsidium möchte vorerst von einer Beschränkung der Redezeit in der Hoffnung absehen, daß die Redner selbst die Disziplin der Kürze üben. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Huck. Anschließend wird Herr Walther Leisler Kiep sprechen. Bitte, Herr Dr. Huck.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihr Appell sei mir Befehl.

Bei den Berichten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs sind kurze Bewertungen der Wahlergebnisse vorgenommen worden. Ich meine, an dieser positiven Art der Bewertung kann es grundsätzlich nichts zu deuteln geben. Bei der Wahlauswertung ist jedoch das relativ ungünstige Verhalten der Jungwähler - hinsichtlich ihrer Stimmabgabe für die CDU - erschreckend.

Es gibt in zweierlei Hinsicht Veranlassung zu Besorgnis. Allein die Tatsache, daß die Mehrheit der jungen Menschen der CDU nicht ihre Stimme gibt - im Gegensatz zur SPD/FDP-Koalition -, muß uns mit Sorge erfüllen. Zum zweiten müssen wir von der belegbaren Annahme ausgehen, daß diese jungen Menschen ihr Wahlverhalten mehrheitlich auch später beibehalten werden. Das ist eine Sache, die sich dann bei den nächsten Wahlen niederschlagen wird.

Meine Damen und Herren, das bedeutet für uns, daß wir besondere Anstrengungen unternehmen müssen, damit wir bei der überwältigenden Mehrheit der jungen Generation bei den nächsten Wahlen das Vertrauen bekommen.

Dazu gehört - und das möchte ich in drei Punkten ansprechen - folgendes: Junge Union und CDU müssen dort mit den jungen Menschen sprechen, wo sich diese aufhalten, wo sie sich beschäftigen, wo sie ausgebildet werden. Wir können nicht erwarten, daß die jungen Menschen, die bisher nicht von der Politik angesprochen waren, zu uns in unsere Veranstaltungen alter Art kommen, sondern wir müssen auf sie zugehen - in die Jugendzentren, in die Hochschulen. Wir müssen dort unsere Politik darstellen, wo sich diese Jugendlichen aufhalten.

Wir müssen - und das hat der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, auch schon angesprochen - glaubhaft und kontinuierlich unseren politischen Standpunkt und die Schwerpunkte unserer politischen Aussage deutlich machen.

Wir haben ein Programm für die Zukunftschancen der jungen Generation. Dieses Programm gilt es zur verfolgen und nicht wieder in die Schublade zu stecken.

Es gibt aber auch Negativbeispiele. Ich möchte hier eines davon ansprechen. Wir haben - und das ist einige Jahre her - in der Politik der Union vier Schwerpunkte gehabt. Einer dieser Schwerpunkte war die Vermögenspolitik. Von der Vermögenspolitik wird heute, leider Gottes, viel zu wenig gesprochen, obwohl sich an der Lage von damals noch nichts geändert hat und obwohl die Notwendigkeit einer aktiven nach vorne gerichteten Vermögenspolitik nach wie vor im Raume steht.

Zu unserer Art der Darstellung der Politik, meine Damen und Herren, muß auch die Einhaltung der Parteitagsbeschlüsse ge-



hören - von so weitgehenden grundlegenden Beschlüssen, wie dem über das hier zu verabschiedende Grundsatzprogramm, bis hin aber auch zu den Einzelbeschlüssen.

Wenn wir, was geschehen ist, auf einem Bundesparteitag mit großer Mehrheit beschlossen haben, daß die Parteitage wegen der soziologischen Zusammensetzung der Delegierten schon am Wochenende beginnen sollen, weil es vielen von uns unmöglich ist, unter der Woche tagelang hier zu sein, dann sollte man solche Beschlüsse auch einhalten oder zumindest sagen, warum sie nicht eingehalten werden.

(Beifall)

Ein dritter und letzter Punkt. Die Marschrichtung muß klar sein. Für uns hier im Raum ist sie völlig klar. Der Vorsitzende hat zu dieser in der Öffentlichkeit leider Gottes so intensiv diskutierten Frage der vierten Partei keine Stellung bezogen. Ich interpretiere das so, daß für ihn dies überhaupt kein Thema ist.

(Beifall)

Leider Gottes gibt es immer noch in unseren Reihen eine ganze Reihe von Freunden, die hierzu in der Öffentlichkeit in unterschiedlichster Weise Stellung nehmen. Das gibt uns Veranlassung, hier und heute deutlich zu machen: Es gibt dort ein Bündnis zwischen SPD und FDP, und es gibt auf der anderen Seite eine Union, und nur die Union ohne Anhängsel aus der Retorte. Ich kann auch das Beispiel unseres Freundes Geißler nehmen: Wir haben auf dem Fußballplatz der parlamentarischen Auseinandersetzung zwei Mannschaften. Die eine Mannschaft ist die Union; da brauchen wir keine Hilfstruppe, die draußen auf der Außenlinie hinter uns herläuft. - Vielen Dank!

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Dr. Huck. Das Wort hat Walther Leisler Kiep. Als nächster dann Dr. Franz Josef Jung.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir können gewinnen, wenn wir nur wollen. Das war die Botschaft von Helmut Kohl und Heiner Geißler in ihren Referaten am heutigen Tage. Ich meine, daß diese Botschaft verstanden und weitergetragen werden muß. Denn das einzige, was wir zu fürchten haben, ist Resignation, ist Verzagen, ist Zweifel an der eigenen Kraft. Wenn uns hier einige am Rande auch dieses Parteitages suggerieren wollen, daß zur Kenntnis genommen werden müsse: Kurswechsel für Deutschland eben nicht 1980, sondern erst 1984, dann sollten wir dem nicht nur kein Gehör schenken, sondern wir sollten aus diesem Parteitag mit der Überzeugung weggehen, daß es tatsächlich nur an uns selber liegt. Die Frage ist nur: was ist zu tun? Als Teilnehmer der Wahlkämpfe des Jahres 1978 darf ich hier zwei, drei Bemerkungen machen.

Eines ist sicher, meine Damen und Herren: Wir werden die kommenden Wahlen und Auseinandersetzungen nicht gewinnen, wenn wir uns darauf beschränken, aus hundertprozentigen CDU-Anhängern hundertfünfzigprozentige zu machen.

Wir müssen unserer Aussage, unseren Inhalten, wir müssen unserer Strategie eine grenzüberschreitende Kraft geben. Wir müssen in die Bereiche der anderen einbrechen. Wenn sich hier eine Landschaft abzeichnet, in der uns der Koalitionspartner verweigert wird, indem wir auf uns selber gestellt sind, dann, meine Freunde, ist unsere Aufgabe, durch unsere Politik und durch unsere Aussage eine Koalition bei den Wählern für die politische Erneuerung und auch für den Kurswechsel in Bonn herbeizuführen. Daß wir das können, ist auch in diesem Jahr wieder deutlich geworden. Wir verfügen weiß Gott über genügend Liberalität, als daß wir darauf angewiesen wären, bei anderen Anleihen aufzunehmen zu müssen. Wir haben in einem schwierigen norddeutschen Land mit Ernst Albrecht die Mehrheit gewonnen. Ich bin ganz sicher, daß es uns, wenn wir nur wollen, auch in Berlin gelingen wird, mit Richard von Weizsäcker die Wende herbeizuführen.

(Beifall)

Eine Bemerkung zum Stil, meine Damen und Herren. Wir sollten uns unter gar keinen Umständen am Stil von Helmut Schmidt orientieren. Wer auf dem Marienplatz in München öffentlich erklärt, daß ein Bundeskanzler Helmut Kohl oder Alfred Dregger oder Franz Josef Strauß oder Rainer Barzel das Ende der deutschen Friedenspolitik und den Zusammenbruch der sozialen Gerechtigkeit bewirken würde, der schadet sich selber und unserer Demokratie.

(Beifall)

Ich warne davor, auf diesen Ton und diesen Stil einzugehen.

Polarisierung und Konfrontation werden uns dem Ziel, das wir anstreben, nicht näherbringen. Unsere Parole sollte sein: Gegnerschaft und Abgrenzung, wo immer notwendig, Gemeinsamkeit im Dienste an unserem Land, wo immer möglich; Feindschaft unter Demokraten - niemals.

Zu drei Sachbereichen drei kurze Sätze:

Wirtschaftspolitik: Wir müssen selbstverständlich gegen die Ideologie von links ankämpfen, die die Marktwirtschaft zerstören will. Aber wir sollten in diesem Abwehrkampf nicht der Versuchung erliegen, uns selber auf eine Ideologie festlegen und in eine Ideologie einengen zu lassen, damit nicht am Ende dieses Unternehmens Helmut Schmidt als das pragmatische Weltkind in der Mitten erscheinen kann.

In der Finanzpolitik warne ich davor, die galoppierende Verschuldung nicht ernst zu nehmen. Hier wird eine Hypothek auf unsere Zukunft, auch auf die Zukunft der nächsten Generation aufgenommen. Ich meine: neue Prioritäten - selbstverständlich; aber Finanzierung neuer Prioritäten durch Umschichtung und nicht durch Neuverschuldung.

Zum Schluß eine Bemerkung zur Außen- und Deutschlandpolitik. Es sollte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, wo wir alle Kräfte konzentrieren, und es sollte Schluß sein mit den Schlachten von gestern. Wir sollten unsere Energie verlagern von der Kritik der Inhalte auf die Kritik der Anwendung geschlossener Verträge. Die Regierungsfähigkeit als Voraussetzung für Wahlerfolg erfordert den verstärkten Einsatz für die traditionellen Felder der Union: das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die Stärkung des Bündnisses, die Einigung Europas, aber auch die Verstärkung unserer Anstrengungen in der Deutschland-, der Ost- und der Südpolitik.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß wir nicht in einer Krise unserer Inhalte stehen. Ich glaube auch nicht, daß es eine Krise im Vertrauen unserer Anhänger zu uns gibt; wenn überhaupt eine Krise, dann lediglich eine Krise unseres Willens und Wollens. Ludwigshafen, dieser Parteitag und unsere Debatte heute, sollten einen Beitrag dazu leisten, diesen Willen über die Delegierten hinaus bei den Mitgliedern, bei unseren Wählern erneut zu mobilisieren, damit wir die nächsten wichtigen Etappen auf dem Wege nach 1980, die vor uns liegenden Landtagswahlen, erfolgreich beenden können.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freunde Walther Leisler Kiep. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Jung, anschließend Kurt Biedenkopf.

Dr. Franz Josef Jung (Eltville-Erbach): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zu zwei Gesichtspunkten ein paar Worte sagen. Ich bin der Meinung, daß wir hier auf diesem Parteitag durchaus offen auch kritische Punkte ansprechen sollten. Hier ist der Ort - und nicht anderswo -, wo eine offene Diskussion in unseren eigenen Reihen stattfinden sollte.

Ich glaube, wir alle haben heute das Engagement und die Begeisterung nach der Rede unseres Vorsitzenden und nach der Rede von Heiner Geißler mitempfunden. Dieses Engagement brauchen wir, und wir müssen es in die praktische Tagespolitik wieder umsetzen. Wir müssen wieder mehr dazu kommen, Mehrheitsentscheidungen innerhalb unserer Partei umzusetzen, durchzutragen und klare, deutliche politische Akzente zu setzen. Die Aussage von Helmut Kohl, daß der kleinste gemeinsame Nenner die schlechteste Politik sei, ist leider in der Vergangenheit oft Wirklichkeit gewesen.

Hier müssen wir nach meinem Dafürhalten wieder mehr Flagge zeigen und deutliche politische Akzente in der Tagespolitik setzen, die notfalls auch zu personellen Konsequenzen führen müssen, wenn sie nicht den notwendigen Erfolg aufweisen.

Und ich möchte hier zu einem zweiten Punkt etwas sagen. Hier ist von der Frage der Verfassungsfeinde gesprochen worden. Dazu möchte ich eines mit Nachdruck unterstreichen. Ich glaube, wir sollten hier das, was in Hamburg unter der Führung von Jürgen Echternach begonnen worden ist, die Unterschriftenaktionen, auch von seiten der Bundespartei unterstützen und in andere Landesverbände tragen. Wir sollten auch den Mut haben, zu sagen, daß wir, wenn wir keine andere Möglichkeit haben, auch den Weg der Verfassungsklage gehen, um diesen Unsinn, diese gefährliche Entwicklung in dieser Politik zu verhindern, daß Lehrer die Schüler entsprechend indoktrinieren und kommunistisch beeinflussen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur an das Programm erinnern, das wir als Junge Union auf dem Parteitag in Düsseldorf eingebracht haben. Darin haben wir gerade zu diesem Punkt entsprechende Formulierungen vorgetragen, die dann aber leider nicht zur Verabschiedung kamen. Ich will nur sagen, wir müssen, damit sich die Diskussion nicht auf Nebenschauplätze verlagert, auch in diesem Punkt den Mut besitzen, zu sagen: uns kommt es darauf an, daß vom Beamtenrecht diejenigen Leute erfaßt werden, die hoheitliche, die leitende, die erzieherische

Funktionen wahrnehmen. Es kann nicht angehen, diese Dinge auf Putzfrauen, Friedhofsgärtner oder Briefträger auszudehnen. Hier haben auch Fehlentwicklungen stattgefunden, die meiner Meinung nach von der Kernfrage in dieser politisch wichtigen Auseinandersetzung ablenken.

Wenn wir all diese Grundsätze in die Tat umsetzen und wieder eine entsprechende Führungskraft zu verspüren ist, wie sie heute morgen in den Reden deutlich geworden ist, werden wir - dessen bin ich sicher - im Jahre 1980 gemeinsam den Sieg, den wir so dringend brauchen, erreichen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Dr. Jung. Das Wort hat Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Grundsatzprogramm-Parteitage sind Parteitage der Standortbestimmung. Wir haben uns vorgenommen, in Ludwigshafen den Standort der Partei zu bestimmen, den Standort unserer Politik und damit auch den Standort unseres Landes. Helmut Kohl und Heiner Geißler haben beide in ihren Rechenschaftsberichten über alle drei Themen gesprochen, und ich möchte dazu einige Anmerkungen machen.

Zum Standort der Partei. Die CDU vertritt rund 50 % der Wahlbevölkerung. Sie ist die stärkste politische Kraft im Lande. Sie ist, wie auch dieser Parteitag zeigen wird, eine kraftvolle politische Bewegung. Sie ist entschlossen im politischen Handeln. Sie ist entschlossen, die Regierungsverantwortung im freien Deutschland zu übernehmen und damit freiheitliche, sozial verantwortete Politik für unser Land zu machen, Politik für die Freiheit, wie Heiner Geißler geschlossen hat, als Bedingung für das Glück der Menschen.

Die Regierungsverantwortung, meine Freunde, ist für uns nicht Endzweck politischen Handelns, sondern Voraussetzung unserer politischen Sache. Das Volk erteilt das Mandat zu regieren nicht als Preis für einen gewonnenen Wahlkampf, sondern als Treuhänderschaft dem, der sich als derjenige ausweist, der die Zukunft verantwortungsvoll gestalten kann.

Deshalb sind unsere Grundsätze so wichtig, deshalb ist vor allem ihre Eindeutigkeit so wichtig. Und es wird daher eine wichtige Aufgabe dieses Parteitages sein, um diese Eindeutigkeit zu ringen, und wenn wir sie nicht in allen Punkten verwirklichen können, werden wir auch in Zukunft daran weiterarbeiten müssen.

Deshalb sind unsere Absichten so wichtig. Wir müssen in den zentralen Fragen klar bekennen, welches unsere Absichten sind. Denn wir werden die Treuhänderschaft vom Volkssouverän nur dann bekommen, wenn der Volkssouverän weiß: Der Wechsel zu einer anderen Partei ist der Wechsel in Hände mit klaren Absichten.

(Beifall)

Nur so, meine Freunde, können wir uns von der Koalition unterscheiden.

Die Koalition - das ist schon vielfach gesagt worden - wird nur noch durch den Willen zur Macht zusammengehalten. Die Koalition ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf Grundsätz-

liches. Alle Grundsatzprogramm-Parteitage der beiden Koalitionsparteien in den letzten Jahren waren Parteitage, die nicht zu einheitlichen Grundsätzen geführt haben. Die freien Demokraten sind seit Jahren genau in der Hälfte gespalten, was die grundsätzlichen Positionen anbetrifft. Die Sozialdemokratische Partei hat die Erörterung von Grundsätzen eingestellt, weil jedes Erkennbarmachen ihrer wahren Machtlage eben die Absichten offenbaren müßte, die zum Entzug des Mandats führen müssen.

(Beifall)

Die Regierungskoalition ist gekennzeichnet durch Verschleierung dieser Absichten. Trotzdem, meine Freunde, hat es keinen Sinn, an der Feststellung vorbeizugehen, daß sich die Koalition, ungeachtet ihrer Schwächung, durch einen Wahlerfolg nach dem anderen als haltbarer erwiesen hat, als wir angenommen haben. Die Koalition ist zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden. Sie gleicht zwei Männern, die jeder ein Bein verloren haben, die jeder allein für sich nicht mehr stehen können, die sich fest umschlungen halten, um nicht zu stürzen, die aber gerade deshalb auch nicht mehr laufen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Dieses Stehen, ohne laufen zu können, wird uns als Stabilität angeboten.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Trotz Rentenlüge, trotz Staatsverschuldung, trotz abnehmender Investitionen und trotz Geburtenrückgangs haben wir scheinbar Stabilität. Es ist ein trügerisches Gefühl der Sicherheit im Land, und dieses trügerische Gefühl der Sicherheit ist nicht ohne Wirkungen auf die Landtagswahlen der vergangenen Wochen und Monate geblieben.

Es muß unsere politische Aufgabe sein, diese trügerische Sicherheit als das zu entlarven, was sie ist: als die Versuchung unseres Volkes, die Zukunft zu verpfänden, um in der Gegenwart angenehm und sicher leben zu können,

(Beifall)

als die Versuchung unseres Volkes, die Zukunft derer zu verpfänden, die sich nicht wehren können, weil sie keine Stimme haben, und die deshalb in der Demokratie von denen geschützt werden müssen, die eine Stimme haben.

(Beifall)

Eine Politik, die die Zukunft derer verpfändet, die sich im Prozeß der demokratischen Kontrolle nicht selbst zu Wort und mit der Stimme melden können, ist unsozial, unsolidarisch und unmoralisch.

(Erneuter Beifall)

Mit einer solchen Politik wird das Volk entsolidarisiert, der Jugend wird die Solidarität verweigert. Die Jugend wird durch eine solche Politik in die Systemverweigerung getrieben, sie wird der Demokratie entfremdet.

Tatsächlich ist unser Gemeinwesen unter Schmidt nicht stabiler geworden. Wir sind auf die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft nicht besser vorbereitet. Unsere äußere Sicherheit hat nicht zu-, sondern abgenommen. Gerhard Stoltenberg hat davon ge-

sprochen. Wir tragen in der Welt nicht die Verantwortung, die uns nach unseren Möglichkeiten und unserer Kraft zukommt.

Die Bevölkerung spürt dies. Aber sie setzt es politisch noch nicht um. Sie hat den großen Rentenbetrug nicht vergessen, und trotzdem stimmt sie noch immer, wenn auch nur mit einer ganz knappen Mehrheit, für die Koalition. Wenn heute in der Bundesrepublik Deutschland rund die Hälfte der Bevölkerung keinen grundlegenden Unterschied mehr zwischen CDU und SPD zu erkennen vermag, dann ist dies für die SPD ein Gewinn, für uns eine Gefahr.

(Beifall)

Deshalb ist die Klarheit der politischen Aussage in entscheidenden Punkten überaus wichtig für das zukünftige politische Schicksal unserer Anstrengungen. Helmut Kohl hat einige der Punkte genannt: Wachstumspolitik, Verschuldenspolitik. Beides sind zentrale Fragen, mit deren Diskussion wir gerade beginnen.

Ist der Satz richtig, daß unsere Demokratie nur regierbar ist bei 4,5 % Wachstumsrate? Wenn dieser Satz richtig ist, dann bedeutet das, daß im Erwachsenenleben eines Kindes das Brutto-sozialprodukt sich verelffachen muß.

Ist es richtig, daß wir nur mit Schulden auskommen können, obwohl wir eines der wohlhabendsten Länder sind mit einem der höchsten Lebensstandards, mit sozialer Befriedung, mit einer stabilen Bevölkerung - wie die Wahlen zeigen -, mit einem funktionierenden sozialen Dialog, mit der Bereitschaft der Menschen zur Disziplin und zur Zusammenarbeit? Wir müssen uns fragen: Welche Bedingungen müssen eigentlich herrschen, damit wir mit dem auskommen, was wir gemeinsam erwirtschaften, und die Zukunft nicht verpfänden müssen?

(Beifall)

Meine Freunde, wenn wir keine Antwort auf die Frage der Jugend geben können, ob die gegenwärtig erreichten Bedingungen uns in die Lage versetzen, auf die Dauer Demokratie zu gewährleisten, und zwar ohne Verpfändung der Zukunft, dann wird die Jugend sagen, dieses Land hat keine Zukunft. Dieses ist für mich eine der zentralen Auseinandersetzungen. Der kleine Parteitag der CDU hat dazu schon Bemerkenswertes gesagt.

Deshalb müssen wir auf neue Fragen neue Antworten suchen. Wir werden es in der Diskussion um das Grundsatzprogramm machen. Dazu abschließend eine politische und eine strategische Bemerkung:

Die politische: Wir müssen aufhören - das halte ich für ganz entscheidend-, uns ein System der Zuordnung politischer Fragestellungen aufdrängen zu lassen, das alles nach links oder nach rechts zuzuordnen versucht. Wir müssen aufhören, uns in eine politische Fragestellung und Problemlösung drängen zu lassen, die sagt: entweder in der linken oder in der rechten Ecke sind die Dinge angesiedelt. Links und rechts haben als politische Kategorien vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen ihre Aussagekraft weitgehend eingebüßt. Was die Menschen heute interessiert, was für sie entscheidend ist, ist die Frage: Dient eine politische Entscheidung einer freiheitlichen Zukunft oder dient sie den Besitzständen der Vergangenheit?

(Beifall)

Ist eine Politik vorausschauend, gestaltet sie das Morgen, oder ist sie reaktionär? Ist eine politische Antwort fortschrittlich oder ist sie rückschrittlich? Ob die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft freiheitlich oder bürokratisch, solidarisch oder kollektiv, gerecht oder gleichmacherisch sind: darauf kommt es an. Ob die Antwort, ob die Anregung, ob die Idee von links oder rechts kommt, spielt überhaupt keine Rolle für die Frage, ob sie geeignet ist, freiheitliche Zukunft zu gestalten. Es ist unsere große Chance als Volkspartei, daß wir diesen breiten Bogen der Spannung haben und aus allen Bereichen der Gesellschaft Anregungen und Antworten schöpfen können, die nicht durch die politische Adresse diskreditiert sind.

(Beifall)

Dies ist entscheidend vor allem auch für die europäische Auseinandersetzung. Wir werden in der europäischen Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit konfrontiert werden, uns auch mit Kommunisten auseinanderzusetzen, und zwar mit respektablen großen kommunistischen Parteien. Wir müssen in unserer eigenen Grundsatze debatte dies im Auge behalten. Die Anliegen der Menschen in Europa sind für uns das Entscheidende, nicht die Frage, wo und von wem sie geltend gemacht werden. Wenn die Menschen in sozial miserablen Verhältnissen - etwa in den Slums von Mailand - leben oder wenn in anderen europäischen Ländern der soziale Dialog nicht funktioniert, dann ist es für uns nicht entscheidend, ob dieses Manko von Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Liberalen oder sonstwem geltend gemacht wird, sondern ob es nach unseren Gesichtspunkten ein Anliegen ist, dem begegnet werden muß, und zwar mit freiheitlichen Mitteln.

(Beifall)

Wenn etwa Kommunisten die soziale Lage der Menschen geißeln, dann ist diese Lage deshalb nicht etwa unwichtig. Was wir bekämpfen müssen, ist die Absicht, solche Anliegen zum Vorwand für die Errichtung einer neuen bürokratisch-materialistischen unfreiheitlichen Herrschaft zu machen.

(Beifall)

Unser Selbstbewußtsein wird das Entscheidende sein. Wenn wir an die Grundsätze und Prinzipien glauben, die wir hier beraten und über die wir hier befinden, wenn wir entschlossen sind, daran zu arbeiten und sie scharf, d. h. eindeutig zu formulieren und zu schleifen, dann können wir die Diskussion mit jedem Bereich des politischen Spektrums erfolgreich überstehen.

Dies ist zugleich auch der taktische, strategische Gesichtspunkt. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Demokraten in ihrer Koalition leben davon, daß in den beiden Parteien keine solche Diskussion mehr stattfindet und der Kanzler mit seiner Verwaltung des Landes die politischen Grundlagen verschleiern kann. Unsere eindeutige, klare politische Aussage, unsere Auseinandersetzung mit den Anliegen und unsere Auseinandersetzung mit den freiheitlichen Wegen werden diese Koalition entlarven als das, was sie ist: ein unproduktives Machtkartell von zweien, die allein nicht mehr können.

(Beifall)

ein unproduktives Machtkartell, welches eher entschlossen ist, die Zukunft unseres Landes zu enteignen, als die Unfähigkeit, sie zu gestalten, preiszugeben.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, der Parteitag dankt Ihnen für diesen interessanten und wesentlichen Beitrag zur Diskussion. - Das Wort hat jetzt Elmar Pieroth.

Elmar Pieroth, Bingen: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Kurt Biedenkopf hat soeben unsere Wachstumspolitik angesprochen. Heiner Geißler hat zuletzt in der vorvergangenen Woche angeregt, über die Grenzen des Wachstums nachzudenken und darüber zu diskutieren. Helmut Kohl hat heute morgen eine mögliche Grundrichtung dargelegt. Ich begrüße das, denn diese Frage bewegt doch viele Mitglieder der CDU, große Teile der Jugend, die Kirchen sowie andere Schichten, auf die es nun für 1980 besonders ankommen muß.

Leicht ist ihnen die Antwort nicht zu geben. Wie müssen aufpassen, daß wir uns nicht in Widersprüche verwickeln. Wir können nicht gleichzeitig eine Begrenzung des Wachstums fordern und doch Wachstum zum Schlüssel für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erklären. Wir können aber auch keine simplen Antworten geben, denn immer mehr hören wir zu dieser Frage entgegen gesetzte Antworten, häufig sogar bei ein und derselben Person: Man will ein höheres Einkommen, eine größere Wohnung, den Zweitwagen - wenn er noch nicht da ist -, mehr Freizeitanlagen, die Autobahnauffahrt nach Möglichkeit 500 Meter vor der Haustür, - und man fragt gleichzeitig, was das denn für ein Wachstum sei, das die Zukunft noch bringen soll: Noch mehr Lärm, mehr Abwärme, mehr Abfälle, mehr chemische Rückstände in Nahrungsmitteln, im Wasser, in der Luft? Soll denn die ganze Bundesrepublik noch mit Autobahnen und Fabriken zubetoniert werden?

Liebe Parteifreunde, man kann, ja man muß sogar beiden Anliegen gerecht werden. Wir können uns keinen Wachstumspessimismus erlauben, weil es eine Fülle von Aufgaben gibt, die wir eben nur mit wirtschaftlichem Wachstum lösen können.

Wir wollen kein Wachstum um jeden Preis, keinen Wachstumsfetischismus, der die Nebenwirkungen eines unkontrollierten Wirtschaftswachstums übersieht. Entscheidend ist doch, das künftige Wachstum wird nicht die einfache Fortschreibung bisherigen Wachstums sein. Manche herkömmlichen Wachstumsbereiche stoßen an technische, marktbedingte und materielle Sättigungsgrenzen. Dafür kommt dann in ganz anderen Bereichen neuer Bedarf auf, müssen neue Aufgaben angepackt werden. Vor 50 Jahren begannen Waschmaschine und Kühlschrank das Leben unserer Frauen zu erleichtern, vor 100 Jahren haben Serenimpfungen Pocken, Scharlach, Diphtherie ausgerottet; Wissenschaft und Medizin konnten neuen Fortschritt angehen. So wird es auch in den nächsten zehn, 50 und 100 Jahren sein, solange sich menschlicher Geist nur frei entfalten kann. Nur wissen wir halt heute nicht, welche Produkte und welche Dienstleistungen dann angeboten und dann nachgefragt werden.

Eines aber können wir: Wir können die Grundrichtung entscheiden, wie es nicht sein darf. Es kommt darauf an, liebe Parteifreunde, daß unser Wachstum umweltfreundlich, energie- und ressourcenschonend ist. Wir müssen die psycho-soziale Anfälligkeit gegen-



über Wachstumsfolgen in unserer Bevölkerung berücksichtigen. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen gewahrt bleiben, sonst ist jedes Wachstum sinnlos, ja, sogar falsch und unverantwortlich. Nicht alles, was für die Menschen machbar ist, darf auch von Menschen gemacht werden. Wir brauchen also Wachstum, das die Probleme unter dem Strich löst und nicht verschärft. Das heißt, der Lärm darf nicht zunehmen, er muß abgebaut werden. Verkehrsmittel, Herstellungsverfahren müssen geräuschärmer werden. Genauso ist es bei der Abwärme von Industrieanlagen, von Häusern. Diese Energie muß genutzt werden, anstatt unser Klima mit mehr Abwärme zu belasten. Die im Müll enthaltenen Rohstoffe müssen einer Wiederverwendung zugeführt werden. Auch Müll kann noch wertvoll werden.

Ohne Wachstum werden diese ökologischen und sozialen Probleme zur Explosion führen. Wir können unsere Hände nicht in den Schoß legen und unsere Sorgen nicht in die Hände von Wachstums-pessimisten. Wir kommen sonst zu einem solch gigantischen Problemberg, daß ihn die nächste Generation nicht mehr abtragen kann. Wir brauchen deshalb Wachstum, viel Wachstum, mehr Wachstum, aber nicht problemverschärfendes, sondern problemlösendes Wachstum. Wenn wir das Umweltproblem ohne Einbrüche am heutigen Lebensstandard lösen wollen, brauchen wir mehr Geld, um bereits bestehende Beschädigungen der Natur beseitigen zu können. Wir brauchen andere Produkte und andere Verfahren, um neue Schäden verhindern zu können. Das neue Kohlekraftwerk jagt weniger SO<sub>2</sub> und CO<sub>2</sub> in die Luft. Es zu bauen bringt Wachstum und Umweltverbesserung zugleich. So werden dann auch so komplizierte Sätze deutlich, daß Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sind.

Um die Energie- und Rohstoffversorgung sicherzustellen, brauchen wir auf breiter Front Erfindungen, Innovationen. Kleine und mittlere Unternehmen haben gerade im Bereich der Solarenergie viel geleistet. Auch das ist Wachstum. Der angeblich so potente Bundeskanzler hat uns mit der öffentlichen Verschuldung, der finanziellen Unsicherheit unserer Renten noch einen Problemberg aufgetürmt, den abzubauen ebenfalls Wachstum kostet. Nur mit Wachstum können wir die soziale Fortentwicklung finanzieren.

Ich denke an bessere Ausbildung und Weiterbildung, an eine weitere Humanisierung der Arbeitswelt, an verstärkte Vermögensbildung, an weitere Arbeitszeitverkürzungen. Ludwigshafen liegt ja nicht weit weg von Mannheim: Ich denke auch an die Bewältigung der Neuen Sozialen Frage.

Und da ist der Nord-Süd-Konflikt, liebe Parteifreunde. Wir wissen es alle: 500 Millionen Menschen hungern, vegetieren in erbärmlichen Wohnverhältnissen, ohne gesundheitliche Versorgung. Sie brauchen unsere Hilfe und unsere Nächstenliebe. Gerade wir als christliche Partei müssen mehr und häufiger und deutlicher über diese internationale soziale Frage sprechen. Wir dürfen nicht vergessen, die Ärmsten werden auf unbequemere Weise fordern als bisher, wenn wir nicht mehr tun. Das bringt uns auch auf der Aktivseite etwas, wenn sich immer mehr Unternehmen, auch mittelständische Unternehmen, auch die Jugend, in den Entwicklungsländern engagieren. Das bringt internationalen Handel, das bringt einen Arbeitsplatzschub - auch bei uns. Das gilt nur als Beispiel für alle Problemgebiete, für das Umweltproblem, das Energieproblem, das Finanzproblem, das Sozialproblem, die Entwicklungsproblematik. Solche Problemlösungen verlangen Wachstum, bringen Wachstum, verschaffen Arbeitsplätze. So ist Wachstum die beste Beschäftigungspolitik.

Liebe Parteifreunde, ist das eine Wachstumspolitik, die die Grenzen des Wachstums übersieht, die die Jugend ablehnt, ist das Wachstumsfetischismus? Nein, eine solche Wachstumspolitik ist realistisch und zugleich moralisch begründet. Damit können wir auch unsere Jugend packen. Die Jugend fordert in wirtschaftlichen Fragen eine an den Grundwerten orientierte Sinnggebung. Die Jugend hat aber zugleich eine ganz handfeste Einstellung. 70 % unserer jungen Menschen sehen an der Spitze aller ihrer Wünsche den Wunsch nach einem Beruf, der gut Geld verdienen läßt. Zugleich sieht die Jugend neben dem Wunsch nach mehr Ausbildungsplätzen die Umweltfrage, mehr soziales Engagement, als Hauptproblem. Diese unsere Jugend sucht also auch immaterielle Ziele. Dem sollte eine problemlösende Wachstumspolitik entsprechen. Sie gibt dem einzelnen mehr, eröffnet aber auch die Chance, mehr für andere zu tun. Dann gehen realistische Ergebnisse und Sinnerfüllung Hand in Hand. Unser Kollege Toni Pfeiffer hat in der "Zeit" zutreffend geschrieben, die Jugend leide in hohem Maß an Unsicherheit und Verunsicherung. Das können wir ändern. Eine problemlösende Wachstumspolitik kommt diesen Wünschen der Jugend entgegen, beflügelt ihre Phantasie, eröffnet ihr Chancen und zeigt ihr zugleich, daß sie gebraucht wird. Wenn wir so die Jugend gewinnen, können wir auch unsere Zukunft gewinnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Pieroth. Liebe Freunde, es ist jetzt 17.45 Uhr. Hier liegen noch 16 Wortmeldungen vor. Wir müssen die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen. Der Präsident hat nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit. Alle folgenden Redner haben jetzt also nur noch fünf Minuten Redezeit. Ich möchte Sie auch bitten, liebe Freunde, mit mir einig zu sein, daß wir jetzt die Rednerliste schließen. Besteht dagegen Widerspruch? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. - Das Wort hat Freund Vogt aus dem Rheinland.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Helmut Kohl hat heute vormittag in der Rede, die er gehalten hat, vor allem von den Sorgen und Hoffnungen der Menschen gesprochen und damit Themen angeschnitten, die menschliche Themen waren: die Zukunftschancen der jungen Generation, die Sozialchance der Familie, bürgernaher Staat, Hilfe für die Dritte Welt, menschliche Umwelt. Ich werte das als einen neuen Anfang. Es ist für eine politische Partei legitim, meine Damen und Herren, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie regierungsfähig wird.

Wenn sie sich aber über Monate nur als eine Gruppierung darstellt, die sich an organisatorischen Problemen oder Problem-aspekten orientiert, dann verkürzt sie die Politik zum Machterwerb und zum Machterhalt. Und Politik, die sich nur als Machterwerb und Machterhalt darstellt, meine Damen und Herren, führt zur Verdrossenheit. Denn hier kann sich dann der Wähler beider politischen Parteien nicht mehr wiederfinden. Der Bürger aber muß sich in einer politischen Partei wiederfinden, wenn wir erwarten wollen, daß er uns wählt.

Das aber heißt: Wir müssen öffentlich über die Sorgen und Nöte unserer Bürger sprechen. Darüber haben wir in der Vergangenheit zuwenig gesprochen. Dabei ist uns aber nicht damit gedient, daß wir Einigkeit vor inhaltlicher Übereinstimmung

demonstrieren. Aufgabe der Volkspartei ist es, die Konflikte in der Gesellschaft aufzugreifen, sie innerparteilich zu diskutieren und sie auf der Grundlage der Grundwerte zu lösen. Also Einheit durch Aussprache, Einheit durch Dialog - nicht durch Strammstehen.

Meine Damen und Herren, die Grünen Listen haben bei den letzten Wahlen schlecht abgeschnitten. Ich möchte offenlassen, ob das das Verdienst der Parteien oder Ausdruck der demokratischen Reife unseres Volkes gewesen ist. Eine Volkspartei, in der sich der Bürger wiederfinden soll, darf nicht den Ehrgeiz haben, immer stromlinienförmig zu erscheinen. Wer in jedem Fall fordert, daß die Partei mit e i n e r Stimme spricht, meint sowieso oft, die Partei solle mit s e i n e r Stimme sprechen. Wer die Forderung nach stromlinienförmiger Erscheinung einer Volkspartei aufgreift, der gibt es auf, Minderheiten in der Bevölkerung in der Partei Ausdruck zu verleihen. Dabei kann das, was heute - täuschen wir uns nicht - als Minderheitsströmung in einem Volk vorhanden ist, morgen vielleicht schon durchaus Mehrheit sein. Betrachten wir das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit nicht einfach statisch! Diese Minderheiten, denen wir auch Rechnung tragen müssen, werden von Menschen gebildet, und wir als Politiker sind doch für den Menschen bestellt. Und dieser Mensch erwartet von uns heute keine Heilslehren, keine Ideologien, verlangt von uns keine Kolossalgemälde einer heilen Welt, vielleicht begleitet von onkelhaftem Schulterklopfen. Er hat gelernt, daß das sein Glück nicht fördert. Er erwartet praktische Hilfe, menschliche Solidarität, Brüderlichkeit als Ausdruck der Achtung des Nächsten und der Liebe zum Nächsten. Er fragt nach dem Sinn des politischen Handelns.

Wenn wir morgen das Grundsatzprogramm beraten, kommt es nicht darauf an, daß jede Formulierung dem letzten Stand der Wissenschaften entspricht, sondern darauf, daß der Bürger sieht, welche Antwort wir auf die Frage nach dem Sinn des Lebens und der politischen Existenz haben. Hier aber, scheint es, kommt es darauf an, daß wir uns selbst entsprechend darstellen: weder als Cassandra noch im Gewande alttestamentarischer Propheten, die mit unerbittlicher Strenge das Gebot durchsetzten, aber den Bürger, den Menschen, aus dem Auge verloren haben.

Ich wollte also werben für ein Verhalten, aus dem überzeugend erkennbar ist, daß Christliche Demokraten als Menschen für Menschen arbeiten.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wolfgang Vogt.

Das Wort hat jetzt unser Freund Lorenz aus Braunschweig. Ihm folgt unser Freund Heckelmann vom RCDS.

Dieter Lorenz, Sickinge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mich hat ein Wort unseres Generalsekretärs bewegt - sozusagen vom Stuhl gerissen -, hier etwas zu sagen, das Wort: Was sagt das einfache Mitglied, wenn es morgens die Zeitung aufgeschlagen hat?

In diesem Saal und auch draußen in den Gängen steht ein Wort im Mittelpunkt: "Solidarität", eingerahmt von "Freiheit" und

"Gerechtigkeit". Ich möchte hier an unsere "KG" - nicht an unsere Kommanditgesellschaft, sondern an unser "duales System" Kohl und Geißler - die Frage stellen: Ab wann gilt Solidarität im Innenverhältnis der CDU? Ab wann sehen unsere Spitzenpolitiker ein, daß ein Lager zerfällt, wenn es uneins ist? Und ab wann haben Tätigkeiten ein Ende, die man - nach jüngsten Beispielen - als "Barzelei" bezeichnen könnte? Meine Damen und Herren, Herr Barzel ist, wie ich gehört habe, krank. Er hat bisher auf dem Parteitag gefehlt. Dennoch ist er, wie ich meine, einer unserer Besten. Vielleicht, Herr Präsident, würde etwas Sand aus dem Getriebe genommen, wenn dieser Parteitag dem Mann, dem wir so oft zugejubelt haben, Wünsche zur Genesung übersenden würde mit dem Vermerk: "gute Besserung". Herr Barzel wird wissen, wie er das einzuordnen hat. Er wird sicherlich auch die feinen Spitzen in den Reden verstehen.

Wir haben große Worte unseres Vorsitzenden gehört. Alles das, was wir anstreben, was wir erreichen wollen, werden wir nur erreichen, wenn wir einig sind, wenn wir zusammenstehen wie ein Mann oder, einfach gesagt, wenn wir schlichtweg Solidarität üben, wie es da oben steht. Das Volk blickt nach oben. Mit "Volk" ist Otto Normalverbraucher gemeint oder auch Lieschen Müller - um die Frauen mal wieder ins Gespräch zu bringen. Das Volk will, daß die CDU als e i n e CDU auftritt. Das Volk will keine vielen, mehr oder weniger spitzen CDU-Zungen haben.

Sollte ich die Ehre haben, beim nächsten Parteitag in Kiel wieder dabei sein zu dürfen, würde ich es bedauern, wenn ich feststellen müßte, daß Solidarität auch bis dorthin ein Fremdwort geblieben ist. Und alle sollten bedenken: Je höher jemand im Amt steht, um so mehr trägt er Verantwortung für das Ganze. Hoffentlich handeln alle danach!

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun unser Freund Heckelmann vom RCDS. Ihm folgt Frau Margarethe Kuppe aus Baden-Württemberg.

Günther Heckelmann, Vorsitzender des RCDS: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Helmut Kohl hat in seinem Rechenschaftsbericht dazu aufgefordert, stärker an die Arbeit für die Perspektiven und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung heranzugehen, aber auch verstärkt in die Diskussion um marxistische Umgestaltungsversuche in unserer Gesellschaft einzutreten. Eines der wesentlichsten Felder, auf denen sich diese Diskussion austrägt, ist sicherlich der Radikalenerlaß. Daneben aber wird diese Diskussion sicherlich auch noch auf anderen Ebenen geführt. Und einer der wesentlichsten Punkte in diesem Zusammenhang ist die Frage der Hochschulen, wo einer großen, einer übergroßen demokratischen Mehrheit eine kleine extremistische Minderheit gegenübersteht, die aber in skandalöser Weise durch die Jungsozialisten und Jungdemokraten immer wieder in Macht und Verantwortung gehievt wird.

Helmut Kohl hat in seinem Bericht davon gesprochen, daß in weiten Bereichen ein erheblicher Unterschied zwischen Worten und Taten von SPD und FDP besteht. Die Hochschulen sind ein Beispiel, an dem sich dies ganz exemplarisch deutlich machen läßt. SPD und FDP stellen sich in der Bevölkerung als Bollwerke gegen kommunistische Umgestaltungsversuche dar. An den Hochschulen

aber fordern diese beiden Parteien ihre eigenen Jugendorganisationen auf, mit Verfassungsfeinden und Extremisten zu koalieren und damit die Solidarität der Demokraten zu untergraben.

(Beifall)

Hier müssen wir beide Parteien, SPD und FDP, immer wieder in den Begründungszwang stellen, sie immer wieder auffordern, deutlich zu sagen, wie sie zu dieser Politik stehen und wie sie diese Differenz zwischen Worten und Taten begründen wollen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu einer Umfrage, die in den letzten Tagen erhebliche Diskussionen in den deutschen Medien und in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst hat. Ich meine die Umfrage von Frau Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut über die demokratische Situation der Studenten. Eine der wesentlichsten Aussagen aus dieser Umfrage war, daß sich zwar ein kleine Minderheit der Studenten - es waren nur 6 % - für die Politik des realen Sozialismus in den Staaten des Ostblocks ausgesprochen hat, gleichzeitig aber eine große Mehrheit zu unserer Verfassungsordnung bekannt hat und sich dennoch ca. 65 % der deutschen Studenten für die Grundlagen einer marxistischen Gesellschaftsordnung ausgesprochen haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an dieser Stelle warnen, nun in den Fehler zu verfallen, auf Grund dieser Aussage die Mehrheit der deutschen Studenten als Kommunisten zu verteufeln und abzuschreiben. Das würde sicherlich zwar einen Beitrag dazu leisten, eigene Vorurteile zu reaktivieren, leistet aber mit Sicherheit auch einen Beitrag dazu, daß man große Teile der jungen Generation für immer abschreibt. Ich glaube, das kann nicht Ziel unserer Politik sein.

(Beifall)

Ich glaube, diese Umfrage sollte für uns Grundlage für zwei Dinge sein. Erstens: Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus muß stärker und offensiver als bisher von uns geführt werden. Denn die Tatsache, daß sich ein relativ großer Prozentsatz der Studenten für marxistische Grundlagen ausgesprochen hat, offenbart doch bis zu einem gewissen Grade auch Unkenntnis über die Situation des Marxismus und über seine Ziele. Hier ist die CDU herausgefordert. Hier müssen wir die Diskussion aufnehmen und in das Gespräch über Grundlagen des Marxismus eintreten, das wir dann nicht nur mit Termini wie Mauer und Stacheldraht führen können, sondern das wir dann wirklich von den Grundlagen her angehen müssen. Von den Grundlagen aus müssen wir die Differenz zwischen totalitärer Gesellschaftsordnung und unserer freiheitlichen Verfassungsordnung deutlich machen.

Ein wesentliches Mittel, eine ganz hervorragende Chance für diese Diskussion ist die Frage der Menschenrechte. Vorhin ist schon der Fall Nico Hübner angesprochen worden. Meine Damen und Herren, nehmen wir doch dieses Beispiel, um zu zeigen, daß es sich da nicht nur um einen Ausrutscher einer bestimmten Regierung im Ostblock handelt, sondern daß es konsequenter Ausfluß totalitärer, marxistischer Politik ist und daß dieser Fall ganz genauso in der Bundesrepublik stattfinden könnte, wenn dort die marxistischen Kräfte, totalitäre Geister an der Macht wären. Ich glaube, wenn wir das den Studenten und der Öffentlichkeit deutlich machen, wird es uns wieder gelingen, die

Überragende Qualität der freiheitlichen Verfassungsordnung offensiv und argumentativ darzustellen und auch Jugendliche emotional zu begeistern, für diese Ordnung anzusprechen und ihnen wieder ein Ziel, eine Chance und Sinn für den Einsatz für demokratische Werte zu geben.

Zweitens: Der Dialog mit den Hochschulen muß verstärkt werden. Meine Damen und Herren, wenn man in der Vergangenheit relativ lange Forderungen von Studenten nicht in die Diskussion eingebracht hat, wenn man Hochschulen lange links liegengelassen hat, braucht man sich heute nicht zu wundern, daß große Teile der deutschen Studenten der sogenannten etablierten Politik kritisch gegenüberstehen. Hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir Hochschulen in die Diskussion einbeziehen, aufzeigen, daß zwischen Hochschulen und Gesellschaft kein Graben besteht, sondern daß beides eins ist, daß die Hochschulen für die Gesellschaft ihren Wert haben.

Hier muß die CDU ansetzen. Hier gilt es, Mißverständnisse und Vorurteile abzubauen. Hier gilt es, den Graben zwischen Hochschulen und Gesellschaft zu verkleinern. Hier gilt es insbesondere, den Dialog mit den Studenten wieder aufzunehmen. In dieser Diskussion kann die CDU Sensibilität für Anliegen und Empfindungen der jungen Generation zeigen. Hier kann sie für weite Teile unserer Bevölkerung attraktiver werden, d. h. auch für Jungwähler. Dieser Dialog mit der Hochschule ist eine ganz hervorragende Chance für eine attraktive, aktive und offensive Politik der CDU. Wir sollten uns alle gemeinsam für diese Politik einsetzen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, lieber Freund Heckelmann. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir sollten auch aus diesem Anlaß noch einmal all unseren Freunden vom RCDS sehr herzlich für ihren Einsatz an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland danken. Vielen herzlichen Dank unseren Freunden vom RCDS!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Frau Margarethe Kuppe. Ihr folgt unser Freund Elmar Brok.

Frau Margarethe Kuppe: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Nach einer großen Zahl erlauchter und beamteter Persönlichkeiten meldet sich nun eine amtslose und nicht gerade bekannte, basishafte Person zu Wort. Sicher ist Ihnen der Unterschied zwischen Persönlichkeit und Person bekannt, wie ihn Guardini in die Wissenschaft eingeführt hat, so daß ich ihn hier nicht zu erläutern brauche.

Der Mut dazu kommt mir aus zwei Momenten, einmal aus der geradezu exzellenten Rede von Herrn Dr. Heiner Geißler, der besten Rede, die ich in zweieinhalb Jahrzehnten von ihm gehört habe, vor allem aber deshalb, weil er sich mit der Medienpolitik beschäftigt hat.

Es scheint, daß die CDU endlich begriffen hat, daß es ihr nicht nur darum geht, Chancengleichheit, Gleichberechtigung in diesem Raum für die CDU durchzusetzen, die dieses Volk nach seiner größten Katastrophe 20 Jahre mit beispiellosem Erfolg regiert hat, sondern daß hier auch eine Schlacht um unsere jungen und heranwachsenden Wähler zu schlagen ist. <sup>W</sup>er die zehn Gebote

auf drei begrenzt - fünf, sieben und acht; sie kennen sie alle, so daß ich sie nicht zu wiederholen brauche -, darf nicht annehmen, daß sich hier nicht eine ganz entscheidende und steigende Gefahr für unsere junge heranwachsende Generation ergibt.

Ich habe schon manchmal dazu gesprochen. Eigentlich bin ich letzten Endes fast resigniert gewesen. Aber, wie gesagt, die Ausführungen von Dr. Geißler geben mir Mut.

Ich möchte Ihnen einen zweiten Satz vorlesen. Er beinhaltet den ersten Wunsch des neuen Papstes. Er lautet: Nutzen sie - gemeint sind die 1000 Journalisten bei seiner ersten Pressekonferenz - Ihre Freiheit, um die Wahrheit zu erkennen und Ihren Lesern, Hörern und Fernsehzuschauern das nahezubringen, was wahr und edel, gerecht und rein ist und würdig ist, geliebt und geehrt zu werden.

Wer viel fernsieht, muß meinen, das Perverse, das Makabre gewinne einen immer weiteren Raum. Gewalt ins Leben zu setzen und Gewalt aus dem Leben zu bringen sind die Hauptthemen der Unterhaltungssünden. Wir werden so lange keine Therapie für all das finden, was wir im Raume der jungen Menschen beklagen, solange wir nicht auch hier eine Diagnose zu stellen wagen.

Welch ein grandioser Beruf ist es eigentlich, in diesen Bereichen tätig zu sein?! Und was wird daraus gemacht? Der Mensch hat es genug, ständig seine Nachtseiten dargestellt zu bekommen. Das Menschenbild, das uns aus all diesen Darlegungen und Sendungen deutlich wird, steht in einem krassen Widerspruch zu dem Menschenbild, von dem unser Grundgesetz lebt, das im ersten Satz sagt, daß die Würde des Menschen sein oberster Maßstab ist.

Es gab einmal einen großen deutschen Dichter. Er heißt nicht Bert Brecht, sondern Friedrich Schiller. Er hat gesagt: "Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben." Das war an die Künstler gerichtet. Ich möchte die Journalisten hier einbeziehen:

"Bewahret sie; sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben."

Warum denken wir an diese Sätze nicht? Warum finden wir im Fernsehen nicht all die großen Werke nicht nur deutscher, sondern europäischer Kultur? Welch eine grandiose Bühne ist hier, das Große und Edle den Menschen nahezubringen! Und was geschieht? Es geschieht weithin das Gegenteil in einer wahren Sucht der diabolischen Degradierung des Menschen.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten neuen Mut fassen, auch im Interesse derer, die Herr Biedenkopf hier angeführt hat, die wehrlos sind und nicht für sich selber sprechen und handeln können. Hier müssen wir einen Raum reinerer Luft und reineren Klimas schaffen, einen Raum, in dem sich wirklich die europäische Kultur und nicht europäische Unkultur spiegelt.

Noch ein letztes. Herr Geißler hat auch Napoleon zitiert. Ich habe gerade einmal wieder die Zeit zwischen dem Sturm auf die Bastille und dem Wiener Kongreß behandelt. Diese Zeit ist von der Übermacht Napoleons gekennzeichnet, der sich die Völker selber entgegengesetzten, nicht mehr Söldnerheere im Dienste der Fürsten.

Napoleon setzten sich drei Leitsterne entgegen, von denen ich meine, daß sie heute uns selber zu Überlegungen in einer Zeit

bringen sollten, die mit der Situation zwischen 1806 und 1812 vergleichbar ist. Diese drei Leitsterne hießen: Für Gott, Freiheit und Vaterland! Mir scheint, das Herz junger Menschen könnte eher aufgehen, wenn wir auch diese Leitsterne gelegentlich nennen. Denn im Grunde genommen werden wir den Sieg über die östliche Übermacht nicht erringen, wenn uns das Herz der Menschen und ihr Geist dabei nicht begleiten. Ich meine, sie sind eher unter diesen Worten "Gott", "Freiheit" und "Vaterland" anzusprechen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Nun hat unser Freund Elmar Brok, Landesverband Westfalen-Lippe, das Wort. Ihm folgt unser Freund Lichtenberg, Landesverband Rheinland.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Der Generalsekretär sprach in seinem Bericht von den wahlbedeutsamen Themen und sagte, daß es das Hauptziel sein müsse, ein Plebiszit für die CDU zu erreichen. Ich weiß nicht, ob wir es uns immer hinreichend deutlich gemacht haben, daß wir uns zur Zeit in einer bestimmten Entwicklungsphase befinden und daß erneut die freiheitsentscheidenden Debatten wie in den 50er Jahren geführt werden, die Debatten um die beiden wichtigen Wegorientierungen der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Debatte über die Frage "Soziale Marktwirtschaft - ja oder nein?" und die Debatte über die Frage "Westintegration - ja oder nein?". Ich meine, daß wir auf Grund der Erfolge in den 50er Jahren in dieser Grundauseinandersetzung vielleicht auch etwas zu selbstzufrieden geworden sind. Wir müssen uns klarmachen, daß sich die SPD nach Jahren der wahltaktischen Anpassung nunmehr geschützt hinter dem Rücken Helmut Schmidts aufmacht, diese Debatte in aller Härte neu zu eröffnen, und daß wir dem offensiv begegnen sollten. Wir müssen deutlich machen: Soziale Marktwirtschaft ist ein Mittel für Wohlstand, Partnerschaft und Gerechtigkeit, aber auch für Freiheit.

Im Bereich der Westintegration müssen wir deutlich machen, daß in dem Europaprogramm der SPD nicht mehr ein Wort über die politische Integration Westeuropas steht und daß Willy Brandt Heidemarie Wiczorek-Zeul ins Europäische Parlament schicken will, die die Position vertritt, ein antikapitalistisches Bündnis zu schaffen. Herr Koschnick macht in diesem Zusammenhang wegweisend deutlich: Die SPD ist gegen eine europäische Integration, weil europäische Integration die Entspannungspolitik behindern würde. Herr Bahr sagt, daß man in der Entspannungspolitik über bündnisüberwölbende Maßnahmen zu einem kollektiven Sicherheitssystem kommen müsse, das dann politische und militärische Bündnisse - sprich: auch einen europäischen Bundesstaat in Westeuropa - überflüssig machen würde. Herr Ehmke hat in einem Artikel in einer italienischen Zeitung kürzlich von der Konvergenz sozialistischer und kommunistischer Fraktionen im Europäischen Parlament gesprochen. Eine solche Konvergenz bedeutet ja nicht punktuelle Zusammenarbeit, sondern vom Begriff her im Grundsätzlichen ein Aufeinander-Zugehen. Dies muß mit den Äußerungen des außenpolitischen Reisebegleiters Willy Brandts und des Obmanns der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß Karsten Voigt, im Zusammenhang gesehen werden, der vor längerer Zeit einmal gesagt hat - ich zitiere -: "Um die Zersplitterung der Arbeiterbewegung Westeuropas aufzuheben, ist die Zusammenarbeit zwischen den antikapitalistischen Kräften im kapitalistischen Teil Europas zu verstärken. Dazu gehören die sozialdemokratischen Parteien



und Gewerkschaften, jene linkssozialistischen und kommunistischen Parteien und politischen Gruppierungen, die in Frankreich und Italien große Teile der Arbeiterschaft repräsentieren. In diesem Zusammenhang muß nach den bisherigen Erfahrungen mit den Vereinigten Staaten die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa als ständige Bedrohung für sozialistische Transformationsstrategien angesehen werden."

Ich meine, daß wir uns dieses in aller Deutlichkeit vor Augen führen müssen. Wir müssen aber auch sehen, daß wir unsere Antwort, die wir unter Adenauer und Erhard gegeben haben, heute wieder genauso geben müssen. Diese Antwort ist auch jetzt noch moderner und freiheitlicher.

Ich meine allerdings, daß wir in diesen Auseinandersetzungen nur siegreich sein können, wenn wir unsere Position nicht nur verteidigen, sondern wieder mit positiven Zielen in Verbindung bringen und so offensiv darstellen können. Ich halte es für notwendig, daß wir klar erkennen, daß es in diesem Bereich keinen Grundkonsens unter den politischen Parteien der Bundesrepublik mehr gibt, daß uns deshalb nicht mehr Einzelkritik an Einzelpersonlichkeiten der SPD und an Einzelaussagen der SPD weiterhilft, sondern daß wir diese Debatte im Grundsätzlichen und ausgehend von einem Gesamtkonzept zu führen haben. Dies gibt dann, wie ich meine, die Möglichkeit, wahlentscheidend zu sein. Wenn wir eben dies mit den vorgetragenen Argumenten wieder sein werden, können wir auch die hochbedeutsame staatspolitische Frage einer Wandlung der SPD klären. Dann zwingen wir sie, erneut ein Godesberger Programm zu erarbeiten. Ich meine, daß dies ein großes Ziel für uns sein sollte.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, ich möchte auf folgendes hinweisen. Es herrscht ein hoher Schallpegel hier im Saal, so daß eine ganze Reihe von Freunden sich am Rednerpult nur schwer verständlich machen kann. Wir sind hier im Präsidium darauf aufmerksam gemacht worden. Ich bitte doch auch insoweit Solidarität zu üben, daß wir die Redner in Ruhe anhören. Ich bitte ganz nachdrücklich um mehr Ruhe im Saal, damit sich auch jeder verständlich machen kann.

(Beifall)

Meine Freunde, darauf haben wir alle miteinander Anspruch. Auch das gehört zur Solidarität.

Nun hat unser Freund Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg aus dem Landesverband Rheinland das Wort. Ihm folgt unser Freund Dr. Hans Filbinger, Landesverband Badem-Württemberg.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Rede unseres Vorsitzenden zum Anlaß nehmen, ein Problem anzusprechen, das mich auf zweierlei Arten bedrückt und mich - ich gestehe es - auch ein wenig beunruhigt: zum einen als Vorsitzender eines Kreisverbandes unserer Partei und zum anderen als Soldaten, der allein durch seine dienstliche Tätigkeit eine ganze Reihe von Kontakten zu ehemaligen Kriegsteilnehmern hat. Ich meine jene Problematik, die - das ist meine Auffassung - durch die unglückliche Äußerung unseres Freundes Norbert Blüm entstanden ist,

(Beifall)

der im "Spiegel" und in der "Sozialen Ordnung" vor einiger Zeit schrieb - ich zitiere - : "Ob einer im KZ Hitler gedient hat

oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus.

(Vereinzelt Pfui-Rufe)

Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe inzwischen gelesen, daß Norbert Blüm diesen Sätzen heute - rückblickend - lieber einen subjektiven Akzent geben möchte und sie so, wie sie zunächst formuliert gewesen sind, nicht mehr aufrechtzuerhalten gedenkt. Nun gut! Es ehrt, wie ich glaube, jeden, wenn er einen Fehler im nachhinein erkennt und sich dafür entschuldigt. Der fade Geschmack bleibt aber tatsächlich erhalten. Hat sich Norbert Blüm hierfür tatsächlich echt entschuldigt? Ich habe seine Verlautbarungen genau nachgelesen. Erlauben Sie mir, daß ich die eben gestellte Frage als Soldat ähnlich subjektiv beantworte, wie Parteifreund Blüm heute seine Worte gedeutet wissen will. Viele Mitglieder meines Kreisverbandes in Wuppertal und noch mehr Mitbürger wie auch ich sind nämlich der Meinung, Sie, lieber Freund Blüm, hätten mit jenen umstrittenen Äußerungen nicht nur eine große Anzahl von Mitbürgern - wenn auch sicherlich ungewollt - beleidigt, sondern auch eine Reihe von Parteifreunden zum Parteiaustritt veranlaßt.

So ist mir denn auch in der Tat eine wirklich vollständige öffentliche Zurücknahme dieser Äußerungen bis heute noch nicht bekannt geworden.

In diesem Zusammenhang möchte ich Helmut Kohl zitieren: Er hat heute morgen ausgeführt: "Wir können nicht in diesen Tagen pausenlos von Solidarität sprechen, wenn wir sie nicht selbst im Umgang miteinander üben."

Dieses ist wahr. Es ist außerordentlich richtig und wahr. Erlauben Sie mir nichtsdestotrotz, diesen Ausspruch ein wenig zu erweitern. Ich meine, Solidarität haben auch andere Mitbürgergruppen zu erwarten. So erscheint es in diesem Fall notwendig, Solidarität mit den Millionen der ehemaligen Soldaten vor potentiellen Verunglimpfungen zu üben,

(Beifall)

die bis Kriegsende mit der Waffe weiterkämpften. Die Tragik dieser Menschen wird allein schon daran deutlich, daß die ehemalige Kriegsmarine in den letzten Monaten des Krieges bis quasi nach Kriegsschluß gerade durch Fortsetzung des Kampfes Hunderttausende von deutschen Menschen durch Evakuierung von Ostpreußen über die Ostsee nach Westdeutschland vor den allbekannten Greuelthaten der sowjetischen Rotarmisten bewahrt hat.

(Beifall)

Auch dieses sollte man wissen, wenn man derartige Sätze formuliert.

Meine lieben Freunde, unsere Parteigründer haben in den Jahren 1945 und 1946 um diese Fakten gewußt und die Tragik im Zusammenhang mit den ehemaligen deutschen Weltkriegssoldaten erkannt. So heißt es denn auch in einem Heft der CDU Rheinland von 1946 zu diesem Thema - ich darf ganz kurz zitieren -: "Die Soldaten sind in den Kampf gegangen, nicht um Hitler zu verteidigen, sondern um die deutsche Heimat zu schützen. Sie waren Soldaten und konnten nicht anders, genau wie es uns verhindert war, den Terror zu brechen. Die Tragik des deutschen

Soldaten ist es gewesen, das Vaterland zu verteidigen und damit Hitler den Rücken zu stärken".

( Zurufe: Aufhören! - Zuruf: Weiter! )

Es gibt noch viele Zitate in dieser Richtung.

Meine lieben Freunde --

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Freund Lichtenberg, ich bitte, dann zum Schluß zu kommen.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg: Diejenigen, die "Aufhören" gerufen haben, sollten sich einmal die Solidarität der Parteigründer vergegenwärtigen, die wir heute teilweise notwendig haben, meine ich.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, diese Zitate mögen aber auch unterstreichen, daß jene Thematik, lieber Parteifreund Blüm, schon 1945/46 ausführlich abgehandelt worden ist. Wir sollten diese erneute Diskussion deshalb auch möglichst bald wieder abschließen. Ich möchte einen Beitrag hierzu leisten. Am besten --

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Freund Lichtenberg, hier hat natürlich jeder das Recht, frei seine Meinung zu sagen. Nur, Freund Lichtenberg, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Ich bitte Sie wirklich, jetzt zum Schluß zu kommen.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg: Lassen Sie mich hier ganz deutlich sagen: Am besten könnte man diese Diskussion dadurch beenden, daß Sie, lieber Herr Blüm, diese Dinge von hier oben noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen. Sie würden uns an der Basis für die Diskussion auf der Straße einen erheblichen Dienst erweisen.

( Beifall )

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Freund Filbinger.

Dr. Hans Filbinger: Meine lieben Parteifreunde! Wir alle, die wir die Diskussion dieses Nachmittags, ebenso wie die Reden des Vormittags, sehr aufmerksam verfolgt haben, können eines feststellen: Ganz überwiegend ist aus allen Beiträgen unserer Redner der Wille hervorgetreten, die Kräfte der CDU so zusammenzufassen, daß wir nun den Sprung nach vorne tun können, der uns noch von der Übernahme der Regierungsverantwortung trennt und daß wir alles hinter uns lassen müssen, was uns bisher in dieser Hinsicht noch gehemmt hat.

( Beifall )

Das bedeutet konkret, daß wir aus der Selbstbespiegelung und Selbstkritik heraustreten müssen - und sie hinter uns lassen müssen -, die uns nicht weiterbringt, und stattdessen eine Solidarität mit denen, die die Verantwortung an der Spitze tragen, üben müssen, die ihnen die Kraft gibt, ihrer Aufgabe gerecht werden zu können.

( Beifall )

Daraus folgt weiter, meine Freunde, daß wir den Wirkungen einer negativen Suggestion der Art: "Wir können das nicht schaffen; es war noch nie in Deutschland so, daß jemand aus der Opposition heraus allein die Regierung übernommen hat", eine ganz

eindeutige Absage erteilen müssen. Wir können das, und wir brauchen dieser negativen Suggestion nicht zu unterliegen. Wenn wir in voller Entschiedenheit den Sprung machen, dann schaffen wir das im Jahre 1980 auch.

( Beifall )

Wenn man entschlossen ist, muß man diese Entschlossenheit in einigen Punkten in eine konkrete Form ummünzen. Ich meine, der erste Punkt müßte eine konsequente Absage an die Vierte Partei sein.

( Beifall )

Wir werden ganz gewiß die Absprache einhalten, die wir mit der CSU getroffen haben; aber das hindert uns doch nicht, schon jetzt Erkenntnisse zu gewinnen und unter uns darüber auch zu reden. Diese Erkenntnisse gehen doch eindeutig dahin daß ein Organismus durch Spaltung nicht stärker wird, daß der Wettbewerb zwischen zwei Bruderparteien um die Wähler nur rein rechnerisch einen Zugewinn bringt, daß dieser Wettbewerb in Wahrheit Vertrauen kostet, Vertrauen in die Einheit und die Kraft der Union, das wir bisher genießen, und daß man durch die Spaltung im Endergebnis nicht mehr, sondern weniger Stimmen ernten würde.

Das bedeutet ferner - und das ist meine Meinung; gestatten Sie mir, dieses zu sagen - eine Absage an die Hoffnung darauf, daß die FDP im Bunde zu uns kommt und daß sie uns im Jahre 1980 die Hilfe gibt, die Hürden zu überspringen. Diese Absage ist keine prinzipielle Absage. Aber sie entspringt einer praktischen Erfahrung; denn die FDP hat uns - darüber sind wir uns alle einig - überall dort die kalte Schulter gezeigt, wo sie den Machtwechsel mit uns als der stärksten Partei hätte herbeiführen können. Die FDP versucht, bei den Sozialisten das Schlimmste zu verhüten, indem sie ausgerechnet die SPD an der Macht hält.

Wir haben damit eine paradoxe Wirklichkeit, die wir den Menschen auch darstellen müssen. Wir müssen den Menschen sagen: Wir brauchen die FDP nicht, um mittels ihrer Hilfe die stärkste Partei am Regieren zu hindern. Wir müssen an die Menschen appellieren, bei den nächsten Wahlen der stärksten Partei so viele Stimmen zu geben, damit sie im Jahre 1980 Regierungspartei werden kann.

( Beifall )

Schließlich gehört auch eine klare Aussage zu den Inhalten unserer Politik dazu. Wir müssen im Bundestag, im Bundesrat und überall, wo Entscheidungen fallen, klar und eindeutig zeigen, wo wir stehen. Wir stehen auf der Seite der Freiheit. Wir sind die große Alternative zum Sozialismus. Das müssen wir nicht nur den anderen, sondern auch uns selbst mit großer Deutlichkeit sagen. Das wird unsere Zuversicht stärken.

( Beifall )

Selbstbewußtsein, meine lieben Freunde, steht uns sehr wohl an. Fragen wir uns doch einmal: Wo stünde Deutschland heute, wenn nicht die CDU aus der Opposition heraus den politischen Kurs unseres Landes mitbestimmt hätte? Die Linke hätte doch vielmehr von ihrem Programm durchgesetzt, wenn nicht die CDU als starke Opposition dagewesen wäre und dagegehalten hätte.

( Beifall )

Wir brauchen doch nur einmal an die Reformen zu denken, an die Reformeuphorie, die in den 70er Jahren auf uns heruntergeprasselt ist. Das waren Reformen, mit denen wir beglückt werden sollten, die in der Zwischenzeit aber nahezu allesamt geplatzt sind, die uns Milliarden gekostet haben, die wir dann nachher im Zusammenhang mit den Investitionen und der Sicherung unsicher gewordener Arbeitsplätze vermißt haben.

( Beifall )

Denken wir auch an die Versäumnisse in der Politik der inneren Sicherheit, meine Freunde. Wir haben in den letzten Jahren doch das Versagen der Regierung - trotz unserer Anträge - etwa bei der Verbesserung der Sicherungsverwahrung, bei der Herstellung eines wirkungsvollen Demonstrationsstrafrechts, bei der Abschaffung der unsinnigen Gesetzgebung über die Zwangsernährung - sie wird durchgeführt - miterleben müssen.

Denken wir auch an die Ostpolitik, meine Freunde, die durch Herrn Egon Bahr erst neuerdings erneut ins Zwielicht eingetreten ist. Denken wir auch an jene unselbige Wehrpflichtnovelle. Wäre die Opposition nicht dagewesen, dann wäre das Recht wirksam, wodurch man sich durch eine Postkarte vom Wehrdienst abmelden könnte.

( Beifall )

Meine lieben Freunde, ich könnte die Aufzählung der Fehlleistungen dieser jetzigen Regierung und ihrer Vorgängerin noch beliebig ausweiten.

Aber das Entscheidende ist doch dieses: Die Linken würden, wenn sie im Jahre 1980 wieder an die Regierung kämen, doch sicherlich genau da wieder anfangen, wo sie gehindert worden sind. Es soll doch niemand daran denken, daß die Linken deshalb, weil sie aus taktischen Gründen derzeit ruhig sind oder weil die Jusos keine Initiative ergreifen, auf ihr sogenanntes progressives Programm verzichtet hätten. Das käme doch alles wieder, wenn sie in die Lage kämen, im Jahre 1980 weiter zu regieren.

Ein Vorgesmack davon, was uns dann blühen würde, meine Freunde, haben wir doch gerade jetzt mit der Aufwertung der DKP bekommen, die - wenn das so weit kommt - die SPD-regierten Länder und die SPD des Bundes herbeiführen wollen, indem sie die Tore unserer Schulen für kommunistische Lehrer öffnen wollen.

(Beifall)

Wir haben genug von der Politik der vergangenen zehn Jahre. Angesichts dessen, was uns bevorstehen würde, wenn die andere Koalition durchs Ziel ginge, kann man die Bürger nur beschwören: helft uns, daß wir dieses verhindern und daß wir in der Zukunft wieder eine gute Politik für Deutschland machen können. Andernfalls würde doch das Wort von Herbert Wehner in die Tat umgesetzt werden, das ihm einmal in Hamburg entschlüpft ist: Wenn wir an die Macht kommen, dann wird tief gepflügt, oder das Wort von Willy Brandt: dann wird geholt. Auch andere Dinge würden wieder auftauchen. Die Jusos würden ganz bestimmt wieder in Aktion treten und versuchen, ihre Politik umzusetzen.

Meine Freunde, es genügt uns nicht, daß wir in der Opposition

sind und noch Schlimmeres verhüten. Wir müssen wieder selbst die Politik aktiv und verantwortlich gestalten. Das können wir. Wir müssen dem deutschen Volk und dem Wähler klarmachen, daß er uns die Mehrheit gibt. Dann kommen wir an die Regierung und können eine Politik für Deutschland machen. Wir können dann die Politik wieder weiterführen, die wir bis zum Jahre 1969 mit dem größten Erfolg gestaltet haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Dr. Filbinger. Das Wort hat jetzt der Freund Kühl und dann der Generalsekretär.

Wolfgang Kühl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme aus Hamburg und bin wahrscheinlich einer der jüngsten Teilnehmer dieses Kongresses. Ich bin Schüler.

Die Unsicherheit, die durch den Plan von Bürgermeister Klose hervorgerufen wurde, erlaubt es mir, deutlich zu machen, daß der sogenannte Radikalerlaß notwendig ist. Wenn ich mir überlege, welche Auswirkungen diese Neuformulierungen haben sollen, dann finde ich diese Auswirkungen sehr erschreckend. Ich glaube, ich kann für eine ganze Schülergeneration sprechen, die keine Lust hat, Neofaschisten oder Kommunisten als Lehrer zu haben.

(Beifall)

Die Freiheit wird nicht von den Befürwortern des sogenannten Extremistenbeschlusses gefährdet, sondern von denjenigen, die den undemokratischen Kräften in unseren Schulen die Möglichkeit zur Arbeit geben wollen.

Die deutschen Schulbücher werden in zunehmendem Maße immer einseitiger. Es gibt immer mehr Indoktrination in unseren Schulen. Dies ist gefährlich und schädlich für unsere Demokratie. Wenn man mündige Bürger haben will, dann darf man einseitige Schulbücher und Indoktrination nicht zulassen. Eine freiheitliche Demokratie braucht den zum kritischen Urteil befähigten Schüler und nicht den ideologisch einseitig fixierten Schüler.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Jungwählerverhalten ist für die CDU zur Zeit relativ ungünstig. Die Jugend hat heutzutage große Probleme; Stichworte sind: Lehrstellenmangel, Numerus clausus. Ich bin der Meinung, die CDU hat gute Programme; sie muß bloß ihre Programme bei den Jugendlichen besser unterbringen, besser verständlich machen. Bevor dieses nicht erreicht ist, sehe ich es wirklich als eine schwierige Aufgabe an, unter den Jugendlichen für die CDU zu werben.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß Organisationen wie die Schülerunion und die Junge Union bei ihrer Arbeit in den Schulen und unter den Jugendlichen unterstützt werden. Diese Organisationen dürfen nicht nur bei irgendwelchen Plakatklebaktionen verwendet werden, sondern sie müssen als politische Partner anerkannt werden. Wir brauchen die Jugend, die Jugend braucht uns. - Damit möchte ich schließen. Danke.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir danken unserem Freund Kühl. Ich darf darauf hinweisen, daß unser Freund Kühl der Bundessprecher der Schülerunion ist. Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, der Schülerunion für ihre Arbeit und für ihr Engagement im Sinne unserer gemeinsamen Sache herzlich zu danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, es hat sich außer der Reihe unser Freund Dr. Norbert Blüm gemeldet. Das Präsidium ist der Auffassung, daß ihm, da er persönlich angesprochen worden ist, auch die Chance gegeben werden sollte, dazu Stellung zu nehmen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

(Beifall)

- Ich sehe, daß das der Fall ist. Das Wort hat Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Es ist immer relativ schwer, in eigener Sache zu plädieren. Deshalb spreche ich hier nicht in der Erwartung einer Zustimmung, aber schon mit der Bitte, daß der Versuch der Klarstellung ernst genommen wird.

Ich habe jene Sätze, die so viel Empörung ausgelöst haben, zurückgenommen; ich habe sie ohne Wenn und Aber zurückgenommen. Ich will hier nicht den Versuch unternehmen, sie durch eine rechthaberische Interpretation auf Umwegen wieder ins Leben zurückzuholen.

(Beifall)

Ich habe dieser Zurücknahme mein Bedauern darüber hinzugefügt, daß ich die Gefühle vieler Mitbürger verletzt habe, was niemandes Absicht sein kann. Nur, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, durch eine Wiederholung dieses Bedauerns würde, so fürchte ich, der Ernst meiner Zurücknahme Schaden leiden.

Deshalb bitte ich Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß es nie meine Absicht war, alle deutschen Soldaten, alle Soldaten zu diskriminieren. Ich akzeptiere sehr wohl, daß meine Sätze so gewirkt haben. Der Politiker muß hinnehmen, nicht nur für seine Absichten, sondern auch für die Wirkungen verantwortlich zu sein. Das nehme ich auf meine Verantwortung.

(Beifall)

Ich will hinzufügen, daß es nicht meine Absicht sein konnte, alle Soldaten mit einer Kollektivurteilung zu bedenken. Kollektivurteile stimmen nie. Mein eigener Vater war Soldat. Ich weiß sehr wohl, daß es selbst in Unrechtssystemen noch das Gebot der Pflichterfüllung gibt. Ich leugne nicht - das würde mir auch schlecht anstehen -, daß es auch in einem Unrechtssystem hohe Beispiele soldatischer Uneigennützigkeit gab: der Schutz der Zivilbevölkerung, die Rettung des Kameraden. Niemand würde die Moral einer solchen Leistung in Abrede stellen. Die Tragik und die Schwierigkeit aller Formulierungen liegen darin, daß unser Vaterland in ein Unrechtssystem verstrickt war.

Und, meine Damen und Herren - wenn Sie mir das noch zu sagen gestatten -, es ist schwer - das würde ich, ohne den Anspruch zu erheben, jetzt Lehren weiterzugeben, als eine Erkenntnis der

letzten Wochen und Monate hinnehmen -, Lebensschicksale von Millionen von Menschen in wenige Sätze zusammenfassen, es ist fast aussichtslos, weil es so viele sowohl-als auch, teils-teils, einerseits-andererseits nicht gibt. Aber ich frage Sie - und das ist meine Frage nicht an die Vergangenheit, sondern an unsere Verantwortung und an die Zukunft - : Sollen wir deshalb, weil es so schwer ist und voller Gefahren der Mißverständnisse und, was noch schlimmer ist, der Verletzungen, den Versuch aufgeben, uns über die Vergangenheit klarzuwerden, gerade in einer Partei wie der Christlich Demokratischen Union, die den Begriff der Nation so hochhält, die weiß, daß ein Volk ohne Gedächtnis, ohne Geschichte, den Zusammenhalt verliert? Es gehört, wie ich meine, zu unserer gemeinsamen Selbsterkenntnis, daß diese unsere Nation nicht nur helle, sondern auch sehr dunkle Seiten hat, und ich bin dagegen, die hellen oder die dunklen Seiten zu verdrängen. Ich bin auch dagegen, daß wir versuchen, unsere Vergangenheit zu bewältigen, indem wir uns auf die Suche nach neuen oder alten Sündenböcken begeben, hinter denen sich der Rest der Nation entschuldigen und verstecken kann.

(Beifall)

Aber wenn Nation mehr ist als die Summe von Individuen, dann sind wir auch eine Schicksalsgemeinschaft. Und da haben wir auch aus den schlimmen Blättern unserer Geschichte zu lernen, was sich Menschen alles Schlimmes antun können und daß die Decke der Humanität ganz, ganz dünn ist. Und weil sie so dünn ist, ist es unser Auftrag, dafür zu sorgen, daß niemals mehr totalitäre Versuchungen unser Land überschwemmen, totalitäre Versuchungen, die naturnotwendig in Zwangssystemen landen müssen und die den Rückzug ins Private nicht als Lösung empfehlen.

Meine Damen und Herren, ich kann und will diese Diskussion heute nicht mit Ihnen führen. Lassen Sie mich hier zum Schluß nur eine Bitte aussprechen. Wir werden es - wenn das Wort gestattet ist - in Solidarität, und zwar in einer Solidarität, die über die Parteigrenzen hinausgeht, nur schaffen, wenn das Gespräch über diese unsere Vergangenheit zwischen den Generationen möglich wird. Meine Generation hatte nie die existentiellen Nöte auszustehen wie unsere Väter. Deshalb - auch das eine Erkenntnis - steht uns Selbstgerechtigkeit nicht gut an. Nur, meine Damen und Herren, ich würde unsere Väter auch bitten, in diesem Gespräch nicht eine Empfindlichkeit an den Tag zu legen, die mit dem Satz "Ihr seid nicht dabeigewesen" sozusagen jeden Versuch zur Klärung verhindert.

Ich habe aus Fehlern gelernt, und ich finde, wir sollten trotz der Diskussion in den hinter uns liegenden Wochen den Versuch unternehmen, ohne die Sucht nach Kollektivurteilen weiter gemeinsam über unsere Vergangenheit zu sprechen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben eben die Erklärung von Norbert Blüm gehört. Ich bin gebeten worden, noch ein Wort dazu zu sagen.

Norbert Blüm hat in einer Frage, die er als eine moralische



Frage empfunden hat - und daß sie ihn aufgewühlt hat, haben wir eben bei seiner Erklärung gespürt -, eine falsche Wertung vorgenommen. Er hat sich geirrt, er hat seine Aussage zurückgenommen und sich dafür entschuldigt - was nicht immer vorkommt.

(Beifall)

Ich weiß, daß Herr Lichtenberg dies auch nicht so gemeint hat. Ich finde nur, es gehört auch zur Solidarität, daß wir von einem, der sich entschuldigt hat, nun nicht jeden Tag die Wiederholung dieser Entschuldigung verlangen.

(Beifall)

Wir haben sein Wort auch hier noch einmal gehört. Er ist einer, der an einer für uns nicht immer leichten Front für die CDU Flagge zeigt. Er hat sich in Solidarität entschuldigt, und ich glaube, er hat jetzt Anspruch auf unsere Solidarität, seine Entschuldigung zu akzeptieren und ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Freund Wilhelm aus Rheinland-Pfalz, dann der Abgeordnete Gerster.

Hans Otto Wilhelm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme Ihren medienpolitischen Aussagen, Herr Dr. Geißler, weitgehend zu. Sicher trifft es zu, daß einzelne, aber auch einige Anstalten ihre journalistische Pflicht und ihre Verpflichtung aus den Staatsverträgen unterlaufen, indem sie die Presseerklärungen des Erich-Ollenhauer-Hauses als Maßlatte der Ausgewogenheit mißverstehen. Dies ändert aber an meiner insgesamt positiven Einstellung gegenüber dem öffentlich-rechtlichen System nichts.

Meine Damen und Herren, bei aller verständlichen Verärgerung, die wir zu Hause über einzelne Sendungen und einzelne Journalisten empfinden, dürfen und sollten wir nicht vergessen, daß ARD und ZDF nicht nur aus dem NDR bestehen, daß ARD und ZDF nicht nur aus Herrn Hildebrandt, den "Notizen aus der Provinz" und dem "Kennzeichen D" bestehen, sondern daß ihnen Journalisten, Kameraleute und Techniker angehören, die mit viel Engagement in ihrer schweren Arbeit eine Ausgewogenheit zu erreichen versuchen.

(Beifall)

In der zu Recht zu führenden Diskussion um Entartungen und bisweilen unerträgliche Einseitigkeiten im öffentlich-rechtlichen System - wie z.B. dem Versuch in Bremen - dürfen wir, meine Damen und Herren, aber nicht - und das ist ein großes Anliegen, das ich habe - unsere Sensibilität für Kritik verlieren. Wir müssen uns die Fähigkeit bewahren, zu fragen, ob nicht gelegentlich auch der Kritiker mit seiner Kritik an uns recht haben könnte. Auch das gehört, finde ich zu diesem Dialog mit den Journalisten.

Herr Dr. Geißler, Sie setzen nun auf die freiheitserweiternde Kraft des Wettbewerbs - wie Sie formuliert haben - neuer und alter elektronischer Medien auch in privater Hand. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus Sorge um diese Entwicklung - die Pilot-Projekte sind beschlossen - dazu drei Aspekte ansprechen. Ich halte es nicht unbedingt für freiheitserweiternd, wenn wir zu der Informationsflut, die uns heute schon umgibt - in einzelnen Bereichen unseres Landes können wir sechs Fernseh-

programme und mehr als zehn Rundfunkprogramme sehen bzw. hören -, noch fünf hinzubekommen. Denn Konkurrenz in diesem Bereich führt - dies ist eine Behauptung von mir - automatisch zu einem Qualitätsverlust. Privatrechtliche Systeme können sich nur über Werbung finanzieren, und wenn man über Werbung finanziert, meine Damen und Herren, muß man gängige Programme anbieten. Gängige Programme - und das zeigen alle Infratest-Untersuchungen - sind nun einmal nicht die Runden mit den Journalisten, sondern sind allenfalls Bonanza und das Tegernseer Bauerntheater. Das ist eine Sorge, die wir bei dieser Entwicklung meines Erachtens mitberücksichtigen müssen.

Diese Entwicklung könnte dazu führen, daß das öffentlich-rechtliche System in Konkurrenz zu privaten Systemen zu einem Blinden-Programm werden könnte, und das können wir alle als die Väter des öffentlich-rechtlichen Systems nicht wollen.

Der zweite Aspekt: Die Zahl der Mitarbeiter für Rundfunk und Fernsehen ist begrenzt. 20 000 machen Rundfunk und Fernsehen. Wer soll denn die neuen privaten Systeme machen außer diesen 20 000? Neue Mitarbeiter sind nicht aus dem Boden zu stampfen. Die Mitarbeiter dort würden dieselben sein wie die, die heute die Programme machen - mit allen Vorteilen, aber möglicherweise auch mit allen Nachteilen. Mit der Besetzung von Intendantenposten werden keine Programme gestaltet. In aller Regel machen das nicht die Intendanten, sondern die Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten.

Der dritte Gesichtspunkt ist vielleicht der zentrale: Viele von uns glauben, Ausgewogenheit im Sinne auch der CDU - ich darf dies einmal so sagen, obwohl das ein Widerspruch in sich ist - könnte durch Einführung privater Systeme herbeigeführt werden. Ist dies nicht ein Trugschluß? Vermuten wir nicht, wenn der Verlag X einen privaten Sender betreibt, er würde automatisch die Meinung der CDU vertreten? Oder gibt es nicht andere private Geldgeber, die genauso gut private Systeme finanzieren können, welche nicht auf unserer politischen Linie liegen? Ich bin der Meinung, diejenigen, die Programme machen, sollten überhaupt nicht auf einer politischen Linie liegen, sondern sie sollten ihre journalistische Sorgfaltspflicht erfüllen.

Meine Damen und Herren, diese Sorgen und Bedenken waren für mich Anlaß, hier heraufzugehen. Lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas Provokatives sagen. Wenn wir grundsätzlich zum öffentlich-rechtlichen System stehen - und ich glaube, niemand will daran rütteln -, dann sollten wir aber auch die Vertreter der CDU in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten - Fernsehräte, Rundfunkräte, Verwaltungsräte - bitten, gelegentlich ihre Pflichten ernster zu nehmen, als das bisweilen in der Vergangenheit zu beobachten war.

(Beifall)

Das Tätigsein in Aufsichtsräten von Rundfunk und Fernsehen ist keine Abschiebefunktion für Politiker, die ein bestimmtes Alter erreicht haben. Wir brauchen hier Leute, die mit Mut und Engagement bereit sind, zumindest jede Sitzung zu besuchen und leider Gottes ist dies, wie man allorts feststellen kann, nicht der Fall. Ich möchte als Anregung an den Parteivorstand die Bitte richten, einmal zu untersuchen, was unsere Repräsentanten in den Aufsichtsgremien der Rundfunk-

und Fernsehanstalten geleistet haben und wie oft sie ihre Pflichten nicht erfüllt haben.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich weise darauf hin, daß Probleme, wie sie eben angeschnitten wurden, auf dem Medientag der CDU in Bonn am 8. November weiter diskutiert werden können. Das Wort hat Horst Gerster.

Horst Gerster, Mainz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Generalsekretär Dr. Geißler hat in seinem begeisternden Referat u. a. die Forderung aufgestellt, die Union muß ihr Programm durchsetzen. Diese Forderung wäre mit Sicherheit nicht erhoben worden, wenn es nicht Grund dafür gäbe. Wir haben seit den Wahlen 1976 Erfolge gerade auch in der Entwicklung von Sachprogrammen erzielt, wie z. B. die Erarbeitung des Grundsatzprogramms zeigt, das wir auf diesem Parteitag verabschieden werden. Wir haben auch in der Tagespolitik klare Erfolge erzielt. Wer dies bestreitet, scheint mir nicht auf dem laufenden über das zu sein, was in Bonn und anderswo geschieht.

Dennoch sollte man angesichts jener hier erhobenen Forderung einen kurzen Blick in die Vergangenheit schweifen lassen, um für die Zukunft eine bessere Durchsetzung zu ermöglichen. Ich möchte in diesem Zusammenhang als Beispiel die Familienpolitik ansprechen.

Die Union hat ein klares familienpolitisches Programm entwickelt. Sie hat damit das Thema belegt, das nach meiner Auffassung wie kein anderes unsere Zukunft bestimmen wird.

(Zustimmung)

Sie hat nicht nur erkannt, daß vor allem kinderreiche Familien die Stiefkinder der Gesellschaft sind, daß Kinderreichtum heute nicht Reichtum, sondern Armut bedeutet, sondern sie hat auch Lösungsmöglichkeiten angeboten und politische Zielvorgaben gemacht. Nur wegen der finanziellen Probleme, wegen der Verschuldung gerade des Bundes hat sie aus staatspolitischen Gründen ihre Programmalternativen zunächst in die Schublade gelegt und nicht zu parlamentarischen Initiativen entwickelt, zumindest bis zur Sommerpause. Die linksliberale Koalition in Bonn, für die Familienpolitik in den letzten Jahren ein Fremdwort war, die durch ihren Finanzminister Matthöfer noch vor der Sommerpause glaubte sagen zu sollen, daß der Bundeshaushalt höchstens um 5 bis 6 % steigen könne, hat nach der Sommerpause nicht nur ein Milliardenprogramm vorgelegt, sondern auch familienpolitische Maßnahmen ergriffen. Geld, Verschuldung, Finanzprobleme spielten plötzlich kaum mehr eine Rolle.

Meine Damen und Herren, dieses kleine Beispiel zeigt, in welche Gefahr wir geraten, wenn wir auf der einen Seite aus staatspolitischen Gründen der Regierung, die mit den Steuergeldern mehr als großzügig umgeht, die Staatskasse sanieren wollen und auf der anderen Seite unsere eigene Programmatik darüber vergessen. Lassen Sie mich auf diesen Gesichtspunkt hinweisen. Wir konnten nach der Sommerpause nur auf Vorschläge - auf zwar mangelhafte Vorschläge, aber immerhin Vorschläge - zur Familienpolitik, die die Koalition vorgelegt hatte, reagieren. Wir waren nicht in der Lage, auf diesem zentralen Feld der Unionspolitik selbst Weichen zu stellen.

Die Konsequenz aus diesem Vorgang kann doch nur lauten: Wir müssen unsere eigene Politik gerade im Bereich der Familie unabhängig von derzeitigen Mehrheiten, unabhängig von unserer Rolle als Opposition und unabhängig von taktischen Erwägungen konsequenter, mutiger und klarer vertreten. Liebe Parteifreunde, wir werden es erleben: Wenn die Koalition im Jahre 1980 um ihre Mehrheit bangt, wird sie sich nicht scheuen, Erziehungsgeld und Partnerrente, alte bekannte Forderungen der Union, als ihr Programm durchzusetzen, und zwar ohne jede Rücksicht auf Staatsfinanzen, Wirtschaftslage und Verschuldung des Bundes. Daher sollten wir, ohne nach links und rechts zu blicken, endlich unsere Politik zum Schutz und Ausbau der Familie betreiben. Lange genug haben wir den Mund gespitzt. Ich glaube, jetzt müssen wir handeln.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Freund Erik Blumenfeld aus Hamburg.

Erik Blumenfeld, Hamburg: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Zunächst ein Wort des Dankes an Helmut Kohl und Heiner Geißler für das vor der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit heute gesagte klärende, ja befreiende Wort zur Bundespräsidentenwahl im nächsten Jahr.

(Beifall)

Lange, viel zu lange hat unsere Union es zugelassen, daß in der Öffentlichkeit fälschlicherweise der Eindruck entstehen konnte, als ob wir uns an einem taktischen politischen Spiel der SPD und der FDP beteiligten. Dafür, lieber Heiner Geißler, einen besonderen Dank! Es war notwendig, das heute so zu sagen.

Ein Zweites. Wir in Hamburg sind, ohne daß wir es herbeigewünscht hätten, mitten in die vorderste Front der Auseinandersetzung um die Extremistenfrage hineingestellt.

Das törichte Wort des Herrn Klose, er wolle lieber 20 Kommunisten als Lehrer im öffentlichen Dienst zulassen, als daß 200 000 junge Menschen verunsichert würden, hat uns mitten in eine Auseinandersetzung hineingezwungen, in der wir nicht allein gelassen zu werden hoffen. Denn wir sind ja in Hamburg auf die Straßen gegangen, in die Häuser und Schulen; wir haben eine große Unterschriftenaktion gestartet.

Wir haben dies getan, weil wir glauben - und sicherlich Sie alle mit uns -, daß diese Auseinandersetzung um die Zulassung von Radikalen im öffentlichen Dienst - eine Verfassungsfrage, aber auch eine Frage unseres Selbstverständnisses - politisch ausgetragen werden muß und nicht vor den Gerichten.

Deswegen bitten wir um Ihre Unterstützung. Wir wissen, daß wir nicht alleine stehen, wir wissen, daß es Tausende von verfassungstreuen öffentlichen Bediensteten als unzumutbar empfinden, daß sie jetzt sozusagen mit Kommunisten in einem Dienstverhältnis leben sollen.

( Beifall )

Wir wissen, daß -zig Tausende von Eltern und die große schweigende Mehrheit der jungen Generation auf unserer Seite stehen, wenn wir unseren Standpunkt mit aller Klarheit deutlich machen. Lassen Sie mich als einer von vielen unter uns, der die braune und die rote Diktatur am eigenen Leibe erlebt hat, gerade auch

vor der internationalen Öffentlichkeit ein Wort sagen: Dieses törichte marxistisch-dialektisch angewandte Wort vom Berufsverbot ist zurückzuweisen, denn wir wissen, da wir es am eigenen Leibe erfahren haben, was Berufsverbot wirklich bedeutet.

( Beifall )

Ein Drittes und Letztes. Ich bitte auch um die Solidarität für eine höchst schwierige, bedrohliche Situation in den norddeutschen Küstenländern. In Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, in Bremen und in Hamburg sind Zehntausende von Arbeitsplätzen in akuter Gefahr. Ich spreche von der Schiffbau- und Schifffahrtskrise und der Zulieferindustrie. Meine Freunde, hier geht es nicht nur um die großen Werften, sondern hier geht es um viele Familienbetriebe und kleine mittelständische Unternehmen, die zum Teil für ganze Gemeinden und Städte die Existenz bedeuten. Hier gibt es eine Strukturkrise, wie wir sie in anderen Wirtschaftsbereichen auch haben, aber für diesen norddeutschen Bereich und insbesondere für unsere Freunde in Schleswig-Holstein, die in sechs Monaten vor der Wahl stehen, trifft es ganz besonders zu, daß wir uns solidarisch zu verhalten haben. Es geht auch noch um ein weiteres: Neben den Arbeitsplätzen, neben der Existenzsicherung geht es auch um die Frage, ob wir als Union wissen, was maritime Geltung bedeutet, was Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik bedeuten. Meine Freunde, wir wollen nicht in wenigen Jahren mit schuld sein wie die Bundesregierung, die nichts tut, an einem Untergang eines großen traditionsbewußten Wirtschaftszweiges.

( Beifall )

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank unserem Freund Erik Blumenfeld. Das Wort hat Freund Doppmeier, Westfalen-Lippe, dann Freund Brunstein, Westfalen-Lippe.

Prof. Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die Diskussion heute hier hat deutlich gezeigt, daß wir uns in der Frage einig sind: Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst. In diesem Punkt müssen wir uns aber auch darüber klar sein, daß gerade in den letzten Monaten starke Kräfte in SPD und FDP, unterstützt von engagierten Journalisten in Presse, Funk und Fernsehen und insbesondere mit Begriffen wie "Massenüberprüfungen", "Berufsverbote", "Angstmache" und ähnlichem schon eine erhebliche Verunsicherung junger Leute erreicht haben. Diese Verunsicherung müssen wir ernst nehmen. Vorredner haben schon darauf hingewiesen, daß die Diskussion sehr sensibel - so hat sich Matthias Wissmann ausgedrückt - geführt werden muß. Aus eigenen Erfahrungen und Diskussionen mit jungen Leuten in den letzten Wochen, insbesondere auch mit jüngeren Mitgliedern der Jungen Union und mit Mitgliedern der Schülerunion muß ich Ihnen hier sagen, daß die Verunsicherung schon bis in unsere eigenen Reihen geht. Die jungen Leute fragen besorgt, ob nicht die Überprüfungen so weit gehen, daß Sammeln von Materialien so weit geht, daß derjenige, der sich an einer Demonstration - das war eine konkrete Frage - der Jungen Union für Menschenrechte beteiligt hat, befürchten muß, daß über ihn schon ein Dossier angelegt wird. Das ist ein Punkt, den wir ernst nehmen müssen und der darauf hinweist, daß von uns aus bisher versäumt worden ist, das sogenannte Überprüfungsverfahren offenzulegen, was wirklich Gegenstand der Überprüfung ist. Das scheint mir wichtig zu sein. Ich möchte deshalb von dieser Stelle die Führung der Bundes-CDU, aber vor allen Dingen auch die Ministerpräsidenten der CDU-re-

gierten Länder auffordern, dafür zu sorgen, daß hier mehr Transparenz hinsichtlich des Überprüfungsverfahrens geschaffen wird.

Ein Zweites. Wir alle sind uns darin einig, daß die DKP nach unserer Meinung eine verfassungsfeindliche Partei ist - zum Beispiel die DKP, aber auch andere. Wir laufen aber Gefahr, daß wir von der bisherigen Haltung abgehen müssen, nämlich keinen Verbotantrag zu stellen, um vom Bundesverfassungsgericht einmal die Verfassungsfeindlichkeit feststellen zu lassen, weil wir möchten, daß wir die DKP und auch andere verfassungsfeindliche Parteien auch in Zukunft gewissermaßen in offener Feldschlacht bekämpfen können. Wie lange wir das so durchhalten können, ist sehr fraglich, vor allen Dingen, ob wir es noch sehr lange durchhalten können. Deshalb bitte ich den Bundesvorstand der CDU, einmal sehr sorgfältig zu prüfen, ob es nicht sinnvoll ist, eine Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, die Voraussetzung zu schaffen, daß das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei überprüfen kann, ohne daß gleichzeitig ein Verbotantrag gestellt wird. Dann hätten wir eine wesentlich größere Klarheit auch beim Einstellungsverfahren, insbesondere wenn es um Bewerber geht, die Mitglieder der DKP sind. Wenn wir hier Klarheit schaffen, kommen wir ein wesentliches Stück voran.

( Beifall )

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Freund Doppmeier. Das Wort hat jetzt Freund Brunstein, dann Dr. Langguth.

Josef Brunstein: Meine lieben Parteifreunde, gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen. Ich meine, unser Generalsekretär Heiner Geißler hat heute mit Recht darauf hingewiesen, daß die CDU die soziale und freiheitliche Alternative zum demokratischen Sozialismus sei. Wenn wir uns aber das Erscheinungsbild der CDU in der Öffentlichkeit bei unseren Bürgern ansehen, dann verbindet sich der Begriff Freiheit auf jeden Fall mit der CDU. Die Frage ist nur, ob wir es bisher verstanden haben, auch den sozialen Begriff, die soziale Komponente unserer Alternative unseren Bürgern, den Wählern, so deutlich zu machen. Ich meine, hier wäre noch etwas aufzuholen, hier läge für uns noch eine Chance. Das gleiche gilt auch für die drei Grundwerte, die das Motto unseres Parteitages darstellen. Freiheit erlebt jeder Bürger in unserem Lande, Freiheit hat er. Aber mit den Problemen, die sich aus dem Begriff Solidarität, aus dem Begriff Gerechtigkeit ergeben, muß sich der einzelne Bürger in allen seinen Lebensbereichen tagtäglich neu auseinandersetzen. Hier herrscht die allgemeine Meinung, daß es um die Solidarität, um die Gerechtigkeit bei der SPD besser bestellt sei als bei der CDU. Ich meine, wir sollten alle Anstrengungen unternehmen, damit wir zumindest die Gleichwertigkeit dieser Begriffe auch in der öffentlichen Argumentation herstellen.

Gestatten Sie mir noch eine abschließende Bemerkung. Nach unserem Programm und nach unserer Zielsetzung sind wir eine Volkspartei, die sich an alle Schichten und Gruppen unseres Volkes wendet. Heute morgen habe ich in der Zeitung "Mannheimer Morgen" ein Interview gelesen, das unser Herr Bundesvorsitzender gegeben hat. Mit Erstaunen habe ich dort festgestellt, daß er sich bei der Frage des möglichen Zugewinns neuer Wählergruppen dahingehend geäußert hat, diese lägen bei der FDP und bei den Aufsteigergruppen, die bisher SPD gewählt haben.

Ich bitte unseren Bundesvorsitzenden recht herzlich, hier vor diesem Forum ein klärendes Wort zu sagen. Denn es kann doch nicht sein, daß wir bestimmte Gruppen unserer Bevölkerung aus unserer Zielansprache ausschließen wollen. Es könnte uns sonst unterstellt werden, den Arbeiter, der keine Aufstiegschancen hat, der seine Arbeit treu und brav verrichtet, den Angestellten und Beamten in den unteren Vergütungsgruppen - nicht alle haben Aufstiegsmöglichkeiten - nicht als Wähler und erst recht nicht als Mitglied bei uns haben zu wollen. Ein solcher Eindruck darf nicht entstehen

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich komme jetzt zum Aufruf des letzten Diskussionsredners. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß damit die Tagesordnung für heute nachmittag aber noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben dann noch den Tagesordnungspunkt 11 und einige wichtige geschäftsleitende Formalitäten zu erledigen. Ich wäre Ihnen also sehr dankbar, wenn Sie auch den Abschluß der Diskussion noch diszipliniert bis zum Schluß der Sitzung ausharren. - Herzlichen Dank.

Das Wort hat Herr Dr. Langguth.

Dr. Gerd Langguth, Esslingen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe aufmerksam die Diskussion zur Frage der Situation der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt. Bei der Betrachtung der Situation der jungen Generation wende ich mich sowohl gegen eine Rotmalerei wie gegen eine Schwarzmalerei. Aber es muß uns schon nachdenklich stimmen, wenn beispielsweise die Meinungsforscherin Noelle-Neumann innerhalb der Studentenschaft - das wurde ja vorhin vom RCDS-Bundesvorsitzenden angesprochen - eine Umfrage gemacht hat, nach der 32% der bundesdeutschen Studenten bereit sind, Gewalt gegen Sachen anzuwenden, davon 6 %, die auch bereit sind, Gewalt gegen Personen anzuwenden. Das Ergebnis dieser Umfrage bedeutet nicht, daß diese 32 % der bundesdeutschen Studenten bereit wären, etwa selber Gewalt anzuwenden, aber es zeigt doch, daß bestimmte Theorien offensichtlich in der jungen Generation zumindest soviel an Boden gewonnen haben, daß diese Theorien der strukturellen Gewalt akzeptiert werden. Dem aber müssen wir entgegenwirken.

(Beifall)

Nach der gleichen Umfrage halten 61 % der bundesdeutschen Studenten den Kommunismus von der Idee her für gut, nur nicht die praktische Ausführung. Wir als Partei müssen uns hier die Frage stellen, was wir in der Vergangenheit eigentlich getan haben, um die kritischen Fragen der jungen Generation nach den geistigen Grundlagen unserer Demokratie zu beantworten. Auch müssen wir uns, meine lieben Parteifreunde, fragen, was wir zur positiven Darstellung unserer Demokratie getan haben. Von daher will ich ein Wort zum Grundsatzprogramm sagen. Ich habe manchmal so den Eindruck, als sei der eine oder andere - vielleicht ich auch - hierher gefahren unter dem Motto: Jetzt wollen wir dieses Grundsatzprogramm verabschieden, damit wir es endlich weg haben. Ich bin dafür, mit diesem Grundsatzprogramm zu arbeiten, weil wir nur mit einer verstärkten Grundwertediskussion auch in der jungen Generation Unterstützung für unsere Ziele finden. Die junge Generation steht hinter dieser Demo-

kratie. Ob sie aber bereit ist, sich in dem wünschenswerten Maße für diese Demokratie einzusetzen, da habe ich enorme Zweifel.

Verhängnisvoll sind in diesem Zusammenhang Äußerungen der SPD, die in allen Bundesländern Anfragen gestellt hat, ob es an unseren Hochschulen Schnüffelei gebe. Wer wider besseres Wissen durch solche Anfragen Verdächtigungen in die Welt setzt, schadet dem Ansehen unserer Demokratie in unserer jungen Generation.

(Beifall)

Ich kann verstehen, daß gerade die junge Generation außerordentlich sensibel ist gegenüber vermuteten Grundrechtsverletzungen. Gerade deshalb hat auch die SPD ein besonderes Maß an Verantwortung gegenüber unserer Demokratie.

Einen Punkt will ich hier noch ansprechen. Wir machen häufig den Fehler, vom sogenannten Radikalenerlaß zu sprechen. Meine Damen und Herren, Politik ist Auseinandersetzung um Begriffe. Wenn ich vom Sinn des lateinischen Wortes für "radikal" ausgehe - an die Wurzel der Dinge gehen -, sind wir als Christdemokraten, würde ich sagen, Radikale im besten Sinne des Wortes, weil wir die Dinge hinterfragen und sie nicht einfach ideologisch stehenlassen wollen. Aber wir sollten die Dinge klar beim Namen nennen. Hier geht es darum, sich gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst zu wenden. Wenn wir das klar sagen, fassen wir, glaube ich, das Problem sehr viel konkreter an. Ich habe vorhin von der Hochschulsituation gesprochen, davon, daß sich an unseren Hochschulen eine Art Subkultur mit eigenen Normen und Werten etabliert hat. Wir müssen uns fragen, ob alles getan wurde, um auch in diesem Bereich politisch offensiv unsere Position zu vertreten. Gestatten Sie mir hier auch einmal ein Wort des Dankes an unseren Parteivorsitzenden. Er hat an unseren Hochschulen die Position der CDU schon zu Zeiten vertreten, als es noch nicht üblich war, an die Hochschulen zu gehen.

(Beifall)

Ich sage dies deshalb, weil die CDU die einzige Partei ist, die durch eine bundesweite Aktion in Verbindung mit dem RCDS dafür gesorgt hat, daß unsere Position dort überhaupt zum Ausdruck gekommen ist. Aber wir müssen uns fragen, ob wirklich schon alles getan worden ist.

Abschließend - meine Redezeit ist abgelaufen - möchte ich die Frage stellen: Haben wir alles getan, um die studentische Protestbewegung, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre entstanden ist, zu verstehen und um den Ursachen der Vereinsamung der jungen Menschen zu begegnen? Ich habe da Zweifel. Von daher rufe ich auf zu einer Aufarbeitung der Gründe, die zu dieser Protestbewegung geführt haben.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Langguth. Das Wort hat der Herr Bundesvorsitzende.



Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU; Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich bin gerade von unserem Freund Brunstein angesprochen worden. Lassen Sie mich mit zwei, drei Sätzen darauf antworten.

Herr Brunstein, wenn Sie das Interview lesen, werden Sie feststellen, daß es zwischen uns überhaupt keine Differenz gibt. Denn ich habe da nur Sachverhalte festgestellt, die ganz unstrittig sind. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir bei der Bundestagswahl 48,6 % der Stimmen hatten, das zweithöchste Wahlergebnis in der parlamentarischen Geschichte, und daß die Erfahrungen dieser Bundestagswahl und der folgenden Landtagswahlen deutlich gemacht haben, daß - um es einmal salopp auszudrücken - rechts von der CDU keine Stimmen zu gewinnen sind. Das bedeutet, daß wir in der Mitte des Spektrums, wenn man einmal die Begriffe rechts, links und Mitte in der alten Weise zugrunde legt, was problematisch ist - Kurt Biedenkopf hat mit seinem Einwand völlig recht, den er in seinem Diskussionsbeitrag heute mittag vorgebracht hat -, sozusagen als Arbeitsgrundlage, Stimmen dazugewinnen müssen. Die aber, meine Damen und Herren, sind nur bei der SPD und bei der FDP zu holen. Das muß doch unser Ziel sein. Und das Programm, das wir morgen und übermorgen verabschieden, ist doch ein Programm der politischen Mitte, das die junge Generation, die Frauen, die Arbeitnehmer, die freien Berufe ansprechen soll.

(Beifall)

Aus allen Erfahrungen wissen wir, Herr Brunstein, daß es innerhalb der Sozialdemokratie und ihrer traditionellen Wählerschaft - das können Sie hier in der alten sozialdemokratischen Hochburg Ludwigshafen mit Händen greifen - eine Gruppe gibt, Facharbeiter und Aufsteiger aus dieser Facharbeiterschaft, die - wenn überhaupt - am ehesten für uns ansprechbar ist. Ich meine, es ist des Schweißes der Edlen wert, daß wir in der personalen Aussage unserer Kandidaten und im überzeugenden Sachangebot der Politik, die wir vortragen, auch für solche Wähler interessant und wichtig werden.

Ich persönlich bin beispielsweise der Auffassung, daß in einer freiheitlichen, liberalen, toleranten, aber in der Essenz des Verfassungsmäßigen unterschiedenen Politik gegen Verfassungsfeinde traditionell sozialdemokratische Wähler ansprechbar sind. Ich kann nur sagen: Ich bin in den vergangenen Jahren vielen organisierten Gewerkschaftlern begegnet, die traditionell SPD wählten, die gar nichts mit den Kommunisten im Sinn haben. Wenn nun ihre Partei aus Gründen der Kniebeuge vor den Linken in der eigenen Partei dorthin abdriftet, sollten wir alles versuchen, diese Wähler für uns zu gewinnen. Darum geht es, um nichts anderes.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich danke dem Herrn Bundesvorsitzenden und bitte jetzt noch um drei Minuten Aufmerksamkeit. Wir müssen noch den Punkt 11 der Tagesordnung, Bericht der Mandatsprüfungskommission, abwickeln.

Das ist in drei Minuten geschehen. Ich bitte den Vorsitzenden, Herrn Böckmann, um den Bericht.

Kurt Böckmann, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident!  
Meine Damen und Herren! Dem Parteitag gehören insgesamt 751  
voll stimmberechtigte Delegierte an. Um 17 Uhr waren 733 an-  
wesend.

(Beifall)

Die 30 nicht vollstimmberechtigten Delegierten der Exil-CDU  
sind vollzählig anwesend.

(Beifall)

Der Parteitag ist damit beschlußfähig.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke der Mandats-  
prüfungskommission und ihrem Vorsitzenden.

Ich weise darauf hin, daß die Frist zur Abgabe der Anträge zu  
den Abschnitten 3 und 4 morgen früh um 11 Uhr endet. Die Mit-  
glieder der Antragskommission und des Tagungspräsidiums tref-  
fen sich in Abänderung des bisher Gesagten um 21 Uhr im Zimmer  
der Antragskommission.

Bevor ich diese Sitzung schließe, darf ich Sie, meine Damen  
und Herren, jetzt alle zum Rheinland-Pfalz-Abend in der Leicht-  
bauhalle nebenan einladen. Er beginnt um halb acht.

Die nächste Sitzung berufe ich auf morgen, 9 Uhr, ein.  
Diese Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 19.23 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag  
Dienstag, 24. Oktober 1978  
3. Plenärsitzung  
Beginn: 9.23 Uhr

Frau Dr. Ursula Besser, Tagungspräsidium: Meine Freunde! Ich eröffne die heutige Sitzung des Bundesparteitages. Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich um 9.30 Uhr im Besprechungsraum hinter der Bühne einzufinden.

Ich habe zunächst die Freude, unseren Freund Horst Leichtenberger, den Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Evangelischen Arbeitnehmerverbände, herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Ich habe eine zweite angenehme Aufgabe, nämlich unserem Freunde Ulrich Berger heute zu seinem 57. Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr. Für denjenigen, für den es in so großer Kreise beginnt, kann es eigentlich nur lauter Erfolge bringen. Sodann möchte ich in Ihrer aller Namen ganz herzlich für den Abend danken, den wir gestern als Rheinland-Pfalz-Abend erleben durften.

(Beifall)

Das war ein Abend, wie er der Pfalz entspricht: lebendig, voll menschlicher Nähe, mit hervorragenden Weinen und Bieren bei ausgezeichnete Küche, wo alles ganz dicht aneinanderrückt, Lücken und Untiefen mit Erfolg überbrückt, haltbar und für viele Stunden, wo scheinbar unlösbare Probleme sich perlend auflösen, ein Abend mit Politik, voller Politik und für die Politik, ein Abend für den wir von ganzem Herzen allen Pfälzern und ihrem Ministerpräsidenten, Dr. Bernhard Vogel, der als Tagungspräsident diesem Parteitag vorsitzt, herzlich danken.

(Beifall)

Ich möchte nunmehr auswärtige Gäste ganz herzlich begrüßen, die ein Grußwort an uns richten werden. Zunächst begrüße ich Herrn Dr. Rafael Arias-Salgado, den Generalsekretär unserer spanischen Partnerpartei, der Union de Centro Democratico. Herr Dr. Arias-Salgado ist während des gerade zu Ende gegangenen ersten Kongresses der Partei vom 19. bis zum 21. Oktober zum Generalsekretär gewählt worden. Wir wünschen ihm herzlich Glück und Erfolg in diesem Amt.

(Beifall)

Wir möchten Herrn Dr. Arias-Salgado auch einen herzlichen Glückwunsch für den Präsidenten Suarez für den ungewöhnlich erfolgreichen Verlauf des Kongresses sowie alle guten Wünsche für die weitere Entwicklung der UCD mit auf den Weg geben. Wir hoffen auf eine enge Zusammenarbeit mit der CDU. Ich erteile Herrn Dr. Rafael Arias-Salgado das Wort für ein Großwort.

Dr. Rafael Arias-Salgado (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe deutsche Freunde der CDU! Zunächst einmal möchte ich ganz kurz darüber reflektieren, warum die Unión de Centre Democrático auf dem Parteitag der CDU vertreten ist. Ich glaube, unsere Präsenz hier ist darauf zurückzuführen, daß zwischen uns enge Bande der Solidarität und darüber hinaus eine Kooperation aus den verschiedensten Gründen bestehen. Beides - die Solidarität und die Kooperation - muß meiner Ansicht nach in der Zukunft weitergeführt werden.

(Beifall)

Dieser Solidarität und dieser Kooperation kommt ein ideologischer Inhalt zu, der mit den drei Worten gekennzeichnet werden kann, die gleichzeitig das Leitwort Ihres Parteitages sind. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Ich glaube, daß diese drei Werte nur auf der Grundlage einer demokratischen Perspektive richtig verstanden werden können. Sie müssen sich auf der Basis des Humanismus christlicher Inspiration und des Pluralismus des Lebens der Gesellschaft und der Kultur entwickeln.

Wir müssen daran denken, diesen drei Begriffen einen progressiven Inhalt zu geben. Vor allen Dingen für mein Land ist es sehr wesentlich, daß wir Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit durchsetzen. Mit diesen drei Begriffen können wir auch mit Erfolg gegen die Sozialisten und Marxisten kämpfen, die versuchen, die individuelle Freiheit und unsere Grundwerte, die wir zu verteidigen versuchen, zu ersticken. Ich möchte also nochmals unterstreichen, daß wir diesen drei Begriffen einen echten Inhalt geben müssen.

Diese drei Begriffe sind ganz besonders auch beim Aufbau Europas wichtig. Auch daran müssen wir uns erinnern. Wir dürfen nicht vergessen, daß auf Europa auch kulturelle Aspekte zukommen, auf die wir niemals verzichten dürfen.

Ich weiß, daß die CDU einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und zum Aufbau Europas geleistet hat. Ich möchte an dieser Stelle unsere Anerkennung für diese Leistung aussprechen.

Gleichzeitig möchte ich unterstreichen, daß meine Partei, die UCD, den vollen Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft anstrebt.

(Beifall)

Spanien befindet sich auf dem Wege zur Demokratie, und Spanien befindet sich auf dem Wege zu Europa. Das sind für uns zwei Aspekte ein und derselben Realität. In Spanien ist die Konsolidierung der Demokratie nur möglich, wenn uns die europäischen Mitgliedstaaten den Beitritt in die Gemeinschaft erleichtern. Viele Jahre der Geschichte unseres Landes haben wir gegen die Diktatur gekämpft, und damals war die Integration in die Europäische Gemeinschaft nicht möglich. Jetzt, da wir eine ganze Reihe von öffentlichen demokratischen Freiheiten in unserem Lande durchgesetzt haben, sollten uns auf unserem Weg in Richtung auf Europa keine Hindernisse geschaffen werden. Ich glaube, daß jede Verzögerung, ich glaube, daß jedes oberflächliche Problem, das sich dem Beitritt in den Weg stellt, zu einer Frustration in der Bevölkerung führen würde und dazu beitragen könnte, daß die Demokratie in Spanien scheitert.

Wir streben die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft an, und ich glaube, Sie sollten sich auch vor Augen

führen, daß die Kultur Europas ohne die Kultur Spaniens undenkbar ist.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang dürfen Sie nicht vergessen, daß Spanien seine Kultur einem ganzen Kontinent gebracht hat. Heute sprechen 300 Millionen Menschen in der Welt unsere Sprache. Gleichzeitig möchte ich erwähnen, daß Spanien sowohl zum Mittelmeer als auch zum Atlantik ausgerichtet ist. Ich glaube, auf Grund dieser geostrategischen Position ist Spanien auch für die Verteidigung Europas unerlässlich.

(Beifall)

Abschließend möchte ich Euch ganz herzlich für diese Einladung danken. Ich möchte Ihnen danken für die Hilfe und die Unterstützung, die die UCD erfährt. Ich möchte für die Ehre danken, daß ich mich heute an Sie wenden darf. Ich habe bemerkt, daß die Sitzung heute morgen etwas spät begonnen hat, und deshalb will ich mich kurz fassen. Ich möchte aber nicht vergessen, Sie nochmals ganz herzlich zu begrüßen, in meinem eigenen Namen, im Namen des Präsidenten Suarez,

(Beifall)

und im Namen der UCD, meiner Partei, die in Spanien die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verteidigt. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Ursula Besser, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Arias-Salgado. Wir teilen die Auffassung, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, über die außerordentliche Bedeutung des Beitrags, den Spanien zum Aufbau Europas geleistet hat, und Sie können sicher sein, daß wir alles daransetzen werden, Sie in Ihren Bemühungen zu unterstützen und Ihnen bei der Lösung Ihrer parteipolitischen Aufgaben zu helfen, soweit man das von außen kann.

Im übrigen ist es richtig: wir haben verspätet begonnen. Es gibt heute morgen, wie Sie wissen, rundum Nebel, und es hat eine Reihe von Unfällen gegeben. Aber wir werden Klarheit hineinbringen, und dann wird der Tag wieder heller werden.

Ich darf nunmehr Mr. Barney Hayhoe bitten, sein Grußwort an uns zu sprechen. Mr. Barney Hayhoe ist stellvertretender Vorsitzender des Overseas Committee der Konservativen Partei von Großbritannien und Sprecher der Partei für arbeitspolitische Fragen. Wir möchten auch ihm herzlich Glück wünschen für die machtvolle Demonstration der Stärke unserer Partnerpartei in Großbritannien während des Parteikongresses in Brighton vom 12. bis 14. Oktober und ihm allen Erfolg für die mit Sicherheit im kommenden Jahr stattfindenden Unterhauswahlen wünschen.

(Beifall)

Die britischen Konservativen sind einer unserer großen traditionellen Partner in Europa, sie sind die britische Partei für Europa.

Ich erteile Mr. Barney Hayhoe das Wort.

Barney Hayhoe (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß seit mehr als 25 Jahren die europäische Sache eine der wichtigsten Zielsetzungen meiner politischen Arbeit ist. Und wenn ich mich hier umsehe und die Bilder an beiden Seiten dieses Saales betrachte, dann sehe ich, worum es geht, und ich möchte Ihnen sagen, daß die Partei Churchills der Partei Adenauers die herzlichsten und brüderlichsten Grüße überbringt.

(Beifall)

Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, die Ideale dieser beiden Staatsmänner am Leben zu erhalten. Wie Sie wissen, führt Mrs. Thatcher unsere Partei. Wie leid tut es mir, daß ich noch nicht von der Premierministerin Thatcher sprechen kann! Aber es besteht kein Zweifel, daß wir fest entschlossen sind, die nächsten allgemeinen Wahlen zu gewinnen, wann immer sie stattfinden.

(Beifall)

Sie dürfen nicht alles glauben, was Sie in den Zeitungen zu diesem Thema lesen. Auf Ihrem letzten Parteitag hat Margaret Thatcher sich direkt an Sie gewandt. Diesmal hat sie mich gebeten, ihre persönlichen, ihre herzlichsten, ihre aufrichtigen Glückwünsche und besten Grüße zu überbringen. Wir, die britischen Konservativen, messen der engen und wachsenden Zusammenarbeit mit der CDU sehr große Bedeutung bei, und ich glaube, daß dieser Kooperation noch mehr Bedeutung zukommt angesichts der Direktwahlen, die bald stattfinden werden. Erlauben Sie mir, das Engagement meiner Partei in Sachen europäische Einigung zu unterstreichen. Ich bedaure nur, daß die Stimmen der antieuropäischen Labour-Minister in der britischen Regierung immer lauter und schriller werden, während die Stimmen der proeuropäischen Labour-Minister immer leiser werden und immer weniger gehört werden. Natürlich ist die Zusammenarbeit zwischen den britischen Konservativen und der deutschen CDU nicht der einzige Faktor, der zum Aufbau Europas beiträgt, eines Europa, das wir alle wünschen, eines Europa, das basieren muß auf demokratischer Freiheit, auf individueller Freiheit, auf sozialer Gerechtigkeit, auf der christlichen Auffassung von der Würde und dem Wert des Menschen, wobei der Verwurzelung in einer stabilen Familie ganz besondere Bedeutung zukommt.

(Beifall)

Aber dennoch glaube ich, daß bei der Gestaltung Europas der Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien und der gegenseitigen Achtung ein ganz besonders hoher Stellenwert zukommt. In diesem Sinne, Herr Vorsitzender, möchte ich wünschen, daß sich diese Zusammenarbeit weiterentwickeln und daß sie gedeihen möge.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Ursula Besser, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mr. Hayhoe, für dieses Grußwort, vielen Dank für die Grüße, die Sie uns von Mrs. Thatcher überbracht haben. Wir bitten Sie, Mrs. Thatcher die herzlichsten Grüße dieses Parteitages zu überbringen, verbunden mit unserem Wunsch, daß sie so bald wie möglich als Frau an der Spitze Großbritanniens stehen möge. Wie selbstverständlich Partnerschaft bei unseren Parteien ist, ergibt sich schon daraus, daß Sie mich mit "Mister President" ansprechen. Sehen Sie: ohne viele Worte weitestgehende Partnerschaft von Mann und Frau in der Politik! Mehr kann man nicht verlangen. - Nochmals recht herzlichen Dank und viele Grüße!

Wir kommen nun zu dem zentralen Punkt unserer Tagesordnung, der Beratung des Grundsatzprogramms. Wir werden auf diesem Parteitag als Abschluß langer und sehr sorgfältiger Beratungen in allen Gliederungen der Partei unser Grundsatzprogramm verabschieden und damit ein Zeichen für die Zukunft nicht nur unserer Partei, sondern weit darüber hinaus in der Politik setzen. Zur Einführung in die Beratungen des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm erteile ich das Wort dem Generalsekretär Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die bevorstehende Verabschiedung des Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ist ein großes Ereignis in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union. Ich möchte den Männern und Frauen danken, die in siebenjähriger Vorarbeit die Grundlage dafür gelegt haben, daß wir seit über zwei Jahren in der Lage waren, in einer ausführlichen intensiven Diskussion des ersten Entwurfes und des zweiten Entwurfes, heute zu einer abschließenden Beratung zu kommen. Ich nenne hier an erster Stelle den Vorsitzenden der ersten Grundsatzprogrammkommission, unseren Freund Dr. Richard von Weizsäcker.

(Lebhafter Beifall)

Weitere Mitglieder dieser Kommission waren

Dr. Ernst Albrecht,

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm,

(Beifall)

Professor Dr. Heinz Buchheim.

(Beifall)

- Darf ich vorschlagen, daß der Beifall, der bis jetzt allen gegeben worden ist, die genannt worden sind, in gleicher Stärke auch für die gilt, die ich jetzt im nachhinein vorsehe? Einverstanden? Der nächste bin nämlich ich. -

(Heiterkeit und Beifall)

Dann Kollege Albrecht Hasinger,

(Beifall)

Dr. Bruno Heck, Professor Dr. Wilhelm Kewenig, Dr. Gerd Langguth, Dr. Hanna Renate Laurien,

(Beifall)

Professor Dr. Paul Mikat, Anton Pfeifer, Dr. Manfred Schäfer,  
Dr. Christian Schwarz-Schilling und Wulf Schönbohm.

(Beifall)

Mitglieder der zweiten Kommission, die die Vorlage für den Bundesvorstand erarbeitet hat, waren neben dem Generalsekretär Dr. Norbert Blüm, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Dr. Gerhard Stoltenberg und Dr. Richard von Weizsäcker.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die Einleitung zum Protokoll des ersten Parteitages der Christlich Demokratischen Union vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar beginnt mit diesen Sätzen: Heute, da die Idee der Christlich Demokratischen Union zu einem festen Begriff in der deutschen und internationalen Politik geworden ist, denken nur noch wenige daran, welch eine ungeheure Aufgabe es war, den Grundsatz durchzusetzen, daß alle echte Politik nur aus festen weltanschaulichen Grundsätzen betrieben werden kann, wenn sie nicht im Weg und in den Zielen irren will. Allzu lange hatte die pervertierte Auffassung des Wortes "Religion ist Privatsache" nicht nur das Christentum aus dem öffentlichen Leben verdrängt, sondern auch den Christen den Mut genommen, sich bei der Politik auf das Christentum zu berufen. Es bedurfte erst der furchtbaren Lehre einer antichristlichen Diktatur und eines unmenschlichen Krieges, um zu erweisen, wie unentbehrlich das Christentum auch in der staatlichen Gemeinschaft ist.

Konrad Adenauer faßte in seinem Vorwort zum Protokoll die Bedeutung dieses Parteitages in einem Satz zusammen: Goslar war die Besinnung auf die Grundsätze und Ideale unserer Partei.

Diese Sätze widerlegen auch das Fehlurteil, die CDU habe sich in ihrem Handeln und Denken auf einen Tagespragmatismus beschränkt. Heute, wo wir das erste geschriebene Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union beraten und beschließen werden, ist es unsere Pflicht, diesem Fehlurteil entgegenzutreten. Es ist auch deshalb unsere Pflicht, weil dieses Fehlurteil in der Vergangenheit selbst in unser eigenes Denken eingesickert war.

Die Ideen, die dem Handeln der CDU seit 1945 die Impulse gaben, sind nicht verschüttet. Das Grundsatzprogramm ist deshalb Dokument einer grundlegenden geistigen Erneuerung der CDU in der Opposition. Meine lieben Parteifreunde, als wir 1969 in die Opposition gingen, haben uns alle einschließlich weiter Teile der deutschen Publizistik den baldigen Verfall vorausgesagt. Damals bekannte sich 290 000 eingeschriebene Mitglieder zu uns. Jetzt ist es nur noch eine Frage von Monaten, bis es 700 000 Mitglieder sein werden.

(Beifall)

Kein politischer oder gesellschaftlicher Verband in der Bundesrepublik Deutschland hat seit den 50er Jahren einen vergleichbaren Zuwachs erlebt. Diese neuen Mitglieder konnten wir nicht mit Ämtern locken. Sie sind aus Überzeugung zu uns gekommen. Unsere Attraktivität und unsere Integrationskraft besteht in geistiger Offenheit. Das Angebot, an der Erneuerung mitzuwir-



ken, wurde von den Bürgern verstanden und angenommen. Darauf kann diese Partei stolz sein.

(Beifall)

Nun erleben wir seit einigen Jahren in Deutschland, in Europa, weltweit eine Renaissance der alten Ideologien. Dies geschieht, obwohl diese Ideologien jegliche Orientierungskraft für Gegenwart und Zukunft verloren haben. Die Erklärung der heutigen Konflikte und Probleme an Hand der Begriffe Marxismus oder Sozialismus und Kapitalismus im Sinne von links und rechts, von fortschrittlich und reaktionär, vom unüberwindlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit sind untauglich, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten.

Der Marxismus schweigt auf die Frage, wie menschlicher Fortschritt künftig möglich ist. Er behauptet nur noch, daß er möglich sei, wenn die bestehenden Ordnungen beseitigt würden und sein System errichtet werde. Diese Behauptung ist mit Argumenten der Vernunft nicht nachprüfbar und durch die Existenz kommunistischer, marxistischer Zwangssysteme praktisch widerlegt.

Der Kapitalismus auf der anderen Seite schweigt auf die Frage nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage. Diese Theorien des Materialismus vermögen niemanden mehr zu überzeugen; man kann nur noch an sie glauben.

Dieses Paradoxon, daß die materialistischen Ideologien des 19. Jahrhunderts für Gegenwart und Zukunft mit Mitteln der Vernunft nicht mehr nachvollziehbar sind, daß an sie geglaubt werden muß, ist jedoch gerade der Schlüssel für die Faszinationskraft, die sie dennoch ausüben. Sie geben zwar eine falsche, aber eine totale Antwort auf die Sinnfrage für den einzelnen und die Welt. Nicht als eine politische Theorie, die vernünftig begründet ist, sondern als ein Glaubensangebot sind sie interessant geworden.

Welche Antwort aber geben wir auf die Herausforderung durch totalitäre Ideologien? Wir geben nicht die Antwort einer ebenso totalitären Gegenideologie. Wir brauchen aber eine politische Philosophie, die den Menschen Hoffnung gibt. Die einzige Antwort, die ich unter den geschichtlichen Bedingungen sehe, unter denen wir leben, ist die christliche Antwort. Es ist die totale Menschlichkeit des Christentums. Denn das Christentum ist die einzige existierende Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne den Menschen zu unterwerfen. Es ist die Idee seiner angeborenen Würde als von Gott geschaffene Person. Es ist die Idee des zur Freiheit geschaffenen Menschen, der seine Freiheit verantworten muß. Es ist die Idee der Einzigartigkeit der Person, die dennoch Gemeinschaft braucht und der Gemeinschaft verpflichtet ist. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die den Materialismus marxistischer wie kapitalistischer Art überwindet.

(Beifall)

Die Faszination dieser Idee wird sich als ungebrochen erweisen, wenn wir nur selber den Mut aufbringen, mehr als halbherzig dafür einzutreten. Sie vermag es, selbst jene zu erreichen, die keine Christen sind. Zum Christen gehört der Glaube. Die vollkommene Humanität des christlichen Menschenbildes aber ist auch außerhalb des Glaubens mit der Vernunft erfaßbar und in ihrer realistischen Vernünftigkeit überzeugend.

(Beifall)

Deswegen ist die zentrale Aussage unseres Grundsatzprogramms - auch für jene, die nicht Christen sind -, der Satz zu Beginn der Präambel: Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Dieser Satz ist der Kern unserer gemeinsamen Überzeugung; er bezeichnet die einigende Kraft, welche die Identität dieser Partei ausmacht.

(Beifall)

Die Tatsache, daß der Entwurf des Grundsatzprogramms von unserem Menschenverständnis ausgeht, ist eine Herausforderung für alle politischen Doktrinen, bei denen das System wichtiger ist als der Mensch.

Warum äußert sich das Godesberger Programm der SPD nicht zu einem die eigene Politik erklärenden Menschenbild? Warum äußert sich der Orientierungsrahmen '85 der SPD zu welt- und wirtschaftspolitischen "Bedingungen und Bezugsrahmen" und zur "Rolle des Staates", aber nicht zum Menschenverständnis? Es ist klar: Weil der Versuch, zwischen Christen, klassischen Humanisten einerseits und Marxisten andererseits, Einigkeit über das Menschenbild zu erzielen, wegen des immanenten Widerspruchs dieses Versuchs scheitern muß, weil er diese Partei zerreißen würde.

Die gesamte politische Philosophie Europas, vom griechischen Humanismus eines Aristoteles über die christlichen Naturrechtsphilosophie des Augustin, des Thomas von Aquin bis hin zur empirischen Philosophie des John Locke und des Montesquieu, stellte das Konzept des Menschen und seiner Wertorientierung vor Staat und Gesellschaft.

(Beifall)

Sie versuchte vielmehr, aus dem Menschenbild eine humane Form für Staat und Gesellschaft zu entwerfen.

Mit dieser Humanistischen Tradition brach erst die Philosophie Hegels. Nach ihr verläuft die Geschichte auf ein Ziel zu: die vollkommene Verwirklichung des objektiven Geistes in der Gestalt des Staates. Der Mensch wird zum bloßen Teil des Staates, personale Einzigartigkeit wird ihm abgesprochen, wird auf den Staat übertragen.

Diese Philosophie Hegels prägte in Deutschland den Zeitgeist des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts. Von Hegel spannt sich ein Bogen deutschen Staatsdenkens bis zur Staatsphilosophie Carl Schmitts in den 20er Jahren, der keine dem Staat vorgegebenen Werte mehr anerkannte und der damit totaler staatlicher Willkür im voraus die theoretische Rechtfertigung geliefert hat.

Hier liegt die geistige Wurzel für einen deutschen Staat, der bei allen unbestrittenen Leistungen doch seinen Bürgern fremd blieb, weil er sich verabsolutierte, der seinen Bürgern fremd blieb, weil er in ihnen Untertanen sah, in dem man Mensch erst wurde als Amtsperson, wie uns die Carl Zuckmayer in der tragikomischen Figur des "Hauptmann von Köpenick" vor Augen geführt hat.

Von Hegel aus spannt sich jedoch ein zweiter Bogen politischer Ideologie über Marx zu Lenin, in der an die Stelle des Obrigkeitsstaates das totale Gesellschaftssystem tritt. Das parteiische Ziel eines sozialistischen Weges in eine kommunistische

tische Gesellschaft wird unter Berufung auf Hegels Lehre vom objektiven Geist als geschichtlich notwendig und zwangsläufig ausgegeben - und am Ende brutal verwirklicht.

Das Grundgesetz erst brachte nach der Katastrophe die Umkehr im politischen Denken. Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Verantwortung des Menschen vor Gott, die rechtlich zwingende Verankerung der Menschenwürde und der Grundrechte an der Spitze der Verfassung sind die eigentliche bahnbrechende Neuerung und Leistung dieser Verfassung. In der Reichsverfassung von 1871 kamen Grundrechte nicht vor. In der Verfassung der Weimarer Republik waren Grundrechte genannt, sie waren jedoch rechtlich unverbindlich, waren positivistischer Beliebigkeit anheim gegeben.

Daß das Grundgesetz mit Menschenbild und Menschenrecht beginnt, bedeutet deshalb keinen gliederungsmäßigen Aufbau, der zufällig geschah, den man so oder anders hätte machen können. Dies bedeutet in Wirklichkeit die Korrektur einer zweihundertjährigen ideengeschichtlichen Fehlentwicklung.

(Beifall)

Wir müssen der historischen Wahrheit zuliebe hinzufügen: Diese Korrektur geschah im Bewußtsein christlichen Menschenverständnisses. Denn die Schrift sagt, daß der Mensch Gott ebenbildlich sei. Sie sagt hingegen nicht, daß der Staat Gott ebenbildlich sei.

(Beifall)

Heute, wo der Konsens über die geistigen Prinzipien dieser Verfassung brüchig geworden ist, ist die Christlich Demokratische Union aufgerufen, die Philosophie personaler Freiheit und Verantwortung des Menschen wieder zu bewahren und für die Zukunft zu erneuern. Aus diesem Grund sind wir im Aufbau des Grundsatzprogramms dem Grundgesetz gefolgt und haben in sich durchaus schlüssige Wünsche, unsere Aussagen zur Außenpolitik oder zum Staat oder zur Sozialen Marktwirtschaft an früherer Stelle im Programm zu behandeln, nicht berücksichtigt.

Unser personales Verständnis vom Menschen ist Schlüssel für das unverwechselbare Profil des Programms, für seine Unterschiedlichkeit von den Programmen anderer Parteien.

Freiheit ist für uns nicht "das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung", wie Willy Brandt sozialistisches Freiheitsverständnis klassisch formulierte, sondern personal verantwortete Freiheit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung in der Gemeinschaft. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Freiheit, durch staatliche Investitionslenkung z.B. autonome unternehmerische Entscheidung unmöglich zu machen oder durch eine Vergesellschaftung des Gesundheitswesens das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient zu zerstören.

(Beifall)

Solidarität ist für uns nicht der Kampfaufruf, mit Gleichgesinnten die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern die Aufforderung, füreinander einzustehen. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Solidarität, die Zukunftsinteressen der Bürger den Gegenwartsinteressen zu opfern.

Gerechtigkeit bedeutet für uns nicht die Gleichbehandlung der Menschen ungeachtet ihrer verschiedenen Anlagen und unter-

schiedlichen Bedürfnisse, sondern die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Gerechtigkeit, wenn in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren Kinderreichtum zu einem Kennzeichen neuer Armut geworden ist.

(Beifall)

Familie bedeutet für uns kein Hindernis bei der Emanzipation der Frau, als das sie der Orientierungsrahmen '85 der SPD behandelt, sondern Familie ist für uns der wichtigste Ort individueller Geborgenheit, Sinnvermittlung und freier Entfaltung in der Gemeinschaft. - Es widerspricht daher unserem Verständnis der Familie, wenn nach SPD-Rahmenrichtlinien die Kinder zu Mißtrauen gegen ihre Eltern erzogen werden sollen.

(Beifall)

Bildung bedeutet für uns nicht Indoktrination, sondern die Aufgabe, den Menschen zu einem Leben in Selbstverantwortung und Mitverantwortung zu befähigen. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Bildung - ich wiederhole, das, was gestern schon angesprochen wurde -, daß die SPD durch staatliche Mittel Eltern zwingen will, die Erziehung ihrer Kinder gegen ihr Gewissen Extremisten anzuvertrauen.

(Beifall)

Wirtschaftspolitik besteht für uns nicht darin, private Initiativen und Leistungen zu verdächtigen und zu hemmen, um ein System staatlich-gesellschaftlicher Steuerung des Wirtschaftslebens zu errichten. Wirtschaftspolitik besteht für uns darin, durch verlässliche Ordnungspolitik persönliche Leistung und wirtschaftlichen Erfolg für Arbeitnehmer, Unternehmer und Konsumenten zu ermöglichen. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Wirtschaftspolitik, daß die angeblich marktwirtschaftliche Politik von Helmut Schmidt Großunternehmen begünstigt, dagegen pro Jahr 8- bis 9000 mittlere und kleinere Unternehmen in den Konkurs treibt.

(Beifall)

Sozialpolitik bedeutet für uns nicht, soziale Leistungen ohne Rücksicht auf wirkliche Not und ohne Rücksicht auf durch Leistung erworbene Rechtsansprüche einfach quantitativ aufzustocken. Sozialpolitik bedeutet für uns vielmehr, Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Solidarität in der Gemeinschaft für alle zu ermöglichen. - Es widerspricht daher unserem Verständnis von Sozialpolitik, Millionen von Witwen den Rentenzuwachs zu kürzen und dafür die Gemeinden mit der Sozialhilfe zahlen zu lassen.

(Beifall)

Wir wenden uns dagegen, daß die SPD den Staat als ein Instrument versteht, dessen man sich als - ich zitiere wörtlich - "Voraussetzung einer wirksamen sozialdemokratischen Strategie" bemächtigen muß, wie dies im Orientierungsrahmen '85 beschrieben ist. Der Staat ist für uns nicht ein Objekt einer Partei, sondern die Einrichtung frei verantwortlicher Bürger füreinander, in der gleiches Recht für alle die Voraussetzung für die Freiheit sein muß. - Es widerspricht daher unserem Staatsverständnis, daß sich die SPD immer selbstherrlicher über das Grundgesetz hinwegsetzt und Bundeskanzler Helmut Schmidt

das Bundesverfassungsgericht einschüchtert, wenn es sich den Verfassungsübertretungen in den Weg stellen will.

(Beifall)

Die Außenpolitik ist für uns kein Mittel, eine Konvergenz der Systeme von Ost und West oder ein sozialistisches Europa zu erreichen.

(Beifall)

Außenpolitik bedeutet für uns vielmehr, verbunden mit fairer Wahrnehmung unserer eigenen Interessen auch im Zusammenleben der Völker für Menschenwürde und Menschenrecht einzutreten. - Deswegen widerspricht es unserem Verständnis außenpolitischer Aufgaben, daß die SPD immer unverhüllter in Europa eine Strategie der Volksfront betreibt und gleichzeitig zu den Verletzungen der Menschenrechte in den totalitären Staaten des Ostens beharrlich schweigt.

(Beifall)

Nicht minder deutlich unterscheiden wir uns von dem, was die FDP unter Liberalismus versteht. Mehr dem Zwang der von uns geführten Grundsatzdiskussion und der Wahlniederlagen folgend als aus eigenem Antrieb, legte die FDP vor wenigen Wochen ein mit hastiger Nadel genähtes "erstes Zwischenergebnis" einer im Juli konstituierten Programmkommission vor. In diesem Zwischenergebnis ist allerdings eine Aussage bemerkenswert. Sie lautet: Seit der liberalen und bürgerlichen Revolution in Frankreich 1789 lauten die Grundlagen liberaler politischer Zielsetzung unverändert: Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit. In der Abwägung zwischen diesen drei Grundwerten steht für den Liberalen die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen an erster Stelle.

Der frühere Innenminister Maihofer hatte diese Aussage auf die knappe Formel gebracht: "Im Zweifel für die Freiheit." Mit dieser Formel scheiterte er politisch wie persönlich.

Es mag einen philosophischen Vorrang eines der Grundwerte geben, - politisch müssen sie gleichwertig sein. Politisch bedeutet die Behauptung eines prinzipiellen Vorrangs eines Grundwertes letztlich die Verweigerung, die Grundwerte zum Maßstab konkreter Politik zu machen. Die Grundwerte bedingen und begrenzen sich vielmehr gegenseitig. Die eigentliche politische Aufgabe ihrer Verwirklichung besteht darin, angesichts sich wandelnder Herausforderungen das Verhältnis der Grundwerte zueinander stets so zu gestalten, daß sie zusammen ihre humane Wirkung entfalten. Das heißt, es gibt Zeiten, in denen die Solidarität oder soziale Gerechtigkeit die am meisten gefährdeten Werte sind. Es gibt aber auch Zeiten, in denen die Freiheit besonders gefährdet ist und ihre Bewahrung deshalb zu einer vorrangigen politischen Aufgabe wird. Die Erfahrung zeigt, daß dies meist dann der Fall ist, wenn Sozialisten politische Herrschaft ausüben.

(Beifall)

Aber offensichtlich ist die FDP außerstande, den von ihr behaupteten prinzipiellen Vorrang der Freiheit mit einer Politik konkreter Freiheitssicherung unter konkreten geschichtlichen Umständen zu verbinden. Die Freien Demokraten bleiben eine Partei nicht des Liberalismus, sondern der Unverbindlichkeit, der

liberalen Attitüde, die darin besteht, sich in geistiger Indifferenz treiben zu lassen; die darin besteht, wirtschaftliche Altliberalität und akademische Neoliberalität auf 5 bis 7 % Wählerstimmen zu addieren.

(Beifall)

Aber liegt es nicht eben auch am Menschenbild dieser Politiker, wenn sie dem Bürger Opfersinn, Gemeinschaftsgeist, die Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Interessen anderer absprechen? Wer dem Bürger mißtraut, wird sich darauf beschränken, das Machbare für notwendig zu erklären. Wer dem Bürger vertraut, wird versuchen, das Notwendige machbar zu machen. Es gibt genügend Beispiele dafür, daß die Menschen dieser Tage diese Grundsatzposition verstehen. Die Vereinigten Staaten wendeten für die Raumfahrt bisher 100 Milliarden DM auf. Daß diese Forschung von praktischem Nutzen sein würde, war völlig ungewiß, als Kennedy zum Schritt in den Weltraum aufrief.

Eine Dialyse-Behandlung für Nierenkranke kostet über zehn Jahre hinweg 600 000 bis 720 000 DM. Aber dennoch gibt es in der Bevölkerung Übereinstimmung, daß die Erhaltung dieses Menschenlebens auch unter hohen Kosten wichtiger ist als egalitärer Egoismus.

(Beifall)

Die 461 deutschen Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern haben 1975 für kulturelle Aufgaben vom Theater bis zur Denkmalspflege und Musikförderung 4 Milliarden DM ausgegeben. Auch dieser Aufwand wäre nicht möglich, wenn es keinen Bürgersinn gäbe, wenn der Bürger ein reiner Interessenegoist wäre, der für seine Leistungen von der Gemeinschaft in jedem Fall Rückzahlung - möglichst cash - erwarten würde.

Was kann den Bürger dazu bewegen, zugunsten der Gemeinschaft und zugunsten der Zukunft Verzicht zu leisten? Was kann den heute lebenden Bürger dazu bewegen, zugunsten noch nicht Geborener zu verzichten? Kein Rechtsprinzip, keine Gesellschaftstheorie wäre dazu imstande. Dies kann nur eine ethische Verpflichtung leisten, die nicht allein weltlich begründet ist und die über eine Generation hinausweist. Verantwortete Freiheit ist verankert in der Verantwortung des Menschen vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. Dies haben wir im Entwurf so formuliert. Dies ist die große Herausforderung und Entscheidung der CDU: den Mut aufzubringen, Gott wieder in ihrem Parteiprogramm zu nennen.

(Beifall)

Wir mögen in der folgenden Diskussion über viele Fragen der rechtlichen und instrumentalen Ausgestaltung unserer Politik verschiedener Meinung sein - gegenüber der Entscheidung, menschliche Freiheit auf Gott zu beziehen, treten solche Auseinandersetzungen weit zurück.

Allein aus dieser Entscheidung kann die Kraft aufgebracht werden, über eine Generation hinaus zu denken. Nicht Fragen der Finanzierbarkeit und Machbarkeit tragen den Generationenvertrag, sondern das Bewußtsein einer Verantwortung jenseits des Ökonomischen, jenseits des Finanzierbaren, einer Verantwortung, die in der Pflicht des Gewissens begründet ist. Dies ist unser Auftrag, und dies ist auch unsere Chance als Volkspartei.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist beachtlich, daß derselbe Sprecher, der den Parteitag gestern durch eine kämpferische Rede mitriß, uns heute in dieser Weise in die Beratungen über das Grundsatzprogramm eingeführt hat. Wir haben allen Grund, ihm dafür herzlich zu danken.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Beratung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm

Jedem im Saal ist klar, daß wir bis morgen mittag eine große und schwierige Aufgabe zu bewältigen haben. Das Präsidium wird versuchen, sie zügig, fair und kameradschaftlich mit den Delegierten zu bewältigen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und um Ihre ganze Unterstützung.

Ich schicke zwei Vorschläge betreffend Vereinbarungen für die Beratungen voraus. Erstens. Wortmeldungen müssen bitte von jedem Delegierten, gleich welchen Ranges, schriftlich unter Angabe des Themas eingereicht werden, damit wir sie hier überblicken können. Geben Sie bitte auf dem Wortmeldezettel auch die Ziffer des Grundsatzprogramms an, zu der Sie sprechen möchten, damit wir dies hier entsprechend berücksichtigen können. Es wird ferner gebeten, daß die Sprecher bei den Wortmeldungen bekanntgeben, ob sie für oder gegen einen Antrag sprechen wollen.

Eine zweite Bemerkung. Unter Berufung auf unsere Geschäftsordnung müssen wir uns zu Eingang der Beratungen noch in anderer Hinsicht Klarheit verschaffen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, in den kommenden Beratungen davon auszugehen, daß die Empfehlung der Antragskommission jeweils der weitestgehende Antrag ist, daß folglich zunächst jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt wird. Wenn eine Empfehlung der Antragskommission abgelehnt wird, wird über die einzelnen Anträge der Parteigliederungen entschieden. In diesem Falle entscheidet das Präsidium, welcher Antrag unter mehreren der jeweils weitestgehende Antrag ist. Ich wiederhole noch einmal: Wir stimmen zunächst jeweils über die Empfehlung der Antragskommission und nur dann, wenn diese abgelehnt wird, über die einzelnen Anträge ab. Darf ich voraussetzen, daß Sie dieser Regelung zustimmen?

(Beifall)

Ich höre keinen Widerspruch.

Vor Eintritt in die Beratungen weise ich darauf hin, daß die Frist für die Abgabe der Anträge zu den Abschnitten III und IV des Entwurfes heute um 11 Uhr abläuft.

Ich rufe nunmehr zunächst die Anträge zum Entwurf für ein Grundsatzprogramm als Ganzes auf. Es sind dies die Anträge A 1 bis A 41 sowie die Ihnen verteilte Tischvorlage zu Tagesordnungspunkt 13. Zu diesem Teil hat jetzt der Vorsitzende der Antragskommission, Dr. Geißler, das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zu den eben vom Präsidenten genannten Anträgen ist folgendes zu sagen. Diese Anträge beziehen sich auf Vorschläge im Hinblick auf Sachregister, Inhaltsverzeichnis, Kurzfassung usw., womit erreicht werden soll, daß das Grundsatz-

programm nach Zielgruppen differenziert angeboten werden kann. Es ist völlig klar, daß die Bundesgeschäftsstelle dies nach dem Bundesparteitag - so wie es bei anderen Programmen auch schon der Fall gewesen ist - verwirklichen wird.

Ich möchte daher im Namen der Antragskommission vorschlagen, daß diese Anträge als Anregung an die Bundesgeschäftsstelle aufgefaßt werden. Wir werden dann eine geeignete Form suchen, damit sich jeder Bürger möglichst leicht in dem Grundsatzprogramm zurechtfinden kann. Wir beabsichtigen zusätzlich, die Ziffern des Grundsatzprogramms mit Randüberschriften zu versehen, um dadurch das Grundsatzprogramm auf einen Blick lesbar zu machen.

In einer weiteren Reihe von Anträgen wird eine sprachliche Überarbeitung des Grundsatzprogramms gewünscht. Die Antragskommission hat bei ihrer Arbeit darauf geachtet, möglichst verständliche Formulierungen vorzuschlagen. Wir gehen daher davon aus, daß nach der Beschlußfassung durch den Bundesparteitag, wo auch noch das eine oder andere verbessert werden kann, eine sprachliche Überarbeitung nicht mehr notwendig ist. Die Bundesgeschäftsstelle wird die Beschlüsse natürlich drucktechnisch so aufarbeiten, daß das Grundsatzprogramm in einem Guß zu lesen ist.

Zur Gliederung liegen verschiedene Anträge vor, denenzufolge teilweise nur die Inhalte einzelner Ziffern zwischen den verschiedenen Kapiteln umgestellt werden sollen. Die Antragskommission konnte sich diesen Vorschlägen nicht anschließen.

Zur grundsätzlichen Frage der Reihenfolge der einzelnen Kapitel habe ich in meinem Referat eben schon Stellung genommen.

Der Einzelantrag A 12 fordert die Verwendung des Begriffs "Nächstenliebe" statt Solidarität. Der Antrag A 22 enthält den Vorwurf, in dem Programm sei zuviel Pathos und sozialistisches Vokabular enthalten, und fordert als Schlußkapitel ein Kapitel "Zukunftsbild der Gesellschaft ...".

Der Antrag A 34 will das Kapitel "Volkspartei" des alten Entwurfs wieder aufnehmen. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Ablehnung.

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, jetzt die Empfehlungen der Antragskommission bekanntzugeben.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Generalsekretär.

Zur Debatte hat sich Herr Gregull aus dem Landesverband Rheinland gemeldet. Er hat das Wort.

Georg Gregull: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt hier als erster nach dem Herrn Generalsekretär das Wort nehme, dann möchte ich vorwegschicken, daß es nicht meine Absicht ist, gegen dieses Grundsatzprogramm zu argumentieren. Mir geht es vielmehr darum, daß dieses Grundsatzprogramm in eine Form gebracht wird, mit der wir nachher etwas anfangen können. Die Anträge, die darauf hinauslaufen, ein zusätzliches Kurzprogramm zu schaffen, decken sich zwar mit der Richtung unserer Vorstellungen, wir sind aber der Meinung, daß ein Grundsatzprogramm nur in einem einzigen Programm vorliegen sollte, nämlich in der vom Bundesparteitag verabschiedeten Fassung.



Die Diskussion des Grundsatzprogrammentwurfs im Kreisverband Remscheid führte zu der Feststellung, daß dieser Entwurf dem Begriff "Grundsatz" nicht gerecht wird und daß er auf Grund seiner Überlänge und des gewählten Stils für praktische Arbeit nur bedingt anwendbar ist. Ein Grundsatzprogramm muß nach meiner Auffassung ein auf Dauer angelegtes Fundament darstellen, auf dem das Parteiprogramm fortgeschrieben werden kann und auf dem verschiedene Wahlprogramme aufbauen können.

Ich schlage deshalb vor, sich bei einer erneuten Überarbeitung tatsächlich auf die Formulierung der Grundsätze zu beschränken und u. a. auf Begründungen und aktionsprogrammatische Aussagen zu verzichten.

Gott hat für das Grundgesetz der Welt ganze zehn Sätze benötigt, die zehn Gebote. Über diese Vollkommenheit verfügen wir Menschen nicht. Aber 137 Ziffern sind zuviel des Guten. Ein Drittel des Volumens dürfte die Grenze dessen sein, was man noch mit gewisser Aussicht auf Erfolg unter die Leute bringen kann.

Ich darf den Parteitag bitten, dem Antrag A 28 zuzustimmen, auf dessen Linie 10 bzw. 16 weitere Anträge liegen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Nein.

Ich möchte zunächst bitten, für die jetzt beginnenden Abstimmungen die gelbe bzw. rote Stimmkarte zur Hand zu nehmen, damit wir hier ein klares Bild über die Mehrheiten bekommen. Rote Stimmkarten gibt es bei der Exil-CDU. Sie hat hier Stimmrecht.

Die Empfehlung der Antragskommission in der Ihnen vorliegenden Drucksache lautet:

Anträge betreffend Sachregister, Inhaltsverzeichnis, Kurzfassung etc. ... Die Antragskommission betrachtet die Anregung eines Inhaltsverzeichnisses, eines Stichwortverzeichnisses und einer Kurzfassung als Empfehlung für die spätere Drucklegung des Programms. Es ist beabsichtigt, durch Marginalien das Programm übersichtlich zu gestalten.

Damit können nach Meinung der Antragskommission, die Anträge, die im Vordruck ausgewiesen sind, als erledigt angesehen werden.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. - Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen betreffend Überarbeitung des Grundsatzprogramms. In der Empfehlung der Antragskommission steht:

Die Antragskommission geht davon aus, daß ein Teil der Überarbeitungswünsche sich durch die Beschlußfassung des Bundesparteitags erledigt. Soweit dies nicht möglich ist, empfiehlt die Antragskommission Ablehnung der Anträge ...

Die Anträge sind in der Ihnen vorliegenden Tischdrucksache ausgewiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Einige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen zur Gliederung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der genannten Anträge.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer ihrer Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Einige Ablehnungen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen mit unterschiedlichen Einzelforderungen. Dazu gehören die Anträge A 12, A 22 und A 34. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung dieser Anträge.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Einige Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen A 8 und A 17. Die Antragskommission schlägt vor, sie unter Ziffer 75 zu behandeln. Wenn ich keinen Widerspruch höre, gehe ich davon aus, daß die Antragsteller mit diesem Vorschlag einverstanden sind. - Dann braucht nicht über ihn abgestimmt zu werden.

Der Antrag A 20 beruht nach Meinung der Antragskommission auf einem Irrtum und ist gegenstandslos. Nachdem sich der Antragsteller dieser Meinung der Antragskommission angeschlossen hat, braucht darüber nicht abgestimmt zu werden.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Diskussion über die Präambel. Die Anträge dazu sind im Antragsbuch auf Seite 10 ff. abgedruckt. Es geht um die Anträge A 42 bis A 50.

Zur Präambel hat Richard von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich mich mittlerweile nach langjähriger Grundsatzarbeit jetzt mit großer Freude dem praktischen politischen Kampf widme

(Lebhafter Beifall)

und dabei zugleich einen Beweis dafür liefern möchte, daß das eine vom anderen ganz untrennbar ist,

(Erneuter Beifall)

erlauben Sie mir doch ein paar einleitende Bemerkungen darüber, wie die Antragskommission ihre verschiedenen Vorschläge zu den drei Einleitungskapiteln - zur Präambel, zum Menschenverständnis und zu den Grundwerten - versteht. Es geht ganz kurz, auch wenn ich in der Mitte der 60er Jahre anfangs.

Wir haben seit der Mitte oder dem Ende der 60er Jahre eine lebhaft politische Auseinandersetzung über die Grundwerte. Diese Auseinandersetzung vollzieht sich in der öffentlichen Diskussion vor allem zwischen CDU und SPD.

Ich möchte gern die Gelegenheit benutzen, Herr Präsident, hier unter uns auch drei Gäste zu begrüßen, die Mitglied der SPD-

Grundwertekommission sind und die unsere Beratungen hier mit verständlichem Interesse verfolgen.

(Beifall)

Die Entstehung der Grundwertediskussion hat sehr viel mit den vor allem aus dem Kreise der jungen Generation kommenden Fragen nach Orientierung und nach Sinn zu tun. Aber gerade hier gilt es, aufzupassen. Fragen nach dem Sinn, Fragen nach der Wahrheit sind letzte Fragen. Politische Parteien sind nicht dazu da, letzte Fragen zu beantworten, Antworten über die letzten Wahrheiten zu geben. Wenn wir den Versuch machen würden, das Wahre, Gute und Schöne im Leben programmatisch zu deklamieren, dann wäre das ein totalitärer Anspruch. Eine Partei ist nicht dazu da, um in ihrem politischen Programm Auskunft über Fragen der Religion oder des Religionsersatzes zu geben.

Meine Damen und Herren, hier liegt nun ein wesentliches Konfliktfeld zwischen CDU und SPD. Von seiten der SPD wird uns gesagt, unser christlich geprägtes Verständnis vom Menschen enthalte in Wirklichkeit einen Monopolanspruch auf christliche Politik und sei mit der Pluralität, wie sie in der Demokratie geboten sei, nicht zu vereinbaren.

Dazu möchten wir das folgende sagen. Wir haben es im Laufe der Diskussion stets begrüßt - und wir wiederholen das hier -, daß die SPD sich in ihrem Godesberger Grundsatzprogramm zu Grundwerten in der Form von sittlichen Forderungen bekannt hat. Wir haben das begrüßt, denn das schließt eine Offenheit und insbesondere eine Abkehr von einer Theorie ein, die das von Menschenhand geschaffene Endziel der Gesellschaft zu kennen vorgibt.

Nur ist eben dieser Konflikt zwischen einer solchen Endzielkenntnis und -erwartung und einer Offenheit auf Grund sittlicher Forderungen in der SPD bis heute nicht gelöst. Ich denke nicht nur an die programmatischen Ausführungen des Vorsitzenden der Programmkommission der SPD, von Oertzen, der ja nach wie vor vollendete Demokratie und Sozialismus gleichsetzt; ich denke vor allem auch daran, daß im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD drinsteht, daß die Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, die Hoffnung der Welt sei. Ich denke weiter an den Orientierungsrahmen '85 mit seinem berühmten-berüchtigten Irrtumskatalog, wo die demokratischen Sozialisten alle demokratischen und alle antidemokratischen Gegner - von den Anarchisten über die Liberalen zu den Konservativen bis zu den Kommunisten und Neonazis - in einen großen Irrtumstopf werfen, und ihnen die Hoffnung der Welt gegenüberstellen, nämlich den demokratischen Sozialismus.

Wir, meine Damen und Herren, gehen, wenn wir uns auf das christlich geprägte Verständnis vom Menschen berufen, von folgender Erkenntnis aus. Der Mensch ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Die Freiheit des Menschen beruht auf einer Wirklichkeit, die die menschliche Welt überschreitet. Wir würden niemals in ein politisches Programm hineinschreiben, daß dieses unser politisches Programm die Hoffnung der Welt sei. Gerade dies befreit uns von der Verantwortung, zu der wir auf Grund unserer eigenen sittlichen Entscheidung befähigt und zu der wir aufgerufen sind.

Gerade im Bewußtsein, daß jeder irren kann, daß niemand von Schuld und Fehlbeurteilung befreit ist, gerade in diesem

Bewußtsein sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß wir unsere Politik vor einer Gefahr der Ideologisierung bewahren. Gerade auf der Basis dieses Menschenverständnisses kommen wir zu der äußerst entscheidenden Differenzierung zwischen den Fragen nach dem Letzten und den Fragen nach dem Vorletzten. Wir jedenfalls haben auf Grund unseres christlich geprägten Verständnisses vom Menschen die feste Überzeugung, daß nach dem Menschenbild und nach dem, was allein in einer Demokratie vollziehbar ist, wir uns in eigener Verantwortung, in eigener sittlicher Entscheidung als politische Partei den Fragen des Vorletzten zu widmen haben.

(Beifall)

Daran müssen wir uns in unserem Menschenverständnis und in unseren Grundwerten auch in der bevorstehenden Diskussion sorgfältig halten.

Dieses, Herr Präsident, ist die Vorbemerkung, die zum besseren Verständnis der Anträge dienen soll, die die Antragskommission teils unter Aufnahme, teils auch nicht unter Aufnahme der Anträge der Vereinigungen und Verbände Ihnen vorlegt.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank für diese Prolegomena, Herr von Weizsäcker.

Ich rufe jetzt im Antragsbuch die Seite 10 auf. Es geht um die Behandlung der Anträge zur Präambel im allgemeinen, also um die Anträge 42 bis 50. Die Anträge 42 und 49 sollen bei Kapitel I behandelt werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch der Antragsteller.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge A 44, A 45, A 46, A 47, A 48 und A 50. Hierüber muß abgestimmt werden. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer lehnt ab? - Einzelne Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Wenige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Der Antrag A 42 wird bei Ziffer 2 behandelt.

Ich rufe die Ziffer 1 auf Seite 12 des Antragsbuches auf. Dazu gehören die Anträge A 51 bis A 69.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages A 51. Dann sollen die Anträge A 52, A 54, A 55, A 59, A 62, A 64 bis A 69 für erledigt erklärt werden. Ich lasse über die Empfehlung, den Antrag A 51 anzunehmen, abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte ablehnen? - Einige Ablehnungen? - Einige Ablehnungen. Wer enthält sich? - Ich sehe keine Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Die Anträge A 53, A 58 und A 60 sind durch Antrag B 7 erledigt.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge A 56, A 57, A 61 und A 63. Darüber muß abgestimmt werden.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimme.

(Widerspruch)

- Doch? Entschuldigung, ich war nicht auf links außen ausgerichtet.

(Heiterkeit)

Es gibt einige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Gibt es eine Enthaltung? - Nein. Dann ist bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 2 auf, Antragsbuch Seite 14. Dazu gehören die Anträge A 43 und A 70 bis A 95. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages A 70 in Verbindung mit A 43.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag A 70 in Verbindung mit dem Antrag A 43 anzunehmen, abstimmen. Wer stimmt dem zu? - Danke schön. Wer lehnt ab? - Wer möchte sich enthalten? - Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist so beschlossen.

Ziffer 2 entspricht Abs. 1 des Antrages A 70. Damit sind die Anträge A 73, A 74, A 76 bis A 78, A 82, A 88, A 89, A 91, A 93 und A 94 als erledigt anzusehen. Der Antrag A 84 wird bei Ziffer 117 behandelt.

Wir kommen zu Ziffer 3, Seite 18 des Antragsbuches. Hier gibt es eine Reihe von Wortmeldungen. Das Wort hat zunächst Herr Günther Heckelmann, danach Herr Dr. Reimers. Vielleicht ist Herr Dr. Reimers so freundlich, sich schon in die Nähe des Mikrophons zu begeben, damit wir zügig weiterarbeiten können.

Günther Heckelmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich halte das Votum der Antragskommission, den rheinland-pfälzischen Antrag A 98 anzunehmen, für gut. Ich bin jedoch der Auffassung, daß dies nicht ausreicht und kann mich deshalb namens der Jungen Union der Auffassung der Antragskommission nicht anschließen, daß damit der Antrag A 113 der Jungen Union hin-fällig wird.

Der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz spricht von der Notwendigkeit von Kompromissen in einer Volkspartei. Ich glaube aber, daß dies erst der zweite Schritt ist. Der erste Schritt ist die in der Sache harte, aber faire Auseinandersetzung über Inhalte der Politik, diese Auseinandersetzung, zu der Helmut Kohl ja gestern in seiner Rede aufgefordert hat. Die Tatsache, daß sich die Junge Union hier bekennt und ausdrücklich die produktive Kraft sachlicher Auseinandersetzung anspricht, ist praktisch die Umsetzung dessen, wozu Helmut Kohl gestern in seinem Rechenschaftsbericht aufgerufen hat, in Antragsform.

Ich möchte Sie deshalb nachdrücklich um Annahme des Antrags A 113 zusätzlich zu der Empfehlung der Antragskommission bitten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Dr. Reimers.

Dr. Stephan Reimers: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann mich meinem Vorredner inhaltlich voll anschließen. Auch ich plädiere dafür, daß der Antrag A 113 zusätzlich angenommen wird. Ich glaube, uns allen ist auf Grund der Landtagswahlen dieses Jahres politisch klar, daß die Gewinnung junger Wähler die entscheidende und lebenswichtige strategische Frage der CDU in den kommenden Jahren ist. Daß wir junge Wähler nur gewinnen können, wenn wir in unserer Partei eine offene kritische Diskussion führen, ist, glaube ich, jedem einsichtig, weil nur eine solche offene und kritische Diskussion junge Menschen ansprechen und an unsere Partei heranzuführen kann.

Deshalb ist es, glaube ich, richtig und wichtig, daß die Junge Union in diesem Antrag auch das Thema des Konflikts angesprochen hat. Denn ich finde, daß der jetzt von der Antragskommission zur Annahme empfohlene Text zu schnell von den unterschiedlichen Standpunkten zum Kompromiß hinführt. Dazwischen liegt der Bereich des Konflikts, und dieser Konflikt kann nur in einer offenen und fairen Diskussion ausgetragen werden. Deshalb sollte dieser Antrag der Jungen Union angenommen werden.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 3 liegen nicht vor. Für die Antragskommission hat Herr von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es einen inhaltlichen Streit darüber gibt, daß das, was im Antrag A 113 steht, richtig ist. Nur müssen wir bei dieser ganzen Programmdiskussion doch bitte eines berücksichtigen. Es hat keinen Sinn, einen richtigen Gedanken irgendwo zusätzlich einzufügen, wenn derselbe richtige Gedanke - möglicherweise nicht immer in derselben Formulierung - in einer kurz darauf folgenden Ziffer schon enthalten ist. Sonst müssen wir natürlich sofort auch andere Ziffern wieder korrigieren, nur weil uns, wie gesagt, eine gute Regung vielleicht schon den Bruchteil einer Sekunde vorher gekommen ist. Jedenfalls ist das, was in dem Antrag A 113 enthalten ist, seinem Inhalt nach in die Ziffer 7, nicht in die Ziffer 3 dieses Menschenverständnis-Kapitels aufgenommen worden. Deshalb empfiehlt die Antragskommission, es bei dem Antrag zu belassen, den sie aus dem Antrag A 98 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz übernommen hat, in dem die Notwendigkeit der Führung einen zusätzlichen Schwerpunkt darstellt, während die Erkenntnis der Fruchtbarkeit von Konflikten und die Notwendigkeit ihrer offenen Austragung in der Ziffer 7 angesprochen werden.

Wir bitten also um Annahme unserer Empfehlung und um Ablehnung des Antrages A 113.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Weizsäcker.

Wir kommen zur Abstimmung. Es handelt sich um Seite 18 des Antragsbuchs. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages A 98. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Ich sehe einige wenige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Wenige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen, und die im Antragsbuch angegebenen Anträge können als erledigt angesehen werden.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge A 101, A 102 und A 109. Wer möchte dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen? - Danke. Wer möchte sie ablehnen? - Danke. Wer möchte sich enthalten? - Dann ist bei einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Abschnitt I auf Seite 21 des Antragsbuchs auf: "Das Verständnis vom Menschen".

Wir treten in die Debatte ein. Als erster hat das Wort Herr Alfons Müller, nach ihm Frau Doris Altewischer.

Alfons Müller, Köln: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteiliebe! In der Diskussion der letzten Wochen ist von verschiedenen Seiten betont worden, daß sich die CDU klarer, als dies bisher im Entwurf geschehen ist, zum christlichen Menschenbild mit allen daraus folgenden Konsequenzen bekennen sollte. Für die Katholische Arbeitnehmerbewegung, deren Bundesvorsitzender ich bin, habe ich selbst diese Forderung öffentlich erhoben. Die Tatsache, daß diese Forderung jedoch auch etwa aus den Reihen der Jungen Union erhoben wurde, macht deutlich, daß es sich hier nicht um Spezialinteressen kirchlich besonders gebundener Parteimitglieder handelt. Im Gegenteil, wenn wir als Christlich Demokratische Union dem ideologischen Anspruch unserer politischen Gegner Gleichwertiges entgegensetzen wollen, wenn wir auch der suchenden Jugend einen Halt geben und eine Richtung zeigen wollen, dann sind wir meiner Meinung nach gezwungen, deutlicher auf das christliche Bild vom Menschen und die daraus resultierenden Folgerungen hinzuweisen, meine Damen und Herren.

Besinnen wir uns doch einmal auf die oft beschworenen Grundlagen unserer Partei! Natürlich waren da von Anfang an auch konservative und liberal denkende Menschen mit dabei.

Im Mittelpunkt jedoch stand die feste Überzeugung, daß nach der Katastrophe des Nazisystems nur eine gemeinsame Anstrengung von katholischen und evangelischen Christen eine bessere und menschenwürdigere Politik gestalten könne und die Gründungsgeneration der Union erkannte damals ganz deutlich, daß eine christliche Grundlage für eine Partei auch bestimmte soziale Konsequenzen haben müsse. Nicht nur das Ahlener Programm, sondern vor allem die Kölner Leitsätze von 1945 machen das ganz deutlich.

Ich möchte deshalb ganz nachdrücklich darum bitten, die von der Jungen Union vorgeschlagene und von den Sozialausschüssen unterstützte Formulierung im Antrag B 7: "Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns das Verständnis vom Menschen und eine ethische Grundlage für verantwortliches politisches Handeln..." zu übernehmen.

Darüber hinaus müssen wir die Berufung auf das christliche Menschenbild auch in den Aussagen über die Grundwerte und über die einzelnen Politikbereiche deutlicher machen. Lassen Sie mich dafür zunächst nur einen Punkt nennen: Wer sich auf das christliche Menschenbild beruft, der muß auch die Konsequenzen der Tatsache anerkennen, daß der Mensch in gleicher Weise selbstverantwortliches Geschöpf Gottes und zugleich auf die Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angewiesen ist. Für die Gewichtung der Grundwerte bedeutet dies, daß Freiheit und Solidarität gleichgewichtig zusammengehören. Volle Entfaltung der Person geht nicht ohne Gemeinschaft mit unseren Mitmenschen. Wenn im Programm nachher steht, was jetzt im Entwurf geschrieben ist, daß nämlich die Sicherung des Freiheitsraums Aufgabe der Politik, die Verwirklichung der Solidarität dagegen nur Aufgabe und Hoffnung der Menschen ist, dann ist das trotz aller Beteuerungen ein liberalistisches und kein am christlichen Menschenbild orientiertes Programm. Wir müssen daher der Solidarität den gleichen politisch verpflichtenden Stellenwert einräumen wie der Sicherung der Freiheit.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag der Jungen Union B 7.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Müller, für diesen Beitrag. Das Wort hat jetzt Frau Altewischer vom Landesverband Westfalen-Lippe.

Frau Doris Altewischer: Meine lieben Parteifreunde! Ich bin ebenfalls für die Empfehlung der Antragskommission, allerdings mit zwei kleinen, eigentlich redaktionellen Änderungen: Erstens ist offensichtlich ein Fehler bei der Übernahme des Antrags der Jungen Union unterlaufen. Es muß sicherlich heißen: "... er" - der Glaube nämlich - "gibt uns ... eine ethische Grundlage...".

Zweitens sollte man nicht sagen "mit dem Verständnis", sondern "mit seinem Verständnis", damit ganz klar wird, daß das Verständnis des Menschen, das aus dem Glauben erwächst, gemeint ist.

Ich bitte also folgende Fassung zu beschließen: ... Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. ...

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission hat Herr Pflüger das Wort.

Friedbert Pflüger, Antragskommission: Wir bedanken uns zunächst auch bei Herrn Alfons Müller für die Unterstützung. Den soeben gestellten Antrag möchten wir übernehmen. Die Formulierung würde also lauten: "... mit seinem Verständnis vom Menschen ...". Diese Formulierung ist in der Tat präziser.

Wir weisen darauf hin, daß mit der Empfehlung der Antragskommission auch die Anträge A 42 (Landesverband Baden-Württemberg), A 49 (Kreisverband Warendorf-Beckum), der Antrag der Jungen Union und der Antrag B 2 (Kreisverband Freiburg) abgehandelt sind bzw. daß entsprechend verfahren worden ist. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 21 des Antragsbuchs ab. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 7 als neue Ziffer 3 a im Kapitel Präambel in der Ihnen vorliegenden Fassung, womit die drei angegebenen Anträge für erledigt erklärt werden sollen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegen votieren? - Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Ohne Enthaltungen bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Die Antragskommission empfiehlt ferner Ablehnung der Anträge B 1, 4, 5 und 6. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer lehnt ab? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Einzelberatung der Ziffern ein. Ich rufe Ziffer 4 auf. Das Wort hat Herr Wiesmann.

Gerd Wiesmann, Bocholt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Diskussion der vergangenen Jahre um den § 218 hat sich die CDU als einzige Partei eindeutig und ohne Zugeständnisse an sogenannte emanzipatorische, in Wahrheit aber rein egoistische Forderungen dagegen gestemmt, das ungeborene Leben den schon Lebenden zur freien Verfügung zu stellen. Wir haben meines Erachtens heute angesichts der beobachtbaren Praxis allen Anlaß, diese unsere Grundposition im Grundsatzprogramm auch expressis verbis deutlich zu machen. Insofern genügt meines Erachtens nicht



der Satz im Antrag des Bundesvorstandes: "Wir achten jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person", auch wenn der Antragsteller ihn auf das ungeborene Leben mit bezogen wissen will.

Daher bitte ich Sie, um möglichen Mißverständnissen und der Notwendigkeit zusätzlicher Interpretationen vorzubeugen, den Antrag B 12 des Kreisverbandes Borken zu unterstützen und die Ziffer 4 in der Formulierung des Bundesvorstandes um die von uns vorgeschlagenen Sätze zu erweitern.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wiesmann. - Jetzt spricht Herr Doppmeier vom Landesverband Westfalen-Lippe.

Hubert Doppmeier: Ebenso wie mein Vorredner bin ich der Meinung, daß sich die Antragskommission hier offensichtlich um eine klare Aussage drücken will. Denn man kann nicht sagen, daß sich der Antrag B 12 und der inhaltlich gleichlautende Antrag B 13 des Kreisverbandes Gütersloh mit dem Antrag B 8 des Bundesvorstands erledigt hätten.

(Beifall)

Ich denke, wir sind uns einig darin, daß auch und gerade das werdende Leben zu schützen ist. Wenn das so ist, dann ist es politisch auch geboten, dieses klar auszusprechen. Deshalb möchte ich Sie, meine lieben Parteifreunde, sehr herzlich bitten, entweder den Antrag B 12 oder den Antrag B 13 - beide Anträge verfolgen inhaltlich genau das gleiche Ziel - anzunehmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Doppmeier. - Das Wort hat Herr Stroetmann vom Landesverband Niedersachsen.

Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesverband Niedersachsen schlägt Ihnen vor, in dieser Ziffer 4 den dritten Satz - "Sie bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen" - zu streichen. Ich darf teilweise aufnehmen, was meine Vorredner hier gesagt haben. Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese Partei auf dem Wege ist, ein Grundsatzprogramm zu verabschieden. Das heißt, hier geht es um Grundsätze, und dabei sollte es dann auch bleiben. Daraus folgt nämlich, daß man tunlichst den Versuch unterlassen sollte, alle möglichen aktuellen politischen Themen mit hineinzuschreiben, und daß man es auch unterlassen sollte, Überflüssiges oder Selbstverständliches mit hineinzunehmen. Dieser Satz hier ist ein Beispiel dafür, daß etwas aufgenommen werden soll, was im Grunde genommen schon festgeschrieben ist, was selbstverständlich ist, was dieses Grundsatzprogramm überfrachtet und deshalb herausgenommen werden sollte.

Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Es geht auch um grammatische, um redaktionelle Änderungen, von denen wir uns erhoffen, daß sie in der Tat in der Redaktionskonferenz noch herausgenommen werden. Wir sollten aber hier den Versuch machen, dieses Grundsatzprogramm zu erleichtern bis auf das, was wirklich grundsätzlich ist, und alles, was entbehrlich ist,

zur besseren Verständlichkeit herausstreichen. Dieser Satz gehört mit dazu, und deshalb bitten wir, unserem Antrag zu folgen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schroetmann. - Das Wort hat die Antragskommission, Herr von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu dem zuletzt gestellten Antrag. Natürlich könnte man in einer Ziffer auch einfach sagen: "Wir bekennen uns zur Würde des Menschen". Wir wollen aber nicht unter denen, die sich in Begriffen über Grundwerte ohnehin auskennen, eine Fachsprache programmatischer Art führen, sondern wir wollen doch gerade auch ein wenig menschlich verständlich machen, was mit diesen Begriffen gemeint ist. Deshalb scheint uns wichtig zu sein, wenigstens in einem erklärenden Satz darauf hinzuweisen, was das praktisch bedeutet. Es ist eben gar nicht selbstverständlich im Umgang von Menschen und infolgedessen auch nicht im Umgang von wirtschaftlichen Konkurrenten oder politischen Wettbewerbern, was es heißt, die Würde des Menschen zu achten, unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und dem Urteil des anderen. Daher bitten wir, es insoweit bei der Empfehlung der Antragskommission zu lassen.

Nun zu dem anderen. Meine Damen und Herren, ich halte es für sehr wichtig, daß wir uns darüber im klaren sind: Es geht selbstverständlich überhaupt nicht und nicht im allergeringsten um die Frage, ob wir für oder gegen den Schutz des ungeborenen Lebens sind. Wir haben gerade an dieser Stelle den Kernpunkt der jahrelangen Gespräche mit den Theologen, den Philosophen, den Sozialwissenschaftlern, kurz, mit allen denen geführt, bei denen wir im Laufe der letzten Jahre immer ein gewisses Defizit an Produktion festzustellen hatten, die gerade ihrerseits dazu beigetragen haben, daß die Parteien nur allzu vorschnell zu Antworten auf letzte Fragen statt auf vorletzte aufgefordert wurden.

Nun haben wir uns gerade im Gespräch mit den Theologen - ich sage: ein langjähriges Gespräch - über das folgende verständigt: Im Bereich der Theologie ist der Begriff der Grundwerte etwas anderes als im Bereich der Politik. Wir haben uns in der Politik darauf geeinigt, daß die drei Begriffe der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit die beste Zusammenfassung der Entwicklung zur heutigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellen, wie wir sie haben.

Es gibt sehr wohl Theologen, die sagen: Eigentlich müßte man sagen, ein Grundwert sei das Leben. Wir haben uns aber mit den Theologen darüber verständigt, daß wir oben die lapidare Aussage darüber überschreiben, und zwar im Kapitel "Das Verständnis vom Menschen", über unsere drei Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, daß wir uns zur Würde des Menschen bekennen. Das ist der Schlüsselpunkt, das ist der Ausgangspunkt. Darin ist selbstverständlich das Leben als elementarer Grundwert einbezogen und geschützt, selbstverständlich auch das ungeborene Leben. Würden wir hier jetzt einen Zusatz machen, würden wir in Wirklichkeit Mißverständnisse auslösen, statt sie auszuräumen. Ich bitte doch die Antragsteller bei allem Respekt vor ihren Sorgen, nicht ernsthaft davon auszugehen, daß sich die Antragskommission vor einer klaren Aussage drücken wollte. Ganz im Gegenteil, wir wollen eine klare Begrifflichkeit, die sich nach der theologischen Seite einerseits und nach der politischen Seite andererseits wirklich allseits verstehen läßt. Deswegen

bitten wir bei der Empfehlung der Antragskommission mit der Aussage zu bleiben, daß wir uns zur Würde des Menschen bekennen. Dies wollen wir nicht anders verstanden wissen, als uns dies gerade von seiten der Theologen - und ich betone: vor allem auch der Theologen aus der katholischen Kirche - ganz eindeutig bestätigt worden ist.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Weizsäcker. Weitere Wortmeldungen? - Noch einmal Herr Wiesmann vom Landesverband Westfalen-Lippe. Bitte, Herr Wiesmann.

Gerd Wiesmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr von Weizsäcker, ich verstehe durchaus Ihre Einwendungen gegen unseren Vorschlag. Das Problem scheint mir aber zu sein, daß wir nicht nur auf theologischer Ebene klare Verhältnisse schaffen,

(Beifall)

sondern wir müssen auch dem Bürger draußen klar und eindeutig sagen, was wir meinen. Ich bin der Auffassung, wenn wir die Frage des ungeborenen Lebens eben nicht mit hineinnehmen, sind wir gerade draußen vor Ort immer wieder gezwungen, zusätzliche Interpretationen zu liefern und Mißverständnisse auszuräumen.

(Beifall)

Was meinen Antrag selbst angeht, so bin ich bereit, den Antrag B 12 des Kreisverbandes Borken zurückzuziehen zugunsten des Antrages des Kreisverbandes Gütersloh.

(Zuruf: Nein!)

Ich habe mich überzeugen lassen, daß es der Kreisverband Gütersloh vielleicht etwas griffiger formuliert hat. Ich möchte Sie also bitten, den Antrag B 13 des Kreisverbandes Gütersloh, der das Anliegen in gleicher Weise aufgreift, zu unterstützen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Wiesmann. - Die Antragskommission, Herr von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Meine Damen und Herren, wenn wir uns nicht verständlich machen können, dann liegt das an uns selbst, aber nicht daran, daß wir im Vergleich zu einer, wenn ich es einmal so ausdrücken darf, Wertehierarchie, die in Jahrhunderten entstanden ist, nun unsererseits plötzlich eine Begriffsverwirrung einführen, die vorher gar nicht da war. Der Oberbegriff ist die Würde des Menschen. Wir sind alle miteinander in der Lage, diesen Oberbegriff auf den Schutz des Lebens und des ungeborenen Lebens zu beziehen.

(Zurufe)

Wir machen uns die Sache nicht leichter, sondern schwerer, wenn wir plötzlich auf eine Ebene stellen, was nicht auf eine Ebene gehört, nämlich die Würde und das Leben, auch das ungeborene

Leben. Wir müssen in der Lage sein, einerseits mit klaren Begriffen und andererseits mit einer klaren politischen Aussage zu kämpfen. Wir müssen nicht das eine durch das andere ersetzen. Die Antragskommission bittet, es bei ihrer Empfehlung zu lassen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe: Doch!)

- Es hat sich noch Herr Mallmann vom Landesverband Rheinland gemeldet. - Bitte!

Walter Mallmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. von Weizsäcker, natürlich haben Sie mit Philologen und mit Theologen gesprochen. Wir an der Basis haben es aber mit einfachen Menschen zu tun, denen wir diese Dinge klarmachen müssen.

(Beifall)

Wenn es nicht grundsätzlich gegen Ihre Auffassung geht, verstehe ich nicht, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen wollen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Verfahrensmäßig habe ich nach dem, was vorhin beschlossen worden ist, jetzt zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen zu lassen, die bekanntlich Annahme des Antrags B 8 empfiehlt.

Ich rufe zur Abstimmung die Empfehlung der Antragskommission auf Annahme des Antrages B 8 auf. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Meine Damen und Herren, das Präsidium ist der Meinung, es müsse ausgezählt werden.

Darf ich bitten, daß zunächst einmal alle aus dem Saal gehen - vor allem aus den Gängen -, die hier im Augenblick nichts zu tun haben, damit ein klarer Überblick erreichbar ist.

Darf ich jetzt noch einmal um das Kartenzeichen derer bitten, die die Empfehlung der Antragskommission annehmen möchten. - Danke schön. Gegenprobe! Wer möchte sie ablehnen? - Meine Damen und Herren, es tut mir leid: es gibt keine Einmütigkeit im Präsidium, daß das letztere die Mehrheit sei. Es ist ja auch gar nicht schlimm, wenn wir bei dieser Frage einmal auszählen.

Wir machen das folgendermaßen: Sie haben Stimmzettel in Ihren Unterlagen. Nehmen Sie bitte den Stimmzettel Nr. 1. Wer die Empfehlung der Antragskommission annehmen möchte, notiert auf diesem Stimmzettel "ja", wer sie ablehnen möchte, "nein".

Die Lernfähigkeit hört beim Präsidenten nicht auf. Ich bitte, anders zu verfahren und zu entschuldigen, daß ich zunächst einen falschen Vorschlag gemacht habe. Sie haben außer den Stimmzetteln auch weiße, rote und gelbe Abstimmungskarten. Wer annehmen möchte, gibt dann, wenn jetzt die Damen mit den Einsammelbehältern

vorbeikommen, die Ja-Karte, wer ablehnen möchte, die Nein-Karte, und wer sich enthalten möchte, die Enthaltungskarte ab. Gibt es zum Verfahren Unklarheiten? - Dann ist alles klar.

Ich glaube, wir können bis zur Auszählung in der Verhandlung fortfahren. Wir stellen die Abstimmungen zu der Ziffer 4 zurück und beginnen mit der Behandlung der Ziffer 5.

Das Wort zur Ziffer 5 hat Herr Dr. Zimmermann-Stock vom Landesverband Schleswig-Holstein.

Dr. Heinz Zimmermann-Stock, (Kiel): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Ziffer 5 auf Seite 24 sprechen. Die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 24 sieht in der rechten Spalte in dem fett gedruckten Satz folgende Formulierung vor: Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott.

Nicht nur ich, sondern auch viele Pastoren aus Kiel meinen, daß hier der Antragskommission ein theologischer Fehler unterlaufen ist, der auch von der Basis verstanden werden kann. Hier werden nämlich Gewissen und Gott gleichgesetzt.

Schon eine linguistische Untersuchung des Wortes "Gewissen" - aus dem lateinischen "Conscientia" oder aus dem griechischen "Syneidesis" - zeigt, daß dann, wenn wir von "Gewissen" sprechen, ein "Zusammenwissen" gemeint ist. Dadurch wird schon rein sprachlich zum Ausdruck gebracht, daß das Gewissen nicht eindeutig die Stimme Gottes im Menschen ist.

Es gibt durchaus auch ein fehlgeleitetes Gewissen, so daß ein "gutes Gewissen" auch ein schlechtes Gewissen sein kann. Darauf hat der Antrag des Kieler Kreisverbandes, Antrag Nr. B 40, auf Seite 26 aufmerksam machen wollen, indem das gleichsetzende Wort "damit" gestrichen wurde.

Im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises wurde zusammen mit Roman Herzog eine qualitative Verbesserung des Vorschlags des Kreisverbandes Kiel vorgenommen. Ich zitiere: Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen, nach christlichem Verständnis vor Gott.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, auch hier die Empfehlung der Antragskommission abzulehnen und dem Kieler Antrag in dieser Passage zu folgen. Dann vermeiden Sie meiner Meinung nach mit einer eleganten Lösung diesen theologischen Lapsus.

Konrad Adenauer sagte einmal, er wünsche sich, daß alle Theologen auch Christen seien. Ich möchte heute so formulieren: Ich wünschte mir, daß unsere christliche Partei auch einmal theologisch dächte.

( Beifall )

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Zimmermann-Stock. Das Wort hat die Antragskommission, Herr von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Theologe bin ich nicht, sondern Politiker. Ich vertrete dennoch mit Überzeugung den Antrag, den der Bundesvorstand gestellt und die Antragskommission übernommen hat. Ich glaube, wir sagen mit dieser Ziffer, daß der Mensch in der Verantwortung vor seinem Gewissen steht, und weiter, daß der

Mensch für den, der nach christlichem Verständnis lebt, mit seinem Gewissen vor Gott steht. Diese Formulierung, die wir uns wiederum nicht etwa allein ausgedacht oder ungeprüft gelassen haben, ist eine theologische, aber eine, die uns politisch verständlich erscheint. Sie soll zum Ausdruck bringen, daß nach unserem christlichen Verständnis die Stimme des Gewissens eine Stimme ist, die sich vor Gott rechtfertigt. Diese Stimme des Gewissens, die sich vor Gott rechtfertigt, bringen wir zum Ausdruck. Weiter bringen wir zum Ausdruck, daß der Mensch nach christlichem Verständnis - wir beziehen das nicht auf alle Menschen - vor Gott steht, wenn er vor seinem Gewissen seine Verantwortung prüft.

Wir bitten daher, es bei diesem Antrag zu belassen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr von Weizsäcker.

Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 5 liegen mir nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags Nr. B 26 in Verbindung Nr. B 27 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Eine Reihe von Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Keiner. Dann ist so beschlossen.

Die im nächsten Absatz der Empfehlungen der Antragskommission aufgeführten Anträge sind damit erledigt.

Die Antragskommission empfiehlt dann Ablehnung der in dem letzten Absatz genannten Anträge. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte ablehnen? - Einige wenige Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? Einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 6 auf, Antragsbuch Seite 28. Wortmeldungen:

Norbert Blüm und Frau Wisniewski. Bitte, Herr Blüm. - Vielleicht begibt sich Frau Wisniewski auch schon in die Nähe des Rednerpults.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind unsere Grundwerte. Nur erhalten sie ihre eigentümliche Bedeutung erst durch das Menschenverständnis, auf dem diese Grundwerte beruhen. Es geht um die Frage, was der Mensch ist, was er sein soll. Von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit reden auch andere.

Deshalb, meine Damen und Herren, meine ich, wir müssen uns auch die Frage stellen, was denn Christen als ihr politisches Mitbringsel zu dieser Frage beizutragen haben. Wir können ja nicht behaupten, wir seien in jedem Fall die Klügeren und unter allen Umständen auch die moralisch Besseren. Wenn wir einmal von allen Unterschieden - kulturellen, konfessionellen, dogmatischen -, die es unter Christen gibt, absehen, dann bleibt als Herzstück der biblischen Botschaft die Nächstenliebe. Sie erspart uns ja nicht das Nachdenken. Sie ist Herzstück, nicht Verstandesstück. Sie erspart auch nicht den politischen Kampf; denn es muß auch gestritten werden, wie, auf welchem Wege wir dem Nächsten am besten dienen. Nächstenliebe darf nicht zu einem Zuckerguß über die Härte des Alltags sentimentalisiert werden.

Ich meine, auch einer nachwachsenden Generation, die wir ein-

laden, bei uns mitzuarbeiten, sollten wir auf ihre Frage nicht nur antworten, was die CDU zu bieten hat, sondern auch sagen, was sie verlangt, nämlich Einsatz für den Nächsten, Nächstenliebe.

Ich glaube auch, daß sich im Lichte der Nächstenliebe die Grundwerte verändern. Freiheit kann unter der Beleuchtung der Nächstenliebe ja nicht die Freiheit des Naturreichs sein, in dem der große Fisch den kleinen frißt. Es kann nicht die Freiheit sein, in der jeder nur an sich selbst denkt. Es muß eine Freiheit sein, in der auf den Nächsten Rücksicht genommen wird.

Auch die Gerechtigkeit verändert sich, wenn sie mit der Nächstenliebe in Verbindung gebracht wird. Denn die Nächstenliebe schützt die Gerechtigkeit vor jedem Perfektionismus, also auch vor jener Gerechtigkeit, die die Norm noch anwendet, wenn Menschen daran zugrunde gehen. Es gibt ja meist - meist! - einen Fall mehr, als alle Gerechtigkeitsfanatiker und Gesetzgebungspfeifen sich vorstellen können.

Deshalb meine ich, auch zum Schutz vor ideologischen Perfektionisten ist das Gebot der Nächstenliebe eine Erinnerung an den konkreten Menschen. Deshalb muß es in unser Programm. Es schützt uns auch vor jener Ideologie, die um eines fernen Glückes in fernen Zukunften willen als Preis Opfer in der Gegenwart verlangt, die ganze Generationen vermauern, Bausteine für Gebäude, die erst in ferner Zukunft bewohnt werden. Die Nächstenliebe fordert uns auf, an den jetzt Lebenden zu denken, an unseren Nachbarn, an den konkreten Menschen.

Ganz wichtig ist auch dies. Die Solidarität unterscheidet sich unter dem Gebot der Nächstenliebe von Cliquenzusammenhalt und von Klassenkampf. Meine lieben Parteifreunde, wir fordern in einer der folgenden Ziffern die Solidarität der Schwachen mit den Starken und der Starken mit den Schwachen. Das ist völlig unnatürlich. Das ist gar nicht selbstverständlich. Dieser Appell der Solidarität der Starken mit den Schwachen und umgekehrt ist nur glaubhaft und ein Appell, den man zumuten kann, wenn man die Nächstenliebe in Anspruch nimmt. Wenn Solidarität nichts anderes ist als das Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Rechnung, nach der man es zusammen besser schafft und erfolgreicher ist, dann weiß ich nicht, was unsere Solidarität von Klassenkampf und Cliquenzusammenhalt unterscheidet.

Wir reden von der Neuen Sozialen Frage. Hier wird eine Solidarität mit jenen gefordert, die sich auf dem offenen Markt der Interessenvertretung gar nicht bemerkbar machen können. Wie wäre das eigentlich ohne Nächstenliebe möglich? Jene entscheiden weder die Wahlen, noch bringen sie uns in der Öffentlichkeit groß in Vorsprung, weil sie uns unterstützen könnten. Dennoch sind wir zu stellvertretendem Engagement mit jenen aufgefordert, die sich nicht selbst helfen können.

So wäre die Nächstenliebe auch ein Appell und ein Aufruf an alle Christen, die sich selbst für die Politik zu gut sind und die Politik für ein schmutziges Geschäft halten. Politikverweigerung kann auch das Ergebnis von Bequemlichkeit und Verweigerung der Nächstenliebe sein. Nächstenliebe in unserer Welt kann sich nicht auf das Geben von Almosen beschränken, sondern nur in individueller Zuwendung bestehen. Mehr denn je wird das Leben durch Politik bestimmt. Deshalb, so finde ich, ist die Nächstenliebe auch eine Einladung zu politischem Engagement.

Helmut Kohl hat gestern davon gesprochen, daß sich in unserer Partei konservative, liberale und christlich-soziale Traditionen vereinigen. Meine Damen und Herren, das kann ja nicht so ein Kartell von Traditionen sein, da muß es doch einen Hauptnenner geben. Ich finde, der Hauptnenner müßte die christliche Botschaft, müßte das C in unserem Parteinamen sein.

(Beifall)

Insofern, meine Damen und Herren, könnte die Nächstenliebe auch jenen harten Fortschrittsglauben entkrampfen; immer weiter, immer schneller, immer größer. Sie könnte ein Beitrag für eine sanftere Gesellschaft sein, und daran sollten Christen mitarbeiten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blüm. Bevor ich Frau Wisniewski das Wort erteile, darf ich auf folgendes aufmerksam machen. Auf Ihren Tischen finden Sie einen Antrag B 134. Es ist ein Initiativantrag von Filbinger, Späth und weiteren 30 Delegierten. Ich bitte, ihn mit zu berücksichtigen. Jetzt hat Frau Wisniewski das Wort.

Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Baden-Württemberg bittet, daß dem ersten Satz des Textes, der von der Antragskommission und wohl auch vom Bundesvorstand empfohlen wird, ein Satz angefügt wird, der lauten soll: Dieses Zusammenleben - gemeint ist das menschliche Zusammenleben - verwirklicht sich vornehmlich in festen sozialen Lebensformen (Institutionen) wie Ehe, Familie, Staat, Nation, Kirche. Wir halten die Anfügung dieses Satzes für sehr notwendig, weil auf diese Weise das Profil der CDU als Gegensatz und Unterschied zum Marxismus auf der einen Seite und einem weltanschaulichen Individualismus und Liberalismus auf der anderen Seite hervortritt. Diese grundsätzliche Aussage erscheint uns notwendig, obwohl Einzelerwähnungen im Programm an verschiedenen Stellen vorkommen. Sie wissen alle, daß innenpolitisch die Verteidigung etwa der Ehe, der Familie, ja, im Moment sogar der Begriffe Staat und Nation - vor allem Nation - notwendig wird.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß sich der ideologische Kampf der letzten Jahrhunderte ganz konzentriert gegen diese festen Lebensformen der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet hat. Im Kommunistischen Manifest wird ausdrücklich die Aufhebung der hier eben genannten Institutionen Ehe, Familie, Nation und Staat gefordert.

Ein christlich begründetes Gesellschaftsverständnis muß diese sozialen Lebensformen in ihrer Erhaltung bejahen, weil sich nach unserer Meinung in diesen Institutionen für den einzelnen im persönlichen Leben die Freiheit auch gegenüber dem staatlichen Zugriff, die Solidarität und die Gerechtigkeit in einem ganz persönlich gemeinten, hohen, verantwortungsvollen Sinn verwirklichen.

Daher bittet der Landesverband Baden-Württemberg um diese Ergänzung der Aussage.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Wisniewski. Das Wort hat jetzt Herr Olderog aus dem Landesverband Schleswig-Holstein.



Dr. Rolf Olderoq: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag B 63 des Landesverbandes Schleswig-Holstein. Dieser Antrag geht inhaltlich etwas über Antrag B 60 hinaus und berührt auch das, was meine Vorrednerin gesagt hat. Das soziale Wesen des Menschen bezieht sich nicht nur auf seinen Standort in der Gemeinschaft. Der Mensch steht auch in der gewachsenen sozialen und kulturellen Wirklichkeit, und diese wird vor allem auch durch Sprache, Kultur und Geschichte geprägt. Dies wird von modischen linken Strömungen immer wieder geleugnet. Deswegen sollten wir hier entsprechend formulieren.

Es gibt noch einen Unterschied unseres Antrags zum Antrag B 60: Unsere Aussage ist anschaulicher und plastischer.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Olderoq. Für die Antragskommission hat nun Herr von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anträge, die abgedruckt worden sind und zu denen hier gesprochen worden ist, sind - es war den Verfassern auch gar nicht anders möglich - ohne Kenntnis der Änderungen abgefaßt worden, die wir von der Antragskommission vorgenommen haben und die in der Spalte rechts neben den Anträgen abgedruckt sind. Kernpunkt der Änderung ist der fettgedruckte Teilsatz "wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht". Dies ist der eigentliche Kern der Aussage geworden. Deswegen müssen wir - das ist die Meinung der Antragskommission - nunmehr die ganze Ziffer von diesem Kern her verstehen. Die vorgeschlagene Formulierung soll nunmehr folgenden Wortlaut haben:

"Sein (des Menschen) Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht."

Namens der Antragskommission empfehlen wir also, die Worte "und in der Gemeinschaft" zu streichen.

(Beifall)

Damit ist der Kern dieses Gedankens festgehalten.

Um nun aber auf den Gedanken des Antrags des Landesverbandes Baden-Württemberg einzugehen, dessen Hinweis auf die sozialen Lebensformen von uns inhaltlich natürlich geteilt wird, möchten wir folgenden Formulierungsvorschlag unterbreiten:

"Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen - vornehmlich in festen Lebensformen - angelegt. ..."

Wir haben damit den Gedanken der festen sozialen Lebensform aufgenommen, haben es aber auf der anderen Seite vermieden, in dieser Ziffer, in der es vor allem um die Nächstenliebe geht, von einer Institutionenlehre oder von Staat und Nation zu sprechen. Wir glauben, daß der Gedanke der Nächstenliebe mit Begriffen wie "Staat", "Nation" und "Institutionen" organisch nicht zusammenpaßt.

(Beifall)

Diese Institutionen werden selbstverständlich den Hauptinhalt aller nachfolgenden Kapitel ausmachen. In der Ziffer über die Nächstenliebe soll es entsprechend der Empfehlung der Antragskommission aber wie folgt heißen:

"Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen - vornehmlich in festen sozialen Lebensformen - angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht."

Wir bitten, dieser Empfehlung zu folgen und die abweichenden Vorschläge abzulehnen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich bitte jetzt um ungeteilte Aufmerksamkeit für die Abstimmung zu Ziffer 6. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 60 in der eben von Herrn von Weizsäcker vorgetragenen Fassung. Wird gewünscht, daß diese Fassung noch einmal wiederholt wird? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen ab. Ich bitte diejenigen, die dieser Empfehlung folgen wollen, um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Es ist bei mehreren Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Die Anträge, die auf Seite 28 der Vorlage angeführt sind, sind damit erledigt. Die Anträge B 62, B 66 und B 88 sollen bei den Ziffern 30 und 97 behandelt werden.

(Widerspruch bei Delegierten aus dem Landesverband Rheinland)

Im übrigen empfiehlt die Antragskommission Ablehnung - es heißt natürlich nicht "Anlehnung", wie es in der Vorlage ausgedrückt ist - der in der Vorlage aufgeführten weiteren Anträge.

Es liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Bitte schön.

Frau Editha Limbach: Herr Präsident, in der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag B 134 heißt es:

Außerdem empfiehlt die Antragskommission unter Berücksichtigung der Anträge B 62, B 66 und B 88 die Einfügung einer neuen Ziffer 6 a in folgender Fassung: 'Mann und Frau sind gleichberechtigt und auf Partnerschaft angewiesen.'

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Gnädige Frau, das kommt noch!

Frau Editha Limbach: Nein! Es wäre doch ein Widerspruch, wenn die Anträge B 62, B 66 und B 88 einerseits abgelehnt werden und andererseits berücksichtigt werden sollen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Gnädige Frau, damit kein Mißverständnis entsteht: Ich rufe Antrag B 134 noch auf. Zunächst sollen die von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlenen Anträge abgelehnt werden.

(Widerspruch bei Delegierten aus dem Landesverband Rheinland)

Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei mehreren Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Jetzt rufe ich Antrag B 134 auf. Für die Antragskommission hat Herr von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission bezieht sich hier vor allem auf die Anträge B 62 und B 88, die darauf abzielen, in Ziffer 4 folgenden vierten Satz anzufügen:

"Die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht sich in Partnerschaft."

Die Antragskommission ist sich darüber im klaren gewesen, daß das in dieser Form aus zwei Gründen nicht geht. Erstens können wir die Ziffer 6 nicht mit folgender Formulierung abschließen:

"Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht sich in Partnerschaft."

Der letzte Satz läßt sich an den Gedanken der Nächstenliebe organisch nicht anfügen.

Zweitens. Die Antragskommission hat voll gewürdigt, was hinter den Anträgen B 62 und B 88 steht, daß sich nämlich der Hinweis auf die Partnerschaft, in der sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht, erst in späteren Kapiteln - nämlich im Kapitel über die Familie und im Kapitel über die Sozialpolitik - nicht mit dem grundsätzlichen Charakter verträgt oder ihm nicht angemessen Ausdruck verleiht, den wir der Gleichberechtigung von Mann und Frau geben wollen. Aber, wenn wir von der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sprechen, dann sollten wir doch möglichst eine Aussage machen, die inhaltlich auch stimmt. Die Aussage, "Die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht sich in Partnerschaft", ist eine Aussage, die einige sehr wesentliche Tatbestände umfaßt, andere dagegen nicht. Es gibt sehr wohl Fälle im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die mit dem Schlüsselwort "Partnerschaft" überhaupt nicht erreicht werden. Wenn z.B. Mann und Frau dasselbe Recht haben wollen, von dem anderen Geschlecht überhaupt nichts wissen zu wollen, oder wenn Mann und Frau für dieselbe Arbeit denselben Lohn haben wollen, dann sind das höchst bedeutsame Fragen der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, nicht aber solche, die mit dem Wort "Partnerschaft" gelöst werden.

Deshalb schlägt Ihnen die Antragskommission vor, folgende Aussage zu machen, wie sie in der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag B 134 steht:

"Mann und Frau sind gleichberechtigt und auf Partnerschaft angewiesen."

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen ferner, diese Aussage als Ziffer 6 a einzufügen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte sie ablehnen? - Keine Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Behandlung von Ziffer 6 ist damit abgeschlossen.  
Wir kommen nunmehr zu Ziffer 4 zurück, wo wir abgestimmt haben. Weil das hier unproblematisch ist, darf ich für alle künftigen Abstimmungen sagen: Bei Abstimmungen zählen nach unserem Statut einfache Mehrheiten der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen für die Mehrheitsermittlung nicht mit.  
Bei der fraglichen Abstimmung, über die ich zu berichten habe, haben sich 521 Delegierte beteiligt. Mit Ja haben 201 Delegierte gestimmt, mit Nein 311.

(Beifall)

Die Empfehlung der Antragskommission ist damit abgelehnt.

(Bravo-Rufe)

Das Wort für die Antragskommission hat Herr von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission respektiert selbstverständlich die Mehrheit des Parteitag. Sie schlägt dem Parteitag vor - wie es schon vorhin einer der Delegierten getan hat -, nunmehr bei Satz 2 dem Antrag B 13 des Kreisverbandes Gütersloh zu folgen, der lautet:  
"Würde und Leben des Menschen - auch des ungeborenen - sind unantastbar."

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Es geht um den Antrag B 8, dessen Formulierung durch Satz 2 aus dem Antrag B 13 des Kreisverbandes Gütersloh erweitert werden soll.  
Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Einige wenige Enthaltungen. Meine Damen und Herren, dann gehe ich davon aus, daß damit die Behandlung der Ziffer 4 abgeschlossen ist.  
Ich rufe Ziffer 7 - Seite 32 des Antragsbuches - auf. Bitte beachten Sie, daß der Antrag B 133 auf der Tischvorlage mit zu berücksichtigen ist.  
Wir kommen zur Diskussion. Angesichts der Tatsache, daß die Zeit weit fortgeschritten ist, bitte ich um kurze Wortmeldungen, die klar aussagen, wofür oder wogegen man votieren möchte.

(Beifall)

Als erster hat Herr Dr. Schwarz vom Landesverband Schleswig-Holstein das Wort.

Dr. Henning Schwarz: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Von der Bewältigung von Konflikten war bereits die Rede. Ich spreche für den Antrag B 91 des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Wir vermeiden in diesem Zusammenhang den Begriff "Konflikt", und zwar deswegen, weil wir der Überzeugung sind, daß Konflikt-

theorie und Konfliktdenken linkes Denken sind, was nicht in christlich-demokratisches Gedankengut hineinpaßt.

(Beifall)

Selbst, wenn - wie die Antragskommission meint - Unterschiede von Meinungen und Interessen nur zu Konflikten führen können, so ist dieses bereits ein teilweises Eingehen auf Konflikttheorien, die wir uns nicht zu eigen machen können.

(Zuruf: Bravo!)

Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß der Antrag B 91 sprachlich gelungener ist. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrags.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau von Elverfeldt.

Ferdinande von Elverfeldt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir im Kreisverband Emmendingen sind der Meinung, daß der Satz "Niemand verfügt über die absolute Wahrheit" mißverständlich ist, und zwar aus folgendem Grund: Für uns als christliche Partei ist Gott ein Jemand. Mit diesem "Niemand" würden wir auch Gott ausschließen.

Wir haben in unserem Antrag B 97 vorgeschlagen, den Satz überhaupt zu streichen. Ich könnte mir aber auch vorstellen, daß man statt "Niemand" auch schreiben könnte: "Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit."

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Kuppe.

Margarethe Kuppe: Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr von Weizsäcker, Sie haben gesagt, Sie wollten keine letzten Sätze formulieren. Ich möchte ganz kurz zu dem Satz "Niemand verfügt über die absolute Wahrheit" Stellung nehmen. Das ist ein absoluter Satz, der in sich logisch unmöglich ist, weil er dann selber seine Gültigkeit bestreiten würde. Außerdem gibt es sehr einsehbare letzte Sätze, z.B. "Denken setzt Sein voraus", den Descartes in dem berühmten "Cogito ergo sum" formuliert hat, oder auch den schlichten Satz "Zweimal zwei ist vier". Auch dieser letztgenannte Satz ist, wie ich meine, ein Satz von absoluter Gültigkeit.

Was gemeint ist, ist klar: Niemand verfügt im politischen Bereich über vollständige und unveränderliche Wahrheiten.

Sie wollen sich damit gegen den utopischen Marxismus wenden. Dies ist richtig und berechtigt.

Ich schlage diese Formulierung vor. Wenn sie nicht angenommen wird, könnte von uns am ehesten noch die Formulierung aus dem Antrag B 96 des Kreisverbandes Dortmund, "Niemand ist im Besitz der ganzen Wahrheit", unterstützt werden, obwohl auch das sehr fragwürdig wäre. Ich muß betonen, daß dieser Satz dem christlichen Gottesbegriff widerspricht und ein anderes als das christliche Verständnis vom Verhältnis von Denken und Sein voraussetzt.

Ich möchte mit einem ganz besonders schönen Satz von Einstein schließen:

"Gott ist zwar unendlich raffiniert, aber er betrügt nicht,

niemanden und niemals."

Eine allerletzte Anmerkung: Herr Geißler, die Reichsverfassung kannte deshalb keinen Menschenrechtskatalog, weil der Bereich der Menschenrechte zu den Kulturhoheiten der Länder gehörte. Die Preußische Verfassung von 1850 hatte den damals längsten Katalog der Menschenrechte. Ich werde ihn Ihnen zusenden.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Wisniewski.

Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Baden-Württemberg beantragt, den ersten Absatz von Ziffer 7 wie folgt zu ändern:

"Das menschliche Zusammenleben ist nicht grundsätzlich und ausschließlich von Konflikten bestimmt. Trotz aller Kämpfe und Interessengegensätze ist Zusammenwirken mit gegenseitiger Achtung möglich und realisierbar. Friede, geboren aus dem Verständnis für die Anliegen, die Aufgaben, Vorzüge, Leistungen und Schwächen der Mitmenschen, muß höchstes Ziel des Zusammenlebens sein."

Wir meinen, in einer Situation, in der die Konflikttheorie nicht nur auf die Konfliktpädagogik beschränkt ist, sondern überall im politischen Alltag hervortritt, muß eine deutliche Gegenposition aufgestellt werden.

Das Bemühen um Frieden trotz aller Konflikte und aller gesellschaftlichen Gegensätze ist das alte Thema und die alte Überzeugung des Christentums. Denken Sie daran, daß das Wort "Frieden" im Neuen Testament von Christus selbst immer wieder betont wird. Das christliche Gesellschaftsverständnis unterscheidet sich von dem des Marxismus gerade darin, daß wir es ablehnen, Konflikte, Polaritäten, Polarisierungen als Grundlage des menschlichen Fortschritts anzuerkennen und damit auch als Prinzip der Geschichte zu sehen. Baden-Württemberg meint, daß hier eine deutliche Gegenposition zum Marxismus bezogen werden muß. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Dr. Petermann, dann Frau Altwischer.

Dr. Bernd Petermann (Düsseldorf): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann hier unmittelbar anschließen. Bei der Berliner Tagung hat Herr Vizepräsident Wilken von der EKD darauf hingewiesen, daß es sicherlich auch weitere Grundwerte gibt. Er nannte dabei das Stichwort "Frieden".

Es ist nicht zu Unrecht darüber gesprochen worden, daß der Programmentwurf sich auf die drei Grundwerte beschränkt. Es ist nicht zu Unrecht gesagt worden, daß hier eine zu nahe Gleichheit zwischen den unterschiedlichen Programmen der unterschiedlichen Parteien bestehe.

Deshalb hat der Kreisverband Düsseldorf den Antrag gestellt, den Grundwert "Frieden" gesondert in das Programm aufzunehmen. Er ist nämlich in dem gesamten Programmentwurf etwas zu schwach vertreten, obwohl er aus christlichem Verständnis ganz sicher als starker Grundwert angesehen werden muß.

Wir sind dem Landesverband Baden-Württemberg dankbar, daß er dazu den Antrag B 133 eingebracht hat. Wir halten es für mög-

lich, daß in dieser Form, bei dem großen Vorspann, der Begriff "Frieden" mit der ihm zugehörigen Wertigkeit erwähnt wird und als Wert vor den drei genannten Grundwerten seine Bedeutung bekommt. Durch den Antrag B 133 könnte der längere und etwas umständlichere Antrag C 5 des Kreisverbandes Düsseldorf auf Seite 37 gegenstandslos werden. Ich möchte die Freunde von Schleswig-Holstein fragen, ob nicht auch ihr Anliegen durch diesen Antrag von Baden-Württemberg voll erfüllt wird. Dann wären durch die Annahme dieses Antrages B 133, die ich sehr herzlich empfehlen möchte, die beiden weiteren Anträge positiv beschieden.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Petermann. Das Wort hat Frau Altewischer.

Doris Altewischer: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich spreche für den Antrag B 96 des Kreisverbandes Dortmund und beziehe mich auf die Ausführungen der Vorrednerinnen. Uns scheint die Formulierung, die der Kreisverband Dortmund vorgelegt hat, einfach besser zu sein. Wir meinen, es müßte positiv begonnen werden, damit wir nicht in die Gefahr geraten, für Konflikttheoretiker gehalten zu werden.

Außerdem haben wir den Begriff "Brüderlichkeit" eingeführt, der, wenn ich es recht übersehe, bisher in unserem Programm fehlt, der aber eigentlich im christlichen Selbstbewußtsein und in dem einer christlichen Partei eine zentrale Stellung haben sollte.

Dann haben wir die Worte "absolute Wahrheit" durch die Worte "ganze Wahrheit" ersetzt. Das scheint uns nicht nur den Vorteil zu haben, daß wir ein deutsches Wort verwenden, sondern es ist auch sinnvoller.

Den letzten Satz bitten wir zu streichen. Er scheint uns angeflickt und in diesem Zusammenhang auch nicht sehr sinnvoll zu sein.

Wir bitten also, dem Antrag von Dortmund stattzugeben.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Altewischer. Das Wort hat jetzt Herr Klapheck, Junge Union; danach Herr von Loewis.

Helmut Klapheck: Meine Damen und Herren! Ich möchte sehr nachdrücklich für den Antrag des Bundesvorstandes und damit dafür sprechen, daß der Tatbestand des Konfliktes als Grundtatbestand menschlicher Existenz weiter in unserem Grundsatzprogramm genannt wird.

(Beifall)

Ich meine nämlich - ich würde eigentlich noch viel weitergehen wollen -, daß die unbestreitbare Tatsache, daß es unterschiedliche Meinungen und Interessen gibt, per definitionem ein Konflikt ist. Dieser Konflikt ist nun einmal Grundtatbestand menschlicher Existenz. Weil es diesen Grundtatbestand gibt, gibt es auch die demokratische Staatsform, die dazu dienen soll, solche Konflikte friedlich und fruchtbar auszutragen. Dafür gibt es auch demokratische Parteien, in denen das zu geschehen hat.

Wir sollten uns hier nicht vor einem Begriff scheuen, den an-

dere ganz anders verstehen als wir, nämlich so, durch den Totalkonflikt von heute Meinungsunterschiede gewaltsam für die Zukunft auszuschließen. Deshalb ein klares Ja zum Konflikt, der friedlich und fruchtbar und in gegenseitiger Achtung ausgetragen wird. Ich meine, das ist Lebensprinzip auch dieser Partei.

Ich bitte um Annahme des Antrages des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Klapheck. Bitte, Herr von Loewis.

Heiner von Loewis: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ebenfalls für den Vorschlag des Bundesvorstandes. Allerdings möchte ich bitten, es so zu sagen, wie es eine Vorrednerin vorgeschlagen hat: "Kein Mensch ist im Besitz der absoluten Wahrheit".

Ich möchte vor allen Dingen darauf hinweisen, daß wir in dem Antrag B 60 vom Zusammenleben der Menschen reden. Ich halte es für schlecht, wenn jetzt mit den nachfolgenden Anträgen das Miteinander immer wieder neu definiert werden soll. Damit machen wir uns die Arbeit zu schwer. Wir haben mit dem vorangegangenen Antrag gesagt, wie das Miteinander geregelt sein soll. Wir können aber nicht so blauäugig sein und sagen, es gebe keine Konflikte.

In dem vorliegenden Absatz nehmen wir dazu Stellung, wie Konflikte nach unserem Selbstverständnis zu lösen sind. Darum bin ich der Meinung, daß der genannte Antrag mit der einen Änderung - "Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit" - angenommen werden sollte.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr von Weizsäcker für die Antragskommission.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu dem Wunsch, aus dem Frieden einen weiteren Grundwert zu machen. Würden wir dies wollen, so müßten wir das im Grundwertekapitel und nicht hier in der Ziffer 6 oder 7 - gewissermaßen zwischen den Zeilen - einführen. Wir haben darüber eine ganz ausführliche jahrelange öffentliche Diskussion geführt. Aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, haben wir uns darauf verständigt, die drei Grundwerte, die älter sind als alle heute tätigen demokratischen Parteien, zu unseren Grundwerten zu machen. Das enthebt uns natürlich nicht, den Frieden programmatisch und tatsächlich mit dem Gewicht auszustatten, das ihm zukommt.

Das Zweite! In der Ziffer 7, die im Zusammenhang mit der vorangehenden Ziffer und der nachfolgenden Ziffer 8 zu sehen ist, wird erstens von der Existenz der Konflikte gesprochen - was niemand von uns leugnen wird - und zweitens von der Notwendigkeit und Fruchtbarkeit, diese Konflikte offen und in gegenseitiger Achtung auszutragen. Ich glaube, diese Erkenntnis der Notwendigkeit der Behandlung von Konflikten - da sie nun einmal existieren - ist älter als alles das, was wir an Konflikttheorie und Konfliktpädagogik später gehört haben.

Darüber, daß wir uns mit der Konflikttheorie und mit der Konfliktpädagogik kritisch befassen müssen, gibt es gar keinen



Streit. Das erfolgt in dem Artikel über die Entfaltung, Bildung und Erziehung nämlich hinten in der Ziffer 38.

Dort wird ausführlich und ausdrücklich erklärt, daß konfliktorientierte Pädagogik Isolierung und Feindseligkeit erzeugt, daß aber Erziehung die Erkenntnis vermitteln soll, daß ein Mindestmaß an Übereinstimmung im Umgang miteinander und im Wertbewußtsein gebraucht wird usw. Mit anderen Worten, das hier gemeinte Anliegen ist im Grundsatzprogramm ausdrücklich enthalten.

Hier dagegen geht es nach unserer Überzeugung, wie ich sagte, darum, daß wir den Konflikt, der besteht, offen austragen und fruchtbar machen und - und das ist natürlich sehr wichtig - daß wir dann hinzufügen: Im Streit muß sich bei diesen Konfliktaustragungen eben jeder mit seinem Standpunkt selbst verantworten, ohne sich auf irgendeine absolute Wahrheit berufen zu können und damit im Wege der Konfliktaustragung ja vollkommen intolerant zu werden.

Deswegen ist es ja auch so wichtig, daß dann nachher in der Ziffer 8, die der Ziffer 7 folgt, angeschlossen wird, daß diese unsere Erkenntnis über die Art und Weise der Konfliktaustragung uns davor bewahrt, Politik zu ideologisieren. Das ist unsere politische Position, die wir einer anderen politischen Position entgegensetzen haben.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, bei dem Vorschlag der Antragskommission zu bleiben. Wie der Vorredner möchte ich sagen, der Satz "Niemand verfügt über die absolute Wahrheit" sollte verändert werden in die Formulierung: "Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit".

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis. Wir sind jetzt nach zweieinhalb Stunden bei Ziffer 7. Das Programm hat 137 Ziffern. Jede weitere Schlußfolgerung kann, glaube ich, jeder für sich ziehen.

Das Wort zu Ziffer 7 hat jetzt noch Herr Aretz. Ich gehe davon aus, daß damit die Rednerliste zu Ziffer 7 geschlossen ist. Herr Aretz, bitte.

Heinz Aretz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Mönchengladbach hatte den Vorschlag gemacht, den letzten Satz "Jedermann ist Irrtum und Schuld ausgesetzt" als ersten Satz bei Ziffer 8 einzufügen. Das ist auch geschehen. Allerdings müßte dann dieser Satz "Jedermann ist Irrtum und Schuld ausgesetzt" hier bei Ziffer 7 gestrichen werden. Ich nehme an, daß das so gedacht ist und daß es nur hier nicht ausgedruckt worden ist. Vielleicht könnte man es hinsichtlich des Satzes "Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selber verantworten" mit der absoluten Mehrheit einfacher haben, wenn man in den ersten Satz als Nebensatz einfügte: "da niemand über die absolute Wahrheit verfügt".

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung. Es geht um Seite 32 des Antragsbuchs. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 89 in Verbindung mit Antrag B 3 mit der von der Antragskommission soeben vorgetragenen Änderung: "Niemand" wird durch "Kein Mensch" ersetzt. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einer Reihe von Gegen-

stimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich gehe davon aus, daß der Parteitag im übrigen den Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 7 folgt.

Nun haben zwei Kinder um das Wort gebeten, und da wir menschliche Politik wollen, bekommen sie dieses Wort für einen Augenblick. Bitte, Herr Generalsekretär!

(Heiterkeit)

- Das bezog sich darauf, daß es ein Wunsch des Generalsekretärs war.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren, es handelt sich um zwei Kinder, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben. Sie möchten der Frau Kultusminister einen Blumenstrauß überreichen.

(Beifall - Zwei Kinder überreichen Frau Dr. Hanna Renate Laurien einen Blumenstrauß)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich wünsche der Frau Kultusminister nur, daß sie von den Kindern auch noch Blumen bekommt, wenn sie in der Schule sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich rufe Ziffer 8 auf. - Keine Wortmeldung. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Herr von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie der letzte Diskussionsredner mit Recht festgestellt hat, bedarf es in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung - das finden Sie im Antragsbuch auf Seite 35 - der Streichung des fettgedruckten Satzes "Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt", weil wir diesen Satz ja soeben als Schlußsatz der Ziffer 7 beschlossen haben.

(Widerspruch - Zurufe: Genau andersherum!)

- Ach so, Verzeihung!

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Einen Moment! Herr von Weizsäcker, sagen Sie bitte noch einmal klar, was Sie wollen.

(Heiterkeit)

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Herr Präsident, ich habe mich in bezug auf das, was der Vorredner gesagt hat, geirrt. Er hat - ich verstehe ihn jetzt richtig - gesagt, wir müssen, da der Satz "Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt" bereits als Satz 1 in Ziffer 8 enthalten ist, diesen Satz als letzten Satz der Ziffer 7 streichen.

(Zustimmung)

Das ist inhaltlich dasselbe, und demgemäß bitte ich zu verfahren und meinen Irrtum zu entschuldigen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Jeder Mensch ist des Irrtums fähig. Es wird entschuldigt.

(Heiterkeit)

Das Wort hat Herr Pflüger von der Jungen Union.

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Der letzte Satz des Antrags B 132 auf Seite 36 des Antragsbuchs wird von der Jungen Union als Zusatzantrag aufrechterhalten. Wir sind der Auffassung, daß aus dem, was wir in den letzten beiden Thesen entwickelt haben, nämlich daß eine Gesellschaft von Konflikten lebt, daß es Konflikte in der Gesellschaft gibt, nichts als abgeschlossen und endgültig betrachtet wird, Politik nicht ideologisiert wird, auch folgt - und hier auch ausdrücklich gesagt werden sollte -, daß es deshalb Aufgabe ist, ständig an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu arbeiten. Damit setzen wir uns ab von Marxisten, die etwa behaupten, daß es in einem Endstadium einer Gesellschaftsentwicklung nicht mehr notwendig ist, diese Gesellschaftsordnung noch weiterzuentwickeln, die also sagen: Es ist möglich, einen Endzustand, der perfekt ist, zu erreichen. In dem Moment, in dem wir hier sagen: es ist immer notwendig, an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu arbeiten, ziehen wir die Konsequenz aus dem vorher Gesagten und leisten hier einen Beitrag dazu, daß wir uns als Union für die demokratische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft einsetzen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Pflüger.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 8. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge B 3 zweiter Halbsatz und B 117 in der neuen Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Auch einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel II auf: "Grundwerte". Ich habe hier die Wortmeldung von Herrn Fischer. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Herr Fischer, bitte.

Dirk Fischer, Hamburg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag C 1 ist in dem Antragsbuch falsch eingeordnet worden. Es war nicht die Absicht des Landesverbandes Hamburg, dieses ganze Kapitel mit der neu vorgeschlagenen Überschrift zu versehen, sondern diese Überschrift soll nach unserer Meinung die bisherige Zwischenüberschrift vor der These 29 ersetzen. Die Änderung dieser Zwischenüberschrift halten wir deshalb für sinnvoll, weil die Antragskommission ja die Einleitung dieser These im Sinne des hamburgischen Antrages empfiehlt. Deshalb meinen wir, daß es griffiger und inhaltsreicher ist, hier zu sagen: "Grundwerte als Orientierung und Maßstab unserer Politik" statt "Verwirklichung der Grundwerte".

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 37 des Antragsbuchs.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der dort angegebenen Anträge. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt auf Seite 39 des Antragsbuchs Annahme des Antrags C 18. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? -

Ich sehe keine Ablehnung. Wer möchte sich der Stimme enthalten?  
- Keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 10 auf. Wortmeldungen? - Ich habe hier drei Wortmeldungen. Darf ich davon ausgehen, daß damit die Rednerliste zu Ziffer 10 geschlossen ist? Das Wort hat zunächst Herr Gerster.

Horst Gerster: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entwurf des Grundsatzprogramms bekennt sich zur Freiheit des einzelnen, ohne jede Definition zunächst, was unter der Freiheit des einzelnen zu verstehen ist. Daß diese Definition notwendig ist, liegt auf der Hand, da auch Sozialisten und Kommunisten von der Freiheit des einzelnen reden, damit aber eine kollektivistische Freiheit meinen, also wie ich glaube, eine spezifische Form der Unfreiheit.

Die Antragskommission hat diese Schwäche des Entwurfs zwar erkannt; was sie aber als Beschreibung der Freiheit anbietet, ist meiner Meinung nach unklar, sogar mißverständlich. Freiheit ist danach nur die Feststellung, daß der Mensch als sittliches Wesen vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln können soll. Was heißt übrigens in diesem Zusammenhang "vernünftig"? Zur Freiheit gehört nach meinem Verständnis, daß der Mensch natürlich auch das Recht hat, unvernünftig zu handeln.

Daher bitte ich Sie im Namen der CDU Mainz, den Antrag C 52 anzunehmen. Er definiert die Freiheit klar und deutlich, nämlich durch folgende Formulierung: "Freiheit bedeutet, daß jeder Mensch sein Leben in persönlicher Unabhängigkeit und in eigener Verantwortung gestalten kann." Daran schließt sich dann die von der Antragskommission empfohlene weitere Formulierung nahtlos an, nämlich: "Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. ..."

Würden Sie dem Antrag der Antragskommission folgen, würde der Begriff Freiheit sehr nebulös, die Begrenzung der Freiheit dagegen sehr hart und klar umschrieben werden. Dies kann nicht das Ziel unseres Grundsatzprogramms sein.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. - Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß zu Ziffer 10 auch die Tischvorlage Antrag C 448 gehört. - Das Wort hat Frau Professor Wisniewski.

Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat die Formulierung des Landesverbands Baden-Württemberg zum Begriff der Freiheit übernommen bzw. zur Annahme empfohlen. Es fehlt jedoch ein entscheidender Satzteil. Die von der Antragskommission empfohlene Fassung des Satzes 4 lautet: "Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen." Wir hatten vorgeschlagen: "Die Freiheit des anderen und moralisch-ethisch-sittliche Normen bedingen und begrenzen die eigene Freiheit." Ich hatte den Eindruck, daß hier nur ein Versehen vorliegt. Ich jedenfalls halte es für wichtig, daß wir uns nicht allein auf die jetzt vorgeschlagene Freiheitsdefinition beschränken, wonach die Freiheit des einzelnen durch die Freiheit des anderen begrenzt wird. Denn das ist eine Formulierung, die aus dem Liberalismus stammt. Wir sind auch an moralisch-ethisch-sittliche Normen gebunden, ohne daß im einzelnen entwickelt werden müßte, woher diese allgemein anerkannte Norm stammt.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat Frau von Elverfeldt.

Frau Ferdinande von Elverfeldt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag C 41. Wir finden den absoluten Ausdruck "Der Mensch ist frei" mißverständlich, vor allem auch im Hinblick darauf, daß an anderer Stelle die Begriffe Wahrheit und Gerechtigkeit relativiert werden, indem es dort heißt "Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit" (Ziffer 7) bzw. "Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar" (Ziffer 28). Hier steht aber ganz absolut: "Der Mensch ist frei." Wenn wir Christen sind, sprechen wir sogar von "Knechten". Ich glaube also, daß die Freiheit hier auf der Erde nicht das ist, was unser Begriff der Freiheit bedeutet.

Herr von Weizsäcker, im Bezirksausschuß in Freiburg haben Sie mir damals recht gegeben, daß das so absolut nicht stehenbleiben kann. Unser Vorsitzender, Herr Kohl, hat, als er über die Freiheit sprach, gesagt: "der freie, nicht verwaltete Mensch", hat also den Bezug zur Verwaltung hergestellt. Herr Geißler hat von der "größtmöglichen Freiheit" gesprochen, hat also auch nicht die Freiheit absolut gesetzt; ich habe bei seinem Vortrag sehr genau aufgepaßt.

Daher bitte ich Sie, entsprechend unserem Vorschlag folgende Fassung zu beschließen: "Der Mensch ist zur Freiheit geschaffen." Dadurch wird die Relativität zum Geschaffen-Sein hergestellt.

Damit ich nicht gleich noch einmal das Wort nehmen muß, darf ich an dieser Stelle auch zu Ziffer 13 und Ziffer 14 sprechen. In Ziffer 13 wird von der "Verwirklichung der Freiheit" gesprochen, was eben in diesem Sinne nicht möglich ist. In Ziffer 14 heißt es "Freiheit verwirklicht sich ...". Auch darauf bezieht sich unser Anliegen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Was den Antrag C 33 angeht, so glauben wir, daß das, was in den ersten beiden Sätzen zum Thema Freiheit gesagt wird, durchaus verständlich ist, daß es also einer inhaltlichen oder sprachlichen Änderung nicht bedarf.

Was den hier gestellten Antrag des Landes Baden-Württemberg angeht, so meinen wir, daß die vorgeschlagene Formulierung "moralisch-ethisch-sittliche Normen" sehr allgemein und sehr unverständlich ist, weil hier drei verschiedene Begriffe zusammengepackt werden.

(Zustimmung)

Wir meinen, es ist viel klarer, wenn gesagt wird, daß die Freiheit des einzelnen durch die Freiheit des anderen begrenzt wird. Im übrigen sagen wir in einer nachfolgenden Ziffer zu der gegenseitigen Begrenzung der Grundwerte etwas. Wir glauben, daß diese Aussagen völlig ausreichend und klar sind. Daher plädieren wir für Ablehnung des hier vom Landesverband Baden-Württemberg gestellten Antrages.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Sie haben die Auffassung der Antragskommission gehört.

Die Antragskommission empfiehlt auf Seite 41 Annahme des Antrags C 33 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Zahlreiche Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Wenige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 11 auf, dazu Seite 46 im Antragsbuch. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 66. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer lehnt ab? - Einer. Wer enthält sich der Stimme? - Einer. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 12, Seite 47. - Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 82 in Verbindung mit dem Antrag C 84 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wenige. Wer enthält sich der Stimme? - Wenige. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 13, Seite 50. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Herr Hoeltz aus dem Rheinland.

Jürgen Hoeltz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 13 finden wir den Satz: "Die freie Entfaltung der Person wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Chancen und Güter." Meine Damen und Herren, ich halte den Fall für durchaus denkbar, daß kaum etwas zu verteilen da ist. Dann ist auch keine Entfaltung der Person gegeben. Ich meine, die freie Entfaltung der Person hängt weit mehr von der Existenzsicherung ab. Wir schlagen deshalb vor, diesen Satz unzuformulieren wie folgt: "Die freie Entfaltung der Person wächst auf dem Boden von Chancengerechtigkeit und Existenzsicherung." Nur dann ist hier eine wirkliche Aussage gegeben.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Bitte, Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Die Frage der Existenzsicherung wird in einem späteren Kapitel im Zusammenhang mit Sozialstaat und Sozialversicherung angesprochen. Wir glauben, daß diese Äußerung so, angereichert durch persönliches Eigentum usw., ausreichend ist.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben die Stellungnahmen gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages C 102 auf Seite 50 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Einige Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Wenige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Ziffer 14. Wortmeldungen?

(Zurufe: 13 a!)

- Entschuldigung, ich habe auf der Seite 50 unten aufzurufen: Als neue Ziffer 13 a soll eine neue Fassung, die aus einigen Anträgen resultiert, aufgenommen werden. Wer der Empfehlung zustimmt, diese neue Ziffer 13 a aufzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer lehnt das ab? - Niemand. Wer enthält sich? - Einige wenige. Dann ist so beschlossen.

Zu Ziffer 14 liegt eine Wortmeldung von Herrn Schlottmann vor. - Bitte!

Norbert Schlottmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich plädiere für eine Änderung des Antrages C 151 im Sinne des Antrages C 136 des Kreisverbandes Herne, und zwar trete ich ein für die Änderung des Satzes 2 wie folgt: "Der Bürger soll Freiheit in der Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und verwirklichen." Diese Reihenfolge halten wir für logischer, weil sie nicht nur der Bedeutung der Familie entspricht, sondern auch von der engsten Umgebung des Menschen ausgehend den Lebensraum in der richtigen Reihenfolge darstellt und ausweitet. Wir gehen auch davon aus, meine Damen und Herren, daß die Arbeitswelt als Erfahrungs- und Verwirklichungsraum für die Freiheit nicht für alle Bürger zutrifft, für die Kinder nicht, für die Frauen nicht, für die alten Menschen nicht. Wir sind also der Auffassung, daß das in der Familie für alle eher und mehr gewährleistet ist, und ich stelle den Antrag in diesem Sinne.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Schlottmann. - Das Wort hat die Antragskommission, Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm, Antragskommission: Die Antragskommission schließt sich dem Antrag an, weil diese Reihenfolge auch nach unserer Auffassung sinnvoller ist.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt auf Seite 53 die Annahme der Anträge C 125 und C 126 in der Ihnen vorliegenden Fassung mit der eben vorgenommenen Ergänzung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte dagegen stimmen? - Ich sehe niemanden. Wer möchte sich enthalten? Auch niemand. Dann ist so beschlossen. - Zur Korrektur des Protokolls: Es ist zu Ziffer 14 eine Enthaltung gewesen.

Ich rufe Ziffer 15 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung über die Empfehlungen auf Seite 57. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 155 in der Ihnen vorliegenden Fassung anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Wenige Ablehnungen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 16 auf Seite 61 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 178 in Verbindung mit C 180 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer lehnt ab? - Wenige Ablehnungen. Wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 17 auf. Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 184 in Verbindung mit C 187 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Niemand. Wer möchte sich enthalten? - Niemand. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 18 auf. Keine Wortmeldung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 199. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Ich sehe keine Stimme. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 19 auf. Hierzu liegt die Wortmeldung von Herrn Dr. Janning vor. Ich bitte Herrn Dr. Janning ans Pult.

Dr. Heinz Janning: Ich spreche nicht für die Antragskommission, sondern für den Antrag C 239 des Kreisverbandes Steinfurt auf Seite 68. Ich wende mich gegen Ziffer 19 in der Fassung des Bundesvorstandes in Antrag C 216. Diese Bundesvorstandsfassung leitet richtig ein, indem sie Solidarität als Grundlage des Systems der sozialen Sicherung normiert. Es folgt dann - so ist erkennbar - eine Absage an die Almosenmentalität einerseits und an die Versorgungsmentalität andererseits. Die Ausprägungen, die Konkretisierungen dieser Ausgangsposition finden wir dann in den Ziffern 98 und 99 unter "Sozialpolitik" -

Ich habe an dieser Ziffer zwei Dinge zu kritisieren. Es ist erstens von einem Recht auf Geborgenheit die Rede. Ich meine, hier wird das System der sozialen Sicherung überfordert, Geborgenheit kann allenfalls in Verbindung mit der personalen Solidarität - Ziffer 21 - gewährleistet werden.

Der zweite Punkt: Die Absage sowohl an Almosenmentalität als auch - das steckt ja wohl dahinter - die Absage an die Staatsbürgerversorgung ist meines Erachtens zu verkürzt, wenn man dann in dieser Unverbundenheit von Recht auf Sicherheit spricht, ist die Fassung zu weit und trägt damit auch den Gedanken der Staatsbürgerversorgung. Aus diesem Grunde die Umformulierung in Antrag C 239. Die Struktur sieht folgendermaßen aus: Satz 2 Gedanke der Sozialversicherung, Satz 3 Anspruch auf Sozialleistungen, weil dem ein Anspruch auf angemessene Existenzsicherung entspricht, Satz 4 die Absage an den Gedanken der Staatsbürgerversorgung.

Wir haben diese Änderung deswegen vorgenommen, weil wir uns bereits im Stadium der normativen Vorgaben Klarheit verschaffen müssen und das nicht erst bei den Konkretisierungen tun dürfen, weil über die Frage, welche Rolle und welche Grenzen dem Sozialstaat zukommen, hier schon die Weichenstellungen zu sehen sind.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort für die Antragskommission hat Frau Waschbüsch.

Rita Waschbüsch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Meinung, daß wir diesem Wunsche nicht folgen sollten. Wir haben zwar in der Weise geändert, daß wir gesagt haben "keine" statt "nicht", was eine sprachliche Verbesserung bedeutet. Wir haben auch den Gedanken aufgenommen, daß der Mißbrauch der sozialen Sicherung ganz eindeutig im Zusammenhang mit der Solidarität abgelehnt werden muß. Wir sind aber der Meinung, daß wir das Wort "Geborgenheit" durchaus stehen lassen sollen. In dem Zusammenhang, in dem es steht, ist es eine Verstärkung und durchaus etwas, was positiv deutlich machen kann, was wir wollen.

Die vorgeschlagene Neufassung sieht eine Dreiteilung des Systems der sozialen Sicherung schon an dieser Stelle vor, die wir hier ablehnen, weil wir glauben, daß es sinnvoll ist, hier eine allgemeine Charakterisierung der sozialen Sicherung vorzunehmen, aber nicht schon das, was wir nachher bei der Sozialen Marktwirtschaft abhandeln, im Detail hier aufzuführen.



Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung, Seite 65. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge Nr. C 216, C 217 und C 218 in der Ihnen vorliegenden neuen Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer möchte ablehnen? -

Darf ich um Wiederholung bitten. Wer möchte annehmen? - Danke. Wer möchte ablehnen? - Das Präsidium ist einmütig der Meinung, das erste sei die Mehrheit.

( Beifall und Widerspruch )

- Gibt es dagegen Widerspruch? - Kein Widerspruch; dann muß nicht ausgezählt werden. Es ist entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 20 und 21 zusammen auf, weil die Antragskommission empfiehlt, die Ziffern 20 und 21 zusammenzufassen. Es hat sich Herr Dr. Pahl gemeldet - ich glaube, das heißt so, jedenfalls aus dem Landesverband Rheinland.

( Zurufe: Pohl! )

- Herr Pohl, bitte.

Dr. Ottmar Pohl, Düsseldorf: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich wollte aber zu den Anträgen Nr. C 306 und C 290 sprechen. Das betrifft die Ziffer 22. Ich bitte, mich dann noch einmal aufzurufen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Also nicht zu den Ziffern 20 und 21?

Ich rufe die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 69 zur Abstimmung auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Einige Ablehnungen. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen.

Wir kommen zur Ziffer 22, Seite 75. Jetzt bitte Herr Pahl!

( Heiterkeit )

Dr. Ottmar Pohl, Düsseldorf: Vielen Dank, Herr Präsident. - Das kommt davon, wenn man eine schlechte Schrift hat, meine Damen und Herren. Ich habe dafür schon auf der Schule immer ein "mangelhaft" bekommen. Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Trösten Sie sich, Herr Pohl: Meine ist noch schlechter.

Dr. Ottmar Pohl, Düsseldorf: Vielen Dank. Ich spreche für den Antrag Nr. C 306 des Kreisverbandes Köln, und zwar mit der Modifikation, daß wir die ersatzlose Streichung der beiden letzten Sätze nicht mehr beantragen. Wir sind aber weiterhin dafür, eine Aussage zu der künftigen Generation im Zusammenhang mit der Frage der Solidarität in Ziffer 22 aufzunehmen. Wir beantragen einen Satz: "Solidarität bedeutet insbesondere auch die Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen." Meine Damen und Herren, in Ziffer 17 bis 22 haben wir den Begriff der Solidarität in alle möglichen Wechselbeziehungen gestellt, aber im Zusammenhang mit diesem Begriff der Solidarität keine Aussage zur künftigen Generation gemacht. Wir vom Kreisverband Köln sind der Auffassung, daß gerade in der heutigen Zeit auch eine Aussage über die Solidarität gegenüber der künftigen Generation erfolgen sollte, in einer Zeit, in der wir dabei sind, z. B. in der Finanzpolitik die Zukunft der kommenden Generation zu verschleiern, in der

wir uns in der Rentenpolitik Gedanken darüber machen, ob wir wirklich noch in der Solidarität mit den künftigen Generationen stehen. Wir sind der Auffassung, daß hier auch der Wechselbezug zur künftigen Generation und die Verpflichtung gegenüber dieser Generation festgeschrieben werden sollten. Wir haben deshalb die herzliche Bitte, diesen Satz als Ergänzung aufzunehmen. Auf eine Streichung im übrigen würden wir verzichten.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für die Antragskommission Herr Janning bitte.

Dr. Heinz Janning, Antragskommission: Ich darf zunächst klarstellen, daß wir uns nicht gegen dieses Anliegen wenden. Dieses Anliegen kommt nachher in unseren konkretisierenden Anträgen sehr deutlich zum Ausdruck. In der Antragskommission waren wir der Auffassung, an dieser Stelle sei das verfrüht, weil die Bedeutung der Solidarität zwischen den Generationen relativiert werden könnte, wenn man sie nicht als Selbstverständlichkeit, als integralen Bestandteil der Solidarität schlechthin versteht. Deswegen sollte man das nicht an dieser Stelle aufgreifen, sondern erst später, wenn es um den Generationenvertrag, die Grenzen der Verschuldung und solche Fragen geht. Das sind dann die konkretisierenden Sätze.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich rufe zur Abstimmung auf, Seite 75. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 290, C 291, C 292 und C 293 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte dagegen stimmen? - Mehrere Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 23 auf, Seite 80. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages Nr. C 320. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer möchte ablehnen? - 2 Ablehnungen. Wer enthält sich? - 1 Enthaltung.

Ich rufe Ziffer 24 auf, Seite 81. Ich habe eine Wortmeldung von Frau von Elversfeldt. - Bitte!

Frau Ferdinande von Elverfeldt, Heimbach: In der Ziffer 24 geht es auch wieder um den Freiheitsbegriff. Dort steht: Recht macht Freiheit auch für den Schwächeren möglich. Ich glaube, auch das ist illusionistisch. Denn schon in der Schwäche liegt die Unfreiheit. Deswegen kann ich auch mit allerbesten Politik einem Schwachen keine absolute Freiheit ermöglichen. Ich möchte deshalb den Parteitag bitten, mit mir den Antrag Nr. C 326 anzunehmen, mit der Fassung: Recht vergrößert auch den Freiheitsraum für den Schwächeren.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Nein, sie verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages Nr. C 325. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer möchte ablehnen? - Mehrere Ablehnungen. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 25 auf, Seite 82. Hierzu haben wir acht Wortmeldungen.

Das gibt mir Gelegenheit zu einer geschäftsleitenden Bemerkung. Wir möchten den Abschnitt II noch vor der Mittagspause zu Ende beraten. Darf ich Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir mit diesen acht Wortmeldungen die Rednerliste zu Ziffer 25 schließen? - Das ist offensichtlich der Fall. Ich bitte alle Sprecher um äußerste Disziplin hinsichtlich der Zeit und um eine klare Aussage, wofür oder wogegen sie sind.

Das Wort hat zunächst Frau Laurien und dann Herr Vogt. - Bitte schön, Frau Dr. Laurien.

Frau Dr. Hanna R. Laurien: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zur Ziffer 25 gegen die Anträge C 357 und C 339 sprechen, in denen es darum geht, das Wort "Chancengerechtigkeit" durch das Wort "Chancengleichheit" zu ersetzen.

( Beifall )

Ich möchte mich für Chancengerechtigkeit aussprechen.

( Beifall )

Ich möchte das hier nicht in ein Wortgerangel abgleiten lassen, sondern verdeutlichen, warum es sich hier um ein Kernproblem nicht nur unserer Bildungspolitik, sondern unserer Politik handelt. Es ist eine Leitfrage heutiger Politik, wie man Gerechtigkeit für unterschiedliche Menschen verwirklichen kann. In der CDU, meine Damen und Herren, muß man nicht erst gleich werden, um Gerechtigkeit empfangen zu können.

(Beifall)

Die SPD hingegen geht von dem fundamentalen Irrtum aus, daß die Gleichheit der Bildungschancen mehr soziale Gerechtigkeit bringen würde. Wir wissen aus Erfahrung, wie es sich hiermit verhält, und das ist übrigens inzwischen sogar wissenschaftlich bestätigt. Auf einem Parteitag darf man auch einmal eine Literaturangabe machen. Der deutsche Professor Heckhausen und der amerikanische Professor Jencks haben nachgewiesen, daß Gleichheit der Bildungschancen oder Bildungsangebote soziale Ungleichheit erhöht und daß es die menschliche Unterschiedlichkeit verlangt, nicht jedem den gleichen Weg, sondern jedem seinen Weg in Qualität zu vermitteln.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, die Konsequenz zieht das Grundsatzprogramm in Ziffer 37, wo eben nicht ein integriertes, sondern ein differenziertes und gegliedertes Bildungssystem gefordert wird.

Lassen Sie es mich der gebotenen Kürze wegen so sagen: Philologisch könnte ich mich dahin verständigen, daß jemand, der Chancengleichheit sagt, damit einen Chancenausgleich meint und damit nicht eine Gleichheit der Ziele will. Aber, meine Damen und Herren, Politik muß deutlich in der Sprache sein.

(Beifall)

Das Wort Chancengleichheit wird als ein Leitsignal in Sachen Gleichheit mißinterpretiert.

Lassen Sie mich sagen, daß hier auch das gedankliche und sittliche Fundament dieses Programms noch einmal zu zitieren ist. Gleichheit kann ich mechanistisch zuteilen. Gerechtigkeit hingegen verlangt eine menschliche und personale Ent-

scheidung, die nein sagt zum Egoismus und ja sagt zum Recht des anderen auf Gerechtigkeit.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat jetzt Herr Vogt, danach Herr Heckelmann.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich Ihnen, Frau Laurien, in Ihrer Position widersprechen muß, obwohl wir, ganz egal, wer für Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit ist, immer unter dem Zwang der Begründung der jeweiligen Position stehen. Die Sache mit der Chancengerechtigkeit ist nicht so einfach überzeugend, daß es intuitiv eingeht.

Ich will zuerst einmal feststellen, meine Damen und Herren, daß bisher der Begriff der Chancengleichheit in der CDU-Programmatik einen völlig unbestrittenen festen Platz hatte.

(Beifall)

Ich befürchte, daß wir hier wieder einmal auf der Flucht sind. Weil nämlich die SPD den Begriff der Chancengleichheit aufgegriffen hat, streichen wir diesen originären CDU-Begriff aus unserem Programm. Ich frage: Was machen eigentlich die Ängstlichen, wenn sich die SPD demnächst einmal den Begriff der Chancengerechtigkeit zu eigen machen? Dann sind wir wie seinerzeit Kimble wieder auf der Flucht.

(Beifall)

Ich glaube, die CDU muß einen Beitrag zur Gleichheitsdiskussion liefern. Unser Bekenntnis zur Rechtsgleichheit ist richtig, aber kann doch nicht alles sein, was uns bei dem Wort Gleichheit einfällt. Die Ergebnisse einer freien Gesellschaft können als gerecht nur akzeptiert werden - die Ergebnisse in einer freien Gesellschaft sind ungleiche Ergebnisse -, wenn sie auf der Voraussetzung der Chancengleichheit beruhen. Freiheit, die auf Privilegien basiert, ist eine Beschränkung der Freiheit derjenigen, die keine Privilegien haben. Wir sind aber für die Freiheit aller und deshalb für die Chancengleichheit.

Die Besorgnis, der Sie auch Ausdruck gegeben haben, Frau Laurien, der Begriff Chancengleichheit würde der Nivellierung Bahn brechen, kann doch eigentlich nur auf einem Mißverständnis beruhen. Chancengleichheit ist nur sinnvoll, wenn aus gleichen Chancen Unterschiedliches gemacht werden kann. Sonst wäre es keine Chancen-, sondern Ergebnisgleichheit.

(Beifall)

Chancengleichheit ist der Boden der Vielfalt und der pluralistischen Gesellschaft. Der Begriff der Chancengerechtigkeit ist viel anfälliger für Umformung in Nivellierung. Denn vorausgesetzt, Nivellierung wird für gerecht erklärt, müssen die Chancen so verteilt werden, daß die Ergebnisse gleich sind. Chancengerechtigkeit ist für Verschmutzungen anfälliger. Lassen Sie mich dafür einige Beispiele nennen.

Als die DDR den Kindern des Bürgertums den Zugang zur Universität sperrete, war dies in den Augen der Marxisten vielleicht chancengerecht. Aber selbst marxistische Dialektik hätte Schwierigkeiten gehabt, diese Benachteiligung als Chancengleichheit zu maskieren. Chancengleichheit drückt unmißverständlich aus, was in einer freien Gesellschaft gefordert ist.

Die Arbeitgeber haben vor kurzem zum Tarifkonflikt Stellung genommen. Sie haben sich in einem Papier zu diesem Konflikt geäußert. Das Papier ist überschrieben: "Chancengleichheit im Tarif". Man sprach nicht von Chancengerechtigkeit; denn mit Chancengerechtigkeit könnten sie nichts anfangen.

Dieser Parteitag hat gestern durch Heiner Geißler für die Union Chancengleichheit in den Medien gefordert, nicht Chancengerechtigkeit. Ich glaube, auch Helmut Schmidt fiele es nicht schwer, Benachteiligungen der Union bei dieser oder jener Anstalt mit dem Hinweis auf die Chancengerechtigkeit zu begründen. Mit dem Begriff Chancengleichheit könnte er solche Benachteiligungen nicht begründen.

Ein letztes. Marktwirtschaft beruht auf gleichen Zugangschancen der Unternehmen zum Markt. Von einer Wettbewerbsordnung, wie sie Ludwig Erhard verstanden hat, könnte sicherlich nicht die Rede sein, wenn die Zugangschancen nach dem Prinzip der Chancengerechtigkeit für die Unternehmen verteilt würden.

Lassen Sie mich auch noch folgendes anfügen. Meine Damen und Herren, ein Großteil der Kraft der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft wurde auf die Durchsetzung gleicher Chancen verwendet. Dieser Auftrag gilt immer. Eine offene Gesellschaft ist nie fertig. Sie muß ständig Benachteiligungen ausgleichen. Die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft hat nie für Vorrechte einer sozialen Schicht gekämpft, auch nicht der eigenen. Sie hat die Diktatur des Proletariats abgelehnt; diese stand nie auf ihren Fahnen. Die Lösung der Konflikte haben wir nie darin gesehen, daß an die Stelle alter Vorrechte andere, neue Vorrechte treten.

Um so mehr müssen wir für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, ohne Startnachteile und deshalb für eine Politik der Chancengleichheit eintreten; denn erst auf diesem Boden sind Freiheit und Partnerschaft möglich.

Ich sagte einleitend: Wir stehen alle unter dem Begründungszwang. Ich meine, auch bei der Auseinandersetzung um Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit wird kein Glaubenskrieg ausgetragen. Vielmehr geht es darum: Durch welchen Begriff kann man am besten ausdrücken, was wir wollen? Da ist meine Position: Der Begriff der Chancengerechtigkeit hinterfragt nicht, warum es Ungleichheiten auf Grund des gesellschaftlichen Prozesses gibt. Der Begriff der Chancengleichheit zwingt uns mehr, Schichtungen und Ungleichheiten auf ihren Sinn und ihre Berechtigung hin zu überprüfen und zu hinterfragen.

Deshalb plädiere ich für die Anträge C 357 und C 358, also die Anträge der Sozialausschüsse und der Jungen Union.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Redezeit nicht begrenzt, weil jetzt in klarer und unmißverständlicher Form die beiden Positionen - dafür und dagegen - dargelegt worden sind. Ich frage, ob wirklich noch fünf Damen und Herren zur gleichen Sache das Wort haben möchten. Sie haben natürlich das Recht dazu. - Aber ich bitte, daß die Ausführungen so kurz gehalten werden, daß unsere Verhandlungen zügig weitergehen können.

(Beifall)

Bevor der Überprüfungsprozeß, ob alle fünf, die sich zu Wort gemeldet haben, noch sprechen möchten, abgeschlossen ist, habe ich die große Freude, in unserer Mitte die Vertreterin der Christlich Sozialen Union zu begrüßen. Ich begrüße in unserer Mitte auf das allerherzlichste die stellvertretende Vorsitzende der CSU, Frau Staatssekretärin Berghofer-Weichner.

(Beifall)

Wir sind sehr froh, daß seit heute morgen schon auch der andere stellvertretende Vorsitzende der CSU, unser Freund Werner Döllinger, unter uns ist.

(Beifall)

Verehrte gnädige Frau, wir freuen uns auf Ihr Grußwort zu Beginn der Nachmittagssitzung.

Außerdem freue ich mich, daß heute morgen Herr Jean Seitlinger, Abgeordneter des französischen Parlaments und Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, eingetroffen ist. Herr Seitlinger ist uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Zu Ziffer 25 hat nun Herr Heckelmann das Wort.

Günther Heckelmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wolfgang Vogt hat schon in recht plastischer Art und Weise die wesentlichen Gründe dargelegt, warum Chancengleichheit hier der richtige Begriff ist. Kurt Biedenkopf und Richard von Weizsäcker haben auf vielen vergangenen Parteitagen dazu aufgerufen, wieder zur Strategie der sprachlichen Offensive zurückzufinden. Ich meine, diese Aufforderung sollten wir uns hier zu eigen machen. Wir sollten Ludwigshafen nicht nur als Startpunkt einer inhaltlichen Offensive, sondern auch als Startpunkt einer neuen Strategie der sprachlichen Offensive verstehen. Sprachliche Offensive heißt, daß wir das, was wir in diesem Programm definieren, der Bevölkerung auch offensiv darstellen. Diese offensive Darstellung vollzieht sich in dem Begriff "Chancengleichheit" meines Erachtens ganz hervorragend. Damit wird deutlich gemacht, welches die Ziele der CDU sind. Außerdem entspricht dieser Begriff auch dem, was wir selbst in diesem Programm niedergeschrieben haben. Vorhin haben wir beschlossen: Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit der Chancen. Das heißt, vor der Gerechtigkeit - so steht es im Programm - kommt die Gleichheit, der Ausgleich der Chancen. Dies ist es, was wir wollen. Dies sollten wir auch in dem Programm so niederschreiben. Deshalb bitte ich nachdrücklich um Annahme des Antrages, der sich für den Begriff "Chancengleichheit" ausspricht.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Klapheck. Ihm folgt Herr Brunstein.

Helmut Klapheck: Meine Damen und Herren! Ich weise darauf hin, daß von Chancengleichheit schon in der Präambel des Berliner Programms die Rede ist und daß sich derselbe Begriff in der ersten Formulierung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms findet.

(Beifall)

Von der Kontinuität unserer Begriffe hängt auch ihre Durchsetzbarkeit ab. Schon deshalb sollten wir es bei diesem Begriff belassen. Ich meine aber auch, daß der Begriff "Chancengleichheit" jene Kontroverse viel besser ausdrückt, um die es geht: Es geht



Freiheit  
Solidarität  
Gerechtigkeit

CDU  
sich  
soz  
und

**Frei  
Solidaridad  
Gere**





heit  
rität  
chtigkeit  
DU











Entwurf für ein  
Grundsatz-  
programm

1952

Politik für die Freiheit  
Glück für die Menschen

**CDU**  
**II**  
**FÜR**  
**EUROPA**





**CDU**

sicher  
sozial  
und frei

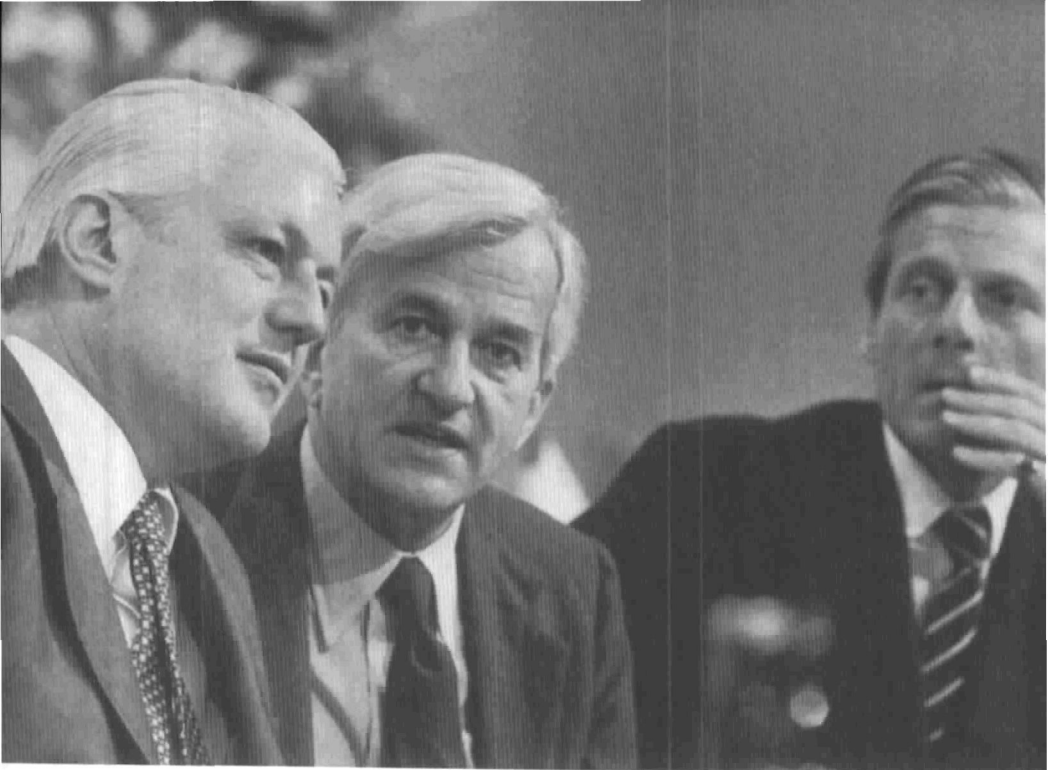
**26. Bundesparteitag**

23. 25.10.1973

# *Solidarität Gerechtigkeit*







*Freiheit  
Solidarität  
Gerechtigkeit*



Frei  
Solidarität  
Gerechtigkeit

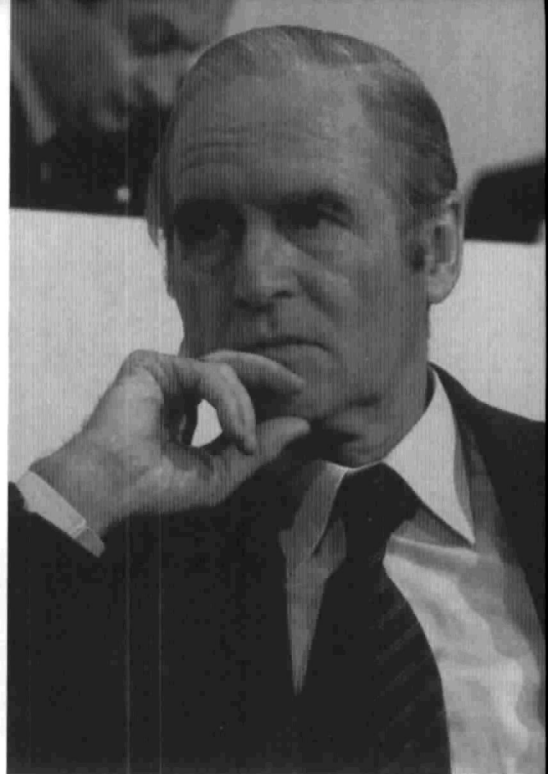
CDU  
Sicherheit  
Sozial  
und Freiheit



heit  
arität  
chtigkeit  
EDU









um die Gleichheit der Chancen und nicht um die Gleichheit der Resultate.

Ich zitiere dazu kurz Kurt Biedenkopf aus seinem Buch "Grundwert in einer freiheitlichen Politik": "Bei der politischen Auseinandersetzung um Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft geht es, verkürzt gesagt, um die Entscheidung zwischen der Gleichheit einer Chance und einer Gleichheit der Resultate."

Ich meine, daß wir hier in der Vergangenheit einen Begriff gefunden haben, der unsere Position sehr deutlich und unmißverständlich umschreibt.

Noch ein Hinweis. In der Sache, in der Beschreibung des Sachverhaltes sind wir einig. Es geht hier tatsächlich darum, welcher Begriff unsere richtige Position empirisch korrekter und im wörtlichen Sinne selbstverständlicher umschreibt. Ich bitte um Beibehaltung des Begriffs "Chancengleichheit".

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Brunstein. Ihm folgt Frau Dr. Eva-B. Rudolph-Heger.

Josef Brunstein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Vogt und der Redner der Jungen Union voll inhaltlich an. Gestatten Sie mir nur einige zusätzliche Hinweise. Wir haben durchgängig von den Düsseldorfer Leitsätzen bis hin zur Mannheimer Erklärung in allen programmatischen Aussagen den Begriff "Chancengleichheit" erwähnt und uns dazu bekannt. Es kann doch nicht angehen, daß wir nun von diesem Begriff Abstand nehmen und ihn durch einen anderen ersetzen, weil die SPD diesen Begriff im Bildungsbereich ebenfalls verwendet und ihn anders auslegt.

(Zustimmung)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die SPD beispielsweise auch die Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwendet. Wenn wir konsequent sein wollten, müßten wir auch diese Begriffe aus unserem Grundwertekatalog streichen.

(Zustimmung)

Wir dürfen uns doch nicht vom politischen Gegner aufzwingen lassen, was wir zu tun haben. Wir sollten die Entscheidung nach unserem Verständnis treffen. Deshalb bitte ich Sie herzlich, die Änderungsanträge der Jungen Union und der Sozialausschüsse anzunehmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Eva-B. Rudolph-Heger.

Frau Dr. Eva-B. Rudolph-Heger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich plädiere für die Annahme der Anträge C 333 und C 341. Der Satz "Chancengerechtigkeit schließt Gleichmacherei aus." ist weit prägnanter als der erste Satz in Absatz 3 des Antrages C 332 des Bundesvorstandes, der lautet: "Chancengerechtigkeit schließt den Versuch aus, die menschlichen Existenzen als solche gleichzumachen." Im übrigen plädiere ich dafür, es bei dem Begriff "Chancengerechtigkeit" zu belassen.

(Beifall)

Es handelt sich hier nicht nur um einen Streit um die Begriffe Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit, sondern es geht um

mehr. Wenn wir, die CDU, von Chancengleichheit sprechen, meinen wir etwas anderes, als wenn die SPD davon spricht, was sie ja sehr oft tut. Nach der sozialistischen Gleichheitsideologie sind die Menschen nicht nur ihrem Menschsein gleich, sondern auch in der Ausstattung ihrer Persönlichkeiten mit Anlagen, Fähigkeiten und Bedürfnissen. Beseitigt man die Unterschiede, die aus äußeren Voraussetzungen resultieren, und gibt man jedem das gleiche Angebot an Bildung sowie beruflichem und wirtschaftlichem Fortkommen, so muß nach sozialistischer Ideologie jeder auch das gleiche Ziel erreichen. Gleichheit der Chancen in diesem Sinne bedeutet Gleichheit der Lebenswege, die dem einzelnen von Staats wegen aufgezwungen wird und der er sich zu unterwerfen hat. Eine solche Chancengleichheit führt zur Gleichmacherei aller, ist Unterdrückung und Unmenschlichkeit für den einzelnen.

(Zustimmung)

Wir haben im Berliner Programm zwar auch von Chancengleichheit gesprochen; das, was wir stets darunter verstanden haben, waren aber nicht gleiche Chancen für jedermann, um jedem den gleichen Lebensweg zu eröffnen und jedem zu dem gleichen Ziel zu führen. Wir haben unter weitestmöglichem Ausgleich der unterschiedlichen äußeren Voraussetzungen vielmehr verstanden, jedem gemäß seinen unterschiedlichen Anlagen, Fähigkeiten und Bedürfnissen die richtige Chance zu geben, um ihm seinen persönlichen Weg zu eröffnen. Das aber ist Chancengerechtigkeit.

(Beifall)

Begriffe stehen für Inhalte und diese für politische Aussagen. Da wir uns inhaltlich von dem unterscheiden, was die SPD unter "Chancengleichheit" versteht, sollten wir den Begriff "Chancengerechtigkeit" im Grundsatzprogramm durchgängig verwenden. Ich verweise an dieser Stelle schon auf Ziffer 59 im Abschnitt IV - Soziale Marktwirtschaft -, wo an Stelle des Begriffs "Chancengleichheit" ebenfalls der Begriff "Chancengerechtigkeit" als der von der CDU verwendete Begriff eingefügt werden sollte.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission hat jetzt Herr Gaßner das Wort.

Hartmut Gaßner, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Vorrednerin habe ich es verhältnismäßig leicht. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß es nach der jahrelangen Erörterung dieser Problematik - die Diskussion hat dies auch bestätigt - wohl nicht zu bestreiten ist, daß die Begriffe "Chancengerechtigkeit" und "Chancengleichheit" in der CDU mit demselben Inhalt verbunden werden.

Es bleibt also zu einem wesentlichen Teil ein semantisches Problem.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen daher, bei der Wortwahl der Vorstandsvorlage zu bleiben, weil sie besser den Ziffern 23 bis 28 entspricht, die unter der Überschrift "Gerechtigkeit" stehen. Zugleich empfiehlt Ihnen die Antragskommission, in Ziffer 25, Zeile 1, einzufügen: "gleiche Chance". Diese Empfehlung entspricht den Anliegen mehrerer Antragsteller und würde noch einmal deutlich machen, daß wir unter diesen verschiedenen Begriffen das gleiche meinen. Das ist kein Ausweichen vor einem besetzten Begriff. Zugleich enthebt uns diese Wortwahl von der



Möglichkeit von Mißdeutungen, weil nicht zu übersehen ist, daß der Begriff "Chancengleichheit" woanders anders verstanden wird, darunter eben nicht verstanden wird, nur der Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen, sondern auch die Gleichheit der Ergebnisse als Ziel in die Überlegungen einbezogen wird.

Wir, meine Damen und Herren, wollen keine Gleichmacherei und wollen auch nicht in diesen Verdacht geraten. Das allerdings kommt nun wiederum, entgegen der Auffassung meiner Frau Vordrednerin, nach meiner Meinung und nach Meinung der Antragskommission in Ziffer 25 recht deutlich zum Ausdruck, wobei diese etwas plakative Formulierung zugunsten einer einem Grundsatzzprogramm angemesseneren Sprache vermieden wird.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags C 332 in Verbindung mit C 336 und C 348.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die eben vorgebrachte Empfehlung - Seite 82 im Antragsbuch. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Wer möchte sich enthalten? - Einige wenige Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 26. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt - Seite 85 des Antragsbuches - die Annahme der Anträge C 359 und C 374 in der vorliegenden neuen Fassung.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Niemand. Wer möchte sich enthalten? - Einige wenige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 27 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt - Seite 87 des Antragsbuches - die Annahme des Antrags C 375 in Verbindung mit C 387 in der Ihnen vorliegenden neuen Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer lehnt ab? - Ich sehe niemanden, der ablehnt. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 28 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Janning vor.

Dr. Heinz Janning: Ich spreche wiederum für den Kreisverband Steinfurt. Ich bitte Sie, den Antrag C 409 auf Seite 91 unten aufzuschlagen. Es geht hier nur um einen scheinbar winzigen Unterschied, den ich aber für sehr bedeutsam halte. Die Bundesstandsvorlage spricht von der Verpflichtung "zu umfassenden Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit", während wir von einer Verpflichtung "zu gezielten Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit" sprechen.

Zur Begründung zwei Hinweise: Die "umfassende Maßnahme ausgleichender Gerechtigkeit" kann viel zu leicht als Begründungsebene, quasi als Gleitschiene für eine umfassende Verteilungs- und Dienstleistungstätigkeit des Staates mißdeutet werden. Auf diese Weise wäre eine klare Eingrenzung der Staatstätigkeit nicht mehr möglich. Deswegen sagen wir: Unserem Verständnis entspricht es, von "gezielten Maßnahmen ausgleichender Gerech-

tigkeit" zu sprechen. Nach unserem Verständnis bedürfen Eingriffe etwa in Leistungsergebnisse einer speziellen Begründung. Wir sprechen im Bereich der Sozialpolitik auch von dem Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit. Um das sprachlich zu verdeutlichen, schlagen wir vor, statt "umfassend" "gezielt" zu sagen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich, Herr Dr. Janning. Herr Gaßner, wünschen Sie für die Antragskommission das Wort?

Hartmut Gaßner, Antragskommission: Die Antragskommission teilt diese Bedenken nicht und empfiehlt, entsprechend der Vorlage abzustimmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 390 in Verbindung mit C 392 in der neuen Fassung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer lehnt ab? - Das Erste war die Mehrheit. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 29 auf. Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß die Rednerliste damit geschlossen ist. Das Wort hat Herr Stückrath.

Manfred Stückrath: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sich die SPD in ihrem Godesberger Programm ähnlich äußert wie die CDU in ihren Grundwerten, sind wir der Auffassung, daß wir die unterschiedliche Bedeutung bei der Verwirklichung der Grundrechte deutlich machen müssen. Aus diesem Grunde schlägt der Kreisverband Bonn Ihnen vor, daß wir die operativen Gestaltungsprinzipien Pluralität und Subsidiarität hier an dieser Stelle einfügen und damit festschreiben.

"Pluralität" bedeutet die Freiheit von Organisationen, Gruppen, Verbänden und Vereinigungen. Ihre Freiheit kommt gerade in der Vielfalt und in der Eigenständigkeit zum Ausdruck, mit der sie im Rahmen der bestehenden Gesetze die Gemeinschaftsaufgaben wahrnehmen. Nach unserer Auffassung umschließt das Gestaltungsprinzip der Pluralität auch den Gedanken der Subsidiarität. Insoweit nehmen wir ausdrücklich auf Ziffer 20 Bezug, die wir soeben einvernehmlich verabschiedet haben.

Da die Union stets die Umsetzung ihrer Grundwerte in Politik über die Gestaltungsprinzipien Pluralität und Subsidiarität vorgenommen hat, schlagen wir vor, diese Gestaltungsprinzipien an dieser Stelle ausdrücklich in unserem Programm festzuschreiben. Durch die Aufnahme dieser Gestaltungsprinzipien in das Grundsatzprogramm machen wir dann noch einmal deutlich, wie unterschiedlich die Auffassung der Union in diesem Bereich gerade auch zu der der SPD ist. Während sich die Union für die Vielfalt der Meinungen ausdrücklich ausspricht, hängt die SPD mehr am kollektivistischen und monopolistischen Gedankengut.

In dem Antrag bekennen wir uns auch ausdrücklich zum Grundsatzprogramm der Kommunalpolitischen Vereinigung, die im übrigen einen etwa gleichlautenden, aber über den eben vorgetragenen noch hinausgehenden Antrag vorgelegt hat.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Pflüger.

Friedbert Pflüger, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dieser These müssen zwei wesentliche Punkte angesprochen werden.

Erstens. Die Antragskommission ist dem Vorschlag der Jungen Union und einiger Kreisverbände gefolgt und hat statt von "Verwirklichung der Grundwerte" von "Orientierung an Grundwerten" gesprochen. Dieses entspricht dem, was auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin von namhaften Wissenschaftlern unter anderem von Herrn Krings aus München gesagt worden ist. Wir müssen uns davor hüten, von einer Verwirklichung von Grundwerten zu sprechen, da dieses - wie Herr Krings auch in diesem Buch von Richard von Weizsäcker deutlich gesagt hat, - einen zu hohen Anspruchshorizont an die Politik stellen würde. Grundwerte dienen als Orientierung, aber sie können nicht verwirklicht werden. Wenn wir behaupteten, daß Grundwerte verwirklichtbar wären, dann wären wir nicht sehr weit von marxistischen Formulierungen entfernt, in denen davon ausgegangen wird, daß die ideale Gesellschaft auf Erden hergestellt werden kann.

Aus diesem Grunde begrüßen wir, daß die Antragskommission dem gefolgt ist. In der Überschrift ist weiterhin von "Verwirklichung der Grundwerte" die Rede. In diesem Zusammenhang weise ich auf einen Antrag hin, der vom Landesverband Hamburg gestellt worden ist und vorhin noch nicht behandelt worden ist. Ich meine den Antrag C 1, der die Änderung der Zwischenüberschrift "Verwirklichung der Grundwerte" zum Inhalt hat. Nach Vorstellung der Hamburger soll diese Zwischenüberschrift lauten: "Grundwerte als Orientierung und Maßstab unserer Politik".

Wir würden dann diesem Mißverständnis, die Politik zu überfrachten und zu viele Erwartungen an sie zu stellen, sehr gut entkommen. Ich bitte also um Annahme dieses Antrages aus Hamburg.

Ein zweiter Punkt, der hier bemerkenswert ist! Die Junge Union hält den ersten Absatz ihres Antrages auf Seite 97 aufrecht. Auch dieser Antrag hat seinen Ursprung in dem, was auf dem Grundsatzforum vor einem halben Jahr gesagt worden ist. Dort ist gesagt worden, daß Grundwerte nicht Maßstab für politisches Handeln sein können, sondern daß sie vielmehr in das Bewußtsein der Leute hinein müssen; sie sind auch Orientierung im privaten Handeln und Zusammenleben der Menschen untereinander.

Wir glauben, daß es eine ganz wichtige Ergänzung dieses Antrages wäre, wenn zum Ausdruck käme, daß Grundwerte nicht nur in der Politik und nicht nur in Parteiprogrammen, sondern als Bestimmungsrichtlinie des gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens eine Rolle spielen sollten.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zu dem Antrag, mit dem die Überschrift verändert werden soll. Daneben sollten in einer extra Betonung die Grundwerte in ihrer Bedeutung im privaten Leben aufgenommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Pflüger. Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Dr. Chr. Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! In diesem Kapitel wird das große Thema unserer Grundwerte auch im Hinblick auf das Wort Freiheit behandelt. Ich

glaube, daß dieses Thema Anspruch genug erheben kann, hier einiges darüber auszusagen.

Das Thema Freiheit ist das Thema unserer Volkspartei. Es kann auch vom geschichtlichen Bereich her eine alte abendländische Tradition von den Griechen über das Christentum bis zu diesem personalen Bezug der Freiheit, wie wir ihn heute entwickeln, nachgewiesen werden. Aus diesem Bezug sind die allgemeinen Menschenrechte entstanden, ist die atlantische Gemeinschaft der Menschenrechte von Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada entstanden. Dies ist das Fundament der sogenannten freien Welt. Wir haben heute wie zu Zeiten der Antike das Spannungsfeld zwischen einem freien Land und einem Land mit Diktatur.

Ich glaube daher, daß die Freiheit einen Rang beansprucht, der über den der übrigen Grundwerte - sowohl in der damaligen Zeit wie in der heutigen - hinausgeht. Professor Biedenkopf hat auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1976 gesagt: "Wir sind der Meinung, Freiheit ist die Folge der Würde des einzelnen, seiner Unverwechselbarkeit als Person als Persönlichkeit, als Mensch."

In diesem Zusammenhang möchte ich den Antrag C 447 der Mittelstandsvereinigung Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Die Freiheit ist eine existenzielle Voraussetzung, um andere Grundwerte überhaupt wirksam werden zu lassen. Wir haben doch die ganzen Jahre über freie Wahlen für Länder gefordert, in denen Diktatur herrscht, insbesondere für den anderen Teil Deutschlands. Wie glauben wir aber, daß Gerechtigkeit oder Solidarität sich überhaupt entwickeln könnte ohne diese existenzielle Voraussetzung der Freiheit?

Genauso ist es bei den politischen Auseinandersetzungen heute. Helmut Kohl hat gestern in seiner Rede gesagt: Es werden christliche Demokraten sein, die hier wie in Europa die Überlegenheit der Freiheit über euro-sozialistische und -kommunistische Ideologien bezeugen. Wir haben den ganzen Bundestagswahlkampf unter der Devise: "Freiheit statt Sozialismus" geführt. Es handelt sich hier also um ein ganz aktuelles Thema. Unser Generalsekretär hat heute in seiner Rede gesagt: "Die CDU vertritt die Philosophie der Freiheit." Ich möchte Sie deswegen bitten, daß wir diesem Wert der Freiheit auch in diesem Grundsatzzprogramm eine entsprechend deutliche Akzentuierung geben.

In dem Antrag C 447 heißt es: Dabei hat Freiheit den Vorrang, denn nur wo sie existiert, ist die Entfaltung der Person gemäß ihrer Anlage und Neigung möglich, also dem christlich-liberalen Persönlichkeitsprinzip entsprochen. Ich glaube, daß wir uns dazu bekennen müssen. Alle anderen Grundwerte können überhaupt nur dann wirksam werden, wenn diese Freiheit im staatlichen Bereich hergestellt ist. Das gilt auch für den einzelnen.

Daher bitte ich Sie, den Antrag C 447 zu beachten. Wenn die Antragskommission glaubt, dem nicht folgen zu können, dann bitte ich sie, zumindest zu sagen: "Nur wo Freiheit existiert, ist die Entfaltung der Person gemäß ihrer Anlage und Neigung möglich, also dem christlich-liberalen Persönlichkeitsprinzip entsprochen". - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Richard von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Zunächst möchten wir von der Antragskommission vorschlagen, dem Antrag C 417 nicht zu folgen. Wir tun das nicht deshalb, weil wir die darin enthaltenen Gedanken ablehnen, sondern weil hier auf eine ziemlich komplizierte Weise mit neuen Begriffen – sowohl einzeln als auch in ihrem Zusammenhang – gearbeitet wird. Ich will natürlich jetzt nicht – das wäre nicht sehr fair von mir – ein Argument umdrehen, das vorhin gegenüber der Antragskommission von der Mehrheit des Parteitages bestätigt worden ist, nämlich wir sollten lieber politisch verständlich als begrifflich korrekt sein.

Aber ich möchte doch vor allem im Hinblick auf den Satz "Pluralität umfaßt auch den Gedanken der Subsidiarität" bitten, hier bei der Abschlußziffer der Grundwerte in dem Duktus zu bleiben, den der Bundesvorstand vorgeschlagen hat und dem sich die Antragskommission mit der Ihnen vorliegenden ergänzten Fassung anschließt.

Bei der Überschrift zu Ziffer 29 möchte die Antragskommission dem hier noch einmal vorgetragenen und begründeten Antrag folgen; es sollte also nicht heißen "Verwirklichung der Grundwerte", sondern "Grundwerte als Maßstab und Orientierung".

Bei dem Antrag C 447 bitte ich folgendes zu bedenken. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß wir in der Bewertung der Freiheit, so, wie sie als Voraussetzung und als Erfüllung unseres politischen Lebens zu sehen ist, übereinstimmen. Der Generalsekretär hat, glaube ich, in einer gebündelten Form die Gedanken zusammengefaßt, die unsere Überlegungen der letzten Jahre und auch die Überlegungen in der Antragskommission gekennzeichnet haben.

Wir können nicht 28 Ziffern lang von drei Grundwerten sprechen, jeden dieser Grundwerte in seiner besonderen Bedeutung und in seiner Beziehung zu den zwei anderen schildern, um dann plötzlich in der Listenziffer doch einem der drei Grundwerte einen Vorrang vor den beiden anderen zu geben.

(Beifall)

Der Generalsekretär hat sich nicht nur auf die Freiheit, sondern ebenso auch auf die soziale Gerechtigkeit und auf die Solidarität berufen.

Ich glaube, der eigentliche Wert unseres Grundwertekapitels besteht gerade in folgendem: Wenn wir die Freiheit als das schildern, was wir uns politisch unter ihr vorstellen, dann müssen wir dazu auf die Begriffe der Solidarität und der Gerechtigkeit zurückgreifen.

Aus diesem und den anderen von Herrn Geißler geschilderten Gründen bittet die Antragskommission Sie herzlich und nachdrücklich darum, an dieser Schilderung der Bezogenheit der Grundwerte zueinander so festzuhalten, wie es in unserem Antrag geschehen ist.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Antragskommission jetzt gehört. Ihre Empfehlungen sind der Seite 92 des Antragsbuches zu entnehmen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages C 412 in Verbindung mit Antrag C 413 in der neuen Fassung. Die An-

tragskommission hat über den gedruckten Text hinaus empfohlen, die Überschrift entsprechend dem Antrag der Jungen Union zu ändern, so daß es heißt: "Grundwerte als Maßstab und Orientierung".

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer lehnt ab? - Einige Ablehnungen. Wer enthält sich? - Zwei Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist es uns gelungen, Präambel, Kapitel I und Kapitel II abzuhandeln. Ich bedanke mich für die konzentrierte Mitarbeit und vor allem dafür, daß, wie von hier oben zu sehen war, während des ganzen Vormittags eine sehr gute Präsenz der Delegierten gegeben war.

Ich berufe die 4. Plenarsitzung für 14.30 Uhr ein und schliesse die 3. Plenarsitzung.

(Schluß der Sitzung: 13.31 Uhr)

Dienstag, 24. Oktober 1978

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.37 Uhr

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf die 4. Plenarsitzung eröffnen.

Ich rufe auf Kapitel III - Antragsbuch Seiten 99 ff. -, "Entfaltung der Person", und gebe zur Einführung das Wort Herrn Köppler.

Heinrich Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Kapitel unseres Grundsatzprogramms, an das wir uns jetzt heranmachen, hat ein weites Echo in der Parteidiskussion ausgelöst. Sie entnehmen das der Tatsache, daß wir fast 900 Änderungsanträge zu diesem Kapitel bekommen haben. Hier werden Bereiche angesprochen - Familie, Erziehung und Bildung, Arbeit und Freizeit -, die politisch besonders sensibel sind, ja, ich möchte sagen, besonders empfindlich gegenüber staatlichen Eingriffen und staatlichen Maßnahmen. Gerade in diesen Bereichen müssen sich nach unserer Vorstellung Politik und Staat auf eine Förderung konzentrieren und dürfen nicht glauben, diese Bereiche im einzelnen selber regeln zu können. Die Aufgabe der Politik besteht darin, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der Mensch als Person in der Familie, im Bereich von Erziehung und Bildung und auch in Arbeit und Freizeit entfalten kann. Lassen Sie mich nur wenige Sätze zur Einführung in die einzelnen Sachbereiche, um die es uns hier geht, vortragen.

Familie: Wir haben nach 1945 erlebt, wie e i n e Institution auch diese Zerstörung fast aller materiellen und geistigen Werte nahezu intakt überstanden hatte: die Familie. Die Gesellschaftswissenschaftler, die Soziologen der 50er Jahre haben zu diesem Phänomen eine ganze Literatur entwickelt. Seit den 60er Jahren erleben wir mehr und mehr, wie Ehe und Familie dreifach unter Beschuß geraten sind.

Einmal unter einen ideologischen Beschuß. Hier sind auch uralte marxistische Thesen wieder aufgewärmt worden, selbst die von Friedrich Engels, daß mit der Ehe und der Familie in der Kulturgeschichte der Menschheit die Unterdrückung der Person entstanden sei und daher die Familie als eine repressive Institution unserer Gesellschaft angesehen werden müsse.

Hinzu kam - gerade in den letzten Jahren - eine stetige Unterhöhung durch Maßnahmen der Rechtspolitik. Wenn uns in einem Familienbericht, den die Bundesregierung vorgelegt hat, dann auch noch offiziell versichert wird, daß etwa die Erziehung der Kinder eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die der Staat der Familie und außerfamiliären Einrichtungen übertrage, dann zeigt das, welches Gesellschaftsbild, welches Bild von der Familie und ihren Aufgaben inzwischen bei uns hoffähig geworden ist.

Hinzu kommt ferner etwas, was wir ebenfalls nicht verschweigen wollen und was in diesem wie auch im folgenden Kapitel unseres Grundsatzprogramms eine Rolle spielt, nämlich die schlechende Enteignung, die gerade Familien mit Kindern dadurch zuteil geworden ist, daß der Familienlastenausgleich, den wir eingeführt haben, einfach sitzengeblieben ist und nicht in dem nötigen Maße an der Entwicklung teilgenommen hat. Das heißt, hier ist eine Depossedierung gerade von Familien mit mehr Kindern eingetreten,

hier ist ein sozialer Skandal unserer Tage zu verzeichnen.

(Beifall)

Mit unseren Aussagen im Grundsatzprogramm wollen wir vor allem zwei Dinge bewirken. Einmal wollen wir bewußt und deutlich in unserer Gesellschaft, in unserem Volk eine Rückbesinnung auf unveräußerliche Werte herbeiführen, nämlich auf die Tatsache, daß die Familie auch dem Staat und damit der Politik vorgeordnet ist und für Staat und Politik nicht verfügbar gemacht werden darf. Zugleich wollen wir aber auch dynamisch nach vorn neue Aufgaben der Politik zur Stützung und Förderung in einer neuen gesellschaftlichen Situation aufzeigen.

Lassen Sie mich zu dem Kapitel Erziehung und Bildung noch ein kurzes Wort sagen, meine lieben Freunde. Ich sage das bewußt auch deshalb, weil noch vor wenigen Monaten in meinem Land, dem größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, für neue Grundsätze in Erziehung und Bildung mehr als 3,6 Millionen Wahlberechtigte im Volksbegehren gegen die Koopschule in Nordrhein-Westfalen demonstriert haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese 3,6 Millionen Frauen und Männer, Mütter und Väter, haben hier nicht gegen irgendeine schulorganisatorische Entscheidung votiert. Sie haben für die Grundsätze votiert, die wir Ihnen hier im Grundsatzprogramm für Bildung und Erziehung zur Verabschiedung vorschlagen. Es geht darum, erstens das Vorrecht der Eltern auch in Bildung und Erziehung deutlich zu machen, was einerseits das Recht bedeutet, auch dem Staat gegenüber den Anspruch deutlich zu machen, daß er hier nicht aus eigenem Recht, sondern im Auftrag der Eltern Erziehungsgarantien schafft, und zum anderen auch die Pflicht der Eltern, nicht nur von der Schule den Mut zur Erziehung zu fordern, sondern auch selbst wieder Mut zur Erziehung zu zeigen. Meine Damen und Herren, der Vorrang in unserem Bildungswesen für Erziehung vor reiner Wissensvermittlung ist eine der Aussagen, die wir mit unserem Grundsatzprogramm zu treffen haben. Eine zweite Aussage: Sorgen wir dafür, daß Erziehung auch in unserem Bildungswesen dadurch wieder stattfinden kann, daß wir überschaubare Schulen erhalten oder wieder schaffen statt anonymer Mammutgebilde, in denen kein Erziehungsklima wachsen kann.

(Beifall)

Drittens: Setzen wir ein begabungsgerecht gegliedertes Schulwesen gegen die sozialdemokratische These von einer allein selig machenden Einheitsschule, die aus einer Ideologie heraus geboren ist und nicht aus der Chancengerechtigkeit für alle, auch unterschiedliche, Begabungen unserer Kinder. Meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein Wort zu Arbeit und Freizeit. Wir sollten, wie uns im Text des Entwurfs vorgeschlagen ist, den Anspruch auf Arbeit für jeden Menschen als unverzichtbar für die Entfaltung der Persönlichkeit festlegen, deutlich herausstellen. Wir sollten uns nicht auf das falsche Gleis begeben, hier mit dem Gedanken eines einklagbaren Rechts zu spielen. Es ist Aufgabe der Politik, den Anspruch des Menschen auf Arbeit zu gewährleisten. Das ist eine politische Aufgabe. Auch die derzeitige Regierung kann sich dem unerfüllten politi-



schen Auftrag nicht dadurch entziehen, daß sie hier ein juristisches Arbeitsrechtsthema aufmachen will.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Freizeit - und ich meine, hier trifft vor allem das zu, was ich eingangs von dem sensibilisierten Bereich sagte, d.h. dem empfindlichen Bereich gegenüber der Maßnahmpolitik des Staates - unserer Menschen, unserer Bürger darf keine Spielwiese für politische und staatliche Reglementierung werden. Deshalb ist es auch nicht Aufgabe von politischen Institutionen, noch so vernünftige Dinge, die aber der einzelne entscheiden muß, von oben her zu verordnen, ob es sich dabei um den autofreien Sonntag handelt oder den fernsehfreien Abend.

Das muß der Bürger selbst für sich entscheiden

(Beifall)

und sich nicht vom Bundeskanzler vorschreiben lassen.

Meine Freunde, gerade in diesem Bereich ist der Raum, wo Staat und Politik den einzelnen und gesellschaftliche Gruppen zu stützen und zu fördern haben. Deshalb bitte ich Sie auch noch einmal, das, was wir in unserem Programm zur Rolle und zur Aufgabe unserer Vereine gesagt haben, durch den Beschluß hier zu unterstreichen. Sie sollen - das ist unsere Meinung - im freien Zusammenschluß der Bürger auf freiwilliger Basis Chancen für die Freizeitverwirklichung des einzelnen Menschen geben. Sie sollen dabei die Hilfe des Staates und der Politik haben, sie sollen aber nicht an das Gängelband von Staat und Politik gelegt werden.

Wenn wir diese Grundsätze beachten, hat die Union, wie ich glaube, gegenüber mancher geistigen Verirrung der letzten Jahre und der Gegenwart einen neuen Kompaß für die Zukunft einer freien Entfaltung freier Bürger in einer freien Gesellschaft.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Wir danken Heinrich Köppler für die Einführung in dieses Kapitel.

Meine Damen, meine Herren, ich rufe jetzt die Anträge D 1 bis D 5 auf. Sie finden sie auf Seite 99 des Antragsbuches. Ich rufe ferner den Antrag D 860, Antrag des Kreisverbandes Neuß, auf. Zu diesem letzten Antrag darf ich gleichzeitig die Empfehlung der Antragskommission mitteilen: Die Antragskommission ist der Meinung, daß dieser Antrag durch Ziffer 75 erledigt wird.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich gebe noch einmal die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen bekannt. Die Antragskommission geht davon aus, daß die Anträge D 1, 2, 3 und 5 bei Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zum Kapitel II "Grundwerte" erledigt sind. Diese Voraussetzung liegt vor.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrags D 4.

Ich darf jetzt diejenigen bitten, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, ihre Stimmkarte zu heben. - Danke Schön. Die Gegenprobe. - Keine Gegenstimme. Enthaltungen - Zwei oder drei Enthaltungen.

Ich rufe nunmehr die Anträge D 6 bis D 24 auf. Sie finden sie auf den Seiten 99 ff. des Antragsbuches. Hier liegt eine Wortmeldung zum Antrag D 9 von Frau Gisela Mathee, Landesverband Hessen, vor - Frau Mathee, ich darf Sie bitten, an das Mikrofon zu kommen.

Frau Gisela Mathee, Dieburg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Grundsatzprogramm, das wir hier verabschieden, soll für einen größeren Zeitraum eine praktische Grundlage zur Lösung politischer Tagesfragen bieten. Daraus ergibt sich, daß dieses Grundsatzprogramm nicht die Sklavin des Zeitgeistes sein darf. Vielmehr muß es in seinen einzelnen Grundsätzen über die Beengtheiten heutiger Erkenntnisse hinausgehen. Auch sollten die einzelnen Grundsätze konkret formulierte Aussagen enthalten.

Was soll ich denn anfangen mit jenem Satz in Nr. 31 des vorliegenden Entwurfs, wenn er nicht weiter erklärt wird? Ich zitiere diesen Satz:

"Wenn sich die Mutter dieser Aufgabe in der Familie voll widmet, darf sie nicht gesellschaftlich, rechtlich oder sozial benachteiligt werden."

Müssen wir nicht, statt nur zu sagen, was nicht sein soll, auch sagen, was wir wollen und was sein soll? Klar formuliert, ergänzt der Antrag D 9 des Kreisverbandes Bonn diesen zitierten Satz. Es heißt dazu in dem Antrag Nr. D 9:

"Ein Erziehungsgeld, die rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungsjahren und Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Beruf sind daher unabdingbar."

An einem kleinen Beispiel will ich Ihnen deutlich machen, was ich mir hierbei denke. Sollte einer Frau, die, um ihre und ihres Mannes Kinder zu erziehen, auf die Ausübung ihres - vielleicht auch qualifizierten - Berufs verzichtet, nicht geholfen werden, wenn sie später, nachdem ihre Kinder herangewachsen sind, gewillt ist, ihren Beruf auszuüben oder wieder auszuüben? Der Verzicht auf Berufstätigkeit in jungen Jahren läßt sich sicher niemals voll ausgleichen. Aber eine - wenn auch unzureichende - Kompensation läßt sich vornehmen durch Erziehungsgeld, durch rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungsjahren und, last not least, durch geeignete Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Beruf.

Andere bedeutsame in dem Antrag Nr. D 9 abgehandelte Punkte will ich Ihnen in einigen Stichworten darstellen: Verantwortung tragen, Aufgaben frei und gleichberechtigt vereinbaren, frei und ohne Nachteile entscheiden können, wer sich dem Haushalt und der Betreuung der Kinder widmet, Partnerschaft von Eltern und Kindern, Erziehungsverantwortung der Familie stärken; Familien mit behinderten Kindern und Familien mit nur einem Elternteil bedürfen der Hilfe und Förderung; Familienlastenausgleich, Familienhilfen sollen angepaßt werden; Leistungen der Familie sind auch Leistungen im Rahmen des Generationenvertrags; Benachteiligung der Familie wesentliche Ursache für den Geburtenrückgang.

Geburtenrückgang, meine Damen und Herren: Wenn er resultiert aus der Erkenntnis, daß Kinderreichtum nicht nur Erfüllung und Bereicherung des Lebens der Eltern, sondern ebenso finanzielle Schlechterstellung, weniger Freizeit, eingeschränkte berufliche Möglichkeiten für zumindest einen Elternteil bedeutet, dann sollten wir ihn als Alarmzeichen werten. Dieses Alarmzeichen sollten wir umwandeln in ein Signal, das einen Wandel ankündigt, einen Wandel von familienfeindlicher zu familienfreundlicher Politik. Familienfreundliche Politik sollte den Menschen dienen, die in einer Familie zusammenleben. Familienfreundliche Politik bedeutet somit kinderfreundliche Politik, aber auch elternfreundliche Politik, eine Politik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft,

daß Eltern ihre Erziehungsaufgaben gut erfüllen können und daß Kinder sich frei entfalten dürfen.

Der Antrag D 9 formuliert konkret und erschöpfend jene Vorstellungen von Familienpolitik, die auch ich habe. Ich bitte Sie, diesem Antrag Nr. D 9 des Kreisverbandes Bonn zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission Herr Ritz.

Ich darf noch einmal darum bitten, zu den Anträgen kurz zu sprechen, weil auch zu diesem Kapitel bereits jetzt eine große Zahl von Wortmeldungen vorliegt.

(Beifall)

Herr Ritz, bitte.

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich will mich ausschließlich auf den Antrag Nr. D 9 - darum ging es ja hier - beschränken. Die Antragskommission bleibt bei ihrer Empfehlung, diesen Antrag abzulehnen, weil sie davon überzeugt ist, daß all die Fragen, die in dem Antrag Nr. D 9 angesprochen sind, substantiell in der Vorlage des Vorstandes und der Antragskommission abgedeckt sind. Wir bitten Sie also um Ablehnung.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Es liegt noch eine nachträgliche Wortmeldung von Frau Hieronymi vor, aber zu Ziffer 36 a. Sie kommt dann bei der Behandlung der Ziffer 36.

Ich darf die Empfehlungen der Antragskommission zu den Seiten 99 ff. noch einmal kurz bekanntgeben.

Antrag zur Gliederung D 10: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

Antrag zur Überschrift D 12: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

Anträge zur Endredaktion D 7 und D 8: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Forderung nach einer Endredaktion. Inhaltlich erledigen sich die Anträge durch die Beschlußfassung zum Abschnitt "Familie".

Antrag Nr. D 13 wird bei Ziffer 30 behandelt.

Antrag Nr. D 18, D 23 werden bei Ziffer 32 behandelt.

Antrag D 16 wird bei Ziffer 35 behandelt.

Anträge zur Jugendpolitik Nr. D 6, D 11, D 14, D 15, D 20 bis D 22, D 24: Die Antragskommission empfiehlt, nach Ziffer 36 eine neue Ziffer zu schaffen, deren Wortlaut Sie auf Seite 100 vorfinden. Damit erledigen sich die soeben genannten Anträge.

Anträge zu sonstigen Neuformulierungen Nr. D 9, D 17, D 19: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung aller Anträge.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den darf ich jetzt bitten, die Stimmkarte zu heben. - Danke schön. Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Dann rufe ich nunmehr Ziffer 30 auf. Dazu hat zunächst Herr Ritz für die Antragskommission das Wort.

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Antragskommission legt Ihnen auf einem eigenen Blatt eine Neuformulierung zu Ziffer 30 vor. Die Änderung bezieht sich auf die Formulierung "Ehe auf Dauer" bzw. "Ehe auf Lebenszeit". Nach vielfältigen Diskussionen auch auf diesem Parteitag sind wir zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen vorzuschlagen, nunmehr zu formulieren: "Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist".

Dies ist die substantielle Änderung. Damit erledigen sich allerdings auch einige der Anträge, die Ihnen in den Antragsunterlagen noch zur Ablehnung empfohlen worden sind.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Es liegen fünf Wortmeldungen vor. Ich frage, ob diese nach dem veränderten Text, den Herr Ritz soeben begründet hat, aufrechterhalten bleiben. Zu Wort gemeldet haben sich Herr Schlottmann, Herr Dr. Franz Josef Jung, Graf Waldburg-Zeil, Frau Christa Meyer sowie Frau von Elverfeldt. Bleiben diese Wortmeldungen aufrechterhalten? - Bitte sehr.

Norbert Schlottmann: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe als Familienpolitiker dieser Partei das Bedürfnis, mich an dieser Stelle noch einmal bei Helmut Kohl herzlich dafür zu bedanken, daß er gestern in seiner Rede - das ist in den Massenmedien ein bißchen untergegangen - die Familie in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt hat. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Wenn Helmut Kohl vom Mut zur Familie gesprochen hat, dann hat er damit sicherlich - so interpretiere ich das - auch Mut zur Familienpolitik in den Gemeinden, den Ländern und im Bund gemeint. Dazu sind wir hier gestern stark verpflichtet worden.

Ich danke auch der Grundsatzkommission, daß hier ein Prozeß von Berlin bis Mannheim stattgefunden hat, der mich als Familienpolitiker zufriedengestellt hat. Was wir jetzt hier im Programm haben, ist gut. Das war in Berlin noch nicht so. Also herzlichen Dank, Herr von Weizsäcker!

Meine Damen und Herren, ich habe trotzdem zum Antrag D 25 im Sinne meiner Kreispartei Herne folgendes vorzuschlagen. Ich bitte da um eine Ergänzung. Die Definition von Familie gehört nach meiner Auffassung an den Anfang der Ziffer 30. Jetzt steht sie dort als 5. Satz. Ich beantrage also, die Definition von Familie an den Anfang zu setzen, damit jeder, der das liest, gleich weiß, was die CDU unter Familie versteht. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag, wonach Satz 5 als Satz 1 genommen werden sollte; alle anderen Sätze bleiben so stehen, wie sie im Entwurf enthalten sind.

Ich sehe mich da, wie ich hier noch einmal sagen darf, in Übereinstimmung mit dem Landesverband Baden-Württemberg, mit Bochum, Emmendingen, Neuß, Osnabrück-Land, mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis, mit Soest, Vechta, Warendorf und mit der Jungen Union. Soviel zu dem Antrag, die Definition an den Anfang zu setzen.

Ich darf noch folgendes sagen. Der Katholische Familienbund hat

in einer Eingabe, die mir hier vorgelegt wurde, noch einmal betont, daß auch er es für richtig hält, daß unter Abschnitt III unseres Grundsatzprogramms die Familie bereits vor anderen, sicherlich wichtigen Bereichen behandelt wird. Auch er ist der Auffassung, daß hier die Definition von Familie an den Anfang gestellt werden muß. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß auf jeder Wortmeldung anzugeben ist, ob man für oder gegen einen Antrag sprechen will.

Ich rufe jetzt die Wortmeldungen in der Reihenfolge der Anträge auf. Zum Antrag D 25 spricht jetzt Graf Waldburg-Zeil, danach zu Antrag D 28 Frau Christa Meyer.

Graf Waldburg-Zeil: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Selbst auf das Risiko, offene Türen einzurennen, möchte ich nochmals ganz besonders auf den Satz der Antragskommission hinweisen: "Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen". Gerade in dieser Hinsicht haben wir in den letzten Jahren besonders negative Erfahrungen gesammelt. Ich weiß nicht, warum Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes nicht erwähnt worden ist, wonach Ehe und Familie nicht nur durch die Rechtsordnung, sondern auch durch die Verfassung geschützt sind, und zwar in einer Form, die nicht einmal durch eine qualifizierte Mehrheit des Bundestages geändert werden kann. Es handelt sich um ein absolut unabänderliches Grundrecht.

Dieses Grundrecht ist in den letzten Jahren ins Schwimmen gekommen. Die Gründe dafür hat uns Herr Köppler dargelegt. Die Konsequenzen, die sich aus diesem Satz ergeben, sind solche nicht nur gegenüber dem politischen Gegner, sondern vor allem Konsequenzen dort, wo wir in der politischen Verantwortung stehen. Wo die Union regiert, nämlich in den Bundesländern, wird sie darangehen müssen, Lehrpläne von familienfeindlichen Tendenzen zu befreien.

(Beifall)

Auch in Bundesländern, die von der CDU regiert werden, haben wir vielfach Lehrpläne und genehmigte Schulbücher nach dem Muster: Die Großfamilie von einst war funktionsfähig; die Kleinfamilie von heute ist nicht mehr funktionsfähig; deshalb ist die Kommune die mögliche Form des Zusammenlebens der Menschen für die Zukunft. Ich wollte darauf noch besonders hingewiesen haben.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Jetzt spricht Frau Christa Meyer, Landesverband Westfalen-Lippe, dann Frau von Elverfeldt, Baden-Württemberg, zum Antrag D 31.

Frau Christa Meyer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag D 28 des Kreisverbandes Bochum. Ich möchte mich hier ausschließlich auf Abs. 3 Satz 3 beziehen, wo wir der Meinung sind, daß das Wort "Gesellschaft" einzufügen ist.

Es würde dann heißen: Partnerschaft bedeutet vielmehr, daß Mann und Frau ... ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren.

In dem Vorschlag der Antragskommission ist der Satz ebenfalls enthalten, aber ohne den Zusatz "Gesellschaft". Es heißt hier nur: "... Aufgaben in Familie, Beruf und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren". Wir sind der Meinung, daß eine Vereinbarung über das gesellschaftspolitische Engagement von Mann und Frau nicht abgedeckt ist. Wir meinen, daß diese Aufgabenverteilung für das Wirken von Mann und Frau in die Gesellschaft hinein hier unbedingt ausgedrückt werden muß. Ich darf nur daran erinnern, daß die gesamte politische Betätigung der Frau hier einfach keinen Eingang gefunden hat.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag auf Einfügung des Wortes "Gesellschaft" in die Fassung der Antragskommission zuzustimmen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Jetzt hat Frau von Elverfeldt das Wort, danach Herr Dr. Jung, Landesverband Hessen, zum Antrag D 60. - Frau von Elverfeldt scheint nicht im Saal zu sein. Dann streiche ich die Wortmeldung und bitte sofort Herrn Dr. Jung, das Wort zu nehmen. Nach ihm spricht Herr Rosorius, Landesverband Rheinland.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag D 60 der Jungen Union sprechen, der im wesentlichen mit der Empfehlung der Antragskommission übereinstimmt, aber einen Vorsatz vorsieht. Ich darf diesen zitieren: "Die Familie ist als Lebensgemeinschaft der erste und wichtigste Ort menschlicher Entfaltung, individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Sie ist ferner eine entscheidende Stätte der Entfaltung von Liebe, Achtung vor Leben und Überzeugung des anderen und der Rücksichtnahme auf die Individualität des anderen sowie der Vermittlung erhaltenswerter Traditionen". Wir sind der Meinung, daß man bei diesem wichtigen Thema zu Beginn dieses Kapitels sehr klar und deutlich sagen sollte, wie wir Familie sehen und mit welchen Inhalten wir sie begleiten.

Aus der Bundestagsdrucksache geht die Vorstellung der SPD hervor: Sie beschreibt Familie nur noch als Sozialisationsagentur und spricht im Blick auf die Beziehungen von Mutter und Kind von Integrationsmechanismen. Angesichts dessen bin ich der Meinung, daß wir das, was wir unter dem Begriff der Familie verstehen, in dem Grundsatzprogramm sehr deutlich und klar beschreiben sollten. Deshalb meinen wir, daß dieser Zusatz dringend notwendig ist. Damit würde ein Akzent für diesen wesentlichen Bereich unseres Programms gesetzt. Deshalb bitte ich Sie um Annahme des Antrages D 60 der Jungen Union.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Als letzter Redner hat nunmehr Frau Maria Stommel das Wort. Bitte sagen Sie, ob Sie für oder gegen Ziffer 31 sprechen wollen. Ich erinnere noch einmal daran, daß das auf den Wortmeldezetteln stets angegeben werden sollte.

Frau Maria Stommel: Herr Vorsitzender, ich möchte zu Ziffer 30 sprechen und eine Anregung dazu geben. Erstens möchte ich die Anregung des Kollegen Schlottmann unterstreichen, dem Vorspann

eine andere Formulierung zu geben. Ich möchte diesbezüglich auch gleich einen Formulierungsvorschlag unterbreiten. Ich schlage vor, den Vorspann zu Ziffer 30 wie folgt zu formulieren:

"Die CDU will die freie Entfaltung der Person in einer freien Gesellschaft. Durch Entwicklung aller Anlagen und Fähigkeiten soll jedem Menschen die Erfahrung von Sinn und Freiheit und die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft ermöglicht werden. Als natürlicher und ursprünglicher Form menschlicher Gemeinschaft kommt der Familie dabei besondere Bedeutung zu."

Dies wäre mein Vorschlag, der auch vom Familienbund der deutschen Katholiken unterstützt wird, der ja eine Stellungnahme abgegeben hat.

Zum Text der Ziffer 30 möchte ich ebenfalls noch einen Formulierungsvorschlag unterbreiten. In der von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen Fassung heißt es:

"Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung."

Ich schlage vor, das Wort "individueller" durch das Wort "menschlicher" zu ersetzen. Ich halte dies in bezug auf die Familie für den gegebenen Ausdruck.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Herr Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst zu dem Anliegen, das hier der Parteifreund Schlottmann artikuliert hat. Hier gab es keine inhaltliche Kontroverse, sondern es ging nur um die Frage, ob ein Satz umgestellt werden soll. Wir sind sehr wohl der Meinung, daß das Selbstverständnis von Ehe und Familie in der Diskussion der letzten Jahre vielfach umstritten wurde, durchaus am Anfang, d.h. vor der Definition stehen sollte, weil nicht zuletzt das Selbstverständnis von Ehe und Familie in der Diskussion der letzten Jahre vielfach umstritten war. Wir sind bereit, dem Anliegen von Graf Waldburg-Zeil Rechnung zu tragen und den Begriff "Rechtsordnung" durch den Begriff "Verfassungsordnung" zu ersetzen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß wir auch dem Anliegen von Frau Meyer Rechnung tragen sollten, hinter den Worten "Familie, Beruf" den Begriff "Gesellschaft" einzufügen.

Im übrigen ist die Antragskommission der Meinung, daß es bei der Empfehlung der Antragskommission bleiben sollte.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Wir stimmen nunmehr über Ziffer 30 auf Seite 104 der Vorlage in der von der Antragskommission vorgeschlagenen und von Herrn Ritz eben noch einmal begründeten Fassung ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu heben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Liebe Freunde, im Namen des Präsidiums des Parteitages möchte ich jetzt noch einmal Frau Staatssekretär Dr. Berghofer-Weichner, die stellvertretende Vorsitzende der Christlich Sozialen Union,

begrüßen. Ich bitte Sie, gnädige Frau, ein Grußwort zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Frau Dr. Berghofer-Weichner: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde von der CDU! Die CSU sorgt immer einmal wieder für Abwechslung. Oft war schon unser Parteivorsitzender selbst auf Ihren Parteitagen. Auch die beiden anderen Stellvertreter haben Sie schon kennengelernt. Nun habe ich zur Abwechslung heute einmal die Freude und die Ehre, Ihnen die besten Grüße und Wünsche von Franz Josef Strauß und der gesamten CSU zu Ihrem Bundesparteitag zu überbringen.

(Beifall)

Franz Josef Strauß bedauert, nicht selbst kommen zu können. Wir stehen aber vor der Konstituierung unserer Landtagsfraktion, vor der Konstituierung des neugewählten Landtages. Sie werden Verständnis dafür haben, daß in diesen Tagen die Geschäfte im eigenen Land vorgehen. Sie werden es bitte auch mir nachsehen, wenn ich mich gleich anschließend wieder verabschiede, denn an solchen Tagen wie diesem ist man am besten nicht allzuweit von dem Ort entfernt, an dem die Entscheidungen fallen.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich aus Anlaß der eben abgeschlossenen bayerischen Wahlen ein paar Bemerkungen machen, die allgemeine politische Folgerungen bringen sollen. Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern möchte ich dies sagen. Wir sind stolz auf jenes Ergebnis mit über 59 % der Stimmen.

(Beifall)

Es ist das zweitbeste Ergebnis, das wir je hatten. Wir waren uns schon vor vier Jahren darüber klar, daß das damalige Ergebnis nicht ohne weiteres wieder zu erreichen sein würde. Dies haben wir also nicht erst jetzt, sondern schon vor vier Jahren gesagt. Wir hatten damals eine SPD, die - vor allem in München - in offenem Streit gelegen war. Inzwischen ist in München durch die CSU die fällige Wachablösung durchgeführt worden. Unser CSU-Freund Erich Kiesel ist Münchner Oberbürgermeister. Die SPD ist gelähmt und bietet nicht mehr jenes Bild als Bürgerschreck, das sie noch hatte, als sie in München regierte.

Die Situation im Bund war vor vier Jahren - Guillaume, Auseinandersetzungen um Brandt - eine andere, als sie jetzt ist. Mit den Grünen sind Randerscheinungen aufgetreten, die ebenso wie die Folgen der Gebietsreform ein paar Hundertstel Prozent der Stimmen mit sich nehmen. Die vor vier Jahren bestehende Hoffnung, durch ein entsprechendes Landtagswahlergebnis in Bayern eine Änderung in Bonn herbeizuführen, bestand diesmal auch nicht. Jetzt bestand nur eines, nämlich die Sicherheit, daß die CSU nicht zu schlagen sein würde. Das schöne Wetter und so manches andere haben zu einer geringeren Wahlbeteiligung geführt. Unter den gegebenen Umständen kam es so zu einer Mobilisierung des Äußersten, was an Anhängern zu mobilisieren war. In diesem Zusammenhang ist aber auch ein Weiteres zu sagen. Gerade angesichts der geringen Wahlbeteiligung, der Nichtwähler, der kleinen Gruppierungen um die Grünen und um manche andere, die stark fluktuieren, ist zu sagen, daß trotz



des guten Wahlergebnisses in Bayern noch Reserven vorhanden sind, die bei einer entsprechenden Konstellation und bei entsprechender Anstrengung zu mobilisieren sein werden.

(Beifall)

Wir haben aus dieser Wahl, glaube ich, eine wichtige Erkenntnis mitgenommen, nämlich die, daß SPD und FDP in einer Weise zu Blockparteien geworden sind, daß sie in vielen Bereichen gegeneinander auswechselbar sind. Die FDP kämpfte um ihre Existenz. Nicht nur ein Mitleidseffekt, sondern letztlich offenbar von der SPD weggehende Wähler haben den Juniorpartner gerettet. Wir haben genau in den Bereichen - etwa südlich von München -, in denen die FDP Stimmengewinne verzeichnet hat, gleichzeitig Stimmenverluste bei der SPD und Rückgänge über das landesübliche Maß hinaus festzustellen. Es läßt sich somit unschwer feststellen, daß hier ein interner Austausch zwischen den Wählern stattfindet.

Konsequenz: Die FDP ist genauso unser Gegner, wie es die Sozialisten selbst sind, und die Vorstellung, daß das eigentlich nur "verirrte Brüder" der Christlich Sozialen und der Christlichen Demokraten seien, sollten wir endgültig zu Grabe tragen. Wenn sie es auch einmal waren, jetzt jedenfalls sind sie es nicht mehr

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch die Vorstandswahlen der Hamburger FDP haben einmal mehr gezeigt, daß die FDP mindestens so links ist wie die SPD und daß infolgedessen beide gemeinsam unsere Gegner sein müßten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie befassen sich auf diesem Parteitag mit Ihrem Grundsatzprogramm. Ich glaube, es ist gut, wenn im politischen Alltagsgetriebe, in dem wir von Wahl zu Wahl gehetzt werden, auch einmal über die Grundsätze nachgedacht und diskutiert wird, unter denen wir angetreten sind. Es ist so, daß vor allem die Jugend wieder nach Grundwerten fragt und daß sie Rattenfängern nachläuft, wenn wir das Gespräch nicht auch über diese Themen aufrechterhalten. Man muß wieder lernen, über den Tellerrand des nächsten Wahltermins hinauszudenken, zu überlegen und sich auch langfristig mit der Jugend zu unterhalten. Nur, meine ich, genauso wichtig wie das Programm sind das Profil einer Partei in der Praxis und die Persönlichkeiten, die ihre Grundsätze verkörpern.

Wir haben aus den neuesten Umfragen gesehen, daß die Jugend sehr kritisch sagt: Die Politiker versprechen immer mehr, als sie dann halten können - vielleicht auch für uns ein Grund, einmal über diese Situation nachzudenken.

Ich möchte auch ein Wort zur Einsatzbereitschaft in Wahlkämpfen sagen, meine Damen und Herren. Ich möchte nicht gute Ermahnungen weitergeben oder ein besonderes Beispiel hinstellen; aber ich glaube, es darf doch einmal gesagt werden, daß Franz-Josef Strauß in den letzten vier Wochen des Wahlkampfes 105 öffentliche Veranstaltungen durchgeführt hat - quer durch ganz Bayern -, d. h. jeden Tag ungefähr vier solcher Veranstaltungen im Freien auf öffentlichen Plätzen, und daß er damit Hunderttausende von Bürgern in Bayern persönlich erreicht hat.

(Beifall)

Auch der scheidende Ministerpräsident, Alfons Goppel, hat mit dem gleichen Engagement bis zum letzten Tag und - wie alle anderen - bis zur letzten Stunde Wahlkampf gemacht.

(Beifall)

Ich wünsche mir und Ihnen, daß dies in allen Bundesländern bei allen Wahlen mit demselben Einsatz geschieht.

(Beifall)

Allerdings kann ein Wahlkampf nicht nur von den Profis, von den Mandatsträgern und von den Kandidaten geführt werden, das Profil einer Partei wird im Bewußtsein der Bürger auch vom Engagement der einzelnen Mitglieder, vom Bekennermut jedes einzelnen am Arbeitsplatz - und in welcher Situation er auch immer mit seinen Mitbürgern zusammenkommt - bestimmt. Dieser Einsatz und dieser Bekennermut sind allerdings nur zu erreichen, wenn auch die Spitze die nötige Einsatzbereitschaft zeigt. Es hängt auch von sauber geklebten und gut plazierten Plakaten ab, auch von Honoratioren - sofern es in unseren Parteien so etwas noch geben sollte -, die bereit sind, sich auf die Straße zu stellen und mit dem Bürger zu reden, auch von dem Angebot an Versammlungen im letzten Dorf und natürlich auch von der guten Politik - die setze ich aber einmal bei uns voraus -, wie der Bürger auf das Angebot reagiert.

Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich ebenso - ich sagte es bereits - die klare politische Linie. Die Bürger wollen gesagt bekommen, wie die Situation ist. Niemand, der regiert oder an die Regierung kommen will, kann nur Wohltaten spendend durch das Land ziehen; denn die Bürger sind nicht so dumm, daß man meinen darf, ihnen alles versprechen zu können, und sie das dann auch noch glauben werden.

Es kommt einfach darauf an, daß die ordnungspolitischen Vorstellungen unserer Parteien klar skizziert werden. Man kann z.B. nicht gleichzeitig geringere Haushaltssteigerungen, den Abbau der Verschuldung, Steuerenkungen und neue Ausgabenprogramme mit einigem Anspruch auf Glaubwürdigkeit vertreten.

(Beifall)

Jede Hausfrau weiß, daß der Etat, den sie für ihre Familie hat, nur einmal ausgegeben werden kann und daß sie nicht gleichzeitig sparen und z.B. eine große Reise finanzieren kann.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns als die Partei der Freiheit und als das Bollwerk gegen den Sozialismus darstellen, ein Sozialismus, dessen schleichende Ausbreitung überall sichtbar gemacht werden kann, wo die Sozialisten Einfluß haben. Wir dürfen weder ordnungspolitische noch moralische noch historische Konzessionen machen, wenn wir glaubwürdig sein wollen.

Dazu gehört auch ein unverkrampftes Verhältnis zur eigenen Geschichte, die auch von denen - wenigstens verbal - wiederentdeckt wird, die sie in der Schule und nicht nur dort abschaffen wollten oder schon abgeschafft haben. So entspricht z.B. auch das deutsch-polnische Schulbuchabkommen, das die geschichtliche Wahrheit unterdrücken will, nicht unseren politischen Vorstellungen.

Ich glaube, wir sollten auch etwas zur Verbreitung geschichtlicher Grundkenntnisse in unseren eigenen Reihen tun.

(Beifall)

Es müßte doch möglich sein, die schrecklichste Zeit unserer Geschichte denen, die keine eigene Erinnerung daran haben können, so klarzumachen, daß die Unterschiede zwischen den KZ-Wächtern, die diesem unmenschlichen System gedient haben, und den jungen Menschen, die ungefragt in den Krieg geschickt wurden und dort das getan haben, was sie für ihre Pflicht hielten, hervortreten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Einsicht in solche Zusammenhänge ist nach meiner Meinung die Grundvoraussetzung, um glaubwürdig sein zu können.

Wenn wir nicht zurück, sondern in die Zukunft blicken, dann dürfen wir die Bedeutung der nächstjährigen Europawahlen nicht unterschätzen. Es ist eine ganz wesentliche Frage, ob dieses erste in ganz Europa gewählte Parlament unter sozialistischer oder unter einer christlich-demokratischen und konservativen Führung stehen wird.

(Beifall)

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir auch ein Wort zum Föderalismus. Wir Bayern betrachten uns doch so ein bißchen als die besonderen Hüter des Föderalismus in unserem Land.

(Zurufe)

Wie soll eigentlich ein Europa konstruiert sein, wenn nicht föderalistisch? Wer sich vorstellt, daß von Kiel bis Kalabrien das gleiche Schulsystem oder vielleicht sogar das gleiche Schulbuch eingeführt werden, wer meint, daß man da alles vereinheitlichen könne, der sollte sich, glaube ich, gleich die Mühe sparen, mit der Gründung dieses Europas anzufangen. Wir werden lernen müssen, noch viel mehr Unterschiede nicht nur zu ertragen, sondern vielleicht sogar zu schätzen und als etwas Positives anzusehen, gerade auch, weil wir mit der Geschichte der europäischen Völker werden leben müssen.

(Beifall)

Nach dieser Europawahl wird es dann vor allem um eines gehen: um die Ablösung der sozialliberalen Koalition in Bonn. Uns von der CSU geht es für diese nächste Bundestagswahl um den gemeinsamen Sieg. Die Chance, diese Wahl zu bestehen, meine Damen und Herren, ist gegeben. Lassen wir uns doch den Mut nicht durch Miesmacher nehmen,

(Beifall)

die ganz gezielt versuchen, uns von vornherein das Rückgrat zu brechen. Wir müssen die Chance nutzen, die für uns bestehen. Wir dürfen nicht in Nabelschau und in kleinlichen Rivalitäten verharren,

(Lebhafter Beifall)

sondern wir müssen alle Kräfte, von der Führungsspitze bis zur letzten Frau und zum letzten Mann in den Reihen unserer Mitglieder, darauf verwenden, um mit voller Einsatzbereitschaft zu dieser Bundestagswahl anzutreten. Dann, meine ich, können wir die politische Wende in Deutschland schaffen.

Ich wünsche, daß auch Ihr Parteitag zu einem Meilenstein auf diesem Wege wird.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Frau Dr. Berghofer-Weichner, ich darf Ihnen den Dank des Parteitages für Ihre Grußworte sagen. Es war keine geschickte Parteitagsgregie, aber doch wohl mehr als Zufall, daß Ihr Grußwort ausgerechnet in die Beratung des Kapitels Familie gefallen ist. Ich darf Ihnen versichern, daß wir wie Sie in einer Union sowohl programmatisch wie in der Sacharbeit zusammenstehen, so wie Ihr Vorsitzender und unser Bundesvorsitzender Herr Dr. Kohl in den vergangenen Wahlkämpfen beispielhaft für die gemeinsame Sache gekämpft haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir dürfen Sie bitten, unser Grüße an den Ort der Entscheidung mitzunehmen. Wir dürfen Ihnen noch einmal dafür danken, daß Sie heute zu uns gekommen sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt Ziffer 31 - Seite 111 des Antragsbuches - auf. Dazu liegen die Anträge D 38 und D 61 bis D 117 vor. Eine Wortmeldung: Frau Crüwell, Landesverband Niedersachsen. Ich darf Frau Crüwell bitten, ans Rednerpult zu kommen.

Friedbert Pflüger: Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, daß ich zum Verfahren reden muß. Es könnte sein, daß ich mir den Unmut einiger Delegierter zuziehe. Aber umgekehrt ist es unserer Auffassung nach auch nicht richtig, wenn ein Unmut über irgendein Verfahren - -

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Darf ich mal eben unterbrechen. Ich habe Frau Crüwell aufgerufen.

Friedbert Pflüger: Entschuldigen Sie, ich hatte mich aber eben zur Geschäftsordnung gemeldet.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Also zur Geschäftsordnung, bitte.

Friedbert Pflüger: Danke schön. Es geht um folgendes. Wenn ein Delegierter hier in diesem Raum einen Zusatzantrag stellt, der sich positiv in eine These der Antragskommission einfügt, dann ist es nicht möglich, mit einem Votum, das hier pro oder kontra Antragskommission herbeigeführt wird, diesen positiven Zusatzantrag vom Tisch zu wischen.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Wenn meinetwegen Herr Dr. Kohl oder sonst irgend jemand sich hierher stellen, einen Zusatzantrag formulieren und diesen Zusatzantrag an den Parteitag stellen würde, und alle Delegierten würden diesen Zusatzantrag richtig finden, dann würde im nächsten Schritt von Seiten des Tagungspräsidiums gefragt werden: Wer ist für und wer ist gegen den Vorschlag der Antragskommission? Alle Delegierten - einschließlich Herrn Dr. Kohl - sind dann für diesen Vorschlag, weil sie mit der These einiggehen. Durch dieses Votum ist aber dann gleichzeitig auch der Zusatzvorschlag, der ja positiv gewesen ist, mit getötet. Ich finde, das geht wirklich nicht. Man muß dann, sofern darauf bestanden wird, diesen Antrag noch einmal aufnehmen. Sonst hat man überhaupt keine Möglichkeit, noch einen Zusatzantrag zu formulieren, ohne gleich gegen den Vorschlag der Antragskommission sein zu müssen.  
- Danke sehr.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf einmal zur Geschäftslage folgendes bemerken. Es gibt keine Zusatzanträge als besondere Anträge, sondern alle Anträge müssen 30 Unterschriften tragen, sonst können sie nicht behandelt werden.

Das Zweite! Wir haben soeben bei der Beratung erlebt, daß zwei Anträge, die noch gestellt worden sind, in die Beratung eingespeist und von der Antragskommission behandelt worden sind. Ich glaube, das Verfahren ist so fair und so sauber, daß wir alle damit leben können.

Friedbert Plüger: Darf ich dazu noch einmal reden?

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Bitte noch einmal zur Geschäftsordnung.

Friedbert Pflüger: Soeben ist von Herrn Jung ein Antrag gestellt worden, in dem Teil "Familie" noch eine These vorweg zu formulieren. Der Antrag liegt schriftlich vor. Er weist auf die emotionale Komponente hin. Die Delegierten waren - das zeigte der Beifall - mit dieser These einverstanden. Die Delegierten sind natürlich auch mit der gesamten Formulierung einverstanden gewesen, die die Antragskommission vorgelegt hat. Auch wir als Junge Union sind damit einverstanden. Es geht aber doch nicht an, daß ich sage: ich bin für den Vorschlag der Antragskommission, und damit gleichzeitig der Antrag, der von einem großen Teil der Delegierten ebenfalls befürwortet wird, vom Tisch geht. Ein solches Verfahren geht einfach nicht. Deshalb, finde ich, sollte hierüber jetzt abgestimmt werden, ob dieser Antrag, den Herr Dr. Jung aus Hessen gestellt hat, noch einmal erneut zur Diskussion kommt.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Anträge, die abgestimmt sind, sind abgestimmt; die kann ich nicht erneut aufrufen. Dafür bitte ich um Verständnis. Ich bitte in solchen Fällen, wo Meinungsverschiedenheiten auftreten könnten, um einen Hinweis für das Präsidium, und zwar zur rechten Zeit. Dann werden wir dafür sorgen, daß solche Anträge, die den Vorschlag der Antragskommission ergänzen und sinnvoll sind, noch mit in die Beratung und in die Abstimmung aufgenommen werden.

Ich habe Ziffer 31 aufgerufen. Frau Crüwell, bitte.

Konstanze Crüwell: Ich spreche für den Antrag C 62. Sie haben vorhin einstimmig und mit großem Applaus den schönen Satz beschlossen: "Mann und Frau sind gleichberechtigt". Jetzt kommt die erste Probe aufs Exempel.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des, wie ich finde, sehr sinnvollen Antrages des Landesverbandes Hamburg, in dem es heißt: "Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie, auf die persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern. Diese Zuwendung kann den Kindern in den ersten Lebensjahren meist nur dadurch gegeben werden, daß sich ein Elternteil voll den Aufgaben in der Familie widmet. In diesem Fall dürfen Mütter oder Väter gesellschaftlich, rechtlich oder sozial nicht benachteiligt werden."

Die Antragskommission schlägt statt dessen vor: "Diese Zuwendung kann den Kindern meist nur dadurch gegeben werden, daß die Mutter in den ersten Lebensjahren ihres Kindes auf die Ausübung eines Erwerbsberufes verzichtet... Dies gilt in gleicher Weise für den Vater,..."

Die Frage, wer das Grundsatzprogramm nach all der vielen Arbeit, die ich für sehr wichtig und sehr richtig ansehe, lesen wird,

ist schon öfter gestellt worden. Meine Meinung ist, daß dieses Grundsatzprogramm gerade von jener berühmten kleinen Gruppe von Wechselwählern aus Überzeugung gelesen und mit dem Orientierungsrahmen '85, mit den Freiburger und Kieler Thesen der FDP verglichen wird. Das ist seine Funktion nach außen. Insofern gibt es durchaus einen ganz handfesten Zusammenhang zwischen Programmarbeit und Wahlerfolg. Wenn wir z.B. die Zielgruppe jüngerer Leute, die in einer Form von Familie leben, wo der Vater die Kinder wickelt - etwa bei Studentenehepaaren, die sich die Pflege der Kinder teilen -, ansprechen wollen, dann finde ich die Hamburger Formulierung sehr viel praktischer.

Ich halte hier kein Plädoyer für den Hausmann. Persönlich finde ich die althergebrachte Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau durchaus auszuhalten.

(Beifall)

Aber bei den jüngeren weiblichen Wählern haben wir bei allen vergangenen Wahlen besorgniserregend schlecht abgeschnitten. Das müssen wir sehen.

Ob Sie es schön finden oder nicht: es gibt halt die Frauenbewegung. Willy Brandt hat vor etwa einem Jahr gesagt, daß die SPD deren Integration ebenso wichtig findet und ebenso aktiv anpackt wie Anfang der 70er Jahre die Integration der linken Studenten. Auswirkungen dieser Ansichten des großen Vorsitzenden sind an der Basis durchaus schon zu spüren.

Heiner Geißler hat letztes Jahr auf dem Grundsatzforum einen sehr guten Satz gesagt - er hat natürlich auch noch sehr viele andere gute Sätze gesagt -, der etwa so lautete: unsere Gesellschaft dürfe nicht von der Frau 15 bis 20 Jahre Familienpflichten erwarten, um sie anschließend - was die Frau ja auch oft sehr gerne tut - in 30 Jahre Passivität und Resignation zu entlassen. Es lohnt sich, über diesen Satz nachzudenken.

Alle Delegierten sollten sich für diese Fragen zuständig fühlen und nicht denken: dafür haben wir ja die Frauenvereinigung. Die Jugendarbeitslosigkeit können wir ja auch nicht Herrn Wissmann und der Jungen Union allein überlassen.

(Beifall)

Aus persönlicher Überzeugung und weil, wie ich meine, die Vernunft dafür spricht, möchte ich Sie wirklich herzlich bitten, die Empfehlung der Antragskommission abzulehnen und dem Antrag D 62 zuzustimmen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission jetzt Herr Ritz.

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteiliebe! Diese Streitfrage hat sowohl im Bundesvorstand wie in der Antragskommission eine sehr gründliche Aussprache erfahren. Wir sind dennoch bei Würdigung aller Gesichtspunkte der Meinung gewesen, es bei der vorliegenden Empfehlung belassen zu sollen.

Zum einen sagen wir in der Ziffer 30 im zweiten Absatz ganz deutlich, daß Vater und Mutter in gleichem Maße für ihre Kinder verantwortlich sind. Hier in Ziffer 31 beschreiben wir die besondere Situation des Kleinstkindes nach der Geburt, und wir sind eben schon der Meinung, daß hier im Regelfall - und das

ist auch ausgedrückt - die Mutter in besonderem Maße Bezugsperson ist.

(Beifall)

Und wir bringen zum Ausdruck, daß dort, wo der Vater diese Aufgabe erfüllt, er natürlich in gleicher Weise von den hier dargestellten Möglichkeiten wird Gebrauch machen können wie die Mutter. Wir sind der Überzeugung, daß wir damit der Wirklichkeit in unseren Familien Rechnung tragen, und möchten Sie herzlich bitten, bei der Empfehlung der Antragskommission zu bleiben, und zwar unter Berücksichtigung dessen, daß in Ziffer 30 Abs. 2 die Verantwortung für die Kinder ausdrücklich Vater und Mutter in gleicher Weise zugewiesen wird.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 31.

Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 111 des Antragsbuches. Wer für die Empfehlungen der Antragskommission stimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Für das Protokoll darf ich feststellen; bei zahlreichen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen so beschlossen. Ich rufe nunmehr Ziffer 32 - Seite 118 des Antragsbuchs - auf Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich kann daher sofort zur Abstimmung schreiten. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Die Gegenprobe, bitte! - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

(Widerspruch)

So beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 33 auf Seite 122 des Antragsbuchs. Hier liegt die Wortmeldung von Herrn Albrecht Hasinger, Landesverband Rheinland, vor. Ich darf Herrn Hasinger bitten, ans Rednerpult zu kommen.

Albrecht Hasinger: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich möchte die Formulierung in Ziffer 33 unterstreichen: "Einschränkung oder Entzug des Elternrechts sind letzte Mittel". Diese Formulierung hat nicht nur eine prinzipielle, sondern auch eine höchst aktuelle Bedeutung, weil im Bundestag ein Gesetzentwurf der Koalition beraten wird, der unser aller Aufmerksamkeit erfordern würde, aber innerhalb der Partei und auch in der Öffentlichkeit bisher zu wenig diskutiert wird,

(Beifall)

ein Gesetzentwurf zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts der grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft unserer Familien und meines Erachtens der ganzen Gesellschaft vornimmt, und zwar Weichenstellungen in die falsche Richtung. Es handelt

sich um eine massive Einmischung in die personalen Beziehungen der Familienmitglieder. Die Familie wird in diesem Gesetzentwurf der Koalitionsparteien nicht als Gemeinschaft, sondern Eltern und Kinder werden je für sich gesehen, ihre Beziehungen - so will es die Koalition - werden nicht in erster Linie durch Zuneigung und Liebe, durch Vertrauen und Pflicht charakterisiert, sondern im Gegeneinander. Natürlich wird es bei allen Familie auch Konflikte geben; das gehört fast zu einer gesunden Familie dazu. Aber ich meine, liebe Freunde, wir sollten uns dagegen wehren, daß nun die Konfliktideologie, die in anderen Bereichen der Gesellschaft zu scheitern droht, in diesen innersten Bereich der Familie hineinpraktiziert wird.

(Beifall)

Es kann auch nicht angehen, daß - wie es die Koalition will - die Eltern praktisch nur Pflichten und die Kinder nur Rechte haben. Unserer Meinung nach muß zwischen Eltern und Kindern ein ausgewogenes, gleichmäßiges Verhältnis von Rechten und Pflichten bestehen.

(Beifall)

Dies liegt, nach meiner Auffassung jedenfalls, auch im Interesse der Kinder selbst. Denn verunsicherte Eltern sind schlechte Erzieher, und Verunsicherung der Eltern wird diese auch nicht ermutigen, wieder die Verantwortung für mehr Kinder zu übernehmen.

Das Grundgesetz hat mit gutem Grund Eingriffe des Staates in das Elternrecht an ganz genaue Voraussetzungen gebunden. Es gehört zu den Kennzeichen totalitärer Staaten, sich den Zugriff auf die Jugend in einem möglichst frühen Zeitpunkt zu sichern. Wir sollten allen gewollten oder auch nur möglichen Angriffen auf das Elternrecht entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die Verfassung ist mit uns!

(Lebhafter Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Eine weitere Wortmeldung zu Ziffer 31: Herr Rosorius vom Landesverband Rheinland. Bitte, Herr Rosorius, sagen Sie, ob Sie für oder gegen den Antrag sprechen; das steht leider nicht auf Ihrem Zettel. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch einmal darum bitten, jeweils die Zeile "für" oder "gegen" auszufüllen. Das macht die Sache leichter.

Jürgen Rosorius: Das hängt davon ab, wie die Antragskommission votiert. Ich bin nämlich der Meinung, daß dieser Antrag zwar grundsätzlich richtig ist, aber einige elementare Fehler enthält. Diese möchte ich gern aufzeigen. Ich bin der Meinung, daß es hier nicht um die Einschränkung oder den Entzug des Elternrechts gehen kann. Gemeint ist das elterliche Sorgerecht. Es ist z.B. nach dem BGB oder dem Jugendwohlfahrtsgesetz nicht möglich, das Elternrecht für eine Zeit zu entziehen; vielmehr ist es nur möglich, durch Einsetzung eines Vormundes das Erziehungsrecht für eine Zeit zu entziehen. Ich bitte also, an dieser Stelle das Wort "Elternrecht" durch das Wort "Erziehungsrecht" zu ersetzen.

Dann schützt auch nicht das Erziehungsrecht die Eltern vor



staatlicher Bevormundung. In diesem Zusammenhang muß es in der Tat "Elternrecht" heißen, so wie es in unserem Grundgesetz steht.

Ferner bitte ich, den Ausdruck "Elternbildung" durch den Begriff "Familienbildung" zu ersetzen. Jeder, der sich auf dem Gebiet der Familienpolitik betätigt, weiß, daß das inzwischen der richtige Ausdruck ist. Wir sprechen längst nicht mehr von "Elternbildung", sondern von "Familienbildung". Es gibt keine Elternbildungsstätten, sondern nur Familienbildungsstätten, in denen Familienbildung betrieben wird.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Ritz für die Antragskommission!

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mitteilen, daß die Antragskommission sich darauf verständigt hat, diesen Anliegen Rechnung zu tragen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wir stimmen jetzt also über den Antrag D 150 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung mit den soeben vorgeschlagenen drei Änderungen ab, die von der Antragskommission akzeptiert worden sind. Wer dem Antrag D 150 in dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich, den Stimmzettel zu heben. - Gegenprobe, bitte! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen. So beschlossen.

Ich rufe nunmehr Ziffer 34 auf Seite 128 des Antragsbuchs auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich kann daher sofort abstimmen lassen. Wer für Ziffer 34 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung stimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Die Gegenprobe, bitte! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Ziffer 35 auf Seite 132 des Antragsbuchs auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können sofort abstimmen. Ich darf diejenigen, die der von der Antragskommission für diese Ziffer empfohlenen Fassung ihre Zustimmung geben wollen, bitten, die Stimmkarte zu heben. - Die Gegenprobe, bitte! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Ziffer 36 auf; das ist Seite 138 des Antragsbuchs. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können sofort abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen, bitte! - Keine Enthaltungen. Damit ist Ziffer 36 angenommen.

Ich rufe Ziffer 36 a auf. Das ist offenbar eine neue Ziffer. Das Wort dazu hat Frau Hieronymi.

Frau Ruth Hieronymi: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche zu der neuen Ziffer 36 a auf Seite 100. Zunächst darf ich mich im Namen der Jungen Union - aber ich hoffe, nicht nur im Namen der Jungen Union - sehr herzlich dafür bedanken, daß hier im Grundsatzprogramm ein eigener Abschnitt für die Jugendpolitik eingefügt worden ist.

(Beifall)

Wir haben zu dieser Empfehlung der Antragskommission Änderungsanträge vorliegen, nämlich D 6 vom Landesverband Hamburg und die Anträge D 14, D 15 und D 24 von der Jungen Union. Die Änderungsanträge sind im wesentlichen mit der vorgeschlagenen Fassung übereinstimmend, allerdings bis auf einen wesentlichen Punkt: In der Fassung der Antragskommission fehlt die offene Jugendarbeit; es wird dort nur von der verbandlichen Jugendarbeit gesprochen. Auf der Basis des Jugendwohlfahrtsgesetzes steht die Jugendpflege aber auf zwei Säulen, der verbandlichen Jugendarbeit und der offenen Jugendarbeit. Dies wird sowohl in unseren Berliner Leitsätzen als auch in den jugendpolitischen Leitsätzen der CDU sehr deutlich gesagt. Wir wissen auch alle, daß der größte Teil der Jugend nicht organisiert ist und daß hier ein Feld ist, in das gerade linke Jugendorganisationen sehr aktiv hineinstoßen. Deshalb unsere Bitte: Überlassen Sie die offene Jugendarbeit nicht den Linken, sondern sagen Sie hier sehr deutlich, daß wir die verbandliche und die offene Jugendarbeit für notwendig halten.

In Abs. 3 der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung heißt es im ersten Satz:

"Ein wichtiges Feld sozialen und politischen Engagements muß auch in Zukunft die Arbeit in den Jugendverbänden bleiben." Ich stelle den Antrag, folgende Ergänzung zu beschließen: "... muß auch in Zukunft die verbandliche und die offene Jugendarbeit bleiben". Der folgende Text kann dann unverändert bleiben.

Zum Verfahren möchte ich sagen: Falls die Antragskommission die von mir vorgeschlagene Fassung übernimmt, ist es okay; andernfalls bitte ich erst über den Änderungsantrag abstimmen zu lassen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Freunde, ich darf Sie bitten, zur Abstimmung und zur Behandlung dieses Antrags auf Seite 100 zurückzublättern. Dort finden Sie in der rechten Spalte fett gedruckt die von der Antragskommission empfohlene Fassung.

Für die Antragskommission hat jetzt Frau Dr. Hellwig das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat diese Anregung aufgegriffen und schlägt Ihnen vor, die Ziffer 36 a mit der soeben beantragten Änderung - "die verbandliche und die offene Jugendarbeit" - anzunehmen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich stelle jetzt den nach Ziffer 36 einzufügenden Passus - wie er genau eingefügt wird, wird eine Sache der Redaktion sein - zur Abstimmung, und zwar in dem Wortlaut, den Sie auf Seite 100 finden, unter Berücksichtigung der soeben beantragten und von der Antragskommission akzeptierten Änderung. Wer für diese nach Ziffer 36 einzufügende Formulierung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Vier Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Ich rufe jetzt den Vorspann zum Abschnitt "Erziehung und Bildung" vor Ziffer 37 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn

Klaus Möldemann, Rheinland, vor. Ich darf ihn bitten, ans Rednerpult zu kommen. - Herr Möldemann scheint nicht im Saal zu sein. Ich muß die Wortmeldung streichen. - Weitere Wortmeldungen zum Vorspann liegen nicht vor.

Ich darf damit die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Wer dafür stimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Wir kommen zu Ziffer 37, Seite 144. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Hubert Scharf vom Landesverband Westfalen-Lippe vor. Ich bitte ihn, zum Rednerpult zu kommen.

Hubert Scharf: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Ziffer 37, und zwar gegen den letzten Satz, wie er von der Antragskommission auf der Grundlage des Antrags D 305 empfohlen wird:

"Gliederung, Durchlässigkeit und Weiterbildungseinrichtungen entsprechen den unterschiedlichen Begabungen und wirken Schranken sozialer und regionaler Herkunft entgegen."

Ich bin nicht dagegen, daß man den Zusatz "und regionaler (Herkunft)" eingebaut hat; ich halte ihn für vernünftig. Aber ich bin der Meinung, daß wir die Aneinanderreihung, wie sie hier vorgesehen ist, aus verschiedenen Gründen nicht zulassen können.

Einmal verbietet es die Sprachlogik, zwei abstrakte Begriffe - "Gliederung" und "Durchlässigkeit" - mit dem konkreten Begriff "Weiterbildungseinrichtungen" zu verbinden.

Zweitens bin ich der Meinung - und das ist auch die Meinung unseres Kreisverbandes -, daß hier auch inhaltlich ein Widerspruch vorliegt. Denn Gliederung und Durchlässigkeit sind organisatorische Prinzipien, die auch für Weiterbildungseinrichtungen zu gelten haben. Deswegen ist die parallele Ebene, auf die das Ganze hier gelegt wird, logisch schief.

Drittens meinen wir, daß auch sachlich der Bereich der Weiterbildung nicht in dieser Ebene liegen kann. Denn Weiterbildung ist eine eigenständige vierte Säule des Bildungswesens, welche nach Meinung des Kreisverbandes Steinfurt eine eigene Ziffer im Grundsatzprogramm verdient hätte. Leider ist dieser Vorschlag unseres Kreisverbandes auf Einfügung einer neuen - wenn auch kurzen - Ziffer 45 a oder 46 nicht aufgenommen worden. Man hat aus unserem Antrag D 335 nur der Streichung des Wortes "Weiterbildungseinrichtungen" an dieser Stelle stattgegeben, was natürlich unseren Antrag inhaltlich verfälscht.

Wenn Sie sich die Anlagen anschauen, werden Sie feststellen, daß 10 Kreisverbände diesen logischen Widerspruch wahrgenommen und Anträge auf Änderung dieser Passage gestellt haben.

Um das Verfahren abzukürzen, schlage ich vor, die Anregung aufzunehmen, die sich im Antrag D 330 des Kreisverbandes Ravensburg findet. Dort ist vorgesehen, im Abs. 2 den letzten Satz durch folgende Formulierung zu ersetzen:

"Gliederung und Durchlässigkeit der Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen entsprechen den unterschiedlichen Begabungen und wirken Schranken sozialer Herkunft entgegen."

Sollten wir allerdings den Akzent mehr auf Weiterbildungseinrichtungen legen wollen, dann müßte man aus dem Antrag D 331 des Kreisverbandes Rhein-Sieg-Kreis zumindest die Unterscheidung

"Unterschiedliche Begabungen setzen eine Gliederung und Durchlässigkeit der Bildungswege sowie Weiterbildungseinrichtungen voraus" herausnehmen, so daß der Text dann lauten würde:  
"Gliederung und Durchlässigkeit der Bildungswege sowie Weiterbildungseinrichtungen entsprechen den unterschiedlichen Begabungen und wirken Schranken sozialer und regionaler Herkunft entgegen."

Wir sind der Meinung, daß aus Gründen der Logik und speziell der Sprachlogik dieser Satz in der uns vorliegenden Fassung keine Gültigkeit bekommen sollte.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als nächster hat das Wort Herr Stroetmann vom Landesbezirk Niedersachsen.

Dr. Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Niedersachsen empfiehlt, der Vorlage der Antragskommission mit einem Hinweis zuzustimmen: Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß hier nicht nur von Bildung gesprochen wird, sondern daß, wenn man schon die Zukunftschancen der jungen Menschen betrachtet, unbedingt auch der Begriff der Erziehung einfließen muß. Wir möchten also formulieren, daß die Zukunft des einzelnen und die Lebensbedingungen unserer Gesellschaft maßgeblich von der Qualität des Erziehungs- und Bildungswesens beeinflußt werden und daß Erziehung und Bildung wesentliche Voraussetzungen für die persönliche Entfaltung des einzelnen sind. Ich wäre dankbar, wenn die Antragskommission diese Anregung aufnehmen würde.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für die Antragskommission Herr Pfeifer.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist zunächst bereit, den Antrag D 33o des Kreisverbandes Ravensburg, und zwar den letzten Satz, an die Stelle des entsprechenden Satzes in der Ziffer 37 der Antragskommission zu übernehmen und damit dem Votum von Herrn Scharf entgegenzukommen.

Was die Weiterbildung angeht, so wird es in Ziffer 44 noch eine besondere Passage für diese Weiterbildung geben. Dazu liegt inzwischen ein Initiativantrag vor. Ich möchte vorschlagen, daß wir dieses im Rahmen der Ziffer 44 behandeln.

Was das Anliegen von Herrn Stroetmann angeht, so sind wir bereit, dieser von ihm gewünschten Ergänzung zuzustimmen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt ab über den Antrag unter Ziffer 37 auf Seite 144 mit den beiden Änderungen, die Sie soeben gehört haben, die Herr Pfeifer für die Antragskommission erläutert hat.

Wer dem Text der Antragskommission zu Ziffer 37 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmkartenzeichen. - Danke schön. Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Eine Gegenstimme. Enthaltungen bitte. - Keine Enthaltungen. Danke schön.

Ich rufe nunmehr Ziffer 38 auf Seite 151 auf. Hier liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Krüger, Landesverband Westfalen, vor.

Dr. Helmut Krüger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um den Antrag D 369, um die Frage, um es konkret zu sagen, der konfliktorientierten Pädagogik. Heute morgen war bereits sehr viel von Konflikten und ähnlichen Dingen die Rede. Wenn ich mir einmal die Vorlage der Antragskommission ansehe, dann ist unser Antrag D 369 vom Kreisverband Warendorf-Beckum durch einige Modifizierungen des ursprünglichen Entwurfs als erledigt behandelt worden. Ich bin keineswegs der Meinung, daß unser Antrag damit erledigt ist.

Es geht für uns eigentlich nur um ein einziges kleines Wörtchen, das wir eingeschoben haben, nämlich um das Wort "einseitig". Das verändert selbstverständlich den Sinn ein wenig. Es läßt sich nicht bestreiten, daß unser menschliches Leben, wie auch die Geschichte zeigt, eben großenteils aus Konflikten besteht. Die konfliktorientierte Pädagogik wollte dieser Situation Rechnung tragen. Das hat zunächst noch gar nichts mit Sozialismus und Marxismus zu tun. Ich befürchte, wenn wir die konfliktorientierte Pädagogik, ich möchte einmal sagen, derartig verteufeln und derartig pauschal ablehnen, manipulieren und katalysieren wir uns auf die Dauer in ein bildungspolitisches Abseits. Ich meine, das wäre für uns als Christdemokraten nicht sehr gut.

Ich möchte die Antragskommission daher bitten, unseren Überlegungen insofern Rechnung zu tragen, daß wir dieses kleine Wörtchen "einseitig" einfügen. Damit wären wir dann schon zufrieden.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Pfeifer.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich nicht zu bestreiten, daß es den Konflikt gibt und daß deshalb auch die Vorbereitung auf das Austragen von Konflikten Bestandteil des Erziehungswesens und damit auch des Unterrichts in der Schule sein muß. Aber Konfliktpädagogik steht doch als Begriff für eine Lehrmeinung, die den Konflikt sozusagen in den Mittelpunkt des Erziehungswesens stellt. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, daß wir durch die Einfügung des Wortes "einseitig" nicht den Eindruck erwecken sollten, als ob wir uns dieser Konfliktpädagogik nähern wollten. Aus diesem Grund meine ich, daß es beim Antrag der Antragskommission bleiben sollte.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt ab über Ziffer 38 in der Formulierung der Antragskommission. Das steht auf Seite 151. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, der möge seine Stimmkarte heben. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte. - Einige Gegenstimmen. Eine ganze Reihe von Gegenstimmen.

(Zurufe)

- Mehrere oder eine ganze Reihe, das ist für mich dasselbe. Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen.

Ich rufe Ziffer 39 auf. Hierzu liegen drei Wortmeldungen vor. Als erste bitte Frau Dr. Christians, Landesverband Westfalen-Lippe, dann Herr Dr. Schmitz, Rheinland, und dann Herr Franz-Josef Jung, Hessen.

Frau Dr. Monika Christians: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen des Kreisvorstandes Hamm möchte ich mich gegen den ersten Satz des Antrages des Bundesvorstandes unter Ziffer 39 aussprechen und beantrage ersatzlose Streichung. Dieser Satz heißt: "Schule kann den Glauben an Gott nicht erzwingen." Meine Damen und Herren, es gibt überhaupt keine Macht in der Welt, die Glauben erzwingen kann, natürlich auch nicht die Schule. Im Übrigen kann man mit dem Text so fortfahren. Wir vom Kreisverband Hamm befinden uns in guter Gesellschaft mit anderen Kreisverbänden, die diesen Satz auch gestrichen haben wollen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Ich darf nur zur Klarstellung darauf hinweisen, daß jetzt der Text der Antragskommission gilt, in dem dies nicht der erste, sondern der letzte Satz ist.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Schmitz bitten, dann Herrn Jung.

Dr. Hans Georg Schmitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag D 412 des Kreisverbandes Wesel. Die Antragskommission sagt hier, sie habe diesen Antrag einbezogen. Dieser Meinung vermögen wir uns nicht anzuschließen. Es ging uns in diesem Antrag darum, die Aussagen zur Schule, die sehr vielfältig sind und natürlich hier hingehören, durch eine Aussage zur vorschulischen Erziehung zu ergänzen. Wir hatten deshalb mit dem Antrag D 412 vorgeschlagen, die Ziffer 37 des alten Entwurfs zu übernehmen. Das ist der Sinn dieses Antrages.

Ich meine, daß sich das auch von der Sache her sehr gut begründen läßt. Dieser Passus verweist auf die Notwendigkeit von Kindergärten, auf die Notwendigkeit, daß sie allen Eltern zugänglich sein müssen, er setzt aber auch entsprechend notwendige korrigierende Akzente: Kindergarten darf nicht zur vorverlegten Schule werden. Es ist also eine sehr inhaltsreiche Aussage.

Wir möchten beantragen, daß dieser Antrag D 412 von der Antragskommission in die neu formulierte Ziffer 39 aufgenommen wird, wobei zur redaktionellen Seite noch zu sagen wäre, daß das Wort am Ende des ersten Satzes "Förderung" heißen muß statt "Erfahrung" entsprechend der Übernahme der alten Ziffer 37.

Ich darf Sie also bitten, auch eine Aussage zur vorschulischen Erziehung zu machen. Ich meine, das würde uns gut anstehen, zumal wir ja auf diesem Parteitag sehr deutlich über Probleme des Bevölkerungswachstums diskutiert haben. Auch hier ist ein Zusammenhang zu sehen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt bitte Herr Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Eltville-Erbach: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag D 416 der Jungen Union und weise die Antragskommission gleich darauf hin, daß dies ein Zusatzantrag ist, über den bitte extra abzustimmen ist.

Die Junge Union ist der Auffassung, daß die Antragskommission Ihnen zwar nunmehr eine verbesserte Formulierung des ursprünglichen Textes vorschlägt, meint aber, daß wir als CDU, wo wir hier doch gerade eine systematische Auseinandersetzung hinsichtlich des Religionsunterrichts haben, auch den Mut haben sollten, in unser Programm eine positive Aussage zum Religionsunterricht aufzunehmen.

(Beifall)

Gerade hier ist doch ein systematischer Angriff insbesondere durch linke Ideologien festzustellen. Wir sind der Meinung, daß die CDU durch die Verbesserung des Religionsunterrichts in verschiedenen Bereichen einen deutlichen Akzent setzen muß, weil es sonst auch zu einer gewissen Sinnleere, zu weniger Verantwortung und weniger Verpflichtung gerade auch junger Menschen kommt. Deshalb meinen wir, dieser Zusatz mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zum Religionsunterricht sollte in den Antrag hinein.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für die Antragskommission Herr Pfeifer.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde, es ist zunächst in der Tat richtig, daß eine große Zahl von Anträgen die Streichung des ersten Satzes in der Vorlage des Bundesvorstands verlangt. Auf der anderen Seite möchte ich darauf verweisen, daß es z. B. in den Anträgen des Kreisverbands Aachen - Antrag Nr. D 382 -, des Kreisverbands Bochum - Antrag Nr. D 383 - und des Erftkreises - Antrag Nr. D 388 - auch die Forderung gibt, über die Vorlage des Bundesvorstands noch hinauszugehen.

Die Antragskommission hat, um die Ziffer 39 nicht mit einer Negativformulierung zu beginnen, vorgeschlagen, die Vorlage des Bundesvorstands umzustellen und zunächst einmal mit einer positiven Aussage zu beginnen, nämlich mit der Aussage, daß die Schule dem jungen Menschen helfen soll, einen religiösen und ethischen Standpunkt zu finden. In der weiteren Folge dieser Ziffer wollen wir aber an dem Satz festhalten, daß die Schule eben den Glauben an Gott nicht erzwingen kann. Dieser Satz, meine Damen und Herren, ist doch unbestreitbar richtig, und ich bitte Sie, zu überlegen, was man unserer Partei an Interpretation unterstellen könnte, wenn dieser Satz heute plötzlich gestrichen würde.

Zu dem Antrag Nr. D 412: Zunächst ist zuzugeben, daß dieser Antrag im Antragsbuch vielleicht nicht an der richtigen Stelle eingeordnet ist. Er erscheint hier unter der Ziffer 39, und man müßte ihn eher bei den Ziffern 42 ff. behandeln. Ich möchte aber vorschlagen, auch diesem Antrag nicht zu folgen.

In dem Grundsatzprogramm ist bewußt darauf verzichtet worden, die einzelnen Schularten - Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Berufsschule - zu beschreiben, weil wir der Meinung sind, daß dies in ein bildungspolitisches Aktionsprogramm, nicht aber in ein Grundsatzprogramm gehört. Ähnlich sollte man auch bei der Frage der Kindergärten und der vorschulischen Erziehung verfahren.

Was den Antrag der Jungen Union - Nr. D 416 - angeht, darf ich darauf hinweisen, daß es eine ähnliche Formulierung, allerdings in einer etwas weiteren Form, auch in dem Antrag Nr. D 390 gibt. Das ist ein Antrag, den der Kreisverband Freiburg gestellt hat. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen. Sicherlich ist es richtig, daß es die Aufgabe des Religionsunterrichts ist, jungen Menschen Verpflichtung und Verantwortung des menschlichen Daseins bewußt zu machen und, wie es der Kreisverband Freiburg formuliert hat, die Bedeutung der christlichen Botschaft für unsere Kultur vor Augen zu führen. Aber wir möchten den Antragstellern zu bedenken geben, ob dies nicht als Aussage zum Religionsunterricht zu wenig ist.

Meine Damen und Herren, das Bewußtmachen der Verpflichtung und Verantwortung menschlichen Daseins und die Verdeutlichung dessen, was die christliche Botschaft für unsere Kultur bedeutet, sind zwar Aufgaben des Religionsunterrichts - Übrigens nicht des Religionsunterrichts allein -, aber der entscheidenden Frage, um die es beim Religionsunterricht geht, nämlich der Frage nach dem Verkündigungsauftrag der Kirche im Religionsunterricht, weichen eben beide Anträge aus. Dabei ist es doch so, daß in den Kirchen genau diese Fragestellung bis zum heutigen Tag umstritten ist, daß es dazu unterschiedliche Äußerungen gibt. Ich glaube nicht, daß es gut wäre, wenn der Parteitag nun in die Entscheidung dieser Frage eingreifen und möglicherweise eine Festlegung treffen würde. Aus diesem Grunde ist es wohl besser, wenn es hier bei der Formulierung der Antragskommission bleibt.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, hier ist soeben der Antrag gestellt worden, über einen Antrag gesondert abzustimmen. Ich bedaure, dem nicht folgen zu können. Wir haben zu Beginn der Diskussion über unser Programm einvernehmlich beschlossen, daß zunächst immer über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt wird, diese also als der weitestgehende Antrag anzusehen ist. Ich glaube, wir müssen bei diesem Prinzip bleiben, auch wenn das im Einzelfall einmal schwerfällt.

Ich stelle nunmehr die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 39 zur Abstimmung, wie sie sich auf Seite 156 findet. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte! - Darf ich zur Kontrolle diejenigen, die zustimmen, noch einmal bitten, die Stimmkarte zu erheben. - Danke schön. Und jetzt noch einmal die Gegenprobe bitte! - Nach Meinung des Präsidiums war das erste einwandfrei die Mehrheit. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist Ziffer 39 so angenommen.

Zu Ziffer 40, Seite 160, liegen keine Wortmeldungen vor. - Darf ich um Aufmerksamkeit und auch darum bitten, daß die Privatgespräche aus den Gängen vielleicht in den Vorraum verlagert werden, liebe Freunde.

(Beifall)

- Ich darf noch einmal diejenigen, die in den Gängen stehen und stören, bitten, sich etwas zurückzuziehen, damit die Verhandlungen weitergehen können.

In der Empfehlung der Antragskommission, und zwar im zweiten Absatz vierte Zeile, befindet sich ein Druckfehler. Dort heißt es: "die Kenntnis der Geschichte aufzubauen". Es soll richtig heißen: "... abzubauen".

Ich stelle nunmehr die Empfehlung der Antragskommission mit dieser kleinen Veränderung zur Abstimmung. Wer Ziffer 40 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen.

Nunmehr rufe ich Ziffer 41, Seite 163, auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Rosorius, Landesverband Rheinland, vor.



Jürgen Rosorius: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße außerordentlich, daß dieses Kapitel nach der Änderung der Überschrift - hoffentlich - deutlich machen wird, daß die CDU für Kultur mehr übrig hat, als es in den wenigen Zeilen des Grundsatzprogramms bisher zum Ausdruck kam. Ich meine, daß es für eine Volkspartei einfach nicht angeht, sich mit den wenigen Ziffern, die bisher zu diesem Thema zusammengestellt worden sind, zufriedenzugeben.

Angesichts ständig steigender Freizeit kommt der Entfaltung der Person gerade auf dem Gebiet von Kunst und Kultur sicherlich eine ganz große Bedeutung zu. Ich meine, wir werden unglaublich wichtig, wenn wir auf der einen Seite die Verwissenschaftlichung unserer Gesellschaft, unseres Bildungswesens beklagen, aber auf der anderen Seite keine klaren Aussagen darüber machen, wie wir z. B. in den Schulen, in den Weiterbildungseinrichtungen dafür sorgen können, die kindliche Kreativität stärker zu fördern.

Der Kreisverband Bonn hat deshalb in dem Antrag D 290, der sich auf Seite 141 befindet, versucht, den augenblicklichen Diskussionsstand zusammenzufassen.

Ich selber hatte Gelegenheit, auch an einigen Fachkonferenzen der KPV zu diesem Thema teilzunehmen, und habe versucht, die Ergebnisse in den Antrag D 290 einfließen zu lassen. Eine Neuformulierung des Antrags D 290 habe ich der Antragskommission zugeleitet, weil ich der Meinung bin, daß der Antrag D 637 des Landesverbandes Rheinland, der auch Aussagen zu Kunst und Kultur macht, hier hineingebracht werden sollte.

Ich weiß nicht, wie die Antragskommission jetzt votiert, ob sie empfiehlt, die Neuformulierung des Antrags D 290 zu übernehmen oder es bei der Formulierung der Antragskommission zu belassen. Wenn es die Antragskommission bei dem Antrag D 439 in der geänderten Form belassen will, dann möchte ich den Parteitag herzlich bitten, folgenden Zusatzantrag anzunehmen. Er heißt:

"Kulturpolitik darf den Bürger nicht bloß in seiner Rolle als Konsument sehen. In stärkerem Maße als bisher ist die kindliche Kreativität zu fördern und der Aufbau und die Förderung von Musikschulen, Malschulen und Werkschulen zu unterstützen. Wir wollen ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Kulturangebot in partnerschaftlichem Zusammenwirken aller freien und öffentlichen Träger schaffen."

Meine Damen und Herren, es ist eines der großen Probleme, daß gerade im ländlichen Raum und in den Mittelstädten das Kulturangebot eben noch nicht groß genug ist. Es ist hier nicht möglich, große Theater und große Orchester zu haben. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir im gesamtgesellschaftlichen Bereich ein flächendeckenderes und bedarfsgerechteres Angebot machen können. Es geht für die CDU darum, sich dazu zu bekennen, daß nicht nur die traditionellen Kulturformen für uns wichtig sind, sondern wir auch der Meinung sind, daß Kunst und Kultur stärker auf die Marktplätze getragen werden müssen, um unsere Innenstädte zu beleben, aber auch um solche Bevölkerungsschichten mit Kunst und Kultur in Verbindung zu bringen, die nicht in die traditionellen Kulturtempel kommen.

Der zweite Aspekt. Wir müssen versuchen, durch Mal- und Musikschulen, wie es gerade auch CDU-regierte Bundesländer versucht haben, schon beim Kind die Kreativität, das Gespür für das Künstlerische zu wecken; denn was die Kinder und Jugendlichen

nicht lernen, werden wir von den Erwachsenen nicht mehr verlangen können, und dann werden wir Kulturpolitik eben nur als Konsum begreifen und unsere Freizeit vor dem Fernseher verbringen, statt selber aktiv zu werden.

Ich darf also die Antragskommission herzlich bitten, zumindest den letzten Absatz des Antrags D 290 als Zusatzantrag zu Antrag D 439 zu akzeptieren.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Horst Langes.

Horst Langes: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich folge meinem Vorredner, daß Ziffer 41 das Problem nicht zuletzt der Kunst, der Künstler, des Staates, der CDU und des Beziehungsgeflechts zweifellos so umschreibt, wie man es sich eigentlich wünschen würde. Nur muß ich sagen, daß wir schon auf unserem Berliner Grundsatzforum gerade zu dieser Frage eine sehr intensive Diskussion geführt haben. Ich muß sagen, daß das, was uns die Antragskommission heute vorgelegt hat, eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem darstellt, was ursprünglich vorgesehen war.

Wir sind heute nicht in der Lage - deshalb möchte ich meinem Vorredner widersprechen -, durch Hinzufügung einzelner, sicherlich sehr kluger und richtiger Gedanken das sehr straff und knapp Gefaßte - was in unserem Programm sozusagen nur ein Ausrufezeichen darstellen kann - so zu verändern, daß wir damit restlos zufrieden sein können. Ich bin der Ansicht, daß die CDU als Partei die Aufgabe hat, sich ähnlich, wie wir in Berlin das Grundsatzforum über das Gesamtprogramm veranstaltet haben, die Mühe zu machen, sich in einem Kongreß demnächst mit der Kunst, dem Künstler und dem Beziehungsgeflecht zu unserem Staat, zu unseren Kommunen zu beschäftigen, wobei wir den Bereich Theater, Musik, Literatur, Dichtung und auch die Schwierigkeiten diskutieren müssen, die wir als CDU bezüglich des "schöpferischen Geistes" zweifellos haben. Bei einem solchen Kongreß denke ich an den ähnlichen Kongreß, der sich mit den Grundsatzfragen des Terrorismus beschäftigt hatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Anträgen, die eben gestellt wurden, möchte ich widersprechen. Wir sollten uns hier beschränken, aber klar zum Ausdruck bringen, daß dieser Bereich - Schule und Hochschule einmal ausgeklammert - Gegenstand eines Grundsatzkongresses der CDU sein sollte. Ich glaube, es wäre gut, wenn der Bundesparteitag hier den Vorstand und auch die Bundespartei unterstützen würde.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für die Antragskommission hat Herr Pfeifer das Wort.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission hat aus dem Antrag D 290 und Übrigens auch aus dem Antrag D 457 des Rhein-Sieg-Kreises all die Punkte als Ergänzung übernommen, die für ein Grundsatzprogramm von wesentlicher Bedeutung sind. Wir sind der Meinung gewesen, daß die übrigen Teile dieses Antrags, insbesondere auch des Antrags D 290, eben auch wieder in ein besonderes kulturpolitisches Programm gehören. Wir möchten deswegen bitten, daß Sie der Empfehlung der Antragskommission folgen.

Allerdings möchte ich dem Vorschlag von Herrn Langes, daß die Union einmal einen eigenen Kulturkongreß durchführt, auch meinerseits nachdrücklich zustimmen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen! Meine Herren! Wir stimmen jetzt über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 163 zu Ziffer 41 ab. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu heben. - Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen. Damit ist Ziffer 41 angenommen.

Ich rufe Ziffer 42 und dazu die Anträge ab Seite 166 auf. - Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich kann Ziffer 42 sofort zur Abstimmung stellen. Wer Ziffer 42 in der Formulierung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu heben. - Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine.

Ich rufe nunmehr Ziffer 43 und die Anträge ab Seite 172 auf. - Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle Ziffer 43 in der Formulierung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer Ziffer 43 in der Formulierung der Antragskommission zustimmen will, möge die Stimmkarte erheben. - Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Ich rufe nunmehr Ziffer 44 auf.

(V o r s i t z : Adolf Müller)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Dies war eben ein fliegender Wechsel im Präsidium. Zu Ziffer 44 gehören die Anträge D 300 und D 530 bis D 589 sowie inhaltlich die Anträge D 625, 631 und 635 aus Ziffer 46. Dazu gehören weiterhin die heute verteilten Anträge D 861, 862 und 864. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf dem Umdruck des Antrags D 861 neu ausgedruckt und berücksichtigt einen Teil der Initiativanträge. Zu dieser Ziffer liegen Wortmeldungen vor. Als erster hat Herr Reckers, RCDS, das Wort. Ihm folgt Herr Kiel, Landesverband Rheinland.

Hans Reckers: Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antrag D 587 der Jungen Union begründen. Es ist dies ein Zusatzantrag, über den nach der Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, die wir auch unterstützen, abgestimmt werden muß. So wurde es vorhin vereinbart.

Wir meinen, wir brauchen im Bildungsteil eine klare Aussage über den Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Als CDU wollen wir die Übereinstimmung von Bildung und Beschäftigung, denn derjenige, der eine Ausbildung beginnt, will ja später in einen seiner Ausbildung entsprechenden Beruf. Die Frage ist nur, auf welche Weise, mit welchen Mitteln diese Abstimmung von Bildung und Beschäftigung stattfindet. Gestern haben Redner großen Beifall bekommen, die sich gegen die zentrale Zuweisung von Studienplätzen durch die ZVS nach Numerus clausus-Notendurchschnitt wandten. Heute erfolgt die Abstimmung von Bildung und Beschäftigung eben durch Planung, durch Zuteilung, also nach Prinzipien, die wir im Bereich der Wirtschaftsordnung beispielsweise als im Widerspruch zur freiheitlichen Ordnung stehend entschieden ablehnen. Ähnlich ist

es im Bereich der Bildungspolitik. Wir wollen als Mittel der Abstimmung zwischen Bildung und Planung nicht zentrale Planung und Zuteilung, sondern wir wollen einen freiheitlichen Zusammenhang, der auf der Entscheidung des einzelnen aufbaut. Aufgabe des Staates ist es, diese Entscheidung durch Information und Beratung zu ermöglichen. Deshalb bitte ich Sie, diesem Zusatzantrag, der eine klare Absage an bürokratische, administrative Planung beinhaltet und für diesen freiheitlichen Zusammenhang von Bildung und Beschäftigung plädiert, zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Kiel, Landesverband Rheinland. Ihm folgt Herr Dr. Rödding, Westfalen-Lippe.

Ernst Kiel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag D 864, der auf Änderung der nunmehr auf dem Umdruck des Antrages D 861 vorliegenden Empfehlung der Antragskommission abzielt. In einem Grundsatzprogramm der CDU muß im Kapitel über Erziehung und Bildung eine klare Aussage über das duale System der Berufsausbildung stehen, also eine klare Aussage zur Ausbildung in Betrieb und Schule, damit es überhaupt keinen Zweifel an unserer Grundauffassung geben kann. Die im Entwurf und jetzt auch in der Empfehlung der Kommission enthaltene Formulierung halten wir für zu schwach und für mißdeutbar. Im vierten Absatz der Ziffer 44 heißt es wie folgt:

"Wir treten für den Ausbau und die Weiterentwicklung des dualen Systems von betrieblicher und schulischer Ausbildung ein."

"Ausbau" könnte rein mengenmäßig verstanden werden. Dieser Begriff sagt nichts über die Inhalte und die Qualität aus. Auch der Begriff "Weiterentwicklung" könnte mißdeutbar sein, weil auch unser politischer Gegner eine Weiterentwicklung vornehmen will, aber in eine völlig falsche Richtung.

Wir schlagen deshalb vor, wie folgt zu formulieren:

Das duale System der Berufsausbildung muß - auf dem Umdruck steht "sollte"; das ist ein Schreibfehler, Herr Pfeifer - gestärkt ... werden.

Wir meinen, daß diese Formulierung sowohl den Ausbau als auch die inhaltliche Ausgestaltung zu umfassen hat.

Die Weiterentwicklung hat sich an der Funktion zu orientieren, denn dies ist ja genau der Bereich, in dem wir im Sinne einer dynamischen Politik etwas weiterentwickeln wollen. Dort, wo es bisher sozusagen knirscht, soll eine Verbesserung erreicht werden. Daß alle Maßnahmen unter der Voraussetzung eines klaren Bekenntnisses zur Kulturhoheit der Länder ergriffen werden, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Eine Weiterentwicklung darf nicht zur Aushöhlung des jetzigen Systems führen.

Eine solche klarere und eindeutiger Aussage darf aber nicht an falscher Stelle und unter falschen Prämissen erneut gemacht werden. Ich beziehe mich hier auf die Stelle, an der ein Vergleich zu Förderung und Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens hergestellt wird. Dieser letzte Satz schafft Zweifel, weil hier Dinge - insbesondere was die betriebliche Berufsausbildung anbetrifft - miteinander verglichen werden, die nicht vergleichbar sind. Außerdem könnte die Formulierung, wie sie

sich in dem letzten Satz auf der Vorderseite des Umdrucks Antrag D 861 findet, dazu führen, daß ein neues Ungleichgewicht geschaffen wird. Es kann nicht die Meinung der CDU sein, Einrichtungen, die seit teilweise über 100 Jahren traditionell Berufsausbildung betreiben - ich denke hier an den Bereich hauswirtschaftlicher Berufe, sozialpädagogischer, sozialpflegerischer und medizinischer Berufe -, nun etwa zu vernachlässigen. Deshalb halten wir es an dieser Stelle für besser, wenn man die Einrichtung der beruflichen Bildung, insgesamt gesehen, gegenüber dem allgemeinbildenden Schulwesen besser gewichtet.

Ich bitte die Antragskommission, mit diesen Veränderungen einverstanden zu sein, die unseres Erachtens den Text verbessern.

Zum Schluß habe ich noch eine Frage an die Antragskommission. Was hat sie sich dabei gedacht, als sie in diesem Kapitel dem sehr deutlichen und klaren Satz "Die Lehrpläne sind stärker auf die Berufswelt auszurichten." den Satz "Das gilt auch für die gymnasiale Bildung." angefügt hat? Ich bin der Meinung, dies ist ein Grundsatz, der für jede Art von Bildung gilt. Deswegen kann die Aussage nur lauten: Dies gilt für jede Art von Schulbildung.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Rödding. Ihm folgt Herr Falke, Landesverband Berlin.

Dr. Gerhard Rödding: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag D 539 des Kreisverbandes Bielefeld. Erlauben Sie mir dazu kurz folgende Bemerkungen.

Es gehört ganz gewiß zu den bedauerlichen Entwicklungen der letzten Jahre, daß viele junge Menschen den Beruf nicht ausüben können, für den sie ausgebildet sind, und einen Ausbildungs- und Studienplatz auch nicht finden können. Wo es früher harmonische Übergänge gab, findet man deshalb heute Enttäuschung, Verbitterung und Resignation. Aus diesem Grunde sind all die Maßnahmen erforderlich und zu begrüßen, die in Ziffer 44 aufgeführt sind. Ich bitte in diesem Zusammenhang - ganz im Sinne der Jungen Union Rheinland - allerdings um eine Klarstellung: Alle diese Maßnahmen können nur Angebote sein. Die Harmonie zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem kann nicht durch administrative Maßnahmen erzwungen werden. Reglementierungen in diesem Bereich widersprechen genauso wie an anderer Stelle unserm Verständnis von Freiheit, die immer auch ein Risiko einschließt. Ich meine, in einem Grundsatzprogramm sollte das deutlich gemacht werden.

Aus diesem Grunde bitte ich die Antragskommission, eine Formulierung aufzunehmen, die etwa der Formulierung im letzten Satz in Antrag D 539 - "Eine perfekte Harmonisierung ..." usw. - entspricht.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Herr Brunstein hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Er sagt, der Antrag D 864 liege ihm nicht vor. Der Antrag wurde verteilt. Ich frage, ob dieser Antrag sonst irgendwo im Saal noch nicht verteilt worden ist. - Ich bitte das Tagungsbüro, dafür zu sorgen, daß der Antrag D 864 überall verteilt wird. Ich lese diesen Antrag jetzt einmal vor.

Antrag Nr. D 864 der Delegierten Kiel, Frau Benedix und weiterer 30 Delegierter.

"Die beruflichen Bildungseinrichtungen ("im dualen System" streichen) sind in gleicher Weise zu fördern wie der Ausbau des allgemein bildenden Schulwesens. Sie vermitteln neben fachlichem Können die Fähigkeit, mit den künftigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes Schritt zu halten.

Das duale System der Berufsausbildung sollte gestärkt und funktionell weiterentwickelt werden."

Dieser Antrag ist, ebenso wie die anderen Initiativanträge, in der Empfehlung der Antragskommission mit berücksichtigt. Das Wort hat jetzt Herr Feilcke, Landesverband Berlin.

Jochen Feilcke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Antrag D 530 erlaube ich mir, einen ganz kleinen Änderungsantrag zu machen. Ich beziehe mich dabei auf den letzten Absatz dieses Antrages, der heißt:

"Der beruflichen Fort- und Weiterbildung kommt künftig für den einzelnen wie für den Arbeitsmarkt eine verstärkte Bedeutung zu. Das dafür erforderliche Bildungsangebot der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist auszubauen."

Ich bin der Auffassung, daß wir diese Forderung nach Ausbau sehr wohl stellen sollten und wohl auch dürfen, daß wir aber schlecht fordern können, daß der Bereich der Weiterbildungseinrichtungen in der Wirtschaft ausgebaut wird, da wir für den Fall, daß er nicht ausgebaut wird, keine Sanktionsmöglichkeiten hätten. Deshalb schlage ich vor, das Wort "auszubauen" durch "zu fördern" zu ersetzen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich glaube, ich sollte darauf hinweisen, Herr Feilcke, daß Sie offensichtlich von der früheren Formulierung ausgegangen sind. Zur Beratung und zur Abstimmung steht jetzt der Antrag D 861 auf dem Umdruck. Dort stehen die Empfehlung der Antragskommission und die Neuformulierung der Ziffer 44.

Ich gebe jetzt dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Prof. Brüggemann, das Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde. Ziffer 44 ist dadurch gekennzeichnet, daß hier sehr präzise und mit Nachdruck die Arbeits- und Wirtschaftswelt in den Bildungsbereich mit hineingenommen wurde. Es gehört in den letzten Jahren bei bestimmten progressiven Pädagogen und Bildungspolitikern zum guten Ton, die Arbeits- und Wirtschaftswelt mit dem Bildungsbereich nicht in Verbindung zu bringen. Hier ist das ganz bewußt hineingenommen worden. Genauso, wie man Schule und Unterricht nicht voneinander trennen kann, kann man diese beiden Bereiche auch nicht voneinander trennen.

Zweitens. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Orientierung langfristig erfolgen muß. Wir sind aber der Meinung, daß das, was sowohl von der Jungen Union wie von einem Antragsteller - ich glaube, es war Herr Dr. Rödding - vorgetragen worden ist, durchaus erwägenswert ist. Dieser Vorschlag bezog sich darauf, daß man keine administrative Planung vornehmen solle.

Die Antragskommission ist damit einverstanden, folgenden Satz aus Antrag D 539 zu übernehmen:

"Eine perfekte Harmonisierung von Bildungs- und Beschäftigungssystem und eine administrative Lenkung der Jugendlichen im Bildungswesen ist jedoch mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Ordnung nicht zu vereinbaren."

Wir sind auch bereit, das Wort "auszubauen" durch das vom Landesverband Berlin vorgeschlagene Wort "fördern" zu ersetzen.

Wir haben damit, glaube ich, die wesentlichen Anträge, die zu Ziffer 44 vorliegen, aufgegriffen und sachgemäß verarbeitet.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission unter Berücksichtigung der vom Sprecher der Antragskommission zugestandenen Änderungen in der Empfehlung der Antragskommission. Ich bitte um das Handzeichen, wer mit dieser Empfehlung einverstanden ist. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Dann rufe ich Ziffer 45 - Seite 180 des Antragsbuches auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Hamacher, Landesverband Hannover, vor.

Wolfram Hamacher: Meine Damen und Herren, ich möchte mich hier für den Antrag D 623 der Jungen Union aussprechen und die Anregung an die Antragskommission geben, diese Formulierung in die Ziffer 45 einzufügen. Dieser Antrag der Jungen Union ist eine Ergänzung zur Ziffer 45 und gleichzeitig auch eine Präzisierung.

Die Ziffer 45 ist so aufgebaut, daß zunächst einmal von der Bedeutung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen die Rede ist. Im zweiten Absatz wird dann von den Voraussetzungen für diese Leistungsfähigkeit gesprochen. Schließlich wird noch einmal die Bedeutung der Forschung herausgehoben.

Uns erscheint es erforderlich, daß vor diesem letzten Absatz noch einmal von den Rahmenbedingungen von Studium und Studienreform die Rede ist. Wir schlagen erstens vor, daß sich die Auswahl der Inhalte bei der Studienreform im Spannungsverhältnis zwischen Fachwissenschaft einerseits und Berufsfeldorientierung andererseits vollziehen muß. Wir wollen dann sagen, daß die Verkürzung des Studiums ohne materielle Absicherung nicht denkbar ist; denn die Tatsache, daß 30 % der Studenten neben dem Studium arbeiten, führt gleichzeitig auch zu einer Verlängerung der Studienzeiten.

Wir wollen drittens sagen, daß auch eine leistungsfähige und effiziente Selbstverwaltung Voraussetzung für ein vernünftiges Studium ist.

Diese Präzisierung scheint uns auch deshalb notwendig, weil nach den Orientierungspunkten des Bundeswissenschaftsministeriums bei der Auswahl der Inhalte vollkommen auf die Berufsfeldorientierung abgestellt wird. Eine Orientierung der Studieninhalte - und deren Festschreibung - an den Berufsfeldern, wie sie sich heute darstellen, würde unseres Erachtens bedeuten, daß man damit letztlich auch die Offenheit des Forschungsprozesses gefährden würde. Wir plädieren deshalb dafür, daß diese Ergänzung aufgenommen und als neuer Absatz eingeschoben wird.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Herr Prof. Brüggemann für die Antragskommission.

Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ziffer 45 betont - und das ist wohl nach wie vor aktuell -, daß Hochschulen nicht in die Hände von Ideo-

logien fallen sollen - ein eindeutiges Abwehren der Ideologisierungstendenzen unserer Hochschulen.

Ziffer 45 betont zweitens - und das ist ein ganz aktueller Gesichtspunkt - zu einem Zeitpunkt, wo man Hochschulen nur unter dem Aspekt der Verstärkung der Lehre sieht, daß die Forschung ihren unaufgebaren Platz in der Hochschule haben muß. Das ist durch den Zusatz, den Sie fettgedruckt in Ihren Papieren vorfinden, noch einmal besonders im Hinblick auf die spezielle Situation in der Bundesrepublik Deutschland begründet worden.

Ich bitte den Vertreter der Jungen Union um Verständnis dafür, daß sich die Antragskommission nicht entschließen kann, die detaillierten Regelungen aufzunehmen, die er vorgeschlagen hat, weil wir der Meinung sind, daß die nicht in ein Grundsatzprogramm hineingehören.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 45 in der Fassung der Antragskommission - Seite 188 des Antragsbuches. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe? - Einige Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 46 auf Seite 193 des Antragsbuches auf. Diese Ziffer 46 soll unter dem Kapitel V "Der Staat" behandelt werden. Ist der Parteitag damit einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir zu dem Abschnitt "Arbeit und Freizeit" kommen, müssen wir noch den Antrag D 860 zur Entfaltung der Person behandeln, wonach zwischen den Ziffern 46 und 47 ein neuer Abschnitt mit der Überschrift "Mensch und Natur" eingefügt werden soll. Die Empfehlung der Antragskommission lautet hierzu: Erledigt durch Ziffer 75. Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag bis zum Aufruf der Ziffer 75 zurückstellen, weil man dann erst feststellen kann, ob das tatsächlich durch die Ziffer 75 erledigt ist. Ist der Parteitag damit einverstanden? - Das ist der Fall.

Ich rufe jetzt den Abschnitt "Arbeit und Freizeit" auf. Dazu gehören die Anträge D 636 und D 642.

Der Antrag D 636 soll bei der Ziffer 77 behandelt werden. Der Antrag D 637 ist durch die Ziffer 41 als erledigt zu betrachten. Der Antrag D 641 wird bei Ziffer 75 behandelt.

Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge D 638, D 639, D 640 und D 642. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Ich lasse über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, gebe das Kartenzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffer 47 auf. Dazu gehören die Anträge D 643 bis D 650, D 652, D 674 und der Initiativantrag D 865. Herr Prosch, möchte die Antragskommission dazu das Wort? - Bitte, Herr Prosch.

Eduard Prosch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Formulierung der Antragskommission enthält zwei Punkte, die einer kurzen Erläuterung bedürfen.

Das eine ist die Frage des Rechtes auf Arbeit. Hier ist von seiten der Antragskommission ganz eindeutig festzustellen, daß es sich nicht um ein einklagbares Individualrecht handeln soll,



sondern daß es sich im gleichen Sinne, wie das z.B. der Antrag D 660 aussagt, um ein nicht einklagbares Recht handelt. Deshalb hat die Antragskommission den Antrag D 660 auch nicht zur Ablehnung empfohlen, sondern als erledigt erklärt.

Ich darf darauf hinweisen, daß u.a. der Umstand, daß das Recht auf Arbeit in verschiedenen Landesverfassungen enthalten ist - so z.B. in Bayern und in Rheinland-Pfalz -, die Antragskommission mit beeinflußt hat, hier den Begriff "Recht auf Arbeit" in der vorgesehenen Form einzufügen. Hinzu kommt, daß dieser Begriff sowohl Bestandteil unseres Berliner Programms als auch des Programms der EVP ist. - Soweit zu diesem Begriff "Recht auf Arbeit", wie er sich hier in dieser Formulierung wiederfindet.

Eine weitere Erläuterung möchte ich zu dem Begriff "Verantwortliche in Wirtschaft und Staat" geben. Hier ist von seiten der Antragskommission ganz eindeutig die Mitverantwortung aller Beteiligten innerhalb der Wirtschaft gemeint, wie es z.B. in der Ziffer 71 bei der Mitverantwortung für die Vollbeschäftigung ausgedrückt ist. Gemeint ist hier die Mitverantwortung der an der Wirtschaft beteiligten Tarifpartner. Nur so bitten wir, auch diese Formulierung zu verstehen. Die Verantwortlichen in der Wirtschaft sind nicht nur die Unternehmer, sondern in gleicher Weise die daran beteiligten Arbeitnehmer und ihre Sprecher.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich muß gestehen, ich habe bei der Durchsicht der Unterlagen mit einer gewissen Bestürzung beobachtet, daß die Vorlage des Bundesvorstandes, die lange und intensiv diskutiert wurde, im ersten Teil der Empfehlung der Antragskommission eine Formulierung erhalten hat, von der ich persönlich Ihnen aus folgendem Grunde dringend abraten muß.

(Beifall)

Es ist völlig unbestreitbar - und ich kann uns nur raten, jetzt in diese Sache keinen ideologischen Streit hineinzutragen -, daß dies um Gottes Willen kein einklagbares Recht ist. Das weiß jeder, der sich ernsthaft mit diesem Thema befaßt. Aber in einem Zeitabschnitt, in dem wir im vierten Jahr 1 Million Arbeitslose haben, in dem wir uns am Vorabend der europäischen Wahl mit den Problemen der Arbeitslosigkeit in ganz Europa intensiv werden beschäftigen müssen, ist dies eine der elementaren Herausforderungen unserer Zeit, die hier angesprochen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben programmatische Aussagen. Wir operieren und diskutieren hier in dieser Frage nicht auf der grünen Wiese und nicht zum ersten Mal. Wenn wir von Ludwigshafen weggehen werden - wie immer dieser Parteitag, der selbstverständlich das letzte Wort hat, beschließen wird -, dann werden viele die bisherigen Entscheidungen der CDU Deutschlands nebeneinanderlegen. Es gibt Fälle - das sage ich Ihnen ganz offen -, da ist mir das völlig gleichgültig. Da kann man sagen: die Partei hat sich in der Diskussion weiterentwickelt, sie ist zu neuen Überlegungen gekommen.

Aber wir treten ja im Juni kommenden Jahres zur Europawahl an. Die christlich-demokratischen Parteien Europas schreiben in ihrem Wahlprogramm und in ihrem politischen Programm, das nach langer intensiver Diskussion und nicht zuletzt auf Grund der

Programmatik der CDU Deutschlands - das ist ja da mit abgeschrieben worden - zustande gekommen ist, bei jenen Rechten, die hier angesprochen sind, schlicht und einfach - ich zitiere aus der Seite 4 des Ihnen vorliegenden Programms - "Recht auf Arbeit". In unserem Berliner Programm, in den Beschlüssen des Hamburger Parteitages - ich erinnere mich noch an die leidenschaftliche Debatte in der Kommission unter dem Vorsitz meines Freundes Josef Hermann Dufhues - sind wir zu der Formulierung gekommen "weil jedermann ein Recht auf Arbeit und auf Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt hat". Angesichts dieses Sachverhaltes finde ich, daß das, was der Bundesvorstand Ihnen vorschlägt und was er mit dem Wort "Freiheitsrecht" deutlich macht - daß dies nämlich kein juristisch einklagbares Recht ist -, genau in der Kontinuität unserer Arbeit und unserer Politik steht.

Ich kann Sie alle nur dringend und herzlich darum bitten, bei diesem ersten Teil - beim zweiten Teil will ich durchaus dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen - zum Vorschlag des Bundesvorstandes zurückzukehren. Dies ist ein Vorschlag, der in der Tradition, in der geistigen Diskussionslinie der CDU steht und den wir natürlich auch im Blick auf die Europawahl und auf das europäische Programm gut vertreten können.

Mir kann niemand klarmachen, wie ich in einer Diskussion bestehen soll, wenn jetzt dieser Parteitag die Formulierung der Antragskommission übernimmt und sich von der Formulierung des Bundesvorstandes entfernt. Wir haben doch auch mit meiner Unterschrift auf dem Gründungskongreß der EVP feierlich dieses Programm beschlossen. Wir reden vom gleichen Land, wir reden vom gleichen Europa. Hier soll wahrlich nicht ein Stück Freiheit oder marktwirtschaftliche Ordnung eingeschränkt werden. Wenn ich Ihnen das empfehle, dürfen Sie das unterstellen. Aber wir können keinen Bruch in der Argumentationslinie der CDU Deutschlands in den letzten zehn Jahren ertragen. Wir können ihn im Blick auf unsere europäischen Freunde, im Blick auf den gemeinsamen europäischen Wahlkampf nicht ertragen. Deswegen bitte ich Sie: stellen Sie die Vorlage des Bundesvorstandes im ersten Teil wieder her.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren. Noch eine Information: Der Antrag D 657 ist zurückgezogen.

Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Als erster Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen zum Kapitel "Arbeit und Freizeit" machen. Ich glaube schon, daß es uns gelungen ist, der Arbeit einen neuen Platz anzubieten. Wir haben die Arbeit, soweit ich sehe, zum erstenmal in einem Parteiprogramm unter die Kapitelüberschrift "Entfaltung der Person" gestellt und durchbrechen damit ein altes traditionelles Schema, in dem Arbeit unter "Soziales" materiellen Verteilungsfragen untergeordnet wird. Wir haben damit die Arbeit in den Zusammenhang mit Freizeit und in die Nachbarschaft der Bildungspolitik gebracht. Damit durchbrechen wir auch jene alten Zweiweltenlehre: Bildung, das ist das Reich der Freiheit, und Arbeit, das ist das Reich der Notwendigkeit. Nein, für uns ist beides, Bildung wie Arbeit, eine kulturelle Form der Selbstverwirklichung.

Unter diesem Aspekt erhält auch die Arbeitslosigkeit eine neue Wertung. Hier gilt es nicht, materielle Not zu beseitigen. Die schönste Arbeitslosenunterstützung kann uns nicht das Recht abkaufen, mit den eigenen Händen, mit dem eigenen Kopf unser Brot zu verdienen. Das ist uralte christlich-soziale Tradition.

(Beifall)

Ich finde, hier zeigt sich auch, daß humane Arbeitsplätze etwas mit Freiheit zu tun haben, daß es nicht nur darum geht, was und wieviel produziert wird, sondern auch darum, wie produziert wird, ob der Mensch sich in der Arbeit wiederfindet, ob er seinem Freiheitsverlangen Rechnung tragen kann. Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir, glaube ich, das Kapitel "Arbeit und Freizeit" hier nun auch in seiner neuen Bedeutung diskutieren. Arbeit - und das ist, finde ich, die zweite wichtige Wertung - ist nicht nur Erwerbsarbeit. Auch das ist eine kapitalistisch-marxistische Verengung, Arbeit nur auf Lohnarbeit und Erwerbstätigkeit zu beschränken. Darunter leidet beispielsweise die Mutter, deren Arbeit in dieser Gesellschaft gar nichts gilt, die als Aschenputtel hingestellt wird, obwohl ich glaube, daß die Mutterarbeit genauso viel wert ist wie jede andere Arbeit.

(Beifall)

Ich glaube schon, daß wir uns dem Verlangen anschließen müssen: Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Aufstiegschancen! Aber das ist nur eine Seite des Gleichberechtigungsverlangens. Die zweite, in der sogenannten Emanzipationsdebatte oft vergessene Seite ist die: Gleichberechtigung der Hausfrau und Mutter mit der erwerbstätigen Frau. Auch diese Seite muß von uns hier diskutiert und klargestellt werden.

(Beifall)

Vielleicht hängt ein Teil der Verkünstlichung unseres Lebens auch damit zusammen, daß wir an Defiziten in Sachen Mütterlichkeit leiden, daß die Hausfrau und Mutter weder im Rentenrecht noch überhaupt vorkommt, wenn es um die Erzielung des Sozialprodukts geht. Die gibt es gar nicht. Und das wird, meine ich, in diesem Kapitel endgültig klargestellt. Ich kann nicht einsehen, daß die Frau, die in einer Schicht 600 Reißverschlüsse annähen muß, emanzipierter sein soll als die Frau, die ihr Kind pflegt und hütet. Das, meine ich, müßte in Sachen Emanzipation genauso viel gelten wie die Erwerbsarbeit.

(Beifall)

Ich verkünde kein Programm "Heimchen am Herd", ich verkünde nur das Programm, daß die Mutter eine achtbare und in dieser Gesellschaft nicht verzichtbare Arbeit leistet, die wir anerkennen müssen.

Das zweite: In diesem Kapitel findet sich auch der Unternehmer. Auch das mag überraschen. Aber ich finde, daß es wichtig ist, den Unternehmer hier unter der Überschrift "Arbeit" darzustellen, um auch ihn von altmarxistischen Schablonen zu befreien, als handelte es sich um einen Ausbeuter, der auf anderer Leuts Kosten lebt, oder als handelte es sich in moderner Ausgabe um einen nichtsnutzigen Playboy. Nein, wir wollen die unternehme-

rische Tätigkeit als eine Tätigkeit im Sinne der Arbeit, im Sinne der Selbstverwirklichung, im Sinne der Freiheit verstehen.

Wenn das so ist, sollte, meine ich, niemand unter uns gegen das Freiheitsrecht auf Arbeit Einspruch erheben. Ich schließe mich dem an, was der Herr Vorsitzende gesagt hat. Hier handelt es sich um das moralische Recht, um das Freiheitsrecht auf Arbeit. Niemand von uns hat mit dem Recht auf Arbeit ein einklagbares Recht auf einen Arbeitsplatz gemeint. Wer das wollte, müßte Planwirtschaft einführen, müßte Arbeit auf Brotkarten verteilen. Wir wollen Arbeit im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, aber eben nicht als ein Almosen, sondern als ein Recht des Bürgers, sich in Arbeit zu entfalten. Im übrigen kann ich auch manche Ängste nicht verstehen. Das Recht auf Arbeit wurde in die parlamentarische Debatte zum erstenmal von Otto von Bismarck eingeführt.

(Zustimmung)

Ja, ich empfehle allen, die von diesem Namen fasziniert sind, dies zur Kenntnis zu nehmen.

(Heiterkeit)

Das Recht auf Arbeit ist von Karl Marx durch eine sehr unbeholfene Formel dargestellt worden. Das Recht auf Arbeit ist originär christlich-sozialen Ursprungs. Der Herr Vorsitzende hat nicht nur darauf hingewiesen, in welchen Verfassungen, sondern auch darauf, in welchen Programmen es bei uns steht. Ich will dem hinzufügen, daß dieses Recht auf Arbeit sich nicht nur in Programmen, sondern auch in der Europäischen Sozialcharta, von uns ratifiziert, im internationalen Pakt über wirtschaftliches, soziales und kulturelles Recht, im Protokoll Nr. 2 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte befindet, also in internationalen Dokumenten, und ich kann mir nicht vorstellen, daß die Christlich Demokratische Union gegen Dokumente stimmt, die sie selber mitratifiziert hat.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich gebe zwischendurch zunächst dem Sprecher der Antragskommission das Wort, damit die Formulierung, die der Parteivorsitzende hier angeregt hat, noch einmal vorgetragen wird.

Eduard Prosch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir den entscheidenden Punkt aus dem ursprünglichen Antrag des Bundesvorstandes aufgreifen, würde die Formulierung wie folgt lauten: Im ersten Absatz bleibt es bei der von der Antragskommission empfohlenen Fassung. Ich lese den Text jetzt insgesamt vor, damit Sie wissen, wie die Antragskommission die von ihr empfohlene Fassung ändert: "Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden. Deshalb erfordern Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben Vollbeschäftigung."

Hier ist die Antragskommission mit dem Parteivorsitzenden der Auffassung, daß die Arbeitslosenunterstützung in den Zusammenhang mit Arbeit und nicht mit dem Freiheitsrecht auf Arbeit ge-

bracht werden muß.

Und nun kommt die weitere Änderung:

"Das Freiheitsrecht auf Arbeit verpflichtet die Verantwortlichen, Tarifpartner und Staat, alle Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft zur Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung zu nutzen. Arbeit ist zugleich eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft."

Das wäre die Formulierung, die die Antragskommission zur Abstimmung zu stellen bittet.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte diejenigen, die sich zur Wort gemeldet haben, zu überlegen, ob sie ihre Wortmeldung angesichts dieser Situation aufrechterhalten wollen. - Herr Casper, Nordbaden.

Till Casper: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt keinen Zweifel, daß die CDU die Partei der Vollbeschäftigung und die Partei der Arbeit ist, weil sie die Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist. Arbeit für alle und die Gewährleistung von Selbstverwirklichung durch Arbeit gehören zu den wichtigsten Zielsetzungen christlicher Politik und daher auch mit Sicherheit in das Grundsatzprogramm.

Wir sollten uns aber davor hüten, meine Damen und Herren, durch unklare und mehrdeutige Begriffe Mißverständnisse und falschen politischen Wegen Vorschub zu leisten. Damit meine ich den Begriff "Recht auf Arbeit", der unser Verständnis von Arbeit nicht offenlegt, sondern verschleiert. Daß diese Dinge unterschiedlich interpretierbar sind, hat die Reihe der prominenten Vorredner gezeigt, die sich bemüßigt gefühlt haben, zu diesem Recht auf Arbeit Stellung zu nehmen.

Der Antrag der Mittelstandsvereinigung und ebenso der Antrag des Kreisverbandes Mainz-Bingen setzen daher zu Recht an den möglichen Fehlinterpretationen eines Rechts auf Arbeit an, indem es dort heißt: "Ein besonders vom Staat garantiertes 'Recht auf Arbeit' gibt es nur in zwangswirtschaftlichen Systemen" - so z.B. in der DDR-Verfassung - und die Forderung erhoben wird, klarzustellen, daß es kein subjektives Recht auf Arbeit gibt.

Dies hat ja auch die Antragskommission festgestellt.

Aber Recht auf Arbeit bedeutet auch - und damit sind wir beim Problem der Mehrdeutigkeit dieser Formel - Pflicht zu Arbeit. Pflicht zur Arbeit aber führt zur staatlichen Zwangsverwaltung der Arbeitsplätze. Der mit dem Recht auf Arbeit untrennbar verbundene Arbeitsplatzdirigismus schafft die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl der Arbeitnehmer ab.

In unserer Verfassung gehört die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes zu den Grundfreiheiten der Arbeitnehmer, und das muß auch so bleiben. Deshalb wollen wir klar und deutlich im Programm festschreiben, daß wir kein rechtlich durchsetzbares Recht auf Arbeit wollen können, weil es geradewegs in eine sozialistische Zwangsverwaltungswirtschaft und auch in die Unmündigkeit der Arbeitnehmer führt.

Ich stimme daher einer veränderten Fassung der Empfehlung der Antragskommission zu, ähnlich wie gerade dargelegt. Die von mir gewünschte veränderte Version müßte lauten:

"Den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit entsprechen wir nur, wenn wir Vollbeschäftigung zu einem immer-

währenden Auftrag an alle machen und dadurch bezeugen, daß Soziale Marktwirtschaft für uns sozial verpflichtete Marktwirtschaft bedeutet".

Gestatten Sie mir die Bemerkung an das Präsidium, daß es sich hier nicht um eine Ablehnung eines Antrags handelt - wir stimmen diesem Antrag ja, wie gesagt, zu -, sondern um eine Änderung. Der Vertreter der Jungen Union hat sich ja vor einiger Zeit schon mit dieser Frage befaßt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, für die Änderung der von der Antragskommission empfohlenen Fassung zu stimmen und im Sinne der Klarheit und Wahrheit unseren Initiativantrag, der Ihnen vorliegt, zu unterstützen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr von Bismarck. - Meine Damen und Herren, wenn Herr von Bismarck gesprochen hat, bitte ich doch noch einmal zu überlegen, ob dann die Diskussion zu diesem Punkt nicht ausreicht.

(Beifall)

Philipp von Bismarck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach den sehr eindrucksvollen Ausführungen des Herrn Vorsitzenden hätte man vielleicht sagen können: Nun macht es doch mal so! Aber ich glaube, die Ehrlichkeit untereinander erfordert es, daß wir noch einige Gesichtspunkte hinzufügen, die begründen, warum einige unter uns finden, daß wir uns von diesem Begriff trennen sollten.

"Recht auf Arbeit" ist ein politisch-historischer Begriff mit einer langen sozialetischen Tradition. Das wissen wir alle, und das nötigt uns den Respekt vor dieser Sache ab. Aber dies hier ist ein Vorgang, der ein ganz anderes Ziel hat, nämlich für die nächsten 20 Jahre Kompaßzahlen der Union zu beschreiben, und da ist das Argument "das haben wir immer so gemacht" nicht das stärkste.

Warum ist diese Frage heute zu stellen? Weil diese Vokabelverbindung "Recht auf Arbeit" eben doch in sich trägt, die Verantwortung einseitig zu verteilen. Da nützt es auch nichts, wenn wir hier von der Antragskommission erläuternde Bemerkungen ins Protokoll schreiben, sondern Recht auf Arbeit ist immer noch - in unmittelbarem Bezug zu Kapital und Arbeit - einseitige Verantwortungsverteilung, und dies ist gefährlich, weil wir in den letzten 20 Jahren doch gelernt haben, daß Inflation die Mutter der Arbeitslosigkeit ist und daß auf die Frage "wer vertritt denn das" nur sehr wenige Menschen richtig antworten könne: nicht nur der Staat, nicht nur die Bundesbank, sondern in erster Linie die Tarifpartner. Wir haben eben gerade die lange Zeit hinter uns, wo man den Tarifpartnern einseitig jedenfalls die Verantwortung für Vollbeschäftigung verbal abgenommen hat. Die Folgen waren verheerend, vor allem für die Schwachen, vor allem für die Arbeiter. Diese Million Arbeitslose, von denen Helmut Kohl gesprochen hat, sind doch die Folge des Mißverständnisses bei den Gewerkschaften, daß mit Inflation Arbeitslosigkeit beseitigt werde.

Deswegen müssen wir uns nach meiner Meinung ganz ernsthaft fragen, ob dieser Begriff wirklich noch in die Zukunft trägt - bei allem Respekt, den wir vor ihm haben. Die Formulierung, die eben vorgetragen wurde und die Sie als Antrag D 865 auf

dem Tisch liegen haben, bemüht sich, die Verantwortlichkeiten richtig zu verteilen, nämlich auf alle. Ich glaube, daß das, was jetzt von der Antragskommission vorgeschlagen wurde, diesem Anliegen jedenfalls in einem wichtigen Punkt Rechnung trägt, indem das Wort "Tarifpartner" eingefügt worden ist. Damit ist ganz bestimmt die Sache von der Fehldeutung entlastet.

Aber ich meine, eines muß noch klargestellt werden: In dem Europäischen Programm ist keineswegs einfach vom Recht auf Arbeit in dem platten Sinn die Rede, sondern hier sind ganz bewußt - lesen Sie es bitte nach, es befindet sich in Ihren Unterlagen - zwei ganz grundsätzliche Punkte nebeneinander und auch in einen unterschiedlichen Rang gesetzt.

In 2.1 sind unter Voranstellung der Worte "feierlich bekräftigt" eine große Zahl von Rechten im Sinne von Menschenrechten aufgeführt. Dann kommt eine neue Ziffer 2.2, die aus gutem Grund mit den Worten beginnt: "Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, daß jedermann in unserer modernen Gesellschaft seine Grundrechte und Grundfreiheiten ausschöpfen kann...", und dann sind eine Menge aufgeführt: Recht auf ein Mindesteinkommen, auf Behandlung im Krankheitsfall, auf Arbeit, auf Streik, auf gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit usw. Dort genau gehört dieses Thema hin. Deshalb kann dieses Europäische Programm nicht einfach dazu benutzt werden, uns davon zu überzeugen, daß es richtig wäre, bei dem zu bleiben, was wir durch hundert Jahre für richtig gehalten haben.

Das sind die Gründe, warum hier neu nachgedacht wurde, und ich wollte den Rang dieser Überlegungen hie deutlich gemacht haben. Ich meine, daß es sehr wohl Möglichkeiten gibt, sich im Sinne der Bemühungen der Antragskommission zu einigen, nur fürchte ich, daß der Begriff "Freiheitsrecht auf Arbeit" die Sache nicht erleichtert, sondern, wenn man weiter nachdenkt, erschwert.

Im Übrigen wünsche ich unserem Vorsitzenden Erfolg mit seinem Appell.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Ich bedanke mich sehr bei meinem Freund Philipp von Bismarck, vor allem für die Schlußbemerkung. Dennoch lassen Sie mich noch einmal sagen, vor allem auch an Sie, lieber Herr von Bismarck: Das, was wir hier diskutieren, hat eine wichtige Kontinuität in der Geschichte unserer Programmwertung. Das ist nicht irgendein Thema. Es mag jetzt einer im Saale aufstehen und sagen: Ist das wirklich so bedeutsam, daß wir uns damit so lange aufhalten müssen? Bei der politischen Landschaft, in der wir stehen, in der Aufbruchsituation unserer Partei im Blick auf die Landtagswahlen und die Bundestagswahl brauchen wir viele Stimmen aus jenem Bereich, wo man auf eine solche Formulierung sehr sorgfältig achtet.

(Beifall)

Lieber Philipp von Bismarck, daran führt kein Wenn und Aber vorbei. Was Sie hier aus dem Europäischen Programm durchaus korrekt zitiert haben, stimmt. Aber wenn ich mit diesem Programm von hier aus zwei Kilometer hinübergehe ans Haupttor der

BASF und dort mit Chemikern, Laboranten und Arbeitern, die jetzt von der Schicht kommen, diskutiere, dann werde ich feststellen, daß die nichts mit dem Hinweis anfangen können, daß das nicht in dem einen Absatz, sondern in dem anderen Absatz steht; die fragen in ihrer Muttersprache: Steht das da drin?

Die fragen uns zum zweiten: Habt ihr das in Berlin nicht auch schon beschlossen, und was hat sich nun geändert?

Was hat sich nun geändert? Ja, meine Freunde, damals zu Zeiten des Kanzlers Kurt Georg Kiesinger, als wir den Text zum erstenmal beraten haben, hatten wir das Problem nicht, das uns jetzt bedrängt: beinahe eine Million Arbeitslose im vierten Jahr. Die Bevölkerung ist sensibler geworden - nicht in allen Teilen der Bundesrepublik. Ich weiß wohl, es gibt Gegenden in der Bundesrepublik, da hängen Schilder an den Werktoeren, auf denen steht: Wir stellen Dreher und Schlosser usw. ein. Ich war in diesem Wahlkampf aber in den verschiedensten Bezirken, etwa an der Zonengrenze in Bayern. In diesen kleinen Orten haben wir 7 und 8 % Arbeitslosigkeit. Diese Menschen kann man nicht damit vertrösten, daß man sagt - was auch wahr ist - wir seien eine immobile Gesellschaft geworden, denn wenn die einige hundert Kilometer weg müssen, Wochenendpendler werden müssen. hat das wiederum sehr viel mit unserem familienpolitischen Kapitel zu tun.

( Vereinzelter Beifall )

Ich bitte Sie wirklich dringend - und Sie merken aus meinem Engagement, warum ich das hier tue -, in der Tradition unserer Programmgebung zu bleiben und hier nicht nur die Grußworte der europäischen Schwesterparteien freundschaftlich entgegenzunehmen, sondern auch aus der Kontinuität der Gemeinschaft mit den europäischen Bruder- und Schwesterparteien so zu entscheiden. Ich plädiere mit Nachdruck für die Schlußvorlage der Antragskommission, nachdem wir diesen Kompromiß gefunden haben.

( Beifall )

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, kann ich davon ausgehen, daß die sechs Wortmeldungen zum Thema Recht auf Arbeit jetzt erledigt sind?

( Zurufe: Ja! )

Dann habe ich noch eine Wortmeldung zum Stichwort "Form der Selbstverwirklichung" von Frau von Elverfeldt.

Frau Ferdinande von Elverfeldt: Es tut mir leid, daß ich Sie noch einmal langweilen muß. Wir haben auf dem letzten Parteitag in Baden-Württemberg ziemlich einstimmig das Wort "Selbstverwirklichung" aus unserem Programm herausbekommen. Deswegen möchte ich Sie bitten, doch noch einmal zu überlegen. Hier steht: "Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung." Hier ist besonders von Ludolf Hermann herausgestellt worden, daß dieser Ausdruck "Selbstverwirklichung" ein marxistischer Ausdruck der Emanzipation sei und nicht in ein christliches Programm gehöre.

( Zurufe )

Lassen Sie mich bitte ausreden. Ich spreche für den Antrag D 652. Dort steht: "Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch Lebensinhalt". Es geht eigentlich nur um die Änderung dieses einen Wortes.



Adolf Müller, Tagungspräsidium: Der Sprecher der Antragskommission.

Eduard Prosch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in der Antragskommission insbesondere auch mit dieser Frage beschäftigt und sind der Auffassung, daß es sich bei der Selbstverwirklichung nicht um einen marxistischen Begriff handelt,

( Beifall )

selbst wenn er hin und wieder als von da aus besetzt erscheint. Deswegen bitten wir, unserem Antrag zuzustimmen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über die berichtigte Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist so beschlossen.

( Beifall )

Ich rufe Ziffer 48 auf. Dazu gehören die Anträge D 675 bis D 697. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer der Ziffer 48 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmigkeit.

Ziffer 49. Dazu gehören die Anträge D 698 bis D 720. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmigkeit.

Ziffer 50. Keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine.

Ziffer 51. Das betrifft die Anträge D 755 bis D 783. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung. Wer zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Eine Enthaltung.

Ich rufe Ziffer 52 mit den Anträgen D 784 bis D 810 auf.

Eine Wortmeldung: Aretz, Rheinland.

Heinz Aretz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Antrag D 799 deutlich gemacht, daß wir die Stellung der Frau gesellschaftlich, rechtlich und sozial besser anerkannt wissen wollen. Die Antragskommission hat in ihrer Formulierung festgestellt, daß die Aufgaben in der Familie, wie Kindererziehung, Hausarbeit und Krankenpflege, "wichtige und unentbehrliche Tätigkeiten" sind. Die Folgerung daraus müßte allerdings sein - und das ist unser Vorschlag -, daran den Halbsatz anzuhängen: "Daher bedürfen diese Aufgaben einer besseren gesellschaftlichen, rechtlichen und sozialen Anerkennung." Ich befinde mich hier deutlich in der gleichen Argumentation, wie sie Norbert Blüm eben vorgetragen hat.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Frau Benedix.

Frau Ursula Benedix, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Ich meine, daß dem Anliegen des Antragstellers schon im Familienrat Rechnung getragen worden ist, und zwar nachdrücklich. Wir haben hier die Spezifizierung der häuslichen Arbeit aufgenommen,

haben es allerdings nicht auf die Frau abgestellt. Wir sind der Meinung, daß die Formulierung, die wir gefunden haben, in ihrer selbstverständlichen Art stärker ist als die, die von dem Zweifel an dem Ansehen spricht. Ich bitte Sie deshalb, der von der Antragskommission empfohlenen Formulierung zuzustimmen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Keine weitere Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 52 auf den Seiten 212 und 213. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. So beschlossen.

Ich rufe Ziffer 53 mit den Anträgen D 811 bis D 824 auf. Keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung über die Fassung der Empfehlungen der Antragskommission. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 54 auf. Keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung über die Formulierung entsprechend der Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 217/218. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ziffer 55. Keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung über die Fassung der Empfehlungen der Antragskommission. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ziffer 56. Eine Wortmeldung von Herrn Dr. Meier, Exil-CDU.

Dr. Hellmut Meier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Grundsatzprogramm soll so eindeutige Aussagen machen, daß erklärende Kommentare überflüssig sind. Ich habe den Eindruck, daß dies bei dem letzten Satz der Ziffer 56 nicht zutrifft. Da heißt es: "Wohnen, Arbeit und Freizeit müssen wieder stärker räumlich verbunden werden." Einige Ziffern vorher heißt es: "Der Mensch braucht Freizeit, um sich von der Arbeit zu erholen." Sie meinen sicherlich nicht, daß wir das Bett wieder im Betrieb aufschlagen sollten, um die "räumliche Verbindung" herzustellen.

Und was soll die Formulierung "räumliche Verbindung von Wohnen und Freizeit"? Ich bin sicherlich nicht der einzige in diesem Raum, der seine Freizeit gern zu Hause, in der Wohnung verbirgt. Wozu also hier eine Selbstverständlichkeit als Forderung ansprechen?

Und dann steht hier "wieder". Ist denn dieser Zustand früher schon einmal dagewesen? Sicherlich, bei sehr einfachen Arbeitsformen.

Hier heißt es ganz apodiktisch: "Wohnen, Arbeit und Freizeit". Arbeit gibt es in so vielfältiger Form, daß ich das mit Freizeit, und zwar unter einem Muß, gar nicht verbinden kann. Lassen wir den Satz doch einfach weg! Dann ist der Absatz sehr sinnvoll. Dann steht nämlich da: Wir brauchen einen Siedlungs-, Wohnungs- und Städtebau, der dem Menschen die soziale Umwelt öffnet. Alles andere ist überflüssig.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat grünes Licht gegeben; sie ist mit dem Vorschlag einverstanden. Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission unter Berücksichtigung dieses Diskussionsbeitrags. Wer zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir haben dann einen Initiativantrag D 863 der Delegierten Filbinger, Späth und weiterer 30 Delegierten. Die Antragskommission schlägt vor, diesen Antrag bei Ziffer 77 zu behandeln. Ist der Parteitag damit einverstanden? - Ich stelle das fest. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 57. Hierzu habe ich keine Wortmeldungen. - Herr Orgaß!

Dr. Heinz Janning, Wettingen: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, --

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich nehme nicht an, daß Sie Herr Orgaß sind. Bisher hat der Tagungspräsident noch das Wort. Ich hatte Herrn Orgaß aufgerufen.

Gerhard Orgaß, Hamburg: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich wäre auch gern zugunsten des Kollegen Janning zurückgetreten.

Ich möchte mich dagegen wenden, dieses Thema, das zu dem Thema "Entfaltung der Persönlichkeit" gehört, bei Nr. 77, wie es die Antragskommission vorschlägt, zu behandeln und es dort, wie in der Empfehlung ausgesprochen, schlicht zu beerdigen. Denn das ist genau der Punkt, um den es geht. Man kann die ganzen Fragen der räumlichen Gestaltung unserer Umwelt und die Zusammenhänge, die sich ergeben aus Wohnen, Arbeit, Freizeit und den Bedingungen der Familienpolitik und auch Bevölkerungspolitik, schlechterdings nicht unter "Soziale Marktwirtschaft" abhandeln und hier dann unter dem Artikel "Wirtschaftspolitik". Deswegen möchte ich bitten, die Diskussion über diesen Antrag jetzt bei der Ziffer 57 zu führen, weil das sonst zu weit präformiert ist.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Herr Orgaß, ich hatte vorhin mit Einverständnis des Parteitages festgestellt, daß der Initiativantrag bei Ziffer 77 behandelt wird.

(Widerspruch)

Wir sind jetzt bei der Ziffer 57. Wenn sich die Wortmeldung von Herrn Dr. Janning auf Ziffer 57 bezieht, hat er jetzt das Wort.

Dr. Heinz Janning, Wettingen: Herr Präsident, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß ich gegen diese Feststellung Einspruch erhoben habe. Hier geht es um eine materielle Frage: welchen Stellenwert wir der Wohnumwelt einräumen, ob das unter Unterkapitel "Wirtschaftspolitik" laufen oder ein eigenständiger Unterabschnitt unter "Entfaltung der Person" sein soll. Ich hatte das rechtzeitig schriftlich eingereicht. - Ich darf ausnahmsweise einmal formal diskutieren.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich hatte das Einverständnis des Parteitages festgestellt. Ich lasse jetzt förmlich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, den Initiativantrag D 863 bei Ziffer 77 zu be-

handeln. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Das letztere ist die Mehrheit. Wir müssen das also jetzt behandeln.

(Beifall)

Bitte sehr, Herr Dr. Janning.

Dr. Heinz Janning, Wettringen: Ich darf auf die Begründung von Herrn Orgaß zurückgreifen. Sie erklärt auch, warum der Kreisverband Steinfurth in dem Antrag E 16, Seite 223, die Streichung der Ziffer 77 beantragt hat. Leider ist der Alternativantrag nicht in die Antragsmappe gekommen. Wir würden uns aber damit einverstanden erklären und den Initiativantrag der baden-württembergischen Kollegen unterstützen, auch wenn uns nicht alle Einzelheiten gefallen. Die Tendenz ist richtig. Er ist aber an dieser Stelle zu behandeln.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Es ist ein Unding, die ganzen Fragen des Städtebaus und der Wohnumwelt, dann auch noch die Fragen der Regionalplanung, der Landesplanung und der Raumordnung unter dem Unterkapitel "Wirtschaftspolitik" einzuschieben und für diese so grundverschiedenen Bereiche dann auch noch einheitliche Kriterien zu nennen. Ich meine daher, mit Fug und Recht dafür plädieren zu können, an diese Stelle den baden-württembergischen Antrag zu setzen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat jetzt zunächst einmal Herr Kolb, Baden-Württemberg.

Elmar Kolb, Tettngang: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag hier anzunehmen, und auch dafür plädieren, ihn hier einzuschieben. Wenn nämlich der Wunsch der Antragskommission, diesen Antrag zu Ziffer 77 zu bringen und ihn dort dann formlos zu beerdigen, der Sinn unserer Städtepolitik bzw. unserer ganzen Baupolitik ist, werden wir der großen Zukunftsaufgabe, die wir diesbezüglich in der Bundesrepublik haben, nicht gerecht. Ich bitte Sie deshalb, jetzt mit Baden-Württemberg dafür zu stimmen, dies als besonderen Artikel hier hineinzunehmen und unter den Ziffern 57.1 bis 57.4 zu verabschieden.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Danke sehr. Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal über die Ziffer 57 - nicht über den Initiativantrag - abstimmen lassen. Zu dieser Ziffer 57 habe ich keine Wortmeldung mehr. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - 2 Enthaltungen.

Nun müssen wir uns über das weitere Vorgehen unterhalten. Wir haben soeben mit Mehrheit beschlossen, im Anschluß an die Ziffer 57 den Initiativantrag Nr. D 863 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt auf dem Umdruck zu dem Antrag Nr. D 863, diesen Antrag als durch den Formulierungsvorschlag der Antragskommission zu Ziffer 77 erledigt anzusehen. Wir müßten also jetzt die Ziffer 77 mitbehandeln.

Ziffer 77 gehört zu dem Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft". Die Anträge stehen auf den Seiten ab 322. Ich bitte zunächst, Seite 322 aufzuschlagen. Wir ziehen diesen Antrag vor, weil die Empfehlung der Antragskommission dahin geht, daß diese Ziffer durch den Initiativantrag erledigt wäre. Anders wäre es, wenn die Antragskommission ihre Stellungnahme zum Initiativantrag ändern würde. - Ich sehe Kopfschütteln. Aber ich kann es nicht anders sagen. Wenn das dadurch erledigt sein soll, müßte zunächst Ziffer 77 behandelt werden. - Herr Kolb!

Elmar Kolb: Herr Präsident, entschuldigen Sie, wenn ich mich Ihrer Meinung nicht anschließen kann. Wir haben eben beschlossen, hier ein eigenes Kapitel einzuführen, und zwar unter Ziffer 57. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen - -

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich unterbreche. Wir haben beschlossen, daß wir das hier jetzt behandeln. Wir haben aber nicht beschlossen, ein eigenes Kapitel anzufügen, weil wir über den Antrag noch nicht abgestimmt haben.

Elmar Kolb: Gut, dann muß ich Sie bitten, jetzt darüber abstimmen zu lassen, ob das unter Ziffer 77 beerdigt werden soll oder ob es ein eigener Abschnitt werden soll. Wir sollten Ziffer 77 jetzt nicht vorziehen; denn er gehört zum Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft". Wenn hier die Mehrheit der Delegierten der Meinung ist, daß wir ein eigenes Kapitel einfügen sollten, dann würde dem Anliegen Rechnung getragen. Ich bitte Sie deswegen, jetzt darüber abstimmen zu lassen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt einmal die Antragskommission, dazu Stellung zu nehmen, damit das Präsidium weiß, wie wir uns verhalten sollen. Wir haben doch beschlossen, über die Empfehlung der Antragskommission jeweils zuerst abzustimmen. Die Empfehlung der Antragskommission geht dahin, daß mit Ziffer 77 dieser Antrag erledigt wäre. Infolgedessen muß die Antragskommission einmal dazu Stellung nehmen. Ich persönlich glaube, daß die Empfehlung der Antragskommission jetzt geändert werden müßte. Aber die Antragskommission muß jetzt hierzu Stellung nehmen. - Bitte sehr, Frau Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Herr Vorsitzender, die Antragskommission ist vom Parteitag dahingehend korrigiert worden, daß die Stelle falsch ist, an der dieses Thema bisher behandelt werden soll. Eine Behandlung im Rahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist nicht richtig. Das Thema gehört vielmehr unter das Kapitel "Entfaltung der Person". Insofern fühlen wir uns korrigiert und ziehen insofern unsere Empfehlung zurück.

(Beifall)

Das bedeutet aber nicht, daß wir nicht nach wie vor davon überzeugt wären, daß die inhaltliche Aussage zu diesem Thema komprimierter und damit besser wäre, wie sie in unserer Empfehlung auf Seite 322 zum Ausdruck gebracht ist.

Ich bitte deswegen, zunächst darüber abstimmen zu lassen, ob der Parteitag dem zustimmen kann, daß das, was auf Seite 322 steht, demnächst unter Ziffer 57 stehen wird. Insofern bitte ich, zunächst über die Empfehlung der Antragskommission ab-

stimmen zu lassen. Falls sie abgelehnt werden sollte, käme der ausführlichere Antrag des Landes Baden-Württemberg zum Zuge.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Schmöle.

Hans Werner Schmöle: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte der Vertreterin der Antragskommission ganz energisch widersprechen. Was in dem zusammengefaßten Kapitel steht, das vorgeschlagen wurde, enthält bei weitem nicht die gesamten Vorschläge, die der Antrag von Baden-Württemberg aufgenommen hat.

(Beifall)

Er sagt sehr wenig darüber aus, wie die Wohnumwelt gerade in verdichteten Gebieten gestaltet werden muß. Er geht überhaupt nicht auf das ein, was wir beispielsweise auf dem Hamburger Parteitag schon längst beschlossen haben.

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, dem Antrag von Baden-Württemberg in dieser Form an dieser Stelle zuzustimmen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Nachdem die Antragskommission ihre Empfehlung zurückgezogen hat, lasse ich jetzt über den Initiativantrag abstimmen. Ich glaube, das ist das fairste Verfahren. Es handelt sich um den Initiativantrag D 863. Wer diesem Initiativantrag zustimmt - ~

(Wortmeldung)

-Ich war in der Abstimmung. Ich möchte auch nicht, daß die Antragskommission dem Präsidium das Arbeiten erschwert.

Ich glaube, die Antragskommission hat ihre Empfehlung zurückgezogen. Der Initiativantrag steht. Die Mehrheit des Parteitags war der Meinung, daß ein eigener Abschnitt eingefügt werden sollte. Ich lasse jetzt über diesen Initiativantrag abstimmen. Wer dem Initiativantrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe das Kapitel IV auf: Soziale Marktwirtschaft. Das Wort zur Einführung hat zunächst Herr Dr. Stoltenberg.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Das Kapitel: "Soziale Marktwirtschaft" ist sicher ein zentrales Kapitel unseres Grundsatzprogramms. Im Selbstverständnis und in der öffentlichen Wertung verbinden sich mit der CDU wenige Begriffe so eindeutig wie der der Sozialen Marktwirtschaft.

Soziale Marktwirtschaft ist in unserer Zeit für uns Erbe und Auftrag zugleich: Erbe auf Grund der großen geistigen Traditionen und der politischen Leistung, die mit Namen wie Ludwig Erhard oder Professor Müller-Armack verbunden sind;

(Beifall)

Erbe, weil - das machen die vorliegenden Texte deutlich - die Grundwerte und die Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft unverändert gelten; aber auch Auftrag in einem doppelten Sinne. Einmal weil wir in der geistigen und politischen Auseinandersetzung diese Grundpositionen neu beschreiben und wirksam ver-

treten müssen im Wettbewerb mit anderen, die offen oder ver-  
hüllt von der Sozialen Marktwirtschaft abgewichen sind und an-  
dere Ordnungsvorstellungen vertreten.

Ich will hier nur einmal, um auch damit die Bedeutung der ge-  
samten Programmdiskussion in den Begriffen und in den Vor-  
stellungen klarzumachen, einen Satz zitieren, den Herbert  
Wehner vor einiger Zeit ausgesprochen hat. Wehner hat gesagt:  
Man muß aus den ideologisch verknorpelten und deformierten Be-  
griffen "Soziale Marktwirtschaft" und "Rechtsstaat" heraus-  
kommen. Ein solches provokatives Zitat unterstreicht, wie wich-  
tig es ist, daß wir Begriffe wie "Soziale Marktwirtschaft" und  
"Rechtsstaat" nicht nur wiederholen, sondern erneut mit Inhalt  
erfüllen und in der politischen und geistigen Auseinandersetzung  
vertreten.

(Beifall)

Auch im Vorfeld dieses Parteitages haben wenige Kapitel so leb-  
hafte Diskussionen ausgelöst wie dieses. Ich verweise auf das  
Grundsatzforum in Berlin, die Beiträge der Wissenschaftler,  
der Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaftler, aber auch  
der Kirchen. Ich werte das als einen Beweis für die Lebendig-  
keit der Partei und die zentrale Bedeutung, die hier gegeben  
ist.

Es geht zum anderen auch darum, Antworten auf die neu vor uns  
stehenden Herausforderungen in jenen Feldern und Problemen der  
wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität der Zukunft zu  
geben, die sicher nicht einfach mit den detaillierten Antworten  
der beginnenden 50er Jahre konkret zu lösen sind.

Das wird ein Thema der Diskussion sein: Einigkeit in den Grund-  
sätzen und Grundwerten, aber auch Behandlung der Frage der  
besten Ausprägung für die neuen Herausforderungen und Aufgaben,  
die in den kommenden Jahren im Zusammenhang mit dem weiten Feld  
der Sozialen Marktwirtschaft vor uns stehen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesell-  
schaftspolitisches Programm für alle. So haben wir es im Ber-  
liner Programm gesagt. Es ist ein Programm für die Zukunft,  
fest verankert in unserem Menschenbild und in unseren christ-  
lich geprägten Grundwerten.

Von hierher gibt es die Grundwerte und die Verbindungslinien  
zu den praktischen Feldern der Politik: personal verantwortete  
Freiheit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung in der Ge-  
sellschaft, in der sozialen Verpflichtung. Von dorthin erfolgt  
die Entfaltung und die Begründung der zentralen Begriffe: Wett-  
bewerb und persönliches, sozial verpflichtetes Eigentum, de-  
zentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie, Machtkon-  
trolle durch Gewaltenteilung und staatliche Funktionen, Frei-  
heit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufs, Selbstän-  
digkeit und Risikobereitschaft, Freiheitssicherung durch das  
Angebot von Alternativen und Teilhabe des einzelnen, eines jeden  
am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Von solchen ordnungspolitischen Prinzipien her können wir -  
wie es nach meiner Überzeugung in dem Entwurf jetzt in einer  
guten Weise versucht wird - den Zugang zu den einzelnen großen  
Bereichen der Wirtschafts-, der Sozial- und der Gesellschafts-  
politik finden und die richtigen Antworten formulieren. Es be-  
steht die Notwendigkeit, in der geistigen Begründung und im

praktischen politischen Handeln den Zusammenhang zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erneut herzustellen. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben in der konkreten Situation der Bundesrepublik Deutschland. Insofern glaube ich, daß dieses Kapitel im Entwurf, in der Vorlage in sich konsistent und folgerichtig ist: Soziale Marktwirtschaft als ein Konzept aus einem Guß.

Bei der Fülle der vorliegenden Anträge werden wir sicher um die Ausprägung im einzelnen diskutieren und an manchen Punkten auch ringen. Ich möchte an Sie alle, meine lieben Parteifreunde, den Appell richten, bei der Erörterung der Einzelfragen nicht das Gesamtkonzept, den inneren Zusammenhang und die tragenden Wertvorstellungen, von denen aus jede einzelne Aussage gefunden werden muß und in der politischen Wirklichkeit glaubwürdig sein kann, aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Stoltenberg. Ich rufe im Vorlauf zunächst die Anträge E 1 bis E 18 auf. Die Antragskommission schlägt vor, die Anträge E 9, 10, 13 und 14 bei Ziffer 75 zu behandeln. Der Antrag E 16 soll bei Ziffer 77 behandelt werden. Wer im übrigen der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun des weiteren die Anträge E 19 bis 23 auf. Nach Absprache im Präsidium soll Antrag E 22, so wie von der Jungen Union vorgeschlagen, bei Ziffer 62 - also anders als ausgedrückt - behandelt werden. Ist Herr Dr. Huck damit einverstanden und zieht er dann seine Wortmeldung zurück?

(Dr. Bernd Huck: Ja!)

- Vielen Dank, Herr Dr. Huck.

Es liegt eine Wortmeldung von Frau Dr. von Richthofen vor.

Frau Dr. Christiane von Richthofen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche für die Anträge der CDU in Niedersachsen zu den Ziffer 58 bis 64. Heiner Geißler hat für Ludwigshafen weder Flügelkämpfe noch ideologische Konfrontation erwartet. Er hat uns aufgerufen, keinen Glaubenskrieg zu führen. All dem kann man nur zustimmen. Wer würde für dieses Grundsatzprogramm schon in den Krieg ziehen? Heißt es nicht Bataillone verschieben, wenn man 3.300 Änderungsanträge nur als Einzelanträge, die auf punktuelle Änderungen abzielen, wertet und nicht sieht, was dahintersteckt?

Die große Mehrheit ist gegen dieses Programm, so wie es ist. Nur wenige waren so mutig und konsequent, die Ablehnung des Grundsatzprogramms insgesamt zu fordern. Um ehrlich zu sein: Wer von uns hätte nicht mit diesem Gedanken gespielt, und wer ist nicht froh, wenn das Grundsatzprogramm endlich vom Tisch ist?

(Widerspruch)

Demokratisierung, vorausschauende Strukturpolitik, Investitionslenkung - so eingängig formulierte Schlagworte kennzeichnen den Weg in die totale Freiheit. Dies macht in einer Zeit der totalen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit einen guten Teil der Anziehungskraft und Überzeugungskraft der SPD aus. Demo-



kratischer Sozialismus als Antwort auf die Frage: Wohin? Und wir, die CDU? Was ist unsere Antwort auf die Frage nach dem Wohin? Was ist unsere Alternative? Die Soziale Marktwirtschaft! So weit, so gut! Versuchen Sie aber einmal, sich an Hand der Ziffern 58 bis 64 ein Bild von der Sozialen Marktwirtschaft zu machen. Das ist wie moderne Kunst. Man steht ratlos und achselzuckend davor und sagt sich: Irgend etwas wird der Verfasser sich dabei schon gedacht haben.

(Vereinzelt Zustimmung -  
vereinzelt Widerspruch)

Bei der Kunst mag das hingehen. Das Grundsatzprogramm hat aber doch keinen Wert an sich. Es soll doch überzeugen. Es soll politisches Selbstverständnis kennzeichnen. In ihm soll das formuliert werden, was wir wollen. Wenn uns das aber nicht richtig gelingt, wer glaubt uns dann, daß wir das Richtige wollen? Wie wollen wir die Jugend, die nach ihrer Zukunft und dem Sinn des Lebens, nach dem Wohin fragt, für den dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewinnen, wenn es uns nicht gelingt, diesen Weg präzise zu beschreiben? Wie können wir die verfehlte Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft in den Schulbüchern anprangern, wenn uns dies selbst nicht gelingt? Gewiß, Sätze wie der in Ziffer 58 "Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit." sind erfreulich zu lesen, und von Berlin bis Ludwigshafen war es weiß Gott ein weiter Weg. Aber der Entwurf enthält doch auch Sätze wie "Wohlstand ist keine Schande." oder "Grundlegende Elemente einer sozialen Ordnungspolitik sind ... sozialer Ausgleich und Bedarfsgerechtigkeit ...". Was ist das eigentlich? Eine am Menschen orientierte Ordnungspolitik? Warum sagt man das denn nicht? Oder soll hier unter dem Deckmantel der Ordnungspolitik, die an sich weder sozial noch unsozial, weder wirtschaftsfreundlich noch wirtschaftsfeindlich ist, ein neues Schlagwort mit neuem Inhalt eingeführt werden? Im Hinblick auf den Begriff "Bedarfsgerechtigkeit" frage ich: Gilt jetzt auch bei uns: Jeder nach seinen Bedürfnissen?

Was wir brauchen, ist nicht begriffliche Beliebigkeit. Wir brauchen vielmehr mutige glaubwürdige Zeichen, wenn wir überzeugen wollen. Wir brauchen eine klare Sprache und klare Begriffe, wenn wir uns nicht dem Zweifel aussetzen wollen, es mangle an Inhalt. Was wir brauchen, ist nicht der Mut zur Alternative - denn diese haben wir -, sondern der Mut, uns zu dieser Alternative zu bekennen und sie so zu formulieren, daß sie verstanden wird. Nur dann ist die Soziale Marktwirtschaft kein Schlagwort, sondern die freiheitliche Alternative zum Sozialismus.

Die CDU in Niedersachsen beantragt daher eine grundlegende Neufassung der Ziffern 60 bis 64, denn eine gedankliche Gliederung der Grundsätze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung - Herr Minister Kiep, die Finanzpolitik bleibt offenbar gänzlich draußen vor - fehlt weithin, und wo es sie gibt, ist sie mißlungen. Meine Damen und Herren, dies ist - deshalb erlaube ich mir, über dieses Thema so lange zu sprechen - kein formales, sondern ein inhaltliches Problem.

Gemeint ist hier: An die Ziffern 58 und 59, die die Grundlagen und Elemente der Sozialen Marktwirtschaft darstellen, müßte sich der Bezug der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt zu den Grundwerten anschließen, die gemäß Ziffer 29 Maßstab für das gesamte

Handeln sind. Diese Rückbesinnung der Sozialen Marktwirtschaft auf die Grundwerte fehlt aber. Denn was folgt? In Ziffer 60 die Wirtschaftspolitik und in Ziffer 61 die Sozialpolitik im Gewande der sozialen Ordnungspolitik.

Die CDU Niedersachsens schlägt daher vor, die Ziffer 60 so neuzufassen, so, wie wir es in Ziffer 76 vorgeschlagen haben.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Frau Dr. von Richthofen, ich darf Sie einmal unterbrechen. Sie haben mir angegeben, daß Sie zum Aufbau des Kapitels sprechen wollten. Ich merke allerdings jetzt, daß Sie zum Inhalt der einzelnen Ziffern sprechen. Ich werde die Ziffern nachher einzeln aufrufen, und ich bitte Sie deshalb, sich auf die Behandlung der Anlagen und des Aufbaus des Kapitels zu beschränken.

(Beifall)

Ich bitte dafür um Verständnis. Im Augenblick geht es aber noch nicht um die Inhalte der einzelnen Ziffern.

Frau Dr. Christiane von Richthofen: Meine Damen und Herren, ich verstehe Ihr Mißbehagen sehr. Die Antragskommission hat es aber fertigebracht, unseren einheitlichen Antrag völlig auseinanderzureißen, so daß die Anträge, die wir zu den einzelnen Ziffern gestellt haben, gar nicht mehr dort behandelt werden können. Wenn wir etwa eine Neuformulierung der Ziffer 60 vorschlagen, erscheint die erst bei Ziffer 61 und so fort. Das bedeutet, daß, wenn wir diesen Antrag nicht hier behandeln, unsere sämtlichen Anträge hinten runterfallen. Das ist aber kein Weg. Entweder wir behandeln dies jetzt oder überhaupt nicht.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Ich bitte nochmals sehr um Entschuldigung. Ich will Sie auch gerne aussprechen lassen. Aber das gehört inhaltlich dann zumindest vor die Ziffer 58, und zwar dann, wenn die Ziffer 58 aufgerufen worden ist. Das ist aber noch nicht geschehen.

Frau Dr. Christiane von Richthofen: Soll ich dann noch einmal von vorne anfangen?

(Heiterkeit)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Nein, bitte fahren Sie fort. Aber ich bitte Sie, daß Sie es vielleicht etwas straffen.

(Heiterkeit)

Frau Dr. Christiane von Richthofen: Ich bedanke mich sehr. Demokratie heißt auch Schutz der Minderheit. Ich werde aber gleich fertig sein.

Ist dieses, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht Beckmesserei? Nein, der Einwand, daß der Entwurf sowohl die Wirtschaft wie die Sozialpolitik in den Dienst der Grundwerte stellt und damit den Bezug herstellt, sticht nicht. Die Soziale Marktwirtschaft wird aufgesplittet in die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik.

Diese Betrachtung ist - ich will nicht kurz fassen - bei Walter Eucken auf der ersten Seite seiner "Grundsätze der Wirtschaftspolitik" nachzulesen. Sätze wie "Die Soziale Marktwirtschaft

fügt Marktordnung oder Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen" und ähnliches in späteren Ziffern sind bestenfalls beschwichtigende Gesten, ehe der Mantel der christlichen Nächstenliebe, der den Konflikt zudecken soll.

Der Bezug der Sozialen Marktwirtschaft auf die Grundwerte muß also vor die Klammer gezogen werden. Dann können wir in in je einer Ziffer die Wirtschafts- und die Sozialpolitik abhandeln.

Als letztes sollten wir damit Ernst machen, daß die Soziale Marktwirtschaft ein oder d a s wirtschafts- und gesellschaftspolitische Programm ist. Darum sollten wir die Ziffer 84, die hierzu - allerdings an völlig unvermuteter Stelle - eine richtige Aussage macht, an den Schluß der Grundsätze setzen. Erreicht würde nicht nur eine wesentliche Straffung - allein dies rechtfertigt schon unseren Antrag -, erreicht würde vor allem, daß wir uns nicht dem Verdacht aussetzen, das legendäre Wieselwort von Franz Josef Strauß könnte auch auf uns zutreffen, etwa in dem Sinn, wir würden die Soziale Marktwirtschaft wie ein Nagetier das Ei aushöhlen - ohne die Schale kaputtzumachen, versteht sich -, es dann statt mit demokratischem mit christlichem Sozialismus füllen und das Ganze anschließend unversehrt als Soziale Marktwirtschaft verkaufen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hasselmann.

(Heiterkeit)

Wilfried Hasselmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, mir zu glauben, daß das, was meine Vorrednerin gesagt hat, bei uns im einzelnen nicht abgestimmt worden ist.

(Heiterkeit)

Auf der anderen Seite freue ich mich, daß Frau Dr. von Richthofen den Mut hat, ihre Meinung sehr deutlich zu sagen.

(Beifall)

Sie kann noch zu einzelnen Ziffern das Wort nehmen, weil wir die einzelnen Ziffern noch getrennt behandeln werden. Ich möchte das nur zur Klarstellung sagen, damit es keine Feindschaften gibt.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Stratmann.

Dr. Dietrich Stratmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem unser Landesvorsitzender hier schon offiziell erklärt hat, daß die Vorrede von Frau Dr. Richthofen nicht die Meinung Niedersachsens wiedergibt, kann ich mich ganz kurzfassen.

Ich möchte hinzufügen, daß wir die 3300 Änderungsanträge nicht als eine Ablehnung des Grundsatzprogramms ansehen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu den Anträgen E 19 bis E 22 gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen. Ich rufe jetzt die Ziffer 58 auf. Das Wort hat Herr von Bismarck.

Dr. Philipp von Bismarck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß der Mut vor dem Volk noch viel größer sein muß als der Mut vor Königsthronen. Ich finde es gut, daß wir so etwas mit Spaß und auch mit geteilter Zustimmung anhören können.

(Beifall)

Ich habe etwas vor, wofür ich Sie alle um besondere Aufmerksamkeit bitte. Sie werden gleich merken, warum. Gerhard Stoltenberg hat eben davon gesprochen, daß es unsere Aufgabe sei, die Soziale Marktwirtschaft geistig weiter fortzuentwickeln. Er hat sich auf die Väter bezogen und hat Ludwig Erhard und Ernst Müller-Armack genannt. Meine lieben Freunde, die Soziale Marktwirtschaft hat eine viel weiter in unsere Geschichte zurückgehende Wurzel. Am 9. November 1938 ist in Freiburg im Breisgau von den Professoren Lampe, Eucken und von Dietze beschlossen worden, Widerstand zu leisten. Sie haben sich zusammengesetzt und eine Ordnung für die Zeit nach dem Kriege entworfen - auf dem Boden der christlichen Überzeugung. Im Jahre 1942 hat Dietrich Bonhoeffer, einer der bekanntesten Männer des Widerstandes, diese Freiburger aufgesucht und sie gebeten, ihre Gedanken in eine Schrift zu fassen. Diese Schrift, verfaßt von Gerhard Ritter, mitbedacht von Dibelius, Goerdeler und Erik Wolf, ist das eigentliche Fundament unserer sozialverpflichteten Marktwirtschaft.

Sie wissen, daß uns nach dem Kriege oft der Vorwurf gemacht wurde, das Wort "sozial" sei nur ein Etikett zur Verschönerung. Hier in dieser Schrift, die bisher unveröffentlicht ist, wird deutlich, daß die Wurzeln unserer Ordnung auf christlichem Boden gewachsen sind und dort auch nicht wieder ausreißbar sind. Insofern rechtfertigt sich die Veränderung der Beschreibung, die Sie in Ziffer 58 finden, daß die Soziale Marktwirtschaft ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantwortlichen Freiheit habe.

In einem sehr bewegenden Gespräch mit Pater von Nell-Breuning vor acht Tagen haben wir beide über diese Geschichte diskutiert, die im wesentlichen auch Pater von Nell-Breuning nicht bekannt war.

Wir sollten heute in die Geschichte unserer Partei hineinschreiben, daß alles, was wir nachher an christlichen Forderungen an die Soziale Marktwirtschaft gestellt haben und stellen, schon damals geschrieben wurde.

Ich möchte mit gütiger Genehmigung des Herrn Präsidenten einen Abschnitt aus dieser Schrift vorlesen, der all das enthält, was Gerhard Stoltenberg soeben für die Zukunft gefordert hat:

"Die Societas kann nicht lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Es war ein im 19. Jahrhundert weit verbreiteter Irrtum, zu meinen, daß eine zweckmäßige wirtschaftliche Regelung von selbst eine sinnvolle soziale Ordnung schaffe. Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung. Wirtschaftsordnungspolitik ist nur ein - aller-

dings höchst wichtiger, ja unentbehrlicher - Teil der Sozialpolitik, wobei dieser Ausdruck seinem Wortsinn entsprechend viel weiter verstanden wird als ein Sammelname für die seit 1881 ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Lohnarbeitern, Handwerkern oder Bauern. Sozialpolitik darf, um ihren Namen zu rechtfertigen, sich nicht auf zusammenhangslose Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muß die gesamte Societas festigen und ständig im Einklange mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen. Sonst werden, wie die namentlich nach 1919 und noch stärker die nach 1929 gemachten Erfahrungen zeigen, wirtschaftliche Folgen ausgelöst, welche gerade den wirtschaftlich Schwachen weit mehr Schaden zufügen, als die zu ihrem Nutzen bestimmten Einzelmaßnahmen zu helfen vermögen."

Diese Sätze und der Satz, der als Vorsatz davor steht: "Wirtschaft hat den lebenden und künftigen Menschen zu dienen, ihnen zur Erfüllung ihrer höchsten Bestimmung zu helfen", sind das Fundament unserer Ordnung. Wir haben das volle Recht, so zu formulieren, wie es in der Vorlage des Bundesvorstandes steht.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Bismarck. Ein Antrag ist nicht gestellt. Ich habe auch keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ich rufe dann die Ziffer 58 nochmals auf und dazu die Anträge E 24 bis E 40. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Vielen Dank. Bitte die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltung? - Eine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, es wird mir gesagt, daß die Redner im hinteren Teil des Saales teilweise schlecht zu verstehen seien. Ich darf vielleicht darum bitten, daß trotz der fortgeschrittenen Zeit die Gespräche etwas eingestellt werden, damit auch auf den Bänken der Journalisten die einzelnen Ausführungen zu verstehen sind. - Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Ich rufe auf Seite 227 die Ziffer 59 auf. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Frau Dr. Rudolph-Heger aus Hannover vor. Dann Herr Dr. Petermann.

Dr. Eva B. Rudolph-Heger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Annahme des Antrages E 43 der CDU Niedersachsen und weiterer gleichlautender Anträge, in Ziffer 59 die Worte "Gleichheit der Chancen" durch "Chancengerechtigkeit" zu ersetzen. Ich verweise auf das, was ich bereits heute mittag zu Ziffer 25 zu den Begriffen "Chancengleichheit" und "Chancengerechtigkeit" ausgeführt habe. Sie haben sich bei Ziffer 25 entsprechend meinem Votum für den Begriff "Chancengerechtigkeit" entschieden, weil er das aussagt, was wir meinen, nämlich nicht alle im Sinne einer Gleichmacherei über einen Leisten zu schlagen, sondern zu versuchen, jedem entsprechend seinen individuellen Fähigkeiten, Anlagen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Das soll und kann die Soziale Marktwirtschaft leisten.

Hier geht es, wie es in Ziffer 59 heißt, um die persönliche Freiheit, um die persönlichen Chancen des einzelnen. Wir haben im Abschnitt "Arbeit und Freizeit" in Ziffer 47 auch

nicht von "Gleichheit und Humanität im Arbeitsleben", sondern richtig von "Gerechtigkeit und Humanität" gesprochen. Deshalb sollte es auch hier in Ziffer 59 nicht "Gleichheit der Chancen, sondern "Chancengerechtigkeit" heißen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt Herr Dr. Petermann.

Dr. Bernd Petermann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag E 50, bei dem wie praktisch bei allen Anträgen die Kommission Ablehnung empfiehlt. Heute vormittag hat es ein Mißverständnis mit Herrn von Weizsäcker gegeben. Der Kreisverband Düsseldorf hatte seinen Antrag, ein eigenes Kapitel "Grundwert Frieden" einzuführen, nicht aufrechterhalten, aber Wert darauf gelegt, daß die Friedenspflicht im Programm deutlicher zum Ausdruck kommt. Wir meinen, daß die Friedenspflicht - auch die soziale Friedenspflicht im Kapitel der Sozialen Marktwirtschaft - als ein wesentlicher Wert dokumentiert werden müsse. In Übereinstimmung mit dem Kreisverband Duisburg kann ich sagen, daß dieser bei Annahme des Antrages E 50 seinen Antrag E 51, der mit anderen Worten dasselbe Anliegen vertritt, zurücknimmt.

Wir sind der Meinung, daß nicht nur die persönliche Freiheit und die Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit, das Eigentum und der Wohlstand, sondern auch der soziale Frieden - hier die friedlichen Beziehungen der Sozialpartner - in dem Abschnitt Soziale Marktwirtschaft deutlich zum Ausdruck gebracht werden sollten.

Herr Präsident, vielleicht ist es mir erlaubt, um Zeit zu sparen, das gleiche Anliegen aus dem Antrag E 86 zur Ziffer 60 gleich anzusprechen. Dort soll es heißen: "Frieden zwischen den wirtschaftlichen Kräften".

Der Kreisverband Düsseldorf hält diese beiden Anträge als Kernanträge mit dem Inhalt aufrecht, daß Soziale Marktwirtschaft als Mittel und als Ziel dem sozialen Frieden dient und daß sie nicht nur aus sozialen Mechanismen besteht.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal betonen, daß wir die Ziffer 59 aus dem Berliner Programm übernommen haben. Jeder, der damals dabei gewesen ist, als wir die Aussagen über die Soziale Marktwirtschaft formuliert haben - wobei wir einen entsprechenden Konsens erreicht haben -, weiß, daß diese Formulierung zu einem Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft in diesem Programm geworden ist.

Es mag sein, daß die eine oder andere Formulierung verbessert werden könnte. Nur muß man wissen: wenn wir das eine ändern, dann muß natürlich auch jedes andere geändert werden. Bei einer Gesamtbetrachtung der Änderungsanträge, die vorliegen, muß man sagen, daß die Geschlossenheit der Ziffer des Berliner Programms eindrucksvoller ist, als wenn wir den Änderungsanträgen folgen. Das war einer der Hauptgründe.

Jetzt der zweite Punkt: Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit. Ich will nicht noch einmal zur Ziffer 25 zurückkehren, wo gesagt wird: Chancengerechtigkeit gibt jedem die gleiche Chance. Genau das ist hier gesagt: Gleichheit der Chancen. Daß die Ergebnisse nicht gleich sein können, ist für uns alle klar. Daß gerade die Marktwirtschaft wie keine andere in der Lage ist, wenn sie richtige Politik und Ordnungspolitik betreibt, jedem die gleiche Chance einzuräumen, das sollte von uns eigentlich nicht bestritten werden.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag der Antragskommission zu folgen, die Ziffer 59 unverändert zu übernehmen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf der Seite 227 des Antragsbuchs abstimmen. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Bitte die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen.

(Zuruf: Viele!)

Ich hatte sie aus dem Landesverband Rheinland gesehen. Wenn es Ihnen hilft, sage ich: Eine Reihe von Gegenstimmen. Dann ist es vielleicht deutlicher.

(Beifall)

Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen. Ich rufe die Ziffer 60 auf der Seite 232 des Antragsbuchs auf. Dazu gehören die Anträge E 74 bis E 108. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission in der auf Seite 232 ausgedruckten Fassung rechts abstimmen. Wer für diese von der Antragskommission empfohlene Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Bitte die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen.

Ich rufe die Ziffer 61 auf der Seite 237 des Antragsbuchs auf. Dazu gehört die Tischvorlage Antrag E 1116. Ist sie überall verteilt?

(Zurufe: Ja!)

Vielen Dank. Die Empfehlung der Tischvorlage ist maßgebend. Will die Antragskommission dies noch einmal erläutern? - Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Bitte die Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Wenige Stimmenthaltungen. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Ziffer 62 auf der Seite 243 des Antragsbuchs auf. Dazu gibt es Wortmeldungen, und zwar zunächst von Herrn Dr. Stavenhagen und dann von Herrn Dr. Burghaus. - Einen Augenblick bitte, Herr Dr. Stavenhagen! Ich habe vergessen, Sie auf die Tischvorlage E 1115 aufmerksam zu machen, die ebenfalls zur Ziffer 62 gehört. Ich rufe sie gleichzeitig mit auf. Bitte schön!

Dr. Lutz Stavenhagen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grundsatzprogramm war bis zu der Vorlage keine Aussage über die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums vorhanden. Wir sind der Meinung, daß diese Aussage notwendig ist. Denn wirtschaftliches Wachstum ist Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme, die uns national wie international gestellt sind. Deswegen haben wir versucht, in kurzer Form darzulegen, daß wirtschaftliches Wachstum notwendig ist. Sie finden das auf dem Antrag E 1115 formuliert. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich bitte Sie sehr um Ihre Zustimmung, damit wir draußen deutlich machen können: Wirtschaftliches Wachstum ist für uns kein Selbstzweck, sondern notwendige Voraussetzung dafür, daß wir den Problemen der Zukunft gerecht werden können.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt Herr Dr. Burghaus und dann Herr Brunstein.

Dr. Hermann Jos. Burghaus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag E 167, eingebracht vom Kreisverband Köln. Ziffer 62 soll nach der Empfehlung der Antragskommission im zweiten Absatz wie folgt beginnen:

"Wohlstand ist keine Schande. Ihn zu schaffen ist Aufgabe jeder Wirtschaftsordnung."

Nun, meine Damen und Herren, es gibt bei uns sicher keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß Wohlstand keine Schande ist. Nun hat aber wohl zahlreiche Antragsteller zu diesem Punkt ein ungutes Gefühl bei dem Gedanken beschlichen, daß eine solche Negativaussage in ein Grundsatzprogramm geschrieben werden soll. Ich darf auf die Anträge E 157 und E 162 bis E 191 verweisen. Zahlreiche dieser Anträge sehen sogar eine Streichung dieser gesamten Ziffer vor. Das wollen wir nicht. Ich meine aber, wir sollten hier eine positive Aussage treffen, und empfehle daher, vier Worte zu streichen, und zwar die Worte "ist keine Schande. Ihn". Das würde bedeuten, daß wir zu einer positiven Aussage kämen, die hieße: "Wohlstand zu schaffen ist Aufgabe jeder Wirtschaftsordnung".

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich betone nochmals: Ich unterstütze die Empfehlung der Antragskommission, möchte Sie jedoch bitten, diesen unseren Vorschlag, die genannten vier Worte zu streichen, zu berücksichtigen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Bitte, Herr Brunstein, dann Herr Pflüger.

Josef Brunstein: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Soest hat Ihnen mit dem Antrag E 183, den Sie in der gedruckten Vorlage auf Seite 248 finden, vorgeschlagen, die negative Feststellung am Beginn der Ziffer 62 zu streichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der Antragsvorlage offensichtlich beim Druck ein Fehler passiert ist. Denn wir beabsichtigten, durch die von uns vorgeschlagene Neufassung nur den ersten Absatz und nicht die ganze Ziffer zu ersetzen. Wir sind der Auffassung, daß insbesondere der erste Satz der jetzt zur Diskussion stehenden Formulierung einfach nicht deutlich genug ist. Wir wollen doch alle die freie und soziale Markt-



wirtschaft. Wenn dies der Fall ist, müssen wir auch ganz deutlich sagen, warum wir dafür eintreten, und dürfen nicht lediglich erklären, daß wir, auch wenn sie uns möglicherweise weniger materiellen Wohlstand brächte, trotzdem dafür sind. Wir sind der Meinung, entweder sollte dieser Absatz gestrichen werden, oder die Redaktionskommission sollte sich überlegen, ob sie hier nicht eine positivere Formulierung finden kann, die den gleichen Inhalt hat.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt Herr Pflüger und dann Herr Dr. Huck. Herr Pflüger, nach Ihrer Wortmeldung wollen Sie zu dem Antrag E 23 sprechen, der ja mit aufgerufen ist. Das gleiche gilt für Herrn Dr. Huck.

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Es geht hier um folgendes. Wir haben hier in dem Teil "Soziale Marktwirtschaft" erläutert und mehrfach dargestellt, warum wir als Union für die Soziale Marktwirtschaft eintreten und daß dies das Programm ist, von dem wir der Auffassung sind, daß es sowohl bezüglich des freiheitsfördernden wie bezüglich des materiellen Wohlstandes, den es den Leuten gibt, das Konzept sein kann, mit dem wir auch in der Zukunft die Probleme lösen sollten. Das heißt, wir geben hier eine positive Beschreibung der Sozialen Marktwirtschaft und stellen diese so dar, wie es allen früheren Aussagen unserer Partei entspricht.

Nur eines haben wir als Junge Union hier vermißt. Deshalb stellen wir diesen Zusatzantrag. Wir haben vermißt, daß man auch einmal auf die entstandenen Probleme, die es ja auch gibt, hinweist, sie aufführt, z.B. Wettbewerbsbeschränkungen in einigen Bereichen, z.B. das Problem der Arbeitslosigkeit, z.B. die Probleme, die sich durch die Verflechtung im internationalen Wettbewerb ergeben haben. Wir glauben, es ist nur dann redlich, die Marktwirtschaft positiv darzustellen und das gerade auch gegenüber der jungen Generation zu vertreten, wenn wir bereit sind, auch auf die Probleme hinzuweisen und zu sagen: Ja, es gibt in der Tat Probleme, und die wollen wir marktwirtschaftlich lösen.

Wenn man das nicht tut, ist man, finde ich, insofern unglaubwürdig. Denn dann kommen gerade viele junge Leute und sagen: Hier gibt es doch Probleme, hier gibt es Arbeitslosigkeit, hier gibt es Probleme der Verteilungsgerechtigkeit, und deshalb wollen wir jetzt ein neues gesellschaftliches und wirtschaftliches System. Da hat man dann Argumentationsschwierigkeiten. Wenn wir aber in diese Ziffer die Aussage aufnehmen, daß es auch Probleme gibt, daß wir diese Probleme sehen und sie marktwirtschaftlich lösen wollen - wie wir dies in unserem Antrag vorschlagen -, werden wir, glaube ich, in unserer marktwirtschaftlichen Argumentation erst richtig glaubwürdig. Es ist hier etwa so, als wenn man ein schönes Haus hat, das immer von einigen Jungsozialisten bestürmt wird, und man ständig damit beschäftigt ist, dieses Haus gegen die Jungsozialisten zu verteidigen, darüber dann aber vergißt, die Tür zu ölen, irgendwelche Mauerschäden nach und nach zu beseitigen und das Haus instand zu halten. Wir sollten bei aller Verteidigung und auf der anderen Seite aller offensiven Begründung der Sozialen Marktwirtschaft uns dazu bekennen, Probleme, die aufgetreten sind, auch zu benennen, wie das nachher ja auch bei der Sozialpolitik und in anderen Bereichen erfolgt, und sagen, daß wir diese Probleme marktwirt-

schaftlich lösen wollen. Das ist im übrigen auch genau das, was Ludwig Erhard und Professor Müller-Armack bereits 1960 gesagt haben; daß man die Marktwirtschaft niemals glaubwürdig verteidigen kann, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, auch darauf hinzuweisen, daß sie Probleme hervorgerufen hat. Müller-Armack hat noch 1976 davon gesprochen, daß es eine neue Problemfront gibt. Ich meine, die Redlichkeit verlangt, daß wir dieses hier sagen, und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Bitte, Herr Dr. Huck.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um zum Verfahren noch etwas klarzustellen: Uns geht es bei diesem Änderungsantrag E 23 nicht um eine Änderung der Ziffer 62, sondern um Anfügung einer neuen Ziffer 62 a.

Wir begrüßen das, was bisher in dem Entwurf zur Sozialen Marktwirtschaft gesagt wird, aber wir meinen – und damit möchte ich noch einmal den Freund Friedbert Pflüger unterstützen –, hier muß der dynamische Gesichtspunkt der Sozialen Marktwirtschaft noch stärker betont werden. Es ist einige Jahre her, daß wir nicht weit von hier, nämlich auf dem Bundesparteitag in Mannheim, uns im Rahmen der Mannheimer Erklärung mit diesen anstehenden Problemen der Wirtschaft befaßt haben. Wir wollen, wie es auch Freund Pflüger sagte, ganz klargestellt wissen, daß diese Soziale Marktwirtschaft fortentwickelt werden kann, aber eine Soziale Marktwirtschaft bleibt, die Antworten auf diese Fragen findet. Es sind Beispiele genannt worden, und es ließen sich noch etliche hinzufügen: das Problem der Energieversorgung und deren Verknüpfung mit den Rohstoffvorräten oder die Forderung nach Umweltschutz und ihr Verhältnis zur Wachstumspolitik. All diese Punkte müssen von uns erkannt und angesprochen werden, um deutlich zu machen, daß wir diese Probleme auch in der Zukunft sehen und daß wir ungeachtet dessen und gerade angesichts der Einsicht in diese Probleme uns für die Soziale Marktwirtschaft und ihre Fortentwicklung einsetzen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission hat jetzt Herr Dr. Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Chr. Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 62: Mir ist klar, was hier an der Formulierung ausgesetzt wurde – ich komme jetzt auf den ersten Redner zurück –; dennoch müssen wir und darüber im klaren sein, was gegen die Soziale Marktwirtschaft im einzelnen gesagt wird. Wenn hier steht: "Für die Soziale Marktwirtschaft würden wir auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme, denn es wäre unerträglich, Güter auf Kosten der Freiheit zu gewinnen", so bedeutet dies, daß wir sehr wohl um den Zusammenhang der Grundwerte und unserer Sozialen Marktwirtschaft wissen und daß wir, wenn diese Soziale Marktwirtschaft nicht in der Lage wäre, unsere Grundwerte zu verwirklichen, sie so nicht praktizieren könnten. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

Der zweite Gesichtspunkt: "Wohlstand ist keine Schande. Ihn zu schaffen ist Aufgabe jeder Wirtschaftsordnung." Meine lieben Freunde, es gibt neunmalklugen Leute, die dann, wenn der sogenannte kleine Mann in die Lage versetzt wird, Wohlstand für

sich zu schaffen, plötzlich meinen: Das ist alles übler Materialismus, das sollte man alles sein lassen! - Es geht hier darum, klarzustellen, daß Wohlstandsmehrung eine der Hauptaufgaben einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist. Das muß unterstrichen werden.

(Beifall)

Dieser Sachverhalt muß gegenüber denen, die meinen, das sei böser Materialismus, verteidigt werden, weil sie ja andere Ansichten damit verbinden.

Was die Anträge E 22 und E 23, womit jetzt eine neue Ziffer 62 a beantragt wird, angeht, so ist folgendes zu sagen: Wir sind uns im klaren darüber, daß die Soziale Marktwirtschaft vor schweren neuen Aufgaben steht. Wir sind auch der Meinung, daß diese neuen Aufgaben genannt werden sollten. Aber wenn hier z. B. die Frage des Wachstums angesprochen wird, so möchte ich sagen, daß die Frage des Wachstums nicht hier an den Anfang gehört, wo wir über die Wirtschaftsordnung als solche sprechen. Wir sind der Meinung, sie sollte im Rahmen der neuen Ziffer 72 a, wo über das magische Dreieck bzw. Viereck gesprochen wird, abgehandelt werden. Sie werden dafür eine entsprechende Vorlage der Antragskommission vorfinden, wenn jene Ziffer beraten wird. Ich bitte deshalb darum, diesen Antrag hier zurückzuziehen und über diese Frage bei der Ziffer 72 a neu zu verhandeln.

Was speziell den Antrag E 23 der Jungen Union angeht, so möchte ich folgendes sagen: Die neuen Anforderungen begegnen uns aus vielerlei Gründen, und wir könnten jetzt natürlich Ursachenforschung betreiben, welche Gründe es sind, aus denen wir zu neuen Methoden, zu neuen Ordnungen im internationalen Bereich kommen müssen. Ich würde sagen, daß das, was hier im Antrag E 23 auf Seite 225 dazu festgestellt wird, eine relativ verengende Sicht ist: Aushöhlung des Wettbewerbs, Konzentration von Einkommen und Vermögen, Belastung der Umwelt sowie Bewältigung des Strukturwandels und der Beschäftigungsrisiken. Vielmehr handelt es sich hier um Entwicklungen, die einen sehr viel weiteren Rahmen haben. Sie sollten aus diesem Grunde nicht so rückwärts gewandt abgehandelt werden; auch bei anderen Bereichen haben wir das ja nicht gemacht.

Die Antragskommission wäre aber bereit, die nach vorne formulierten Gesichtspunkte, welche neuen Probleme zu lösen sind, mit einzufügen, nämlich:

"Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft."

Hier wird das Faktum festgestellt, ohne daß wir jetzt im einzelnen Ursachenstreiterei betreiben. Weiter:

"Diese Anforderungen stellen sich uns weltweit in der zunehmenden internationalen Verflechtung unserer Volkswirtschaft."

Wir wollen jetzt aber auf die Einzelaufzählung - Umwelt, Rohstoffe usw. - verzichten, weil wir das an zwei anderen Stellen bereits gebracht haben oder noch bringen werden. Weiter sollte es heißen:

"Auch die Bedürfnisse entwickeln sich fort. Die Menschen brauchen heute mehr und anderes, um zufrieden zu sein. Sie beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum

läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnvolle Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist."

Ich glaube, damit ist genau das ausgedrückt, was nach vorne gesehen eine zusätzliche Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft ist. Ich würde Sie bitten, dieser Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Zunächst hat Herr Dr. Burghaus das Wort.

Dr. Hermann-Josef Burghaus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Schwarz-Schilling hat für die Antragskommission genau die Gründe vorgetragen, weshalb ich den Antrag auf Streichung gestellt habe. Es ist in der Tat so, daß unsere Wirtschaftsordnung die Aufgabe hat, Wohlstand zu schaffen. Lassen wir uns doch nicht von linken Ideologen klarmachen, daß Wohlstand eine Schande sein kann, so daß wir eine Aussage dazu in ein Grundsatzprogramm hineinnehmen müßten. Das ist doch eigentlich nicht notwendig, und das sollten wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Ich bitte deshalb nochmals, diese Ziffer unter Streichung jener vier Worte anzunehmen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Wissmann.

Mathias Wissmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will nicht auf den Punkt eingehen, den Kollege Dr. Burghaus angesprochen hat, sondern noch einmal - nur um der Klarstellung willen - zum Antrag E 23 der Jungen Union auf Seite 225 etwas sagen. Ich möchte noch einmal ganz kurz die Zielsetzung dieses Antrags erläutern.

Herr Dr. Schwarz-Schilling, es geht uns dabei nicht um unterschiedliche Zielsetzungen, sondern um den Gedanken, der bereits im Sozialkapitel verwirklicht ist, daß wir nämlich, um überhaupt in der Lage zu sein, eine Therapie für die wirtschafts- politischen Probleme zu entwickeln, in einem kurzen Aufriß eine Analyse vorhandener Problemstellungen darlegen. Wenn wir in diesem Antrag sagen, die CDU werde sich nicht mit dem Hinweis auf erzielte Erfolge begnügen, sondern alles tun, um diesen Anforderungen, die vorher beschrieben sind, gerecht zu werden, dann sagen wir dies unter anderem aus der Kenntnis der Auseinandersetzungen in der jungen Generation über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, wo ja gerade immer wieder gesagt wird, und zwar fälschlicherweise, Marktwirtschaft sei ein statisches System und deswegen bedürfe man neuer Gesellschaftsordnungen, um die Probleme der Zukunft zu meistern, während wir hier sagen, wir kennen sehr wohl die systemimmanenten Probleme auch der Marktwirtschaft, aber wir wollen in der Erkenntnis der Probleme die Methoden entwickeln, um innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft die Zukunft der Menschen im Bereich des Wettbewerbs, im Bereich der Eigentumpolitik, in anderen Bereichen der Politik zu entwickeln. Was wir im Sozialkapitel gemacht haben, nämlich

einen ehrlichen Problemaufriß, das sollte auch im Wirtschaftskapitel möglich ein.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, es ist doch so, daß wir in wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik bereits Therapien entwickelt haben. Lassen wir uns doch nicht suggerieren, wir seien die einzigen, die nicht über die Zukunft der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Bescheid wüßten. Machen wir doch deutlich, daß wir in der Wettbewerbspolitik, in der Eigentumspolitik, in der Strukturpolitik zu offensiven Lösungen bereit sind. Dazu bietet dieser Antrag den Einstieg, und deswegen bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben bei dieser Ziffer 62 über drei Anträge abzustimmen. Ich bitte das zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Es geht um den Vorschlag der Antragskommission, wie er auf den Seiten 243 und 244 abgedruckt ist. Es geht dann zweitens um die Beschlußempfehlung zu Antrag E 1115 auf der Tischvorlage, die Ihnen vorliegt. Es geht drittens um den Zusatzantrag der Jungen Union E 23, der als Ziffer 62 a in das Programm eingefügt werden soll. Dies, damit zunächst das Verfahren klar ist.

Ich lasse abstimmen über Ziffer 62, die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 243 und 244. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Bitte die Gegenprobe. - Meine Damen und Herren, ich bitte die Abstimmung zu wiederholen, es ist nicht ganz eindeutig. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, es sind keine Alternativanträge.

(Widerspruch)

- Bitte, zur Geschäftsordnung .

Dr. Hermann Josef Burghaus: Herr Vorsitzender, ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet. Es ist doch eine Alternative. Es geht um die Alternative, die vier Worte zu streichen.

(Beifall)

Begreifen Sie das doch endlich.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Präsidium ist der gleichen Meinung.

Meine Damen und Herren, ich lasse noch einmal über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 243/244 abstimmen. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Jetzt ist es eindeutig, jetzt war es die Mehrheit.

Ich lasse jetzt über den Antrag E 167 abstimmen. Wer für die Annahme des Antrages E 167 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Bitte die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Stimm-enthaltenungen? - keine. Der Antrag E 167 ist angenommen.

Dieser Antrag betrifft nur einen Teil des zweiten Absatzes, nämlich die Sätze 1 und 2. Ich lasse jetzt im übrigen über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 243/244 abstimmen. Wer im übrigen für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Bitte die

Gegenprobe. - Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag im Übrigen angenommen.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt abstimmen über die Empfehlung auf dem Antrag E 1115, und zwar die Empfehlung der Antragskommission. Nach der Empfehlung der Antragskommission soll dies nach Ziffer 72 als neue Ziffer 72 a aufgenommen werden. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Bitte die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einige. Damit ist der Antrag so angenommen.

Das ist jetzt 72 a. Ich habe vorweg über diesen Zusatzantrag abstimmen lassen. Er wird nach Ziffer 72 ins Programm aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Antrag E 23 der Jungen Union auf. Nach dem Vortrag von Herrn Schwarz-Schilling sind wir der Auffassung, daß der Antrag der Jungen Union E 23 der weitergehende ist. Ich lasse deshalb über den Antrag E 23 wie er in der Vorlage ausgedrückt ist, abstimmen. Wer für diesen Antrag der Jungen Union ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Bitte die Gegenprobe. - Eine Reihe von Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen. Das erste war also die Mehrheit: der Antrag E 23 der Jungen Union ist angenommen. Er folgt als Ziffer 62 a im Programm.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Ziffer 63 auf Seite 249 auf.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse deshalb über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Bitte die Gegenprobe. - Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe dann Ziffer 64 auf Seite 252 auf. Hier liegen zwei Wortmeldungen vor. Zunächst Herr Klapheck, dann Herr Brunstein.

Helmut Klapheck: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen E 266 und E 267 der Jungen Union, bei denen es um die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen und Umweltschutz und Rohstoffknappheit auf der anderen Seite geht. Wir meinen, daß ein Grundsatzprogramm auch klar sagen muß, wo verschiedene gleichberechtigte Ziele zueinander in Konkurrenz treten können und wie dann dieser Widerstreit zu lösen ist, entweder durch eine eindeutige Prioritätsentscheidung oder durch Kompromiß, wobei dann aber gesagt werden muß, in welchem Maße einige politische Ziele zurückgestellt werden müssen. Es geht aber doch nicht an, daß man solche mögliche Konkurrenz von politischen Zielen einfach wegdefiniert, indem man eben sagt, alles sei zugleich machbar. Ich meine, man kann nicht so ohne weiteres sagen, Wachstum auf der einen und Rohstoffschonung und Umweltschutz auf der anderen Seite seien problemlos miteinander zu verknüpfen. Wir wissen doch alle, daß Umweltschutz Investitionen und Produktion verteuert. Wir erfahren doch alle auch in der Landespolitik, daß es mancherorts, besonders in den Ballungszentren, schwierig geworden ist, neue Standorte für neue Industrien auszuweisen oder auch nur neue Verkehrswege zu bauen. Denken Sie doch nur an den Bau der Eisenbahnschnellstrecke Mannheim - Stuttgart oder daran, daß es kaum noch möglich ist, im Ruhrrevier einen Standort für ein Kohlekraftwerk auszuweisen.

Deshalb schlägt die Junge Union vor, im Prinzip klar zu sagen, daß wir an neues Wachstum und neue Technologie die Anforderung stellen müssen, daß die natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens, Umwelt und Rohstoffe, sehr viel besser zu schonen als bisher, Eingang finden müsse bei der Frage, wie wir unsere künftige Wirtschaftsstruktur zu gestalten haben, und zwar einmal im Interesse unserer eigenen Lebensgrundlagen, zum anderen aber auch in Verantwortung vor der Dritten Welt, die einen gewaltigen Nachholbedarf an Industrialisierung hat. Das kostet Geld und Zeit und verlangt von den Menschen in den Industrienationen, ihre Lebensweise in manchem zu ändern. Auf diese Gesichtspunkte hat ja sehr ausführlich auch der Bundesparteivorsitzende in seiner Rede hingewiesen. Ich meine, es wäre ein Stück Redlichkeit, dies auch im Grundsatzprogramm deutlich zu sagen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Herr Klapheck, ich darf zunächst einmal zum Verständnis folgendes klären. Was Sie jetzt gesagt haben, gehört zu dem zweiten Kapitel unter der Ziffer 64, zum Thema Wirtschaftspolitik. Ich bitte um Verständnis, daß ich das erst nachher zur Abstimmung stelle. Das steht hier leider nicht drauf. Einverstanden? Ich will das nur klarstellen.

Ich darf jetzt zunächst Herrn Brunstein das Wort geben. Bitte schön!

Josef Brunstein, Bad Sassendorf: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kreisverband Soest hat Ihnen mit dem Antrag E 242 vorgeschlagen, den ersten Absatz der Ziffer 62 ersatzlos zu streichen. Ich darf das vielleicht kurz wie folgt begründen.

Der erste Satz enthält nach unserer Überzeugung schlicht eine falsche Feststellung. Denn nicht immer müssen politische Fehlentscheidungen zu den hier genannten Auswirkungen, zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation, führen. So wäre beispielsweise die Entscheidung zu einer ungehemmten Rüstung, die wir alle sicherlich nicht wollen, eine politische Fehlentscheidung, sie hätte aber genau die entgegengesetzte Wirkung, als es hier ausgedrückt ist. Wir sind der Meinung, eine solche falsche Feststellung kann im Grundsatzprogramm einfach nicht stehenbleiben.

Zu den übrigen Formulierungen sind wir der Meinung, daß es sich nicht so sehr um eine Grundsatzaussage handelt, sondern um einen Seitenhieb gegen den politischen Gegner. Es stellt sich die Frage, ob man in einem Grundsatzprogramm nicht mehr Wert auf die Festlegung und Beschreibung des eigenen Standpunkts legen und hierauf verzichten sollte. Wir meinen, das sei eine Angelegenheit der tagespolitischen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Mindestens meinten wir aber - das ist allerdings nicht Gegenstand unseres Antrags -, daß man Inflation und Stagnation als Ergebnisse einer Politik bezeichnen sollte, die den Weg der Sozialen Marktwirtschaft verläßt.

Ich möchte herzlich bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich habe jetzt zu der Ziffer 64, und zwar zu dem Vorschlag der Antragskommission auf der Seite 252, keine weiteren Wortmeldungen. Ich gebe das Wort der Antragskommission, Herrn Schwarz-Schilling. Bitte schön!

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ziffer 64 hat, erstmalig im Programm der Union, gerade das Anliegen, das auch von Hans Katzer immer wieder geltend gemacht wurde: den Zusammenhang von Wirtschaftsordnung und Sozialordnung darzustellen. Hier haben wir also zum erstenmal diesen Gesichtspunkt der Geltung der Ordnungspolitik für den gesamten Bereich unter dem Kapitel der Sozialen Marktwirtschaft. Die Interdependenz der Bereiche ist ja von der Sache her unabweisbar und muß daher auch zu entsprechenden politischen Entscheidungen führen. Dieser Gesichtspunkt wurde hier erstmals durchgehalten.

Im zweiten Absatz heißt es:

"Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig."

Ja, meine lieben Freunde, was haben wir denn die ganzen Monate und Jahre hindurch erlebt? - Daß man eine Sozialpolitik nicht mehr durchführen kann, weil man keine vernünftige Wirtschaftspolitik betriebe hat! Das müssen wir hier doch einmal mit Deutlichkeit aussprechen.

(Beifall)

Auch der erste Absatz ist ein klares Bekenntnis, daß es sich hier um politische Entscheidungen handelt und daß nicht etwa die große Weltentwicklung alles, quasi wie ein Gesetz des Weltgeistes, über unser Land gebracht hat. Hier sind Fehlentscheidungen getroffen worden, die zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation geführt haben. Wir müssen einmal deutlich sagen, daß der Mensch in der Lage ist, Fehlentscheidungen zu treffen, daß man also achtgeben muß, daß er von der Sozialen Marktwirtschaft nicht abweicht.

Ich möchte Sie also ganz besonders dringend darum bitten, gerade dieser Ziffer 64 ganz im Sinne der Antragskommission und des Bundesvorstandes zu folgen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse jetzt über die Ziffer 64, Empfehlung der Antragskommission auf Seite 254, abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Bitte die Gegenprobe! - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Bitte die Stimmenthaltungen! - Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt das Kapitel Wirtschaftspolitik auf, Seite 255. Es geht zunächst um den Vorspann zu der Ziffer 65. Wir hatten dazu bereits eine Wortmeldung von Herrn Klapheck. Ich darf aber zunächst der Antragskommission, Herrn Dr. Riesenhuber, das Wort geben.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Klärung der Geschäftslage wollen wir folgendes vorschlagen: Die Anträge des Bundesvorstandes der Jungen Union E 266 und E 267 sind an sich zu Ziffer 64 aufzurufen. Dort passen sie aber - ich sage das nach Abstimmung mit dem Antragsteller - nicht hin; sie gehören zu der Ziffer 72 a, die soeben als Antrag angenommen worden ist. Wir können nur so vorgehen, daß wir die Anträge als Ergänzungsanträge zu der Ziffer 72 a behandeln. Ich bitte genauso vorzugehen. Hierzu



liegen Wortmeldungen vor. Damit können wir auch dem Petikum des Herrn Klapheck, der, entsprechend dem Ausdruck im Antragsbuch, zu Ziffer 64 gesprochen hat, nachkommen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Darf ich Herrn Klapheck fragen, ob er damit einverstanden ist. - Ja. Dann erübrigt sich eine Abstimmung über diese Frage.

Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 255 und 256 abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission auf den beiden Seiten in der Neufassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Bitte die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Bitte die Stimmenthaltungen! - Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 65, Seite 259, auf. Ich habe eine Wortmeldung. Herr Hasinger, bitte schön.

Albrecht Hasinger, Leverkusen: Herr Präsident, ich wollte eigentlich nicht zu der Ziffer 65 sprechen, sondern zu der soeben bereits beschlossenen Ziffer 70 a.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Herr Hasinger, das ist jetzt an sich vorbei. Darf ich folgende vorschlagen. Wir haben beschlossen, das als Ergänzung zu der Ziffer 72 a aufzunehmen. Sie können das Thema dann bei der Behandlung der Ziffer 72 a noch einmal aufgreifen. Ich sehe im Augenblick keine Möglichkeit, Ihre Wortmeldung zuzulassen. Ich bitte dafür um Verständnis. Einverstanden? - Vielen Dank.

Dann habe ich keine Wortmeldung mehr zu Ziffer 65 vorliegen. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 259 und 260. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Bitte die Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist die Empfehlung angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 66, Seite 263, auf. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Wiesmann.

Gerd Wiesmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 66 heißt der vorletzte Satz:

"Wer Leistung verweigert, obwohl er leisten könnte, handelt unsozial."

Das wird hier sicher jeder so unterstützen. Welche Folgerung wird aber im nächsten Satz daraus gezogen? Dort heißt es:

"Durch Leistungsverweigerung darf niemand besser gestellt werden als durch Leistung."

Ich halte das zunächst für eine Selbstverständlichkeit. Dieser Satz läßt aber auch zu, daß jemand, der Leistung verweigert, durchaus noch dem, der Leistung erbringt, gleichgestellt wird. Eine solche Konsequenz als Möglichkeit halte ich für verhängnisvoll.

Heute morgen haben wir in der neuen Ziffer 29 beschlossen:

"Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Gerechtigkeit schließt die Anerkennung persönlicher Anstrengung und Leistung ein."

In diesem Sinne sollten wir auch in Ziffer 66 die Leistung ausdrücklich anerkennen.

Ich bitte Sie also, dem Antrag E 301 des Kreisverbandes Borken

mit einer kleinen Änderung zu folgen. Das bedeutet Streichung des letzten Satzes aus dem Antrag E 296 des Bundesvorstandes und statt dessen Anfügung des Satzes:

"Wer Leistung erbringt, muß..." - und jetzt sollen die Worte "in jedem Fall" weggelassen werden - "... besser gestellt werden als derjenige, der Leistung verweigert".

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wiesmann. Das Wort hat für die Antragskommission Herr Vogt.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, es bei der Empfehlung der Antragskommission zu belassen. Das hat einen einfachen Grund. Im Auftrag des Bundesvorstandes ist eine oberste Markierungslinie enthalten. Die Fälle, die der Vorredner, welcher den Antrag Borken begründet hat, anspricht, müßten, wenn es Sinn haben soll, doch in einzelnen Leistungsgesetzen erst einmal konkret definiert werden. Ich glaube, daß wir es bei der, ich will mal sagen, obersten Verteidigungslinie belassen sollten. Deshalb spreche ich mich für die Empfehlung der Antragskommission aus.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, die auf Seite 263 ausgedruckt ist. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Das zweite ist die Mehrheit. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission nicht entsprochen.

(Beifall)

Ich lasse über den Antrag E 301 auf der gleichen Seite in der veränderten Fassung abstimmen. Wer für den Antrag E 301 in der veränderten Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt über Ziffer 66 in der veränderten Form abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 67 mit den Anträgen auf den Seiten ab 266 auf.

Zu Ziffer 67 liegt Ihnen eine neue Tischvorlage vor. Darin geht es um folgendes: In der Empfehlung der Antragskommission soll im zweiten Absatz nach dem zweiten Satz an der Stelle "weil der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital für kleinere schwierig ist" ein Einschub erfolgen. Den Einschub finden Sie auf der Tischvorlage unterstrichen vor. Der Satz beginnt mit "Staatliche Hilfen". - Das Wort hat zunächst Herr Jungen, danach Herr Hasselmann.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Antrag für eine neue Formulierung der Ziffer 67 vor. Dort soll eingefügt werden:

"Staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen haben den Grundsatz zu berücksichtigen, daß die Marktpositionen von mittelständischen Unternehmen dadurch nicht beeinträchtigt werden".

Meine Damen und Herren, der Ergänzungsantrag ist nicht zuletzt aus einem aktuellen Anlaß entstanden. Ich will auf die Einzelheiten dieses aktuellen Anlasses, der eine ordnungspolitische Bedeutung hat, hier nicht im einzelnen eingehen. Staatliche Hilfen sind generell ein ordnungspolitisches Problem. Auch die CDU ist häufig nicht frei gewesen von dem Hang zu interventionistischen Einzeleingriffen, die generell wahrscheinlich auch nur zu vermeiden sind, wenn wir an die reine Lehre glauben. Aber der akute Anlaß ist insbesondere das Problem, daß mittelständische Unternehmen aus vielen Gründen keinen so einfachen Marktzugang haben - nicht zuletzt keinen so leichten Zugang zu Kapital und Eigenkapital - wie große Unternehmen.

Hier haben wir uns mit der generellen Frage zu befassen: Soll der Staat Verluste oder Risiken, die privatwirtschaftlicher Natur sind, übernehmen, insbesondere dann - wie das bei großen Unternehmen häufiger der Fall ist -, wenn dies geeignet ist, den Wettbewerb zu vielen kleineren und mittleren Unternehmen zu gefährden? Ich meine, daß wir uns mit dieser Frage, die ja nicht ganz neu ist, aber uns möglicherweise in Zukunft noch häufiger befassen wird, in der Tat prinzipiell auseinanderzusetzen haben.

Eigentlich ist die Subvention oder auch die Unterstützung eines einzelnen Unternehmens, insbesondere wenn es sich um ein größeres Unternehmen handelt, nichts anderes als die Umkehrung einer investitionslenkenden Maßnahme, die wir aus prinzipiellen Gründen richtigerweise ablehnen.

Wenn wir aber solche Maßnahmen ablehnen, dann darf der Staat auch nicht nachträglich eine Fehlinvestition oder möglicherweise schlechtes Management dadurch honorieren, daß er selber in das Risiko eintritt. Damit schaden wir unserem Wirtschaftssystem, damit schaden wir den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, und wir werden ungläubwürdig, wenn damit Verluste gerade bei größeren Unternehmen Angelegenheit des Staates, die Verluste kleiner Unternehmen aber Privatsache werden oder sonst Gewinne überhaupt eine Privatangelegenheit bleiben, während der Verlust quasi sozialisiert wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, daß diejenigen, die jetzt Beifall geklatscht haben, auch zu dem Beifall klatschen, was ich gleich sagen werde; dann können wir uns sehr leicht verstehen.

Man muß sich die Frage vorlegen: Wie ist es zu solchen Situationen gekommen? Sie sind nicht zuletzt dadurch gekommen, wie wir es auch an anderer Stelle im Grundsatzprogramm lesen können, daß die Risiken gestiegen sind, aber die Fähigkeit, Risiken zu tragen, abgenommen hat. Eine Gesellschaft, die geglaubt hat, sie könne die Lebensrisiken allgemein verschwinden lassen, hat einen privatwirtschaftlichen Sektor, die Unternehmen, die allein noch in diesem Risiko leben. Wir müssen uns fragen, ob eine Gesellschaft mit einem marktwirtschaftlichen System noch bestehen kann, wenn sie von den Unternehmen nur das Risiko fordert, aber nicht bereit ist, dafür auch eine Prämie zu gewähren, nämlich einen ausreichenden Gewinn.

(Beifall)

Der Gewinn ist aber nicht nur eine Risikoprämie, sondern auch ein Steuerungsinstrument; denn er signalisiert richtiges ökonomisches Verhalten. Gewinne sind also Anzeichen dafür, daß Produktionsfaktoren richtig kombiniert worden sind, daß ökonomisch richtig gehandelt worden ist, und haben insofern auch eine gesellschaftliche Funktion. Eine Soziale Marktwirtschaft aber, die den Gewinn verliert und ihn nicht mehr an die Stelle setzt, die ihm gebührt, wird keine Marktwirtschaft mehr sein. Sie wird auch nicht mehr die soziale Funktion erbringen können, die wir ihr in so hohem Maße mit Recht zuschreiben.

Die Verkennung dieser einfachen Tatsachen hat zu den Entwicklungen geführt, bei denen einzelne Staatseingriffe provoziert worden sind, die natürlich nur eine Scheinlösung darstellen können, und zwar deshalb, weil das Problem nur verlagert wird. In Wirklichkeit wird hier ja der Konflikt "Arbeitsplatz gegen Arbeitsplatz" ausgetragen, weil dann Arbeitsplätze insbesondere in mittleren Unternehmen verschwinden werden.

(Beifall)

Deshalb sollten wir uns mit dieser Frage auch außerhalb der heutigen Diskussion prinzipiell befassen, weil wir wieder eine Wirtschaftspolitik haben müssen, die es überflüssig macht, daß derartige Einzelentscheidungen getroffen werden müssen, bei denen der Wirtschaftspolitiker in eine Ecke gedrängt wird und im Konflikt zwischen dem Verlust eines Arbeitsplatzes an der einen Stelle und dem Verlust des Arbeitsplatzes in einem anderen Unternehmen entscheiden muß. Ganz besonders schlimm wird es, wenn es um die Konkurrenz zwischen Arbeitsplätzen in größeren Unternehmen und solchen in kleineren Unternehmen geht.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde haben wir allen Anlaß, nicht nur diese Ergänzung zu akzeptieren, sondern auch zu überlegen, wie wir in der Zukunft verhindern können, daß verantwortliche Wirtschaftspolitiker unserer Partei in die Lage kommen und gezwungen werden, eine solche Entscheidung zu treffen, die ja nicht durch sie selber herbeigeführt wird, sondern die durch die Umstände in einer Gesellschaft herbeigeführt wird, die dem Gewinn nicht mehr den Platz einräumt, den er in einer Marktwirtschaft braucht, ohne den diese Marktwirtschaft mehr ist und die schon gar nicht, wie eben gesagt, ihre soziale Funktion erfüllen kann.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jungen. Jetzt hat Herr Hasselmann das Wort. Ihm folgt Herr Dr. Huck.

Wilfried Hasselmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die neue Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 67 und die Einfügung einer neuen Ziffer 67 a ausdrücklich begrüßen und der Antragskommission dafür Dank sagen. Ich meine, daß es uns darum gehen muß, möglichst viele Existenzen zu sichern. Diesbezügliche Passagen werden von unseren Malermeistern, Handwerksmeistern, überhaupt von dem ganzen Handwerk, von dem Mittelstand, den Einzelhändlern und vielen anderen mit besonders großem Interesse gelesen. Wir müssen uns diesem Personenkreis widmen, weil wir hier unter gar keinen Umständen Freiräume schaffen dürfen, in die Herr Fredersdorf oder andere -

wie immer sie heißen mögen - eindringen können. Wir müssen diesen Personenkreis bei uns behalten.

(Zustimmung)

Insofern ist die neue Empfehlung zu Ziffer 67, wie ich meine, zu begrüßen.

Wir sprachen vom Recht auf Arbeit. Wir müssen auch vom Recht auf Selbständigkeit sprechen können. Ich will dies jetzt gar nicht im einzelnen formulieren. Wie die 10 000 Konkurse der letzten Jahre die andere Seite der Medaille, wenn es um die Arbeitslosigkeit geht, sind, so ist auch das Recht auf Selbständigkeit komplementär zum Recht auf Arbeit. Ich möchte diesbezüglich einen Vorschlag unterbreiten, den ich zu unterstützen bitte, wenn Sie sich damit identifizieren können. Mir sind alle jetzt zur Annahme vorgeschlagenen Ziffern - die Ziffern 67, 67 a und 67 b - eigentlich noch zu defensiv. Wir müssen, wie ich meine, dringlich zum Ausdruck bringen - die Lösung dieses Problems wird meines Erachtens immer dringlicher -, daß jungen und risikobereiten Menschen der Weg in die Selbständigkeit erleichtert werden muß. Es macht mir Sorgen, daß man draußen bei unseren Veranstaltungen in den Diskussionen zu häufig das Wort hört: Wenn ich aufgabe, geht es mir besser. Wenn sich das herumspricht und weiter um sich greift, müssen wir mit aller Energie sagen, daß unser System Unselbständigkeit nicht prämiieren darf.

(Beifall)

Von dieser Seite her bitte ich das Thema noch einmal zu überdenken. Meine Anregung gegenüber der Antragskommission lautet schlicht und einfach, an irgendeiner Stelle - vielleicht in Ziffer 67 a - eine Formulierung des Inhalts anzuschließen, daß jungen und risikobereiten Menschen der Weg in die Selbständigkeit erleichtert werden sollte. Vielleicht hätte ich dies im Zusammenhang mit Ziffer 50 sagen sollen. Dort findet sich schon ein Hinweis in dieser Richtung. Dies paßt aber genau in die jetzt behandelten Ziffern hinein. Es wäre gut, wenn die Antragskommission und/oder der Redaktionsausschuß, von dem Heiner Geißler gesprochen hat, dabei bedächten, daß die Formulierung den positiven Slang bekommen sollte, der geradezu ermutigt, das Risiko der Selbständigkeit auf sich zu nehmen, damit wir den jungen Leuten gegenüber deutlich machen können, wie wir zu den Dingen stehen, wenn sie danach fragen. Unsere Partei hat, wie ich meine, besonders das Recht, nein, die Pflicht, schützend die Hand über diese risikobereiten Menschen zu halten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns helfen könnten.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasselmann.

Die Wortmeldung von Herrn Dr. Huck hat sich, wie ich soeben höre, erledigt.

Zur Geschäftslage möchte ich nun folgendes mitteilen. Aus der Ziffer 67 sollen nunmehr drei Ziffern werden. Sie finden sie in der neuen Tischvorlage. Sie finden in dieser Vorlage zunächst die neue Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 67. Die vorgeschlagene Ergänzung ist durch Unterstreichung kenntlich gemacht worden.

Es gibt sodann eine neue Ziffer 67 a. Sie entspricht dem zwei-

ten Absatz der ursprünglichen Ziffer 67. Die Ergänzung ist wiederum durch Unterstreichung kenntlich gemacht. Die neue Ziffer 67 b entspricht im Wortlaut der auf Seite 267 am Rande ausgedruckten Empfehlung der Antragskommission für eine Ziffer 67 a. Auf Grund der Einfügung der eben erwähnten neuen Ziffer 67 a wird der vorgeschlagene Text zu Ziffer 67 b. Ich gebe nun dem Sprecher der Antragskommission das Wort.

Bitte schön, Herr Vogt.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident, die Antragskommission möchte die Anregung von Herrn Hasselmann aufgreifen. Ich verweise hierzu auf Antrag E 369 auf Seite 276 der Vorlage. Aus diesem Antrag soll aus dem dritten Absatz der zweite Satz aufgenommen werden, der folgenden Wortlaut hat: "Wie keine andere Marktform bietet die Soziale Marktwirtschaft leistungs- bewußten und risikobereiten jungen Menschen die Chance zur Selbständigkeit." Dieser Satz soll in die neue Ziffer 67 a als vorletzter Satz eingefügt werden. Die Antragskommission bittet um Zustimmung zu dem soeben erläuterten Text.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich lasse zuerst über den Zusatzantrag auf Übernahme des eben verlesenen Satzes aus Antrag E 369 in die neue Ziffer 67 a in der Fassung der Tischvorlage abstimmen. Wer diesem Antrag von Herrn Hasselmann, der eben durch die Antragskommission ergänzt wurde, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Dann ist es einstimmig so beschlossen. Damit ist die Ergänzung vorgenommen worden. Ich lasse nun über die Tischvorlage zu Ziffer 67 - sie enthält die genannte Erweiterung um die Ziffern 67 a und 67 b - abstimmen, Ich lasse in einem Wahlgang über alle drei Ziffern abstimmen, weil es sich um eine Vorlage handelt. Ich glaube, daß das möglich ist. Es vereinfacht auch unser Verfahren. Wer dieser Tischvorlage zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

( V o r s i t z : Dr. Horst Waffenschmidt)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt die Ziffer 68 auf. Dazu gehören die Anträge E 371 bis E 419. Zu dieser Ziffer liegen mehrere Wortmeldungen vor. Zum Antrag E 395 will Herr Sauer, Landesverband Westfalen-Lippe, sprechen. Er hat das Wort.

Hans Gerhard Sauer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Parteifreunde! Lassen Sie mich zunächst ein Wort dazu sagen, daß dieser Parteitag voller Leben steckt. Wir haben es vorhin bei dem Beitrag aus Niedersachsen erfahren. Diese Beiträge tragen zur Belebung unserer demokratischen Partei bei - ganz im Gegensatz zu anderem.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber jetzt einige verbale Irrläufer, die im Laufe des Tages von diesem Podium gekommen sind, kritisieren.

Für mich ist es unmöglich, von demokratischem Sozialismus zu sprechen. Für mich gibt es keinen demokratischen Sozialismus.

(Beifall)

Verschiedentlich wurden Gleichheit und Gerechtigkeit ins Spiel gebracht. Für mich gibt es in einem sozialistischen Staat keine Gerechtigkeit und in einem demokratischen Staat unserer Prägung keine Gleichheit.

Zu unserem Antrag zu Ziffer 68, der zusammen mit verschiedenen Anträgen, dem Antrag E 374 der CDU in Niedersachsen, dem Antrag E 380 des Kreisverbandes Bochum, dem Antrag E 390 des Kreisverbandes Hildesheim-Stadt, dem Antrag E 418 des Bundesvorstandes der Jungen Union und dem Antrag E 419 des Bundesvorstandes der Mittelstandvereinigung, behandelt wird: Herr Stoltenberg hat zu diesem Antrag sehr treffend gesagt, daß die tragende Vorstellung die sein muß, daß in unserer Gesellschaft Gewinne erarbeitet werden. Er hat sehr treffend die Risikobereitschaft herausgehoben.

Helmut Kohl bat darum, sich bei der Abfassung der einzelnen Formulierungen der Muttersprache zu bedienen.

Ich komme hier auf unser Anliegen zurück. Der Märkische Kreis bittet in einem Nachtrag zu seinem Antrag E 395 um eine Einsetzung im Fettgedruckten auf Seite 277, rechts. Dort soll folgender Satz eingesetzt werden, der eigentlich selbstverständlich sein sollte:

"Diese Freiheit ist mit dem Risiko verbunden, erarbeitetes Eigentum zu verlieren."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dieses Risiko besteht, wird von weiten Kreisen nicht verstanden.

Die Ziffern 68 und 69 bzw. die vorhergehenden Ziffer gehen weitläufig ineinander über. Lassen Sie mich deshalb sagen, daß der Unterschied zwischen der freien Sozialen Marktwirtschaft und der sozialistischen Zwangswirtschaft eben darin liegt, daß wir im Mittelstand und überhaupt jeder Selbständige das Risiko zu tragen haben.

Diese Vorstellung bitten wir in die aufgerufene Ziffer einfließen zu lassen. Deshalb bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Nunmehr spricht zu Antrag E 383 Herr Spaleck.

Otto Spaleck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag E 383 des Kreisverbandes Borken sprechen. Dieser Antrag bezieht sich auf den zweiten Absatz des Antrages des Bundesvorstandes, des Antrages E 371, und auf den Schluß dieses Antrages.

Ich möchte hier folgende Änderungen beantragen: Wir wünschen, daß bei dem zweiten Absatz, zweiter Satz, zusätzlich aufgenommen wird, daß der Erwerb von Produktionsmitteln nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ist, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Im Antrag des Bundesvorstandes ist nur von einer "wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit" die Rede. Unseres Erachtens ist das auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, noch vorhandene Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben.

Des weiteren wünschen wir eine Ergänzung der Fassung des Bundesvorstandes um einen Satz am Schluß. Er soll lauten:

"Steuerliche und rechtliche Hindernisse, die einer breiten Streuung des Produktivvermögens noch entgegenstehen, sind zu beseitigen."

Wir begründen diese Erweiterung wie folgt: Eine Absichtserklärung für die breitere Verteilung des Produktivvermögens in Arbeitnehmerhand reicht unseres Erachtens nicht aus. Dies hat die Erfahrung der Vergangenheit gezeigt. Die CDU hat sich schon sehr lange für eine breitere Streuung des Produktivvermögens eingesetzt. Größere Änderungen hat es auf diesem Gebiet aber leider noch nicht gegeben.

Entscheidend für eine Verwirklichung dieses politischen Zieles ist unseres Erachtens eine Beseitigung der weiterhin bestehenden steuerlichen und rechtlichen Hindernisse, die einer breiten Streuung des Produktivvermögens entgegenstehen. Nur, wenn es der CDU im Parlament gelingt, diese Hindernisse abzubauen, werden wir unsere politischen Absichtserklärungen in die Realität umsetzen können.

Ich bitte daher herzlich um Ihre Zustimmung zu dem Antrag E 383 des Kreisverbandes Borken.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt den Antrag E 418, der auch zu diesem Gesamtbereich gehört, auf. Das Wort dazu hat Herr Dr. Huck.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag E 418 auf Seite 286 des Antragsbuches.

Um das vorweg der Antragskommission zu sagen: Wir wären bereit, den Antrag wie folgt zu modifizieren, und zwar zu kürzen: Wir wollen nur folgenden Satz aus dem letzten Absatz unseres Antrages aufrechterhalten:

"Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine soziale Notwendigkeit, um wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen, den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung für die Zukunft zu sichern."

Diesen Satz wollen wir statt des bisherigen Absatzes zwei als Absatz zwei eingefügt wissen. Wir haben also unseren Änderungsantrag gekürzt.

Meine Damen und Herren, ich darf das kurz begründen: Aus der bisherigen Formulierung des Absatzes zwei der Ziffer 68 ist zu entnehmen, daß die Vermögensbildung eine ausschließliche wirtschaftspolitische Maßnahme sei. Uns geht es aber darum, deutlich zu machen, daß wir Vermögenspolitik zugunsten des einzelnen betreiben wollen. Wir fordern hier die Vermögenspolitik im Hinblick auf den Menschen.

Wir hoffen, daß die Antragskommission auf diesen modifizierten Antrag eingehen und unserem Wunsch entsprechen kann.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Vogt für die Antragskommission.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission möchte den Antrag der Jungen



Union in der soeben vorgetragenen veränderten Fassung aufgreifen.

(Beifall)

Wir empfehlen also, folgenden Satz zu übernehmen:

"Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine soziale Notwendigkeit, um wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen, den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung für die Zukunft zu sichern."

Ich kann leider nicht empfehlen, den Antrag des Kreisverbandes Borken aufzugreifen, und zwar nicht deshalb, weil wir ihm sachlich nicht Rechnung tragen wollten, sondern weil zum Abbau der steuerlichen Hemmnisse und gesellschaftsrechtlichen für eine freiwillige betriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligung schon ein Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Bundestag vorliegt. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, Themen aufzugreifen, die schon durch Anträge der Bundestagsfraktion erledigt sind - wenn das leider auch noch nicht Gesetz geworden ist.

Im übrigen spricht der Antrag der Jungen Union auch von der sozialen - das heißt in unserem Verständnis: von der gesellschaftlichen - Notwendigkeit der Bildung von Beteiligungskapital in der Hand der Arbeitnehmer. Deshalb empfiehlt die Antragskommission ihre Fassung mit der von der Jungen Union vorgeschlagenen Veränderung.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Es steht also jetzt ein veränderter Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung, und zwar der Text der Antragskommission auf Seite 277, aber ergänzt um den Satz aus dem Antrag E 418 der Jungen Union: "Die Bildung ... zu sichern". Wer der Empfehlung der Antragskommission - ergänzt um die zusätzliche Initiative der Jungen Union - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Herzlichen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist diese Empfehlung der Antragskommission mit der Ergänzung aus dem Antrag der Jungen Union so angenommen. Damit ist die Ziffer 68 abgehandelt. Wir kommen zur Ziffer 69. Dazu hat Herr Dr. Santo vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

Dr. Lothar Santo: Der Vorschlag der Antragskommission mag in der Sache richtig sein. Man soll an bewährten Formulierungen festhalten. Es wurde aber mehrfach gesagt, daß wir mit dem Programm diskutieren müssen; wir müssen damit zum Parteivolk und zu den Gremien gehen. Hier brauchen wir dann die Formulierung. Deshalb die Frage an die Antragskommission: Werden die Hamburger Parteitagsbeschlüsse im gleichen Heft abgedruckt? Wir können nicht auf einen Text verweisen, der nicht angeheftet ist.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission wünscht noch einmal Herr Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich muß der Anregung des Vorredners nachkommen werden. Selbstverständlich gehört die entsprechende Passage der Hamburger Beschlüsse als Anhang hier zum Grundsatprogramm der CDU.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Damit ist diese Anregung aufgegriffen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 69. Wer dafür stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist die Ziffer 69 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 70 auf. Wir haben dazu eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen, zunächst zu den Anträgen E 461 und E 464.

Zunächst Herr Göhner aus dem Landesverband Westfalen-Lippe.

Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Der Antrag E 464 des Landesverbandes Westfalen-Lippe will die besondere Verantwortung der Tarifparteien für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft herausstellen.

Wir haben gestern in der Diskussion mehrfach betont, daß es notwendig sei, die Zukunftsdimensionen der Politik stärker in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken. Das muß nicht nur für die Politiker, nicht nur für den Gesetzgeber, sondern gerade auch für die Tarifparteien gelten, die ein wesentliches Stück unserer Zukunft in der Hand haben. Sie können verhindern, daß wir weiter in der Gegenwart das konsumieren, was wir für die Zukunft investieren müßten. Das kann z.B. durch die Realisierung der an späterer Stelle unseres Programms zu diskutierenden Forderung geschehen, die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand durch Tarifvertrag zu fördern.

Der Bundesausschuß der CDU hat in diesem Sommer mit seinem Beschluß zu den Zukunftschancen der jungen Generation festgestellt, "daß die CDU in der Wiederherstellung der richtigen Gewichtung der Gegenwart und Zukunft, in der stärkeren Ausrichtung der Interessen und des Handelns der Menschen auf die Zukunft eine zentrale politische Aufgabe sieht". Ich meine, das ist eine Aufgabe, die in besonderem Maße für die Tarifparteien gilt. An dieser Aufgabe werden wir scheitern, wenn nicht die Tarifparteien Verantwortung für die Sicherung der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen, um damit eine Ergänzung des Vorschlages der Antragskommission in diesem Sinne zu erreichen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Als nächster Herr Schauerte, Landesverband Westfalen.

Hartmut Schauerte: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich im gleichen Sinne wie mein Vorredner für diesen Antrag aussprechen. Wir klären hiermit zusätzliche Dinge ab, die der Klärung bedürfen.

Sie alle wissen, daß gerade auch von interessierten gewerkschaftlichen Kreisen der CDU immer wieder unterstellt wird, sie wolle ein Verbändegesetz haben, um über dieses Verbändegesetz die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften zu unterminieren. Mit dieser Formulierung wollen wir deutlich machen, daß dies nicht beabsichtigt ist.

Dieser Ergänzungsantrag hat zwei Elemente. Das eine Element ist - Herr Göhner ist darauf eingegangen -, daß wir hier eine besondere Verantwortung für die Zukunftssicherung sehen. Das andere Element ist folgendes: Wir schreiben ausdrücklich hinein, daß

die Gewerkschaften und die Tarifpartner im Rahmen der von der Verfassung gewährten Autonomie zu handeln haben. Wir binden stärker an, betonen aber die verfassungsmäßig garantierte Autonomie.

Ich meine, diese Klärung ist hilfreich und wird in Zukunft das dumme Gerede von einem angeblichen Verbändegesetz, das in den Köpfen der CDU schweben sollte, vielleicht zum Absterben bringen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Frau Hürland.

Agnes Hürland: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag E 476. Der heute oft feststellbare Monopolanspruch einer Gewerkschaft stört den sozialen Ausgleich und den Betriebsfrieden. Ich erinnere hier auch an die Betriebsratswahlen 1978. Ein Monopol kann nicht zur Stärkung einer Demokratie beitragen. Die pluralistischen Gewerkschaften sind daher für die freie Gesellschaft ein unentbehrlicher Bestandteil.

Ich erinnere daran, daß die Befürworter und Gründer der Einheitsgewerkschaft darunter nicht verstanden haben, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Gewerkschaft sind, sondern daß die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen und Parteien in einer Gewerkschaft sind und durch eine Gewerkschaft vertreten werden. Das ist heute nicht immer gewährleistet.

In der Empfehlung der Antragskommission kommt das Anliegen des Kreisverbandes Recklinghausen - die pluralistischen Gewerkschaften, das Ja der CDU zum Pluralismus innerhalb einer Gewerkschaft oder auch mehrerer Gewerkschaften - nicht zum Ausdruck. Ich beantrage daher, in der Ziffer 70 aufzunehmen: "Wir sind für freie pluralistische Gewerkschaften".

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Jetzt hat das Wort Günter Volmer, Landesverband Westfalen-Lippe.

Günter Volmer: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Der Parteitag hat vorhin einen Antrag angenommen, nach dem als grundlegende Elemente einer sozialen Ordnungspolitik in Ziffer 61 die Begriffe "Pluralismus" und "Minderheitenschutz" verankert werden sollen. Diesen Pluralismus haben wir auch im gewerkschaftlichen Bereich. Gestern, meine Freunde, hat der Parteitag die Repräsentanten von vier verschiedenen, miteinander konkurrierenden Gewerkschaften mit Beifall begrüßt. Wenn Dr. Kohl gestern davon gesprochen hat, daß die Demokratie vom Wechsel lebt, gilt dies auch für den gewerkschaftlichen Bereich. Der Kreisverband Recklinghausen hat mit dem Antrag E 476 eine Neufassung der Ziffer 70 vorgeschlagen. Danach soll es im ersten Satz heißen: "Wir sind für freie konkurrierende Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit." Dieser Antrag wird von mir nachdrücklich unterstützt.

Ich stehe, meine Freunde, zwar als Delegierter hier oben, aber auch als der gestern von Ihnen begrüßte Vorsitzende der christlichen Gewerkschaft. Ich bitte Sie, Ihren Begrüßungsbeifall von gestern heute zu konkretisieren und dem Antrag auf Ergänzung der Ziffer 70, Satz 1 durch das Wort "konkurrierende" vor den Worten "freie Gewerkschaften" zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Herr Pieroth, Landesverband Rheinland-Pfalz. Er will gegen den Antrag E 476 sprechen. Nach ihm hat das Wort unser Freund Schapfel, ebenfalls vom Landesverband Rheinland-Pfalz. Bitte schön, Herr Pieroth.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich spreche gegen den Antrag E 476 und für den Antrag des Bundesvorstandes und zwar aus zwei Gründen. Wir dürfen als Partei nicht die Organisationsform der Arbeitnehmer bestimmen wollen.

(Beifall)

Ich würde mich auch dagegen wehren, wenn eine Partei, auch die CDU, die Organisationsform der Arbeitgebervereinigung würde bestimmen wollen.

(Erneuter Beifall)

Zweitens. Wenn der Antrag angenommen würde, würden wir sagen: Wir sind für konkurrierende Gewerkschaften. Konkurrierende Gewerkschaften - das sind Richtungsgewerkschaften, wie wir sie im süddeutschen Raum, in Frankreich und Belgien haben, oder es sind Fachgewerkschaften, wie wir sie in England und in den skandinavischen Ländern haben. Ich meine, es sollte bei dieser Gelegenheit auch einmal festgehalten werden, daß der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland nach dem verlorenen Krieg und dieses hohe Maß an sozialem Frieden, das wir über viele Jahrzehnte hatten, auch auf die Tatsache der deutschen Einheitsgewerkschaft zurückzuführen sind.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Jetzt hat das Wort unser Freund Franz Schapfel.

Franz Schapfel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat eine Erklärung zu seiner Person abgegeben. Das möchte auch ich tun. Ich bin stellvertretender DGB-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz und bin Landesvorstandmitglied der CDU. Wir waren alle sehr froh, daß sich das Klima zwischen DGB-Gewerkschaften und der CDU verbessert hat, und ich war besonders froh darüber, daß unser Bundesvorsitzender erheblich zu dieser Klimaverbesserung beigetragen hat. Warum sollen wir jetzt wieder sagen: "Wir bejahen eine gewisse Pluralität." Die haben wir doch und wir bejahen freie Gewerkschaften. Ich weiß nicht, was man mit dem Wort "konkurrierende" überhaupt will. Man sollte hier doch bei der Auffassung bleiben, daß Gewerkschaften nach wie vor freiheitliche Organisationen sind und die politischen Parteien über den Organisationsstatus der Gewerkschaften nicht diskutieren sollten. Vielmehr sollten sich die politischen Parteien bemühen, diese Gewerkschaften in dem Sinne zu beeinflussen, daß ihre Politik dort umgesetzt werden kann.

Ich bitte Sie, das zu unterstützen, was die Antragskommission empfohlen hat.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde! Jeder spürt: Das ist einer jener für die Partei kritischen Punkte. Und deshalb haben Sie einen Anspruch darauf, meine Meinung zu erfahren.

Wir sind als Partei immer eingetreten - und ich kann keinen Grund erkennen. diese Haltung hier zu ändern - für freie Gewerkschaft e n .

(Beifall)

Ich habe zu keinem Zeitpunkt als Parteivorsitzender etwa eine Priorität deutlich werden lassen. Im Gegenteil. Sie werden sich daran erinnern, daß es vor ein, zwei Jahren im Blick auf den DGB und die DAG eine Diskussion gegeben hat, in der ich klar und deutlich erklärt habe: Wir sind für den Pluralismus der Gesellschaft in allen Bereichen. Das heißt selbstverständlich, daß wir auch dafür sind, daß die Arbeitnehmer ein Angebot an Gewerkschaften haben und daß sie allein darüber entscheiden, wie stark eine Gewerkschaft ist. Deswegen finden sich bei jetzt bald 700 000 Mitgliedern in unseren eigenen Reihen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglieder der DAG, Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, Mitglieder des Beamtenbundes - das ist eine echte konkurrierende Gewerkschaft in einem bestimmten Sektor, nicht der Tarifpolitik, aber der Lohn- und Gehaltspolitik im weitesten Sinne des Wortes -, und ich kann uns nur dringend raten, dafür zu sorgen, daß das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall)

Ich mache gar kein Hehl daraus - das sage ich gerade zu unserem Freund Volmer -, daß die Partei - ich nehme mich hier nicht aus; es war oft gar nicht böser Wille; wir haben bei dieser oder jener Veranstaltung darüber gesprochen; auf diesem Parteitag haben wir versucht, es gut zu machen, und Sie haben es uns gerade freundlicherweise bestätigt - bei der öffentlichen Darstellung nicht immer so ganz richtig gehandelt hat. Wir haben auch dazugelernt.

Nur, meine Damen und Herren, freie Gewerkschaften - das ist ein Stück Freiheit unserer Gesellschaft und unserer Bürger, da steckt doch selbstverständlich Konkurrenz darin. Wenn wir jetzt die vom Bundesvorstand beantragte Formulierung verändern, wird doch in die Formulierung etwas hineingelegt, was der Parteitag mit Sicherheit gar nicht will. Wir wollen echte Konkurrenz unter konkurrierenden Gewerkschaften, und wir wollen keine Diffamierungsklausel. Wir werden uns - dies sage ich unumwunden, ohne jetzt gefragt zu sein - im Falle einer Regierungsübernahme sehr wohl zu überlegen haben, ob nicht bestimmte Diskriminierungen von Minderheiten bei Betriebsratswahlen, über die wir seit Jahr und Tag klagen - ich kann hier aus meiner Ludwigshafener Heimat davon ein besonderes Lied singen -, beseitigt werden müssen. Nur, dazu brauche ich eine parlamentarische Mehrheit; das ist leider nicht durch einen Beschluß eines CDU-Parteitages zu erreichen.

Ich rate aber dringend - und ich bitte die Freunde, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, das zu bedenken - zur Annahme der vom Bundesvorstand beantragten Fassung, weil diese ganz klar und ganz einsichtig ist und weil hier weder nach der einen noch nach der anderen Seite ein besonderer Akzent gesetzt worden ist. Wir müssen hier eine saubere Position beziehen. Die CDU Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie hat Mitglieder, die in den verschiedensten Gewerkschaften tätig sind. Und wenn wir Streit haben, wie etwa ich bei der letzten Bundestagswahl mit dem Vorsitzenden und dem Vorstand des Deutschen Gewerkschafts-

bundes - jedenfalls mit der großen Mehrheit dieses Vorstandes, weil dort einige im Blick auf parteipolitische "Neutralität" alle Hemmungen fallenlassen dann darf uns das nicht von unserer prinzipiellen Position abbringen, daß wir für freie Gewerkschaften - im Plural - sind und daß das auch in unserem Grundsatprogramm so stehen muß.

Ich bitte dringend, den Antrag des Bundesvorstands anzunehmen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort für die Antragskommission hat jetzt unser Freund Vogt.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor - im Einvernehmen mit dem Landesverband Westfalen-Lippe bzw. mit Professor Biedenkopf -, auf Seite 295, wo die Empfehlung der Antragskommission ausgedruckt ist, zu schreiben:

"Die Tarifpartner tragen Mitverantwortung für das Gemeinwohl,"

und jetzt aus Antrag E 464 -

"vor allem eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft und damit unseres Staates."

Der zweite Satz kann hier wegfallen, weil - so hoffen wir - heute nacht oder morgen bei der Beschlußfassung über Ziffer 106 ein Verbändegesetz expressis verbis abgelehnt wird. Wir gehen nach dem bisherigen Stand der Debatte davon aus, daß diese Empfehlung der Antragskommission eine breite Mehrheit des Parteitages finden wird.

Im Übrigen weise ich darauf hin, daß die Antragskommission im nächsten Satz das Wort "Koalitionsrecht" geändert hat in "Koalitionsfreiheit", und zwar in der besonderen Absicht, deutlich zu machen, daß die Koalitionsfreiheit einen positiven und einen negativen Aspekt hat.

Mit dieser Maßgabe bitte ich um Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission in der soeben vorgeschlagenen Fassung, d.h. über die ausgedruckte Formulierung mit der Ergänzung aus dem Antrag 464. Wer dieser von dem Kollegen Vogt noch einmal erläuterten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Wer wünscht sich zu enthalten? - Einige Enthaltungen. Die von der Antragskommission empfohlene Fassung ist mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Ziffer 70 festgestellt.

Ich rufe die Ziffer 71 auf, Seiten 297 ff. Dazu gehören die Anträge E 151, E 481 sowie E 483 bis 512. Zu dieser Ziffer liegen mir eine Fülle von Wortmeldungen vor, nämlich bisher schon 13. Als erster hat das Wort Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Die Ziffer 71 handelt von der Vollbeschäftigung, einem sehr aktuellen Thema. Dennoch geht es dabei nicht um nur aktuelle Fragen, sondern um

die grundsätzliche Festlegung einer Politik der Vollbeschäftigung, wie wir sie verstehen. Ich meine, wir sollten das Thema ganz ohne Scheuklappen von allen Seiten angehen, und es sollte auch keine Seite von sich behaupten, sie habe die Patentrezepte in der Tasche. Es gibt in dieser Frage keinen Königsweg. Es gibt nur eine Vielzahl von Mitteln, mit denen wir undogmatisch Vollbeschäftigung herstellen müssen.

Wir brauchen Wachstum, sicherlich, vor allem gutes Wachstum. Was gutes Wachstum ist, das bestimmen in der Sozialen Marktwirtschaft nicht Planungsbükratien, sondern die Verbraucher. Nur, meine Damen und Herren, ich warne uns gemeinsam, sozusagen auf alle schwierigen gesellschaftspolitischen Fragen immer nur mit dem Stichwort Wachstum zu antworten. Das wäre ein Zeichen von Einfallslosigkeit. Gestern hat Professor Biedenkopf in, wie ich glaube, eindrucksvoller Weise, darauf hingewiesen, daß wir den Zusammenhang zwischen Freiheit und Wachstum nicht so herstellen dürfen, als sei die Freiheit gefährdet, wenn das Wachstum Schwierigkeiten habe. Wir selber haben heute in der Ziffer 62 beschlossen, wir wären auch dann für Soziale Marktwirtschaft, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme; die Freiheit ist das Kennzeichen. Natürlich glauben wir, daß dieses freiheitliche System auch mehr materiellen Wohlstand bringt. Dennoch meine ich, wir sollten uns sowohl von denjenigen fernhalten, die Nullwachstum als Lösung verkünden, wie von denjenigen, die nur Wachstum als Lösung verkünden. Beides halte ich für phantasielos.

Nun ist die Frage der Vollbeschäftigung auch immer eine Frage dessen, in welchem Zusammenhang Wachstum und technischer Fortschritt stehen. Immer gab es technischen Fortschritt, und immer sind durch technischen Fortschritt auch Arbeitsplätze eingespart worden. Dies ist ja auch mit ein Sinn des technischen Fortschritts. Nur wurden die Arbeitsplätze, die auf der einen Seite durch technischen Fortschritt eingespart wurden, auf der anderen Seite neu geschaffen: durch neue Produkte, durch weiteres Wachstum.

Die Frage ist, ob wir auch in der Zukunft Wachstum und Produktivität in jener Gleichgewichtslage halten können, die uns in der Vergangenheit Vollbeschäftigung sicherte. Die Zweifel wachsen. Wir haben in den letzten 15 Jahren das Sozialprodukt verdoppelt, wir stellen doppelt so viel her und brauchen für das Doppelte 10 Milliarden Arbeitsstunden weniger. Das Wachstum hat zweifellos gewisse Hemmungen, aber der technische Fortschritt kommt ungehemmt und mit Riesenschritten voran. Professor Steinbuch hat gerade vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, daß nach seiner Beurteilung durch jeden durch Mikroprozessoren neu geschaffenen Arbeitsplatz sechs andere wegfallen. Es gibt ernsthafte Arbeitsmarktforscher, die behaupten, daß die Hälfte der Schreibarbeitsplätze durch Belegleser und Schreibautomaten wegfallen. Allein auf diese Weise würden von 5 Millionen Arbeitsplätzen 2 Millionen überflüssig werden. Im Brauereigewerbe haben wir es mit ungeheuren Arbeitsplatzeinsparungen zu tun, ohne daß weniger getrunken wird. In der Zigarettenindustrie, in der Uhrenindustrie - überall bewirken die Produktivitätsfortschritte auch Arbeitsplatzeinsparungen, und zwar mehr, als das Wachstum neue Arbeitsplätze schafft.

Nach einer alten Faustregel, deren Richtigkeit bisher nie bestritten wurde, muß, wenn Vollbeschäftigung hergestellt bzw.

gesichert werden soll, das Wachstum 1 % über der Produktivität liegen. Dies hieße, wie das Ifo-Institut uns vorgerechnet hat, daß wir für die kommenden Jahre Jahr für Jahr 6 % reales Wachstum auf die Beine bringen müßten. Nun, meine Damen und Herren, ich frage Sie: ist wirklich einer im Saal, der glaubt, wir würden jedes Jahr 6 % reales Wachstum auf die Beine bringen? Das haben wir selbst in den goldenen 60er Jahren nicht geschafft.

Deshalb meine ich, es müßte im Sinne eines kombinierten Programms der Wachstumsförderung auch die Arbeitszeitverkürzung hinzugefügt werden als eine Lösung, die Arbeit für alle schaffen soll. Bei dem Stichwort Arbeitszeitverkürzung muß ein Mißverständnis ausgeräumt werden: Ich fürchte, 9 von 10 Zuhörern übersetzen "Arbeitszeitverkürzung" mit "Wochenarbeitszeitverkürzung". Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit halte ich persönlich für die schlechteste Form der Arbeitsplatzbeschaffung.

(Beifall)

Ich glaube, daß andere Formen der Arbeitszeitverkürzung brauchbarer sind, weil Wochenarbeitszeitverkürzungen den mittelständischen Betrieb benachteiligen würden. Ein kleiner Bäckermeister mit zwei Gesellen muß noch keinen neuen einstellen, wenn jeder seiner Gesellen in der Woche zwei Stunden weniger arbeitet. Ich sage das auch im Interesse der Arbeitnehmer: Wir sind an der Erhaltung des Mittelstandes interessiert, nicht nur - aber auch - aus Gründen der Sozialen Marktwirtschaft und der Erhaltung des Wettbewerbs, sondern gleichzeitig im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze im Mittelstand. Es ist ja nicht so, wie uns alte Klassenkämpfer weismachen wollen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer diametral entgegengesetzte Interessen haben. Wenn ein mittelständischer Unternehmer verschwindet, verschwindet eben nicht nur ein mittelständischer Unternehmer, sondern es verschwinden auch Arbeitsplätze im Mittelstand.

(Beifall)

Deshalb kommt die Wochenarbeitszeitverkürzung in der Prioritätenskala ganz unten.  
Welche Arbeitszeitverkürzung sollten wir dann bevorzugen? Aus meiner Sicht spielen drei Kriterien eine wichtige Rolle, an denen wir entscheiden sollten, welcher Arbeitszeitverkürzung wir den Vorzug geben.

Erstens. Wir sollten Arbeitszeitverkürzungen bevorzugen, die ein Höchstmaß von Entscheidungen in die Hand des einzelnen geben, ein Höchstmaß von individuellen Wahlmöglichkeiten.

Zweitens. Wir sollten Arbeitszeitverkürzungen den Vorzug geben, in denen gleichzeitig auch der Wunsch nach Vermenschlichung der Arbeit, nach Humanisierung berücksichtigt ist.

Drittens. Wir sollten Arbeitszeitverkürzungen bevorzugen, in denen ein Höchstmaß von arbeitsmarktpolitischer Anpassung enthalten ist.

Nach dem, was uns die Bundesanstalt für Arbeit vorlegt, ist die Verkürzung der Lebensarbeits jene Form, die sich am leichtesten in eine Nachfrage nach neuen Arbeitskräften umsetzt.



60 % solcher freigewordener Arbeitsplätze sollen nach dieser Umfrage mit neuen Arbeitnehmern besetzt werden.

Ich glaube, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit erfüllt alle drei Vorzugskriterien. Sie gibt erstens die Entscheidung über die Arbeitszeitverkürzung in die Hand des einzelnen. Er entscheidet, wann er ausscheiden will. Sie ist zweitens die anpassungsfähigste, sie ist nämlich jene Arbeitszeitverkürzung, die sich auch wieder zurücknehmen läßt. Die Wochenarbeitszeitverkürzung läßt sich, wenn sie einmal eingeführt ist und die Betriebe sich darauf eingestellt haben, kaum noch korrigieren. Lebensarbeitszeitverkürzung haben wir auch schon nach oben, beispielsweise im öffentlichen Dienst, korrigiert. Ich habe nicht die Vermutung, daß dies notwendig wäre, aber auf diesen dogmatischen Streit brauchen wir uns doch gar nicht einzulassen. Wenn es notwendig werden sollte, könnten wir sie auch wieder nach oben korrigieren. Wir sollten doch flexibel und undogmatisch bleiben. Ich sehe drittens in der Senkung der Arbeitszeit auch ein humanes Element, daß nämlich der ältere Arbeitnehmer selbst bestimmt, wann er ausscheidet, und ihm nicht die Reichsversicherungsordnung vorschreibt, wann Schluß ist. Ein Teil des Altersschocks basiert doch darauf, daß die Pensionierungsgrenze wie ein Schicksal über die Arbeitnehmer kommt: Heute noch volle Pulle und morgen nicht mehr gefragt. Da wäre auch wieder ein Stück mehr Freiheit in die Bestimmung der Arbeitszeit zu bringen, wie ich überhaupt glaube, daß dies ein Thema der Freiheit ist. Die starren Arbeitszeitmuster müssen nicht so starr bleiben, wie sie sind. Über lange Zeit, über Jahrhunderte, im bäuerlichen Betrieb noch heute, sind die Jungen langsam in den Beruf hineingewachsen und die Alten auch sachte ausgeschieden.

Unser Parteifreund Stingl hat vor wenigen Monaten darauf hingewiesen, daß die Bürger, wenn sie reisen wollen, keine Zeit haben und wenn sie Zeit haben, können sie nicht mehr reisen. Muß das alles so starr bleiben? Können wir nicht auch ein Stück - lachen Sie nicht - Traum in unser Grundsatzprogramm einführen? Ich meine ein Stück Traum, wie denn eine Gesellschaft aussehen könnte, die bunt ist. Warum muß es so sein, daß alle Bildungszeit an den Anfang des Lebens gedrängt wird? Warum soll das nicht auch später möglich sein und dafür am Anfang ein bißchen weniger? Wir müßten doch mehr Phantasie entwickeln als alle sozialistischen Kolonnenexperten. Wir können doch auch die Arbeitszeit entkollektivieren. Das ist ein Stück Freiheit und Humanität.

Freilich, Sie werden zu Recht darauf hinweisen, daß das alles Geld kostet. Auch das gehört zu einem ehrlichen Programm der Vollbeschäftigung: Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung muß mit anderen Lohnsteigerungsraten rechnen als eine Politik ohne Arbeitszeitverkürzung. Die Produktivität kann nicht zweimal verfüttert werden. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall)

Wenn die Wachstumsraten sinken, dann können nicht die alten Lohnsteigerungsraten durchgesetzt werden.

Im übrigen finde ich, daß wir hier auch auf das Verständnis der Arbeitnehmer rechnen können, denn sie haben nur die Wahl zwischen einer illusionären Lohnpolitik und einer solidarischen Lohnpolitik. Die illusionäre Lohnpolitik betreibt nur eine

Verteilung zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern. Das ist keine Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Was sich die Arbeitnehmer jenseits solidarischer Lohnabschlüsse, die Rücksicht auf Arbeitslosigkeit nehmen, herausholen, das müssen sie dann über Inflation und hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder zurückgeben, so daß sie unter dem Strich genauso weit sind, als würden sie den Klassenkampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen, der möglicherweise an die Stelle der alten Klassenkämpfe marxistischer Bauart tritt, fortführen. Sie würden dadurch nur benachteiligt. Ich sehe in unserem Programm keine Verwaltung von Mangel, wie mancherorts gesagt wurde, sondern eine Form von Reichtum, indem es eine Vielzahl von menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten zuläßt. Insofern ist die Krise nie nur Bedrohung, sondern auch eine Chance, etwas neues auszuprobieren.

Mir kommt es hier heute nicht darauf an, daß wir uns bis auf die sechste Stelle hinter dem Komma auf ein Arbeitsmarktprogramm einigen. Das ist nicht Gegenstand des Grundsatzprogramms. Ich bitte Sie aber darum: Sie sollten den Rolladen nicht vor Arbeitszeitverkürzungen herunterlassen. Wir haben in den letzten 15 Jahren die Arbeitszeit um ein Sechstel verkürzt. Warum soll plötzlich für die Zukunft falsch sein, was in der Vergangenheit richtig war? Ich bitte Sie deshalb, in einem ausgewogenen kombinierten Programm der Vollbeschäftigung, die unser Ziel ist, Wachstum, Produktivität und Arbeitszeitverkürzungen in Einklang und Harmonie zu bringen, uns jedenfalls undogmatisch auf Wege festzulegen, die zum Ziel führen, und da gibt es mehr als einen Weg.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Als nächster hat unser Freund Pieroth das Wort. Ich rufe schon einmal die beiden dann folgenden Redner auf: Auf Elmar Pieroth folgt Adolf Müller, Landesverband Rheinland, und dann Kurt Biedenkopf, Landesverband Westfalen-Lippe.

Meine Damen und Herren, darf ich im Hinblick auf die große Zahl von Wortmeldungen, im Hinblick auf die Zeit und auf die Arbeit, die für heute noch ansteht, darum bitten, daß die einzelnen Redebeiträge gestrafft werden.

(Beifall)

Wir haben bisher bewußt keine Redezeitbegrenzung eingeführt, ich meine aber, wir können das noch ein bißchen straffen. Herzlichen Dank. - Das Wort hat Herr Pieroth.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde! Ich spreche für den Antrag E 481 des Bundesvorstandes und gegen den Antrag E 512 der CDA, der die Arbeitszeitverkürzung zum Mittel der Vollbeschäftigungspolitik machen will. Ein solcher Antrag, den die Sozialausschüsse vorlegen, paßt nicht in das Grundsatzprogramm. Er ist sachlich mehr als zweifelhaft. Arbeitszeitverkürzung zielt doch auf eine ganz aktuelle, auf die heutige Situation. Unser Grundsatzprogramm soll jedoch von Dauer sien. Ab 1985 haben wir geburtenschwache Jahrgänge. Bis 1990 haben wir durchaus damit zu rechnen, daß wir wieder extremen Arbeitskräftemangel haben. Dazu wird dann in unserem Grundsatzprogramm nichts mehr stehen.

Ich bin im Prinzip nicht gegen Arbeitszeitverkürzungen, aber

man muß wissen, was man mit Arbeitszeitverkürzungen erreichen kann und was nicht. Arbeitszeitverkürzung hilft zunächst nicht den Menschen, denen wir helfen wollen. Sehen wir uns doch am Arbeitsmarkt um: Wir haben Facharbeitermangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit vorwiegend bei ganz bestimmten Problemgruppen, bei Ungelernten, die zu 53 % arbeitslos sind, bei gesundheitlich Beeinträchtigten, bei älteren Arbeitnehmern, bei Freizeitbeschäftigung suchenden Frauen. Liebe Parteifreunde, kein Ungelernter erhält einen Arbeitsplatz, wenn wir die Arbeitszeit der Facharbeiter kürzen.

(Beifall)

In der Gastronomie fehlen heute 40 000 Fachkräfte. Verkürzen wir die Arbeitszeit der Kellner, wird doch kein gesundheitlich Beeinträchtigter deshalb Kellner werden. Aus 40 000 fehlenden Kellnern werden dann 60 000, und manch kleiner Betrieb muß wegen Arbeitskräftemangels aufgeben. Das wird die Folge sein.

Für diese unsere Problemgruppen brauchen wir gezielt spezielle Programme. Globale Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen helfen hier überhaupt nichts.

Wir haben uns aber auch gesamtwirtschaftlich von Arbeitszeitverkürzungen jetzt nichts zu versprechen. Im Bundesfachauschuß der CDU sind wir seit einem Jahr mit den Stimmen der Freunde aus den Sozialausschüssen darüber einig, daß unser ökonomisches Hauptproblem doch darin besteht, daß wir zuwenig rentable Unternehmen mit zuwenig rentablen Arbeitsplätzen haben. Daran ändern wir nichts, auch wenn wir durch Arbeitszeitverkürzungen, gleich welcher Art, mehr Arbeitnehmer auf die vorhandene Zahl von Arbeitsplätzen aufteilen. Das gilt letztlich für alle Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Im Gegenteil, Arbeitszeitverkürzung erhöht die Arbeitslosigkeit, weil die Arbeitskosten dann steigen, unsere Waren sich verteuern, unsere internationale Wettbewerbssituation sich verschlechtert - es sei denn, die Tarifpartner könnten es erreichen, den Lohnausgleich für die weniger gearbeitete Zeit zu verhindern.

Die Sozialausschüsse wollen das; Norbert Blüm hat das soeben wieder gesagt. Der DGB-Vorsitzende Vetter sagt das in Sonntagsreden auch. In den Alltagsverhandlungen, an den Tischen der Tarifpartner, da sitzen aber ganz andere. Und das muß sich Herr Loderer sagen lassen: Wer heute abrupte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden fordert und sechs Wochen Jahresurlaub in kürzester Zeit, der macht weitere Zehntausende von Grenz- und Kleinbetrieben von der Kostenseite her kaputt und weitere Hunderttausende von Menschen arbeitslos.

(Beifall)

Umgekehrt: Je mehr Arbeitsplätze rentabel werden, desto schneller beseitigen wir die Arbeitslosigkeit.

Wir brauchen keine 6 % Wachstum, Norbert Blüm, wenn die Tarifpartner und der Gesetzgeber dafür sorgen, daß die realen Arbeitskosten - das sind die Löhne plus Lohnnebenkosten - für einige Jahre allenfalls noch so schnell steigen, wie sich die Produktivität erhöht. Dann wird es wieder lohnend, Arbeitskräfte einzustellen, statt Arbeitsplätze einsparende Maschinen aufzustellen, weil die Arbeit dann im Verhältnis zu den

Maschinen weniger teuer ist. Die Amerikaner haben uns gezeigt, daß das geht. Dort blieb in den letzten Jahren der Lohnzuwachs sogar hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück mit der Folge, daß von 1975 bis 1977 die Amerikaner die Zahl ihrer Arbeitsplätze um 9 Millionen, von 81 Millionen auf 90 Millionen, erhöht haben. Das zeigt: Es geht. Man muß nur ökonomische Gesetze beachten und man kann nicht zweimal verteilen.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine ordnungspolitische Kompetenz nennen. Auch da sind wir, Norbert Blüm und ich, nicht gegenteiliger Meinung, aber es muß klargestellt werden, daß wir das nicht sind. Die Hauptverantwortung für die Vollbeschäftigung - so steht es ja auch im Antrag des Bundesvorstands - tragen die Tarifpartner. Die Tarifabschlüsse müssen so sein, daß das wirtschaftliche Wachstum durch sie nicht behindert wird. In die Aufgabe der Tarifpartner fällt es also, abzuwägen, wie das Mehr, wie der Produktivitätsfortschritt, zu verteilen ist.

Solange wir in Bonn Verantwortung getragen haben, war unsere Wirtschaftspolitik so gut, daß wir Jahr für Jahr die Arbeitszeit im Durchschnitt um 0,7 % durch die Tarifpartner senken lassen konnten. Das wollen wir doch in Zukunft nicht ändern. Das soll doch beibehalten werden. Hier im Saal ist doch keiner gegen Arbeitszeitverkürzung. Hier soll kein falscher Eindruck aufkommen. Aber Arbeitszeitverkürzung kann nur das Ergebnis einer vernünftigen Wirtschaftspolitik sein und nie ein Mittel zur Erreichung von Vollbeschäftigung.

(Beifall)

Drücken wir es einfacher aus: Erst die Arbeit und dann das Spiel, nicht umgekehrt.

Und Arbeit ist noch genug auf dieser Welt zu tun. Wir brauchen sogar noch viel technischen Fortschritt, um unserer globalen Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern nachzukommen, um die uns gestellte epochale Herausforderung anzunehmen, unsere Umwelt für die Nachwelt zu erhalten.

Wenn die hier besprochenen Sorgen der Menschen größer werden, dann kann es doch nicht Aufgabe der Politik sein, über Arbeitszeitverkürzung zu reden, dann ist es Aufgabe der Politik, die Interessen der Menschen dahin zu lenken, daß wir die Herausforderungen anpacken und meistern.

(Beifall)

Stellen wir deshalb die Dinge nicht auf den Kopf! Resignieren wir nicht!

Ludwig Erhard hatte 2 Millionen Arbeitslose, als er anzufangen hatte. Und da waren mehr als 5 Millionen, die aus Mitteldeutschland und den Ostgebieten zu holen und einzugliedern waren. Wäre Ludwig Erhard auf die Idee gekommen, die damals viel knappere Arbeit durch staatlich verordnete Arbeitszeitverkürzung zu steuern, ohne den Produktivitätsfortschritt zu beachten, hätten wir kein deutsches Wirtschaftswunder schaffen können.

(Beifall)

Diese Grundsätze gelten auch heute noch. Deshalb nein zu dem

Antrag 412, aber ja zum Antrag 481, dem Antrag des Bundesvorstands, der Wachstumspolitik ermöglicht und nicht behindert!

(Befall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Als nächster hat das Wort unser Freund Adolf Müller, dann unser Freund Kurt Biedenkopf. - Bitte schön, Adolf Müller!

Adolf Müller, Remscheid: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission betrachtet den Antrag E 512 als erledigt. Mir scheint, das ist eine allzu großzügige Auslegung. Denn von der Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung, wie es im Antrag 512 heißt, steht in diesem Antrag nichts. Dann hätte man konsequenterweise die Ablehnung des Abs. 2 des Antrags E 512 empfehlen müssen. Erledigt aber ist er auf keinen Fall. Es geht in ihm um die Frage, ob Arbeitszeitverkürzung ein Mittel der Arbeitsmarktpolitik ist.

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre ist es, neue Arbeitsplätze in dem Umfang und in dem Tempo zu schaffen, wie alte Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Automatisierung verlorengehen und durch die hohen Entlassjahrgänge der nächsten Jahre neue Arbeitskräfte zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen. Wenn man die Situation des Arbeitsmarktes betrachtet, muß man also auch überprüfen, ob die Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel der Arbeitsmarktpolitik ist.

Dem, was Norbert Blüm zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit gesagt hat, stimme ich vollinhaltlich zu. Denn die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer ist in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde das Problem nur noch verschärfen. Ähnlich ist die Situation bei der Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch die Verlängerung des Urlaubs. Bleibt also die Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder - was zunehmend diskutiert wird und auch humaner ist - die Frage des gleitenden Ruhestandes von einem gewissen Lebensalter an, um auch damit ein arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium einzusetzen.

Herr Kollege Pieroth, es ist ja nicht so, als ob wir nicht in der Tat Arbeit verteilen. Wir verteilen die Arbeit: den einen Vollarbeit, den anderen Kurzarbeit, wieder anderen überhaupt keine Arbeit. Und sehen wir uns doch einmal die Strukturanalyse der Bundesanstalt an! Wir haben rund 50 000 Arbeitslose, die zwischen 59 und 60 Jahre alt sind. Rund 50 000 Menschen warten darauf - das wissen wir genau -, daß sie 60 Jahre alt werden und damit eine Bedingung für den Erhalt des vorgezogenen Altersruhegeldes erfüllen und daß sie ein Jahr arbeitslos sind, um die vorgezogene Rente beantragen zu können. 50 000 Menschen tun so, als stünden sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Die Arbeitsverwaltung tut so, als glaube sie das. Und die Unternehmer, Herr Pieroth, tun alles, um durch Zuzahlung zum Arbeitslosengeld dieses Jahr zu überbrücken.

(Zustimmung)

Die Unternehmer setzen ja das Mittel der Arbeitszeitverkürzung selber ein, um ihre Belegschaften anzupassen. Das gilt schon nicht mehr nur für die Arbeitnehmer vom 59. Lebensjahr an. Ersparen Sie es mir, hier öffentlich die Unternehmen zu nennen, wo das der Fall ist. Wer in der Stahlindustrie zu Hause ist,

dem brauche ich nur das Stichwort "Stahlindustrie" zuzurufen. Sie erinnern sich auch, was an der Saar los war, wie man versucht hat, schon sehr junge Jahrgänge praktisch in den einseitigen Ruhestand zu versetzen, indem man ihnen zu dem Arbeitslosengeld bis zur Höhe des letzten Nettoverdienstes eine Unterstützung gezahlt hat. Das geht so weit in den Sozialplänen, daß man auch noch den Unterschied bezahlt, weil dann die Zeit unter Umständen ein bißchen verkürzt wird.

Man sollte hier nicht so tun, als ob das Mittel der Arbeitszeitverkürzung nicht in der Tat von der Wirtschaft als arbeitsmarktpolitisches Instrument eingesetzt wird.

(Beifall)

Ich glaube, aus dem Grunde muß hierzu ein Wort gesagt werden. Es wäre richtig, wenn der zweite Absatz des Antrags E 512 an die Empfehlung zu Ziffer 75 angehängt wird.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Als nächster hat Kurt Biedenkopf das Wort. Ihm folgt Gerhard Zeitel.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine Freunde! Es geht nicht um die Frage, ob wir Arbeitszeitverkürzung wollen oder nicht. Es muß zunächst klargestellt werden, worüber hier entschieden wird. Es geht um die Frage, ob staatliche Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen ein geeignetes Mittel für die Arbeitsmarktpolitik sind.

(Beifall)

Alles, was darüber hinausgeht, kann zwar diskutiert werden, gehört aber nicht in diesen Zusammenhang.

Deshalb kann keine Rede davon sein, daß ein Votum gegen den Antrag E 512 gleichbedeutend wäre mit dem Herunterlassen der Rolläden über die Arbeitszeitverkürzung. Das wäre eine völlig falsche Formulierung unseres Entscheidungsgegenstandes.

Natürlich kann Arbeitszeitverkürzung stattfinden, wenn wir sie bezahlen können. Natürlich kann Arbeitszeitverkürzung stattfinden, wenn die Tarifparteien zu dem Ergebnis kommen, daß sie durchführbar ist. Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen sind traditionell und ganz entscheidend Aufgaben der Tarifparteien.

(Beifall)

Nur die Tarifparteien können nämlich, wenn wir ihnen eine Verantwortung für die Vollbeschäftigung mit zuerkennen - was wir hier bereits beschlossen haben -, auch die Konsequenzen aus den Arbeitszeitverkürzungen ermessen, und zwar sowohl für die Industriebereiche, in denen sie tätig sind, als auch was die Kostenstruktur betrifft. Denn Arbeitszeitverkürzung ist natürlich immer auch ein Kostenproblem. Das ist der erste Punkt.

Wir sprechen hier aber über die Frage der staatlichen Politik, nicht der Tarifparteien. Vorhin hat der Parteivorsitzende zu Recht gesagt, wir sollten uns nicht in die Organisationsformen der Gewerkschaften einmischen. Wir sollten uns auch nicht in die Tarifpolitik der Gewerkschaften in dem Sinne einmischen, daß wir Ihnen ganz bestimmte Einzelinhalte vorschreiben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist also, wenn sie als staatliches Mittel dienen soll, nur durch die Verkürzung der Le-

bensarbeitszeit möglich. Hierzu sind immer wieder zwei Vorschläge gemacht worden: Vorziehung des Rentenalters und Verlängerung der Ausbildung.

Ich halte es für nicht nur problematisch, sondern gerade für das System der sozialen Sicherheit für lebensgefährlich, wenn man dieses System der sozialen Sicherheit jetzt zur Disposition kurzfristiger konjunkturpolitischer Maßnahmen stellt.

(Beifall)

Das ist nämlich das Problem, das wir hier diskutieren. Wir verändern Prinzipien und fordern nicht die Tarifparteien auf, diese graue Zone des Übergangs zunächst einmal zu entwickeln, ehe der Gesetzgeber nachkommt, sondern schalten uns als Gesetzgeber ein.

Was passiert denn, wenn wir die Arbeitszeit in diesem Sinne verkürzen? Bei regionaler Arbeitslosigkeit - das ist heute das Hauptproblem; wir haben weite Gebiete in der Bundesrepublik, wo es kaum Arbeitslosigkeit gibt - wird ein Druck auf die älteren Mitarbeiter ausgeübt, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, auch wenn sie gar nicht wollen. Sie werden als un-solidarisch Handelnde angesehen, wenn sie von der vorzeitigen Zuruhesetzung keinen Gebrauch machen, sondern länger arbeiten wollen. Man braucht das Argument, sie versperren Jüngeren einen Arbeitsplatz. Die Gefahr ist zumindest nicht auszuschließen.

Zweitens stellen wir das Rentensystem zur Disposition kurzfristiger Anpassungsmechanismen. Wollen wir denn nachher auch die Lebensarbeitszeit verlängern, wenn die schwachen Jahrgänge der Rentner kommen, wenn die Zahl der alten Leute abnimmt und die Jungen nachdrängen und wenn nachher die geburtschwachen Jahrgänge kommen und sagen, es müsse mehr gearbeitet werden?

Ich halte das Junktin zwischen einem System der sozialen Sicherheit und der Bewältigung konjunkturpolitischer Maßnahmen für gefährlich.

(Beifall)

Deswegen bin ich gegen den Antrag E 512.

Der letzte Punkt. Im übrigen halte ich die generelle Lebensarbeitszeitverkürzung für die Lösung unserer arbeitsmarktpolitischen Probleme für untauglich. Gerade das hohe Einkommen, das bei uns die arbeitenden Menschen im Gegensatz zu anderen Ländern inzwischen erreicht haben, macht eine gewisse Verhältniszahl zwischen Facharbeitern und ungelerten Arbeitskräften notwendig. Bei Facharbeitern gibt es in der Bundesrepublik, von wenigen Regionen abgesehen, wo Mobilitätsprobleme bestehen, überhaupt keine Arbeitslosigkeit, sondern Krätemangel. Das Problem gibt es bei ungelerten Arbeitnehmern, bei Behinderten, bei Leuten, die Teilzeitarbeit suchen, und bei älteren Angestellten und Arbeitnehmern. Den älteren Angestellten und Arbeitnehmern, die arbeitslos sind, helfen wir durch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit nicht. Den ungelerten Arbeitnehmern helfen wir nicht, weil die Verringerung der Zahl der Facharbeiter - Herr Pieroth hat schon darauf hingewiesen - zu einem Abbau der Zahl ungelerner Arbeitnehmer führen müßte, die dann nämlich nicht mehr die notwendige Subvention ihrer Arbeitsplätze durch Facharbeiter haben.

Den Behinderten und denjenigen, die Teilzeitarbeitsplätze suchen, nützt die Verkürzung der Lebensarbeitszeit überhaupt nichts.

Ehe nicht wirklich überzeugende und gesicherte Erkenntnisse vorliegen, daß eine auf Dauer entstehende Arbeitslosigkeit sicher voraussehbar ist - und das kann heute kein Mensch beweisen -, sollten wir in das System der sozialen Sicherheit zu solchen Zwecken unter keinen Umständen eingreifen.

(Beifall)

Würde man aber darauf verzichten, dann kommt es im wesentlichen auf die Ermutigung der Tarifparteien zur Initiative an. Dafür trete ich sehr intensiv ein. Die Tarifparteien sollen für ihre jeweiligen regionalen Probleme Lösungsantworten auf konkrete Probleme entwickeln. Dafür haben sie die Autonomie, die Macht, die Verantwortung, und das entspricht unserer freiheitlichen Arbeitsteilung.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt Gerhard Zeitel, Landesverband Baden-Württemberg. Ihm folgt Alfons Müller, Landesverband Rheinland. Danach möchte ich dem Sprecher der Antragskommission das Wort geben.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich den Versuch unternehmen, zu einer Abkürzung der Debatte und gleichzeitig zu einer Beschlußvorlage zu kommen, die hier eine breite Mehrheit finden kann.

Die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Wachstum, Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung sind ungewöhnlich kompliziert. Sie stellen sich unterschiedlich, in langfristiger Sicht, die hier primär interessiert, im Sinne einer Grundsatzaussage und wiederum anders im Sinne eines Aktionsprogramms. Wir werden hier kaum eine Chance haben, diese Frage in der gebotenen Ausführlichkeit in allen Details ausdiskutieren. Mir scheint, die Union muß primär dazu stehen - hier habe ich mehr Optimismus als Herr Blüm -, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht verteilen wollen, sondern daß wir durch mehr Initiative in der Wirtschaft die Arbeitslosen von der Straße bringen.

(Beifall)

Daß wir dies können, darf nicht in Zweifel gezogen werden.

Wenn man dennoch die Arbeitszeitverkürzung aufnehmen will, dann kann man das meines Erachtens nur in der Form machen, daß im zweiten Absatz des Antrags E 512 der zweite Satz gestrichen wird, weil er mißverständlich ist, und ersetzt wird durch den Satz:

"Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung."

Dann ist das Thema in einer Weise angesprochen, die mir für den Parteitag tragfähig erscheint.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt unser Freund Alfons Müller aus dem Rheinland.



Es folgt der Sprecher der Antragskommission, unser Freund Riesenhuber.

Alfons Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir alle spüren, daß es hier um ein sehr wichtiges Thema geht. Der Parteitag tut gut daran, sorgfältig zu überlegen, welche Entscheidung er bei diesem Punkt trifft.

Ich meine, wir sollten das Kind einmal sehr deutlich beim Namen nennen. Warum haben wir denn heute diese Krisenerscheinungen? Weil SPD und FDP seit Jahren systematisch das Vertrauen in eine vernünftige Wirtschaftspolitik zerstören.

(Beifall)

Diese beiden Parteien tragen in der Bundesrepublik die Verantwortung für die Misere, die wir jetzt schon im vierten Jahr haben, nämlich über eine Million Menschen arbeitslos zu sehen. Ich meine deshalb, daß es notwendig ist, daß recht bald eine Korrektur unter einer von Helmut Kohl geführten Bundesregierung erfolgt, damit die Unternehmen wieder Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und in die Zukunft bekommen. Dies ist, meine ich, das Primat, für das wir kämpfen müssen.

Zweitens müssen wir einer Überbürokratisierung Einhalt gebieten. Ich kann Ihnen als Kommunalpolitiker aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß dringend notwendige Investitionen durch eine Vielzahl von Behörden jahrelang blockiert werden und heute am Markt überlange Zeiten entstehen, so daß Investitionen oft nicht mehr sinnvoll erscheinen. Vollbeschäftigung ist für uns ein wichtiges Ziel, ja, oberstes Ziel. Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wesentliche Elemente des Antrages der Sozialausschüsse von der Antragskommission übernommen und zur Annahme vorgeschlagen wurden.

Meine Freunde, die Tarifpartner und der Staat haben eine Verantwortung für das Primat der Vollbeschäftigung. Verehrter Herr Professor Biedenkopf, ich meine aber, daß wenn Rationalisierung und Technisierung sich weiter verstärken und immer mehr zum Jobkiller werden, wir unsere Hoffnungen nicht allein auf wirtschaftliches Wachstum setzen können. Es muß vielmehr ein ganzes Bündel im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung und auch im Bereich der solidarischen Lohnpolitik hinzukommen. Dies gehört dazu, meine lieben Parteifreunde. In dieser Hinsicht möchte ich meinem Freund Norbert Blüm recht geben.

Ich bitte sehr herzlich, die von Herrn Professor Zeitel gefundene Kompromißformel zu akzeptieren. Er sagt: Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang stehen mit wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung. - Ich meine, daß der Parteitag dies akzeptieren und mit tragen kann.

Meine Freunde, wir müssen doch deutlich machen, daß es unsere Aufgaben sein muß, konsequent das einzulösen, was Soziale Marktwirtschaft und christlich-soziale Grundsätze von uns als politisch Handelnden fordern. Deshalb meine Bitte, dieser Kompromißformel zuzustimmen. Dann wäre dem Anliegen der Sozialausschüsse Rechnung getragen, und wir hätten auch eine Formel gefunden, die in die Zukunft weist und bei der wir unser Heil nicht ausschließlich und allein im wirtschaftlichen Wachstum sehen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Ich möchte zum Verfahren gern folgendes sagen. Zu Ziffer 71 liegen jetzt noch weitere zehn Wortmeldungen vor. Ich möchte bei diesem Sachstand der Debatte diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, ansprechen und die Freunde bitten, doch einmal zu prüfen, ob sie sich, nachdem sich hier doch ein Kompromiß abzeichnet, nicht darauf einlassen können, daß ihre Wortmeldungen zurückgezogen werden. Ich bitte, das jedenfalls einmal zu überlegen.

Jetzt hat zunächst Herr Dr. Riesenhuber für die Antragskommission das Wort. Ihm folgt Herr Schapfel, Landesverband Rheinland-Pfalz.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion hat - dies war nach den ersten Reaktionen auf die Empfehlung der Antragskommission kaum zu erwarten - gezeigt, daß in einem sehr viel größeren Umfang als angenommen Konsens möglich ist. Der Vorschlag, den Professor Zeitel vorgetragen hat, deckt nach unserer Ansicht den Stand der Diskussion voll ab und ist eine tragfähige Grundlage für die Beratungen.

(Beifall)

Er ist eine tragfähige Grundlage für die Beratungen und für die Beschlußfassung.

Ich will die Sachlage noch einmal klarmachen, weil offensichtlich kleine Mißverständnisse entstanden sind, wie bestimmte an uns gerichtete Fragen belegen. An Ziffer 71 soll eine aus Antrag E 512 übernommene Formulierung angehängt werden, die folgenden Wortlaut hat: "Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden." Neu soll weiterhin angefügt werden: "Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung." Aus Antrag E 512 soll sodann des weiteren der folgende Text übernommen werden: "Unverzichtbare Voraussetzungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschluß der Vermögensbildung."

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf dieser Grundlage kann der Parteitag, wie wir meinen, zu einem Beschluß kommen, der quer durch alle Gruppen dieses Parteitages - dies haben die bisherigen Ausführungen gezeigt - geht. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als nächster hat unser Freund Schapfel das Wort. Ihm folgt unser Freund Göllner, Landesverband Westfalen-Lippe.

Franz Schapfel: Ich will mich sehr kurz fassen,

(Zustimmung)

weil ich glaube, daß es eine vernünftige Sache ist, wenn man auch hier versucht, dem Problem Rechnung zu tragen. Ich möchte nur zwei Bemerkungen machen. Der Bundesausschuß, eines der höchsten Gremien unserer Partei, hat 1977 den Entwurf dieses Programms beschlossen. Darin ist von der Arbeitszeit-

verkürzung die Rede, Herr Biedenkopf. Ich habe den Eindruck, daß es jetzt nicht darum geht, irgendwo gewissermaßen etwas wegzumogeln, weil andere ähnliche Positionen auch besetzt haben, sondern daß wir in diesem Bereich weiter diskutieren müssen. Dafür aber - in dieser Hinsicht stimme ich Herrn Zeitel zu - reicht die Zeit nicht aus. Aus diesem Grunde wären wir auch damit einverstanden, diesen Kompromiß zu akzeptieren.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Nun hat Herr Göllner das Wort. Ihm folgt Herr Ummen, Landesverband Westfalen-Lippe.

Heinz Göllner: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts des Standes der Diskussion und der Vorgaben, die die Antragskommission hier gemacht hat, verzichte ich auf weitere Ausführungen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herr Ummen möchte an seiner Wortmeldung festhalten. Er hat jetzt das Wort. Ihm folgt Herr Kolb, Landesverband Baden-Württemberg.

Arnulf Ummen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß wir heute bereits genügend Kompromisse geschlossen haben und daß wir jetzt einmal über Prinzipien nachdenken sollten.

(Beifall)

Meiner Meinung nach sollte die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission nach wie vor voll und ganz unterstützt werden,

(Beifall)

denn sie nennt klar und deutlich jene Bedingungen und Instrumente, mit denen man Vollbeschäftigung erreichen kann, aber eben nur dann, wenn sie in ihrer Gesamtheit angewandt werden. Eben nur im Zusammenspiel von konjunktur-, wachstums- und strukturpolitischen Instrumenten unter zuverlässigen staatlichen Rahmenbedingungen und insbesondere mit einer verantwortungsbewußten Tarifpolitik läßt sich Arbeitslosigkeit abbauen. In übrigen verpflichtet uns das von der CDU geschaffene Stabilitätsgesetz, Vollbeschäftigung nicht nur als Einzelziel, sondern als eines von vier gleichberechtigten Zielen anzustreben. Ich wende mich deswegen entschieden gegen solche Anträge, die die Arbeitslosigkeit nur mit dirigistischen Maßnahmen - z. B. mit einer staatlich verordneten Verkürzung der Arbeitszeit - bekämpfen wollen.

(Beifall)

Solche Anträge, die insbesondere mit dem Rückhalt des Staates versuchen, des Problemes Herr zu werden, stehen nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir Soziale Marktwirtschaft ernst nehmen wollen, bedeutet sie eigenverantworteten freien Zugang zum Markt für jeden Bürger, auch Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn Arbeitszeit auf dem Verordnungswege beschränkt wird, wird auch dieser freie Zugang beschränkt und damit die Soziale Marktwirtschaft eingeeignet, wenn nicht sogar aufgehoben.

(Widerspruch bei Delegierten aus dem Landesverband Schleswig-Holstein)

Das sollten wir auf keinen Fall zulassen. Deswegen ist der Ansatz des Antrages E 512 und auch der Ansatz des Kompromisses ordnungspolitisch falsch. Deswegen wende ich mich dagegen.

Durch ein solches Vorgehen würden nur Teilerfolge für Teilgruppen unserer Volkswirtschaft erreicht. Diese wären automatisch begleitet von Kostenerhöhungen für alle Unternehmen, von Preiserhöhungen für alle Verbraucher oder von Steuererhöhungen für alle Steuerzahler. In jedem Falle zahlt der Verbraucher die Zeche; denn es gibt im Wirtschaftskreislauf keinen einzigen Fall, wo nicht die Kosten des Sozialproduktes letztendlich aus dem Verkauf von Waren oder Dienstleistungen an die Verbraucher finanziert werden müssen.

Unsere Wähler sind aber nicht nur die Arbeitnehmer, sondern in weit größerer Zahl die Verbraucher. Deswegen sollten wir auch in diesem Fall daran denken, daß wir als Volkspartei das Ganze sehen müssen und nicht eine Politik nur für einen Teil machen können.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten auch in diesem Falle ehrlich bleiben. Wir sollten keine Aussagen machen, die sich zwar vordergründig schön anhören, auf die Dauer aber unser System unwiderruflich auflösen müssen. Wenn wir uns schon zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bekennen, sollten wir auch in diesem Falle diesen Prinzipien treu bleiben.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Freund Kolb aus Baden-Württemberg.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mich als Familienvater und Vater von drei Töchtern gegen Arbeitszeitverkürzungen ausspreche. Der Höhepunkt der geburtenstarken Jahrgänge wird im Jahre 1979 erreicht sein. Die Besetzung der Jahrgänge wird dann sehr stark zurückgehen. Im Jahre 1985 wird es 265 000 weniger 15jährige geben als in diesem Jahr. Im Jahre 1990 werden es 445 000 weniger sein. Ich frage Sie, wo Sie dann Facharbeiter herkriegern wollen, die aus den Hauptschulen kommen und bereit sind, eine Lehre zu machen. Zu dieser Entwicklung wird es kommen, weil wir im Augenblick ein Problem haben, das wir mit falschen Mitteln lösen wollen. Ich kann nur davor warnen. Wenn wir jeweils die Zahl der 15jährigen und der 63jährigen vergleichen, erkennen wir, daß wir ab 1983 eine totale Verschiebung haben werden. Dann haben wir aber etwas in einem Grundsatzprogramm festgeschrieben, ohne uns darüber klar zu sein, wie die Zahlen in den Jahren 1985 und 1990 sein werden. Wir leben zur Zeit über unsere Verhältnisse.

(Beifall)

Es kann nicht angehen, daß wir von der jungen Generation nun auch noch weniger Arbeit verlangen. Auf diese Weise sind unsere Renten und alles übrige nicht zu finanzieren.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr Graf Kerksenbrock.

Graf Trutz Kerksenbrock: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich bin etwas über meinen Vorvordner enttäuscht, weil er diesen doch sehr dankenswerten Vorschlag von Herrn Zeitel in Frage gestellt hat. Ich muß ganz ehrlich sagen: Als JU-Mann und CDA-Mann habe ich mich ganz besonders gefreut, daß Herr Professor Zeitel von seiten der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung einen - aus meiner Sicht jedenfalls - tragfähigen Kompromiß hier angeboten hat.

(Beifall)

Es gilt, sich hier noch einmal auf den Gegenstand zu konzentrieren. Es geht hier weder um die 35-Stunden-Woche, wie uns das Herr Pieroth offenbar suggerieren wollte, noch geht es um vollen Lohnausgleich. Auch der steht hier überhaupt nicht zur Debatte. Das hat Norbert Blüm doch noch einmal ganz ausdrücklich dargestellt.

Es geht nur darum, daß bisher unbestritten im Raume steht, daß wir selbst bei 5 % Wachstum, was im Moment noch in weiter Ferne ist, immer noch deutlich mehr als eine halbe Million Arbeitslose haben werden. Daran kommen wir doch nicht vorbei.

Unser Menschenbild, vom dem wir heute morgen so viel gesprochen haben, verpflichtet uns doch zur bedingungslosen und restlosen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das dürfen wir nicht übersehen.

Wenn hier versucht wird, dieses Thema unter den Teppich zu kehren, dann muß ich dazu sagen: Gerade aus der Tatsache, daß bisher noch nicht sämtliche Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung endgültig und vollständig durchdacht sind und zur Entscheidung stehen, ziehe ich - anders, als Herr Professor Biedenkopf - den umgekehrten Schluß. Wir dürfen das heute nicht vom Tisch fegen. Wir dürfen uns keine Denkverbote auferlegen. Wir sind eine offene Partei.

Ich möchte noch einmal nachdrücklich für den Kompromißvorschlag von Herrn Professor Zeitel plädieren.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt Tagungspräsidium: Jetzt hat Peter Jungen, Rheinland, das Wort.

Peter Jungen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Müller hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik in erster Linie ein Ergebnis politischer Fehlentscheidungen der derzeit amtierenden Bundesregierung ist.

(Beifall)

Die CDU hat bewiesen, daß sie ihre programmatische Aussage hinsichtlich der Vollbeschäftigung ernst meint. In der Zeit ihrer Regierung hat es immer Vollbeschäftigung gegeben und keine Arbeitslosigkeit, wie wir sie zur Zeit haben.

Wenn dieses zutrifft - und das ist unbestritten -, dann sollten wir uns in der Tat die Frage vorlegen: Ist es richtig, hier quasi in einem Schnellschuß - mein Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in dem Zusammenhang eine ganze Reihe von Fragen überhaupt noch nicht erwähnt, geschweige denn ausdiskutiert worden ist - eine solche Festlegung in einem Grundsatzprogramm zu treffen?

Ich bin überhaupt nicht gegen flexible Arbeitszeitregelungen. Mir ist da die Formulierung im Antrag E 485 meines Landesverbandes, des Landesverbandes Rheinland, schon sehr viel angenehmer. Im Antrag E 485 wird auf eine flexible Lebensarbeitszeit abgestellt. Das heißt also Offenhaltung in beiden Richtungen.

Ich will jetzt nicht in die technischen Einzelheiten einsteigen, aber ich meine, daß wir überhaupt noch nicht in der Lage sind, ein Problem, das sicher viel kurzfristiger ist als die Langfristigkeit der Veränderungen unseres Systems der sozialen Sicherheit, jetzt über Bord zu werfen, indem wir hier eine derartige Entscheidung treffen. Ich meine, die Zeit und unser Diskussionsstand sind nicht reif dafür. Das gehört in ein Aktionsprogramm.

Norbert Blüm hat auf die Chancen hingewiesen, die uns die Krise gibt. Ich stimme dem völlig zu. Die Frage für uns ist aber, welche Chancen davon wir wahrnehmen. Sollen wir den Weg einer möglichen weiteren Überforderung unserer ökonomischen Möglichkeiten wählen, oder kommen wir allgemein zu der Einsicht, daß vielleicht gerade die Überforderung der ökonomischen Möglichkeiten unserer Gesellschaft einen Teil der Probleme, die wir heute haben, verursacht hat?

(Beifall)

Wenn das aber der Fall ist, dann müssen wir doch eingestehen: Wir sind eigentlich ein armes Land. Die Bundesrepublik ist kein reiches Land, sie ist ein Land hoher Einkommen und hoher Kosten. Wir sollten sehr aufpassen, daß wir eines Tages nicht ein Land sind, das nur noch die hohen Kosten, aber nicht mehr die hohen Einkommen hat, mit denen wir das bezahlen können.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen: Ich teile nicht den Pessimismus derjenigen, die meinen, daß die derzeitigen Zustände für immer so bleiben müßten und daß wir deshalb grundsätzliche Änderungen vorzunehmen hätten. Ich meine, wir haben allen Anlaß zum Optimismus, weil wir wissen, wo die Probleme liegen, und weil wir wissen - wie schon mehrfach festgestellt worden ist -, daß diese Probleme Resultate politischer Fehlentscheidungen sind. Wir sollten deshalb diesem Rezept nicht den Vorzug geben; denn, meine Damen und Herren, für mich bedeutet die Verteilung der Arbeit vorläufig nicht mehr Gerechtigkeit, sondern Resignation.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt unser Freund Casper, Nordbaden.

Till Casper: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da diejenigen meiner Vorredner, die sich hier gegen eine Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen haben, meine Gedanken bereits glänzend formuliert haben, möchte ich auf weitere Ausführungen verzichten.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Jetzt hat Freund Schauerte das Wort.

Hartmut Schauerte: Ich will es nicht ganz so kurz machen. Eine etwas scherzhafte Bemerkung vorab: Angesichts des Umstandes, daß wir hier noch bis in die späte Nacht hinein tagen müssen, wäre es eventuell auch ein Beitrag zur Verteilung der Arbeit, wenn wir sagten, daß wir jetzt aufhörten und zwei Tage länger Parteitag machten und dann 1 000 Menschen für weitere zwei Tage von der Arbeit zu Hause abhielten. Das wäre in sich irgendwo schlüssig und logisch. Das bitte aber nur als Bemerkung vorweg.

(Beifall)

Ich meinte bei der Verfolgung der Diskussion hier, mich auf einer Fachtagung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu befinden und nicht auf einer Tagung, wo wir ein Grundsatzprogramm für die Zeit über den heutigen Tag hinaus beschließen wollen.

(Beifall)

Wir haben in keinem der übrigen Bereiche so ins einzelne gehende Maßnahmen beschlossen, erwogen und überlegt. Hier wird aus einer tagespolitischen Situation heraus eine Lösung angeboten, deren Konsequenz nicht vorauszusehen ist und die ich deswegen auch für hier falsch am Platze halte.

Das hat gar nichts mit der Frage zu tun, ob man für Arbeitszeitverkürzung ist oder nicht. Das gehört nicht in ein Grundsatzprogramm hinein. In das Grundsatzprogramm gehört hinein, daß wir das, was konjunkturpolitisch oder systematisch notwendig ist, im Bereich der Arbeitszeit auch tun werden. Aber was das im einzelnen ist, ist kein Thema für das Grundsatzprogramm.

Deswegen meine ich, daß der Antrag E 512 an der Sache vorbeigeht, soweit er ins Konkrete geht.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Kurt Biedenkopf. Ihm folgt Wolfgang Vogt aus dem Rheinland.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Meine Freunde, der Kompromißvorschlag der Antragskommission ändert nichts an der Grundsatzentscheidung, die hier zur Debatte steht.

(Beifall)

Die Grundsatzentscheidung, um die es hier geht, soweit wir ein Grundsatzprogramm haben, lautet: Sollen wir die Möglichkeit staatlicher Beeinflussung der Lebensarbeitszeit insbesondere im Bereich des sozialen Systems und der Ausbildung zu einem konjunkturpolitischen Mittel machen - ja oder nein?

Wenn wir den Kompromißantrag beschließen, ist die politische

Wirkung die: Die CDU hat Lebensarbeitszeitverkürzung als Mittel der Arbeitsmarktpolitik beschlossen. Die Einschränkung, daß dabei das Wachstum und die Vollbeschäftigung beachtet werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Regierung ist bereits auf Grund des Stabilitätsgesetzes verpflichtet, beides bei ihren Maßnahmen zu berücksichtigen.

Wir sollten deshalb nicht über die Details streiten, sondern über die Frage, ob wir eine solche staatliche Zuständigkeit jetzt auf Grund der ungesicherten Ergebnisse einer konjunkturellen Situation beschließen wollen oder nicht. Darum geht es. Ich bin definitiv der Meinung, daß wir eine solche weitere staatliche Zuständigkeit nicht begründen, sondern die Tarifparteien für diese Frage in die Verantwortung nehmen sollten.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Das Wort hat Wolfgang Vogt.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Professor Biedenkopf hat die Grundsatzfrage augeworfen, ob durch staatliche Maßnahmen die durchschnittliche Lebensarbeitszeit gestaltet werden kann; ich will es so neutral formulieren. Er sagt, hier müsse erst noch die Grundsatzentscheidung getroffen werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich das so unverblümt ausdrücken darf: ich frage mich, in welchem Saal ich eigentlich bin, in welchem Jahr, in welchem Lande ich lebe. Diese Grundsatzentscheidung haben wir im Deutschen Bundestag schon hundertfach getroffen. Wir haben viele Gesetze verabschiedet, die genau die staatliche Beeinflussung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit zum Inhalt gehabt haben.

(Beifall)

Ich will nur einige wenige Beispiele sagen, Herr Biedenkopf, wir haben das Arbeitsförderungsgesetz, das Schlechtwettergeld, das Kurzarbeitergeld, die Eingliederungsbeihilfen für die Unternehmen, die arbeitslose Arbeitnehmer einstellen, wir haben ein vorgezogenes Altersruhegeld nach einem Jahr Arbeitslosigkeit. Was ist das denn anderes als staatliche Beeinflussung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit? Wir sollten hier keine Phantomschlachten führen, sondern uns an das halten, was gesellschaftliche Wirklichkeit in diesem Lande ist, durch uns als christliche Demokraten geschaffen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, man muß natürlich dann noch den Satz dazu sagen, daß wir es hier in der Bundesrepublik mit einer Arbeitslosigkeit zu tun haben, die nicht einfach nur ein konjunkturellen Phänomen, sondern ein strukturelles Phänomen ist. Da ist doch wohl auch - nicht allein, aber auch - die staatliche Verantwortung gefragt, wenn es darum geht, Möglichkeiten aufzuzeigen, um zu einem höheren Beschäftigungsstand zu kommen, Vollbeschäftigung zu erreichen.

Kollege Schauerte, natürlich machen wir hier ein Grundsatzprogramm und kein Aktionsprogramm. Wir verzichten darauf, in diesem Programm, in unserem Antrag und auch in dem Kompromiß, den Professor Zeitel hier vorgetragen hat, Einzelmaßnahmen aufzugreifen. Aber in einem Grundsatzprogramm dürfen und müssen doch



wohl die beiden denkbaren Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie man überhaupt Vollbeschäftigung erreicht. In dem Antrag des Rheinlandes ist das eigentlich am präzisesten formuliert: Es gibt nur zwei Aktionsfelder, die sich nicht gegenseitig ausschließen - man kann sie einzeln nehmen oder kombinieren -: Wachstum und/oder Gestaltung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit.

Ich spreche mich hier ganz betont für den Kompromiß aus, den Professor Zeitel hier vorgetragen hat. Wir werden hier kein neues ordnungspolitisches Problem auf, sondern wir verfolgen in unserer Gedankenwelt ein Prinzip weiter, daß wir im Grundsatz als CDU schon längst haben.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat jetzt Herr Blüm, Landesverband Rheinland-Pfalz.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin dafür, daß wir uns nicht sozusagen in Sätze retten, von denen sich nicht jeder klar ist, was sie bedeuten.

Sie haben mir zugestimmt, als ich die Wochenarbeitszeitverkürzung weit hinten eingestuft habe. Da waren wir einer Meinung. Sie haben anschließend aber auch Herrn Professor Biedenkopf zugestimmt, als er die Sache der Arbeitszeitverkürzung den Tarifpartnern überantworten wollte. Beide Male können Sie nicht klatschen. Denn wenn das den Tarifpartner überantwortet wird, dann heißt das in erster Linie Wochenarbeitszeitverkürzung.

Über diese Konsequenz müssen Sie sich schon klar sein. Im Übrigen ist das nach allen Erfahrungen so.

Ich plädiere dafür und appelliere an Sie, sich mit uns gemeinsam auf die Plattform des von Herrn Zeitel vorgeschlagenen Kompromisses zu begeben. Seien Sie sicher: ich könnte mir sehr viel mehr vorstellen. Dieser Vorschlag von Herrn Professor Zeitel beinhaltet keine Denkverbote. Er hält das offen, was wir seit Jahren auch im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung gemacht haben. Wir haben ja auch die 48-Stunden-Woche verkürzt, wir haben die Urlaubszeiten verlängert, wir haben die Altersgrenze flexibel gemacht. Es wird doch wohl niemand im Saale sein, der behauptet, wenn wir das nicht gemacht hätten, wäre die Arbeitslosenzahl heute genauso groß, wie sie ist.

Lassen Sie uns deshalb von beiden Seiten einen Schritt machen. Ich plädiere dafür und appelliere an Sie, daß Sie jenen Vorschlag von Herrn Professor Zeitel akzeptieren, der uns beweglich hält, auf neue Anforderungen neue Antworten zu geben.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bei der Anhörung der Diskussion - ich hoffe, daß ich sie richtig verfolgt habe - ist bei mir der Eindruck entstanden, als ob wir hier eine Art Gespensterschlacht führten. Ich will das auch begründen.

Professor Biedenkopf und andere haben völlig zu Recht gesagt: Arbeitszeitverkürzungen im Rahmen der Entscheidungen der Tarifpartner, im Rahmen der Tarifautonomie sind völlig in Ordnung.

Wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, dann war es so, daß Norbert Blüm, die Sozialausschüsse und andere nichts davon Unterschiedliches gesagt haben. Ich kann insoweit zunächst überhaupt keinen Dissens feststellen zwischen dem, was auf der einen Seite, und dem, was auf der anderen Seite gesagt worden ist.

Nun haben wir aber ganz sicher auf der anderen Seite staatliche Maßnahmen, die im Rahmen der Sicherung der Arbeitsplätze, zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in der Sozialen Marktwirtschaft - auch unter dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard - eingeführt worden sind. Es sind gerade einige genannte worden: Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld. Wenn wir diese Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik nicht hätten, hätten wir über die Wintersaison Tausende von Pleiten im Baugewerbe und entsprechende Verluste von Arbeitsplätzen. Ich kann wohl mit Sicherheit davon ausgehen, daß niemand hier im Saal diese Maßnahmen für nicht richtig und für nicht vereinbar mit unserer sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung hält.

Wenn dies so ist, würde jetzt meines Erachtens ein großes Mißverständnis oder sogar ein Fehler entstehen, wenn bei der Ablehnung des Kompromißvorschlages, der vorgetragen worden ist, der Eindruck entstünde, als ob die Christlich Demokratische Union solche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Vollbeschäftigung ja zwingend notwendig wären, in der Zukunft ausschliesse.

Damit wir hier nun wirklich kein sachlich falsches Bild geben, bitte ich, da solche Maßnahmen ja offenbar gemeint sind oder auf jeden Fall als Möglichkeit offengehalten werden müssen, zu erwägen, ob nicht in dieser Ziffer "Vollbeschäftigung" gesagt werden sollte, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, also die Maßnahmen, die ich soeben gerade genannt habe, möglich sind, daß sie sich aber im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums halten müssen und der Erhaltung des Wettbewerbs nicht entgegenstehen dürfen. Solche Maßnahmen dürfen wir auf jeden Fall nicht ausschließen.

Damit wir hier nicht einen falschen Eindruck erwecken, möchte ich daher vorschlagen, den Kompromißvorschlag der Antragskommission so zu formulieren, daß wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht ausschließen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, jetzt liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Mallmann, Landesverband Rheinland, vor. Dann kommt noch einmal die Antragskommission zu Wort, und anschließend können wir zur Abstimmung kommen.

Hans Mallmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man müßte vielleicht einmal ein paar Arbeitslose hier heraufholen, damit die Stimmung den Grad erreicht, der dort herrscht, wo die Arbeitslosigkeit besteht. Dann würden wir vielleicht etwas mehr Verständnis für die schwierige Situation haben, in der sich die Leute befinden, die am Arbeitsplatz beispielsweise klarmachen müssen, wie die CDU zur Arbeitslosigkeit steht.

(Mißfallensäußerungen)

Einer meiner Herren Vorredner hat gesagt: Wir sollen vernünftig bleiben.

(Demonstrativer Beifall)

- Ja, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß das richtig ist. Nur müssen wir auch politisch sein.

(Zuruf: Sie auch!)

Und wenn wir politisch sein wollen, müssen wir draußen zu diesem Problem auch etwas Eindeutiges sagen können, und das müssen wir auch hier festschreiben.

Herr Biedenkopf, nehmen Sie es mir nicht übel: Sie sagen, die CDU hat die Verkürzung der Arbeitszeit beschlossen, wenn wir diesen Kompromiß in das Programm aufnehmen. Herr Biedenkopf, Sie dürfen sicher sein, wenn wir hier keinen tragbaren Kompromiß finden, wird man draußen sagen: Die CDU hat zur Arbeitslosigkeit nichts gesagt. Und das ist für uns viel schlimmer.

(Mißfallensäußerungen)

Deshalb, meine Freunde, bitte ich noch einmal: Stimmen Sie den Kompromiß von Professor Zeitel zu. Ich glaube, das könnte uns über viele schwierige Diskussionen hinweghelfen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, jetzt hat sich noch unser Freund Milde, Landesverband Hessen, zu Wort gemeldet. Er hat das Wort. Nach ihm erhält dann der Sprecher der Antragskommission das Wort.

Gottfried Milde: Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt muß ich dem Vorredner hier widersprechen. Es wäre unerträglich, wenn irgend jemand von uns selbst sagte, wir hätten kein Verhältnis zu dem Problem der Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Im Gegensatz zu den Sozialisten sehen wir das nämlich nicht als eine Frage der Statistik und der Prozente, sondern als eine Frage des Einzelschicksals, und dabei wird es auch in Zukunft bleiben, meine Damen und Herren.

(Erneuter Beifall)

Aber ich kann nicht recht verstehen, warum wir im Grundsatzprogramm die Frage der Dauer der Arbeitszeit, sei es nun der Lebensarbeitszeit oder der Wochenarbeitszeit, regeln sollten, und zwar hier heute ganz offensichtlich unter dem Aspekt der Verkürzung.

Nun gehöre ich zwar zu denen, die, wenn sie weniger Wochenarbeitszeit brächten, in Zukunft nicht mehr nominiert würden. Aber das trifft ja hoffentlich für viele in diesem Saal zu. Aber was würden Sie eigentlich sagen, wenn wir eines Tages vor der Frage stünden, ob es human ist, die Lebensarbeitszeit für jeden durch Gesetz zwangsweise immer weiter zu verkürzen, oder ob wir nicht so offen sein sollten, es unter bestimmten rententechnischen Voraussetzungen manchem sogar zu erlauben, länger zu arbeiten, wenn er gesund, arbeitsfähig und arbeitswillig ist, weil dann vielleicht die Zuführung ausländischer Gastarbeiter nicht notwendig wäre?

(Beifall - Zurufe)

- Ja, ja, die flexible Altersgrenze wird gelegentlich anders verstanden. Ich sage das bewußt. Mich hat gefreut, daß in Amerika die Diskussion in eine andere Richtung geht.

Und ich frage Sie auch, ob nicht eines Tages wieder ein Situation eintreten könnte, in der eine junge Generation sagt: 35 Arbeitsstunden in der Woche wären uns schon lieb; aber wir sind gern bereit, bei entsprechender Bezahlung freiwillig auch wieder 38 Stunden zu arbeiten, damit wir unser Weltniveau halten können. Sollen wir dann das Grundsatzprogramm ändern und sagen: Wir wollen jetzt wieder die 38-Stunden-Woche, meine Damen und Herren?

Nach meiner Auffassung ist der beste Kompromißvorschlag der, den der Generalsekretär gemacht hat. Er heißt: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen können in diesem und im nächsten Jahr eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeuten, sie können im übernächsten Jahr vielleicht - hoffentlich, bei einer CDU-Regierung sicher - auch wieder eine Öffnung bedeuten. Wir sollten uns nicht in einer falschen Richtung festlegen. Wir sollten es aber unterlassen, hier so zu tun, als ob wir nicht für die 35-Stunden-Woche oder für das 60. Lebensjahr wären und es mit den Arbeitslosen nicht gut meinten. Wir meinen es mit ihnen gut und wollen gemeinsam eine Politik treiben, die jedem Arbeitswilligen in unserer Bundesrepublik wieder die Arbeit ermöglicht.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich gebe jetzt zum Abschluß dieser Beratung noch einmal dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. Riesenhuber, das Wort.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Meine Freunde, ich hatte vorhin die Ehre, Ihnen etwas vorzutragen, was mir als ein völlig konsensfähiger Kompromiß serviert worden war. Dies ist angesichts des Verlaufs der Diskussion offensichtlich zumindest eine sanfte Übertreibung gewesen. Wir haben jetzt versucht, mit allen Betroffenen eine Formulierung zu finden, die vielleicht nicht alle Wünsche abdeckt - dies räume ich von vornherein ein -, die aber nach dem, was wir sehen, zumindest konsensfähig sein könnte. - Und jetzt muß ich schauen, ob ich das zusammenkriege.

(Heiterkeit)

Der Satz ist sehr einfach und lautet: "Zur Sicherung der Vollbeschäftigung sind auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig." Ich räume ja ein, daß dieser Satz, sagen wir einmal, keine neue Epoche in der Geschichte der CDU anbrechen läßt.

(Heiterkeit)

Ich räume auch ein, daß er hinter die verschiedenen Diskussionsbeiträge, auch die vorzüglichen Begründungen für die verschiedenen Standpunkte zurückgeht. Ich habe nach der Debatte hier allerdings den Eindruck, daß er zumindest schwer widerlegbar ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Für die weitere Prozedur sehe ich jetzt nur folgende Möglichkeit. Über den Antrag, den ich hier formuliert habe, können wir kontrovers abstimmen. Er stellt das dar, was die Antrags-

kommission angesichts dieser Debattenlage leisten kann. Die Alternative - die ich Ihnen gern nennen kann - ist eine Unterbrechung der Sitzung und langwierige Verhandlungen. Und wer vorhin über die nächsten zwei Tage gesprochen hat, an denen wir eigentlich arbeiten wollten, hat dann recht.

Ich schlage also vor, daß zuerst über diesen Satz abgestimmt wird und daß wir dann über die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Beides ist hier kontrovers möglich. Dieser Satz wird dann an die Ziffer 71 unseres Programms angehängt. Ich bitte, so zu verfahren.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herr Dr. Riesenhuber, bitte bleiben Sie am Rednerpult.

Wir haben jetzt also als Vorschlag der Antragskommission zwei Beschlußvorschläge, Zunächst einmal ist vorgeschlagen, den ursprünglichen Text der Antragskommission, angereichert durch einen zusätzlichen Satz, den Sie vorgeschlagen haben, anzunehmen. Da dieser Satz den Delegierten nicht vorliegt, bitte ich Sie, diesen Satz jetzt noch einmal sehr langsam und sorgfältig vorzutragen, damit jeder ihn sich notieren kann und weiß, worüber er abstimmt. Bitte!

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Der Satz lautet: "Zur Erreichung der Vollbeschäftigung sind auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich."

Meine Freunde, diese Situation hier ist für keinen der Beteiligten ganz ideal. Aber ich möchte eine Bemerkung zu der Diskussion machen, die wir vorhin gehabt haben. Diese Diskussion lief darauf hinaus, daß, soweit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich sind, diese unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung und Wachstum stehen müssen. Dies war eine einschränkende Bedingung.

Ich meine, wir können jetzt abstimmen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es kommen jetzt noch eine Reihe von Wortmeldungen, die sich wiederum auf diesen Kompromißvorschlag beziehen. Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen: Diese Ziffer ist so wichtig, daß jedermann genau wissen muß, worüber er abstimmt. Wir sollten also die einzelnen Varianten schriftlich vorliegen haben. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß uns die Antragskommission das, was sie uns jetzt hier empfohlen hat, und das, was sie alternativ empfiehlt, schriftlich gibt. Daß das hier erarbeitet wird, haben mir gerade mehrere Mitglieder der Antragskommission gesagt.

Meine Damen und Herren, ich stelle den Verfahrensvorschlag noch zurück. Das Wort hat Herr Wissmann, der sich zu diesem Vorschlag gemeldet hat.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren! Ich will nichts zu den Inhalten der Diskussion sagen, sondern aus Überzeugung etwas zu dem Stil des Versuchs, jetzt eine Brücke zu bauen, die allen alles und niemandem nichts gibt.

(Beifall)

Ich bin sehr wohl dafür, in schwierigen Fragen Brücken zu bauen, aber die Brücken müssen das Fundament für eine Aussage sein.

(Sehr richtig!)

Ich will Ihnen ganz offen sagen: ich glaube, daß hier eine klare Alternative zum Ausdruck gebracht wurde, nämlich die zwischen Professor Zeitels Vorschlag einer klaren Aussage und einer klaren Begrenzung einerseits und der ursprünglichen Empfehlung der Antragskommission andererseits.

Ich glaube, daß der sicher begrüßenswerte Versuch, Brücken zu bauen, uns in die Gefahr bringt, daß wir uns dem Vorwurf einer Wischwaschi-Politik aussetzen.

(Beifall)

Deswegen bitte ich auch im Interesse unserer Glaubwürdigkeit einfach um eine alternative Entscheidung.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, die Antragskommission schlägt nunmehr folgendes Verfahren vor: Zunächst sollten wir abstimmen über den Kompromißvorschlag, der hier mehrfach vorgetragen worden ist, und zwar auf der Basis der Einlassung Professor Zeitels, dem auch der Generalsekretär dem Inhalt nach beigetreten ist.

(Beifall)

Wenn das keine Mehrheit finden sollte, dann stimmen wir über die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission ab. Dieses Verfahren hat auch der Kollege Wissmann gerade vorgeschlagen. Damit sind die nächsten beiden Abstimmungsvorgänge deutlich, und es weiß jeder, worüber wir abstimmen.

(Zuruf)

- Zur Geschäftsordnung hat sich der Kollege Milde gemeldet.

(Erneuter Zuruf)

- Unser Freund Milde schlägt mit Recht vor, daß der Kompromißvorschlag, den Professor Zeitel hier vorgetragen hat und dem inhaltlich auch der Generalsekretär beigetreten ist--

(Widerspruch und Zurufe)

- Herr Generalsekretär, Sie wollen ihn noch einmal variieren. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir in aller Verantwortlichkeit noch einmal kurz überlegen müssen, was wir jetzt tun. Ich habe den Eindruck, wenn wir nicht genau klarstellen, worüber wir abstimmen, dann begehen wir nach außen einen völlig unnötigen Fehler.

(Zustimmung)

Ich muß noch einmal sagen, daß es doch gar keinen Streitpunkt gibt zwischen den Sozialausschüssen und denen, die Arbeitszeitverkürzungen auf der Ebene der Tarifpartner zur Lösung des Vollbeschäftigungsproblems ablehnen. Dies ist doch gar nicht der Gegenstand der Diskussion!

Wenn wir aber, nachdem die Diskussion diesen Stand erreicht hat, auf der anderen Seite den Kompromißvorschlag Zeitel ablehnen, besteht die Gefahr - nur das war der Anlaß meiner Interventionen -, daß wir damit gleichzeitig etwas ablehnen, was wir alle für richtig halten. Oder will denn jemand im Saal z.B. Kurzarbeitergeld oder Schlechtwettergeld oder die

Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres nicht für richtig halten? Selbstverständlich kann die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres eine Maßnahme sein, die dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hilft; das kann doch niemand bestreiten. Infolgedessen besteht jetzt die Gefahr, daß wir bei einer Ablehnung des Kompromißvorschlages Zeitel in der ursprünglichen Form etwas ablehnen, was wir gar nicht ablehnen wollen.

Deswegen habe ich zur Präzisierung gesagt: Ersetzen wir doch "arbeitszeitverkürzende Maßnahmen" durch "arbeitsmarktpolitische Maßnahmen". Dies ist kein Formelkompromiß, sondern beinhaltet das, was wir z.B. im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes an Möglichkeiten zur Erhaltung der Arbeitsplätze haben. Mir geht es nur darum, daß wir nicht durch eine Ablehnung dieses Antrages etwas ablehnen, was wir gar nicht ablehnen wollen. Deswegen ist es auf jeden Fall richtig, wenn wir noch einmal unterstreichen, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen von uns unterstützt werden und als erforderlich angesehen werden. Wenn wir dies nicht ausdrücklich sagen, machen wir einen schweren politischen Fehler in einer Sache, in der wir ja gar nicht auseinander sind.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Meine Damen und Herren, ich muß sicherstellen, daß der Parteitag genau weiß, worüber er abstimmt. Deshalb bitte ich, daß Herr Professor Zeitel den Wortlaut seines Antrags noch einmal genauestens vorträgt. Ich bedaure sehr, daß die Antragskommission bisher nicht in der Lage war, uns das schriftlich zu geben. Bitte, Herr Professor Zeitel.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Der Satz lautet - es geht um den Satz 2 in Abs. 2 des Antrags E 512 -: "Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung." Dort ist völlig offengelassen - was in der Diskussion dauernd vermengt wurde -, welcher Art die Maßnahmen sind. Ich habe gesagt, das können wir hier nicht ausdiskutieren, weil das auch davon abhängt, in welcher Situation wir uns befinden. Damit ist nur die Arbeitszeitverkürzung als solche angesprochen, die die CDU immer herbeigeführt hat.

Sie können auch abstimmen - ob das besser ist, wage ich zu bezweifeln - mit der Formulierung: "Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen im Einklang stehen mit wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung." Mehr bringt das auch nicht, wie ich glaube. Deshalb bleibe ich bei meinem ursprünglichen Antrag, denn er ist wenigstens klar.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Wir haben eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung.

Frau Dorothea Weidner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben eben vorgeschlagen, zuerst über den Antrag von Professor Zeitel und dann über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir den ganzen Tag über umgekehrt verfahren sind, und ich bitte, das auch hier beizubehalten.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Ich darf bemerken, daß sich die Antragskommission zunächst durch die Wortmeldung des Kollegen Vogt als Sprecher der Antragskommission und auch des Kollegen Riesenhuber dafür ausgesprochen hatte, diese Kompromißlösung zu übernehmen. Nur dadurch kam das.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt deutlich, worüber abgestimmt werden soll, und zwar zunächst über diesen Antrag, der von der Antragskommission übernommen worden war und der den Kompromiß Zeitel beinhaltet. Dieser war von der Antragskommission übernommen worden.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Herzlichen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Meine Damen und Herren, im Präsidium herrscht keine Einigkeit darüber, wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Ich glaube, es ist auch wichtig, daß wir bei diesem wichtigen Abstimmungsvorgang genau die Stimmenverhältnisse feststellen. Ich bitte deshalb, daß Sie nunmehr Ihren Abstimmungsblock zur Hand nehmen. Ich bitte die Helfer, die uns bei der Abstimmung helfen, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Bitte, nehmen Sie Ihre Stimmkarten zur Hand. Es wird jetzt abgestimmt mit der Nummer 02. Wer dem Kompromiß, den die Antragskommission übernommen hat, zustimmen will, der gibt die Ja-Karte ab, Nein- oder Enthaltungskarte entsprechend. Die Abstimmung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, damit wir die Zeit rationell einsetzen, gehen wir schon über zu dem nächsten Punkt, zur Ziffer 72. Das Präsidium übernimmt Herr Dr. Vogel.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fahren in der Beratung fort. Wir kommen auf Ziffer 71 zurück, wenn das Abstimmungsergebnis vorliegt.

Ich rufe Ziffer 72 auf. Wortmeldungen zu Ziffer 72 liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt im Antragsbuch auf Seite 302 die Annahme der Anträge E 513, E 515, Abs. 1, E 516 bis 518 in der Ihnen vorliegenden neuen Fassung.

Ich komme zur Abstimmung zu Ziffer 72. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. - Danke. Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Auf Ziffer 72 folgt Ziffer 72 a in der von Ihnen vorhin bereits beschlossenen Fassung. Es gibt noch eine Wortmeldung zu Ziffer 72 a. - Herr Wissmann zu 72 a.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Hier handelt es sich um einen etwas komplizierten Punkt. Ich darf deswegen um Ihre Konzentration und Aufmerksamkeit nach dieser langen Debatte vorhin bitten. Die Antragsteller verschiedener Anträge, unter anderem die des Antrags der Jungen Union auf Seite 259, Anträge E 266 und 267, haben sich mit der Antragskommission auf folgenden Vorschlag geeinigt. Es geht dort um die Fragen des Umweltschutzes und um das Verhältnis zwischen Wachstum und Umwelt. Wir haben vorhin bereits den Antrag aus Baden-Württemberg zu Ziffer 72 a angenommen. Er beginnt mit der Bemerkung: "Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ...". Wir wollen nun, daß in dieser Ziffer noch folgende Einfügung vorgenommen wird, die bereits in den Anträgen E 266 und 267 in An-



sätzen enthalten ist. Aus dem Antrag E 267 soll jener Kernsatz herausgenommen werden und als neuer Vorschlag präsentiert werden, der nicht bereits durch das Umweltkapitel und durch andere Passagen des noch zu verabschiedenden oder des bereits verabschiedeten Programms abgedeckt ist. Jener Kernsatz soll lauten: "Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und die damit verbundene Einkommensvermehrung verzichtet werden." Meine Damen und Herren, damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß wir als Union sehr deutlich ein Bekenntnis zur Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums ablegen, daß wir aber weder der Versuchung verfallen, wie sie uns zum Teil von Ideologen einge-redet wird, dem Stillstand von Wachstum das Wort zu reden, noch jener Versuchung anheimfallen, die den Eindruck erweckt, als seien wir möglicherweise Wachstumsfetischisten, die um die Grenzen des Wachstums und seine Problematik nicht wissen.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang nur ganz kurz auf eine meiner Ansicht nach besonders problematische Formulierung hinweisen, die im Juli 1978 vom Weltwirtschaftsgipfel in Bonn zum Ausdruck gebracht wurde und die beispielsweise Professor Biedenkopf vor wenigen Wochen ebenfalls in einem Artikel zitiert hat. Dort heißt es: "Besseres Wachstum ist erforderlich, damit die freie Welt den Erwartungen ihrer Bürger gerecht wird." Meine Damen und Herren, eine Einstellung zum Wachstum nach dieser Formulierung, die leider auch häufig in der wirtschaftspolitischen Diskussion spürbar wird, ist doch eine Einstellung, die im Ergebnis sagt: Die Zustimmung der Bevölkerung im demokratischen Westen, auch in der Bundesrepublik Deutschland, zu dieser Wachstums- und Gesellschaftsordnung hängt davon ab, daß wir Wachstumsraten haben.

Meine Damen und Herren, wir haben vorhin zu Recht formuliert, Soziale Marktwirtschaft und das Bekenntnis dazu könne doch nicht nur von Wachstumskategorien abhängen, könne doch nicht nur ein Gesichtspunkt materieller Größenordnung sein. Unser Bekenntnis zu dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat doch mehr als nur materielle Größenordnung. Dies wollen wir ja hier ausdrücken. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Vorschlag der Antragskommission und dem Vorschlag der Jungen Union zu folgen und jenen Gesichtspunkt aufzunehmen, den wir hier gemeinsam vorgetragen haben.

( Beifall )

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wissmann.

Meine verehrten Damen und Herren, die Delegierten, die weiterarbeiten wollen, wären den Delegierten, die diskutieren wollen, dankbar, wenn sie das draußen täten, damit sich wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Diskussion hier richtet.

( Beifall )

Ich stelle die formale Frage: Sind alle Stimmkarten von vorhin abgegeben? -

Das ist der Fall.

Das Wort zur Diskussion zu Ziffer 72 a hat Herr Hasinger.

Albrecht Hasinger, Leverkusen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind mit Ziffer 72 a an einem sehr interessanten

Punkt unserer Programmdiskussion, weil es hier um das Verhältnis von Wachstum einerseits - das haben wir in einem ersten Schritt schon beschlossen - und Umwelt andererseits - das, was modisch "Ökologie" genannt wird - geht. Ich bin froh, daß wir in dem ersten Schritt zu Ziffer 72 a ein klares Bekenntnis zum Wachstum abgelegt haben.

Ich habe den Eindruck, daß die Gegner des Wachstums die soziale Dimension des Wachstums überhaupt nicht erkennen. Wachstum war es, das in einem ungleich größeren Maß zur wirtschaftlichen Besserstellung einkommensschwacher Gruppen beigetragen hat, vor allem auch bei den Arbeitnehmern, als dies ein noch so perfektes Umweltverteilungssystem je vermocht hätte. In beharrenden, statischen Zukunftsvisionen liegt ein starkes unsoziales Element.

Und noch eines in diesem Zusammenhang: Wirtschaftliches Wachstum kommt ja nicht von selbst, sondern hinter ihm steht technologischer Fortschritt. Und hinter technologischem Fortschritt steht naturwissenschaftliche Entwicklung. Wer den Stop des wirtschaftlichen Wachstums fordert, müßte konsequenterweise auch die technologische Entwicklung selbst und die ihr zugrunde liegende Forschung, damit aber auch weite Bereiche der Naturwissenschaften insgesamt, zum Erliegen bringen. Was die Wachstumsgegner fordern, ist demnach ein Verzicht auf Entwicklung in weiten Bereichen des menschlichen Lebens. Damit setzen sie sich in Widerspruch zu allen historischen Erfahrungen.

In Wirklichkeit kann unsere Aufgabe - und dies steht jetzt bei der Abwägung in Ziffer 72 a zur Diskussion - nur die Synthese von Wachstum und Umwelt sein. Wie könnte eine solche Synthese aussehen?

Erstens. Wir können keinen Verzicht auf Wachstum akzeptieren, aber wir brauchen schadenfreies Wachstum. Wo Wachstum für die Gesundheit der Menschen Gefahren oder gar Schäden beinhaltet, müssen Warnlampen aufleuchten.

Zweitens. Qualitätsorientiertes Wachstum - ein Begriff, den wir in Ziffer 70 a beschlossen haben - ist ein Wachstum, das die Menschen von zentralen Systemen weniger abhängig macht. Die Abhängigkeit von zentralen Daseinsvorsorgesystemen ist nach meiner Auffassung eine der Quellen des dumpfen Unbehagens, das unterschwellig in weiten Teilen unserer Bevölkerung vorhanden ist. Ein Stück mehr Autonomie für den einzelnen und für die Gruppe gehört nach meiner Auffassung zu den Zielen qualitätsorientierten Wachstums.

Drittens. Qualitätsorientiertes Wachstum ist ein Wachstum, dessen Verflechtungen und Abhängigkeiten, dessen Aufwand und Nutzen möglichst durchschaubar ist. Gläsernes Wachstum ist akzeptiertes Wachstum. Akzeptiertes Wachstum ist angstfreies Wachstum.

Und ein Letztes in diesem Zusammenhang: Qualitätsorientiertes Wachstum muß die natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen bewahren. Wir brauchen alternative Technologien, die die Natur nicht bezwungen, sondern bewahren.

Die Ausrichtung der Produktivkräfte unserer Wirtschaft auf diese vor uns stehenden Aufgaben ist arbeitsintensiv. Die Gewinnung neuer Energieformen, die Wiederverwendung von Roh-

stoffen, Wärmedämmung usw. schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. In diesem Bereich liegt ein ungedeckter Bedarf des einzelnen und der Allgemeinheit, für den zu arbeiten es lohnt. Der um sich greifenden Zukunftsangst können wir nicht mit Schrumpfungs- und Verkürzungsstrategien begegnen.

Den schlechtesten Dienst für die von uns geforderte Synthese zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt leisten jene, die - wie beispielsweise Erhard Eppler - behaupten, wer Wachstum bejähre, der tue dies, um die gegenwärtige Machtstrukturen zu zementieren. Wachstumsanhänger werden von den Wachstumsgegnern als "Strukturkonservative" bezeichnet, und diese nennen sich selbst "Wertkonservative". Als ob nicht offenkundig wäre, daß jede Industriegesellschaft vor den Problemen von Umwelt, Rohstoffen und Energie steht, gleichgültig welcher Gesellschaftsordnung sie verpflichtet ist! Wer die Probleme des Wachstums als Spezifikum kapitalistisch organisierter Wirtschaftssysteme bezeichnet, ist mit der Blindheit ideologischer Scheuklappen geschlagen.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, daß eine freiheitlich organisierte Gesellschaft nicht weniger, sondern im Gegenteil besser in der Lage ist, mit den Problemen der Zukunft fertig zu werden. Eine sozial verpflichtete Marktwirtschaft wird diesen Herausforderungen gewachsen sein.

Ich spreche mich für den Antrag der Jungen Union in der vorgelegten Fassung aus. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Herr Tremmel, Baden-Württemberg. Danach die Antragskommission.

Fritz Tremmel, Bruchsal: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich plädiere für Ablehnung der Anträge E 266 und E 267, weil die Formulierungen bereits in viel besserer Form - ohne Mißverständnisse - in der Ziffer 75 enthalten sind. Dort heißt es - ich zitiere - :

"Zur Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens gehört insbesondere:

- Reinhaltung der Luft
- Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserhaushaltes und Begrenzung der Meeresverschmutzung
- Unterlassung von Maßnahmen, die eine Klimaveränderung herbeiführen können
- Schutz vor Verseuchung mit giftigen oder sonstigen schädlichen Stoffen
- Vorsorglicher Umgang mit Rohstoffen, die nicht ersetzbar sind
- Eindämmung der Lärmbelästigung auf ein verträgliches Maß"

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesen Formulierungen können wir in dieser Frage leben. Wir sollten das nicht weitergehend formulieren, weil wir dadurch unter Umständen Schaden leiden können.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission, Herr Riesenhuber.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Vorträgen folgendes:

Herr Dr. Tremmel, die Anträge E 266 und E 267 sind bis auf einen Satz, den Herr Wissmann wörtlich zitiert hat, entfallen. Dieser Satz lautet:

"Wo Wachstum zu einer unvertretbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden."

Der Unterschied zwischen dem ursprünglichen Vorschlag des Bundesvorstandes und dem ausgedruckten Entwurf der Antragskommission liegt im wesentlichen darin, daß hier in drei Bereichen neue Kapitel eingeführt worden sind und damit eine Reihe von Anträgen, die nach der ursprünglichen Beschlußlage notwendig waren, entfallen konnte. Diese Kapitel sind "Energie" - hierzu haben wir einen neuen Abschnitt - und "Umwelt" - hierzu haben wir Aussagen in den Ziffern 70 a, 73 und 74, vor allem aber in dem von Herrn Dr. Tremmel zitierten Abschnitt 75. Es ist also zulässig, die Anträge E 266 und E 267 auf diesen einzigen Satz zu reduzieren. Damit ist der Antragsteller einverstanden. Ich bitte, hierüber abzustimmen. Die Antragskommission befürwortet diesen Satz.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Sprecher der Antragskommission gehört. Die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 305 findet eine Modifizierung durch die Aufnahme des Wunsches der Jungen Union. Ich lasse darüber abstimmen. Wer der modifizierten Empfehlung der Antragskommission, wie sie soeben vorgetragen worden ist, zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Damit ist Ziffer 72 a in der eben besprochenen Fassung beschlossen.

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis zu Ziffer 71 liegt vor. An der Abstimmung haben 537 Delegierte teilgenommen. Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß das nach so vielstündiger Beratung ein stolzes Ergebnis ist.

(Beifall)

Enthalten haben sich 6, ungültig waren 23 Stimmen. Mit Nein haben 218, mit Ja 290 Delegierte gestimmt. Damit ist der Vorschlag der Antragskommission im Sinne Zeitel angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich rufe Ziffer 73 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme - das steht auf Seite 305 des Antragsbuches - der Anträge E 532 und E 540 unter Einbeziehung der Anträge E 534 und E 536 in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Ich sehe auch keine Enthaltungen. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 74 auf. Das Wort hat Herr Dr. Westphal, nach ihm Herr Buchkremer.

Dr. Jürgen Westphal: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gegen die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 74 sprechen. In der uns vorliegenden Fassung der Ziffer 74 werden weite Bereiche unseres Wirtschaftslebens staatlicher Lenkung unterworfen, fortgesetzter Intervention seitens staatlicher Stellen ausgesetzt und vom Markt gelöst. Diese Ziffer ist für weite Bereiche des Wirtschaftslebens - Landwirtschaft, Umweltschutz, Energieversorgung, Verkehrswirtschaft - ein einziger Ruf nach dem Staat, ein einziger Ruf nach immer mehr Anwendung von Bürokratie, nach Abgaben und Subventionen.

Meine Damen und Herren, liegt das Problem der Energieversorgung und der Verkehrswirtschaft heute denn wirklich darin, daß wir zuviel Markt haben? Liegt es nicht vielmehr darin, daß wir zu wenig Markt und zu wenig Wettbewerb und zuviel staatliche Intervention und Subvention in weiten Bereichen der Energieversorgung und der Verkehrswirtschaft haben?

( Beifall )

Wollen wir denn die gesunden privaten Omnibusbetriebe, die wir noch haben, staatlicher Gängelung und Lenkung unterwerfen? Wollen wir etwa noch mehr Wettbewerbseinschränkung und Wettbewerbsbegrenzung bei der Versorgung mit Strom und Gas, noch mehr, als wir heute bereits haben? Wollen wir wirklich die gesamte Landwirtschaft aus dem Marktgeschehen herausnehmen, da, wo sie leistungsfähig ist, da, wo sie in den letzten Jahren eine ungeheure Leistung als Herausforderung an den Markt erbracht hat?

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht Ziel der Christlich Demokratischen Union sein. Wir haben doch in der Mannheimer Erklärung vor drei Jahren einen ganz anderen Grundsatz vertreten. Ich darf aus den Mannheimer Erläuterungen zitieren. Dort heißt es: "Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sind auch in Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen; dem Umweltschutz oder der Energieversorgung anzuwenden." Das ist der richtige Ansatzpunkt, meine Damen und Herren. Hier wird die Marktwirtschaft vor die Herausforderung gestellt, diesen Problemen der Gegenwart und der Zukunft in sachgerechter Weise zu entsprechen.

Richtig ist, daß nur und gerade die Marktwirtschaft geeignet ist, diese Herausforderung zu bestehen. Denn wir alle wissen, daß sie die hohe Fähigkeit der Anpassung an veränderte Verhältnisse hat, mehr als jede andere Wirtschaftsordnung. Nehmen wir diese Herausforderung doch an! Sagen wir, daß wir nicht weniger Markt, sondern mehr Markt, Anwendung des Wettbewerbs gerade auch auf den Gebieten haben wollen, wo er heute nicht in genügendem Maße besteht!

Ich möchte Sie daher in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsens bitten, dem Antrag Niedersachsen E 563 zuzustimmen. Ich möchte allerdings bitten und vorschlagen, daß der Antrag Niedersachsen in einem kleinen Punkt geändert wird, indem die Worte "direkte Eingriffe" durch die Worte "Gebote und Verbote" ersetzt werden. Aber bitte tun Sie uns allen einen Gefallen: Nicht noch weniger Marktwirtschaft in wichtigen Existenzbereichen unseres wirtschaftlichen Lebens und des Lebens unserer Bürger!

( Beifall )

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt spricht Herr Buchkremer, dann Herr Gerstein.

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners anschließen, möchte dem aber noch einige Argumente hinzufügen. Dieses Kapitel steht unter der Überschrift "Soziale Marktwirtschaft". Wir fangen ein Kapitel, in dem all diese Ausdrücke vorkommen, an mit der kategorischen Feststellung: Hier stoßen wir an die Grenzen des Marktes. Meine Damen und Herren, wir sind nach dem Krieg auch an Grenzen unserer Vorstellung gestoßen. Das hatte als Konsequenz die Soziale Marktwirtschaft. Wenn wir jetzt hier bei einer Konfliktsituation oder einer Situation, wo wir keine Lösung wissen, sagen, daß dies Schuld der Marktwirtschaft ist, dann zeigen wir fehlendes Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Das als erstes. Zweitens trifft eine Feststellung wie: hier stoße die Marktwirtschaft an ihre Grenzen, morgen unter Umständen auf Widerspruch, wenn sich irgendwelche Leute marktwirtschaftliche Lösungen haben einfallen lassen. Solche Leute sind auch in der Bundesrepublik Deutschland am Werk, die z.B. für den Umweltschutz marktkonforme Lösungen vorschlagen. Aus dem Grunde plädiere ich dafür, inhaltlich dem Antrag von Niedersachsen zuzustimmen. Hierfür gibt es auch noch einen anderen Grund. In Ziffer 83 - vielleicht machen Sie sich die Mühe, es einmal nachzulesen - steht zumindest nach meiner Meinung im Prinzip das Gegenteil von dem, was in Ziffer 74 enthalten ist. Entweder muß Ziffer 74 oder Ziffer 83 geändert werden. Ansonsten sehe ich nur Widerspruch. Weiter gefällt mir an Ziffer 74 nicht, daß darin in dieser ganzen Problematik ein einziges Hilfsmittel vorgeschlagen wird, nämlich Gebote und Verbote. Dann steht darunter, dies seien die letzten Mittel. Andere werden nicht vorgeschlagen. Ich persönlich bin der Meinung - das wird auch in dem Antrag des Kreisverbandes Heinsberg, für den ich hier spreche, vorgeschlagen -, daß wir in diesem Kapitel unsere menschlichen Grenzen und als Konsequenz davon die Soziale Marktwirtschaft sehen wollten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Wir danken auch Ihnen. - Das Wort hat Herr Gerstein.

Ludwig Gerstein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag des Kreisverbandes Dortmund E 567. Insofern kann ich mich dem, was meine Vorredner hier vorgetragen haben, vollinhaltlich anschließen. Ich füge hinzu, daß das Mißverständnis, das hier vorhin zum Ausdruck gekommen ist, wahrscheinlich darin liegt, daß in dem Votum der Antragskommission der Begriff "die Grenzen des Marktes" verwandt worden ist. Wir sollten hier einmal klarstellen, daß in Wahrheit der Markt keine Grenzen kennt, sondern daß der Markt nur falsche Rahmenbedingungen und falsche Ordnungspolitik kennt. Insofern scheint es mir richtig zu sein, wenn wir uns auch im Sinne der Lösung der hier angesprochenen Probleme dafür einsetzen, daß die Lösung innerhalb von Märkten und innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft erfolgt. Insofern bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Riesenhuber für die Antragskommission.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle sind selbstverständlich leidenschaftliche Marktwirtschaftler. Das ist auf diesem Parteitag von allen Seiten betont worden. Die Frage ist: Gibt es Bereiche, in denen der Markt tatsächlich an seine Grenzen stößt? Ich will diese Frage hier an einem einzigen Beispiel abhandeln, bei dem es den zentralen Streit gibt. Ich mache es in einigen Stichworten.

Umweltschutz ist eine Aufgabe, die mit den Mechanismen des Marktes allein nicht gelöst werden kann. Umweltschutz kann nur dann gewährleistet werden, wenn der Staat Rahmendaten setzt, innerhalb deren der Markt zu funktionieren hat. Umweltschutz ist nur dann lösbar, wenn langfristig die Rahmendaten des Staates eindeutig erkennbar sind, so daß sich alle Betroffenen, die Wirtschaftssubjekte wie die einzelnen Bürger darauf einstellen können.

Wir können nicht davon ausgehen, daß Marktwirtschaft den Umweltschutz allein gewährleisten kann. Es gibt einzelne Ansätze zur Einführung eines marktwirtschaftlichen Instrumentariums. Dazu gehört das Abwasserabgabengesetz, in dessen Rahmen ein solcher Versuch gemacht worden ist. Dazu gehört die umfassende Diskussion über die Internalisierung externer Kosten. Dazu gehört aber grundsätzlich immer, daß der Staat Rahmendaten setzt. Weil dies so ist und weil dies in verschiedener Weise bei den angesprochenen Gebieten der Fall ist, wollen wir zwar grundsätzlich bei unserer Formulierung bleiben, aber die vorgetragenen Bedenken an zwei Punkten aufgreifen. Ich schlage vor, auf Grund der dargelegten Begründung zu Beginn von Ziffer 74 wie folgt zu formulieren: Es gibt Bereiche, in denen langfristige Zukunftssicherungen erforderlich sind und der Markt teilweise - das Wort "teilweise" soll also neu eingefügt werden - an seine Grenzen stößt. Dies stellt sicher, daß für jeden klar ist, daß dort die Gesetze des Marktes nicht aufgehoben werden können und sollen, daß hier aber Grenzen erkennbar sind.

Wir schlagen vor, den Anfang des übernächsten Satzes wie folgt zu formulieren: "Der Staat hat die Aufgabe, diese Bereiche durch die Setzung von Rahmendaten und notwendigenfalls durch Gebote und Verbote ... " Damit haben wir die Aufgabe des Staates darauf eingeschränkt, Rahmendaten zu setzen, und dem Staat eine klar umschriebene Aufgabe zugeschrieben. Damit haben wir, wie ich glaube, die Situation richtig beschrieben. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsident: Danke schön für diesen Vorschlag. Dazu hat sich Herr Stroetmann gemeldet.

Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal für den Antrag aus Niedersachsen sprechen. Ich bin nicht davon überzeugt, daß eine Formulierung an dieser Stelle, daß der Markt an seine Grenzen stößt, den wahren Sachverhalt trifft. Auch das, was eben hier gesagt wurde, hat mich nicht überzeugt. Über Umweltschutz hat man im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung schon gesprochen - und diesbezüglich auch gehandelt -, als der Staat seine Aufgabe im Bereich des Umweltschutzes überhaupt noch nicht erkannt hatte. Das muß man sich doch einmal vergegenwärtigen.

(Beifall)

Ich halte es für wesentlich systemkonformer und unserer Auffassung entsprechender, wenn wir hier eine Formulierung wählen, nach der die Soziale Marktwirtschaft an diesen Punkten besonders herausgefordert ist. Daß der Staat Rahmendaten setzt, bestreitet ihm keiner. Das steckt in der Formulierung des Antrages aus Niedersachsen auch drin. Ich halte diese Formulierung für besser, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ihr zustimmen könnten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, Sie haben Rede und Gegenrede gehört. Wird von seiten der Antragskommission dazu nochmals das Wort gewünscht? - Bitte schön.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen ganz klar sehen, daß es hier verschiedene Instrumentarien gibt. Es gibt Bereiche, die sich allein durch die Setzung von Rahmendaten nicht ordnen lassen. Es wäre falsch, wenn wir hier eine Vermischung vornähmen und sagten, daß dies nur eine Herausforderung der Marktwirtschaft sei. Hier wird auch der Staat herausgefordert, und zwar mit einem Instrumentarium, das nicht marktwirtschaftlich ist - falls erforderlich! Diesem Aspekt des "falls erforderlich" wird in der Empfehlung der Antragskommission nachhaltig Unterstützung gegeben. Es soll wie folgt formuliert werden: "Es gibt Bereiche, in denen langfristige Zukunftsicherungen erforderlich sind und der Markt teilweise an seine Grenzen stößt". Damit soll gesagt werden, daß z.B. in der Landwirtschaft Teile marktwirtschaftlich reguliert werden können, andere Teile hingegen nicht. Es ist erforderlich, hier sorgsam zu trennen. Für den Marktteil werden die Rahmendaten gesetzt. Dort, wo die Rahmendaten aber nicht mehr ausreichend sind, müssen Gebote und Verbote vom Staat gesetzt werden. Im Text heißt es später ja auch: "Dabei verdient immer der verhältnismäßig geringste Eingriff den Vorzug. Gebote oder Verbote halten wir für äußerste Mittel, die nur dort eingesetzt werden dürfen, wo Alternativen nachweislich versagen". Meine Freunde, damit ist klargestellt, daß wir absolut auf marktwirtschaftlichem Boden stehen, daß wir aber nicht so irrational sind, zu meinen, wir könnten in jedem Bereich marktwirtschaftliche Lösungen erreichen. Nur dort, wo dies nachweislich nicht möglich ist, muß der Staat auch Verantwortung übernehmen und darf nicht so tun, als sei die Marktwirtschaft in Kraft und er hätte die Verantwortung in diesem Bereich nicht zu übernehmen. Ich möchte Sie also bitten, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Teilweise Zustimmung)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, Sie haben Rede und Gegenrede gehört. Zur Abstimmung steht zunächst die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 310 des Antragsbuches mit den von Herrn Riesenhuber erläuterten beiden Ergänzungen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? Ich wiederhole die Abstimmung noch einmal. Wer möchte für die Empfehlung der Antragskommission stimmen? - Wer möchte dagegen stimmen? - Es ist nicht ersichtlich, welches die Mehrheit war. Die Stimmen müssen ausgezählt werden. Wir verwenden den Stimmblock O3. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, schreibe bitte "ja" auf den Stimmzettel, wer sie ablehnen möchte, schreibe "nein" darauf. Ich bitte die Stimmzettel einzusammeln.



Wir setzen in der Zwischenzeit die Beratungen fort. Ich rufe Ziffer 75 auf. Zu dieser Ziffer gehört auch Antrag D 860, der Ihnen als Tischvorlage zugegangen ist. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt die auf den Seiten 313 und 314 aufgeführte neue Fassung zur Annahme. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Keine Gegenstimme. Wer möchte ich der Stimme enthalten? - Bei einigen Enthaltungen ist Ziffer 75 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 76 auf. Hierzu liegt die Wortmeldung von Herrn Dr. Meier vor.

Dr. Helmut Meier, Exil-CDU: Meine Damen und Herren! Bevor ich zu dieser Ziffer spreche, möchte ich - ich glaube, in Ihrer aller Namen - dem Präsidium recht guten Appetit wünschen. Dadurch wird bewiesen: Alle sind gleich, aber manche sind gleicher.

(Heiterkeit)

Nun zur Sache. In Ziffer 76 ist ein sehr romantischer Satz enthalten: "Die Land- und Forstwirtschaft erhält eine schöne und gesunde Umwelt ..." Seitdem die Chemie in steigendem Maße in die Landwirtschaft Einzug hält - und zwar notwendigerweise -, ist diese romantische Floskel nicht mehr richtig. Es ist ein fast tragischer Konflikt, daß die Landwirtschaft gezwungen ist, in erhöhtem Maße Stickstoffdünger einzusetzen, denn dieser Stickstoffdünger schädigt - das haben die Untersuchungen ergeben - die Ozonschutzschicht außerordentlich stark, und zwar stärker als das, was aus den Spraydosen an Treibgas versprüht wird. Da diese Zweifel berechtigt sind und wir ohne weiteres auf diese romantische Floskel der gesunden und schönen Umwelt, die die Landwirtschaft erhält, verzichten können, sollten wir diese Floskel streichen, zumal der Wert dieser Ziffer auch dann erhalten bliebe.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsident: Danke schön, Herr Dr. Meier. Ich möchte mich auch für die Wünsche bezüglich des guten Appetits bedanken. Es geht auf mich zurück, daß ich hier oben Brote habe heraufbringen lassen, damit das Präsidium zu jeder Zeit vollzählig zur Verfügung steht. Ich bitte dafür um Verständnis.

(Beifall)

Für die Antragskommission hat Herr Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube nicht, daß das eine romantische Floskel ist. Ich meine vielmehr, daß unsere Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, daß sich unsere Landschaft schön und gesund darstellt.

(Beifall)

Ich kann nur jedem empfehlen, in andere Regionen zu gehen - auch in Europa -, in denen es inzwischen nur eine großflächige Landwirtschaft gibt, um sich einmal vor Augen zu führen, welchen Beitrag die Landwirtschaft bei uns auch und gerade zur Erhaltung einer schönen Umwelt leistet.

Wir sollten hier nicht ungeprüft angebliche Ergebnisse einbeziehen, wonach die Benutzung von Handelsdünger Schäden verursacht. Nach den Untersuchungen, die uns bis heute vorliegen, ist das nicht der Fall.

Ich bin sehr wohl der Meinung, daß wir dabei bleiben sollten, daß unsere Landwirtschaft durch ihre Arbeit zur Erhaltung einer schönen und gesunden Landschaft und Umwelt beiträgt. Wir sollten dies auch durch unser Abstimmungsverhalten unterstreichen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Antragskommission empfiehlt - Seite 319 des Antragsbuches - die Annahme des Antrags E 617 unter Berücksichtigung der Anträge E 623 und E 628 in der vorliegenden neuen Fassung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer möchte dagegen stimmen? - Mehrere Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Keine Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Ziffer 77 entfällt, da Sie vorhin den Antrag D 863 angenommen haben.

(Delegierter Josef Brunstein meldet sich zu Wort)

-Darf ich fragen, wozu Sie sich zu Wort melden?

Josef Brunstein: Herr Präsident, ich hatte schon vor geraumer Zeit zu Ziffer 77 eine Wortmeldung abgegeben - genau im Hinblick auf den Alternativantrag D 863.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie begehren das Wort, obwohl Ihnen klar ist, daß die Ziffer 77 durch die Annahme des Antrags D 863 entfallen ist?

Josef Brunstein: Darf ich mir trotzdem einen Hinweis erlauben?

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Bitte schön.

Josef Brunstein: Wir hatten in unserem Antrag E 655 insbesondere auf die Notwendigkeit der Familien- und Kinderfreundlichkeit der Wohnverhältnisse hingewiesen. Das ist in dem Alternativantrag nicht enthalten. Ich habe die Bitte, daß die Redaktionskommission diesen Alternativantrag dahingehend überprüft, daß das noch mit eingebaut werden kann.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Wünschen die anderen Herren, die sich zu Ziffer 77 gemeldet haben, Herr Dr. Schmitz und Kolb, auch noch das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich bin gebeten worden, zu fragen, ob zur letzten Abstimmung alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Das scheint der Fall zu sein.

Ich rufe Ziffer 78 auf. Dazu gibt es Wortmeldungen von Herrn Buchkremer und Herrn Spaleck. Zunächst Herr Buchkremer.

Hermänn-Josef Buchkremer: Meine Damen und Herren, ich möchte etwas zu dem letzten Absatz dieser Ziffer 78 bemerken. Es begegnet einem im Wahlkampf oder auch sonst häufig, daß die Bürger einen fragen: Was schlägt die CDU in Zeiten vor, in denen wir kein Wachstum haben?

Meine Damen und Herren, ich bin, wahrscheinlich mit Ihnen allen, der Meinung, daß wir Wachstum brauchen, um die Probleme, die wir heute und in Zukunft haben, zu lösen. In einer Situation wie der jetzigen - zu der wir vielleicht durch die gegenwärtige Regierung gekommen sind -, in der fast jeder glaubt, daß wir in nächster Zeit kein Wachstum haben werden, sollten wir den Bürgern sagen können, daß wir speziell jetzt für die Marktwirtschaft eintreten. Wenn wir in einer Situation ohne Wachstum die Regierung in

diesem Lande übernehmen, dann erwarten die Bürger von uns die Antwort auf die Frage, wie man aus dieser Situation herauskommt. Davon steht in unserem Programm nichts.

Meine Damen und Herren, glauben Sie, daß bei den Mitgliedern unserer Partei sehr große Skepsis darüber besteht, was in Zukunft wird!

Ich weiß und wir alle wissen, daß wir das Wachstum brauchen. Aber in einer Situation wie der jetzigen ist die Marktwirtschaft wichtiger denn je. In einer Situation, wie wir sie jetzt haben, darf man auch Fehler machen. Die sind aber in einer Situation wie der jetzigen sehr, sehr gefährlich.

Aus diesem Grunde sollten wir nach meiner Meinung den Antrag E 671 des Kreisverbandes Heinsberg annehmen. Ich bin der Meinung, wir sollten dem Bürger sagen, daß wir glauben, daß jetzt erst recht die Marktwirtschaft notwendig ist, um die Probleme zu lösen, um aus dieser Situation herauszukommen.

Hier ist für mich eine Lücke im Parteiprogramm.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Spaleck.

Otto Spaleck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag E 666 des Kreisverbandes Borken sprechen. Wir in unserem Kreisverband halten es für unerläßlich, daß die CDU eine Aussage über die Rangfolge des Einsatzes der Energieträger trifft. Eine derartige Aussage wird in dem vorliegenden Antrag des Bundesvorstandes nicht getroffen.

Die heimischen Energieträger Steinkohle und Braunkohle müssen vor der Kernenergie Vorrang haben. Der Einsatz der heimischen Energiefelder verursacht längst nicht die Sicherheitsprobleme wie der Einsatz der Kernenergie. Zudem werden bei Einsatz von Stein- und Braunkohle in der Bundesrepublik mehr Arbeitsplätze benötigt, als dies beim Einsatz der Kernenergie der Fall wäre. Mein Heimatkreis, der Kreis Borken, ist durch den geplanten Bau des zentralen Brennelementezwischenlagers und der Urananreicherungsanlage für die Bundesrepublik voll von der Kernenergieproblematik betroffen. Die Bürger unseres Kreises hätten wenig Verständnis für die stärkere Nutzung der Kernenergie, wenn die heimischen Energieträger nicht voll ausgenutzt und vorrangig eingesetzt würden.

Ich bitte daher um Annahme des Antrags E 666.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Franz.

Dr. Otmar Franz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der ursprüngliche Entwurf des Grundsatzprogramms hatte - wie Sie sich erinnern werden - Energiefragen ganz ausgespart. Es ist sehr erfreulich, daß der Bundesvorstand diesem Mangel abgeholfen hat. Noch erfreulicher ist es, daß die Antragskommission diesen Text unter Einbeziehung des Antrags des Landesverbands Rheinland erweitert hat.

Es fehlt aber ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt, der im Antrag E 675 des Kreisverbandes Mülheim-Ruhr und im Antrag E 663 des Landesverbandes Rheinland enthalten ist. In dem vorliegenden Text der Antragskommission werden die konventionellen Energieträger wie die Kohle, aber auch die Kernkraft und neue Technologien für den sparsameren Einsatz von Energie und für die Rückgewinnung von Abwärme erwähnt. Das ist alles richtig.

Aber, meine Damen und Herren, das ist zuwenig, wenn wir ein Grundsatzprogramm beschließen wollen, das für die Zukunft gelten soll.

Es fehlt völlig der Hinweis auf die Entwicklung neuer Verfahren zur wirtschaftlichen Energiegewinnung, z. B. zur Gewinnung der Sonnenenergie, die zunehmend Gewicht bekommen werden.

Ich bitte daher, die Antragskommission, den letzten Satz dieser Ziffer um folgende sechs Worte zu ergänzen:

"... und zunehmend die regenerativen Energiequellen erschließen."

Durch diesen Zusatz, der sich aus dem Antrag des Landesverbandes Rheinland ergibt, würde im Hinblick auf das Energieproblem eine zukunftsweisende Aussage gemacht werden.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Franz. Herr Tremmel, bitte.

Franz Tremmel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten heute abend keine energiepolitische Debatte mehr auslösen.

Ich möchte noch auf zwei Dinge hinweisen. Zum einen sollten wir dem Antrag entsprechend der Empfehlung der Antragskommission mit einer kleinen Ausnahme zustimmen.

Ich bitte, den fünften Satz der Empfehlung - "Bedingung für die Nutzung der Kernenergie sind sicherer Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger sowie gesicherte Entsorgung" - zu streichen. Wir haben vorhin praktisch einstimmig die Ziffer 75 beschlossen, in der die Umweltschutzrandbedingungen festgelegt sind. Da steht nahezu akkurat das gleiche drin, vielleicht noch etwas präziser. Ich bin der Meinung, wir sollten nicht durch eine Überbestimmung, indem wir Grundsätze immer wieder wiederholen, die Dinge unleserlich und sogar mißverständlich machen. Wenn man das nämlich so liest, könnte man meinen, daß andere Energiequellen nicht mehr umweltschädlich seien oder daß man, wenn sie umweltschädlich seien, dies in Kauf nehmen könne. Ich glaube, der Hinweis auf die Ziffer 75 reicht völlig aus.

Mein Vorredner hat dafür plädiert, daß hier der Vorrang der konventionellen Energieträger - z.B. der heimischen Kohle - festgelegt werden sollte. Ich würde davor warnen, dies zu tun. Es würde nämlich dann jedes Mal, wenn ein Kraftwerk zu bauen wäre, eine Streitdiskussion ausbrechen, ob die konventionelle Energieversorgung ausreicht oder nicht. Damit würden wir im Grunde genommen die Sache nicht nutzen. Wir wissen, wie groß unsere Kohleförderung sein kann. Wir wissen, wie groß der Energiebedarf ist.

Ich glaube, unter diesen Randbedingungen sollten wir der Vorlage so, wie sie hier steht, mit der Zusatzbemerkung von mir zustimmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Tremmel. Das Wort hat die Antragskommission, Herr Riesenhuber.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf die einzelnen Wortmeldungen in der Reihenfolge abhandeln.

Erstens ist selbstverständlich, daß wir für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn wir kein Wirtschaftswachstum oder ein nur sehr geringes haben. Kurt Biedenkopf hat in seiner gestrigen Rede und vor einigen Wochen im Bundestag in ganz großartiger Weise dargelegt, daß dieses so ist und daß die Soziale Marktwirtschaft weit über die Funktion eines Wirtschaftssystems hinausreicht.

An dieser Stelle, die wir hier behandeln - und hier spreche ich zum Antrag E 671, Heinsberg -, steht diese Frage allerdings in dieser Form nicht an. Die Aussage des Kreisverbandes Heinsberg ist richtig, paßt aber nicht zu dem Problem, das wir hier inhaltlich zu beantworten haben. Die Frage ist: Unter welchen Bedingungen können wir eine sichere, störungsfreie und preiswerte Rohstoff- und Energieversorgung gewährleisten? Dies haben wir angesprochen. Ich spreche nicht gegen den Inhalt von Antrag E 671, ich spreche dagegen, ihn hier zu verabschieden. Hier paßt er eindeutig nicht her.

Zweiter Punkt! Es ist vorgetragen worden, daß ein größerer Vorrang der Steinkohle und der Braunkohle herausgestellt werden müßte. Wir können bei der Kürze der Zeit, die wir haben, und bei dem begrenzten Platz die Sache nicht in extenso abhandeln. Das ist im einzelnen präzise in dem umfassenden Energieprogramm der Bundespartei dargestellt. Ich darf mich hier besonders bei der Bundestagsfraktion bedanken. Es ist dies seit langem das erste von der Partei verabschiedete Programm gewesen, das von der Fraktion nicht nur ohne wesentliche inhaltliche Veränderungen übernommen, sondern auch in die Beratungen des Bundestages eingebracht worden ist. Wir brauchen in der Tat die Beschlüsse der Bundesparteitage auch in der Arbeit des Bundestages.

Dann zu der Frage: mehr Arbeitsplätze durch Kohle oder Kernenergie? Dies ist strittig. Strittig ist allerdings nicht, daß die Grenzen der Möglichkeiten eines sinnvollen Einsatzes von Steinkohle und Braunkohle in Deutschland im wesentlichen erreicht sind. Man muß einmal im Hambacher Forst sehen, wie ganze Landschaften abgetragen werden. Es ist in der Tat nicht absehbar, wie solche Tagebaue noch wesentlich mehr ausgebraucht werden können, ohne daß man in Bereiche kommt, in denen eine sinnvolle Landschaftsgestaltung einfach nicht mehr möglich ist. Bei der Diskussion über die Steinkohle und die Notwendigkeit, die Kapazitäten zu erhalten und sie in unsere Arbeit einzubringen, um den Energiebedarf zu decken, sind wir bis an die Grenze dessen gegangen, was die Steinkohle zu liefern imstande ist.

Ich möchte also vorschlagen, bei der Formulierung der Antragskommission zu bleiben, bei der an erster Stelle die Steinkohle und die Braunkohle steht; erst nachher kommt die Kernenergie.

Ich bedanke mich sehr für den Antrag von Rheinland. Ich habe ihn mir in folgender Form notiert: An Ziffer 78 wird am Ende die Formulierung angehängt: "und zunehmend die regenerativen Energiequellen zu erschließen". - Es wird mir bestätigt, daß dies der richtige Wortlaut ist. Dann ist dieser Antrag hernach so zu verabschieden. Die Antragskommission bedankt sich für diesen Antrag und macht ihn sich ausdrücklich zu eigen. Er ist eine wichtige und sinnvolle Ergänzung.

Der letzte Punkt. Es ist vorgeschlagen worden, den Satz "Bedingung für die Nutzung der Kernenergie sind sicherer Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger sowie gesicherte Entsorgung" zu streichen. Es trifft zu, daß diese Formulierung in Ziffer 75 schon einmal gebracht worden ist. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, daß wir an mehreren Stellen des Programms bewußt mehrfach formuliert haben. Das ist auch nicht anders möglich. Ich möchte dringend davor warnen - insbesondere, nachdem kein Dissens in der Sache besteht -, diese Formulierung hier herauszustreichen. In die Aussagen, die das Ja zur Kernenergie enthalten, gehören die inhaltlichen Randbedingungen.

Insgesamt möchte ich Sie bitten, dem Antrag der Antragskommission zu folgen und hierbei gemäß dem Antrag des Rheinlandes anzufügen: "und zunehmend die regenerativen Energiequellen zu erschließen". Dies ist jetzt in der letzten Form der Antrag der Antragskommission.- Vielen Dank.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Riesenhuber. Das Wort wird nicht weiter gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung, Seite 26 des Antragsbuches, über die Fassung der Antragskommission mit der soeben mündlich vorge-tragenen Ergänzung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Einige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist Ziffer 78 so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zurück zu Ziffer 74, Seite 310. Hier war eine Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Das Ergebnis: Abgegebene Stimmen 415, ungültig 6, Enthaltungen 4, Ja 183, Nein 222. Damit ist der Antrag der Antragskommission verworfen worden.

(Beifall)

Das bedeutet, daß wir jetzt den Antrag E 563 der CDU Niedersachsen aufnehmen und ihn an Stelle des verworfenen Antrages der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Antrag Niedersachsen zustimmen möchte. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Einige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Einige Enthaltungen. Damit ist der Antrag von Niedersachsen beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe die Ziffer 79 auf. Dazu muß der Antrag E 1114 hinzugezogen werden. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe den Antrag der Antragskommission in der Fassung auf, wie er auf der Rückseite der Tischvorlage E 1114 steht. Das ist also eine Veränderung des ursprünglichen Antrages der Antragskommission durch den Antrag Hüscher, Hoffacker usw. Wer dieser Fassung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch keine Enthaltungen.













*Frei*  
**Sollic**  
**Gen**



meit  
erität  
hische

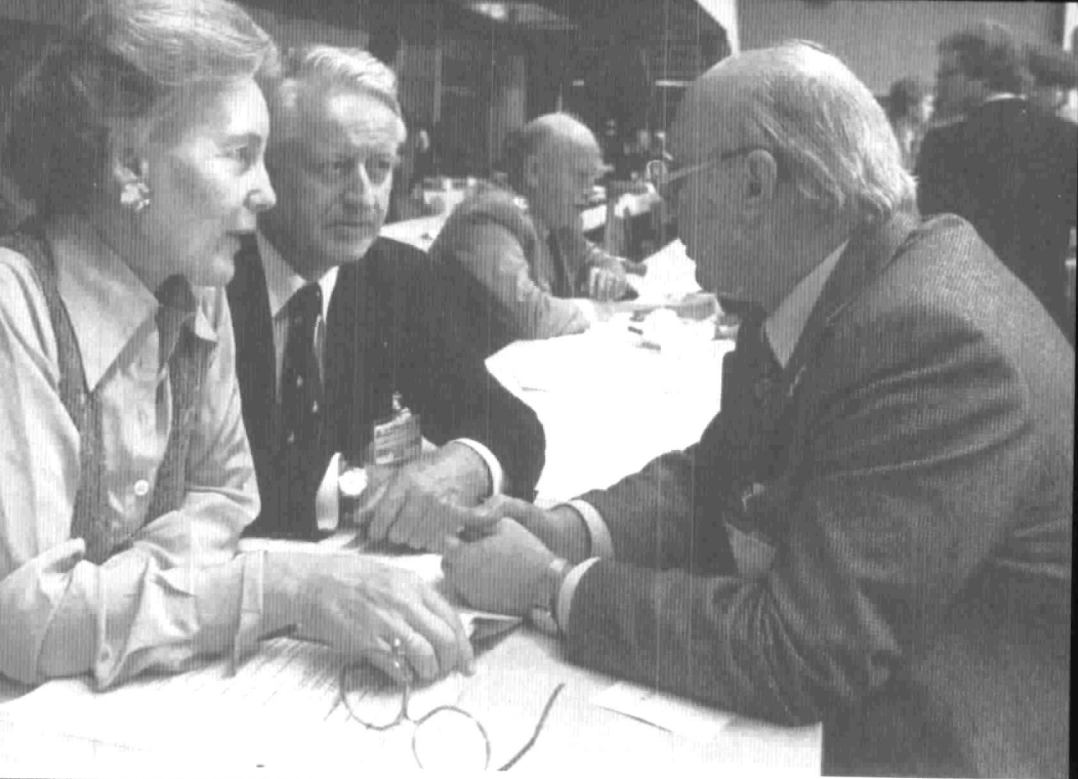
















**Freiheit  
Solidarität  
Gerechtigkeit**







Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt vor der Ziffer 80 die Überschrift auf. Zu dieser Überschrift hat sich Herr Pflüger gemeldet.

Friedbert Pflüger: Entschuldigen Sie, daß ich Sie korrigiere, Herr Vogel! Es geht nicht um die Überschrift, sondern es geht darum, daß hier eine neue Ziffer eingefügt werden soll. Es handelt sich um den Antrag E 711 der Sozialausschüsse, der mit dem Antrag der Jungen Union fast identisch ist.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Entschuldigung, Herr Pflüger, daß ich Sie unterbreche! Nur steht das hier im Antragsbuch unter dem Stichwort "Überschrift". Wir sind uns, glaube ich, einig.

Friedbert Pflüger: Es geht um den Antrag E 711 auf Seite 334 des Antragsbuchs. Wir hatten, als wir uns diesen Teil anschauten, gedacht, daß gleich nach der Überschrift "Öffentliche Aufgaben" hier damit begonnen wird, in Ziffer 80 - in der ursprünglichen Form - darzustellen: "Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor", daß hier also gleich in ein wesentliches inhaltliches Problem eingeführt wird, welches richtig erkannt ist und unserer Auffassung nach in der Ziffer 80 auch richtig gelöst wird. Nur muß man unserer Meinung nach vor dem Kapitel "Öffentliche Aufgaben" in einer Ziffer sagen, welches die Funktion öffentlicher Aufgaben ist und warum wir überhaupt öffentliche Aufgaben brauchen.

Deshalb halten wir den Antrag E 711 aufrecht, möchten darin aber den ersten Satz des zweiten Absatzes - er steht auf Seite 335 des Antragsbuchs oben - gestrichen wissen, der lautet:

"Auch dann, wenn das Angebot an Gütern und Dienstleistungen an sich über den Markt organisiert werden könnte, kann es im allgemeinen Interesse notwendig sein, dies nicht dem Markt zu überlassen."

Zu Recht ist nämlich von mehreren Vertretern darauf hingewiesen worden, daß diese Formulierung sehr mißverständlich ist. Wir glauben, daß wir durch die Zurückziehung dieses Satzes auch das Votum der Antragskommission für diesen Antrag bekommen können.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat für die Antragskommission Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission wäre bereit, dem Anliegen von Herrn Pflüger dadurch Rechnung zu tragen, daß der erste Absatz des Antrages E 711 der Sozialausschüsse als neue Ziffer vor der Ziffer 80 ich sage einmal: als Ziffer 79 a - eingefügt wird und damit quasi eine Überleitung zu den Ziffern 80 ff. darstellt.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich habe Sie wohl recht verstanden, wenn ich annehme, daß nach Ansicht der Antragskommission der erste Absatz des Antrages E 711 - das sind die drei Zeilen auf Seite 334 unten und die vier Zeilen auf Seite 335 oben - Ziffer 79 a wird.

Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen. Wer möchte zustimmen? - Wer möchte dagegen stimmen? - Eine Reihe von Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Einige Enthaltungen. So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 80 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages E 712. Ich lasse über diese Empfehlung abstimmen. Wer möchte zustimmen? - Wer möchte ablehnen? - Ich sehe keine Ablehnung. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 81 auf Seite 338 des Antragsbuchs. Ich habe keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages E 734 unter Berücksichtigung der Anträge E 735, E 736 und E 749 in der Ihnen vorliegenden neuen Fassung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Ich sehe keine Ablehnung. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 82 auf. Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort erteile: auch nach 22 Uhr liegt in der Kürze die Würze. Ich bitte um kurze Beiträge. Das Wort hat zunächst Herr Göhner und dann Herr Dr. Jung.

Dr. Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag E 772 der Jungen Union lenken. Nach diesem Antrag soll der Abs. 2 der Ziffer 82 folgende Neufassung erhalten:

"Der Staat trägt die Beweislast für die Notwendigkeit, neue Aufgaben als staatliche Aufgaben zu übernehmen."  
Wir halten diese Ergänzung für nötig, weil SPD und FDP diese Beweislast nach dem Motto umzudrehen versucht haben: Die Bürger müssen beweisen, daß eine bestimmte Aufgabe nicht vom Staat wahrgenommen werden muß. Wir sind hier in der Sache sicher einig, daß dieser Vergesellschaftung privater Zuständigkeit entgegenzutreten ist. Die Empfehlung der Antragskommission trägt dem aber unseres Erachtens nicht hinreichend Rechnung, weil sie sich auf die Frage des Bestandes staatlicher Aufgaben beschränkt. Noch wichtiger ist es aber, die unnötige Übernahme neuer staatlicher Aufgaben zu verhindern. Der Staat muß die Beweislast für die Notwendigkeit neuer staatlicher Aufgaben haben. Dies scheint mir eine notwendige Ergänzung dieser Ziffer zu sein.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Göhner. Das Wort hat Herr Dr. Jung.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte hier noch einmal einen Akzent auf den Antrag E 772 legen. Wenn heute schon 47 % des Bruttosozialprodukts über die öffentliche Hand laufen, ist es, meine ich, an der Zeit, zu sagen: Wir müssen eine Sperre einbauen, durch die verhindert wird, daß der Staat immer neue Aufgaben an sich reißt, was dazu führt, daß sich immer weniger Privatinitiativen - wie wir sie eigentlich wollen - realisieren lassen. Und deshalb bin auch ich der Meinung, daß der Staat gezwungen werden muß, die Notwendigkeit der Übernahme neuer Aufgaben unter Beweis zu stellen. Ich plädiere für die Annahme des Antrages E 772 der Jungen Union.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat für die Antragskommission Frau Dr. Wिल्ms.



Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würdige voll die Bedeutung des Inhalts des Antrags E 772. Ich glaube, über die Berechtigung dieses Inhalts gibt es hier keine Meinungsverschiedenheit. Die Antragskommission ist allerdings der Meinung, daß dem in diesem Antrag zum Ausdruck kommenden Gedanken bereits in verschiedenen Ziffern des Kapitel V "Staat" Rechnung getragen wird, so daß er hier nicht mehr ausdrücklich angeführt zu werden braucht. Das Votum der Antragskommission, den Antrag an dieser Stelle abzulehnen, bedeutet also keine inhaltliche Ablehnung.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, Sie haben Rede und Gegenrede gehört. Die Antragskommission empfiehlt auf Seite 340 des Antragsbuchs die Annahme des Antrags E 750 unter Berücksichtigung der Anträge E 764, E 765 und E 772 in der Ihnen vorliegenden neuen Fassung. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Wer möchte sich enthalten? - Bei mehreren Gegenstimmen und einer Enthaltung ist entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe Ziffer 83 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor, wohl aber ist ein drucktechnisches Versehen zu berichtigen: An den von der Antragskommission empfohlenen Text - Seite 343/344 des Antragsbuchs - sind die letzten beiden Sätze aus dem Antrag des Bundesvorstands anzufügen. Das ist drucktechnisch versehen worden. Also die letzten beiden Sätze des Antrags E 775 von "Die Verwirklichung dieses Ziels" bis "Initiative" sind an die von der Antragskommission empfohlene Fassung anzufügen.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Offenbar niemand. Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Bei einer Enthaltung - soweit ich erkenne - ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 84 auf. Das Wort hat Herr Oesterlein.

Willi Oesterlein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Verhandlungen nicht in die Länge ziehen, aber mir scheint in dieser Ziffer etwas gesagt zu werden, was wir im Grunde genommen nicht sagen wollen. Es heißt beispielsweise: "Ein überschaubares ausgestaltetes Steuersystem ...". Wollen wir damit etwa sagen, daß unser Steuersystem im Augenblick überschaubar ist? Ich glaube, das wollen wir nicht und können wir nicht. Wir können auch nicht Herrn Fredersdorf gewissermaßen die Argumente liefern, zu sagen, die CDU halte das jetzige Steuersystem für überschaubar. Ich würde also vorschlagen, die beiden letzten Buchstaben des Wortes "überschaubarer" zu streichen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke. Für die Antragskommission hat Frau Dr. Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Text dem Anliegen des letzten Redners voll Rechnung trägt, denn da heißt es: "Ein überschaubarer ausgestaltetes Steuersystem ...". Das soll besagen, daß das Steuersystem jetzt nicht überschaubar ist. "Ein demnächst überschaubarer", müßte man eigentlich sagen, wenn man es könnte, "ausgestaltetes Steuersystem soll die Lasten sozial gerecht verteilen."

Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Formulierung genau das ausdrückt, was dem Vorredner vorschwebt. Aber vielleicht kann man den Vorschlag machen, daß die Redaktionskommission das noch einmal sprachlich durchdenkt. Denn in dem, was inhaltlich gesagt werden soll, decken sich ja unsere Ansichten voll.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Herr Oesterlein, sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden?

(Zuruf)

- Ja, Sie sind damit einverstanden.

Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab, den Antrag E 790 in einer Neufassung anzunehmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Mehrere Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Abschnitt Sozialpolitik auf. Vor der Ziffer 85 gibt es drei Wortmeldungen zum Stichwort Sozialpolitik: Herr Stroetmann, Herr Moormann und Herr Dr. Schulze-Olden. Das Wort hat zunächst Herr Stroetmann.

Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU in Niedersachsen hat Ihnen unter dem Antrag E 809 einen Vorschlag unterbreitet, der die Gliederung des nachfolgenden Abschnitts betrifft. Dabei geht es vordergründig zwar um die Form dieses Abschnitts, aber es geht uns auch darum, mit einer klareren Form auch eine klarere inhaltliche Aussage zu erreichen. Das ist übrigens nicht eine Idee von uns allein, sondern wir wissen uns dabei einig mit dem Kreisverband Steinfurt und dem Bundesverband der Jungen Union, die in den Anträgen E 825 bzw. E 831 ähnliche Vorschläge gemacht haben.

Es kann nicht angehen, daß dieser Abschnitt, über dessen Inhalt im wesentlichen nicht gestritten zu werden braucht, in einer Form dasteht, die hinterher nicht deutlich macht, was wir wirklich wollen. Man kann nicht in Ziffer 87 schließen mit dem Satz "Hier stellt sich die Neue Soziale Frage", dann einiges aus der Sozialpolitik abhandeln - von den sozialen Diensten bis zur Stellung der Ausländer in unserem Land - und in Ziffer 93 unvermittelt wieder mit der Aussage anfangen: "Die Neue Soziale Frage erfordert eine neue soziale Politik." Hier bedarf es einer Ordnung, die entweder so, wie wir es vorgeschlagen haben, oder so, wie es der Kreisverband Steinfurt beantragt hat, aussehen muß.

Wir wären schon zufrieden, wenn uns die Antragskommission die Zusicherung geben könnte, daß von der Redaktionskommission eine Neuordnung, die den drei genannten Anträgen Rechnung trägt, vorgenommen werden wird. Aber diese Zusicherung müssen wir haben, sonst müßten wir auf einer Abstimmung in der Sache bestehen, wobei wir der Einfachheit halber wahrscheinlich dem Antrag des Kreisverbandes Steinfurt zustimmen würden, weil er ausführlicher ist.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Moormann.

Norbert Moormann: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vertreter der jungen Generation auf

diesem Parteitag darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag E 821 des Kreisverbands Neuß lenken, wonach zwischen den Ziffern 89 und 90 eine neue Ziffer eingefügt werden soll, in der zwei soziale Randgruppen angesprochen werden, denen bisher zuwenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, nämlich die Opfer von Straftaten und die Straftäter selbst.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in diesem Augenblick vergegenwärtigen, daß in den letzten Wochen Untersuchungen bekanntgeworden sind, nach denen in unserem Land mit einem überproportionalen Anstieg der Jugendkriminalität zu rechnen ist, und daß deshalb ein energisches Gegensteuern durch politische Maßnahmen erforderlich ist. Dies sollten wir in unserem Grundsatzprogramm manifestieren.

Ich meine aber auch, wir dürfen nicht nur von Resozialisierung reden und dabei die Probleme der Opfer von Straftaten vergessen. Deshalb sollten wir auch diese Gruppe in unserem Grundsatzprogramm erwähnen und diesen Menschen unsere Hilfe zusichern.

Wir im Kreisverband Neuß wissen sehr genau, daß in diese Ziffer eigentlich wesentlich mehr Gruppen hineingehört hätten, daß aber nicht alle diese Gruppen genannt werden können, weil das den Rahmen eines Grundsatzprogramms sprengen würde. Wir sind aber der Auffassung, daß wir hier mutig Schwerpunkte setzen und zu einer Lobby für jene werden sollten, die bisher keine Lobby haben.

Ich bitte um Unterstützung des Antrags.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Dr. Schulze-Olden.

Dr. Wolfgang Schulze-Olden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Kapitel muß sich alles das bewähren, was wir in diesen Debatten bisher zur Frage der Solidarität gesagt haben. Ich finde es einigermaßen erstaunlich, daß es trotz unseres Berlin-Forums und obwohl jedermann doch um die Probleme weiß, erst eines Anstoßes aus der Partei bedurfte, daß wir in unserem Programmentwurf auch etwas über die ausländischen Mitbürger geschrieben finden können. Und was wir hier finden, ist vergleichsweise bescheiden, wenn wir das all den anderen Themen gegenüberhalten; ich verweise z. B. auf die Freizeit-Diskussion des heutigen Tages. Das hat sicher seine Gründe.

Es ist sicherlich auch ein Eingeständnis schwerwiegender Versäumnisse, für die wir zum Teil auch selber zuständig sind - nämlich in jenen Ländern und Gemeinden, wo wir die politische Verantwortung tragen -, wenn wir schreiben müssen, daß wir nun erst dafür sorgen wollen, daß die Ausländer während ihres Aufenthaltes hier unter menschenwürdigen Bedingungen leben. Ich bin der Meinung, das ist zuwenig.

Es ist auch zuwenig, einfach festzustellen, daß sie ja doch eines Tages wieder unser Land verlassen werden. Wir brauchen hier - und deswegen beziehe ich mich auf den Antrag E 819 des Kreisverbandes Köln - zumindest noch einen ergänzenden Hinweis, daß wir ihnen auch den Erwerb der Staatsbürgerschaft in unserem Lande erleichtern wollen. Gehen wir doch nicht an der tat-

sächlichen Situation vorbei! Sie stellt sich so dar, daß z. B. in Großstadtbereichen heute jedes zweite oder dritte Kind ein Ausländerkind ist. Diese Familien denken gar nicht mehr daran, in kurzer Zeit unser Land wieder zu verlassen. Viele von ihnen haben hier ihre sozialen, kulturellen, familiären und wirtschaftlichen Bindungen und wollen sie auch erhalten sehen. Wir sollten es ihnen erleichtern, bei uns Bürger zu werden - mit all den Rechten und auch all den Pflichten, die sie dann als Bürger bei uns haben. Ich plädiere deswegen dafür, wenn wir uns schon in diesem Bereich so bescheiden geben müssen - aus vielen einsehbaren Gründen -, ihnen wenigstens den Erwerb der Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Insofern bitte ich, den Antrag des Kreisverbandes Köln zusätzlich in die Debatte einzubeziehen und den letzten Halbsatz des dort vorgeschlagenen Textes an die von der Antragskommission empfohlene Fassung anzufügen.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. Das Wort hat die Antragskommission. Herr Hasinger, bitte.

Albrecht Hasinger, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission dankt dem Sprecher zu Antrag E 809, daß er noch einmal auf die Gliederungsfrage hingewiesen hat. Ich habe Sie so verstanden, daß Ihrem Anliegen, wenn im Zuge einer redaktionellen Überarbeitung Ihre Gliederungsprobleme überprüft würden, Rechnung getragen würde. Dies sagen wir hiermit zu. Ich kann diesen Antrag nicht zur Befürwortung empfehlen, auch weil er in sich etwas widersprüchlich ist. Beispielsweise würden die Behinderten nach Ihrer Gliederungsziffer vollkommen herausfallen. Die sind in Ihrem Antrag vergessen worden. Wir geben die Zusage, die Sie erbeten haben.

Zweitens. Der Antrag E 821 des Kreisverbandes Neuß befaßt sich nach unserer Auffassung zwar mit sehr wichtigen Punkten, aber doch mit sehr speziellen Punkten, die nach unserer Auffassung im Grundsatzprogramm nicht, sondern in einem Aktionsprogramm geregelt werden sollten.

Wir sind drittens Herrn Schulze-Olden dankbar, daß er auf die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unserem Lande eingegangen ist. Er schlägt vor, den Antrag der Antragskommission um eine neue Ziffer 91 a zu ergänzen, und zwar um den Antrag E 819 des Kreisverbandes Köln. So viele Sympathien auch ich persönlich für den Inhalt dieses Antrages habe, ich glaube, wir wären als Parteitag überfordert, die schwierigen Fragen des Erwerbs der Staatsangehörigkeit in einer solchen Ziffer zu regeln. Ich glaube, daß dem Anliegen in der Grundtendenz den Antrages durch das Wort "soziale Integration" weitgehend Rechnung getragen ist.

Ich möchte ein abschließendes Wort sagen. Ich finde es besonders gut, daß in der neuen Ziffer 91a ein ausdrücklicher Satz über die Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer gesagt ist. Dies ist zweifelsohne eines der dringendsten sozialen Probleme, das in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Wir haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich komme zur Abstimmung über die Em-

pfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen mit der Karte. - Danke. Wer möchte ablehnen? - Mehrere Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Ziffer 85. Ich möchte aber, bevor ich Ziffer 85 aufrufe, eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Das Präsidium hat die Absicht, folgendermaßen weiter zu verfahren, wobei ich ausdrücklich sage, daß dies keine Festlegung, sondern nur beim Stand der Arbeiten bei Ziffer 85 um 22.45 Uhr eine Perspektive ist. Wir möchten gerne das Grundsatzprogramm bis einschließlich Ziffer 100 in dieser Sitzung weiterberaten und nach Ziffer 100 die Tagesordnungspunkte 14 und 15 "Änderung des Bundesstatuts" und "Sonstige Anträge" aufrufen, so daß für morgen früh "Der Staat" und "Deutschland in der Welt", also die Abschnitte V und VI, übrigbleiben.

Meine Damen und Herren, wer zum erstenmal hier ist: Das ist nichts Außergewöhnliches. Auf dem Hamburger Parteitag ist bis 2 Uhr morgens beraten worden. Wenn Sie weiter so zügig mitarbeiten, wird es heute nicht 2 Uhr werden. Ich sage noch einmal, dies ist die sich gegenwärtig abzeichnende Perspektive, aber niemand kann sich mit Sicherheit darauf verlassen, denn es ist jedes Mannes freies Recht, sich zu Wort zu melden, das wir nicht einschränken können. Er muß aber von dem Recht nicht Gebrauch machen.

Ich rufe jetzt Ziffer 85 auf. Dazu hat sich Herr Stroetmann gemeldet. - Bitte, Herr Stroetmann.

Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen Beiträgen oft davon gesprochen, daß es in unserem Grundsatzprogramm wesentlich darauf ankommt, klare, einprägsame und auch im Volk wirksame Begriffe zu finden. In der Ziffer 85, die der Bundesvorstand und auch die Antragskommission hier zur Abstimmung empfehlen, finden wir im ersten Satz die Formulierung: "Die wichtigsten Aufgaben sozialer Ordnungspolitik sind". Mein Anliegen und das Anliegen der CDU in Niedersachsen ist es, an die Stelle dieses Satzes den Satz zu setzen: "Zu den wichtigsten Aufgaben einer am Menschen orientierten Sozialpolitik gehört es". Dann kann mit den Spiegelstrichen fortgefahren werden.

Meine Damen und Herren, uns bewegt folgendes: Wer eigentlich kann wirklich etwas mit dem Begriff soziale Ordnungspolitik anfangen? Wir verkennen dabei gar nicht, daß natürlich auch Sozialpolitik ein Stück Ordnungspolitik ist. Wir reden aber auch nicht von wirtschaftlicher Ordnungspolitik oder von Wirtschaftsordnungspolitik, sondern wir reden von Wirtschaftspolitik, von Finanzpolitik und ähnlichen Dingen. Warum in aller Welt sollen wir an dieser Stelle von einem guten, einprägsamen, vernünftigen Begriff zugunsten eines Begriffes abweichen, unter dem sich draußen im Lande niemand etwas vorstellen kann? Wir meinen, es ist wichtig, daß hier an den Begriffen festgehalten wird, mit denen wir bisher gearbeitet haben. Das schließt nicht aus, daß wir in einer anderen Ziffer wie wir es vorgeschlagen haben, auch davon sprechen, daß sich Sozialpolitik nach ordnungspolitischen Grundsätzen ausrichten muß. Wir bitten aber dringend, an dieser Stelle einen Satz zu bringen, den man versteht, und wir meinen, mit dem Satz "Zu den wichtigsten Aufgaben einer am Menschen orientierten Sozialpolitik gehört es"

eine solche Lösung angeboten zu haben und wären für Ihre Unterstützung dankbar.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Stroetmann. - Das Wort hat die Antragskommission.

Dr. Georg Gölter, Antragskommission: Wir stimmen dem Vorschlag zu, ohne damit der Argumentation zuzustimmen. Es gibt trotz der Argumentation in der Tat eine soziale Ordnungspolitik. Aber der Vorschlag, wie er hier in Antrag E 834 gemacht worden ist, wird von der Antragskommission übernommen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keine Enthaltungen. - Doch, es gab Enthaltungen, es gab zwei oder drei Enthaltungen. Dann ist zu Ziffer 85 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 86 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 356 steht zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen.

Wer enthält sich? - Ich sehe auch keine Enthaltungen.

Ich rufe Ziffer 87 auf Seite 358 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 358 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer möchte sich enthalten? - Einige Enthaltungen. Dann ist zu Ziffer 87 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 88 auf Seite 361 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Seite 361 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 89, Seite 365, auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 365. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Ich sehe keine Gegenstimme. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ziffer 90! Hier gibt es eine Wortmeldung von Herrn Heinzel. - Sie haben das Wort.

Richard Heinzel, Bergkamen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir sprechen in dieser Ziffer 90 zum ersten Mal in unserem Grundsatzprogramm das Problem der älteren Menschen an. Wir im Kreisverband Unna haben uns mit diesem Problem befaßt und sind der Meinung, daß zum Ende des ersten Absatzes - wir haben dies in dem Antrag E 945 festgelegt - eine Einfügung gemacht werden sollte. Es heißt in der Ziffer 90: "Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie ihren älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglicht." Hier sollen vor dem Wort "ermöglicht" die

worte eingefügt werden: "in einem der Menschenwürde entsprechenden Rahmen".

Wir sind der Meinung, auch die älteren Menschen sollten von uns im Grundsatzprogramm ausdrücklich angesprochen werden. Wir haben zu der Ziffer 4 über die Menschenwürde diskutiert, diese Ziffer erweitert und das ungeborene Leben einbezogen. Ich meine, auch die älteren Menschen haben einen Anspruch darauf, uns allen mit diesem Grundwert bedacht zu werden.

Wenn wir die Ziffer 90 durchlesen, stellen wir fest, daß wir als CDU im Grundsatzprogramm davon ausgehen, daß den alten Menschen Leistung zwar nicht mehr abverlangt werden sollte, daß sie aber noch in die Leistung mit eingebunden werden sollen. Wir sagen, daß sie noch in Nachbarschaftshilfe gefordert werden können, und wir meinen, daß sie ein sinnerfülltes Leben führen. Dieser Meinung ist der Kreisverband Unna auch. Wir müssen aber sehen, daß es auch ältere Menschen gibt, die alle diese Dinge nicht mehr können. Gerade diese älteren Menschen, meine ich, bedürfen unserer besonderen Hilfe.

Die Antragskommission täte gut daran, noch einmal zu überdenken, ob der Antrag des Kreisverbandes Unna wirklich abgelehnt werden sollte. Wir meinen nämlich, der beantragte Einschub wäre durchaus nötig. Die Antragskommission sollte dem zustimmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Dazu die Antragskommission, Herr Dr. Gölter.

Dr. Georg Gölter, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission stimmt dem Antrag zu und schlägt vor, daß der Halbsatz am Ende des ersten Absatzes auf Seite 367 wie folgt formuliert wird: "Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie allen älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben in einem der Menschenwürde entsprechenden Rahmen ermöglicht." Durch die Einfügung des Wortes "aller" ist die besondere Gruppe einbezogen, an die der Kreisverband Unna gedacht hat.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, daß die Antragskommission den Wunsch des Kreisverbandes Unna in gewissem Umfang aufgenommen hat.

Ich stelle, weil ich keine weiteren Wortmeldungen habe, die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 367 mit der von der Antragskommission soeben vorgetragenen Erweiterung zur Abstimmung und bitte diejenigen, die zustimmen möchten, um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist Ziffer 90 so beschlossen.

Ziffer 91! - Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Kurt Haerzschel, Schopfheim: Herr Präsident, liebe Parteifreunde! Ich bin zunächst dankbar, daß die Antragskommission das Anliegen, die ausländischen Mitbürger im Programm anzusprechen, in einer eigenen Ziffer aufgenommen hat. Sie hat damit im Grunde ein Versäumnis der Grundsatzkommission behoben. Es wäre unverständlich und mit unseren Grundsätzen nicht zu vereinbaren, wenn wir die Probleme der ausländischen Mitbürger nicht erwähnt und dazu keine Aussage machten. Wir können

auch nicht für ein einiges Europa eintreten, ohne die Menschen aus anderen Ländern zu erwähnen, die bei uns leben, arbeiten und zu unserem Wohlstand beigetragen haben. Die ausländischen Mitbürger können erwarten und sollten wissen, daß wir sie gleichberechtigt in unsere Gesellschaft aufnehmen und daß wir ihnen die Hilfestellung geben wollen, damit sie sich unter den erschwerten Bedingungen voll integrieren können. Aber ich meine, wir müssen diese Aufgabe noch intensiver aufgreifen. Vor allen Dingen müssen wir den ausländischen Kindern helfen, ihre Chancen in unserem Lande wahrzunehmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Diskussionsredner, entschuldigen Sie die Unterbrechung! Ich glaube, Sie plädieren für etwas, was schon beschlossen ist.

Kurt Haerzschel, Schopfheim: Nein. Ich komme jetzt noch zu einem Vorschlag, Herr Vorsitzender. Ich möchte nämlich, daß in die Ziffer 91, in der es um die Chancen der Kinder geht, eine Ergänzung eingefügt wird.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das ist vorhin durch die Annahme des Antrags E 810 beschlossen worden. Ich möchte Ihnen nur die Mühe ersparen, weil das, was Sie möchten, schon beschlossen ist.

Kurt Haerzschel, Schopfheim: Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, ich habe überhört, daß diese Ziffer schon beschlossen wurde. Ich hätte da gern eine Ergänzung angebracht. Aber nun ist es dazu natürlich zu spät.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Daß man das nicht ganz übersieht, ist verständlich. Ich will es Ihnen ja nur leichter machen.

Kurt Haerzschel, Schopfheim: Aber es wird doch jetzt über die Ziffer 91 beschlossen?

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Darf ich zu Klärung des Sachverhalts das Wort einen Augenblick der Antragskommission geben. Wenn Sie wünschen, kriegen Sie das Wort dann gleich wieder.

Heinz Franke, Antragskommission: Lieber Kurt Haerzschel, bei Ihrer Einführungsrede hatten wir den Eindruck, daß es nur um die Berücksichtigung der Anträge, die nach Ziffer 91 kommen, ging. Die hatten wir eben bei dem Antrag E 810 erledigt. Wir haben noch nicht gehört, welche Ergänzung Sie zu Ziffer 91 bringen wollten. Das Problem der ausländischen Kinder haben wir mit dem Antrag E 810 schon erledigt.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Herr Haerzschel, möchten Sie noch einmal sprechen, oder ist die Sache erledigt? - Das scheint erledigt zu sein.

Dann können wir zu Ziffer 91 zurückkehren. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 369. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Keiner. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch keine Enthaltung.

Dann kommen wir zur Ziffer 92, Seite 372. Das Wort hat Frau Dr. von Kugelgen, danach Frau Doris Altewischer. - Bitte, Frau von Kugelgen.



Frau Dr. Helga von Kùgelgen, Bad Kreuznach: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte gegen den zweiten Absatz im Antrag E 966 sprechen. Die Antragskommission hat einen Passus aus dem Antrag E 971 von Aachen übernommen, aber die Aussage, die die Aachener machen wollten, durch eine Einfügung im Grunde genommen verfälscht.

Die Antragskommission sagt: "Der medizinisch-technische Fortschritt hat neue Heilungschancen gebracht ... ." Sie hat dann eingefügt: "..., die jedermann eröffnet werden müssen."

Meine Damen, meine Herren, die Medizin ist so weit fortgeschritten, daß wir nicht alles, was möglich und machbar wäre, bezahlen können. Darüber hinaus wollen die Aachener sagen, daß mit dem medizinisch-technischen Fortschritt die Gefahr besteht, daß unsere Medizin inhuman wird.

Weil dieser Gedanke sehr wichtig ist, plädiere ich dafür, daß der Zusatz "die jedermann eröffnet werden müssen" gestrichen wird.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau von Kùgelgen. Jetzt spricht Frau Altewischer.

Frau Doris Altewischer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte einen Vorschlag vorbringen, der an das anknüpft, was eben gesagt wurde. In dem zweiten Absatz des Textes der Antragskommission bitte ich drei Sätze aus dem Antrag des Kreisverbandes Dortmund E 973 einzufügen. Sie lauten: "Psychisch Kranke sind bisher nicht in gleichem Maße wie Körperlich Kranke versorgt worden. Diese Minderbewertung und Minderbehandlung bestimmter Krankheiten muß überwunden werden. Für chronisch Kranke und Pflegebedürftige müssen vermehrt menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen werden."

Das könnte auch eingefügt werden, wenn so verfahren würde, wie eben die Vorrednerin gesagt hat.

Meine Damen und Herren, hier geht es um Probleme, die sich weitgehend dem Interesse der Öffentlichkeit entziehen.

Sie können vielleicht sagen, verehrte Antragskommission, daß das Anliegen des letzten Satzes möglicherweise bereits unter Ziffer 77 erfaßt sei. Da steht es aber in einem Kontext mit sozialer Schwäche, die aus eigenem Verschulden entstanden ist.

Mir erscheint es wichtig, hier doch auch das Problem des dritten Satzes noch einmal anzusprechen. Chronisch Kranke und Pflegebedürftige müssen heute noch sehr oft unter Bedingungen leben - das wissen wir wahrscheinlich alle -, die nicht als menschenwürdig zu bezeichnen sind. Hierauf ihr Augenmerk zu richten muß Aufgabe der CDU sein, wenn wir uns, wie wir das heute morgen beschlossen haben, unter den Anspruch des christlichen Glaubens und damit der Solidarität mit den Schwachen stellen. Ich meine, dies müßte an einer Stelle des Parteiprogramms besonders festgehalten werden.

Was die ersten beiden Sätze betrifft, so sieht es mit der Situation der psychisch Kranken ähnlich aus. Meine Damen und Herren, ich möchte behaupten: Das sind die Aussätzigen unserer Gesellschaft. Jeder von uns, auch ich, darf jede Krankheit haben und über jede seiner Krankheiten sprechen. Sollte er aber psychisch krank werden, etwa eine Psychose bekommen,

dann zwingt ihn die öffentliche Meinung dazu, dies selbst vor seinen besten Freunden verborgen zu halten. Es ist ein größerer Makel als eine Gefängnisstrafe. Entsprechend schlecht sind häufig die Behandlung und die ärztliche Versorgung dieser Kranken.

Es stünde, so meine ich, der CDU gut an, den psychisch Kranken zu helfen. Ein Anfang dazu wäre eine entsprechende Festlegung im Parteiprogramm. Ich bitte Sie also noch einmal, diese drei Sätze einzufügen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Franke.

Heinz Franke, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben keine Bedenken, diese Anregungen aufzugreifen. Wir werden sie einbauen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, das soll wohl heißen, daß die Empfehlung der Antragskommission, die auf Seite 372 steht, um die Sätze ergänzt wird, die eben beantragt worden sind. Das Wort "einbauen" verstehe ich so, daß das stilistisch an der richtigen Stelle in den Antrag eingebaut wird. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Einige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Keine Enthaltung. Dann ist Ziffer 92 so beschlossen.

Ich übergebe den Vorsitz jetzt an Herrn Geil.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 93 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission auf Seite 379 abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 94 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission in der geänderten Fassung auf Seite 381 abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Drei Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 95 auf und verweise auf Seite 382. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 382 abstimmen. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Mir liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Dr. Langguth vor.

(Zuruf: Später!)

- Wie ich höre, kommt das später.

Ich rufe Ziffer 96 auf. Dazu hat Herr Spaleck das Wort.

Otto Spaleck: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen. Meine Herren! Ich plädiere dafür, Ziffer 96 nicht ersatzlos zu streichen, wie es vorgesehen ist.

Es ist in der Tat so, daß sich die Politik des sozialen Ausgleichs häufig falscher Instrumente bedient und ihr Ziel des sozialen Ausgleichs verfehlt. Der größte Teil der Sozialleistungen wird heute von jenen aufgebracht, die sie auch erhalten. Die Einzahlungen der Bürger über Steuern und Sozialabgaben werden bei der Auszahlung zudem um die enormen Kosten der Verwaltungsbürokratien verringert. Diese Politik ist unsozial, lähmt die Privatinitiative der Bürger, schwächt die Leistungskraft der Volkswirtschaft und führt den einzelnen in verstärkte Abhängigkeit vom Staat.

Bitte verschließen Sie sich diesen zentralen Anliegen nicht, und stimmen Sie dem Antrag 1032 des Kreisverbandes Borken auf Seite 384 zu, allerdings mit der kleinen Änderung, daß die Worte "und verfehlt ihr Ziel der gesellschaftsgestaltenden Umverteilung" geändert werden in "und verfehlt ihr Ziel des sozialen Ausgleichs".

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Ich bitte Herrn Franke, für die Antragskommission das Wort zu nehmen.

Heinz Franke, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß Ziffer 96 gestrichen und auf Empfehlung der Antragskommission in die Anliegen der Ziffer 94 eingebaut ist. Ich möchte dafür plädieren, daß Sie Ziffer 96 streichen und noch einmal die Ziffer 94 nachlesen.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Antragskommission bleibt bei ihrem Vorschlag, wie er auf Seite 383 ausgedruckt ist. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Eine Reihe von Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Ich rufe jetzt Ziffer 97 und dazu die Tischvorlage Antrag E 1113 auf. Es gilt der Text auf der Tischvorlage. Der erste Satz ist neu gefaßt. Aber der gesamte Text ist neu ausgedruckt. Nehmen Sie daher bitte die Tischvorlage zur Hand. Dazu hat jetzt der Sprecher der Antragskommission das Wort.

Albrecht Hasinger, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Vielleicht erübrigen sich nach meinem Beitrag einige Wortmeldungen. Die Antragskommission schlägt Ihnen die Annahme des Antrags E 1113 von Frau Verhülsdonk und weiteren Delegierten sowie nach Rücksprache mit unseren westfälischen Freunden eine weitere Veränderung gegenüber dem ausgedruckten Text vor. Bitte schlagen Sie noch einmal Seite 385 des Antragsbuches auf. Dort finden Sie in der Mitte der ursprünglichen Empfehlung der Antragskommission, die im übrigen auch unverändert auf dem Umdruck Antrag E 1113 steht, einen fettgedruckten Abschnitt, der mit folgendem Satz beginnt:

"Familienleistungen müssen als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden."

Wir schlagen Ihnen vor, diesen Satz durch einen Satz aus dem Antrag E 1039 des Landesverbandes Baden-Württemberg zu ersetzen, der folgendermaßen lautet:

"Familienleistungen der Frau müssen ebenso als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden wie Beitragszahlungen aus Erwerbseinkommen."

Dadurch wird die Leistung der Frau in der Kindererziehung usw. in besonderer Weise unterstrichen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Wex.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Der Bundesvorstand der Frauenvereinigung hat als ersten Satz in Ziffer 97 die folgende Formulierung angenommen:

"Staat und Gesellschaft sind auf die Mitarbeit der Frau angewiesen."

Die Antragskommission hat die vielfältigen Vorschläge der Frauenvereinigung zum Grundsatzprogramm in allen wesentlichen Punkten angenommen. Ich möchte ihr und ebenso dem Parteitag für die Aufgeschlossenheit in diesen Fragen danken.

(Beifall)

Unser Hauptgedanke, den wir in diesem ersten Satz zum Ausdruck bringen wollten, war dieser: Staat und Gesellschaft sind auf die Mitarbeit der Frau angewiesen, und zwar unabhängig davon, welche Rolle die Frau wählt, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der Familie berufstätig sein will - wir wollen ja auch den Begriff der Berufstätigkeit erweitern - oder beides miteinander verbinden will. Staat und Gesellschaft haben beide Tätigkeiten gleichermaßen nötig.

Die Antragskommission hat diesen Satz nun gestrichen. Ich höre, daß die Herren gemeint haben, dieser Satz wäre zu herablassend für die Frauen. Wenn das der Grund für die Streichung war, werden wir nicht auf diesem Satz bestehen. Wir bitten aber, dem Antrag E 1113 zuzustimmen, damit der Gedanke, der hinter dem erwähnten Satz steht, nicht ganz verlorengeht. Heute morgen hat der Parteitag einstimmig den Gedanken der Frauenvereinigung übernommen, daß Partnerschaft zwischen Mann und Frau zum Verständnis des Menschen gehört. Der vorhin zitierte Satz würde hierzu eine notwendige Verbindung und Ergänzung bedeuten. Wir bitten also, dem Antrag E 1113 zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Die Wortmeldung von Herrn Kroll-Schlüter ist, wie ich höre, zurückgezogen. Jetzt hat Frau Thoben das Wort.

Frau Christa Thoben: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es ganz nachdrücklich, daß die Antragskommission die Ergänzung in unserem Sinne vorgenommen hat. Wir halten es für sehr wesentlich, daß darauf hingewiesen wird und auch als Grundsatz festgehalten wird, daß die Hausfrauentätigkeit einen gleichberechtigten Beitrag zum Generationenvertrag - nicht etwa nur die Zahlung von Beiträgen aus den Erwerbseinkommen - darstellt. Kindererziehung und Hausfrauentätigkeit können, wenn Sie mir diese lockere Ausdrucksweise gestatten, quasi als Natural-

leistungen im Rahmen des Generationenvertrages angesehen werden. Dies sollte als Grundsatz auch festgehalten werden. Wir begrüßen daher sehr nachdrücklich die erwähnte Ergänzung und freuen uns darüber.

(Teilweise Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Jetzt hat Frau Limbach, Landesverband Rheinland, das Wort.

Frau Editha Limbach: Herr Präsident! Ich bitte um Entschuldigung, ich hatte vermerkt, daß diese Wortmeldung nur zu realisieren ist, wenn es Gegenrede gibt. Es hat bis jetzt keine gegeben.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse jetzt über die Tischvorlage - Umdruck E 1113 - mit der von der Antragskommission vorgeschlagenen Änderung - d. h. Übernahme des letzten Satzes aus dem Antrag E 1039, so wie von Herrn Hasinger hier erläutert - abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission auf Umdruck E 1113 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. - Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 98 auf Seite 389 des Antragsbuches auf. Zunächst hat Herr Prosch aus Hamburg das Wort.

Eduard Prosch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Antragskommission bitten, sich zwei Ergänzungen zu eigen zu machen, die in den von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen Text notwendigerweise eingefügt werden müßten, damit der Sinngehalt genau dem entspricht, was gemeint ist. Ich möchte diese Ergänzungen vortragen. Der fettgedruckte Teil der Empfehlung der Antragskommission auf Seite 389 muß ergänzt und wie folgt formuliert werden:

"Die Bereitschaft zur persönlichen Vorsorge für Alter und Krankheit ..."

Alter und Krankheit sind beides Vorsorgenotwendigkeiten, die wir auch als solche anerkennen wollen. Ich habe den Eindruck, die Antragskommission hat sich diese Ausweitung lediglich nicht vergegenwärtigt und hat deshalb nur den Begriff "Alter" in den Text aufgenommen. Der Begriff "Krankheit" muß, wie gesagt, mit eingefügt werden.

Zum Schluß ist eine den Sinn verändernde Zusammenfügung eines Substantivs erfolgt. Der letzte Satz lautet wie folgt:

"Deshalb halten wir an der gegliederten Sozialversicherung fest."

In dem letzten Absatz ist aber richtigerweise von der sozialen Sicherung und nicht nur der Sozialversicherung die Rede. Ich meine, daß es auch in dem letzten Satz - den Sinn richtiger wiedergebend - "soziale Sicherung" heißen muß.

Deshalb mein Votum gegenüber der Antragskommission, weiter oben im Text den Begriff "Krankheit" einzufügen und den letzten Satz wie folgt zu formulieren:

"Deshalb halten wir an der gegliederten sozialen Sicherung fest."

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission hat Herr Hasinger das Wort.

Albrecht Hasinger, Antragskommission: Die Antragskommission macht zunächst darauf aufmerksam, daß in ihrem Vorschlag auf Seite 389 - einem vielfachen Wunsch verschiedener Antragsteller entsprechend - der letzte Satz der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Fassung entfällt, der mit den Worten "Versicherung und Umverteilung sind zwei verschiedene Gesichtspunkte" beginnt. Sie ist nicht der Meinung, daß dieser Satz falsch ist, meint aber, daß er in seiner Verkürzung zu Mißverständnissen führen könnte.

Den Vorschlägen, die Herr Prosch hier vorgetragen hat, stimmt die Antragskommission zu. Wir schlagen demgemäß vor, im letzten Satz des dritten Absatzes die Worte "das Alter" durch die Worte "Alter und Krankheit" zu ersetzen und den letzten Satz im vierten Absatz wie folgt zu formulieren:

"Deshalb halten wir an der gegliederten sozialen Sicherung fest."

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen.

Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe sodann Ziffer 99 auf Seite 392 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 392 und 393 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Ziffer 100 auf den Seiten 393 und 394 auf. Dazu hat für die Antragskommission zunächst Herr Hasinger das Wort.

Albrecht Hasinger, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat in ihrem Vorschlag - wie Sie gesehen haben werden - weite Teile von Anträgen übernommen, die verschiedene Kreis- und insbesondere Landesverbände gestellt haben. Ich möchte nach Rücksprache mit unseren westfälischen und niedersächsischen Freunden noch eine weitere Änderung vorschlagen. Auf Seite 394 finden Sie in der rechten Seite einen fettgedruckten Teil mit dem Wortlaut:

"Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn Familienleistung als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden. Die zu sichern, ist Aufgabe der gesetzlichen Ordnung des Generationenvertrages."

Die Antragskommission schlägt nun folgende Änderung des zweiten Satzes der eben verlesenen Formulierung vor:

"Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen zum Generationenvertrag anerkannt werden."

Diese Fassung nimmt auch einen Gedanken auf, der bereits vorhin in die Ziffer 97 eingegangen ist.

Ich glaube, daß damit dem Anliegen der Antragsteller weitgehend entsprochen worden ist.

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Professor Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Bei der Vorbereitung zum Bundesparteitag und zur Diskussion über das Grundsatzprogramm hat der westfälisch-lippische Landesverband unter den Themen, die er für wichtig hielt, die Fortentwicklung und Ergänzung des Generationenvertrages als das wichtigste Thema ausgewählt.

Dieser Generationenvertrag, das Verhältnis zwischen den Generationen, wurde von uns in der Vergangenheit primär als die Verbindung, als die Solidarität zwischen den jeweils arbeitenden Generationen und denen, die nicht mehr arbeiten, diskutiert.

Pater von Nell-Breuning hat im Sommer dieses Jahres in einem, wie ich glaube, aufsehenerregenden Artikel darauf hingewiesen, daß der Generationenvertrag nicht nur die Einlösung der solidarischen Verpflichtung gegenüber denen umfaßt, die schon gearbeitet haben und die am Ende ihres Arbeitslebens durch ihre Solidarität einen Anspruch auf die Solidarität der nachwachsenden, jetzt arbeitenden Generation erworben haben und die darauf ihre Erwartungen auf soziale Sicherheit im Alter durch ein angemessenes Alterseinkommen stützen, sondern daß vielmehr für die dauerhafte Beständigkeit dieses Generationenvertrages ebenso entscheidend ist, daß auch die arbeitende Generation ihre Verpflichtung einlöst, für nachwachsende Generationen Sorge zu tragen.

(Beifall)

Diese dritte Dimension des Generationenvertrages kommt besonders plastisch zum Ausdruck, wenn man sich vor Augen führt, daß eine Frau, die vier Kinder gehabt und großgezogen hat und deshalb nie arbeiten gehen konnte, dann, wenn sie alt ist, keinen eigenen Anspruch auf eine Altersversorgung erworben hat, während eine gleichaltrige Frau, die keine Kinder hatte, die gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, auf Grund dieser Beitragszahlungen einen solchen Anspruch auf Altersversorgung aus eigenem Recht erwirbt, und zwar gegen die Kinder der ersten Frau.

Hier liegt eine Lücke. Die Frau, die die Kinder geboren und großgezogen hat, hat gewissermaßen im solidarischen Verhältnis der Generationen zueinander keinen Anspruch gegen die nachwachsende Generation, d.h. auch nicht gegen ihre eigenen Kinder, auf ein Alterseinkommen aus eigenem Recht. Diejenige, die zur Einhaltung des Generationenvertrages nicht durch die Geburt von Kindern, sondern durch die Zahlung von Beiträgen, aus denen das Alterseinkommen der Älteren finanziert wird, beigetragen hat, hat einen Anspruch erworben. Wir haben darin einen entscheidenden Mangel gesehen - und sehen ihn immer noch. Wir sind deshalb dankbar, daß die Antragskommission diesen Anregungen des westfälisch-lippischen Landesverbandes, denen sich dankenswerterweise auch andere, insbesondere der baden-württembergische Landesverband, angeschlossen haben, Rechnung getragen hat.

(Beifall)

Wir glauben, daß hier in der Tat ein Durchbruch erzielt worden

ist, um die Dimension des Systems der sozialen Sicherheit über ein Geldverhältnis zwischen den Generationen hinaus zu einem Leistungsverhältnis zu erweitern, daß dadurch charakterisiert ist, daß diese Generationen der Zukunft überhaupt erhalten werden.

Wir haben schon gestern in der Generaldebatte und schon vielfach vorher, vor allem auf dem "Kleinen Parteitag" der CDU, das große Problem der Zukunftssicherung angesprochen. Zu dieser Zukunftssicherung gehört es eben nicht nur, daß wir in den Betrieben Kapital bilden, daß wir Infrastrukturleistungen schaffen, sondern zu dieser Zukunftssicherung gehört vor allem, die Sicherung der Gemeinschaft selbst.

Es wird für die CDU - und hier hat das Grundsatzprogramm erst Anfänge gesetzt, und viel bleibt zu tun - eine herausragende Herausforderung sein, die Erhaltung dieser Generationen selbst zu gewährleisten, d.h. die Bemühungen um eine Sicherstellung der Existenz einer ausreichenden Zahl von Menschen in zukünftigen Generationen so zu unterstützen, daß auch diese Dimension der Zukunftssicherung mit freizeithilflichen Mitteln im Rahmen einer sozial gerechten Ordnung wieder garantiert wird.

Wir sehen in der Verwirklichung der Anträge, die wir gestellt haben, dazu einen ersten, aber ganz entscheidenden Schritt. Ich möchte deshalb dem Parteitag nachdrücklich die Annahme der Empfehlungen der Antragskommission nahelegen.

(Beifall)

Rudi Geil, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 393 und 394, jeweils in der rechten Spalte des Antragsbuches, mit der Ergänzung, so, wie sie eben Herr Hasinger vorgetragen hat. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Zeichen. Ich bitte um die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen. Damit ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das Kapitel IV ist damit beraten. Ich bedanke mich und übergebe die Tagungsleitung Herrn Dübel.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen nunmehr die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 13.

Ich rufe nunmehr Punkt 15 der Tagesordnung auf:

#### Sonstige Anträge

Das ist das Kapitel I des Antragsbuches auf den Seiten 510 und 511.

Ich rufe zunächst den Antrag I 1 auf. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in folgender Fassung:

"Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, einem der nächsten Bundesparteitage Grundsätze zur Schulpolitik zur Verabschiedung vorzulegen."

Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Eine Nein-Stimme. Ich bitte um Enthaltungen. - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag I 1 entsprechend der Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Antrag I 2 auf. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.



Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag I 3 auf. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in folgender Fassung: "Der Bundesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den CDU- und CSU-geführten Ländern und der Bundes-KPV zu prüfen, ob die Gemeinden..."

Wer für diesen Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Soweit ich sehe keine. Damit ist der Antrag gegen eine Stimme angenommen.

Ich rufe Antrag I 4 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit einstimmige Annahme.

Ich rufe den Antrag I 5 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag gegen einige Stimmen und bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe die Anträge I 6 und I 7 auf. Eine Wortmeldung: Herr Hauser, Rheinland.

Alo Hauser, Bonn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anträge I 6 und I 7, die sich einerseits mit der Vorbereitung der europäischen Wahlen, zum anderen mit der Verzahnung des Europäischen Parlaments und seiner Abgeordneten mit entsprechenden Institutionen in der Bundesrepublik befassen, sind im wesentlichen inhaltsgleich. Der Kreisverband Bonn macht sich statt des Antrages I 7 in Absprache mit dem Kreisverband Bergstraße den Antrag I 6 zu eigen.

Nun hat die Antragskommission die Überweisung an den Bundesvorstand empfohlen. Wir haben auf einem vorangegangenen Bundesparteitag einen ähnlichen Antrag gestellt, bei dem ebenfalls Überweisung an den Bundesvorstand empfohlen worden ist. Die Ergebnisse dieser Überweisung haben aber nicht dem entsprochen, was wir beantragt hatten. Deswegen wären wir diesmal für eine klare Entscheidung des Parteitages in Form der Annahme des Antrags des Kreisverbandes Bergstraße dankbar.

Dieser Antrag fordert den Bundesvorstand zu einer verstärkten Koordinierung der Vorbereitung der Europawahl mit den Landesverbänden auf. Zweitens soll nach diesem Antrag darauf hingewirkt werden, daß im Prinzip keine Verzahnung, kein Doppelmandat - Europäisches Parlament und Bundestag - stattfindet. Drittens soll zwischen der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der entsprechenden Fraktion im Europäischen Parlament eine enge Verzahnung in Form einer gegenseitigen Anwesenheit stattfinden. Viertens sollen

die Mitglieder des Europäischen Parlamentes, die ja dem Bundestag nicht angehören sollen, das Recht haben, an den Bundestags-sitzungen teilzunehmen.

Ferner erwarten wir, daß der Bundesvorstand im Falle der Annahme des Antrages auf dem Kieler Parteitag über die Ergebnisse berichtet.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hauser, für diesen Diskussionsbeitrag. Von seiten der Antragskommission wird das Wort nicht mehr gewünscht. Der Bundesvorsitzende hat dazu das Wort.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar kurze Bemerkungen zu dem, was unser Freund Hauser hier sagte.

Ich bin selbstverständlich gerne bereit - und das ergibt sich aus der Natur der Sache, nämlich der Wahlkampföffnung zur Europawahl -, auf dem Kieler Parteitag darüber zu berichten.

Aber vorweg schon eine Bemerkung zu zwei, drei Punkten, die Sie angesprochen haben. Herr Hauser, ich halte es für ganz selbstverständlich - und wir haben hier jetzt gleich einen Antrag, der die satzungsmäßigen Gegebenheiten regelt -, daß die Vorbereitung der Europawahl zentral durch die Bundespartei so geführt wird, als sei dies ein Bundestagswahlkampf, und zwar mit den Konsequenzen, die dabei notwendigerweise entstehen. Aber das kann nur dann erfolgreich sein, wenn eine enge Kommunikation mit den Landesverbänden und Kreisverbänden gegeben ist.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß es zwingend notwendig ist, ziemlich zu Beginn des neuen Jahres in einer Kreisvorsitzendenkonferenz - wir haben ein solches Instrument in der Satzung nicht, aber wir sind immer wieder darauf zurückgekommen -, einmal das gesamte Konzept zum Thema Europawahl vorzutragen, zu diskutieren, um damit die entsprechende Kommunikation sicherzustellen.

(Beifall)

Zweitens. Ich will hier zwei Bemerkungen machen, die sich nicht widersprechen; ich will das gleich vorweg sagen. Ich bin für den Regelfall ganz und gar entschieden gegen ein Doppelmandat.

(Beifall)

Ich halte das von der Bedeutung der Sache her - nämlich des Mandats im Bundestag und des Mandats im Europäischen Parlament - für selbstverständlich. Das ist gar nicht miteinander zu vereinbaren. Das ist besonders deswegen so - und darüber haben sich viele unserer Freunde noch keine hinreichenden Vorstellungen gemacht -, weil die Abstimmungen und der parlamentarische Alltag des Europäischen Parlamentes ganz anders sein werden als im Bundestag, wo sich klare Fronten von Regierung und Opposition gegenüberstehen. In den Jahren der Gründung - wir hoffen, daß das auch dort einmal anders wird - und der Integration Europas werden dort solche Fronten nicht vorhanden sein. Dort wird es entscheidend darauf ankommen, ob die jeweiligen Fraktionen bei konkreten Abstimmungen alle Mann an Bord haben. Das heißt also im Klartext: Wenn wir wollen, daß Europa nicht eine Funktion des Büros der

Sozialistischen Internationale wird; daß das Europäische Parlament nicht von dort seine Weisungen bekommt, dann müssen wir im Verein mit befreundeten Parteien, die mit uns auch Absprachen treffen, im Parlament auch koalitionsfähig sein. Da nützt es nichts, wenn wir nach der Zahl, die wir bei der Wahl erzielt haben, koalitionsfähig sind, sondern die, die dort für uns sprechen und verhandeln, werden vor allem dann bündnisfähig sein, wenn wir jeweils hundert Prozent unserer Abgeordneten dorthin wirklich entsenden.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, ich füge unter Blick auf den Punkt 3 der Anordnung des Kollegen Hauser hinzu: Ich bin gegen einen strikten Parteitagebeschuß. Ich bin dafür, daß der Bundesvorstand eine Ausnahme von der Regel beschließen kann. Er ist Ihnen ja dann für seinen Beschluß Rechenschaft schuldig. Es kann, Herr Hauser, sehr wohl auch etwa im Interesse der Bundestagsfraktion sein, daß es in einem konkreten Beispiel -- Sie merken, ich spreche, was die denkbare Zahl betrifft, schon sehr zurückhaltend -- unser elementares Interesse ist, daß es hier eine Verbindung gibt. Ich habe mit dem Kollegen Klepsch und mit anderen, die das aus der Arbeit in Brüssel und Straßburg sehr viel besser wissen, darüber gesprochen.

Ich kann Ihnen zur Stunde, offen gesagt, noch kein Konzept unterbreiten, wie die ständige Verbindung zwischen den Fraktionen hergestellt wird. Aber dies wird ein ganz wichtiger Punkt sein.

Ich füge eines gleich hinzu: Herr Hauser, ich glaube nicht daran, daß es möglich ist -- auch nicht, daß es verfassungsrechtlich möglich werden wird --, daß etwa die Mitglieder des Europäischen Parlaments so, wie manche glauben, daß es möglich wäre, zu Rede-recht -- à la Bundesrat -- im Bundestag kommen könnten. Ich glaube dies nicht. Alle bisherigen Expertisen laufen darauf hinaus, daß dies vom Grundsätzlichen her und auch unter dem Blickpunkt der Praktikabilität nicht möglich sein wird.

Eine ganz andere Frage ist, ob man nicht für diejenigen Kollegen, die an Sitzungen des Bundestages teilnehmen wollen, eine Chance schafft, dies ohne großes Wenn und Aber tun zu können. Meine Damen und Herren, es wäre für mich als Fraktionsvorsitzenden -- wenn ich das einmal aus dieser Warte sagen darf -- vielleicht eine gute Sache, daß diejenigen, die bisher dem Europäischen Parlament und dem Bundestag angehört haben und gelegentlich nicht im Bundestag waren, dann, wenn sie ihm nicht mehr angehören, gelegentlich im Bundestag wären.

(Heiterkeit und Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken den Bundesvorsitzenden für seine grundsätzlichen Bemerkungen zur Direktwahl zum Europäischen Parlament.

Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Ich stelle diese Empfehlung zur Abstimmung. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -- Ich bitte um die Gegenprobe. -- Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? -- Eine Enthaltung. Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben noch zwei Tischvorlagen zum Tagesordnungspunkt 15 bekommen. Ich rufe den Antrag I 8 auf. Ich hoffe, daß er Ihnen allen vorliegt. Es ist ein Antrag der

Delegierten Kohl, Geißler und weiterer 30 Delegierter:

Der 26. Bundesparteitag möge beschließen:

"Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, gemeins. mit den Landesverbänden und den Bundesvereinigungen der Partei zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, daß die besonderen Anliegen der älteren Generation in der Politik der CDU noch besser gewahrt werden."

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einige Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung angenommen.

Ich rufe den Antrag I 9 der Delegierten Griesinger, Maurer und weiterer 37 Delegierter auf. - Der Antrag ist noch nicht überall verteilt. Darf ich die Damen bitten, die Verteilung vorzunehmen, damit wir in den Beratungen fortfahren können. Ich darf den Antrag vorlesen und hoffe, daß wir dann darüber abstimmen können:

Der 26. Bundesparteitag möge beschließen:

"Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen, damit endlich die in § 1348 RVO (Arbeiterrentenversicherung) und § 111 (Angestelltenversicherungsgesetz) festgelegte Bundesgarantie für die Rentenversicherungen in dem vorgesehenen besonderen Gesetz klar verankert wird.

Die Bundesregierung wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, die Einzelheiten eines solchen Gesetzes dem Deutschen Bundestag vorzulegen."

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags in der Form des ersten Absatzes. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag in der von der Antragskommission empfohlenen Form angenommen. Ich bekomme soeben noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, und zwar zum Tagesordnungspunkt 15. Herr Rosorius, Rheinland.

Jürgen Rosorius: Herr Präsident, ich habe eine Frage: Was geschieht mit den Initiativanträgen, die innerhalb der Antragsfrist eingereicht, bisher hier aber nicht verteilt wurden? Es handelt sich um eine ganze Reihe, und zwar auch sehr wichtiger Anträge, z.B. zum Thema Radikale im öffentlichen Dienst - um nur ein Thema zu nennen. Ist gesichert, daß der Tagesordnungspunkt 15 morgen noch einmal aufgerufen wird?

(Zuruf: Ja!)

- Ja, gut. Es ist bisher noch nicht gesagt worden.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Rosorius, es ist gesichert, daß die Anträge, die fristgerecht eingehen, morgen noch behandelt werden. Wir wollten nur die Gelegenheit nutzen, die schon vorliegenden Anträge heute abend noch abzuhandeln, damit

wir morgen auch für die grundsätzlichen politischen Beratungen, vor allem auf dem Gebiete der Außen- und Deutschlandpolitik, mehr Zeit haben.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 14:

Anträge auf Änderung des Bundesstatuts

Es handelt sich um die Seite 509 des Antragsbuchs. Zu den dort ausgewiesenen fünf Anträgen kommt noch der Antrag H 6 der Delegierten Kohl, Kiesinger, Filbinger und 28 weiterer Delegierter hinzu.

Ich rufe den Antrag H 1 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Der Antrag H 2 ist zurückgezogen.

Ich rufe den Antrag H 3 auf. Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an den Bundesvorstand. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Antrag H 4. Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an den Bundesvorstand. Wer stimmt der Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Antrag H 5. Vorschlag der Antragskommission: Überweisung an den Bundesvorstand. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? - Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Auch einige. So beschlossen.

Ich rufe den Antrag H 6 auf. Das ist der Antrag, nach dem festgelegt werden soll, daß die im Statut enthaltenen Bestimmungen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundestagswahlkämpfen sinngemäß auch für die Vorbereitung und Durchführung der Europawahlkämpfe gelten. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich muß noch zwei, drei geschäftsleitende Bemerkungen machen, möchte aber zuerst sagen: Alle in diesem Hause Dienst tuenden Kräfte sind jetzt seit 17 Stunden im Einsatz.

(Lebhafter Beifall)

Sie haben ein Wort des Dankes verdient. Zweitens teile ich mit, daß dem Wunsch einiger Delegierter, den Tagesordnungspunkt "Grußworte" jetzt noch einmal aufzurufen, nicht entsprochen wird.

(Heiterkeit)

Drittens: Für morgen ist folgende Abfolge geplant. Wir beginnen um 9 Uhr mit dem Kapitel "Staat". Wir erwarten nach dem Kapitel "Staat" ein Grußwort des ÖVP-Vorsitzenden Taus.

(Beifall)

Dann schließen wir das Kapitel Außenpolitik, überschrieben "Deutschland in der Welt" an. Es betrifft nicht nur Außenpolitik. Dann rufen wir noch einmal den Tagesordnungspunkt 15 "Sonstige Anträge" auf und erwarten dann das Schlußwort des Bundesvorsitzenden.

Meine Damen und Herren, die nächste Sitzung wird für morgen früh 9 Uhr einberufen.  
Ich schließe für heute abend.

(Schluß der Sitzung: 23.50 Uhr)

Mittwoch, 25. Oktober 1978

6. Plenarsitzung

Beginn: 9.08 Uhr

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 6. Plenarsitzung.

Wir fahren fort in der Behandlung des Tagesordnungspunktes 13:

Beratung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm

Wir kommen zu Kapitel V, Der Staat. Im Vorlauf zu diesem Kapitel haben wir uns zunächst mit den Gliederungsfragen und mit der Kapitelüberschrift zu beschäftigen.

Die Antragskommission empfiehlt folgende Neugliederung vorzunehmen: Die alte Ziffer 105 Abs. 1 und 2 wird neue Ziffer 105, die Aussagen zu Bürgerinitiativen werden neue Ziffer 106, die alte Ziffer 107 bleibt Ziffer 107, die Aussagen über die freien Träger und die Begrenzung staatlicher Aufgaben werden neue Ziffer 107 a, die alte Ziffer 106 wird neue Ziffer 107 b und die alte Ziffer 105 Abs. 3 wird neue Ziffer 107 c.

Wortmeldungen zu diesem Vorschlag der Antragskommission liegen nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung. Wer mit diesen von der Antragskommission empfohlenen Änderungen in der Gliederung und der Kapitelüberschrift einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Aus Vereinfachungsgründen will ich so verfahren, daß ich gleich die neue Ziffer 107 a, die sich mit den freien Trägern beschäftigt und die Sie in dem Antragsbuch auf Seite 398 rechts unten ausgedruckt finden, aufrufe. Wortmeldungen zu dieser Ziffer liegen nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Dann rufe ich die Ziffer 101 auf. Die Antragskommission empfiehlt eine Neufassung, die Sie auf Seite 403 oben finden. Wortmeldungen zu Ziffer 101 liegen nicht vor. Ich stelle daher die Ziffer 101 zur Abstimmung. Wer der Ziffer 101 in der von der Antragskommission empfohlenen Neufassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Angenommen.

Bevor ich die Ziffer 102 aufrufe, erteile ich Herrn Dregger das Wort.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, eine Einleitung zu Kapitel V des Entwurfs unseres Grundsatzprogramms zu geben. Die Überschrift lautet "Der Staat", nicht etwa "Unser Staat", was wärmer geklungen hätte. "Ich liebe meine Frau, aber nicht den Staat", so hat es ein früherer Bundespräsident formuliert, der Inhaber eines Amtes also, das nicht geschaffen wurde, um zu regieren, sondern um den Staat zu verkörpern, um ihn menschlich erlebbar zu machen, was ja durch Vorschriften, Gesetze und Behörden nicht möglich ist.

Verdient unser Staat keine Zuneigung, der Staat der Grundrechte, der persönlichen Freiheit, der sozialen Sicherheit?

Kann er Zuneigung entbehren?

"Dort, wo der Staat sein kann oder sein soll, sehe ich nur einige verfaulende Reste von Macht, und diese offenbar kostbaren Rudimente von Fäulnis werden mir rattenhafter Wut verteidigt. Schweigen wir also vom Staat, bis er sich wieder blicken läßt." Das sagte Heinrich Böll 1966 bei der Eröffnung des Schauspielhauses in Wuppertal.

Die Anhänger der Stamokap-Theorie - zeitweise die Mehrheit unter den Jungsozialisten - verleumden unseren Staat als Agentur des Monopolkapitals.

Meine Freunde, wer unseren Staat so einschätzt, wird den Staatsdienst selbstverständlich auch denen öffnen, die den Staat zerstören wollen.

(Beifall)

Wir sehen mit einiger Beklemmung, wie die SPD dabei ist, ihre sozialdemokratische, und das heißt, ihre antikommunistische Kontur zu verlieren. Auf den Wandel durch Annäherung an Moskau, eingeleitet von Egon Bahr in der Außenpolitik, folgt jetzt der Wandel durch Annäherung an die Kommunisten in der Innenpolitik, eingeleitet durch Bürgermeister Klose. Meine Damen und Herren, wir sehen mit Beklemmung, wie alte Sozialdemokraten wie Professor Weichmann nur noch vergebliche Rückzugsgefechte gegen diese Umfunktionierung der SPD führen, Professor Weichmann, der noch die Weimarer Republik tätig erlebt hat und nach diesem Kriege angesehener Bürgermeister von Hamburg gewesen ist.

Hält unser Staat das aus? Wäre er ohne Bedrohung durch äußere Gegner, würden seine inneren Feinde auf Gewaltanwendung verzichten, dann könnte eine derartige Mißachtung zeitweise gutgehen, aber auch nur zeitweise; denn wer in ihm nur noch faulende Reste von Macht sieht oder gar eine Agentur des Monopolkapitals, der wird ihn ausplündern und betrügen, wo es nur geht, der wird ihn in eine Verschuldung hineintreiben, wie es zur Zeit geschieht, ohne Rücksicht auf die Folgen für die noch ungeborene Generation.

Das könnte eine Zeitlang gutgehen, aber wir leben ja nicht auf einer Insel des Friedens. Wir leben mitten in Europa an der Grenze der freien Welt in einem geteilten Land und in einem geteilten Kontinent. Ein Teil unseres Vaterlandes ist bereits in das Imperium der großen Weltmacht einbezogen, die uns gegenübersteht, deren langfristige Zielsetzung unbegrenzt offensiv ist - Fortsetzung der Konfrontation bis zum Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab - und die im letzten Jahrzehnt eine Aufrüstung durchgeführt hat, für die es in der Geschichte während Friedenszeiten kein Beispiel gibt.

In dieser Weltmacht und in ihren Satellitenstaaten, auch in der "DDR", wird die Jugend zum Dienst am Vaterland der Werktätigen erzogen und zum ungezügeltten Haß gegen unsere, gegen die kapitalistische Ordnung, wie es dort heißt. Der draußen gepredigte Haß verbindet sich also mit der Verachtung und dem Haß im inneren, Haß zwar nur von wenigen, aber solchen, die morden, brutal, hinterrücks. Auch denen, die die Erziehung zum Haß nicht erreicht, wird auf vielen Schulen ein Weltbild vermittelt, das es ihnen unmöglich macht, sich mit diesem Staat, mit seiner Verfassung, mit der Nation, die er verkörpert, und mit ihrer Geschichte zu identifizieren.

Meine Freunde, wie sehr wir auch die Augen vor der Wirklichkeit



verschließen, dieser Staat ist bedroht, der beste Staat der deutschen Geschichte. Es gibt auf der Welt keinen besseren. Er ist bedroht - ideologisch, durch Mißachtung, durch Terror, auch durch militärische Macht.

Woran liegt es, daß wir das kaum wahrzunehmen scheinen?

Der Wirklichkeitsverlust ist in der westlichen Welt weit verbreitet. Bei uns gibt es dafür noch besondere Gründe. Die Bundesrepublik Deutschland wurde unter der Souveränität der westlichen Besatzungsmächte gegründet, also auch unter ihrem äußeren und inneren Schutz. Nicht die Sicherheitspolitik, sondern die Wirtschafts- und Sozialpolitik war daher das große Feld der deutschen Politik und ist es bis heute geblieben, obwohl sich doch die äußeren und inneren Existenzbedingungen unseres Staates seit seiner Gründung grundlegend verändert haben. Ich habe den Eindruck, daß auch bei uns die Existenzfragen unserer Nation nicht ausreichend diskutiert werden.

(Beifall)

Ein Beispiel und eine Frage an uns selbst: Empfinden wir die Gewährleistung der äußeren Sicherheit als eine primär eigene Aufgabe, als eine Aufgabe dieses Staates, oder glauben wir, das sei die Aufgabe von anderen, der NATO, vielleicht der Amerikaner, und wir könnten uns darauf beschränken, dazu einen Beitrag zu leisten? Das hat sehr große praktische Bedeutung. Den militärischen Beitrag in Gestalt der Bundeswehr hat Konrad Adenauer durchgesetzt, damals gegen den Zeitgeist. Ob das heute noch möglich wäre, ob es Adenauer heute noch könnte, dessen bin ich nicht sicher. Den militärischen Beitrag leisten wir, aber wir leisten den zivilen Beitrag nicht, den Beitrag zum Schutz der Zivilbevölkerung.

(Beifall)

Warum nicht? Die Alliierten haben diesen Beitrag von uns nicht gefordert. Wir verdrängen dieses Problem, obwohl es dabei doch um die Erhaltung der Substanz unseres Volkes geht

(Beifall)

und mittelbar sogar um die Einsatzbereitschaft und damit die Abschreckungsfähigkeit der Bundeswehr. Warum verdrängen wir dieses Problem? Weil wir Sicherheitspolitik offenbar nicht als eine eigene staatliche Aufgabe begreifen.

Ein anderes Beispiel. Begreifen wir, daß kommunistische Regime im Iran oder im südlichen Afrika, die ja doch vorstellbar geworden sind, daß eine mögliche Sperrung der Kaproute auch unsere staatliche Existenz unmittelbar bedroht? Dieses Deutschland und dieses Europa sind doch so klein, daß sie ohne Ergänzung durch Asien und Afrika überhaupt nicht lebensfähig sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich daraus eine Schlußfolgerung ziehen. Staaten und Kommunalverbände höherer Ordnung unterscheiden sich dadurch, daß beide für die Wohlfahrt der Bürger zu sorgen haben, der Staat aber auch noch für ihre Sicherheit. Wenn wir diesen Maßstab an die Staatsqualität europäischer Länder anlegen, dann müssen wir doch zweifeln, ob diese Staatsqualität noch voll gegeben ist. Sie haben alle einen Präsidenten, einen König und eine Fahne, aber empfinden sie die Sicherheit ihres Landes noch als ihre Aufgabe? Wenn man

sieht, wie die europäischen Länder auf das Angebot des amerikanischen Präsidenten zur Installierung der Neutronenwaffe reagiert haben, die ja Europa vor der Übermacht der sowjetischen Panzerdivisionen schützen soll, kann man doch an der Staatsqualität der europäischen Länder Zweifel haben.

Und wie steht es eigentlich mit dem geistigen Fundament unseres Staates? Ich meine nicht das theoretische; das ist rühmend. Ich meine auch nicht die praktischen Leistungen, die er bringt; die sind einzigartig. Ich meine vielmehr die geistige Verankerung in den Herzen der Menschen, insbesondere der jungen Menschen.

Meine Generation, die Kriegsgeneration, die gehungert, geblutet, gelitten hat, die mißbraucht worden ist und die, noch betäubt von der Niederlage, dann in einer ungeheuren Kraftanstrengung dieses Land wiederaufgebaut und an die Spitze der Weltrangliste geführt hat, diese Generation hatte offenbar nicht viel Zeit, die geistigen Fundamente dieses Staates an die nächste zu übermitteln.

( Beifall )

Vielleicht hielten wir auch das für überflüssig. Denn wir hatten ja Hitler und Stalin erlebt. Wir wußten ja noch, daß NSDAP und KPD gemeinsam die erste deutsche Republik zerstört haben.

( Beifall )

Wer das erlebt hat, für den ist der demokratische Staat etwas Unangefochtenes.

Aber die geschichtlichen Erfahrungen einer Generation gehen doch nicht automatisch auf die nächste über, insbesondere dann nicht, wenn die Vergangenheit nicht aufgearbeitet, sondern "bewältigt" wird - mit all der Einseitigkeit und Verlogenheit, mit der das in den letzten Jahren immer wieder geschehen ist.

( Beifall )

Meine Freunde, alle diese Gedanken haben keinen Niederschlag in den Worten des Programms gefunden. Das geht wahrscheinlich auch gar nicht. Es gibt Dinge, die vom Gefühl erfaßt werden müssen, die nicht in Worte gefaßt werden können. Aber ich meine, diese Überlegungen sind wichtiger als all die Einzelfragen, die Teilfragen, die im Abschnitt V behandelt sind: Verfassung, repräsentative Demokratie, plurale Gesellschaft - ein häßliches Fremdwort und im Grunde überflüssig, wenn man unter "Gesellschaft" den staatsfreien Raum versteht, der, weil er staatsfrei ist, nicht reglementiert und daher plural oder vielfältig ist. Oder die Pluralität der Medien, eine ganz wichtige Sache für das Funktionieren der Demokratie. Oder die Sozialpflichtigkeit der Verbände, auf die unser Freund Biedenkopf zuerst mit Recht hingewiesen hat. Oder die Kirchen, den Rechtsstaat, den Föderalismus, die kommunale Selbstverwaltung, den Sozialstaat. Wichtiger als alle diese Teilfragen ist das Ganze, eben der Staat, unser Staat, der gleich weit entfernt sein muß vom totalen Staat, den wir ablehnen, aber auch vom schwachen Staat, vom schlappen Staat, der seine Aufgaben nicht erfüllen kann.

( Beifall )

Wir wollen dem Staat Grenzen setzen, damit einzelne und Gruppen sich entfalten können. Aber wir wollen ihm nicht das Maß an Loyalität und Emotionalität entziehen, ohne das er seine Aufgaben nicht erfüllen kann, wie es im Grundsatzprogramm heißt.

( Beifall )

Er braucht diese Loyalität und Emotionalität, um - ich zitiere jetzt - der "freie, soziale, auf Recht und Gerechtigkeit verpflichtete Staat der deutschen Nation" zu sein.

Meine Freunde, in diesen Sätzen des Grundsatzprogramms wird etwas sichtbar von der Würde des Staates. Auch das gibt es. Der Staat ist nicht ein Dienstleistungsunternehmen. Und er ist kein Umverteilungsinstrument, ist kein Ausbeutungsobjekt. Der Staat soll dem einzelnen dienen und den Gruppen. Aber er soll auch die Fähigkeit haben, die einzelnen und die Gruppen in Pflicht zu nehmen. Der Staat ist mehr als Kapital und Arbeit, mehr als Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Er ist das Ganze. Er verkörpert die Nation in all ihren Generationen - auch den noch ungeborenen.

( Beifall )

Und dieser unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist der Kernstaat der Deutschen und das Modell für Gesamtdeutschland, das wir erstreben.

Eine letzte Vorbemerkung: Alle Abschnitte des Programms betreffen den Staat, sogar die über Soziale Marktwirtschaft. Ohne die Rahmenbedingungen des Staates gibt es keine Märkte, jedenfalls keine freien Märkte. Und ohne die Rahmenbedingungen des Staates gibt es keine Soziale Marktwirtschaft.

Und der erste Abschnitt über das Verständnis vom Menschen ist konstitutiv für unseren Staat. Wer die Würde des Menschen, des einzelnen Menschen, jedes einzelnen Menschen, "unabhängig von Leistung und Versagen", wie es in unserem Grundsatzprogramm heißt, zur Grundlage des Staates macht, baut einen anderen Staat als derjenige, der die Herrschaft einer Klasse, einer Rasse, eine bestimmte Vorstellung der "Gesellschaft", des neuen Götzen unserer Zeit für ihn bestimmend sein läßt.

Übrigens, meine Freunde: Die Würde des Menschen, des einzelnen Menschen, jedes einzelnen Menschen, ist nur christlich zu begründen, nicht sozialistisch.

( Beifall )

Insofern geht etwas von unserem Menschenbild in diesen Staat ein.

Ein sowjetischer Dissident - das heißt doch: ein russischer Patriot und Christ - hat geschrieben: In allen kommunistischen Ländern werden drei Grundwerte bekämpft: Religion, Familie und Privateigentum. Warum? - Ein Mensch der an Gott glaubt, ist nicht total verfügbar für die Partei.

( Beifall )

Er hat einen Freiheitsraum, den ihm niemand nehmen kann. Deswegen muß die Religion ausgerottet werden, wenn eine totale Partei einen totalitären Staat aufbauen will.

Ein Mensch, der in einer intakten Familie lebt, hat einen Freiheitsraum, ist nicht total verfügbar für den Staat. Deswegen war es ja auch bei uns in den zwölf braunen Jahren so, daß Kinder angehalten wurden, ihre Eltern zu denunzieren. Und so ist es in allen kommunistischen Staaten.

Und wer über Privateigentum verfügt - wenn es auch nicht viel ist -, hat ein Stück wirtschaftlicher Unabhängigkeit und damit menschlicher Freiheit. Deswegen darf es kein Privateigentum ge-

ben, wenn eine totalitäre Partei einen totalen Staat regieren will.

Meine Freunde, unser Staat schützt diese Grundwerte und die anderen, die die Würde des Menschen möglich machen. Unser Staat verdient es daher, daß wir ihn verteidigen. Unserem Staat gegenüber haben wir Pflichten, nicht nur staatsbürgerliche Pflichten.

Wir müssen ihm auch etwas von dem entgegenbringen, ohne das auf dieser Welt nicht entsteht und fortbesteht, nämlich Hingabe und Zuneigung.

Deshalb sage ich abschließend: Ich liebe meine Frau und meine Kinder, meine Eltern und meine Freunde, aber nicht nur ich, sondern wir alle, wir lieben auch unseren demokratischen Staat.

( Beifall )

Wir lieben unser Volk. Wir lieben unsere Nation. Wir lieben Deutschland, unser Vaterland.

( Anhaltender lebhafter Beifall )

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dregger, herzlichen Dank für diese grundlegenden Ausführungen zu dem Kapitel, mit dem wir uns zu beschäftigen haben: zum Staat.

Ich rufe die Ziffer 102 in der Fassung der Antragskommission auf, die Sie in der rechten Spalte auf Seite 406 finden. Zu dieser Ziffer hat sich Herr Dr. Krüger gemeldet.

Dr. Klaus Krüger: Ich spreche für den Antrag F 67. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, sowohl der Bundesvorstand wie auch die Antragskommission machen es sich in dieser Frage ein wenig einfach. Sie gehen hier den Weg des geringsten Widerstandes. Hier wird der Staat ausschließlich von seinen Aufgaben her entworfen, und es wird kein einziges Wort über die Substanz, den Charakter oder auch das Gesicht des Staates gesagt. Ich weiß zwar, daß das gegebenenfalls zu Auseinandersetzungen führen kann, daß es in mancher Hinsicht auch unangenehm und ein bißchen schwierig ist, aber ich meine, es stünde gerade einer christlich-demokratischen Partei gut zu Gesicht, in Ihrem Grundsatzprogramm auch einige Worte zur Substanz des Staates zu sagen.

Leider ist unser Antrag F 67, wo wir das an einigen Stellen versucht haben, abgelehnt worden. Ich möchte die Antragskommission bitten, sich noch einmal zu überlegen, ob nicht Gedanken übernommen werden können wie der, daß der Staat eine den Menschen vorgegebene Gabe ist.

Gestern war hier eingangs sehr viel von Theologie die Rede. Ich darf dazu vielleicht eine kurze Bemerkung machen. In Römer 13 ist beispielsweise genau dies zum Ausdruck gebracht: daß der Staat eine solche Vorgegebenheit, eine Gabe für die Menschen ist.

Zweitens sage ich, daß der Staat beispielsweise keine statische Institution, sondern eine dynamische Organisation ist, die sich innerhalb der Geschichte und durch die Geschichte bewegt und ständigen Veränderungen und deswegen Wandlungen unterworfen ist.

Drittens. In dem Aufgabenkatalog haben wir gesagt, daß der Staat gegenüber seinen Staatsbürgern auch eine erzieherische Aufgabe wahrzunehmen hat. Nicht nur der Staatsbürger hat Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat, sondern auch der Staat hat eine

Aufgabe, eine geistige, erzieherische Aufgabe, gegenüber seinen Staatsbürgern.

Viertens nenne ich den Machtgedanken. Ich verstehe gar nicht, weswegen man in dem ganzen Kapitel über den Staat den Gedanken der Macht, ein sicherlich konstitutives Element für jeden Staat, so keusch verschweigt. Der Staat besitzt Macht. Macht, Autorität und Recht sind sicherlich die konstituierenden Elemente eines Staates. All dies wird hier verschwiegen.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, besonders die Antragskommission, bitten, vielleicht den einen oder anderen dieser Gedanken doch noch in den Text aufzunehmen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Krüger. - Für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie aus der Empfehlung der Antragskommission entnehmen können, haben wir die Ziffer 102 weitgehend neu formuliert. Wir haben eine Fülle von Anregungen, die in den Anträgen zu dieser Ziffer enthalten sind, aufgenommen. Wir haben auch einen Teil der Anliegen aufgenommen, die von Herrn Dr. Krüger hier vorgetragen worden sind, und zwar in der neuen Ziffer 103, wo wir im zweiten Absatz eine Formulierung aus dem Berliner Programm übernommen haben und wo etwas zu unserem Verständnis von Demokratie ausgeführt ist.

Wir waren nicht der Auffassung, daß es Funktion des Grundsatzprogramms sei, eine Entscheidung zwischen verschiedenen Staatstheorien herbeizuführen; das würde das Programm ein wenig überlasten.

Wir bitten deshalb, den Antrag F 67, soweit er nicht ohnehin in den Neuformulierungen aufgenommen ist, abzulehnen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, stelle ich Ziffer 102 in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Antrag folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ohne Enthaltungen angenommen.

Ich rufe Ziffer 103 in der Fassung der Antragskommission auf, die Sie in der rechten Spalte der Seite 411 abgedruckt finden. Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Huck vor.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seitens der Jungen Union möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag F 90 auf den Seiten 413/414 lenken. Dieser Antrag stellt eine Ergänzung der bisherigen Ziffer 103 dar. Es handelt sich um eine Einfügung nach Abs. 1 oder Abs. 2; dies stellen wir insoweit anheim.

Uns geht es in der Jungen Union dabei darum, auch im Grundsatzprogramm deutlich zu machen, daß wir bei demokratischen Abstimmungsverfahren in diesem Staat auch die Minderheiten respektieren. Wir appellieren daran, bei Mehrheitsentscheidungen auch daran zu denken, welche Position Minderheiten dabei haben. Ihre Position soll mit berücksichtigt werden.

Wir bitten Sie daher um Annahme des Antrages F 90.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Antrag F 90 sind einige Elemente enthalten, von denen sich zwei wichtige Elemente in der Fassung der Antragskommission finden. Einmal geht es um das hier angesprochene Problem des Minderheitenschutzes. Dieses Anliegen ist in der Fassung der Antragskommission wie auch in der ursprünglichen Fassung enthalten, und zwar in der Fassung der Antragskommission im dritten Absatz.

In dem Antrag ist das Mehrheitsprinzip angesprochen. Dieses können Sie in der neuen Ziffer 105 wiederfinden. In dem Antrag ist im Übrigen ein Satz enthalten, den wir nicht zur Annahme empfehlen können. In dem Antrag heißt es:

"In einer Demokratie ist es grundsätzlich legitim, durch die Gewinnung von Mehrheiten politische Entscheidungen so zu beeinflussen, daß sie dem eigenen Nutzen und den eigenen Zielen dienen."

Wir waren der Auffassung, daß dies mindestens zu Mißverständnissen führen könnte.

(Beifall)

Wir bitten Sie deshalb, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Es liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Dr. Krüger vor.

Dr. Klaus Krüger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Ich möchte an das anknüpfen, was ich hier eben bereits zu Ziffer 102 gesagt habe. Es geht in diesem Fall um den Antrag F 89. Die Antragskommission spricht in ihrer Empfehlung nur von einem starken Staat. Das ist sicherlich zu begrüßen und wird hier auch wohl von jedem unterstützt werden. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, das in Worte zu kleiden, was ein starker Staat ist. Wir schlagen vor, die Worte "Autorität" und "Macht" in die Formulierung aufzunehmen und den entsprechenden Satz wie folgt zu formulieren:

"Nur wenn der demokratische Staat über Autorität und Macht verfügt, wird er das freiheitliche Gemeinwesen lebensfähig erhalten."

Ich meine, genau das ist unter einem starken Staat zu verstehen. Diese unsere Formulierung verdeutlicht das, was gemeint ist. Ich möchte Sie bitten, die von uns vorgeschlagenen Begriffe in die Formulierung aufzunehmen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herr Vogel verzichtet auf eine Stellungnahme im Namen der Antragskommission.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle zunächst die Empfehlung der Antragskommission in der erwähnten Fassung zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Ablehnungen? - Enthaltungen? Bei einigen Ablehnungen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 104 auf. Wortmeldungen zu Ziffer 104 liegen nicht vor. Ich stelle die Ziffer 104 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission auf Seite 414 daher zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist,

den bitte ich um das Zeichen. - Ablehnungen? - Enthaltungen?  
Bei einigen Ablehnungen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 105 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 417 und 418 auf. Hierzu liegen einige Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Doetz das Wort.

Jürgen Doetz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag F 143 der Jungen Union. Die Antragskommission hat diesen Antrag weitgehend übernommen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir bitten aber um eine Änderung der von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagenen Fassung. In dieser Fassung ist davon die Rede, daß Hörfunk- und Fernsehprogramme auch durch Gesellschaften des privaten Rechts ermöglicht werden sollen. Uns von der Jungen Union geht es darum, dies im Rahmen einer öffentlichen Verantwortung zuzulassen. Dies ist unserer Auffassung nach etwas anderes. Öffentliche Verantwortung steht für uns als Rahmenbedingung, die der Staat gewährleisten muß, um es den Bürgern, den Hörern und Zuschauern zu ersparen, daß sie durch Propaganda und durch hemmungslose Werbung durch private Medien infiltriert und indoktriniert werden. Wir bitten Sie deshalb, es bei der Formulierung der Jungen Union - "im Rahmen öffentlicher Verantwortung" - zu belassen. Das Grundsatzprogramm soll nicht den Charakter eines Gesetzentwurfs haben. Wohl aber müssen darin Signale in die richtige Richtung gesetzt werden.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben, wie Sie aus der Vorlage der Antragskommission ersehen können, zum Thema "Medien" eine neue Ziffer erarbeitet und diese zur Annahme empfohlen. Es gibt sicher viele Aussagen, die wir zu den Aussagen, die wir im Programm machen, noch zusätzlich machen könnten. Wir bitten aber darum, darauf zu achten, daß das Programm in sich geschlossen und lesbar bleiben muß. Wir bitten deshalb, weitere Anregungen, die über die Empfehlungen der Antragskommission hinausgehen, nicht aufzunehmen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium; Schönen Dank. Das Wort hat Doris Altewischer.

Frau Doris Altewischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Ziffer 105, und zwar für den Antrag F 118 des Kreisverbandes Dortmund. Liebe Parteifreunde und liebe Antragskommission, ich bitte Sie, an die vorgesehene Neufassung der Ziffer 105 zwei Sätze anzufügen, die Sie im Antrag F 118 nachlesen können. Diese Sätze lauten:

"Sie (die Parteien sind gemeint) müssen offen bleiben für die konkreten Sorgen der Bürger."

- Im Antrag ist nach dem Wort "Bürger" irrtümlich ein Komma ausgedruckt; es muß ein Punkt stehen. -

"Meinungsbildung und Arbeit der Parteien müssen durchschaubar und möglichst bürgernah sein."

Warum schlagen wir dies vor? Wir wissen alle, nach dem Grundgesetz wirken die Parteien an der Willensbildung mit. Dies kann aber nicht im luftleeren Raum geschehen, sondern nur in enger Verbindung mit den Menschen draußen im Lande, deren Wil-

len ja artikuliert werden soll. Genau dort liegt aber offenbar einiges im argen. Wer mit den Bürgern in Kontakt ist - und ich nehme an, wir alle sind es -, stellt immer wieder viele Vorbehalte bei der Bevölkerung gegenüber den Parteien fest. Ich glaube, auch der Zulauf zu manchen Bürgerinitiativen deutet darauf hin, daß die Parteien - das gilt in mancher Hinsicht auch für unsere CDU -, um es einmal global zu sagen, nicht bürgernah genug arbeiten. Die Bürger gewinnen manchmal den Eindruck, daß es den Parteien vorwiegend darum geht, einigen Leuten Posten zu besorgen. Sie meinen, ihre wirklichen Sorgen seien den Parteistrategen unbekannt. Die Arbeitsweisen und Arbeitsinhalte der Parteien sind für die Bürger oft undurchsichtig.

Hier setzt unser Antrag an. Mir scheint, daß unsere Partei, die Christlich Demokratische Union, manchen guten Anlauf unternommen hat, um diese Mißverständnisse abzubauen. Die steigende Zahl der Mitglieder deutet darauf hin, aber z.B. auch der Erfolg des Volksbegehrens gegen die Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen.

(Teilweise Zustimmung)

Ich bitte Sie aber, auch im Parteiprogramm die Konsequenzen zu ziehen und im Kapitel über die Parteien die vom Kreisverband Dortmund vorgeschlagenen beiden Sätze anzufügen. Ich zitiere sie noch einmal:

"Sie müssen offen bleiben für die konkreten Sorgen der Bürger. Meinungsbildung und Arbeit der Parteien müssen durchschaubar und möglichst bürgernah sein."

Wenn wir dies nicht nur so formulieren, sondern auch entsprechend handeln, ist mir vor den nächsten Wahlen nicht bange.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte es kurz machen: Entgegen der ausgedruckten Empfehlung der Antragskommission möchte die Antragskommission Annahme dieses Antrages und somit Einfügung der beiden zitierten Sätze an der gewünschten Stelle empfehlen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Nunmehr hat der Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Martin, das Wort.

Albrecht Martin: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß der Vertreter der Antragskommission am Ende meiner Ausführungen zum gleichen Ergebnis wie eben kommt.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß der Landesverband Rheinland-Pfalz im Antrag F 113 in der Neuformulierung des zweiten Absatzes der Ziffer 105 eine Definition der Volkspartei vorgenommen hat. Er möchte damit zum Ausdruck bringen, daß es aus dem Selbstverständnis der CDU gerade im Zusammenhang dieses Kapitels wichtig wäre, die besondere Bedeutung der Volkspartei in unserer Zeit herauszustellen. Meine Damen und Herren, mir scheint, daß es gegenüber Betreibungen der Art, Parteien einfach



als taktische Möglichkeiten auf- und abzurufen, gut sein könnte, das Wesen der Volkspartei klarer zu definieren.

Die Antragskommission hat im zweiten Abschnitt der von ihr vorgeschlagenen Fassung eine Aussage über die Kontrolle der Regierung im parlamentarischen System gemacht, von der ich meine, daß sie so nicht stehenbleiben kann. Hier wird die Aufgabe der Kontrolle der Regierung einseitig als eine Aufgabe der Opposition umschrieben. Wenn ich auch nicht bestreiten will, daß es Regierungsfractionen gibt, die ihren Kontrollaufgaben nicht gerecht werden, so kann ich jedenfalls aus meiner Erfahrung doch sagen, daß es zum Wesen auch einer die Regierung tragenden Fraktion gehört, die eigene Regierung zu kontrollieren.

(Beifall)

Ich darf Ihnen versichern, daß ich es als junger Abgeordneter und Mitglied einer die Regierung tragenden Fraktion unter einem Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl erlebt habe, daß diese Fraktion höchst wirksam ihre eigene Regierung kontrolliert hat. Meine Damen und Herren, ich möchte die die Regierung tragenden Fraktionen aus ihrer Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, ebensowenig entlassen, wie ich es hinnehmen würde, wenn die Opposition aus ihrer Verantwortung für die Gesetzgebung entlassen würde. Beides muß - wenn auch verschieden akzentuiert - gesehen werden und muß - wenn wir an unserem parlamentarischen System wirklich festhalten wollen - auch unterstrichen werden.

Wir meinen, daß die Antragskommission entweder diesen Satz aus dem zweiten Absatz herausnehmen sollte oder ihn aber in der von uns vorgeschlagenen Formulierung akzeptieren sollte.

Ich darf schließlich - aber das ist mehr redaktionell - darauf hinweisen, daß der vierte Satz in sich unlogisch ist; denn es gibt keine "Leistungsfähigkeit eines Auftrages". Es müßte dann schon heißen: "Die politischen Parteien können ihren demokratischen Auftrag nur erfüllen, wenn sie trotz harter Auseinandersetzung..."

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich mit dem Antrag F 309, der von Herrn Dr. Martin begründet worden ist, sehr eingehend befaßt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sie nicht die Annahme dieses Änderungsantrages empfehlen kann.

In der Vorlage der Antragskommission ist zunächst einmal darauf hingewiesen, daß der Wählerauftrag in der Regierung oder in der Opposition ausgefüllt wird. Damit ist ein Teilelement dessen, was hier angesprochen worden ist, auch in der Vorlage der Antragskommission enthalten.

In der Vorlage der Antragskommission ist dann weiter angesprochen, daß in der parlamentarischen Demokratie die Kontrolle der Regierung auch Aufgabe des Parlaments ist, aber auch darauf hingewiesen - und das ist ein Befund, den Sie überall ablesen können -, daß die Funktion der Kontrolle heute tatsächlich weitgehend von der Opposition wahrgenommen wird. Wir sind der Auffassung, daß wir dieses auch in der Programmaussage so darstellen sollten.

Wir waren der Auffassung, daß die Formulierung in dem Änderungsantrag dahin verstanden werden könnte, daß hier eine Aufgabenteilung - ich darf es einmal etwas einfach ausdrücken - zwischen der Jubelkompanie der Regierung auf der einen Seite und der Opposition, die die Regierung kontrolliert, auf der anderen Seite im Parlament stattfindet.

Das waren die Überlegungen, die die Antragskommission dazu geführt haben, die Ablehnung zu empfehlen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Mir liegen noch sechs Wortmeldungen vor. Darf Ihr Einverständnis dafür voraussetzen, daß wir damit die Rednerliste schließen? Es gibt keinen Widerspruch.

Dann bitte ich Frau Limbach.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind der Antragskommission sehr dankbar, daß sie unsere Anregung, die auch einer Anregung der Jungen Union entspricht, etwas zu den Bürgerinitiativen zu sagen, aufgenommen hat. Wir hätten es allerdings gut gefunden, wenn die Bedeutung der Bürgerinitiativen auch in dem Sinne noch einmal herausgestellt worden wäre, ob sie auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung stehen oder nicht; denn es gibt sehr unterschiedliche Bürgerinitiativen. Wenn ich einmal zwei große Bürgerinitiativen nennen darf - ich meine jetzt nicht so sehr die, mit denen sich die Kommunalpolitiker auseinandersetzen müssen -, dann besteht z.B. ein Unterschied zwischen dieser Elterninitiative Kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen und solchen Bürgerinitiativen, wie denen, mit denen sich der Ministerpräsident Albrecht in Grohnde herumschlagen muß.

Deshalb lautet meine Frage: Wäre es nicht sinnvoll, den letzten Satz unseres Antrags F 149 aufzunehmen, der lautet, daß wir den Dialog mit diesen Gruppen bejahen, soweit sie auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung stehen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Nach Auffassung der Antragskommission ist Ihrem Antrag Rechnung getragen, Frau Limbach.

Herr Dr. Santo hat das Wort.

Dr. Lothar Santo: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Es geht uns um den Satz: "Diese Gesellschaftsform erfordert eine handlungsfähige Regierung und eine wirkungsvolle Opposition."

Es wurde eben schon angesprochen, daß gerade die Geschichte der CDU zeigt, daß Regierungen, die von der CDU gebildet worden sind, auch durchaus von der Mehrheitsfraktion kontrolliert werden konnten. Wir fragen uns, warum hier im Grundsatzprogramm die Forderung nach einer wirkungsvollen Opposition aufgenommen werden soll. Die Geschichte des demokratischen Parlamentarismus außerhalb Deutschlands, aber auch bei uns, zeigt, daß es einer wirkungsvollen Opposition nicht unbedingt bedarf. In Österreich hat eine große Koalition über 20 Jahre hin existiert, ohne daß man hätte sagen können, Österreich sei undemokratisch. Zur Zeit des Bundeskanzlers Kiesinger haben wir auch nie den Ruf gehört, daß die schwache Opposition damals unsere Regierung zu einer undemokratischen gemacht hätte.

Was soll also diese Forderung? Bei uns erweckt das wirklich

den Eindruck, daß sich die Aufnahme einer solchen Forderung nach einer wirkungsvollen Opposition nicht mit der ständigen Forderung der CDU nach Übernahme der Regierungsverantwortung vereinbaren läßt. Wir haben den Eindruck, daß unsere Parteioberen im Hinterstübchen ihres Kopfes irgendwo die Furcht oder den Eindruck haben, der Ruf nach einer wirkungsvollen Opposition entspringe aus der Furcht, daß die CDU noch lange Jahre in der Opposition sitzen werde - weil das Grundsatzprogramm auch noch lange Jahre wirken soll.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Parteivorsitzender.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde! Mein Herr Vorredner hat hier einen verhängnisvollen Irrtum dargestellt. Ich möchte dem nachdrücklich widersprechen.

(Beifall)

Wir diskutieren hier ein Grundsatzprogramm, und dieses Grundsatzprogramm muß unserer grundsätzlichen Auffassung von Politik entsprechen. Wir können unsere Grundsätze nicht danach festlegen, ob wir heute Opposition und morgen Regierung sind. Die Grundsätze müssen stimmen.

(Beifall)

Das heißt sehr konkret - und das ist im Alltag nicht immer einfach -, daß das, was wir heute als Opposition sagen, auch morgen stimmen muß, wenn wir Regierungsverantwortung tragen.

Das heißt ein Zweites, und zwar, daß alles, was für die Staatspolitik gut ist, immer den Vorrang haben muß vor dem, was Parteipolitik ist. Ich kann nur sagen: Was gut für den Staat ist, ist auf die Dauer immer gut für die Partei; aber nicht alles, was gut für eine Partei ist, ist auf die Dauer immer gut für den Staat. Das ist doch eine der wichtigen Erfahrungen.

(Beifall)

Wir haben hier heute nicht darüber zu richten, ob es klug war, die Große Koalition zu bilden. Dazu läßt sich viel sagen. Wir haben aber darüber zu reden, daß wir in der Bundesrepublik das Problem der Machtgewichtung haben. Wir haben in den letzten Jahren doch eine völlig neue Dimension föderaler Struktur gelernt. Das ist nicht mehr nur eine landsmannschaftliche Unterscheidung nach Bundesländern; das ist auch die Transparenz von Macht, die Kontrolle von Macht in Bund, Ländern und Gemeinden. Wenn wir hier von Regierung und Opposition reden, dann dürfen wir, um Gottes willen, doch nicht nur daran denken, wie es jeweils in Bonn ist. Es gibt doch auch die Bundesländer.

Meine Freunde, wir haben zunehmend die Erfahrung gemacht, daß in unserem Lande das Wachsen eines demokratischen Grundgefühls dafür, daß der Wechsel eine notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist, wichtig ist. Wir sollten deutlich machen - egal, ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind -: Es ist ein normaler Vorgang, wenn die Bürger nach vier Jahren sagen, daß sie diese Regierung abgebt sehen und eine neue berufen wollen. Es muß doch ein Ende sein mit jenem törichten und gefährlichen Gerede, daß ein Wechsel von Regierung und Opposition ein Machtwechsel sei.

Das ist ein normaler demokratischer Vorgang.

(Beifall)

Da ist noch ein Punkt enthalten. Ich kann das gut beurteilen, vielleicht besser als mancher andere. Ich habe fast ein Jahrzehnt lang eine Landtagsfraktion geführt, die Regierungsfraktion war. Mein Freund Albrecht Martin sprach gerade in sehr freundlicher Weise davon. Ich war dann, wie Sie wissen, viele Jahre lang Regierungschef. Jetzt bin ich wieder Vorsitzender einer Fraktion, einer Oppositionsfraktion. Gerhard Schröder hat einmal im Gespräch mit Herrn Brechnew auf dessen Frage: "Was ist das eigentlich, Opposition?" - er hat nicht so viel Umgang mit einer Opposition in einem Parlament - ,

(Heiterkeit)

die unvergeßliche Antwort gegeben: " Herr Generalsekretär, Opposition, das ist die Regierung von morgen." Das ist eine abolut zutreffende und überzeugende Antwort.

(Beifall)

Wenn dieses Prinzip richtig ist, dann müssen wir dort, wo wir als Regierung an der Macht sind, genauso wie dort, wo wir in der Opposition sind, dafür Sorge tragen, daß die Opposition eine Grundausrüstung mit Rechten, Chancen und Möglichkeiten hat.

(Beifall)

Das ist eine törichte Politik , bei der man in den Jahren, in denen man selber die Macht und die Regierung besitzt, vor allem darüber nachdenkt, wie man die Rechte und Möglichkeiten der Opposition eingrenzen kann. Man muß hier lange und mit großen Fristen in die Zukunft blicken.

Wir wollen, daß die Opposition aus Gründen der Gleichwertigkeit unserer demokratischen Institutionen einen Status hat, daß ihr geholfen wird. Das hat jetzt nichts mit der CDU/CSU im Bund zu tun. Vom Prinzip her muß für die Opposition eine einigermaßen vorhandene Chancengerechtigkeit gegeben sein.

Gegenwärtig ist es in Bonn doch so, daß die Informationen gleich Null sind. In allen wesentlichen Bereichen halten es der Kanzler und die Bundesregierung längst nicht mehr für notwendig, etwa auf jene Formen der Zusammenarbeit zurückzukehren, wie sie unter Adenauer und Erhard vorhanden waren, wo die Opposition über die die Nation bewegenden Fragen unterrichtet wurde. Dieser Zustand, wie er heute gegeben ist, bedeutet einen Abbau an demokratischem Selbstverständnis, und das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall)

Um es klar und deutlich zu sagen, liebe Freunde: Gerade weil wir so bald wie möglich und mit überzeugenden Argumenten und einer kraftvollen Politik die Regierung übernehmen wollen, wollen wir jetzt in der Opposition sagen: Wir haben nicht die Absicht, in den Jahren der Regierungstätigkeit, die vor uns

liegen, Opposition so zu betrachten, als sei sie ein notwendiges Übel. Opposition ist ein tragender Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Das muß wieder ein Prinzip werden, das jeder versteht.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kohl.

Das Wort hat nunmehr Frau von Elverfeldt. Ich wäre den Diskussteilnehmern dankbar, wenn sie sich kurz fassen würden, damit wir nicht in Zeitbedrängnis geraten.

Ferdinande von Elverfeldt: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe noch einmal die Hoffnung, daß die Antragskommission das Anliegen und den Antrag des Kreisverbandes Emmendingen - F 120 auf Seite 420 - übernehmen könnte.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, soeben tritt der Obmann der österreichischen Volkspartei ein. Wir begrüßen den Kollegen Taus sehr herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Frau von Elverfeldt, fahren Sie bitte fort.

Ferdinande von Elverfeldt: In unserem Antrag, bei dem es um die Massenmedien geht, heißt es: " Sie sollten diese Aufgabe in Verantwortung für die Wahrheit und die Moral unserer Gesellschaft wahrnehmen".

Das Anliegen des Kreisverbandes Emmendingen geht besonders dahin, daß das Fernsehen in unseren Familien eine Quelle der Bereicherung sein könnte. Es ist aber leider meistens eine Quelle der Auseinandersetzung und des Ärgernisses, so daß viele kein Fernsehen mehr in ihren Familien haben wollen.

(Beifall)

Dieses Anliegen Ihnen vorzutragen, hat mir besonders Heiner Geißler Mut gemacht, als er in seinem Referat sagte: "Es verlangt vom Journalisten aber ein besonders hohes Maß an Verantwortung, ja, ein moralisch besonders geprägtes Berufsethos". - Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie unser Anliegen mittragen könnten. - Danke sehr.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Frau Kuppe. Der nächste Diskussteilnehmer ist Herr Franz Josef Jung.

Margarethe Kuppe: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Herren und Damen! Ich beabsichtige etwas Ähnliches wie Frau von Elverfeldt, ohne daß wir uns abgesprochen haben. In der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 105 heißt es in den letzten zehn Zeilen, die Medien hätten "in erster Linie" dem Bürger zu dienen. Mir ist die Formulierung "in erster Linie" außerordentlich unklar. Meiner Meinung nach gibt es keine Zwecke, denen

das Fernsehen dient, die nicht mit den Interessen der Bürger dieses Landes übereinstimmen. Es gibt, glaube ich, nur die Möglichkeit eines direkten und eines indirekten Dienstes des Fernsehens oder der Medien. Man kann z.B. daran denken, daß sie der Kunst und der Wissenschaft dienen könnten. Aber auch Kunst und Wissenschaft sind nicht etwa in dem Sinne Selbstzweck, daß sie auf Kosten der Bürger - wenn der Bürger als Mensch und damit nach unserem Menschenverständnis als Krone der Schöpfung aufgefaßt wird - leben könnten. Ich bitte also, diese mißverständlichen Worte "in erster Linie" zu streichen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Als nächster Herr Jung und danach Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Franz Josef Jung (Eltville-Erbach): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den Antrag F 143 eingehen. Wenn die Antragskommission meint, diese Sache könne damit vom Tisch gewischt werden, daß man sagt, das würde das Programm überfrachten, und das Programm müsse lesbar sein, dann ist, glaube ich, hier der Akzent falsch gesetzt. Hier geht es um eine politische Entscheidung. Wir sagen ja zum privaten System im Bereich der Medien, des Rundfunks. Wir wollen aber keine Fehlentwicklungen haben. Deshalb brauchen wir auch eine öffentliche Verantwortung gerade dieser privaten Konkurrenz. Wir meinen, daß wir diese Rahmenbedingungen gesetzlicher Art brauchen. Darum plädiere ich nachdrücklich für die Annahme des Antrages F 143 der Jungen Union. - Danke sehr.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema "Medien" - und das ist eine erfreuliche Sache - ist in der CDU in den letzten Monaten mehr und mehr präsent geworden. Wir waren hier nicht nur in Verruf geraten, sondern wir waren in Wirklichkeit eine Partei, die nach dem Slogan gehandelt hat: Die beste Medienpolitik ist keine. Diese Zeiten sind vorbei, meine Damen und Herren. Wir müssen heute eine ganz konkrete Medienpolitik haben.

(Beifall)

Zunächst eine Vorbemerkung. Wir sind uns bitte darüber im klaren, daß das Funktionieren der Medien eine existenzielle Voraussetzung unserer Demokratie ist. Ohne funktionierende Medien ist eine moderne Demokratie nicht funktionsfähig. Sie würde auf Dauer gesehen in einem der wesentlichsten Punkte - nämlich der Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt, also in einem der wesentlichsten Punkte demokratischen Tuns - versagen.

Die Antragskommission hat sich bemüht, in dem Antrag die entscheidenden Dinge, die wir jetzt und in der Zukunft zu lösen haben, in knapper Form auszuformulieren.

Wir müssen zunächst einmal daran denken, daß die Pluralität der Medien ein Fundament der freien Gesellschaft ist. Die Pluralität in Hörfunk und Fernsehen konnte nicht durch eine Vielfalt, wie sie in den privatrechtlichen Presseverlagen möglich ist,

hergestellt werden, sondern sie entstand nach dem Kriege angesichts der Grenzen der Technik und der Grenzen der Wellen durch öffentlich-rechtliche Anstalten. Auch wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten ein Monopol haben, haben sie aber der Pluralität, der Vielfalt unserer gesamten Gesellschaft Rechnung zu tragen; davon sind sie nicht entbunden.

(Beifall)

Hiermit kommen wir zu dem entscheidenden Punkt unseres Antrags. Die freie Meinungsäußerung ist nicht ein Privileg der Journalisten; vielmehr ist die Freiheit der Meinungsäußerung in Art. 5 des Grundgesetzes für jeden Bürger verankert.

(Beifall)

Die Journalisten in öffentlich-rechtlichen Anstalten haben lediglich ein Privileg des Zugangs, das Privileg, ihre Meinung veröffentlichen zu dürfen. Und das bringt Pflichten mit sich; darüber müssen wir unklar sein.

(Beifall)

Was für Pflichten sind das? Zunächst einmal hat der Journalist die Aufgabe, die übrigen Bürger auf einen Informationsstand zu bringen, den sie nicht heben können, weil sie einen Beruf ausüben. Nur der Journalist ist in der Lage, dem einzelnen Bürger den Informationsstand zu vermitteln, den er braucht, damit er sich eine eigene Meinung bilden kann. Meinungsbildung ist nicht nur eine Sache von Journalisten, sondern eine Sache aller Bürger, des ganzen Volkes, und die Vermittlung von Informationen an die Bürger ist die Dienstleistung, die die Journalisten zu erfüllen haben.

(Beifall)

Das gleiche gilt für die Verbreitung von Meinungen. Hierbei hat der Journalist seine Qualifikation in besonderer Weise unter Beweis zu stellen. Wenn er dabei bewußt parteiisch handelt, muß die Anstalt - dessen hat er gewärtig zu sein. - durch einen inneren Kontrollmechanismus für die nötige Ausgewogenheit sorgen. Hier liegt die Aufgabe der Verantwortlichen in den Anstalten, meine Damen und Herren. Diese müssen, wenn sie gewählt worden sind, auch ihrer Verantwortung nachkommen.

(Beifall)

Deswegen legen wir unbedingten Wert darauf, daß die Rundfunkgesetze, die jeder Anstalt des öffentlichen Rechts in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegen, inhaltlich von allen Journalisten mitgetragen werden. Es geht nicht an, daß man, weil man diese Gesetze nicht mag, gegen sie Stellung nimmt, wie z.B. ein Intendant Neuffer gemeint hat, er brauchte in den Anstalten nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Grundgesetz einzutreten. Meine Damen und Herren, öffentlich-rechtliche Anstalten unterliegen einer Allgemeinwohlbindung, und wer das nicht mag, darf sich dort nicht wählen lassen.

(Beifall)

Deswegen möchte ich zu dem Antrag F 120 folgendes sagen. Die Aufgabe der Anstalten besteht nicht nur darin, Wahrheit und Moral zu gewährleisten - das wäre eine Einschränkung - , sondern sie ist viel umfassender. Die Aufgaben der Anstalten sind in den Rundfunkgesetzen in aller Deutlichkeit dargelegt. Zu ihnen gehören umfassende Berichterstattung, Wahrhaftigkeit, keine Parteilichkeit, Ausgewogenheit. Wir müssen bei diesen Aufgaben immer die Bindung an das Allgemeinwohl im Auge haben und dürfen hier nicht nur einen oder zwei Punkte herausgreifen. Das wäre eine Einschränkung. Wir unterstützen zwar das Anliegen des Antrages. Durch seine Annahme würden aber die umfassenden Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Anstalten eingeschränkt.

Damit komme ich drittens auf den Antrag der Jungen Union. Wir haben nicht die Aufgabe, das öffentlich-rechtliche Monopol zu verteidigen. Bereits in unserem Medienpapier von vor zwei Jahren steht ganz klar: "Das öffentlich-rechtliche System ist für uns kein Dogma." Auch für dieses Monopol gelten die Kriterien, die für die öffentliche Meinungsbildung gelten müssen: Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt. Diese Kriterien gelten auch für die öffentlich-rechtlichen Anstalten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Eine Begrenzung der Wellen ist heute angesichts des Standes der Technik nicht mehr notwendig, und auch finanziell sind wir in der Lage, neue Medien einzuführen. Damit haben wir die Möglichkeit, die nach dem Grundgesetz vorgesehene Vielfalt zu schaffen, und müssen nunmehr das Recht entsprechend ändern.

Deswegen möchte ich Sie bitten, das Recht des Zugangs zu den Medien in dem umfassenden Sinne zu beschreiben, wie es in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung vorgesehen ist.

Wir brauchen erstens eine Korrektur der Fehlentwicklung der öffentlich-rechtlichen Anstalten; denn sie haben ihre Aufgabe in dieser Gesellschaft nicht richtig erfüllt. Das müssen wir korrigieren.

(Beifall)

Wir brauchen zweitens eine bessere Ausbildung der Journalisten, gerade in den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Um diese Ausbildung der Journalisten haben sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten in den letzten 20 Jahren überhaupt nicht gekümmert. Was würden sie eigentlich tun, wenn sie nicht immer gute Journalisten von der Presse bekämen, meine Damen und Herren? Dort wurden sie noch ausgebildet. In den öffentlich-rechtlichen Anstalten wurde diese Ausbildung in straflicher Weise versäumt.

(Beifall)

Und drittens brauchen wir ein freiheitliches Recht des Zugangs zu Meinungen. In dieser freien Gesellschaft darf es kein Monopol und kein Privileg für Meinungsverbreitung geben.

Deswegen bitte ich Sie, den von der Antragskommission empfohlenen Wortlaut zu unterstützen. Es wäre gut, wenn es für diesen Wortlaut ein wirklich einhelliges Votum dieses Parteitages gäbe. Auf unserem Medientag am 8. November werden wir die einzelnen Fragen beraten.

(Beifall)



Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schwarz-Schilling, für diesen Beitrag! Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich noch einmal mit dem Antrag F 309 befaßt, der hier von Herrn Martin begründet worden ist. Wir haben u.a. die Frage geprüft, ob es nach der Aussage: "Sie haben dem jeweiligen Wählerauftrag in der Regierung oder in der Opposition zu dienen" möglich sei, den nächsten Satz zu streichen. Dagegen wird geltend gemacht, daß gerade aus der Betonung der Aufgabe der Opposition bei der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle folge, daß die Opposition durch die Ausstattung mit entsprechenden Mitteln usw. auch in die Lage versetzt werden müsse, diese Aufgabe wahrzunehmen. Deshalb ist die Antragskommission zu dem Ergebnis gekommen, daß dieser Satz nicht gestrichen werden sollte.

Wir haben jedoch aus dem Antrag F 309 eine redaktionelle Änderung übernommen. Danach lautet der letzte Satz jetzt: "Die politischen Parteien können ihren demokratischen Auftrag nur erfüllen, wenn sie trotz harter Auseinandersetzung ..."; und dann geht es weiter wie in der Vorlage der Antragskommission. Das ist aber lediglich eine redaktionelle Änderung. Durch diesen Wortlaut wird besser umschrieben, was wir hier aussagen wollen.

Ich habe noch zu dem Antrag F 118 Stellung zu nehmen, der vom Kreisverband Dortmund gestellt und hier begründet worden ist. Wir haben gegen das, was dort gesagt wird, inhaltlich keine Bedenken, sind allerdings der Auffassung, daß es sich hier lediglich um einen Appell handelt, der keine politische Aussage enthält und deshalb nicht in das Grundsatzprogramm aufgenommen werden sollte.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über Ziffer 105 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung ab, wobei die Änderung aus dem Antrag F 118 - "Sie müssen offen bleiben für die konkreten Sorgen der Bürger, Meinungsbildung und Arbeit der Parteien müssen durchschaubar und möglichst bürgernah sein" - berücksichtigt wird und wobei die redaktionelle Änderung aus dem Antrag F 309 übernommen wird.

Wer dem Antrag in dieser Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte. - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen.

Bevor die nächste Ziffer aufgerufen wird, darf ich auch von einem erfreulichen Ereignis Kenntnis geben: Der Delegierte Gerhard Sauer hat heute Geburtstag. Wir wünschen ihm alles Gute für den weiteren Lebensweg.

(Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Ich rufe Ziffer 106 auf. Hierzu liegen einige Wortmeldungen vor. Als erster Redner hat Herr Alo Hauser das Wort.

Alo Hauser, Bonn: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziffer 106 beinhaltet die Stellungnahme der Christlich Demokratischen Union zu den Verbänden. Wir sind darin einig, daß in einer freien Gesellschaft - und so lesen wir in dieser Stellungnahme - die Verbände ihre Aufgaben selbst bestimmen.

Wir sind aber sicherlich auch darin einig, daß die Prinzipien der Demokratie auch für die innerverbandliche Verfassung gelten müssen. Dies ist um so wichtiger, je größer und je mächtiger die jeweiligen Verbände sind. So findet sich denn auch in der Vorlage der Antragskommission die Feststellung, daß es kein Recht ohne Pflicht gebe und daß gerade bei großen Verbänden die Gemeinwohlverträglichkeit nicht nur gefordert, sondern durch den Staat garantiert werden müßte.

Wenn sich aber der Staat diese Aufgabe, die Gemeinwohltätigkeit der großen Verbände zu garantieren, aufbürdet, dann ist es ein Widerspruch in sich, wenn in der Vorlage der Antragskommission die Feststellung zu finden ist; "Ein Verbändegesetz lehnen wir ab." Wir sind ja alle nicht naiv; wir wissen, daß die Möglichkeit besteht, an die Verbände zu appellieren, sich unter Beachtung des Gemeinwohls zu verhalten. Wir wissen, daß die staatliche Entwicklung bei uns in großem Maße von dieser Gemeinwohlverträglichkeit und dem entsprechenden Verhalten der Verbände abhängt. Wenn wir aber von vornherein erklären, daß, ganz gleich was geschieht, eine entsprechende gesetzliche Regelung ausgeschlossen wird, dann fordern wir die Verbände geradezu heraus, dem Eigeninteresse mehr als dem Gemeinwohl zu dienen.

Der Kreisverband Bonn hatte ursprünglich in seinem Antrag F 149 folgende Formulierung vorgeschlagen: "Durch ein Verbandsgesetz muß sichergestellt werden, daß die innerverbandliche Willensbildungsprozesse demokratischen Normen entsprechen." Nun kann man auf dem Standpunkt stehen, daß die Forderung nach einem bestimmten Gesetz nicht Bestandteil eines Grundsatzprogrammes sein sollte. Dann dürfte aber auch das Gegenteil nicht der Fall sein.

(Vereinzelter Beifall)

"Die Sozialpflichtigkeit aller gesellschaftlichen Kräfte zu gewährleisten" - so steht es in der Vorlage, über die Sie gleich befinden sollen -, "ist eine Aufgabe des demokratischen Staates. Ihm obliegt es, die nichtorganisierten Interessen zu schützen." Dazu haben wir in Erkenntnis der Neuen Sozialen Frage die Ziffer 87 unseres Programms verabschiedet. Gerade dies bedingt aber die Möglichkeit, notfalls auch eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, um die Gemeinwohlverträglichkeit der Verbandstätigkeit zu gewährleisten.

(Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, eine geschäftsleitende Bemerkung.

Wir haben noch das ganze Kapitel Außenpolitik zu behandeln. Das Präsidium bittet daher alle Redner, sich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf drei Minuten zu beschränken.

(Beifall)

Das Wort hat nun Herr Goehner.

Reinhard Goehner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gemeinwohlpflichtigkeit gesellschaftlicher Gruppen gesetzlich zu gewährleisten ist unmöglich. Das würde bedeuten, daß wir die Außenfunktion von Verbänden reglementieren und disziplinieren, und das wäre das Ende der freiheitlichen Gesellschaft. Es ist geradezu Voraussetzung einer jeden freien Gesellschaft - daran

können Sie jede Gesellschaft messen, ob sie frei ist -, daß beispielsweise Gewerkschaften in ihrer Außenwirkung nicht diszipliniert sind.

Die von der Antragskommission empfohlene Fassung stellt im Unterschied zu der im Bundesvorstandsantrag deutlicher klar, daß alle von der Verfassung garantierte Autonomie gesellschaftlicher Gruppen den Anforderungen der Gemeinwohlverträglichkeit zu unterwerfen ist. Ich begrüße, daß hier dieser Vorschlag Westfalens übernommen worden ist. Es fehlt aber der begründende Satz aus dem Antrag des Landesverbandes Westfalen, der lautet: "Mit der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips wird das Prinzip der Sozialpflichtigkeit auf alle Formen gesellschaftlicher Machtpositionen erstreckt." Dies ist wörtlich Mannheimer Erklärung, und ich meine, es ist eine Formulierung der Mannheimer Erklärung, die auch in dieses Grundsatzprogramm hineingehört.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen trennen zwischen der Binnen- und der Außenfunktion der Verbände. Es muß klar sein, daß der Staat nicht das Außenwirken der Verbände disziplinieren will. Ich bitte deshalb, dem Antrag der Jungen Union F 166 zu folgen. Die in dem Vorschlag der Antragskommission enthaltene Forderung, der Staat müsse die Sozialpflichtigkeit gesellschaftlicher Kräfte gewährleisten, überfordert den Staat. Dies kann er nicht. Er kann die Sozialpflichtigkeit politisch einfordern, aber er kann sie nicht zwingend gewährleisten, es sei denn, er wäre zu jenem - wie ich meine: abzulehnenden - Schritt bereit, den mein Vorredner vorgeschlagen hat, nämlich eine gesetzliche Regelung zu verlangen. Ich bitte deshalb, dem Antrag der Jungen Union in diesem Punkt zu folgen. Dies ist auch, was die Festschreibung der Sozialpflichtigkeit angeht, nicht gefährlich, weil wir vorher ausdrücklich gesagt haben, daß die Verbände dem Gebot der Gemeinwohlverträglichkeit unterliegen.

Die Antragskommission hat aus dem Antrag der Sozialausschüsse die Formulierung übernommen: "Ein Verbändegesetz lehnen wir ab." Ich habe für diese Forderung der Sozialausschüsse großes Verständnis, weil der Eindruck vermieden werden muß, wir wollten ein Gewerkschaftsgesetz. Da andererseits - ich zitiere aus dem letzten Absatz des Antrages des Landesverbandes Westfalen - "unsere Rechtsordnung auch hinsichtlich der demokratischen Gestaltung der Gruppen und des Verhältnisses der Verbände zu ihren Mitgliedern durchgesetzt" werden muß - -

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Reinhard Goehner: - - und da diese Forderung ebenfalls wörtlich in der Mannheimer Erklärung enthalten ist, ist diese Ergänzung zu der Formulierung aus dem Antrag der Sozialausschüsse - die bestehen bleiben sollte - notwendig. Wir schließen damit eine allgemeinverbindliche gesetzliche Festsetzung für alle Verbände aus, aber wir ermöglichen, daß erstens die Verbände selbst diesem Postulat nachkommen, daß zweitens die Rechtsprechung die Möglichkeit hat, dieses Postulat zu verwirklichen, und wir würden drittens - das halte ich auch für wichtig - damit nicht ausschließen, daß eine Fortentwicklung des BGB-Vereinsrechts in Richtung auf mehr Binnendemokratie erfolgt.

( Vereinzelter Beifall )

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Dr. Janning.

Dr. Heinz Janning: Meine Damen und Herren! Ich plädiere für den Antrag des Landesverbandes Westfalen F 147 auf Seite 426. Gegen den Bundesvorstandsentwurf in der Fassung der Antragskommission haben wir vor allem systematische Bedenken, und zwar deswegen, weil diese Fassung zwischen den drei Hauptproblemfragen unsystematisch hin- und herspringt: zwischen der Zuständigkeitsfrage, der Frage nach dem Außenverhältnis - Stichwort Sozialpflichtigkeit - und der Frage nach der inneren Ordnung, also der Frage, ob und inwieweit demokratische Strukturen für die Binnenstruktur gelten sollen. So finden Sie beispielsweise die Ablehnung des Verbändegesetzes der Zuständigkeitsfrage zugeordnet, - was überhaupt nicht in die Landschaft paßt, denn dort wird es nicht diskutiert; das Verbändegesetz wird nur diskutiert bei der Frage der inneren Ordnung der Verbände.

Die Frage der inneren Ordnung ist meines Erachtens formulierungsmäßig nicht ganz zureichend beantwortet.

Wenn Sie demgegenüber den Antrag von Westfalen-Lippe nehmen, dann entdecken Sie in drei Absätzen die ganz klare und einleuchtende Gliederung, differenzierte Ausführungen insbesondere zu der Frage der inneren Ordnung. Deswegen möchte ich an die Antragskommission die herzliche Bitte richten, sich zu überlegen, ob man diesen Antrag nicht übernehmen kann.

Ich komme zum Schluß. Soweit es die problematische Frage der Verbändegesetzgebung angeht, würde ich eine getrennte Abstimmung empfehlen. Wenn die Ablehnung eines Verbändegesetzes in das Grundsatzprogramm aufgenommen werden soll, könnte man diesen Satz unschwer an den Abs. 2 des westfälisch-lippischen Antrages anfügen, denn dort würde er systematisch hingehören.

Ich fasse zusammen: Wegen der klaren und einleuchtenden Gliederung und wegen der differenzierten Aussage zur Frage der inneren Ordnung möchte ich herzlich darum bitten, daß man dem Antrag Westfalen-Lippe folgt.

(Teilweise Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Wortmeldungen zu diesem Punkt vor. Ich darf davon ausgehen, daß die Rednerliste geschlossen werden kann. Das Wort hat Franz Schapfel. Ihm folgt Herr Adolf Müller, Rheinland.

Franz Schapfel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß Demokratie und Freiheit und Pluralität es bis jetzt in den Nachkriegsjahren noch nie notwendig gemacht haben, daß wir ernsthaft darüber nachdenken mußten, ein Verbändegesetz zu schaffen. Verbände tragen doch bis zur Stunde diesen Staat, seien es Unternehmerverbände, seien es Gewerkschaften, seien es auch andere Verbände. Wenn sie dies nicht tun, wenn sie sich gegen den Staat stellen, dann gibt es immer noch die Möglichkeit an Hand unserer Verfassungsnormen, sie in ihre Schranken zu weisen oder sie zu verbieten.

Warum wollen wir dann eigens ein Verbändegesetz? Es gibt in unserem Staat Normen, die dahin gehen, daß Freiheitsräume für Verbände existieren. Die Gefahr ist sehr groß, daß die Schaf-

fung eines Verbändegesetzes so ausgelegt werden kann, daß wir die Freiheit der Verbände einengen wollten. Was heißt das? Wir kritisieren in anderen Staaten, daß es dort nur noch Staatsverbände gibt, die in die Parteien und die Diktaturen eingebunden sind. Wenn wir dies nicht wollen, sollten wir auch sehr klar sagen, daß wir in der jetzigen Situation kein Verbändegesetz haben möchten. Ich bin auch der Auffassung, daß wir ohne weiteres aus dem Antrag von Westfalen die Formulierungen, in denen einige Normen festgeschrieben sind, aufnehmen sollten.

(Teilweise Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Herr Adolf Müller hat nun das Wort.

Adolf Müller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach christlicher Sozial- und Gesellschaftslehre bestimmen die gesellschaftlichen Verbände und Gruppen den Umfang ihrer Tätigkeit und die innere Ordnung selbst. Legitimation hierfür ist der Wille der Mitglieder. Damit übernimmt die Organisation aber auch die Verantwortung, daß das, was die Mitglieder wollen, sich in dem Rahmen bewegt, den das Grundgesetz zeichnet und die Gemeinwohlverpflichtung zwingend vorschreibt. Minderheitsrecht ist insbesondere dort zu beachten, wo Verbände in sich eine plurale Struktur haben. Ein Verbändegesetz würde an der großen Bedeutung und der großen Verantwortung der Verbände nichts ändern. Helmut Kohl, Heiner Geißler und auch Kurt Biedenkopf und andere haben immer wieder auf die große Verantwortung der Verbände hingewiesen, aber ein Verbändegesetz abgelehnt - ich meine, zu Recht.

Meine Damen und Herren, mit Gesetzen läßt sich keine Mitarbeit erzwingen. Kritik ist notwendig, Kritik ist Salz der Demokratie. Kritik ist aber nur dann konstruktiv, wenn sie an die Stelle des Kritisierten die eigene Leistung setzt. Nicht durch Gesetze, sondern durch Engagement und Mitarbeit kann die Pluralität im Erscheinungsbild der Verbände erreicht werden. Das gilt für Gewerkschaften, für Arbeitgeberverbände und alle anderen großen gesellschaftlichen Gruppen. Die Mitarbeit darf sich nicht darin erschöpfen, daß man glaubt, durch Zahlung der Beiträge und die Anstellung hauptamtlicher Funktionäre habe man seine Pflicht gegenüber der Gesellschaft erfüllt.

Der Antrag der Antragskommission, den ich hier nachdrücklich unterstütze, trägt alledem Rechnung. Nähme man den letzten Absatz des Antrages von Westfalen an, würde man inhaltlich das Verbändegesetz beschließen. Damit würde aber auch der Eindruck entstehen, als wollten wir den Verbänden einen Maulkorb umhängen.

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Friedrich Vogel.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat einstimmig empfohlen, den Satz "Ein Verbändegesetz lehnen wir ab" in diese Formulierung aufzunehmen. Wir sind der Auffassung, daß es eine wichtige politische Aussage ist und daß der Parteitag hierzu auch ein klares

Votum abgeben muß. Noch einmal: insoweit Einstimmigkeit in der Antragskommission.

Zu dem Antrag F 147: Hier empfiehlt die Antragskommission in Abänderung der Vorlage vor dem letzten Satz auf Seite 426 oben rechts folgenden Satz aus dem Antrag F 147 des Landesverbandes Westfalen einzufügen: "Mit der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips wird das Prinzip der Sozialpflichtigkeit auf allen Formen gesellschaftlicher Machtpositionen erstreckt." Die Antragskommission empfiehlt nicht, weitere Aussagen zur Binnenstruktur der Verbände aufzunehmen. Sie finden das im wesentlichen in Abs. 3 des Antrages F 147 des Landesverbandes Westfalen. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß hier wichtige Gedanken angesprochen werden, daß dieses aber noch eingehender Diskussion innerhalb der Partei bedarf, ehe die Partei dazu abschließend votieren sollte. Deshalb die Bitte, diesem Teil des Antrags des Landesverbandes Westfalen nicht zu folgen.

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission, ausgedruckt auf Seite 425 rechts unten, zu Ziffer 106 zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, dies durch Handzeichen zu bekunden. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das erste war bei einer erheblichen Zahl Gegenstimmen die klare Mehrheit. Der Antrag ist somit angenommen. Bevor wir zu Ziffer 107 kommen, darf ich noch einen herzlichen Glückwunsch an ein Geburtstagskind aussprechen, und zwar an Herrn Horst Fischer. Er wird heute 49 Jahre alt. Ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 107 auf. Das Wort hat Herr Petermann.

Dr. Bernd Petermann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Verhältnis der CDU zu den Kirchen, das Verhältnis des Staates zu den Kirchen hat in den vergangenen Jahren unser Engagement innerhalb der Gesellschaft stärker geprägt, als dies in den vier Zeilen, die im Programm noch übriggeblieben sind, zum Ausdruck kommt. Mir scheint die Aussage über dieses sich gegenseitig befruchtende Verhältnis nicht nur quantitativ zu gering. Vor allem ist bedenklich, daß im letzten Satz auch in der Fassung der Antragskommission der Eindruck erweckt wird, als ob eine Verengung des Auftrages der Kirche in der Gesellschaft auf die bloße Verkündigung stattfinden könnte. Das Problem der Autonomie der Kirchen, nicht nur ihre Verkündigung, sondern auch ihren sozialen Auftrag selbst zu regeln, ist in der letzten Zeit durchaus wieder aktuell geworden. Es ist zu sehen, daß es in der politischen Praxis verschiedener Sprüche des Bundesverfassungsgerichts bedurfte, um diese Stellung klarzustellen. Das ging an der großen Öffentlichkeit vielleicht etwas vorbei, um so mehr aber haben wir als Christlich Demokratische Union Veranlassung, uns nicht nur zur Freiheit der Verkündigung der Kirchen zu bekennen, sondern auch zur Freiheit der Kirche zu sozialem Handeln im Dienste der Caritas.

Das erscheint in unserem Programm zu schwach. Gerade im Herbst 1977 mußte das Bundesverfassungsgericht wiederholt feststellen, daß der Dienst am Nächsten, daß soziale Verantwortung, daß auch der Dienst innerhalb der Schule zum Kernbereich des kirchlichen Auftrages gehören. Das erscheint nicht im Programm.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres erlaubte sich der damalige Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen und jetzige Ministerpräsident Rau die Bemerkung, die Kirche habe zu schweigen, wenn es um bildungspolitische Fragen - damals die kooperative Schule - gehe. Das zeigt, daß der Auftrag der Kirche in die Gesellschaft hinein in unserem Programm deutlicher zum Ausdruck gebracht werden muß. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag F 171 zuzustimmen.

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Das Wort hat der Bundespartei vorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde! Ich plädiere dafür, den Antrag unserer Düsseldorfer Freunde anzunehmen, und zwar nicht etwa deshalb, weil der Antrag des Bundesvorstands und auch die verbesserte Formulierung der Antragskommission nicht ausreichend wären. Aber wir erleben ja gegenwärtig den eigenartigen Zustand, daß Herr Schmidt auf dem Katholikentag predigt - anders kann man es gar nicht nennen -, daß aber die praktische Politik der Sozialisten ausbleibt, wenn es etwa darum geht, freigemeinnützige Krankenhäuser, die von Ordensgemeinschaften getragen werden, zu unterstützen.

(Beifall)

Wir sollten hier deutlich machen, daß wir in der Gesamtheit unserer Politik, im Bereich der Gemeinden, der Länder wie des Bundes, den Wunsch haben, daß möglichst viele freigemeinnützige Träger und insbesondere die soziale Liebestätigkeit der Kirchen ihren Platz haben. Deswegen ist es gut, wenn wir diesen Satz anhängen.

Gemeldet habe ich mich aber vor allem wegen der Begründung, verehrter Herr Vorredner. Mit gefällt es nicht, daß wir womöglich unser Programm und die Definition unserer Beziehungen zu den Kirchen als unserer Glaubensheimat, unser Verhältnis zur evangelischen oder katholischen Kirche, auf diesen Satz hier reduzieren. Wer das Programm als Ganzes liest, wer es auf sich wirken läßt, der weiß: Dies ist ein Programm der Christlich-Demokratischen Union. Und wenn es je eine Phase in der Geschichte unserer Partei - von den Jahren der unmittelbaren Gründerzeit abgesehen - gab, in der sich die CDU Deutschlands entschlossen zu ihrem "C" und ihrer religiösen Heimat bekannt hat, dann jetzt in diesem Programm, das wir heute verabschieden.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern. Und im Maßstab des "C", christlich verantworteter Politik, für unser eigenes Tun lassen Sie uns bitte nicht nur diese Frage als einen Bezug nehmen, für unsere Verbindung zu den Kirchen, sondern das ganze Programm: dort, wo wir Gott ansprechen, den Herrn der Geschichte; dort, wo wir unsere Grundwerte definieren!

Und das soll auch gesagt werden: Es gibt im Staat eine geschriebene und eine lebende Verfassung. So gibt es auch im Leben einer Partei eine Parteiprogrammatik, die niedergelegt ist in Wort und Schrift; aber es gibt auch die lebende Wirklichkeit einer Partei. Natürlich bin ich stolz darauf, daß wir 50 % der Stimmen, die wir brauchen, erreichen wollen und erreichen werden. Aber ich bin auch stolz darauf, daß heute - wie in den ersten Jahren der Union - wieder viele

junge Leute aus der praktischen Arbeit der kirchlichen Jugendbewegung zu uns in die Junge Union kommen, in die Schülerunion, in den RCDS.

(Beifall)

Auf Dauer ist es genauso wichtig, daß unser Angebot, die Alternative unserer Politik in den Rathäusern, den Landtagen, in den Landesregierungen und im Bundestag auch in der personalen Darstellung deutlich macht: Wir sind unverwechselbar die Christlich-Demokratische Union, weil unser Gesicht, unser Profil das ausweist.

(Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Kohl. - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Friedrich Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, insoweit ergänzend zu der Vorlage, die Annahme des Antrags F 171, und zwar in der Weise, daß der Inhalt dieses Antrages an die Fassung der Antragskommission angehängt wird. Darin besteht Übereinstimmung mit Herrn Dr. Petermann, der den Antrag hier begründet hat.

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission, ergänzt um den Antrag F 171, zur Abstimmung. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich, dies durch Handzeichen kundzutun. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 108 auf. Das Wort hat Herr Hasselmann.

Wilfried Hasselmann, Hannover: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte einen kurzen Beitrag zu der Ziffer 108 leisten, insbesondere zum Antrag unseres Kreisverbandes Cuxhaven F 185. In den zurückliegenden Jahren war es in besonderem Maße und oft genug allein die Union, die sich der drängenden Probleme der Inneren Sicherheit angenommen hat. Dies war erforderlich, um die vielfältigen Erscheinungsformen, aber auch Aufweichungen in den linken Randbereichen des demokratischen Partelenspektrums einzugrenzen.

Es hat daher sachlich seine Berechtigung, wenn der Kreisverband Cuxhaven im Antrag F 185 feststellt: Die "Innere Sicherheit" ist ein Kernproblem in unserem Staat. Wir haben in Niedersachsen besondere Erfahrungen gemacht. Sie erinnern sich, daß die niedersächsische Landesregierung Professor Brückner vom Dienst an der Hochschule suspendierte und dort, wo es nötig war, auch einmal einen ASTA absetzte. Es geht darum, daß wir das, was wir sagen, auch praktizieren - dort, wo wir es praktizieren können. Ich sage das in aller Offenheit.

Angesichts dieser Rangstelle der Inneren Sicherheit im politischen Gefüge in unserem Staat will es mir auf den ersten Blick etwas lapidar erscheinen, wenn sich die Empfehlungen mit folgender Feststellung begnügen. Sie lesen es: Anschläge auf den Staat und auf die Sicherheit seiner Bürger sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Diese Formulierung bedarf nach meinem Dafürhalten der Anmerkung. Die Bekämpfung des bereits bestehenden politischen Extremismus ist immer nur Reaktion auf eine schon abgeschlossene



Fehlentwicklung. Zumeist junge Menschen sind hier diesem Staat und seiner Gesellschaftsordnung bereits entglitten und werden nun mit staatlichen Machtmitteln daran gehindert, weiteren Schaden an der staatlichen Ordnung anzurichten. Das ist gut, das ist richtig. Nur ist es sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß. Wichtiger ist es, von der Reaktion zur Aktion zu kommen, von der Defensive zur Offensive überzugehen. Genau darum müssen wir uns, meine ich, bemühen. Das ist auch erkennbar in den Formulierungen der Antragskommission und in unserem Grundsatzprogramm.

Meine Damen und Herren, wir sollten noch überlegen, an welcher Stelle und wie wir am zweckmäßigsten dort die Offensive eröffnen, wo wir dies nach meiner Meinung tun sollten, nämlich in der Lehrerausbildung an den Hochschulen und in den Schulen selbst, damit es erst gar nicht zu diesem Entgleiten kommen kann. Das scheint mir ganz besonders wichtig. Wir glauben, beobachten zu können, daß - ganz bestimmt mit Auftrag hier und da - systemverändernde Politik mit pädagogischen Mitteln betrieben werden soll. Das aber ist die gefährlichste Waffe, die man überhaupt in die Hand nehmen kann.

(Beifall)

Deshalb ist hier größte Sorgfalt notwendig. Unser Auftrag gerade an den Schulen und Hochschulen, dafür zu sorgen, daß es erst gar nicht zum Abgleiten kommen kann, müßte von uns noch klarer formuliert werden. Ich bitte daher den Parteitag im Namen meiner Freunde aus Cuxhaven, das noch ein bißchen konkreter zu formulieren, möglicherweise im Redaktionsausschuß zum Grundsatzprogramm. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Friedrich Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Empfehlung der Antragskommission anzunehmen und um den letzten Satz des Antrags F 185 zu ergänzen, der gerade von Herrn Hasselmann begründet worden ist. Es handelt sich um den zweiten Absatz, wo es im letzten Satz heißt:

"Anschläge auf den Staat und auf die Sicherheit seiner Bürger sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen."

Hieran sollte angeschlossen werden:

"Die Sicherheitsorgane sind bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe auf die Mithilfe und die Solidarität der Bürger angewiesen."

Werner Zeyer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich stelle die Empfehlung der Antragskommission mit der von Herrn Vogel vorgetragenen Ergänzung zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen, um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Bevor ich Ziffer 109 aufrufe, darf ich darauf hinweisen, daß zu Ziffer 110 eine Wortmeldung vorliegt: Herr Dr. Haßbach. Zu Ziffer 109 liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 109. Wer zustimmen wünscht, den bitte ich, dies durch Kartenzeichen zu bekunden. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich übergebe das Präsidium jetzt dem Herrn Kollegen Brok.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich rufe Ziffer 110 auf. Dazu liegt Ihnen eine Tischvorlage vor. Ich gebe hierzu Herrn Dr. Haßbach das Wort.

Dr. Friedrich Haßbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche bei Ziffer 110 gegen die Empfehlung der Antragskommission, keineswegs jedoch gegen die gesamte Empfehlung, sondern nur gegen den letzten Abschnitt, den ich für äußerst unglücklich formuliert halte. Wir lesen dort:

"Einheitlichkeit der Lebensbedingungen bejahen wir."

Dieses fatale Wort "Einheitlichkeit" hat den Nachsatz nach sich gezogen:

"Zentralistische Gleichmacherei lehnen wir ab."

Ich glaube nicht, daß ich mich an dieser Stelle und in diesem Raum über das Wort "Einheitlichkeit" und das, was man darunter verstehen könnte, auslassen muß. Ich möchte der Antragskommission empfehlen, "Einheitlichkeit" hier, wie es in einem Vorschlag des Kreisverbandes Neuwied geschehen ist, durch "gleichwertige Lebensbedingungen" zu ersetzen und möglicherweise den letzten Absatz ganz zu streichen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort Herrn Dr. Rinsche von der Antragskommission.

Dr. Günter Rinsche, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß das Wort "Gleichwertigkeit" hier eingesetzt werden sollte. Wir stimmen insofern Ihrem Vorschlag zu. Im übrigen könnte man bei dem Vorschlag bleiben, wie er vorliegt.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich stelle das Votum der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Ziffer 110 ist damit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 111. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich stelle Ziffer 111 zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 112. Dazu hat sich Herr Klapheck gemeldet. Nach ihm spricht Herr Dr. Janning.

Helmut Klapheck: Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag F 270 der Jungen Union. Er sieht eine Erweiterung der Sozialstaatsdefinition vor, die Ihnen der Bundesvorstand in Ziffer 112 vorgelegt hat. Wir tun das deshalb, weil wir wollen, daß das Programm in sich stimmig und konsequent ist.

Wir haben gestern bei den Kapiteln "Soziale Marktwirtschaft" und "Soziale Ordnungspolitik" eine ganze Reihe von staatlichen Maßnahmenbereichen und Verantwortungsbereichen im einzelnen beschrieben, die durch die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Definition des Sozialstaats bei weitem nicht gedeckt sind. In der

Definition des Bundesvorstands wird als konkrete Aufgabe des Sozialstaats ausschließlich die Abdeckung der wichtigsten Existenzrisiken – wörtlich: Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter – genannt. Die Aufgaben des Sozialstaats sind jedoch sehr viel weiter. Ich will Ihnen nur ein Beispiel aus dem bereits verabschiedeten Teil des Programms vorlesen. Wir haben gestern zu dem Begriff "Chancengerechtigkeit" folgendes beschlossen:

Sie – die Chancengerechtigkeit –

"... soll jedermann die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht. Dazu gehört zunächst ein gerechter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen. Chancengerechtigkeit bezieht sich aber auch auf die Eröffnung von Mitsprache und Mitverantwortung, auf die Nutzung lebenswichtiger Güter und auf den Erwerb persönlichen Eigentums."

Meine Damen und Herren, wer kann denn den gerechten Zugang für alle zu allen Bildungseinrichtungen garantieren? Welche Instanz hat denn gewaltige Mitverantwortung für gleiche Chancen bei der Vermögensbildung? Weshalb diskutieren wir denn Vermögensbildungspolitik? Weil das doch ganz originäre Aufgaben des Sozialstaats in unserer Zeit sind. All diese Bereiche sind durch die Vorlage des Bundesvorstands nicht abgedeckt. Die Junge Union versucht, dies zu korrigieren.

Noch eines. Exakt denselben Sachverhalt haben wir gestern diskutiert, als es bei dem Kapitel "Soziale Marktwirtschaft" um die öffentlichen Aufgaben ging. Gestern hat sich die Antragskommission bereitgefunden, den Vorschlag der Jungen Union aufzugreifen. Heute tut sie das bei diesem Punkt, wo es exakt um das gleiche geht, offensichtlich nicht. Ich möchte die Antragskommission aber auch bei diesem Punkt um Konsequenz bitten.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Janning, danach Herr Pflüger.

Dr. Heinz Janning: Ich plädiere für den Antrag F 269 des Kreisverbandes Steinfurt, abgedruckt auf Seite 445.

In der Kritik an dem Entwurf des Bundesvorstands kann ich mich kurzfassen, weil mein Vorredner zutreffend angeführt hat, daß die Aussagen zum Sozialstaat sehr verkürzt sind. Im wesentlichen wird Sozialstaat auf Sozialpolitik reduziert, aber das ist schlichtweg falsch. Die Aussagen zur Sozialpolitik sind schon an zwei Stellen vorher im Programm, nämlich einmal bei den Grundwerten und zum anderen bei der Sozialen Marktwirtschaft, viel besser und prägnanter formuliert worden.

Was uns vor allen Dingen stört, ist, daß die CDU keinerlei Aussagen zur öffentlichen Planung macht. Wir müssen uns dem Spannungsverhältnis zwischen Planung und Freiheit stellen. Man kann es nicht einfach verschweigen. Ausführungen darüber kann man hier im Rahmen der Definition des Sozialstaats machen.

Der Antrag Steinfurt versucht, die wichtigsten Aufgaben des Sozialstaats komprimiert zusammenzufassen. Da der Zeitvorrat hier begrenzt ist, darf ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Seite 446 oben lenken; denn dort steht unser wichtigstes Anliegen. Wir müssen eine Aussage zu den öffentlichen Fach- und Raumplanungen machen. Einmal sagen wir dort, daß solche Planungen notwendig sind, um Freiheit zu sichern. Andererseits sa-

gen wir, daß sich solche öffentlichen Planungen auch an dem Anspruch messen lassen müssen, ob und inwieweit sie Freiheit sichern.

Ich darf Sie, insbesondere die Antragskommission, herzlich bitten, zu überlegen, ob nicht wenigstens diese Aussage übernommen werden kann.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich gebe das Wort Herrn Pflüger.

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! In diese Definition des Sozialstaats müssen unbedingt zwei Aussagen aufgenommen werden, und zwar nicht aus irgendwelchen politischen Gründen, sondern weil dieser Teil ohne die beiden Aussagen falsch wäre.

Die erste Aussage betrifft eine Erweiterung der Aufgabenbeschreibung des Sozialstaats, ähnlich wie es Herr Janning eben angeführt hat. Die zweite Aussage muß eine klare und präzise Stellungnahme zur öffentlichen Planung sein.

Ich möchte das begründen.

In dem uns vom Bundesvorstand und von der Antragskommission vorgelegten Text wird der Sozialstaat einseitig als eine Institution zur Daseinsfürsorge gesehen. Die Definition des Sozialstaats als Einrichtung der Daseinsfürsorge ist absolut unzureichend. Der Sozialstaat ist in der gängigen Interpretation und in der herrschenden Staatsrechtslehre weitaus umfassender.

Er umfaßt neben der Daseinsfürsorge natürlich auch die vielfältigen öffentlichen Leistungen auf kulturellem, auf sozialem, auf wirtschaftlichem Sektor. Er umfaßt Koordinations- und Planungsaufgaben. Er umfaßt Aufgaben im Bereich des Verkehrswesens. Die Erstellung von Sportplätzen ist beispielsweise selbstverständlich eine öffentliche Aufgabe, die unter dem Begriff des Sozialstaates subsumiert werden muß. Deshalb fordern wir, ohne daß alle diese Aufgaben expliziert genannt werden, in unserem Antrag F 270 die Aufnahme einer Zusatzthese, die diese Aufgabenstellung des Sozialstaates korrekt darlegt.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich bitte zum Ende zu kommen.

Friedbert Pflüger: Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Problembereich der öffentlichen Planung. Auch hierzu müssen wir eine klare Aussage machen. Die Sozialisten haben einen Planungsbegriff, der indoktriniert, der auf Indoktrination und vor allen Dingen auf die Reglementierung der Person hinausläuft. Planung betrachten die Sozialisten als ein Instrument, um alle Bereiche des Lebens zu gängeln und durch anonyme Bürokratien zu regeln. Der einzelne Mensch hat dadurch in vielen Bereichen eben keine Möglichkeiten mehr, in irgendeiner Weise zur Geltung zu kommen.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herr Pflüger, ich bitte zum Ende zu kommen.

Friedbert Pflüger: Ich komme zum Schluß. Deshalb dürfen wir - darauf zielt unser Antrag ab - jetzt nicht plötzlich sagen: Wir nehmen diesen Begriff in unser Programm überhaupt nicht auf, sondern wir müssen vielmehr sagen, was wir unter öffentlicher Planung verstehen. Wir müssen etwas zu den Grenzen der öffentlichen Planung sagen und diesen Begriff so im Gegensatz zu den Sozialisten klar und deutlich definieren.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat nun Dr. Längguth das Wort.

Dr. Gerd Langguth, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission plädiert dafür, die entsprechenden Anregungen nicht aufzugreifen. Ich will dies auch begründen.

(Zustimmung)

Wir sind grundsätzlich der Auffassung, daß sich, wie es in der Empfehlung der Antragskommission auch zum Ausdruck kommt, Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen und daß es Aufgabe der Politik ist, aus den Antagonismen, aus den partiellen Gegensätzlichkeiten von Rechts- und Sozialstaat eine vernünftige, sozial gerechte Politik abzuleiten.

Der Antrag F 269 beinhaltet keine klarere und präzisere Formulierung, sondern meines Erachtens eine zu starke Verengung, die in dem Kapitel über den Sozialstaat nichts zu suchen hat und vorher im Kapitel über die Sozialpolitik hätte angesprochen werden müssen.

Zweitens möchte ich den Kollegen Janning darauf aufmerksam machen, daß gerade auf die Rolle der freien Träger bereits im Zusammenhang mit früheren Anträgen - ich verweise auf die Neufassung der Ziffer 1o2 und die neue Ziffer 1o7 a, die Sie auf Seite 398 des Antragsbuches finden - eingegangen worden ist.

Der Antrag der Jungen Union - ich bedaure außerordentlich, dazu nein sagen zu müssen - ist zunächst einmal sprachlich problematisch. Wenn man sich die Formulierung ansieht, stellt man fest, daß es sich um ein ziemlich umständliches Soziologendeutsch handelt.

(Beifall)

Ein Programm muß aber lesbar sein. Liebe Freunde, wir haben uns - auch das möchte ich in diesem Zusammenhang sagen - bereits vorhin unter Ziffer 82 mit dem Problem der staatlichen Planung beschäftigt. Wir haben dabei - Sie finden dies auf Seite 341 - wie folgt formuliert:

"Staatliches Handeln muß vorhersehbar und kontrollierbar sein."

Mit diesen und anderen Formulierungen haben wir die staatliche Planung eingrenzen wollen. Der Antrag F 27o beinhaltet demgegenüber eine Aufforderung zur Erweiterung staatlicher Planung. Die Formulierungen in diesem Antrag sind problematisch. In dem Antrag wird beispielsweise von "wünschenswerten Verhaltensweisen" gesprochen. Dies ist eine recht umständliche und sehr problematische Formulierung. Die Formulierung "ein gewisses Maß ... vorausschauender Koordination" erinnert mich ein wenig an solche Formulierungen wie "ein bißchen schwanger".

Insgesamt bin ich der Auffassung, daß auch dieser Antrag abgelehnt werden sollte, weil wir uns mit der Frage der öffentlichen Planung bereits unter Ziffer 82 beschäftigt haben. Ich plädiere für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Die Antragskommission schlägt Annahme der Empfehlung der Antragskommission unter Berücksichtigung der Anträge F 256 und F 268 und unter Ablehnung

aller übrigen Anträge vor. Wir stimmen darüber ab. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung angenommen.

Ich rufe Ziffer 113 auf. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Ich stelle Ziffer 113 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 114 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle Ziffer 114 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 115 auf. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Ziffer angenommen.

Damit stehen wir am Ende der Beratungen über das Kapitel "Der Staat".

Liebe Parteifreunde, ich möchte nun einige Gäste begrüßen. Ich begrüße Herrn Willem Aantjes, den Fraktionsvorsitzenden des Christen-Democratisch Appel der Niederlande.

(Beifall)

Ich meine, daß unsere niederländischen Freunde uns insofern Vorbild sein können, als sie durch die Zusammenführung christlich-demokratischer Parteien bewiesen haben, daß man regierungsfähig werden kann.

(Teilweise Beifall)

Ich begrüße Herrn Pinheiro, Schatzmeister und Präsidiumsmitglied der CDS, Portugal.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Jean-Marie Daillet, Vizepräsident des Centre des Démocrates Sociaux, aus Frankreich.

(Beifall)

Zu einem Grußwort gebe ich unserem Freund Adelino Amaro da Costa, Vizepräsident des CDS, Portugal, das Wort.

(Beifall)

Adelino Amaro da Costa (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung):

Herr Vorsitzender, liebe Freunde! Ich überbringe Ihnen die besten Wünsche und Grüße von den vielen, vielen Freunden, die Sie in Portugal haben und von der CDS, der Schwesterpartei der CDU in Portugal.

(Beifall)

Der Vorsitzende unserer Partei, Prof. Freitas do Amaral, hat mich gebeten, Ihnen und Ihrem Vorsitzenden, Helmut Kohl, für die freundschaftliche und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der CDU und den portugiesischen Zentrumsdemokraten in den letzten Jahren zu danken.

Liebe Freunde, unsere Partei ist eine junge Partei, so wie die portugiesische Demokratie eine junge Demokratie ist; aber trotz

der Kürze unserer Existenz war, wie Sie wissen, die politische Erfahrung in unserem Lande bis jetzt intensiv, kompliziert und manchmal gefährlich.

Deshalb befinden wir uns in einer Position, die uns erlaubt, über die Bedeutung und die Resultate des revolutionären Sozialismus zu sprechen.

In Portugal war revolutionärer Sozialismus gleichbedeutend mit sozialer Instabilität, wirtschaftlicher Unordnung und institutioneller Unsicherheit. Nach 48 Jahren einer rechtsgerichteten Diktatur sahen wir uns der Gefahr einer sogenannten sozialistischen Befreiung ausgesetzt. Wir wissen auf Grund unserer eigenen Erfahrung, was sozialistische Befreiung bedeutet. Gott sei Dank sind keine sowjetischen Panzer an unseren Landesgrenzen aufgefahren, und die Versuche, diese sozialistische Befreiung in die Herrschaft des Proletariates umzuwandeln, sind gescheitert.

(Beifall)

Portugal ist jedoch immer noch den Folgen einer bewegten Periode seiner jüngsten Geschichte ausgesetzt. Es ist in der Zwischenzeit klar geworden, daß der Sozialismus ein unerreichbares Ziel bleibt, und daß die Sozialisten sich auf Grund der Umstände gezwungen sehen, ihre doktrinäre Basis und ihre marxistischen Konzeptionen zu verändern.

(Beifall)

Die Zukunft Europas ist nicht der Sozialismus. Die Zukunft Europas ist Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, das Motto Ihres Parteitages. Ein sozialistisches Westeuropa ist undenkbar.

(Beifall)

Sozialismus ist gleichbedeutend mit Frustration.

Dieser CDU-Parteitag hat sich hauptsächlich mit dem Grundsatprogramm befaßt. Ich glaube, Sie haben hier wieder einmal die moralische Überlegenheit der Demokratie und die hohe Qualität des christlich-demokratischen Gedankenguts unter Beweis gestellt. Wir sind überzeugt von der Glaubwürdigkeit und praktischen Anwendbarkeit unserer Doktrin, denn sie ist gemäßigt, realistisch und fest verwurzelt in bürgernahen und christlichen Traditionen.

Die portugiesische CDS ist überzeugt, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Bundesrepublik Deutschland wieder von der CDU regiert wird.

(Beifall)

Sie sind bereits die Volkspartei Ihres Landes. Unter der brilliannten Führung von Helmut Kohl werden Sie bald die Regierungspartei werden.

(Beifall)

Ebenso wie Konrad Adenauer, werden Sie dem deutschen Volk und der Welt die Qualitäten und Fähigkeiten einer Partei beweisen, die das Individuum und die Familie vor den Staat setzt, die Würde des Menschen und seine Kreativität vor die Bürokratie, Freiheit vor Administration, Gerechtigkeit vor zentrale Planung und Solidarität statt Sozialismus bejaht.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Herr Amaro da Costa, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Grußwort. Portugal hat für die Kulturgeschichte dieses Kontinents Erstaunliches und Wichtiges geleistet. Wir freuen uns darüber, daß Portugal ein Teil der freien europäischen Nationen geworden ist. Wir wissen, daß die individuelle Freiheit durch das Christentum nach Europa kam, und wir wissen, daß von dieser Freiheit die Zukunft unserer beiden Staaten abhängt. Vielen Dank und eine glückliche Entwicklung für Portugal.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben vorhin Herrn Dr. Taus begrüßt. In seiner Begleitung ist Herr Dr. Sixtus Lanner, der Generalsekretär der ÖVP. Auch ihm gilt unser Gruß.

(Beifall)

Zum Parteitag spricht jetzt Dr. Taus.

Dr. Josef Taus (mit Beifall begrüßt): Lieber Helmut Kohl! Meine Lieben Freunde von der CDU! Mein Freund Dr. Lanner und ich freuen uns wirklich, diesem Parteitag die allerherzlichsten Grüße der Österreichischen Volkspartei überbringen zu können.

(Beifall)

Wir sitzen jetzt so ungefähr eineinhalb Stunden bei Ihnen. Ich darf Ihnen mit einem Kompliment eröffnen: Die Stimmung und die Disziplin auf diesem Parteitag sind ganz großartig. Wir werden diesen Eindruck mit nach Hause nehmen.

(Beifall)

Es hieße, glaube ich, Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich die Verbundenheit der Österreichischen Volkspartei mit der CDU besonders erwähnen würde. Aber lassen Sie mich doch ein paar Anmerkungen machen.

Wir haben mit großem Interesse den Entwurf Ihres Grundsatzprogramms studiert. Sie wissen, daß wir vor einigen Jahren auch eines gemacht haben. Ich bin überzeugt davon, daß es, wie bei uns, auch bei Ihnen Stimmen von alten politischen Schlachtrössern gegeben hat, die meinten: Nun gut, ein Grundsatzprogramm; aber eigentlich müsse man die Grundsätze, den Kompaß gewissermaßen intus haben. Wozu brauche man dann eigentlich ein Grundsatzprogramm?

Ich möchte Ihnen aber aus meiner Warte zurufen: Es ist von Zeit zu Zeit sehr gut, wenn man einen allgemeinverbindlichen Kompaß hergibt, damit jeder schauen kann, ob bei seinem eigenen Kompaß noch die Richtung stimmt.

(Beifall)

Daher halte ich so ein Grundsatzprogramm für etwas sehr Wesentliches und Gutes. Ich kann mir eine große politische Partei, die nicht von Zeit zu Zeit über ihre Grundsätze und über die Richtung ihrer Aktionen diskutiert, eigentlich gar nicht vorstellen. Ich beglückwünsche Sie daher zu diesem heutigen Parteitag.

(Beifall)



Meine lieben Freunde, auch wenn da und dort gesagt werden sollte: Nun ja, wir haben zwar ein Grundsatzprogramm, aber in der praktischen Politik wird es vielleicht eine nicht so große Rolle spielen. Auch in der Öffentlichkeit ist man leicht geneigt, so etwas zu sagen. Ich sage Ihnen meine Auffassung dazu: Wenn man sich in der praktischen Politik nicht an Grundsätze hält, dann geht man leicht in die Irre.

In meinem Land hat es vor vielen Jahren einen sehr populären Schlager gegeben, der mit dem Refrain geendet hat: "Ich weiß zwar nicht, wo ich hinfahre, dafür bin ich früher dort."

(Heiterkeit)

Wenn man kein Grundsatzprogramm hat, kann einem das sehr leicht passieren. Ich weiß, der CDU wird das nicht passieren.

(Beifall)

Ich weiß auch, was es für den Parteivorsitzenden einer großen christlich-demokratischen Partei bedeutet, ein solches Grundsatzprogramm zu tragen. Dazu gehören schon Mut, Kraft und Ausdauer. Ich beglückwünsche Helmut Kohl dazu, daß er diesen Mut, diese Kraft und diese Ausdauer hat, so ein Programm zu tragen.

(Beifall)

Es geht auch noch um eine andere Frage. Zumindest in Österreich ist das so gewesen. Da haben sich unsere Sozialisten ein neues Parteiprogramm gegeben. Wir haben mit unserer Grundsatzdiskussion so vor zweieinhalb Jahren begonnen. Da hat sich eben sehr deutlich gezeigt, wie wichtig diese Grundsatzpositionen sind. Das wird wahrscheinlich für Sie in der Bundesrepublik auch gelten.

Da hat sich eben herausgestellt, wo unsere Sozialisten in Wahrheit stehen: schön weit links. Und unsere Meinung ist: dort sollen sie auch bleiben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht auch noch um eine andere Frage; ich bekenne das hier sehr offen. Die christlich demokratischen Parteien und verwandte Parteien haben ja viele Jahre hindurch die intellektuelle Diskussion, das intellektuelle Feld den Linken überlassen. Mit diesen Diskussionen über Grundsatzfragen, Grundsatzprogramme sind sie ein gutes Stück vorangekommen, die Rückeroberung des intellektuellen Feldes wieder vorzunehmen. Und das braucht man in der Politik auch, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Ein paar Sätze zu etwas anderem. Ich freue mich, daß Sie der Familie einen so zentralen Stellenwert gegeben haben. Ich kann mich noch gut erinnern: Wenn man so vor zehn oder fünfzehn Jahren das Wort "Familie", überhaupt den Begriff, in den Mund genommen hat, da ist man ja belächelt worden. Das war ja nichts anderes als eine repressive Institution einer reaktionären Gesellschaft. Unterdessen hat sich die Szenerie wieder gewandelt. Es ist wichtig für die gesamte Bevölkerung, zu wissen wer in diesen Zeiten, als die Familie von der Linken voll angegriffen wurde, zu der Familie gestanden hat: natürlich die christdemo-

kratischen Parteien; und gut war es, daß das so geschehen ist.

(Beifall)

Oder eine zweite Frage: die Marktwirtschaft, die Soziale Marktwirtschaft! Ach Gott, jedes Wirtschaftssystem in der Praxis hat seine Schwächen, hat seine Ecken, muß permanent verbessert werden. Niemand von uns glaubt, daß wir ein perfektes Wirtschaftssystem haben. Aber allen Kritikern der Sozialen Marktwirtschaft sei ins Stammbuch geschrieben: So ganz schlecht kann sie ja nicht sein, wenn aus allen Erdteilen und aus allen Gegenden, wo man ganz andere Wirtschaftsordnungen vertritt, die Leute herkommen und sich von der Sozialen Marktwirtschaft etwas abholen lassen.

(Beifall)

Sie kann ja nicht so schlecht sein, wenn man das tut. Sie selber haben viel weniger zum Abgeben. Nur dort wo marktwirtschaftliche Grundsätze herrschen, ist bisher in der Geschichte der Menschheit so viel Wohlstand, so viel Freiheit, so viel soziale Sicherheit möglich gewesen wie in diesen Bereichen. Und da sind wir stolz darauf, uns zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen. Ich begrüße Sie auch als Präsident der Europäischen Demokratischen Union, in der sich christlich demokratische Parteien und verwandte Parteien zusammengeschlossen haben. Nur wenige Sätze dazu.

Ich glaube, daß wir unsere internationale Zusammenarbeit auf Parteebene verstärken müssen. Die internationale Politik wird genauso wie die nationale Politik von den Parteien gemacht. Wer nicht internationale Politik auch auf Parteebene macht, kommt ins Hintertreffen; da kann er tun und lassen, was er will. Daher rufe ich Sie zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf. Wir wollen unsere Grundsätze und unsere Ideen als expansives System in die Welt hinaustragen. Wir brauchen uns dafür ja nicht zu schämen.

(Beifall)

So bleibt mir denn abschließend nur noch, als Ihnen nochmals zu diesem Parteitag herzlich zu gratulieren, Helmut Kohl herzlich zu gratulieren, und der CDU im Namen der Österreichischen Volkspartei zuzurufen: Glück auf für die kommenden Jahre! - Danke.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Taus, Sie haben gespürt: Hier ist nicht nur Freundschaft wie zu allen christlich demokratischen Parteien in der Welt, sondern hier ist auch der Ausdruck einer besonderen Verbundenheit zu unserer Nachbarnation Österreich durchgeklungen.

(Beifall)

Lieber Herr Dr. Taus, in Tirol gibt es ein Zimmer, wo sich vor ein paar Jahren einmal der deutsche Bundeskanzler Kiesinger und der ÖVP-Kanzler Österreichs getroffen haben, um wichtige Dinge miteinander zu besprechen. Unser Ziel ist, daß es bald wieder zu einem Treffen zweier europäischer Bundeskanzler kommt: des Bundeskanzlers der ÖVP und des Bundeskanzlers der Union.

(Beifall)

Meine Freunde wir bedanken uns, und wir wünschen Ihnen und Ihrer Partei alles Gute und vollen Erfolg.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe das sechste Kapitel auf: "Deutschland in der Welt". Zur Einleitung hat Professor Dr. Carstens das Wort.

Prof. Dr. Karl Carstens (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich bin gebeten worden, in 15 Minuten über die Außen- und Deutschlandpolitik der CDU zu sprechen. Das ist nicht ganz einfach. Deswegen bitte ich um Nachsicht, wenn meine Ausführungen etwas holzschnittartig ausfallen und vielleicht die Feinarbeit, die zur Außenpolitik ganz sicher dazugehört, nicht genügend zur Geltung kommt.

Ich möchte von den Zielen unserer außenpolitischen Konzeption sprechen: der Schaffung eines starken geeinten Europa, der Wahrung unserer Sicherheit und des Friedens, der Übernahme der uns zufallenden weltpolitischen Aufgaben, dem Festhalten an der deutschen Nation und der Stärkung der politischen Bindungen mit Berlin.

Zunächst Europa! Wir wollen ein Europa, das politisch mit einer Stimme spricht, das stärker als bisher seine Stimme - und das ist die Stimme der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens - in den weltpolitischen Auseinandersetzungen zu Gehör bringt.

(Beifall)

Seine Organe müssen demokratisch legitimiert sein. Deswegen kommt der Direktwahl des Europäischen Parlaments im Juni nächsten Jahres eine so große Bedeutung zu, denn das wird der erste Schritt zur demokratischen Legitimierung der europäischen Organe sein.

Europa gründet sich auf die deutsch-französische Aussöhnung. Sie ist das Werk Konrad Adenauers. Wenn heute so viel davon die Rede ist, daß wir in unseren Schulen mehr Geschichtsunterricht betreiben sollten, dann gehört nach meiner Meinung diese geschichtliche Tat Konrad Adenauers unbedingt dazu.

(Beifall)

Überhaupt meine ich, daß das geschichtliche Bild Konrad Adenauers nicht nur das eines großen Kämpfers war, der sich mit seinen Gegnern hart auseinandersetzte, sondern vor allem eines Mannes, der aussöhnen und zusammenführen konnte. Er konnte Menschen aussöhnen und zusammenführen, die durch Jahrhunderte hindurch in Gegensatz zueinander, ja in Feindschaft miteinander gelebt hatten. Ich spreche von den Katholiken und den Protestanten, die er in der CDU zusammenführte, und ich spreche von den Franzosen und Deutschen, die er zusammen mit anderen in der deutsch-französischen Freundschaft zusammengeführt hat.

Wir sind enttäuscht über die negative Haltung der derzeitigen britischen Regierung in einer Reihe wichtiger Fragen der europäischen Einigung. Wir hoffen und appellieren an Großbritannien, daß es sich dem Gebot einer gemeinsamen Politik nicht verschließen möge. Und ich glaube, wir sind zu diesem Appell berechtigt, denn kein Land hat mehr dafür getan, daß Großbritannien Mitglied der Europäischen Gemeinschaften wurde, als die Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall)

und keine Partei hat mehr dazu getan als die CDU.

(Erneuter Beifall)

Wir befürworten die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden. Spanien, Griechenland, Portugal gehören zu Europa ebenso wie die nordeuropäischen Staaten.

(Beifall)

Grundlage unserer Sicherheit ist das Nordatlantische Bündnis. Wir sehen mit Sorge, daß dieses Bündnis seitens offizieller und offiziöser Sprecher unseres Landes einer ständigen Irritation ausgesetzt ist. Da wird Kritik geübt am Generalsekretär der NATO. Da wird Kritik geübt an der Tatsache, daß in diesem Herbst eine Reihe von NATO-Manövern stattgefunden hat. Da hört man plötzlich, daß die Idee eines Rückversicherungsvertrages mit der Sowjetunion in den Köpfen mancher herumspukt. Wir halten demgegenüber an dem Grundsatz fest, daß nur ein starkes, geschlossenes Bündnis unter Einschluß eines eigenen deutschen Verteidigungsbeitrags unsere Sicherheit und damit den Frieden garantieren kann.

(Beifall)

Wir fordern, daß die deutsche Politik enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika hält. Denn ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika kann weder die Bundesrepublik Deutschland noch Berlin verteidigt werden. Wir haben mit Freude gesehen, wie Helmut Kohl bei seinen Gesprächen mit Carter in Washington und hier in Bonn diesen Gedanken der engen freundschaftlichen, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen unserem Land und den Vereinigten Staaten so deutlich unterstrichen hat.

(Beifall)

Wir unterstützen alle Bemühungen um einen Abbau der Spannungen zwischen Ost und West, um Abrüstung und Rüstungskontrolle und um eine Verbesserung der Lage der Menschen. Aber wir wenden uns gegen eine einseitige und falsche Darstellung der bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik. Sie hat Verbesserungen gebracht. Die Möglichkeit der Reisen in die DDR ist zweifellos erleichtert, der Transitverkehr nach Berlin wickelt sich besser ab, obwohl leider auch hier immer wieder Störungen zu verzeichnen sind. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staatshandelsländern hat sehr stark zugenommen. Allerdings gibt die Ausweitung des Kreditvolumens auch hier Anlaß zu mancher Sorge. Und wir begrüßen die Reisen und die persönlichen Kontakte zwischen führenden Politikern unseres Landes und führenden Politikern der osteuropäischen Länder.

In diesem Zusammenhang war sicherlich der Besuch von Leonid Breschnew in Bonn ein wichtiges Ereignis. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß haben die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit ihm benutzt, und dabei ist deutlich geworden, daß die Sowjetunion die CDU als einen Gesprächspartner, der für den Frieden engagiert ist, selbstverständlich voll akzeptiert. Damit sind alle die Behauptungen, die sagen, daß unsere Politik ein Risiko für den Frieden darstellte, durch dieses Ereignis selbst ad absurdum geführt worden.

(Beifall)

Aber wir dürfen gegenüber diesen positiven auch die negativen Ergebnisse der Entspannungspolitik nicht übersehen. Das militärische Potential der Sowjetunion ist seit 1970 ständig gestiegen, weit über die Bedürfnisse der Verteidigung hinaus, wie uns alle Militärexperten sagen. Die Sowjetunion hat ihre expansionistische Politik unbeirrt fortgesetzt, teilweise mit Unterstützung Kubas und der DDR. Angola, Mozambique, Äthiopien, der Jemen, Afghanistan sind die Meilensteine dieser Entwicklung.

Der Osten setzt den ideologischen Kampf gegen uns mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln fort. Der Begriff "Berufsverbot" ist ein kommunistisches Kampfwort, welches die Oststaaten bei uns eingeschleust haben.

(Lebhafter Beifall)

Trotz des Viermächteabkommens gehen leider die Bemühungen der Sowjetunion weiter, die politischen Bindungen Berlins an den Bund zu schwächen. Vielen Millionen Menschen werden weiterhin elementare Menschenrechte vorenthalten.

Trotzdem müssen die Bemühungen um einen Abbau der Spannungen fortgesetzt werden. Aber wir fordern erneut, daß diese Politik mit dem Osten eine ausgewogene Politik sein muß, bei der Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

(Beifall)

Und wir, die freien Völker, müssen für die Menschen eintreten, deren Menschenrechte unterdrückt und verletzt werden.

(Erneuter Beifall)

Das darf nicht nur für Südafrika gelten.

(Wiederholter Beifall)

Das muß auch für den Libanon gelten, wo in den letzten Wochen Tausende von Christen gestorben sind.

(Lebhafter Beifall)

Das muß auch für die Menschen in der DDR und in Osteuropa gelten, deren Menschenrechte verletzt werden.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Menschenrechte sind ein universales, ein zugleich politisches, rechtliches und moralisches Prinzip. Wir dürfen gegenüber Unrecht nicht schweigen,

(Beifall)

und unser Engagement gegen das Unrecht muß sich nach der Schwere des Unrechts richten und nicht danach, in welchem Lande es stattfindet.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage dies insbesondere im Blick auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen.

Wir treten für ein wahrheitsgetreues Geschichtsbild ein, auch im Verhältnis zwischen Ost und West. Die deutsch-polnischen Schulbucheempfehlungen enthalten manches, dem wir zustimmen können; aber sie sind lückenhaft, und sie enthalten auch falsche Darstellungen. Ich bin unserem Freund Philipp von

Bismarck herzlich dankbar dafür, daß er sich vor kurzem in Allenstein für eine Korrektur dieser Empfehlungen eingesetzt hat.

(Beifall)

Im Verhältnis zur Dritten Welt haben wir die Pflicht, den Entwicklungsländern beim Aufbau ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu helfen, so schwierig dies auch sein mag, meine lieben Freunde. Dies ist ein Gebot der politischen Vernunft, aber es ist auch ein Gebot des Grundsatzes der Solidarität, den wir so oft als unseren großen politischen Grundsatz voranstellen.

(Beifall)

Aber wir wenden uns dagegen, daß mit Hilfe deutscher Entwicklungshilfe und deutscher Entwicklungspolitik sogenannte Befreiungsbewegungen gefördert werden, die zur Erreichung ihrer Ziele Terror und Gewalt anwenden.

(Beifall)

Auch Gewaltverzicht ist ein universales Prinzip, und es darf nicht irgendwelchen noch so berechtigten nationalen Anliegen geopfert werden.

(Beifall)

Entwicklungspolitik ist nur ein Teil der weltpolitischen Aufgaben, die uns gestellt sind. Wir können und wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Wir brauchen ein wohldurchdachtes Konzept gegenüber jedem Lande, gegenüber jeder Staatengruppe in der Welt, und davon, so scheint es mir, ist unser Land noch weit entfernt.

Wir halten fest an der einen deutschen Nation.

(Lebhafter Beifall)

Jeder Besuch in der DDR zeigt uns, daß Millionen von Deutschen im anderen Teil Deutschlands an dieser einen deutschen Nation ebenfalls festhalten.

(Beifall)

Die deutsche Frage ist nicht gelöst, solange das deutsche Volk nicht in freier Selbstbestimmung über seine Einheit hat entscheiden können.

Die deutsche Frage hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Entwicklung durchlaufen. Vor sieben oder acht Jahren waren wir einsame Rufer, wenn wir für die Wiedervereinigung, für die Einheit der Nation eintraten. Man hat uns gesagt, das würden allein schon unsere westlichen Nachbarn niemals zulassen, weil Deutschland dann zu groß würde und eine Gefahr darstellen würde - und was weiß ich alles mehr. Und jetzt haben Umfragen in Schweden, Dänemark, Großbritannien, Belgien, Holland und Frankreich ergeben, daß die Mehrheit der Befragten für eine Wiedervereinigung Deutschlands eintrat,

(Beifall)

selbstverständlich nur für eine Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln.

Berlin ist das Symbol der Teilung und zugleich der Einheit Deutschlands. Mit aller unserer Kraft treten wir für Berlin ein.

(Beifall)

Die CDU hat maßgeblich in der Kommission mitgewirkt, die der Bundespräsident zur Ausarbeitung von Plänen für eine Stärkung der Stellung Berlins berufen hat. Aber unser derzeit bester personeller Beitrag zur Berlin-Politik heißt Richard von Weizsäcker.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Er erscheint als die ideale Wahl für den Posten des Regierenden Bürgermeisters.

(Beifall)

Er verkörpert Klugheit, Engagement und Erfahrung, alles drei Eigenschaften, die Berlin dringend braucht.

(Beifall)

Der endgültige Platz Berlins wird der der Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland sein.

(Lebhafter Beifall)

Ob es dazu kommt und wann es dazu kommt, hängt nicht von uns allein ab, aber es hängt auch von uns ab, meine lieben Freunde,

(Beifall)

von unserer Ausdauer, von unserer Geduld, von unserem unerschütterlichen Einsatz für den Frieden und von unserer geistigen Kraft, das wohl schwerste Problem und die wohl schwerste Aufgabe zu lösen, die dem deutschen Volk in seiner Geschichte jemals gestellt worden ist, nämlich europäische Einigung und Einheit des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit zu verwirklichen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Bundestagspräsidenten für den aufrüttelnden Appell, für die großartige Einführung zu unserem letzten Kapitel "Deutschland in der Welt" ganz besonders herzlich.

Wir wollen jetzt zügig fortfahren. Ich rufe Vorspann und Ziffer 116 auf. Das Wort hat Herr Professor Dr. Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Karl Cartens hat uns eben in großartiger Weise die Dimension der außenpolitischen Herausforderung gezeigt, vor der wir stehen. Er hat deutlich gemacht, daß es in der Tat die schicksalhafte Aufgabe unseres Landes ist, die europäische Einigung und die Einheit der Nation zusammenzuführen. Wir haben in den letzten Tagen, insbesondere gestern und heute morgen, wie ich glaube, in einmaliger Weise intensiv, konstruktiv und diszipliniert an einem schwierigen Problem, an einer großen Aufgabe gearbeitet. Wir haben wesentliche Schritte ge-

tan, um diese Aufgabe zu bewältigen. Wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt, und Heiner Geißler hat durch seine Rede gestern morgen - das kann man heute am Presseecho erkennen - einen ganz entscheidenden neuen Schwerpunkt gesetzt: nämlich die Bezüge unseres Grundsatzprogramms zu den kulturellen, geistigen und religiösen Grundlagen Europas.

(Beifall)

Wir haben andererseits auf diesem Parteitag eine ganze Reihe von Problemen angesprochen, sie aber durch unsere Beratung hier noch nicht zu Ende geführt. Die Wachstumsproblematik ist im Grundsatzprogramm angesprochen. Aber die gewaltigen Konsequenzen dieses Problems für die Tragfähigkeit der inneren Struktur unserer Politik, unserer Institutionen ist noch nicht ausgelotet, ebensowenig wie bei der Frage nach der öffentlichen Verschuldung.

Mir scheint - und das ist der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe - , daß auch das außenpolitische Kapitel unseres Grundsatzprogrammentwurfs eine gute Grundlage für unsere Diskussion ist, daß wir uns aber darüber klar sein müssen - und das möchte ich hier gern zum Ausdruck bringen -: Auch wenn wir die Ziffern 116 ff. verabschieden, kann die parteipolitische Arbeit und die Diskussion über unsere außenpolitischen Herausforderungen nicht zu Ende sein.

Wir haben uns im Kreise einer Reihe von Freunden überlegt - was wir auch früher schon einmal im Bundesvorstand besprochen haben -, ob wir Initiativanträge zur Ergänzung der Ziffern 116 ff. einbringen sollten.

Wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, daß das hier auf dem Parteitag nicht geleistet werden kann. Deshalb mein Appell, in der Fortführung unserer politischen Arbeit - bei aller Bedeutung der Gesellschaftspolitik, der marktwirtschaftlichen Ordnung und der anderen Fragen, die wir behandelt haben - jetzt gerade auf der Grundlage der gestrigen Beschlüsse und damit einer gewissen Bilanzaufnahme verstärkt die Aufmerksamkeit der parteipolitischen Argumentation und der parteipolitischen Arbeit wieder auf die Außenpolitik zu richten.

(Beifall)

Denn diese Außenpolitik wird ebenso wahlentscheidend sein, wie die sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die wir getroffen haben.

Ich möchte das an zwei Punkten verdeutlichen:

Erstens. Wir müssen das Verhältnis des Grundsatzprogramms, das wir heute beschließen, zur Mannheimer Erklärung klären. Die Mannheimer Erklärung enthält eine Reihe von Aussagen, die hier von Bedeutung sind. Sie hat insbesondere den Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik hergestellt und dabei deutlich gemacht - und dies ist entscheidend für unsere weitere Arbeit -, daß die Außenpolitik auch Anforderungen an uns stellt, die innenpolitische Konsequenzen enthalten. In der Mannheimer Erklärung heißt es: "Die außenpolitische Handlungsfähigkeit unseres Staates erfordert unter den gegenwärtigen Bedingungen, daß das nationale Interesse eindeutig formuliert, die nationale Identität gestärkt, der politische Konsens über unsere außenpolitischen Ziele erweitert und "

- das ist in diesem Zusammenhang jetzt das Entscheidende -



"die Einsicht in die Notwendigkeit gesichert wird, die gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnisse den Gesamtinteressen auch insoweit unterzuordnen, als sie durch die Bedingungen der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Handlungsfähigkeit bestimmt werden."

Der alte erfahrene Staatsmann George Kennan hat vor einigen Monaten ein Buch veröffentlicht, in dem er für die Vereinigten Staaten die Feststellung trifft, daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten zunehmend gefährdet sei, weil die Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, die innenpolitischen Konsequenzen des außenpolitischen Engagements etwa in der Verteilung der innenpolitischen Ressourcen wirklich durchzusetzen. Die energiepolitische Diskussion in den Vereinigten Staaten ist ein dramatisches Beispiel für diese außenpolitische Beschränkung einer Supermacht durch innenpolitische Bedingungen.

Dies gilt natürlich auch für uns. Die Entscheidung über den Verteidigungsetat, die Entscheidung über die Entwicklungshilfe, die Entscheidung über die Frage, ob wir für Europa Mittel zur Verfügung stellen sollten und in welchem Umfang bedeutet natürlich auch innenpolitische Entscheidungen. Wenn diese innenpolitischen Entscheidungen nicht von einer breiten Mehrheit getragen sind, dann ist unsere Außenpolitik Rhetorik, aber keine politische Selbstentfaltung eines bedeutenden Volkes.

(Beifall)

In der Mannheimer Erklärung sind eine Reihe Aussagen zu diesem Punkt enthalten, und diese müssen noch Eingang in unsere prinzipiellen Überlegungen finden.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist folgender:

Seitdem wir in Mannheim zum letztenmal auf einem Parteitag über das Gesamtfeld der Außenpolitik ausführlicher diskutiert haben, hat sich die politische Situation der Welt dramatisch verändert, insbesondere dort, wo Karl Carstens eben das Hauptgewicht hingelegt hat, nämlich in Europa. Lassen Sie mich nur einen Punkt nehmen. Gewissermaßen schlaglichtartig ist diese Veränderung in der politischen Lage Europas für mich in der Wahl eines polnischen Papstes deutlich geworden. Die Tatsache, daß ein Pole zum Papst gewählt worden ist, daß er sich der Menschenrechtsfrage annimmt, daß er in der Lage ist, als Papst nach Polen zu reisen, um dort, geschützt durch das Amt und seine Autorität, für die Menschenrechte einzutreten, daß das polnische Volk plötzlich seine Identität mit Europa auf ganz andere Weise neu erlebt als bisher, ist ein historischer Vorgang.

(Lebhafter Beifall)

Was dieser Vorgang bedeutet, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß neben den wirtschaftlichen und freiheitlichen Dimensionen Europas erneut die kulturell-religiöse Dimension hervortritt, die das ganze Europa umfaßt einschließlich Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und die anderen Länder.

(Beifall)

Plötzlich, meine Freunde, wird ein Widerspruch schlaglichtartig beleuchtet, nämlich der Widerspruch zwischen der kulturell-

religiösen Einheit Europas und der machtpolitischen und ideologischen Teilung Europas.

(Beifall)

Dieser Widerspruch ist deshalb von so besonderer Dramatik, weil die Sowjetunion diesen Widerspruch heute weniger als früher mit machtpolitischen Mitteln unterdrücken kann, wie der Schutz der Menschenrechte zeigt.

(Beifall)

In dieser kulturellen Identität Europas liegt eine ungeheure politische Chance, und zwar gerade für eine Partei, die im Begriff ist, über ein Grundsatzprogramm zu beraten, in dem sie die christlichen, kulturellen und geistigen Grundlagen Europas wieder offenlegt und sich zu ihnen bekennt.

(Beifall)

Ich sage Ihnen voraus, daß von dieser Identität, wenn wir sie politisch mitgestalten, eine Faszination ausgehen wird, die nicht nur unsere Politik im Inneren, sondern unsere europäische Politik und unsere Verteidigungspolitik auf eine ganz neuartige Weise beleben, legitimieren, mobilisieren und vor allen Dingen in den jüngeren Generationen verankern kann.

(Beifall)

Ich meine, daß wir diese Chance nutzen müssen und daß wir über das hinaus, was wir zu beraten und zu beschließen im Begriffe sind, in unserer außenpolitischen Arbeit überlegen müssen, welche Konsequenzen wir aus der kulturellen Identität Europas ziehen.

Es ist gar keine Frage, daß die neue Identität, zu der Europa im Begriff ist, sich zu entwickeln, die Abgrenzungsfragen zur Sowjetunion verändert. Es ist gar keine Frage, daß die Menschenrechtsfrage dadurch einen neuen Stellenwert bekommen. Es ist gar keine Frage, daß dies auch zu einer neuen Identität eines abendländischen, kulturellen verbundenen, auf den gleichen Fundamenten ruhenden Europas werden kann.

(Beifall)

Dies noch in unsere Außenpolitik aufzunehmen, halte ich für eine zentrale Aufgabe.

Deshalb möchte ich dafür plädieren, daß wir ungeachtet der Tatsache, daß wir jetzt wichtige Aussagen und Sachverhalte zur Außenpolitik hier verabschieden, uns die Konkretisierung und Verwirklichung aller Probleme und Herausforderungen vornehmen, die sich aus der neuen Dimension ergeben - ich habe nur eine genannt -, in Bälde auch in unserer parteipolitischen Arbeit vorantreiben, um so die außenpolitische neue und legitimierte Dimension zu setzen, die uns zusammen mit unseren innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Alternativen den Wahlsieg 1980 sichern wird.

(Anhaltender Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Professor Kurt H. Biedenkopf. Das Wort hat Dr. Alois Mertes, Rheinland-Pfalz.

Dr. Alois Mertes: Liebe Parteifreunde! Ich spreche mich aus für die Anträge des Bundesvorstandes unter den Antragsziffern 116 bis 118, d. h. für die Fassung des Bundesvorstandes; denn dieser Text faßt die seit 1949 bewährten, nach wie vor lebendigen Maßstäbe und Beweggründe unserer Außen- und Deutschlandpolitik gut zusammen.

Ich teile zweitens die Auffassung von Professor Kurt H. Biedenkopf, daß im Wahlkampf 1980 eine berechenbare, unterscheidbare und klare außen- und deutschlandpolitische Aussage der CDU mit wahlentscheidend sein wird.

Liebe Freunde, in der Auseinandersetzung mit der Bonner Koalition sind wir seit den Ostverträgen oft allzusehr in die Verteidigung gegangen. Die Koalition maßt sich immer noch an, die Regierung des Friedens, die Regierung der Entspannung, die Regierung der Rüstungsbeschränkung zu sein. Zum Thema Sicherheit haben es namhafte Sozialdemokraten gewagt, uns als Sicherheitsrisiko zu denunzieren, Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Willy Brandt, die auf die Wirksamkeit des Wortes "Haltet den Dieb" vertrauen.

Liebe Freunde, der Bundeskanzler Schmidt hat es kürzlich im Deutschen Bundestag gewagt zu erklären, die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen hätten den Kalten Krieg nicht nur nicht überwinden können, sie hätten ihn auch nicht überwinden wollen. Meine Freunde, dieses ist eine historische Unwahrheit, und dieses ist eine Beleidigung der Hälfte des deutschen Volkes.

(Beifall)

Liebe Freunde, heraus aus der Defensive! Wir sollten nie sagen, auch wir sind für Frieden, auch wir sind für Entspannung, auch wir sind für Rüstungsbegrenzung, wir sollten viel stärker daran erinnern, daß es eine geschichtliche Tatsache ist, daß wir die Voraussetzungen für einen echten Frieden geschaffen haben, daß die Politik Konrad Adenauers niemals etwas anderes war als eine Politik des Friedens.

(Beifall)

Wir sollten daran erinnern, daß wir ein klares Entspannungskonzept gehabt haben, daß Entspannung nämlich nur da eintreten kann, wo die Ursachen der Entspannung beseitigt werden.

Wir sollten daran erinnern, daß es Konrad Adenauer war, den das Verhältnis zur Sowjetunion umgetrieben hat. Er wollte bessere Beziehungen zu diesem Land haben, aber er konnte nicht davon abstrahieren, daß es dieses Land ist, das unser Volk gegen seinen Willen teilt, daß es die machtpolitische Zielsetzung dieses Landes ist, die das Bündnis mit dem Westen notwendig macht, daß es diese Macht ist, die es abgesehen hat auf den westlichen Teil von Berlin. Aber er wollte die Beziehungen verbessern. Er ist es gewesen, der die ersten Verträge mit der Sowjetunion abgeschlossen hat. Liebe Freunde, das sollten wir viel stärker sagen. Wir haben die ersten Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion geschlossen. Wir haben die ersten Kulturabkommen und Rückführungsabkommen geschlossen. Wir dürfen nicht so tun, als sei die Politik der menschlichen Erleichterungen eine Erfindung der sozialliberalen Koalition.

Im Verhältnis zu Polen haben wir von 1956 bis 1970 mehr als 400 000 Aussiedler bekommen - ohne Gegenleistungen in Verträgen.

die undeutlich, die mehrdeutig waren, ohne Statusleistungen an den östlichen Partner.

(Beifall)

Was wir, liebe Freunde, aber seit 1969 sehen, ist allzu sehr die Neigung zum Scheinfrieden. Eine Politik des Wohlverhaltens, die die Diktion des Ostens übernimmt, die wesentliche Unrechtsstatbestände verschweigt, ist keine Politik des Friedens, sondern denaturiert den Frieden. Eine Politik, die Entspannung auf der Basis mehrdeutiger Verträge will, über die nachher gestritten werden muß und bei denen Ost und West sich nicht einig sind, ob es nun Anerkennungs- oder Gewaltverzichtsverträge sind, dient auf die Dauer nicht der Entspannung. Sie werfen eine Zeitlang Nebel, dann aber wird wieder die klare Landschaft der bestehenden Problemen da sein, aber auf einer Basis, die für uns verschlechtert ist.

Meine lieben Freunde, was die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik angeht, müssen wir immer wieder daran erinnern: Unfrieden und Unfreiheit sind nicht dadurch entstanden, daß es Soldaten und Waffen gibt, sondern es gibt Soldaten und Waffen, weil es ungelöste Probleme und politische Rivalitäten gibt. Aus diesem Grunde, meine lieben Freunde, sollten wir die Begriffe der Entspannung, des Friedens und der Rüstungsbegrenzung offensiv mit unseren Wertvorstellungen aktiv besetzen.

(Beifall)

Wer hat denn den Gewaltverzicht in dieser Intensität in die europäische Diskussion eingeführt? Es waren unsere Vertriebenen.

(Beifall)

Überlegen Sie einmal, wo wir heute stünden, wenn die Vertriebenen aus Palästina im Nahen Osten diese Politik des Gewaltverzichts gegangen wären. Dies ist eine geschichtliche Leistung unserer Vertriebenen.

(Beifall)

Wir sind es gewesen, die aus klarer politischer Einsicht den ersten großen, völkerrechtlich wirksamen Rüstungsbegrenzungswillen ausgesprochen haben, als wir der NATO beigetreten sind. Alles das sind Dinge, die Konrad Adenauer, die die CDU in die europäische und in die westliche Politik eingeführt haben. Vergessen wir das nicht! Studieren wir - Karl Carstens hat es eben gesagt - auch die eigene CDU-Geschichte, die Leistungen Konrad Adenauers!

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen. Die Bindung an den Westen, die wir unwiderruflich vollzogen haben, ist deshalb unwiderruflich, weil sie moralischer Natur ist. Sie beruht nicht auf einer profranzösischen, proenglischen, einer antisowjetischen oder antipolnischen Einstellung, sondern darauf, daß die westlichen Staaten die entscheidenden Wertvorstellungen mit uns teilen und in ihren Verfassungen verwirklichen, so daß es sich um eine echte, auf moralische Werte begründete Interessengemeinschaft handelt.

Aber wir wären als Deutsche auch im westlichen Ausland auf die Dauer nicht glaubwürdig, wenn wir aus Bequemlichkeit und aus

falscher Diplomatie sagten: Unsere Landsleute jenseits der Elbe haben eben historisch Pech gehabt; auf die müssen wir vorläufig verzichten.

(Beifall)

Die Wurzel der Deutschlandpolitik der CDU und die Wurzel der Westpolitik sind ein und dieselbe: es ist der Vorrang der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Wir werden uns dies nicht aus falscher Rücksicht auf einen falschen Frieden auseinanderdividieren lassen.

Liebe Freunde, unsere Politik muß berechenbar, sie muß unterscheidbar und sie muß standfest sein.

Unterscheidbarkeit bedeutet nicht, daß wir in allen Fragen von der Regierung abweichen. Wir müssen aus staatspolitischer Verantwortung die Bereiche nennen - Helmut Kohl und Franz Josef Strauß haben das auch immer wieder getan -, in denen wir mit der Regierung übereinstimmen. Aber wir müssen erstens deutlich machen, wo wir uns unterscheiden, und zweitens müssen wir darauf hinweisen, daß es auf die Dauer eine Perversion der Demokratie ist, wenn die Regierung sich in den großen sicherheits- und außenpolitischen Fragen letztlich nur noch auf die Opposition verlassen kann, die aber außerhalb der Regierungsmacht gehalten wird.

Meine lieben Freunde, wir wollen daher an den klaren Prinzipien, an den Normen und Beweggründen, die unsere Politik bisher erfolgreich auf diesem Gebiet geleitet haben, festhalten, sie in eine neue weltpolitische Umwelt hineinstellen, in eine europäische Umwelt, von der Kurt Biedenkopf eben gesprochen hat. Ich bin der Überzeugung, daß die CDU das Zeug dazu hat, eine unterscheidbare, eine berechenbare, eine standfeste, eine wirklichem Frieden dienende Außenpolitik zu betreiben.

(Beifall)

wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Mertes. Das Wort hat Herr Brok, Westfalen.

Elmar Brok, Bielefeld: Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zum Antrag G 24 der Jungen Union sprechen, wobei es nach den gerade vorgegangenen drei Reden recht schwierig ist, den entsprechenden Anschluß zu finden, auch nach dem Gehalt dieser Reden. Wir von der Jungen Union unterstützen den Antrag G 25 bezüglich des internationalen Volksgruppenrechts.

Zum Antrag G 24 halten wir es für wichtig, in unserem Programm deutlich zu machen, daß Frieden und Konfliktlösung für uns elementare Begriffe in dem Sinne sind, daß man die Probleme frühzeitig angreifen soll. Wir stellen doch oft fest - und das ist auch in den letzten Reden deutlich geworden -, daß die westlichen Länder außenpolitische Probleme erst in Angriff nehmen, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und friedliche Konfliktlösungen überhaupt nicht mehr möglich sind, wie wir dies heute im südlichen Afrika oder im Libanon feststellen. Wenn man vor zwei oder drei Jahren zu den richtigen Ansichten, die man heute äußert, gekommen wäre, wäre man vielleicht oftmals in der Lage gewesen, diese Probleme in friedlicher Weise zu lösen. Eine solche perspektivische Sicht sollten wir deutlich in das Grundsatzprogramm hineinschreiben, damit die Konfliktursachen frühzeitig angegangen werden und Konflikte somit überhaupt nicht erst ausbrechen.

Weiterhin sollten wir in unserer Grundsatzprogramm hinein-schreiben, und zwar nicht nur in einem allgemeinen Hinweis, sondern durch die Nennung der Begriffe, daß die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit auch im Grundsatzprogramm gelten. Es muß unmißverständlich deutlich sein, daß Außenpolitik nicht ein Feld für sich ist, daß Außenpolitik nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Machtpolitik gesehen werden darf, vielmehr muß auch die ethische Begründung und die ethische Orientierung für Außenpolitik deutlich hineingeschrieben werden.

Auch meinen wir, daß der Gedanke der Menschenrechte nicht nur in Form eines allgemeinen Appells hineingeschrieben werden sollte. Dies ist dankenswerterweise sehr oft geschehen. Wir sollten diesen Begriff aber auch instrumentalisieren, indem wir ihn deutlich abgrenzen, indem wir deutlich machen, daß wir oft zwar auch mit Diktaturen politisch zusammenarbeiten müssen, daß wir aber mit Diktaturen, mit Regimen, die Menschenrechte verletzen, nicht freundschaftlich zusammenarbeiten können, daß es hier bestimmte Grenzlinien gibt. Dies macht uns dann auch glaubwürdig, wenn wir gegen die Diktaturen des Ostens, etwa in der DDR, vorgehen und entsprechende politische Aussagen machen.

Ich bitte Sie, wenigstens die Abschnitte 1 und 2 des Antrages der Jungen Union zu übernehmen. Dies wäre vielleicht auch im Sinne von Professor Bledenkopf ein Ansatzpunkt, über den allgemeinen außenpolitischen Rahmen hinwegzukommen und die Verknüpfung zu anderen Elementen zu erreichen, die meines Erachtens dringend geboten ist.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Brok.

Meine Damen und Herren, mit Rücksicht auf unsere Zeit hätte ich gern das Einverständnis von Baden-Württemberg, von Kiel und vom Rheinland, daß ihre Anträge auf Grund der neuen Vorlage Nr. G 551 als erledigt angesehen werden können. Wenn Sie damit einverstanden sind, brauchen wir keine Wortmeldung. - Herzlichen Dank.

Ich darf dann der Antragskommission zu Ziffer 116 das Wort geben:

Dr. Johann-Baptist Gradl, Antragskommission: Herr Präsident, meine Freunde! Ich verzichte angesichts der vorgerückten Stunde und des Stoffes, den wir noch zu bearbeiten haben, auf die Darstellung, die sonst bei der Eröffnung eines Abschnitts von der Antragskommission gegeben zu werden pflegt.

Ich möchte etwas zu Professor Bledenkopf sagen. Bei den intensiven Beratungen des Abschnitts "Deutschland in der Welt" in der Antragskommission war es auch unser Eindruck, daß wir noch sehr viel mehr miteinander offen, freimütig, im geschützten Gespräch unsere Meinungen überprüfen und unsere Aussagen vielleicht auch neu formulieren müssen. Dies ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir unterstreichen also durchaus seinen Appell, die Außenpolitik neu zu durchdenken, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der von Ihnen skizzierten eingetretenen neuen Entwicklungen.

Herr Biedenkopf, was die Mannheimer Erklärung angeht, so ist sie mit diesem Grundsatzprogramm nicht etwa vom Tisch, sondern gilt weiter. Dasselbe gilt übrigens auch für die deutschlandpolitischen Grundlinien, die wir im vergangenen Jahr auf dem Parteitag in Düsseldorf beschlossen haben. Sie sind nach wie vor als Wegweiser und Zielsetzung verbindlich. Dies hat es uns auch ermöglicht, den Teil über die Deutschlandpolitik sehr straff zu halten.

Nun zu Ziffer 116, über die wir jetzt abzustimmen haben. Es ist darauf hinzuweisen, daß Sie die Tischvorlage in Ihre Entscheidung einbeziehen mögen. Es handelt sich um die Tischvorlage G 351. Danach soll der Ziffer 116 folgender Satz angehängt werden:

"Ein international garantiertes Volksgruppenrecht soll das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur gewährleisten."

Über die Notwendigkeit dieser Aussage kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Zu den Darlegungen der Jungen Union muß ich namens der Antragskommission folgendes sagen. Wir haben natürlich darauf geachtet, dem von uns allen von Herzen bejahten Wunsch der Jungen Union zu entsprechen, und waren eigentlich der Meinung, daß wir ihm entsprochen haben, sehr stark das Gebot der Menschenrechte als Leitlinie unserer Außenpolitik und unserer Politik überhaupt darzustellen. Wir sind der Meinung, daß das in den Texten, die Ihnen jetzt vorliegen, gelungen ist.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Gradl.

Wir stimmen jetzt über Ziffer 116 und über den Vorspann ab, so wie es die Antragskommission empfohlen hat. Hinzu kommt eine Ergänzung, wobei ich auf den Antrag G 351 verweise. Die Ergänzung soll auf Seite 452 über dem gefetteten zweiten Absatz eingefügt werden. Wer damit einverstanden ist, gemäß der Empfehlung der Antragskommission zu stimmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 117 auf. Dazu hat Herr Dr. Gradl das Wort.

Dr. Joh.-Bapt. Gradl, Antragskommission: Zu Ziffer 117 ist im Grunde nichts zu sagen. Die Aussagen sprechen für sich selbst. Sie sagen aus, was für uns alle von jeher selbstverständliches Gebot unserer Politik ist.

Herr Mertes hat eben dankenswerterweise noch darauf hingewiesen, daß der Gewaltverzicht als Werkzeug der Gestaltung internationaler Beziehungen eine Forderung ist, die, obwohl es von der Regierung gern vergessen gemacht wird, zuallererst von seiten der Christlich Demokratischen Union gegenüber allen östlichen Nachbarn zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Friedensnote der Regierung Erhard vom März 1966 hat damals allen östlichen Nachbarn Gewaltverzichtsverträge angeboten. Dies ist die Grundlage der weiteren Entwicklungen, die dann zu den Verhandlungen über den Gewaltverzicht auch in den Ostverträgen geführt haben.

Wir empfehlen Annahme der Ziffer 117 ohne Änderung.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Es liegen einige Wortmeldungen vor. Ich frage Herrn Schmöle, ob er zurückziehen will. - Er will nicht zurückziehen. Er hat das Wort.

Hans Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte für den Antrag G 26 des Kreisverbandes Hamm-Stadt sprechen. Dort ist formuliert:

"Ziel unserer Deutschlandpolitik ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung. Das Recht auf freie Selbstbestimmung ist das Grundgesetz der Völkergemeinschaft. Nationale Selbstachtung und menschliche Zusammengehörigkeit verlangen, dieses Recht auch für das deutsche Volk durchzusetzen."

Ich möchte die Antragskommission bitten, zumindest diese drei Sätze in die Formulierung aufzunehmen. Denn, meine Freunde, was wir für eine offensive Deutschlandpolitik dringend brauchen, ist eine offensiv geführte Diskussion und Debatte für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen.

Wir sollten uns auch unsere Mitgliedschaft in den internationalen Gremien, beispielsweise in der UNO, nutzbar machen, um zu verlangen, daß das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen dort den gleichen Stellenwert erhält wie bezüglich anderer Völker in der Welt.

(Beifall)

Warum können wir nicht fordern, daß vor der UNO beispielsweise eine gleiche Initiative eingebracht wird, wie es heute für Südwafrika geschieht? Wir haben das gleiche Recht und sollten entsprechend vorgehen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich habe das Gefühl, daß das Ziffer 116 betrifft.

Herr Dr. Scheuer aus Baden-Württemberg, wir sind hier der Auffassung, daß Ihre Überlegungen schon eingearbeitet sind. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie auf Ihre Wortmeldung verzichten könnten. - Muß das sein? Dann bitte schnellstens! Die Redezeit beträgt nur drei Minuten.

Dr. Gerhart Scheuer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag G 30 des Landesverbandes Baden-Württemberg.

Wie wir gelesen haben, empfiehlt die Antragskommission, unseren Antrag bei Ziffer 128 zu behandeln, d. h. bei der Verteidigung, und ihn dort für erledigt zu erklären.

Meine Damen und Herren, der beantragte Satz gehört hierher. Beides gehört zusammen: die Einheit und Freiheit für die Deutschen jenseits von Stacheldraht und Mauer zu erringen und für die Deutschen diesseits, in der Bundesrepublik, die Freiheit zu erhalten.

Meine Damen und Herren, es geht hier um die alte Konfrontation mit der SPD und ihren diversen Deutschlandplänen, die alle über Neutralisierung zur Einheit führen sollten und die die Freiheit in der Bundesrepublik zur Disposition irgendwelcher paritätischer gesamtdeutscher Gremien stellen wollten. Es handelt sich aber auch um die neue Konfrontation mit der SPD heute, mit all jenen Plänen und Papieren von Herrn Bahr, die alle



nach dem Rezept gehen: Wandel durch Annäherung an die Sowjetunion. Das hat Alfred Dregger heute früh gekennzeichnet. Was diese Pläne kennzeichnet, ist zunächst nicht der formale Austritt, sondern die inhaltliche Aushöhlung. Als Generalsekretär hält dieser selbe Mann ja seine schützende Hand über alle jene Gruppen, die an den Hochschulen die Volksfront bereits praktizieren.

Es gibt also eine bleibende Linie deutscher CDU-Politik: Freiheit hier und Freiheit für das ganze deutsche Volk, die Freiheit erhalten und die Einheit erringen. Darum muß beides im Programm zusammenstehen, meine Damen und Herren. Ich sehe auch keine Gefahr, daß beides im Programm an zwei verschiedenen Stellen stehen könnte: hier und bei Ziffer 128. Denn wenn Sie nachlesen, was die Antragskommission zu Ziffer 128 vorschlägt, dann werden Sie diese Sätze dort nicht finden. Zwar ist alles, was dort steht, gut und wird von mir unterstützt, aber unser Anliegen, das eminent wichtig ist, ist auch nicht bei Ziffer 128 in der Empfehlung der Kommission berücksichtigt.

Deshalb meine Bitte: Stimmen Sie dem Antrag G 30 des Landesverbands Baden-Württemberg zu!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat Herr Dr. Pöttering.

Dr. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag G 42 des Kreisverbandes Osnabrück-Land und für den Antrag G 50 der Jungen Union.

Wir bitten nur, in Ziffer 117 einen Satz einzufügen. Er lautet: "Wir erstreben die Einheit der deutschen Nation in einem freien Europa."

Gerade der Bundestagspräsident hat mir durch seine Rede eben noch einmal den Mut gegeben, mich dafür einzusetzen, daß diese These, die im Grunde genommen klipp und klar das beinhaltet, was Herr Professor Carstens hier gesagt hat, in das Programm aufgenommen wird.

Wir von der Jungen Union möchten deutlich machen, daß wir zu unserem Vaterland, zu unserer Nation ja sagen, in gleicher Weise aber auch zu einem freien vereinten Europa ja sagen, weil wir wissen, daß wir die Freiheit Deutschlands nur in einem freien vereinten Europa erringen können. Deswegen haben wir die herzlich Bitte, diesen einen Satz in das Grundsatzprogramm mit aufzunehmen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Es liegen noch zehn Wortmeldungen zu dem gesamten Kapitel vor. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, wenn die Rednerliste jetzt geschlossen wird.

Das Wort hat Herr Jäger.

Claus Jäger: Herr Präsident! Meine Lieben Parteifreunde. Ich unterstütze ebenfalls - wie mein Freund Dr. Scheurer - den Antrag G 30 des Landesverbandes Baden-Württemberg und möchte dem,

was mein Freund Scheuer gesagt hat, noch ein Argument hinzufügen. Dieser Antrag richtet sich nicht nur gegen die äußere Bedrohung der Freiheit der Bundesrepublik Deutschland, sondern er enthält auch einen Aspekt, der auf die immer massiver werdende Bedrohung unserer freiheitlichen Ordnung und die Gefahr des Abgleitens in den Sozialismus gerichtet ist. Wenn wir drüben jenseits des Eisernen Vorhangs mit Deutschen sprechen, erleben wir es, daß die Menschen drüben mehr als wir Deutschen hier im Westen über die schleichende Unterwanderung unserer Institutionen durch Kommunisten besorgt sind und daß die Verteidigung unserer Freiheit für die Menschen drüben mindestens ebenso wichtig ist wie alle Anstrengungen, die wir nach drüben hin unternehmen. Deswegen, so meine ich, muß dieser Gedanke in Ziffer 117 verankert werden, wenn wir der Politik Konrad Adenauers in glaubwürdiger Weise treubleiben wollen. Ich appelliere daher an die Antragskommission, die Formulierung aus dem Antrag G 30 des Landesverbandes Baden-Württemberg in Ziffer 117 nach dem ersten Absatz einzufügen und dem Parteitagssplenium eine entsprechende Empfehlung zu geben.

(Beifall)

Wilfried Hasselamnn, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Jäger.

Ich kann über Ziffer 117 abstimmen lassen. Die Antragskommission empfiehlt, ihre Empfehlung anzunehmen, und geht davon aus, daß alle Anträge, die hier noch einmal begründet worden sind, in diese Empfehlung eingearbeitet worden sind. Wir stimmen ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 117 zustimmen will, gebe bitte das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen ist es so beschlossen.

(Widerspruch)

- Entschuldigung, es gab auch Stimmenthaltungen. Das wird hiermit registriert.

Ich rufe Ziffer 118 auf. Herr Dr. Mertes verzichtet, wie ich soeben höre, auf seine Wortmeldung. Dann hat jetzt Herr Dr. Hupka das Wort.

Dr. Herbert Hupka: Herr Präsident! Liebe Freunde! Nur eine Klarstellung: In der zur Annahme empfohlenen Fassung heißt es:

"Die deutsche Frage ist offen. ..."

Es wird gesagt, wir sollten alles für die Menschenrechte im geteilten Deutschland tun. Dabei werden Verhandlungen - a u c h m i t d e r D D R - besonders herausgegriffen. Ich meine, das reicht nicht aus. Im geteilten Deutschland heißt: Auch die Deutschen in Ostdeutschland sind einzubeziehen. Es müssen natürlich also auch mit Warschau und mit Moskau Verhandlungen geführt werden.

(Zustimmung)

Es ist ja unmöglich, daß Besucher nur herausgelassen werden, wenn sie ihre Angehörigen als Faustpfand zurücklassen. Es ist unmöglich, daß es keine Besuchserlaubnis für den Norden Ostpreußens gibt. Damit dies klar ist, schlage ich vor, die Worte

"auch mit der DDR" zu streichen. Dann wird alles abgedeckt und die DDR nicht besonders herausgehoben.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hupka.

Wir stimmen jetzt über Ziffer 118 ab. Ich mache darauf aufmerksam, daß hierzu auf Tischvorlagen die Anträge G 348 und G 350 vorliegen. Auf diesen Vorlagen finden Sie auch die neue Empfehlung der Antragskommission. Ich frage die Antragskommission, ob sie diese Empfehlung hier noch erläutern möchte. - Ich höre, dies ist nicht nötig.

Wir stimmen dann über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 118 in der neuen Fassung, wie sie auf den Umdrucken der Anträge G 348 und G 350 vorliegt, unter Berücksichtigung des Antrages von Dr. Hupka, ab. Wer ist dafür? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe Ziffer 119 auf. Herr Dr. Gradl hat das Wort.

Dr. Johann-Baptist Gradl, Antragskommission: Zu Ziffer 119 möchte Ich noch kurz folgendes sagen.

Es ist gesagt worden, diese Ziffer sei sehr kurz, und es müsse eigentlich noch mancherlei darin ausgesagt werden. Die Antragskommission ist der Meinung, daß es in einem Grundsatzprogramm darauf ankommt, in wenigen festen und klaren Sätzen deutlich zu machen, daß die Berufung Berlins als deutsche Hauptstadt und die Bindungen zwischen dem freiheitlichen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland für die Christlich Demokratische Union unabdingbare Grundpositionen sind. Dies ist in diesen Sätzen gelungen. Im übrigen kann auf die deutschlandpolitischen Grundlinien auf dem vorigen Jahr verwiesen werden.

In Ziffer 119 muß eine kleine Änderung vorgenommen werden. Sie ist noch nicht ausgedrückt, weil die Antragskommission sie erst gestern spät abends vorgenommen hat. Ich bitte in Ziffer 119 den Teilsatz, in dem von dem Berlin-Abkommen die Rede ist, durch den Teilsatz "denen das Berlin-Abkommen Rechnung trägt" zu ersetzen. Diese Formulierung bezieht sich auf die Viermächtevorbehalte. Mit dieser Änderung empfiehlt die Antragskommission Annahme der von ihr vorgeschlagenen Fassung.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Gradl. Wir stimmen über Ziffer 119 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen und soeben erläuterten Fassung ab. Wer zustimmen will, gebe bitte das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Es erfolgt jetzt ein Wechsel im Präsidium

Frau Lotte Philippi, Tagungspräsidium: Ich rufe Ziffer 120 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der ausgedruckten Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, gebe bitte das Kartenzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 121 auf. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission, die Sie auf den Seiten 469 und 470 der Vorlage finden, ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, gebe bitte das Handzeichen. - Nein-Stimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Damit ist die Empfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 122 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn von Hassel vor.

Kai-Uwe von Hassel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Karl Carstens hat in der Eingangsbeurteilung zur deutschen Außenpolitik das Grundlegende über Europa gesagt. Kurt H. Biedenkopf hat die geistige Dimension ergänzt und damit deutlich gemacht, daß Europa nicht nur eine Frage der Händler oder der Marktordnung ist, sondern auch eine große geistige Dimension hat. Wir haben außerdem vor - es ist bekanntgegeben worden, daß wir eigens zu diesem Beiruf einen Europaparteitag einberufen -, im März zu der ganzen Ereife der Thematik Stellung zu nehmen. Bis dahin werden wir aber alle gefragt, was dieses Europa eigentlich nach unserer Vorstellung sein soll. Bis dahin müssen wir jede Chance nutzen, in Richtung auf Europa zu wirken. Bis dahin müssen wir schon die Vorbereitungen dafür treffen, damit die Wähler am 10. Juni bereit sind, der europäischen Wahl gegenüber ja zu sagen.

Daher möchte ich ein paar Handreichungen geben, die in dieser Zeit notwendig erscheinen. Wenn Sie unser Grundsatzprogramm ansehen, dann werden Sie feststellen, daß wir klare Aussagen machen, daß wir keine Zweideutigkeiten zulassen, daß wir keine Ausweichmöglichkeiten offenhalten und daß wir nicht das sowohl als auch programmieren, sondern daß wir genau zeigen, was wir wollen.

Das möchte ich Ihnen an Hand einiger Beispiele in der Ziffer 122 und in der Ziffer 123 in Gegenüberstellung zum sozialdemokratischen Programm darstellen.

Meine Freunde, wir erleben auf seiten der Sozialdemokraten die grandiose Entwicklung, daß Herr Brandt im Wahlkampf in Hessen durch die Lande gegangen ist und so getan hat, als sei er der Erfinder der europäischen Entwicklung, wobei er vergißt, daß sie uns am Anfang nichts als Schwierigkeiten gemacht hat. Den Männern, die Europa begründeten, die den Weg begannen, die ihn ebneten, die anfangen, die ihn konsequent weiterschritten, haben sie im Grunde nur Nägel auf diesen Weg gestreut.

(Beifall)

Sie haben es jahrelang abgelehnt, mitzuarbeiten. Sie haben es sogar jahrelang abgelehnt, den Präsidenten des Europäischen Parlaments zu stellen. Als Großbritannien in die Gemeinschaft eintrat, habensie es abgelehnt, mit der Labour Party die Sitze im Europäischen Parlament einzunehmen.

Meine Damen und Herren, das Programm, das Brandt im hessischen Wahlkampf verkündet hat, ist das dritte. Er hat vergessen, zu sagen, daß das erste und das zweite - mit großem Pomp verkündet - inzwischen wieder eingestampft worden sind. Wenn Sie sein Programm genau analysieren, werden Sie feststellen, daß es im Grunde genommen keinerlei wirkliche Aussagen macht, die uns

in Europa weiterbringen. Die einzige interessante Aussage, mit der sie in Europa durch die Lande gehen ist die, daß sie europaweit für die Einführung der 35-Stunden-Woche sind.

Meine Damen und Herren, in dieser Ziffer geben wir in drei großen Thesen Antwort auf die Frage: Warum eigentlich Europa? Wir sagen, daß wir unsere Pflichten für das Verteidigungsbündnis nur vereint wirksam wahrnehmen können - in der für uns unentbehrlichen Partnerschaft mit den Amerikanern.

Die Sozialdemokraten erklären, solange das Bündnis noch erforderlich sei, hielten sie es aufrecht. Es dürfe nichts entstehen gegen die Interessen der Entspannung. Es dürfe nichts gegen andere, z.B. den Osten, entstehen. Der ganze Geist dieses Programms besagt: Nichts tun, was etwa den Osten stören könnte.

In unserem Programm sagen wir: Gemeinsam können wir die Spaltung Europas und damit auch die Spaltung Deutschlands überwinden. In sozialdemokratischen Programmen kommt das Wort Wiedervereinigung nicht vor. Dort wird nichts zur deutschen Teilung ausgesagt. Dort wird nichts zum dem Ziel ausgesagt, das eigentlich wir alle gemeinsam haben sollten. gemeinsam haben sollten.

In der Ziffer 123 erläutern wir, was wir unter einer demokratischen Ordnung für Europa verstehen, daß sie keine Kompromißmöglichkeit etwa für Kompromisse mit den Gegnern der Freiheit offenlassen darf. Bei den Sozialdemokraten muß man vermerken, daß sich ihr Freund Mitterand zwar von Marchais getrennt hat, daß sie aber im Grunde gemeinsame Sache gemacht haben.

Den Sozialdemokraten muß man sagen, daß ihre italienischen Freunde nur dann bereit sind, wieder in eine Regierung mit unseren Freunden einzutreten, wenn auch die Kommunisten mit von der Partie sind.

In den drei europäischen Parlamenten, dem Europäischen Parlament, der Westeuropäischen Union und dem Europarat, stimmen sie gerne gemeinsam mit den anderen ab.

Wenn Sie diesem Programm einmal nachgehen, werden Sie feststellen, wo die großen Unterschiede liegen, und daß unsere Politik für die Freiheit in der Tat Glück für die Menschen bedeutet. Für die Sozialdemokraten ist das allerhöchstens etwas für ein Poster für den Tourismus.

(Beifall)

Frau Lotte Philippi, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 122. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Die Ziffer 122 ist damit einstimmig angenommen.

Es liegt noch eine Wortmeldung von Herrn von Bismarck vor. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß die Rednerliste bereits geschlossen war. Herr von Bismarck, bitte.

(Zurufe - Unruhe)

- Tut mir leid, geht nicht.

Ich rufe die Ziffer 123 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Brock vor. Ich muß in diesem Zusammenhang noch darauf

hinweisen, daß Herr von Hassel vorhin in einem zusammenfassenden Beitrag auch schon zur Ziffer 123 gesprochen hat.

Bitte, Herr Brock.

Gert Brock: Liebe Parteifreunde! Eine Vorbemerkung: Wenn wir das nächste Mal Programme beraten, sollten wir das Thema Deutschland- und Außenpolitik zu Beginn behandeln, damit wir dieses Thema einmal in der gebührenden Breite besprechen können.

(Beifall)

Wenn wir die Außenpolitik als ein Feld für das Setzen der äußeren Bedingungen für inneren Fortschritt betrachten, dann gehört dazu auch entsprechender zeitlicher Raum. Das darf nicht in einer Debatte geschehen, in der wir nur noch zweieinhalb oder zwei Stunden diesem erheblichen Gebiet widmen können.

Um zum Inhaltlichen zu kommen: Ich meine, daß einige hier feststellen sollten, daß wir zu den einzelnen Anträgen nicht sehr viel zu sagen brauchten, da der Antragskommission der Dank gebührt, daß sie bereits Erhebliches von unseren Vorstellungen bei ihren Vorarbeiten übernommen hat.

Ich möchte hier nur einen kurzen Hinweis auf den Antrag G 139 des Landesverbandes Rheinland geben, der auch von etlichen Kreisverbänden mit ähnlichem Wortlaut gestellt worden ist. Hier ist der Versuch unternommen worden, die föderale Struktur eines vereinten Europas auch mit den entsprechenden Organen darzustellen.

Die Antragskommission hat in ihrer Vorlage nur das Europäische Parlament und den Europäischen Gerichtshof genannt.

Wir sollten aber den Gedanken hinzufügen, daß aus dem Ministerrat eine Staatenkammer werden kann und daß wir die Kommission als die Kernzelle einer europäischen Regierung auffassen. Auf diese Art und Weise erhalten wir die vier Elemente: den Gerichtshof, die Staatenkammer, das Parlament und die Regierung. Damit würden wir das Bild abrunden und im Sinne des EVP-Programms verfahren, in dem das entsprechend angesprochen worden ist.

Zum Schluß möchte ich noch auf den letzten Satz des Antrages des Landesverbandes Rheinland hinweisen: "Alle Aufgaben der gemeinsamen Politik der EG-Staaten müssen im Rahmen der EG-Institutionen wahrgenommen werden." Es gibt zeitweise eine Tendenz, Maßnahmen der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in außerhalb der EG liegende Organe hineinzuverlegen - ob es die Europäische Politische Zusammenarbeit ist, ob es der Europäische Rat ist, der formal kein Instrument der EG ist. Ich meine, daß wir, um wirklich zu einem Integrationskonzept zu kommen - und nicht wie die Sozialdemokraten zu einem Kooperationskonzept -, deutlich machen müssen, daß wir diese Organe einfügen wollen, um so eine einheitliche Bewegung und Entwicklung der europäischen Einigungspolitik zu erhalten.

(Beifall)

Frau Lotte Philippi, Tagungspräsidium: Herr Kollege, ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß beim letzten Parteitag der Außenpolitik ein voller Tag gewidmet war.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Ziffer 123; denn es

liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Ziffer 124 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich möchte Sie bitten, Ihre Karte zu heben, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe nunmehr Ziffer 125 auf. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab.

Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Empfehlung ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Ich rufe jetzt die Einleitung zu Ziffer 126 auf. Seite 479, unten rechts, sehen Sie die Empfehlung der Antragskommission.

Ich lasse darüber abstimmen und bitte Sie um Ihr Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine. Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich übergebe das Präsidium der Kollegin Frau Verhülsdonk.

(Beifall)

Röswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 126, Seite 480, auf. Dazu liegt eine Wortmeldung vor: Herr Streicher.

Wolf-Rüdiger Streicher: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Ich spreche für die Annahme des Antrages der Antragskommission, allerdings mit einer kleinen, aber wesentlichen Änderung.

In der Ziffer 126 heißt es: "Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund ihrer geographischen Lage im Krisenfall in erster Linie bedroht." Wir vom Kreisverband Cuxhaven halten diese Aussage für sachlich falsch.

Wir alle wissen, daß das militärische Potential des Warschauer Paktes eine ständige Bedrohung darstellt und auch weiterhin darstellen wird, unabhängig von den Verhandlungen über Entspannung oder Rüstungsbegrenzung. Wir selbst sprechen in Ziffer 128 von der Bedrohung durch den Warschauer Pakt; ich zitiere: "Die Verteidigungsmaßnahmen müssen mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt Schritt halten." Warum wird in Ziffer 126 die Bedrohung auf den Krisenfall beschränkt? Wir sind bedroht, und wir sagen das ja auch in Ziffer 128.

Wir sind deshalb der Meinung, daß wir die Ziffer 126 entsprechend fassen sollten, und bitten Sie, dem Antrag G 188 - unter Berücksichtigung des Antrages G 194 - zuzustimmen und unseren Vorschlag zu akzeptieren, der heißt: "Die Bundesrepublik Deutschland unterliegt auf Grund ihrer geographischen Lage einer ständigen Bedrohung."

(Beifall)

Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Wörner.

Dr. Manfred Wörner, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Antragskommission darf ich sagen, daß wir in der Sache diesem Wunsch Rechnung tragen wollen. Wir können das dadurch erreichen, daß wir in der Fassung der Antragskommission einfach die Worte "im Krisenfall" streichen, so daß die Formulierung heißen würde:

"Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund ihrer geographischen Lage in erster Linie bedroht." Damit wäre dem wesentlichen Inhalt des Petitums Rechnung getragen.

(Beifall)

Roswitha Verhülsonk, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 126 mit der soeben vorgetragenen Streichung. Wer zustimmen will, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 127 auf. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Wir können sofort abstimmen. Wer der Ziffer 127 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Damit kommen wir zu Ziffer 128. Hier liegt eine Wortmeldung vor. Herr Dr. Gradl hat das Wort.

Dr. Johann-Baptist Gradl: Meine Freunde, ich spreche jetzt nicht als Vertreter der Antragskommission, sondern ich will den Antrag G 216 der Exil-CDU begründen, der Ihnen zu Ziffer 129 vorliegt.

Der Abschnitt Sicherheitspolitik, von der in dieser Ziffer die Rede ist, bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Natürlich bejahen wir die festen Aussagen für den Schutz unserer Freiheit und unseres Landes, mit denen die Ziffer 128 im ersten Satz beginnt. Aber wir halten eine Ergänzung für notwendig; als solche bitten wir unseren Antrag zu verstehen. Wir wünschen und bitten um Ihre Zustimmung, daß die Einleitung dieser Ziffer 128 folgende Fassung erhält:

"Wir erstreben für Europa eine Friedensordnung, die allen Völkern ein gleiches Maß an Sicherheit gibt und den Deutschen die Wiedereinigung möglich macht. Solange diese Ziele nicht erreicht sind, bleibt für Kriegsverhütung und Freiheitssicherung das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich."

(Beifall)

Dann geht der Text weiter.

Meine Freunde, Freiheit und Sicherheit sind Existenzbedingungen für die Bundesrepublik. Aber Freiheit und Sicherheit sind noch mehr: sie sind gemäß Grundgesetz Auftrag und Notwendigkeit für alle Deutschen, auch für die jenseits von Mauer und Minenstreifen. Deshalb, so meinen wir, muß im Grundsatzprogramm in einem so wichtigen Abschnitt, wie es die Sicherheitspolitik ist, der fundamentale Zusammenhang deutlich gemacht werden, der zwischen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im westlichen Verbund einerseits und dem überragenden Ziel deutscher Einheit in Freiheit andererseits besteht.

Viele Deutsche, denen das gesamtdeutsche Gebot des Grundgesetzes nicht bloß nebelhaftes Zukunftsbild, sondern Hoffnung und reales



Gebot ist, eine im Verstand bejahte und im Herzen getragene konkrete Pflicht, diese Deutschen fragen - und gerade auch die drüben fragen natürlich -: Wie kann es denn gehen, angesichts der brutalen Wirklichkeit, angesichts der deutschen und europäischen Spaltung, angesichts der sowjetischen Politik und Machtpräsenz, daß Deutschland friedlich und frei geeint wird? Darauf muß im Programm auf die Zukunft hin geantwortet werden.

Die stärkste deutsche Partei muß das Bindeglied zwischen ihrer gesamtdeutschen Zielsetzung einerseits und ihrer im Westen verankerten Verteidigungs- und Sicherheitspolitik für die Bundesrepublik andererseits zeigen. Sie muß zeigen, daß da kein Widerspruch ist.

Natürlich kann niemand heute sagen, wie und wann die Zusammenführung deutscher Teile konkret vor sich geht, wie und wann insbesondere sowjetische Staatsraison zu einer neuen Einschätzung ihrer eigenen Interessenlage kommen wird. Aber wir haben eine prinzipielle Antwort, und wir müssen sie in diesem Programm geben. Das nämlich können wir jedenfalls antworten: daß eine friedliche freie Wiedervereinigung Bestandteil einer Friedens- und Sicherheitsordnung sein wird, ja sein muß, die allen Völkern Europas Sicherheit und Geborgenheit gibt.

(Beifall)

Solche Ordnung wird ein kompliziertes Geflecht von politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Regelungen sein. Sie wird auch einen langen und schwierigen Entwicklungsprozeß durchlaufen. Aber wenn man nicht mit seiner gesamtdeutschen Verpflichtung in Wunschträumen und Utopien entfliehen will

(Glocke der Präsidentin)

- ich bin gleich fertig -, dann zeigt sich kein anderer gewaltloser Weg zu deutscher Einheit in freier Selbstbestimmung.

Dies war übrigens schon die feste Überzeugung aller Verantwortlichen unserer Partei, als sie vor zwei Jahrzehnten gegen erbitterten sozialdemokratischen Widerstand die Politik der europäischen Einigung, des westlichen Bündnisses und der Wiederbewaffnung durchsetzten.

Ich bitte den Parteitag herzlich, unseren Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Wörner das Wort.

Dr. Manfred Wörner, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich glaube, jeder hat gespürt, worum es unserem Freund Gradl ging, und keiner wird ihm dafür den Respekt versagen. Ich glaube auch nicht, daß irgend jemand den zwei Aussagen, die hier im Antrag G 216 gemacht werden, widersprechen wird. Wogegen ich - und zwar namens der Antragskommission - allerdings entschieden plädieren möchte, ist, daß, wie es in diesem Antrag geschieht, unser Ziel einer Friedensordnung und der Verwirklichung der deutschen Einigung mit der NATO verknüpft und damit in gewisser Weise eine Abhängigkeit zwischen diesen beiden Zielen der deutschen Politik hergestellt wird.

(Beifall)

Ich will ganz kurz in drei Punkten begründen, warum die Antragskommission daher glaubt, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte.

Erstens. Wenn es gelingt, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, dann ganz sicher in einem veränderten historisch-politischen Kontext, in einer anderen weltpolitischen Landschaft. Es ist kaum vorstellbar - wenngleich auch das nicht auszuschließen ist -, daß eine Wiedervereinigung in der von uns gedachten Form erfolgen kann, solange die Konfrontation der Blöcke in dieser Schärfe in Mitteleuropa existiert, und d.h. solange es eine expansive ideologisch motivierte Machtpolitik der Sowjetunion gibt. Wenn also eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich sein sollte, so kann niemand in diesem Saal, weder die Antragsteller noch wir von der Antragskommission, die historische Landschaft voraussehen und voraussagen, in der das passiert. Daher kann auch niemand sagen, ob in einer solchen Landschaft die Bindung Deutschlands an die NATO entfallen kann oder nicht. Eine Konditionierung wäre aus diesem Grund ein ganz gefährliches Präjudiz.

(Beifall)

Zweiter Punkt! Lieber Herr Gradl, daß Sie das nicht wollen, ist völlig klar. Aber Sie können, wenn wir das, was Sie hier vorgeschlagen haben, annehmen, ein ganz großes Mißverständnis nicht vermeiden, auch wenn Sie energisch dagegen angehen, ein Mißverständnis, das möglicherweise von unseren Gegnern produziert werden wird: daß man Sie nämlich in die Nähe der Bahrschen Gedankenspiele rückt. Bahr sagt auch immer wieder: Bündnisse haben keinen Ewigkeitswert. Das ist an sich richtig. Aber, meine Damen und Herren, die nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft ist mehr als ein bloßes Verteidigungsbündnis, sie ist die Schicksalsgemeinschaft der freien Welt, die so lange existieren muß, als die Freiheit bedroht ist.

(Beifall)

Und daher ist es gefährlich, sie zu konditionieren. Sie regen, finde ich, unnötigerweise, auch wenn Sie das nicht so gemeint haben, Spekulationen an, Sie wecken Erwartungen, und Sie schaffen möglicherweise Illusionen, denen sehr schwer entgegenzutreten sein wird.

Und die dritte Überlegung, die ich anfügen möchte: Sie können nicht verhindern, daß aus diesem Ihrem Antrag und der Verknüpfung der beiden Elemente ein Umkehrschluß gezogen wird, nämlich der Schluß, daß wir bereit seien, die NATO zur Disposition zu stellen, um die Wiedervereinigung zu erreichen. Aber da sind wir, meine Damen und Herren, genau dort, wo der entscheidende Irrtum eines Herrn Bahr liegt. Denn ein wiedervereinigtes Deutschland in der Nähe und der Nachbarschaft einer erdrückend übermächtigen UdSSR ohne Schutz der NATO und beim Abzug der Amerikaner müßte damit enden, daß ganz Deutschland in den Machtbereich der Sowjetunion abgleitet, ohne daß ein einziger Schuß abgefeuert wird, meine Damen und Herren. Das genau ist ja das Ziel der Sowjetunion, und das können und wollen wir nicht.

Lassen Sie mich abschließend sagen, wir als CDU wollen, und zwar in großer Geschlossenheit und Einmütigkeit, die Wiedervereinigung Deutschlands, und wir sind selbstverständlich

bereit, dafür Opfer zu bringen und auch Risiken in Kauf zu nehmen, und wir sind selbstverständlich bereit - das hat Adenauer schon gesagt, das hat jeder unserer politischen Führer immer und immer wieder betont -, vieles zur Disposition zu stellen, nur eben nicht die Freiheit und nicht die Sicherheit. Es muß klar sein, daß für die CDU und für die CSU eines verbindlich bleibt, die alte Adenauersche Reihenfolge der Werte: Freiheit, Frieden, Einheit.

Ich danke Ihnen und bitte, den Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Herr Dr. Gradl bittet erneut ums Wort.

(Widerspruch)

Dr. Johann Baptist Gradl: Ich mache es kurz.

(Beifall)

Aber ich muß ein paar Worte sagen. Denn das, was Herr Wörner hier, wenn auch mit sehr viel persönlichem Respekt, gesagt hat, bringt mich in die Nähe von Gedankengängen, die mit diesem Antrag, den wir hier gestellt haben, überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden können. Ich verbitte mir dies. Wir haben einen Satz vorgesetzt, den wir bis auf Punkt und Komma wörtlich so, wie er hier vorliegt, auf dem Düsseldorfer Parteitag beschlossen haben. Und wenn Herr Wörner sagt, man könne nicht wissen, wie die historische Situation sei, in der einmal die deutsche Einheit möglich sei, so sagen wir - ich selber habe es so gesagt -: Natürlich wissen wir das. Aber wir müssen doch wenigstens den Menschen sagen, wie sie sein müßte, damit die Wiedervereinigung möglich ist. Und dies genau sagt dieser Satz.

(Beifall)

Zweitens. Herr Wörner hat gesagt, ich sei in die Nähe der Bahrschen Gedankengänge gerückt,

(Zuruf: Pfui!)

ungewollt natürlich - das glaube ich ihm; wir haben beide von jeher ein gutes menschliches Verhältnis zueinander -; aber ich kann das so nicht stehenlassen, weil es sachlich falsch ist. Die Gedankenspiele des Herrn Bahr sind doch nicht unsere Gedanken. Wir vertreten doch - und zwar wir alle, auch wir, die Antragsteller - genau das Gegenteil. Herr Bahr ist nach wie vor von der Vorstellung getragen, man müsse durch Vorleistung vom eigenen guten Willen überzeugen, hoffend, daß der Gegner danach schließlich einmal zu einem positiven Verhalten veranlaßt wird. Nichts zeigt deutlicher als das Ausbleiben der Folgeverträge zu Art. 7 des Grundvertrages, wie illusorisch eine solche Einschätzung östlicher Verhandlungsgegner ist, wie töricht solche Vertrauensseligkeit ist. Wir haben einen ganz anderen Grundsatz, und gegen den spricht nichts in unserem Antrag: Leistung gegen Leistung, aber nicht so oberflächlich hing gesagt, sondern nur bei gleichwertiger und verbindlicher Gegenleistung. Die von uns vorgeschlagene Einleitung besteht ja eindeutig auf einer Politik des realen Zug um Zug. Das ist genau das Gegenteil des Verhaltens von Herrn Bahr.

Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Frau Roswitha Verhülsonk, Tagungspräsidium: Danke schön,  
Herr Dr. Gradl.

Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt in folgender Reihenfolge ab: zunächst über den Antrag G 215 auf Seite 485 des Antragsbuchs, und zwar in der veränderten Fassung, wie Sie sie auf dieser und der folgenden Seite rechts finden. Danach lasse ich dann noch über den Antrag G 216 abstimmen, den Herr Dr. Gradl begründet hat.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag G 215 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung.

(Widerspruch und Zurufe)

- Die Meinung des Präsidiums war, daß dieser Antrag G 216 weiter geht und daß deshalb zusätzlich über ihn abgestimmt werden muß.

(Widerspruch)

- Dann geben wir der Antragskommission das Wort, damit sie dazu Stellung nimmt. Herr Dr. Wörner!

Dr. Manfred Wörner, Antragskommission: Frau Präsidentin, bisher war es Brauch, daß, wenn über eine Empfehlung der Antragskommission abgestimmt worden ist und der Parteitag dieser Empfehlung gefolgt ist, die Anträge, die mit dieser Empfehlung nach Meinung der Antragskommission nicht vereinbar sind, als erledigt oder abgelehnt zu gelten haben.

(Zustimmung)

Aber lassen Sie mich die Möglichkeit, hier noch einmal zu sprechen, dazu benutzen, nur ganz kurz darzutun - -

(Widerspruch)

Frau Roswitha Verhülsonk, Tagungspräsidium: Herr Dr. Wörner, ich glaube, das ist nicht nötig. - Da Ihr Beifall, meine Damen und Herren, gezeigt hat, daß Sie der gleichen Meinung sind wie Herr Dr. Wörner, daß nur über die von der Antragskommission empfohlene geänderte Fassung abgestimmt werden soll, lasse ich jetzt über die Ziffer 128 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung abstimmen.

Wer ihr in dieser Form zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist die Ziffer 128 angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 129, Seite 488. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Wir können also sofort über die Empfehlung der Antragskommission in der rechten Spalte der Seite 488 abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Bevor ich zu Ziffer 130 komme, rufe ich den Antrag G 236 auf. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie oben auf Seite 489 in der rechten Spalte. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Die Empfehlung ist einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 130 liegt ebenfalls keine Wortmeldung vor. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 489 in der rechten Spalte. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Ich rufe auf Ziffer 131, Seite 491. Die Empfehlung der Antrags-

kommission ist in der rechten Spalte ausgedruckt. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 132, Seite 492. Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 492 und 493 in der rechten Spalte. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -Keine.

Damit kommen wir zu Ziffer 133. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Empfehlung der Antragskommission steht auf Seite 497 in der rechten Spalte. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Es ist so beschlossen.

Nunmehr rufe ich den Abschnitt "Weltweite Verantwortung" auf. Zunächst ist über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag G 293 zu befinden, die Sie rechts unten auf der Seite 497 finden. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 134 auf. Dazu gibt einen Initiativantrag, der als Tischvorlage unter G 349 ausgedruckt ist. Es handelt sich dabei um einen Einschub, der im Text durch Unterstreichungen kenntlich gemacht ist. Es gibt dazu eine redaktionelle Änderung, und zwar den Antrag G 312 einzuarbeiten. Ich lese den Satz vor, der einzuarbeiten ist - Seite 500 -: "Die Harmonisierung der Entwicklungspolitik der Mitglieder der Gemeinschaft sowie eine verstärkte gemeinschaftliche Entwicklungspolitik sind dringend erforderlich." Dieser Satz soll kurz vor Ende der von der Antragskommission empfohlenen Fassung eingearbeitet werden, so daß dann der Satz folgt: "Der Anteil der Entwicklungshilfe am Sozialprodukt muß erhöht werden."

Ich hoffe, daß Sie in der Lage waren, zu folgen.

(Zurufe)

-Ja, das ist etwas kompliziert, weil man hin- und herblättern muß. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission - wo dann jener Einschub anzubringen ist - auf der Rückseite der Tischvorlage G 349.

Ich lasse darüber abstimmen.

(Zuruf)

-Gibt es Wortmeldungen dazu? - Nein, es liegen keine Wortmeldungen vor. Im übrigen sind wir auch schon in der Abstimmung. - Ich lasse also abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine.

Ich will trotzdem noch fragen, ob die Herren Wissmann und Dr. Klein, die sich vorher zu Wort gemeldet hatten, auf Grund der jetzt beschlossenen Änderung ihre Wortmeldung als erledigt ansehen.

(Zuruf: Nein!)

-Dann muß ich der Ordnung halber Herrn Wissmann das Wort geben, denn seine Wortmeldung lag vorher vor. Ich hatte nur gehofft, sie sei durch die redaktionelle Änderung erledigt.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bitte um Verständnis, wenn ich jetzt das Wort ergreife.

Wir hatten vorher dem Präsidium gesagt, daß wir dazu sprechen möchten, und wir hatten auch die Wortmeldung vorher abgegeben.

Wir stimmen der Empfehlung der Antragskommission voll zu, beantragen nur einen weiterführenden Satz, der das Votum der Antragskommission ergänzt. Für diesen weiterführenden Antrag bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit.

Es handelt sich um den Antrag G 319 auf Seite 501. Erfreulicherweise hat die Antragskommission gesagt: "Der Anteil der Entwicklungshilfe am Sozialprodukt muß erhöht werden." Wir wollen darüber hinausgehen und wünschen - entsprechend einer alten Forderung der Vereinten Nationen -, daß das Ziel gesetzt wird -dem wir uns schrittweise nähern wollen -, 0,7 % des Brutto-sozialprodukts in den Industrieländern für Entwicklungshilfe auszugeben. Wir sind der Meinung, daß wir dem folgen sollten, was der Vorsitzende in seiner Einleitungsrede gesagt und was Professor Carstens hier zum Ausdruck gebracht hat, nämlich daß nach unserer Überzeugung Entwicklungspolitik nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch eine Frage politischer Vernunft ist.

Während sich in den ärmsten Ländern der Welt die Durchschnittseinkommen von 1965 bis 1975 um ganze 1,5 % erhöht haben, haben sich die in den Industrieländern - auch bei uns - in derselben Zeit im Durchschnitt um das Fünffache erhöht. Das sollte für uns Anlaß sein, uns nicht mit einer allgemeinen Erklärung zufriedenzugeben, sondern ganz konkret eine Zielsetzung zum Ausdruck zu bringen, damit deutlich wird, daß wir die Entwicklungspolitik nicht den entwicklungspolitischen Verwaltern á la Marie Schlei und Offergeld überlassen, sondern daß wir das C im Parteinamen auch dann ernstnehmen, wenn es darum geht, über Bekenntnisse hinaus zu präzisen Zielsetzungen voranzuschreiten. Genau darum geht es uns hier.

Ein zweiter Punkt. Während die Antragskommission nur von der Entwicklungshilfe bei uns spricht, möchten wir, daß von der Entwicklungspolitik in den Industrienationen gesprochen wird. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß dies auch ein Appell z.B. an die kommunistischen Staaten ist, die gegenwärtig ein Zehntel dessen an Entwicklungshilfe ausgeben, was die westlichen Industrienationen aufbringen. Auch die kommunistischen Staaten müssen in eine solche politische Forderung eingebunden werden.

Daher bitte ich um Unterstützung für den Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Herr Wissmann, ich bitte um Entschuldigung, daß wir Ihre Wortmeldung übersehen hatten. Sie hätten das Wort vor der Abstimmung bekommen müssen. Da aber Ihr Antrag eine Ergänzung zu der beschlossenen Fassung bedeutet, ist es durchaus möglich, über ihn noch gesondert abzustimmen.

Weiterhin lag auch noch eine Wortmeldung von Herrn Klein vor.

Dr. Josef Klein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die deutsche Entwicklungshilfe beträgt zur Zeit 0,3 % des Brutto-sozialprodukts. Gerade nachdem wir uns gestern - der Kollege Wissmann hat darauf verwiesen - auch für die Solidarität als internationale Solidarität ausgesprochen haben, meine ich, wir täten gut daran, in Übereinstimmung mit Forderungen der Kirchen, vieler Jugendverbände, Teilen der Wirtschaft und der Gewerk-

schaft es hier nicht nur bei allgemeinen Bekundungen zu belassen, sondern konkret zu werden. Hier kam eben ein Zwischenruf: "0,7 %". Das gehört doch nicht in ein Grundsatzprogramm.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich teile die grundsätzliche Skepsis gegenüber Zahlen in einem Grundsatzprogramm. Wir sollten aber bedenken, daß es sich hier nicht um eine beliebig gegriffene Zahl handelt, sondern um eine Zahl von weltweiter Bedeutung, eine Zahl der Vereinten Nationen, eine Zahl, in Verbindung mit der wir internationale Versprechungen gegeben haben, eine Zahl, die mehr ist als irgendeine andere beliebige Zahl:

Die Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik nur 0,3 % des Brutto-sozialprodukts für diese wichtige Aufgabe ausgeben, ist doch ein Rekord an Hartherzigkeit unter dieser Regierung Schmidt. Ich würde mich freuen - ich darf das hier für die Sozialausschüsse, die dem Antrag der Jungen Union voll zustimmen, sagen -, wenn die CDU klipp und klar deutlich machte, daß sie das niedrige Solidaritätsniveau des Herrn Schmidt nicht teilt und hier eine konkrete Zahl nennt.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Klein. - Für die Antragskommission hat Herr Dr. Narjes das Wort.

Dr. Karl-Heinz Narjes, Antragskommission: Es gibt zwischen der Antragskommission und den beiden Rednern der Jungen Union keinen Widerspruch und keinen Unterschied in der Sache. Bereits seit zwei Jahren ist die 0,7 %-Grenze Beschluß des Präsidiums der Partei. Sie ist seit Jahren Richtschnur der Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion. Wenn die Antragskommission dennoch empfiehlt, diesem Antrag nicht zu folgen, so aus drei Gründen:

1. Die zahlenmäßige Fixierung eines international entstandenen und international änderbaren Berechnungsschlüssels ist nicht grundsatzprogrammfähig.

(Beifall)

2. Die Fixierung eines solchen Schlüssels birgt sogar die Gefahr in sich, daß er falsch als Obergrenze interpretiert werden könnte.

3. Die Fixierung auf öffentliche Hilfe in dieser Form kann unter Umständen in konkreten Situationen einen zweckmäßigen Einsatz knapper öffentlicher Ressourcen verhindern, insbesondere wenn es in Zukunft verstärkt darum geht, technische Hilfe zu leisten und diese gerade mit Hilfe des öffentlichen Transfers nicht sicher zu bewerkstelligen ist. Eine Kosten-Nutzen-Analyse alternativer Vorschläge könnte dann zu anderen Vorschlägen führen. Auch das spricht dagegen, diesen Antrag so zu fixieren. Ich schlage deshalb namens der Antragskommission vor, den Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Ich lasse darüber abstimmen. Wer Herrn Dr. Narjes zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einige Enthaltungen. Damit ist über Ziffer 134 abgestimmt.

Ziffer 135. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 5o2 oben. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung. Damit ist Ziffer 135 so beschlossen.

Ziffer 136 auf Seite 5o5. Die Empfehlung der Antragskommission ist ausgedrückt. Keine Wortmeldung. Wer stimmt zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Einstimmig angenommen.

Bei Ziffer 137 gibt es eine redaktionelle Änderung, die von der Antragskommission übernommen wird, und zwar im ersten Satz: "Die Außenpolitik und die Deutschlandpolitik wird unsere Kraft zunehmend beanspruchen." Die Einfügung ist also "und Deutschlandpolitik". Wer in dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig.

Damit haben wir die Abstimmung zum Programm beendet. Ich gebe das Wort an den Tagungspräsidenten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ein paar geschäftsleitende Bemerkungen über den Ablauf der nächsten Minuten des Parteitags machen. Ich werde als nächstes die Schlußabstimmung über das Grundsatzprogramm aufrufen, dann Tagesordnungspunkt 15, wo noch einige gestern nicht behandelte sonstige Anträge zur Abstimmung stehen. Soweit wir es übersehen können, ist das eine Angelegenheit von wenigen Minuten.

Dann rufen wir den Tagesordnungspunkt 16, die Schlußrede des Parteivorsitzenden auf.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt zur Schlußabstimmung über unser Grundsatzprogramm auf und möchte vor Eintritt in die Abstimmung bemerken, daß wir davon ausgehen, daß mit der jetzt zu Ende gehenden Beratung alle Anträge, die eingereicht worden sind, erledigt sind. Zur Abstimmung steht der Text des Grundsatzprogramms mit allen gestern und heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen. Mit dieser Schlußabstimmung geht nicht nur die 14stündige Debatte gestern und die etwa vierstündige Debatte heute, sondern eine monatelange, ja, jahrelange Debatte in allen Gliederungen dieser Partei zu Ende.

Ich rufe jetzt zur Abstimmung über das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf und bitte die Delegierten, die diesem Grundsatzprogramm zustimmen möchten, sich zu erheben. - Danke schön. Ich bitte wieder Platz zu nehmen.

Ich bitte jetzt diejenigen Delegierten, sich zu erheben, die das Grundsatzprogramm ablehnen möchten. Meine Damen und Herren, ich sehe niemanden stehen. Möchte jemand das Grundsatzprogramm ablehnen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe jetzt diejenigen auf, sich zu erheben, die sich der Stimme enthalten möchten. - Ich sehe eine Enthaltung.

Meine Damen und Herren, damit ist bei einer Enthaltung das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands angenommen.

(Anhaltender Beifall)



Meine Damen und Herren, ohne dem Herrn Parteivorsitzenden vorzugreifen zu wollen, aber dies war auch ein Dank an alle, die an dieser Arbeit Anteil hatten, ob es die Damen waren, die geschrieben, oder ob es die geistigen Heroen waren, die gedacht haben. Allen ist damit ein Wort des Dankes gesagt.

(Erneuter Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 15 der Tagesordnung auf:

### Sonstige Anträge

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich mache darauf aufmerksam, daß wir die Anträge I 1 bis I 7 zu Tagesordnungspunkt 15, soweit sie im Antragsbuch ausgedruckt sind, sowie die Tischvorlage I 8 und I 9 bereits gestern verabschiedet haben. Ich darf fragen, ob die noch fristgerecht eingegangenen Anträge I 10 bis I 13 allen Delegierten vorliegen? - Wenn das der Fall ist, dann rufe ich den Antrag I 10 der Delegierten Lummer, Dr. Marx und weiterer 30 Delegierter zur Lage der Christen im Libanon auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrages. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle diese Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung und darf diejenigen um das Kartenzeichen bitten, die zustimmen. -

Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Der Antrag ist bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe nun den Antrag I 11 der Delegierten Gabi Becker und weiterer 30 Delegierten auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags unter Streichung des letzten Satzes. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung und darf um das Handzeichen bitten, wer für den Antrag ist. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Zahlreiche Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Einige Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag I 12 der Delegierten Limbach, Rosorius und weiterer 30 Delegierter betr. einen Fach-Kongreß "Kunst und Kultur" auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in folgender Fassung:

Der Bundesparteitag fordert den CDU-Bundesvorstand auf, einen offenen Fach-Kongreß zum Themenbereich "Kunst und Kultur" durchzuführen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen Delegierten, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Soweit ich sehe, keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag I 13 der Delegierten Hauser, Stückrath und weiterer 30 Delegierten auf. Die Empfehlung der Antragskommission entnehmen Sie dem ausgedruckten Antrag.

Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Hauser vor. Bitte, Herr Hauser.

Alo Hauser, Bonn: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sei von uns aus, von seiten der Initiatoren dieses Antrags, lediglich festgestellt, daß wir davon ausgehen, daß er in der Intention die breite Zustimmung des Parteitages findet. Sie ha-

ben ja die Ausführungen des Parteivorsitzenden, den Generalsekretärs und auch von Herrn Kollegen Dr. Dregger mit großem Beifall bedacht.

Nur, wer den Mund spitzt, soll auch pfeifen. Und das Pfeifen eines Parteitages ist eben eine Beschlußfassung über das Vorgetragene. In diesem Sinne haben wir unseren Antrag gestellt.

Was die Antragskommission dazu vorgebracht hat, ist in der Sache und weitgehend auch im Text gleich. Den Absatz 5 unseres Antrages finden Sie in der Vorlage der Antragskommission dort wieder, wo von den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Pflichten des Vorfassungsschutzes die Rede ist. Es besteht also Inhaltsgleichheit zwischen dem Vorschlag der Antragskommission und unserem Antrag. Insofern treten auch wir der Vorlage der Antragskommission bei.

Daß es sinnvoll ist, in dieser Sache einen abgrenzenden Beschluß zu fassen, zeigt eine Meldung von Radio Prag, die während dieses Parteitages gekommen ist. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

"Doch der wirkliche Grund dafür, daß der Radikalenerlaß endlich ins Wanken gekommen ist, ist die seit Jahren anhaltende Protestbewegung, die nicht nur Kommunisten und Parteilose, sondern auch viele Sozialdemokraten erfaßt hatte und die bis tief in die Reihen der regierenden SPD zu wirken begann. Auch die internationale Solidaritätsbewegung hat dabei mitgespielt. Der erwähnte Beschluß des SPD-Vorstands ist zwar nur eine Milderung des ursprünglichen Radikalenerlasses, der sowieso noch ein langer Weg zur Realisierung bevorsteht, doch stellt er einen wichtigen Erfolg der fortschrittlichen Massenprotestbewegungen dar."

Meine Damen und Herren, so, wie man sich den Erfolg der angeblichen Massenprotestbewegungen in Prag denkt, werden wir ihn nicht zulassen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Hauser, wir danken für den erläuternden Vortrag.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Soweit ich sehe, keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich übergebe das Mikrophon dem Herrn Tagungspräsidenten.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich Punkt 16 der Tagesordnung aufrufe, besteht aller Anlaß für ein paar kurze Worte des Dankes.

Zunächst habe ich den Delegierten dieses Parteitages zu danken, die in bemerkenswerter Vollzähligkeit, mit Konzentration und großer Disziplin über drei Tage an den Sitzungen dieses Parteitages teilgenommen haben. Für das Tagungspräsidium war es bei dieser Fairneß und Disziplin fast ein Vergnügen, diesen Parteitag zu leiten. Das Tagungspräsidium bedankt sich bei Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank ist während dieser Tage auch gelacht worden. Eine Partei, die nicht mehr lachen kann, hat sich bereits abgemeldet.

(Beifall)

Ich möchte namens des Parteitages noch einmal der Stadt Ludwigshafen für die Gastfreundschaft danken, den Mitarbeitern des Verkehrsvereins, dem Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Halle, Herrn Dickbertel, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung während dieser Tage.

(Beifall)

Wir danken den Helferinnen und Helfern des Malteser-Hilfdienstes,

(Beifall)

den Beamten der Polizei unter ihrem Einsatzleiter, Kriminaloberdirektor Weber.

(Beifall)

- Meine Damen und Herren, Herr Weber ist nur Kriminaldirektor; ich muß hier vorsichtig sein, damit aus meiner soeben gemachten Bemerkung kein Beförderungsanspruch abgeleitet wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich danke der Feuerwehr.

(Beifall)

Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der CDU und der Jungen Union Ludwigshafen sowie der benachbarten Kreisverbände,

(Beifall)

die mit großem Engagement als Ordner und Hilfskräfte in diesen Tagen tätig waren:

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle für ihre Arbeit bei der Vorbereitung dieses Parteitages.

(Beifall)

Mein Dank gilt allen Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wir haben die Hitze der Lampen in der Hoffnung auf eine faire Berichterstattung gern in Kauf genommen.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf.

Das Wort hat Helmut Kohl.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):  
Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Dies waren wichtige Tage auf diesem Parteitag in Ludwigshafen.

Sie verstehen, wenn auch ich vorab ein sehr herzliches Wort des Dankes sage an diejenigen, die besonders zum Gelingen dieser Tage beigetragen haben: an unser Parteipräsidium, allen voran Bernd Vogel, der diesem Parteitag so großartig präsiert hat.

(Beifall)

Ich will herzlich danken den Mitarbeitern im Adenauer-Haus in Bonn, in unserer Zentrale, die in vielfältiger Weise, sei es im Bereich der Antragskommission und der Vorbereitung der Texte, sei es beim organisatorischen Ablauf und in der Durchführung dieses Parteitages, zum Teil rund um die Uhr gearbeitet und Großartiges geleistet haben, um unsere Partei gut darzustellen.

(Beifall)

Ganz herzlich will ich Heiner Heißler danken.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Aus Erfahrung weiß ich, daß Parteivorsitzender der CDU zu sein, ein eigenes Ding ist. Aber das gilt auch für den Generalsekretär, meine Damen und Herren. Ich kann nur sagen: Ich bin stolz darauf, daß wir mit Heiner Geißler einen Generalsekretär haben, dessen Mut, Entschlossenheit und große geistige Überlegenheit gerade in diesen Tagen wieder deutlich gemacht haben: Er steht in der großen Tradition der Generalsekretäre der CDU Deutschlands.

(Erneuter anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, wenn man im Fernsehen immer solche Bilder sieht, kann nichts mehr schiefgehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will vor allem Ihnen, den Delegierten, sehr herzlich danken. Über 18 Stunden haben wir miteinander diskutiert. Knapp vor 24 Uhr waren am gestrigen Abend immer noch weit über zwei Drittel der stimmberechtigten Delegierten im Saal. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat gestern Abend mit Wehmut an seine Erfahrungen in einem anderen Saal gedacht.

(Heiterkeit und Beifall)

Dies ist aber nicht nur eine Frage der körperlichen Präsenz, wie es manch einer meint, der ohnedies glaubt, daß zwei Quadratkilometer um das Bundeshaus die Bundesrepublik Deutschland sei. Nein, meine Freunde, wenn man dabei ist, wenn man miteinander hilft, wenn man den Rednern Applaus und damit menschlichen Zuspruch vermittelt, dann stärkt das unsere Sache. Sorgen Sie in den Kreisverbänden dafür, daß die Abgeordneten, die wir in die Landtage, in die Kommunalparlamente und in den Bundestag entsenden, begreifen, daß Präsenz eine wichtige Sache ist.

(Stürmischer Beifall)

Wir hatten hier eine offene und faire Diskussion. Es ist miteinander gerungen worden. Das ist das Wesen einer Volkspartei. Meine Freunde, wer in diese Partei eintritt, gibt seine Persönlichkeit, seine Identität, seine eigene Überzeugung nicht an der Garderobe des Parteivorstandes ab. Er bleibt der, der er ist. So wollen wir ihn haben. Wir wollen viele Kräfte in dieser großen Volkspartei miteinander vereinigen, zusammenbringen und voneinander lernen.

Es ist doch eine der Gefahren der jetzigen Entwicklung der deutschen Politik, daß eine Polarisierung eintritt und die Bereitschaft, voneinander zu lernen, immer weiter verlorengeht. Wir werden wieder an die Regierung kommen, wenn auch

die Bürger begreifen: Wir, die CDU Deutschlands, sind lernfähig.

(Beifall)

Es gab doch nirgendwo die uns in den Vorausberichten attestierten Flügelkämpfe. Ich habe immer wieder geschaut: Wo sind die Flügel?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns dieses kostbare Gut hüten. Wer wie ich - oder viele hier im Saal - seit Jahrzehnten Parteitage besucht, wer die Partei in Jahrzehnten in seinem eigenen Leben und Lebensweg mit begleitet hat, weiß, was für eine wichtige Sache es ist, daß wir heute keine Flügelkämpfe in der alten, abgegriffenen Form mehr haben.

(Beifall)

Ich frage Sie: Welche deutsche Partei außer der CDU könnte es wagen, ein solches Grundsatzprogramm über Jahre in allen Organisationsstufen der Partei zu erörtern und in eineinhalb Tagen ernster, aber auch entschlossener Beratung zu solchen Abstimmungsergebnissen zu kommen? Warum machen wir nicht von diesen Punkten draußen mehr Aufhebungs? Die Sozialdemokraten werden doch nur noch vom blanken Machtwillen an der Macht und in der gemeinsamen Partei gehalten. Sie sind doch längst nur noch viele verschiedene Gruppierungen, die fast nichts mehr miteinander zu tun haben.

(Sehr lebhafter Beifall)

Meine Freunde, was die FDP betrifft, so fällt mir fast nichts mehr dazu ein.

(Beifall)

In der geistigen Auseinandersetzung kann ich mich an keinen Beitrag der FDP mehr erinnern. Das muß dann schon eine geheime Parteisache sein. Die Herren haben aber auch keine Zeit mehr dazu; denn bis sie alle Koalitionsgespräche absolviert haben, ist der Tag herum; das ist ja ein Stück der Erfahrung.

(Beifall)

Nein, dieses Programm und die Art, wie es zustande kam, geben uns eine großartige Chance, deutlich zu machen: Dies ist unser Standort - ohne Wenn und Aber.

Aber noch ein Wort zu jenen kläglichen Propheten, die sich vor dem Parteitag geäußert haben, auch in die Partei hinein. Mancher war wie so oft, wenn ein Artikel von einem Reputierten geschrieben wird, bereit, es zu glauben, wenn uns solche Propheten einreden wollten: Beschäftigung mit Grundsätzen und Grundwerten sei nicht mehr zeitgemäß, es gehe doch um die Macht. Natürlich geht es um die Macht, aber nicht um der Macht willen, sondern um eine bessere, eine menschenwürdigere Politik, unsere Politik einzuleiten. Das hat nicht bloß mit dem Anspruch zu tun. Dieser Anspruch muß in sich selbst begründet werden.

Eine große demokratische Volkspartei lebt vom Prinzip der Freiwilligkeit. Unsere Freunde kommen freiwillig zu uns. Sie leisten den Dienst in der Partei ohne Wenn und Aber. Sie bekommen nichts dafür. Es sind ihre Ideale, ihre Überzeugungen, die sie zu uns bringen. Diese Freunde, die Basis, haben einen Anspruch darauf, zu wissen, wie der Kompaß steht, wohin die Reise geht.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen dafür, daß dies hier so gut

möglich war, daß sich gezeigt hat, daß für uns Grundsätze und Grundwerte im Jahre 1978 genauso wichtig sind, wie sie es den Gründern der Union 1945/46, in jener "Stunde Null" der Geschichte unseres Volkes, waren.

Meine Freunde, wir haben hier in Ludwigshafen formuliert, was uns in unserem Innersten als politisch verantwortliche Menschen und Bürger bewegt: unser christliches Verständnis vom Menschen, das allein in der Lage ist, den Materialismus jeglicher Art und in jedem Gewand zu überwinden. Es waren doch moralische Kräfte, die aus dieser christlichen Überzeugung kamen und nach dem Krieg unsere Partei überhaupt erst ermöglicht haben.

Es ist eine wichtige Aufgabe - ich sage Ihnen: Sie ist wichtiger als vieles Bedeutsame aus der Tagespolitik -, daß wir diesen moralischen Anruf jener Zeit in der Stafette aufnehmen und an die Jungen von heute weitergeben

an eine andere Generation, die von jenen Tagen nichts mehr weiß und auch nichts wissen kann, und der es niemand vorwerfen kann, daß sie jene Tage nicht mehr selbst erfahren hat - die aber bereit ist, dieses großartige Erbe im gleichen Geiste in die Zukunft zu tragen, jene geistigen und moralischen Grundlagen, auf denen wir immer standen. Wir dürfen auf dieses unser Grundsatprogramm, die geistige Kraft und die Lebendigkeit unserer Partei stolz sein.

Meine lieben Freunde, es gibt keine Partei in Deutschland, die sich selbst schon in ihrer Namensgebung einen so hohen Anspruch stellt wie wir. Dies ist eine Selbstverpflichtung. Wenn wir sagen, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit seien Grundlage und Auftrag unseres Handelns - dies sei Politik aus dem Geiste christlicher Verantwortung -, so ist dies genau jene Position, die unsere Vorgänger uns übergeben haben, die wir zu unserer Zeit und in unserer Generation mehrnen wollen. Sie merken es in den Wahlkämpfen - ich habe es jetzt wieder in weit über 40 großen Kundgebungen in Hessen und in Bayern gespürt -, daß sich immer mehr Bürger bei aller tagespolitischen Notwendigkeit darüber im klaren sind, daß materieller Wohlstand allein die Menschen nicht zufriedenstellt, daß Wohlstand die Fragen der Bürger nach dem Sinn des Lebens, nach den gemeinsamen Werten, nach den Zielen unserer Gemeinschaft nicht verstummen läßt. Meine Freunde, wenn es uns nicht gelingt, um der Demokratie willen, um des freiheitlichen Staates willen diesen elementaren Hunger nach der Sinngebung zu stillen und unseren Beitrag dazu zu leisten, wenn die Politik nicht wieder Werte und Perspektiven vermittelt, dann gerät unser Staat, dann gerät diese großartige deutsche Republik in jene Zone, in der der Verlust des Vertrauens zwischen Bürger und Staat die Grundlagen des Staates auf Dauer gefährdet.

Das Programm ist jetzt beschlossen. Damit ist es aber nicht getan. Wir müssen von hier nach Hause in die Kreisverbände, in die Kommunalpolitik, in die Landes- und die Bundespolitik gehen und das Programm umsetzen. Jede dieser Politiken ist gleich wichtig. Für uns gibt es keine sogenannte "große Politik" auf dem Felde der Außenpolitik und keine "kleine Politik" im Rathaus. Die Politik auf allen drei Ebenen ist gleichermaßen wichtig.

( Lebhafter Beifall )

Wir dürfen nicht nur von Glaubwürdigkeit sprechen, sondern müssen Glaubwürdigkeit in der Politik jeden Tag einfach beweisen. Meine Freunde, wir können hier nicht Beschlüsse über Familien-

politik fassen und zu Hause in der Rathausfraktion nicht darüber nachdenken, welche Konsequenzen sie beinhalten.

( Beifall )

Solche Beschlüsse bedeuten neue Prioritäten auch im Haushalt der einzelnen Gemeinde.

( Beifall )

Sie bedeuten Prioritäten in den Landeshaushalten bis hinein in die Schulpolitik. Dies ist eben nicht nur eine Frage der materiellen Zuwendungen, sondern auch eine Frage nach dem geistigen Standort und danach, was für eine Vorstellung wir von Schulpolitik haben. Für die Schulpolitik tragen wir in der Mehrheit der Bundesländer die Verantwortung. Es ist Zeit, daß wir hier neue Daten setzen, damit die Bürger von unserer Politik überzeugt sind.

( Beifall )

Wir haben in diesen Tagen viel von Solidarität gesprochen. Das ist gut so. Solidarisch verhält sich aber nicht jener, der nur über seine eigenen Sorgen, seine eigenen Wünsche, seine eigenen Nöte nachdenkt. Wir haben gestern über Nächstenliebe diskutiert. Dies ist ein ganz und gar politisches Wort. Wer sich christlicher Demokrat nennt, muß sich auch diesem großen Anspruch stellen. Wir sind verantwortlich für den Nächsten, für die Minderheiten, die Gruppen, die keine Sprecher haben, wie es in der Mannheimer Erklärung heißt - aber doch nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem draußen in der Welt. Karl Carstens hat hier zu Recht das Thema Menschenrechte angesprochen. Wir werden als Demokraten nicht glaubwürdig sein - nicht hier im Lande, nicht vor den Jungen, nicht vor den Menschen in der Welt -, wenn Menschenrechte nur ein Stück taktisches Kalkül der Politik bleiben.

( Anhaltender Beifall )

Es ist gut, die Einhaltung der Schlußakte von Helsinki einzufordern. Es ist sehr gut, die Menschenrechtskonvention zu zitieren. Für die Bürger bleibt dies aber blaß. Sie wollen Gesichter sehen. Das Gesicht des Nico Hübner ist ein Beispiel dafür, wenn wir von Menschenrechten sprechen.

( Anhaltender lebhafter Beifall )

Denken wir an die verhärmten Gesichter - tränenüberströmt - der Frauen und Mütter von Bürgerrechtskämpfern, die in Geheimprozessen abgeurteilt werden, in psychiatrische Kliniken gebracht werden, oder an jenes furchtbare Greuel, das in diesen Tagen aus blankem Fanatismus und hegemonialem Streben im Libanon entstanden ist.

( Beifall )

Meine Damen und Herren, es ist zutiefst christlich verantwortete Politik, wenn man hier nicht zunächst nach der Opportunität, sondern nach dem Prinzip und der Bereitschaft des Helfens fragt. Deswegen sei hier klar gesagt: Wir, die CDU Deutschland, sind gegen jede Diktatur, gegen jede Form der Unterwerfung von Menschen. Ob dies Faschisten oder Kommunisten tun, es ist im Ergebnis das gleiche: Die Menschen in ihrer Würde bleiben auf der Strecke.

( Beifall )

Meine Freunde, lassen Sie uns das kraftvoll nach draußen sagen, gerade in der Diskussion in einem geteilten Land, in dem Frieden ein so köstliches Gut ist: daß die Menschen hier verängstigt werden, daß ein lautes Wort der Solidarität zu Leidenden in der Welt vielleicht den eigenen Frieden gefährden könnte. Es wäre ein schöner Frieden, wenn wir uns darauf einließen.

Wer die Politik der Menschenrechte als entspannungsfeindlich diffamiert und von den Verhandlungstischen der Regierungen verbannen will, entzieht doch gerade den jungen Bürgern das demokratische Selbstbewußtsein, das Wissen um die Überlegenheit des Geistes der Freiheit über die Unfreiheit und über das Unrecht jeglicher Diktatur. Noch ein klares Wort zum Ende dieses Parteitages: Helmut Schmidt und seine Genossen haben das wichtige Gut der Sehnsucht der Menschen nach Frieden aus purem Machtrausch ins parteiische Gerede gebracht. Meine Freunde, wer wie die deutschen Sozialdemokraten unter der Anführung von Helmut Schmidt, von Willy Brandt, von Herbert Wehner und Egon Bahr das Wort des Friedens, die Sehnsucht der Bürger nach Frieden zu einer parteiischen Sache macht, der versündigt sich an der demokratisch-freiheitlichen Zukunft unseres Landes.

( Lebhafter Beifall )

Wer für sich einen Monopolanspruch auf Friedenspolitik erhebt, übt Verrat am Frieden. Wir müssen unseren Bürgern sagen - überall dort, wo wir Bürger im Gespräch treffen -: Wir müssen die Sozialisten stellen; es ist unerträglich, daß die Deutschen, die schon die geschichtliche Last der Teilung ihres Vaterlandes ertragen müssen, jetzt noch auf Grund purer Machtgier der gegenwärtig Regierenden eine neue Teilung ertragen sollen!

( Lebhafter Beifall )

Wir brauchen in den Grundfragen unserer Nation, unseres Volkes nicht neue Gräben, sondern mehr Gemeinsamkeit und Vernunft und Verständnis, um die Ziele der nationalen Politik Deutschlands gemeinsam erreichen zu können.

(Beifall)

Meine Freunde, ich sage dies hier nicht deshalb so leidenschaftlich, weil wir als Partei uns durch diese Angriffe getroffen fühlten. Schauen Sie die Bilder hier an der Wand des Saales an. Blicken Sie eine Sekunde zurück über die Geschichte unserer Partei in diesen 30 Jahren: Wir haben längst vor Willy Brandt Friedenspolitik für Deutschland gemacht. Wir haben auf ihn nicht warten müssen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Sie sind nach Ludwigshafen, meiner Heimatstadt, gekommen. Diese Stadt nennt sich gern das "Tor zur Pfalz". Es gibt kaum eine zweite Landschaft in Deutschland, die unter der Last nationalstaatlicher, chauvinistischer Politik in den letzten Jahrhunderten so gelitten hat. Ob Sie nach Speyer in den Dom gehen, ob Sie über den Rhein nach Heidelberg gehen, ob Sie die Geschichte Mannheims betrachten, Sie werden die Zeugen einer Serie von Zerstörungen finden. Das war der bittere Preis, den die Menschen immer wieder bezahlen mußten. Daß es heute möglich ist, von hier aufzubrechen und in knapp 40 Minuten über die Grenze ins Elsaß hinüberzufahren und dann in Frankreich, mitten in Europa zu sein, ist doch die großartige Leistung der Christ-



lichen Demokraten in Europa in diesen 30 Jahren.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, wir dürfen nicht nur sagen: Wir haben Glück gehabt. Die wenigsten von uns haben einen persönlichen Beitrag dazu geleistet, daß sie jetzt auf der Sonnenseite der deutschen Geschichte leben und arbeiten dürfen.

Auf diesem Parteitag, auf dem wir über die Grundwerte und Sinngebung der Politik reden, müssen wir über die eine deutsche Nation, über die Teilung unseres Vaterlandes reden. Meine Damen und Herren, wir dürfen darüber aber nicht nur reden, das feierlich beschwören, es dann nach Hause tragen und sagen: Jetzt haben wir es getan. Wir haben vielmehr als Partei die Pflicht - jeder einzelne von uns - unseren ganz persönlichen Beitrag zu leisten. Wir können auf diesem Felde mehr leisten als wir in der Vergangenheit vielleicht - oft genug aus Mangel an Einsicht - geleistet haben.

Über 30 Jahre währt jetzt schon diese Trennung. Mauer und Stacheldraht haben - ob wir es zugeben wollen oder nicht - auch manches für das Zurückgehen der Kenntnis voneinander bewirkt. Wir müssen vor allem sehen, daß es auf dieser Durststrecke, die uns die Geschichte auferlegt hat, das allerwichtigste ist, daß wir uns den köstlichen Schatz unserer gemeinsamen Geschichte bewahren - in diesem Teil Deutschlands und im anderen Teil Deutschlands.

(Beifall)

Deswegen, meine Freunde, müssen wir entschieden gegen die sozialistische Schulpolitik in der Bundesrepublik angehen. Deshalb müssen wir alles tun, damit die falschen Propheten der Geschichtslosigkeit in den sozialdemokratisch regierten Ländern aus den Kultusministerien davongejagt werden.

(Beifall)

Aber wir müssen uns selbst auch fragen, wenn wir redlich sein wollen: Haben wir eigentlich genug getan?

(Vereinzelter Beifall)

Wie sieht es in den Schulbüchern aus, die in den von unsgeführten Ländern ausgegeben werden?

(Vereinzelter Beifall)

Ich weiß, da gibt es kluge Argumente, wirtschaftliche Argumente, die die Verlage nicht ohne Grund vortragen. Da gibt es die Argumente der Gemeinsamkeit. Aber, meine Damen und Herren: Mit geschichtslosen Gesellen gibt es keine Gemeinsamkeit!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Hier brauchen wir doch das Urteil unserer Bürger nicht zu fürchten. Es waren doch vor allem die Väter und die Mütter, die in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen beim Volksbegehren aufstanden. Da ging es doch für die allermeisten nicht nur um die blanke Form der Schule - darum ging es auch -, sondern es ging um die Inhalte. Das ist es doch, was die Menschen zutiefst erregt.

(Beifall)

Demokratie als streitige Auseinandersetzung - gut, dann setzen wir uns über die Schulbücher streitig auseinander. Wenn die

Sozialisten es zulassen, daß in den Ländern, in denen sie die Verantwortung tragen, den Eltern und den Kindern Schulbücher zugemutet werden, die diesen Ansprüchen nicht mehr entsprechen, dann lassen Sie uns das austragen. Das ist ein Feld, wo wirklich streitbare Demokratie erlebt werden kann.

(Beifall)

Lassen Sie es uns auch dort, wo wir es vertreten, gestalten und verantworten können, mit den Symbolen unseres demokratischen Staates wieder so halten, wie es sich ganz selbstverständlich gehört. Ich sage das deswegen, weil ich immer wieder – auch im Wahlkampf – die Erfahrung gemacht habe, daß auch etwa unser Verhältnis zur Nationalhymne kein Verhältnis ist, wie es in allen Ländern der Welt normal ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Patriotismus, Vaterlandsliebe sind doch nicht in den Feuersbrünsten des Zweiten Weltkrieges untergegangen. Natürlich sind wir Christliche Demokraten, wir sind deutsche Demokraten, und wir sind deutsche Patrioten, die aufbrechen in das größere Europa.

(Lebhafter Beifall)

Dann gehen Sie bitte jetzt nach Hause und sprechen Sie im Kreisvorstand darüber, ob in den Schulen Ihres Kreises oder Ihrer Stadt die Nationalhymne gelehrt wird. Mobilisieren Sie die Väter und die Mütter, und machen Sie daraus eine große Bewegung, in der die Menschen wieder sehen: Auch das Symbolische gehört zur Politik und ihrem Verständnis, damit die Bürger ihr Vaterland in ihrem Herzen aufnehmen. Dazu gehört auch, daß wir mit der Nationalhymne umgehen können. Ich sage das gerne im Beisein von Sepp Taus, weil es mich beeindruckt hat, daß das neue katholische Gesangbuch für die deutschsprachige Diözesen Europas, das jetzt herausgegeben wurde, im Anhang unter der Überschrift "Für das Vaterland" in Österreich die österreichische Nationalhymne enthält.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das sind keine Leute, die ausziehen, um am Chauvinismus die Welt zugrunde gehen zu lassen.

Ich kann nur sagen, daß ich es beschämend für uns finde, daß wir überhaupt darüber reden müssen, daß wir wieder zum Normalen, zum Selbstverständlichen, zurückfinden.

Aber sage bitte niemand: "Du, Kultusminister, mußt ...", sondern sage jeder: "Ich als Mitglied der Partei, als Vater oder als Mutter von schulpflichtigen Kindern w i l l , daß dies bei uns endlich wieder vernünftigt gestaltet wird".

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir, die Deutschen, sind, wenn wir von Nation sprechen, in diesen 100 Jahren einen weiten Weg gewandert.

Es gehört zu den großartigen Erfahrungen meiner Generation, die das Ende der Nazizeit als Kinder erlebt hat, daß für uns heute, für unsere Freunde aus der Jungen Union, Nation und Demokratie, Nation und Freiheit, Nation und Menschenwürde ganz selbstverständlich zusammengehören, ja beinahe synonym sind.

Gerade weil dies so ist, dürfen wir bei all dem, was wir tun – ohne, daß wir dauernd dazu Beschlüsse fassen müssen –, nicht

vergessen, was für uns als Bürger des freien Deutschland unsere Pflicht für unsere Landsleute im andern Teil Deutschlands, in der DDR, ist. Sie brauchen unsere Solidarität nicht nur in festlichen Beschlüssen, am 17. Juni, in den Reden auf Parteitagen - nein, im Alltag, wenn es darum geht, hier ein Stück mehr Gemeinsamkeit zu praktizieren, wenn es darum geht, wie wir in jenen Städten und Gemeinden, in denen wir die Verantwortung tragen, die Rentner aufnehmen, was wir ihnen für Chancen bieten, uns kennenzulernen, den Weg, den unsere Republik in diesen 30 Jahren gegangen ist; wenn es darum geht, im Konkreten nicht nur über die Menschenrechte in fernen Kontinenten - ich bin dafür, das zu tun - zu sprechen, sondern ganz natürlich zu sagen: das allernächste ist der Deutsche mitten in Deutschland, dem die Menschenrechte vorenthalten bleiben.

(Beifall)

Und, meine Freunde, auch da verrauscht der Pathos, kommt die Frage: Was tust du, was tu ich? Können wir mehr tun? Ich muß hier voller Dankbarkeit bekennen, daß die Partei meinem Aufruf auf dem Düsseldorfer Parteitag, möglichst zahlreich den anderen Teil Deutschlands zu besuchen und aufzusuchen, - soweit es denjenigen möglich war, die es können - gefolgt ist. Es ist eine stolze Bilanz, daß mehr als die Hälfte des Bundesvorstandes der Partei - und ich bedanke mich bei den Freunden, die dies getan haben - in den letzten zwei Jahren drüben war. Ich würde mir wünschen, daß auch bald die Mehrheit der Bundestagsfraktion diesen Weg gehen würde. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß die Mehrheit unserer Landtagsfraktionen bereits solche Reisen unternommen hat.

Aber, meine Freunde, auch das nicht nur auf die Ansprüche an führende Politiker bezogen, sondern als persönliches Bedürfnis, als persönlicher Anruf verstanden: Lassen Sie uns doch auch dafür sorgen, daß die Chance, die für junge Leute besteht - für Berufsschulklassen, für Gymnasialklassen -, genutzt wird, damit sie endlich nicht nur die großartigen Städte des westlichen Auslandes kennenlernen, sondern auch in der Gruft von Weimar am Sarkophag von Goethe und Schiller standen, daß sie auf die Wartburg reisten, daß sie auch nach Buchenwald gehen, damit sie die ganze deutsche Geschichte in ihrem Auf und Ab an einem solchen Tag begreifen können.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe am Montag in meiner Eingangsrede gesagt - sie war aus gutem Grunde eine nachdenkliche Rede, denn wir sind ja hier nicht zu einer Wahlkampföffnung zusammengekommen, sondern zur Bestimmung eines geistigen Standortes; und ich bin dankbar, daß wir das gemeinsam in diesen Tagen tun konnten -: Wir können die Alternative der Freiheit nur bleiben, wenn wir die Schicksalfragen unseres Volkes aus der geistigen Kraft heraus gestalten, die aus unseren Grundsätzen kommt. Ich sage noch einmal: Wir müssen der Familie ihren zentralen Stellenwert in der Gesellschaftspolitik zurückgeben. Wir müssen der jungen Generation die Chancen für eine Zukunft eröffnen, die wieder ihr Engagement herausfordert. Wir müssen zwischen Bürger und Staat wieder ein Klima des Vertrauens, der Sicherheit und der Toleranz herstellen. Wir müssen die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft mobilisieren, um auch den

Problemen des Wachstums, der Energie und der Umwelt gerecht zu werden. Und wir müssen - ich beziehe mich auf das, was gerade die Freunde der Jungen Union in den Debatten sagten - über die Grenzen unseres Landes hinausblicken. Die Probleme der Nord-Süd-Politik fordern unser nationales und internationales Engagement.

Überhaupt finde ich: es ist ein schlechtes Zeichen für die deutsche politische Diskussion, daß wir - auch in der eigenen Partei - uns immer wieder und fast ausschließlich mit innenpolitischen Fragen beschäftigen, während die langfristigen Wirkungen der großen außenpolitischen Kräfteverschiebungen sozusagen auf dem Felde der Fachleute abgehandelt werden. Meine Damen und Herren, die beste Diskussion um notwendige Steuerreformen nützt uns überhaupt nichts, wenn wir nicht Freiheit und Sicherheit und Frieden gewährleisten können. Das setzt voraus, daß wir einen klaren außenpolitischen Kurs steuern.

(Beifall)

Meine Freunde, die Aufgaben sind klar: Wir haben eine Serie von Landtagswahlen: Rheinland-Pfalz, am gleichen Tage in Berlin, in Schleswig-Holstein, im Herbst nächsten Jahres in Bremen, Anfang Mai 1980 in einer Art von vorgezogener "kleiner Bundestagswahl" in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, an der Saar, im Herbst 1980 die Bundestagswahl. Hinzu kommt die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni nächsten Jahres. Wir haben genug Gelegenheit, nicht nur zu meditieren, ob wir drankommen, sondern zu kämpfen, daß wir mit Sicherheit dann dran sein werden; das ist die Voraussetzung, die wir brauchen.

(Beifall)

Wir haben die Kraft, die geistigen Möglichkeiten, die Solidarität, um die geistig-politische Führung unseres Landes zu übernehmen. Das wird dann sein, wenn die große Mehrheit unserer Mitbürger ganz einfach spürt - ohne Wahlkampf, ohne Kampagne -, daß wir in der Lage sind, die geistigen und die psychologischen und materiellen Kräfte unseres Landes zu mobilisieren; wenn die Bürger spüren - die alten wie die jungen in allen beruflichen Gruppierungen -, daß unsere Politik Orientierung, Zuversicht und Zukunftschance bietet.

So, finde ich, wollen wir aufbrechen, gemeinsam mit Bernd Vogel und Richard von Weizsäcker beim nächsten Termin in Rheinland-Pfalz und in Berlin. So wollen wir aufbrechen mit Gerhard Stoltenberg beim nächsten Termin, am 29. April, in Schleswig-Holstein.

Wenn Sie dann in den Zeitungen gefälschte Demoskopien und Desorientierungen unserer Gegner lesen - das ist das einzige, wo sie wirklich zur Meisterschaft gekommen sind -:

(Beifall)

Die CDU werde es schwierig haben, es werde schwer sein bei diesen Wahlen, dann kann ich nur sagen, meine Freunde, das wissen wir selber; diesen Leitartikel brauchen Sie nicht zu lesen.

Vor allem aber wissen wir, daß wir es überall schaffen können, wenn wir zueinander stehen, wenn wir uns untereinander helfen und wenn wir vor allem ein klares Visier nach vorne haben und wenn wir wissen: uns kann überhaupt nichts aufhalten, dieses Machtkartell von SPD und FDP geht seinem Ende zu, es sei denn,

wir wollten diesen Zerfallsprozeß hemmen. Und wir wollen dies überhaupt nicht!

(Beifall)

Für diesen Weg brauchen wir Mut, brauchen wir Geduld. Konrad Adenauer hat immer bestritten, daß dies eine Tugend unserer Partei sei. Widerlegen wir Konrad Adenauer. Wir brauchen Sachverstand, und wir müssen vor allem hart arbeiten.

Aber noch ein Wort auch zur Form. Lassen Sie uns das doch mit einem fröhlichen Gesicht tun. Meine Freunde, ich muß doch hier nicht in eine Parteitagserklärung hineinschreiben: "Und etwas Fröhlichkeit darf auch dabei sein". Das muß jener Mann tun, der gar nicht weiß, was Fröhlichkeit ist.

(Beifall)

Die Darstellung unserer Politik, der Stil ist sehr wichtig. Die Bürger wollen Parteien wählen, die ernsthaft sind, die glaubwürdig sind. Aber sie wollen vor allem auch Parteien wählen, denen der Begriff Verbissenheit völlig fremd ist.

( Beifall )

Wir wollen aus unserer Geschichte und Tradition heraus ohne jede Verbissenheit ganz offen und auch - im besten Sinne des Wortes - fröhlich unsere Arbeit tun. Das scheint mir eine Voraussetzung für unseren Sieg zu sein.

( Lebhafter Beifall )

Meine Freunde, lassen Sie uns in diesem Sinne hier von Ludwigs-hafen scheiden, nach Hause zurückkehren in die Bundesländer unserer Bundesrepublik, in die Kreisverbände und Ortsverbände unserer Partei in der Überzeugung, daß unsere Mitbürger sich für unsere Politik und unsere Partei entscheiden, weil wir in der Sache überzeugend sind, weil wir in den Personen glaubwürdig sind, weil wir Mut machen und Hoffnung geben. Dazu brauchen wir unseren gemeinsamen Dienst, die harte Arbeit. Dazu brauche ich ganz persönlich Ihre Hilfe und Unterstützung, und darum bitte ich Sie.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -  
Die Delegierten erheben sich.)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, Ihr Beifall war der Dank an Helmut Kohl. Diesem Dank werden jetzt keine Worte folgen, sondern unsere Tat. Wir gehen hinaus, und wir versprechen Arbeit, Einsatz, aber auch Geschlossenheit und Solidarität.

( Beifall )

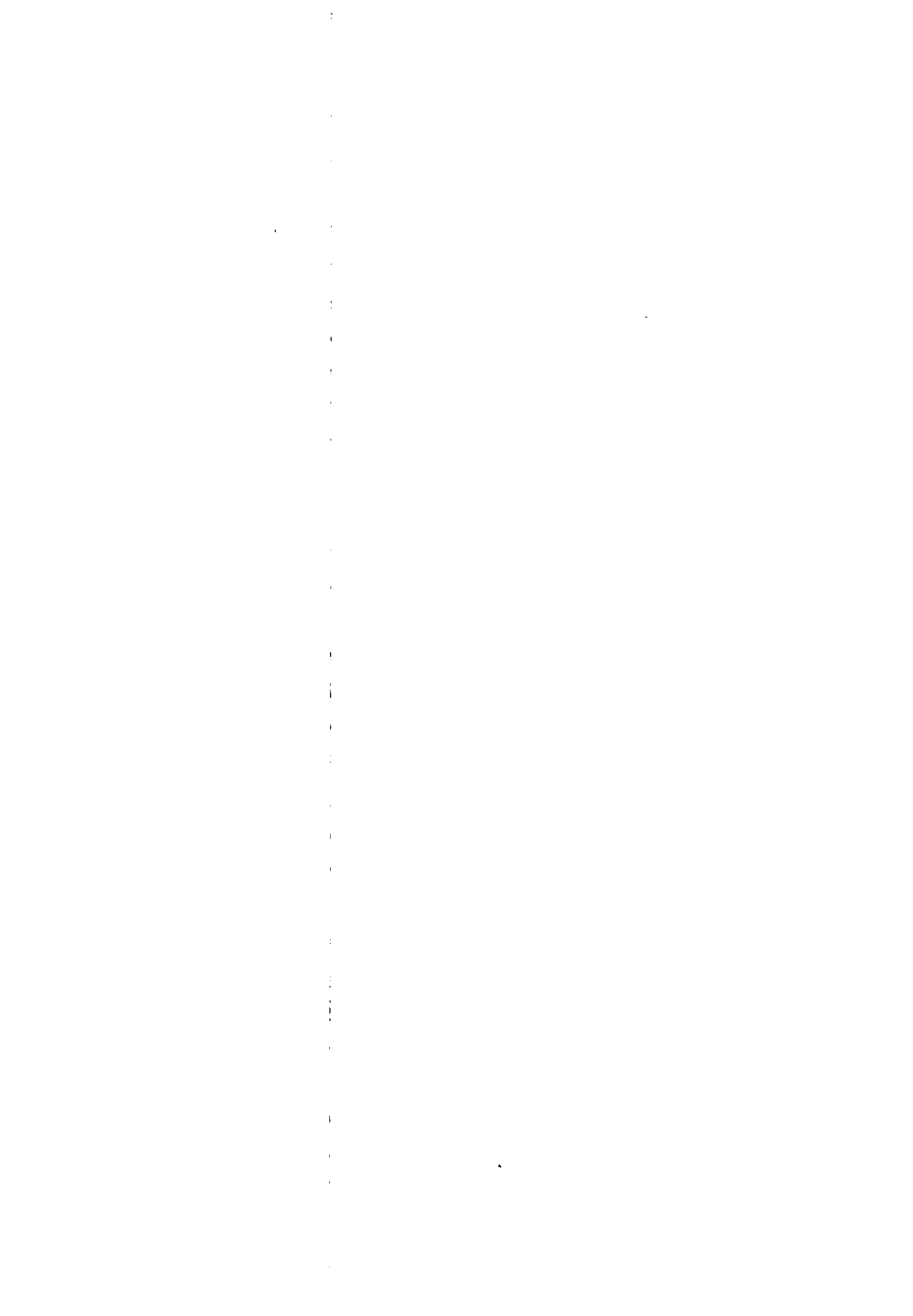
Wer siegen will, braucht Kampfbereitschaft. Helmut Kohl hat sie uns gegeben. Wer siegen will, braucht Zuversicht. Dieser Parteitag hat sie uns gegeben. Wer siegen will, braucht Überzeugungskraft. Unser Grundsatzprogramm ist dafür die Grundlage.

Der 26. Parteitag der Christlich Demokratischen Union schließt mit dem Lied der Deutschen, das wir gemeinsam singen wollen.

( Die Anwesenden singen die dritte Strophe  
des Deutschlandliedes.)

Der Parteitag ist geschlossen.

( Schluß des Parteitages: 14.16 Uhr )



## N a m e n s v e r z e i c h n i s

Altewischer 130, 145, 299, 321  
Amaro da Costa 344  
Aretz 147, 211  
Arias-Solgado 110

Berghofer-Weichner 178  
Biedenkopf 78, 256, 265, 305, 353  
Bismarck, von 67, 208, 222  
Blüm 97, 136, 204, 248, 267  
Blumenfeld 102  
Brickwedde 61  
Brock 368  
Brok 90, 359  
Brunstein 104, 161, 226, 233, 284  
Buchkremer 280, 284  
Burghaus 226, 230 f.

Carstens 349  
Caspar 207  
Christians 192  
Crüwell 183

Doetz 321  
Doppmeier 103, 131  
Dregger 313

Elverfeldt, von 143, 151, 156, 210, 327

Filbinger 93  
Fischer 149  
Franz 285

Geißler 45, 98, 113, 267, 272  
Gerster 101, 150  
Gerstein 280  
Goehner 244, 290, 332  
Gradl 370, 373  
Gregull 122

Haerzschel 297  
Hamacher 201  
Hasinger 185, 235, 275  
Haßbach 340  
Hassel, von 366  
Hasselmann 221, 238, 338  
Hauser 307, 331, 379  
Hayhoe 105  
Heckelmann 85, 127, 160  
Heinzel 296  
Hieronymi 187  
Hoeltz 152  
Huck 74, 228, 242, 319  
Hürland 245  
Hupka 364

Jäger 363  
Janning 154, 163, 213 f., 334, 341  
Jung 77, 176, 192, 290, 328  
Jungen 236, 263

Katzer 64  
Kerssenbrock 263  
Kiel 198  
Kiep 75  
Klapheck 145, 160, 232, 340  
Klein 376  
Köppler 169  
Kohl 7, 24, 107, 203, 209, 246, 308, 325, 337, 381  
Kolb 214 f., 262  
Krüger 191, 318, 320  
Kügelgen, von 299  
Kühl 96  
Kuppe 88, 143, 327

Langes 196  
Langguth 105  
Laurien 157  
Lichtenberg 91  
Limbach 140, 324  
Loewis, von 146  
Lorenz 85  
Ludwig 15

Mallmann 134, 268  
Mann 57  
Martin 322  
Mathee 172  
Meier 212, 283  
Meyer 175  
Mertes 357  
Milde 269  
Moormann 292  
Müller, Adolf 255, 335  
Müller, Alfons 129, 259

Oesterlein 291  
Olderog 139  
Orgaß 213

Petermann 144, 224, 336  
Pflüger 149, 182 f., 227, 289, 342  
Piccoli 21  
Pieroth 82, 246, 252  
Pöttering 363  
Pohl 155  
Prosch 303



Reckers 197  
Reimers 127  
Richthofen, von 218  
Rödding 199  
Rosorius 186, 195, 310  
Rudolph-Heger 161, 223  
Rumor 43

Santo 243, 324  
Sauer 240  
Scharf 189  
Schapfel 246, 260, 334  
Schauerte 244, 265  
Scheuer 362  
Schlottmann 153, 174  
Schmitz 192  
Schmöle 216, 362  
Schulze-Olden 293  
Schwarz 142  
Schwarz-Schilling 165, 328  
Spaleck 241, 285, 301  
Stavenhagen 226  
Stoltenberg 69, 216  
Stommel 176  
Stratmann 221  
Streicher 369  
Stroetmann 131, 190, 282, 292, 295  
Stückrath 164

Taus 345  
Thoben 302  
Tremmel 277, 286

Ummen 262

Vogel 18  
Vogt 84, 158, 266  
Volmer 245

Waldburg-Zeill 175  
Weidner 273  
Weizsäcker, von 124  
Westphal 279  
Wex 59, 302  
Wiesmann 130, 133, 235  
Wilhelm 99  
Wisniewski 138, 144, 150  
Wissmann 64, 230, 271, 274, 375  
Wörner 371

Zimmermann-Stock 135

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

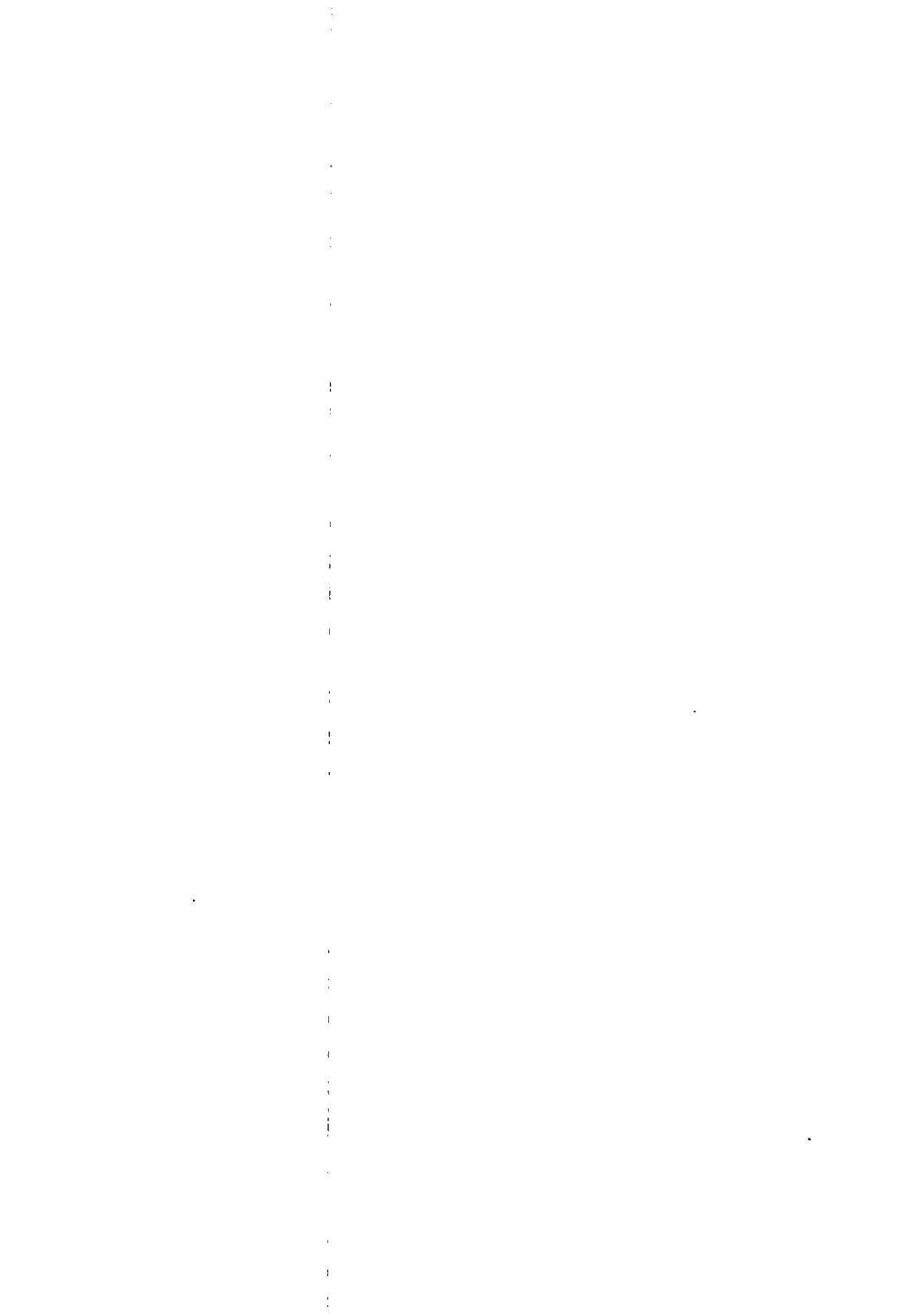
34

35

Anhang I

Grundsatzprogramm  
der Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands

Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag  
Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978



Präambel

1. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

2. Im Jahre 1945 hat die CDU einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Als Volkspartei ist sie die Antwort auf die Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Freiheit und Menschlichkeit sollen sich nicht wieder in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen verlieren. Konfessionelle Gegensätze sollen überwunden werden. Die CDU gibt dafür das Beispiel. Die Menschen in Deutschland haben verstanden, daß die Zeit der Klassenkämpfe und Gesinnungskriege vorbei ist. Sie sind dem Aufruf gefolgt, den geistigen und materiellen Wiederaufbau gemeinsam in Angriff zu nehmen.

3. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen im eigenen Land stellen uns ebenso wie die internationalen Beziehungen vor immer neue Herausforderungen. Unsere politische Aufgabe besteht darin, Bewährtes zu schützen und neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln, um den Wandel in Freiheit zu bewältigen.

4. Die CDU will unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden. Politisches Handeln zum Wohle des ganzen Volkes verlangt Führung und die Bereitschaft zum Kompromiß. Von jedem wird der Wille zur Solidarität gefordert, jeder hat aber auch Anspruch auf Toleranz für seine persönliche Überzeugung. Offenheit und Partnerschaft sind Merkmale der Volkspartei und Vorbild für das Zusammenleben aller im Staat

5. Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit dem Ver-

ständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

## I. Das Verständnis vom Menschen

6. Wir bekennen uns zur Würde des Menschen.

Würde und Leben des Menschen - auch des ungeborenen - sind unantastbar. Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen. Wir achten jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person.

7. Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen.

Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden. Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

8. Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen - vornehmlich in festen sozialen Lebensformen - angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht.

9. Mann und Frau sind gleichberechtigt und auf Partnerschaft angewiesen.

10. Unterschiede der Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden.

Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selbst verantworten. Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit.

Widerstand gilt daher denen, die ihre begrenzten Überzeugungen anderen aufzwingen wollen.

11. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.

## II. Grundwerte

12. Wir treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist unser Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich.

### Freiheit

13. Der Mensch ist frei. Als sittliches Wesen soll er vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln können. Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Freiheit umfaßt Recht und Pflicht. Es ist Aufgabe der Politik, dem Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern.

14. Um sich frei entfalten zu können, muß der Mensch lernen, in Gemeinschaft mit anderen zu leben.

Wer sich von jeder mitmenschlichen Verpflichtung lösen und von jedem Verzicht befreit sein möchte, macht sein Leben nicht frei, sondern arm und einsam. Es gibt Abhängigkeiten, die den Menschen erniedrigen. Aber es gibt auch Bindungen, in denen Freiheit sich erst entfaltet.

15. Recht, das die personale Würde des Menschen schützt, sichert Freiheit. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen in Freiheit.

16. Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. Aufgabe der Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen und die materiellen Bedingungen der Freiheit zu sichern. Die freie Entfaltung der Person wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Chancen und Güter. Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für eine

persönliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung.

17. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.

Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen.

18. Freiheit verwirklicht sich durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung im praktischen Leben.

Der Bürger soll Freiheit in der Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und verwirklichen. Er soll wählen und entscheiden, teilnehmen und mitverantworten können. Er darf weder in die Rolle des Bevormundeten gedrängt noch zum bloßen Empfänger staatlicher Leistungen erniedrigt werden. Er muß sich gegen technokratischen und bürokratischen Zugriff und gegen die Verführung durch Ideologien wehren können. Selbständiges Urteil und verantwortliche Mitarbeit schützen ihn davor, das Opfer eines totalitären oder kollektivistischen Systems zu werden. Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird.

Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen, und nur wer verantwortlich handelt, behält die Chance der Freiheit.

19. Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person, seine Würde und sein Recht hat der Mensch vor jeder Leistung. Aber eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist, unabhängig von ihrem ökonomischen Wert, eine wichtige Quelle seiner Lebenskraft. Für jeden im Rahmen seiner Möglichkeiten, auch für den Behinderten, ist Leistung ein unentbehrlicher Antrieb. Es gilt daher, persönlichen Leistungswillen und Initiative anzuerkennen und zu fördern.



20. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen, denn der freie Bürger und sein Gemeinwesen beugen sich nicht wehrlos der Unfreiheit. Wir bekennen uns zum Prinzip der wehrhaften Demokratie.

### Solidarität

21. Solidarität heißt füreinander dasein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.

22. Solidarität kennzeichnet die Wechselbeziehung zwischen der Gemeinschaft und dem einzelnen. Die Gemeinschaft steht für den einzelnen ein. Er hat Anspruch auf persönliche Zuwendung und Hilfe. Das ist sein Recht auf Solidarität. Der einzelne steht aber auch für die Gemeinschaft aller ein. Das ist seine solidarische Pflicht. Solidarität erfordert persönliche Leistung und gibt ihr den sozialen Sinn.

Die CDU bekennt sich zu dieser wechselseitigen Verantwortlichkeit, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus wie vom Kollektivismus.

23. Die soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Gemeinschaftlich werden die Risiken abgesichert, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Durch die soziale Sicherung werden keine widerruflichen Almosen und keine kostenlose Versorgung durch eine anonyme Kasse gewährt, sondern es wird für den einzelnen ein Recht auf Sicherheit und Geborgenheit begründet. Dafür trägt jeder mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, daß die Gemeinschaft aller für den einzelnen eintreten kann. Die soziale Sicherung hat befriedende und befreiende Wirkung. Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems der sozialen Sicherung.

24. Solidarität und Subsidiarität gehören zusammen. Der Staat soll dem Bürger eigene Initiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. Denn zur Solidarität gehört die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. In einer Zeit, die von Technik und materiellen

Leistungsmaßstäben geprägt ist, leiden immer mehr Bürger an einem Mangel menschlicher Gemeinschaft und Hilfe. Nur persönlich geleistete soziale Dienste helfen dieser Not ab. Der Wert sozialer Dienste ist für den Gebenden nicht geringer als für den Empfänger.

25 Gesellschaftliche Gruppen stützen sich auf die Solidarität ihrer Mitglieder, um gemeinsame Interessen wirkungsvoll vertreten zu können. Gruppensolidarität kann Chancen der Freiheit schaffen und offenhalten. Sie hat besonders dort ihre Berechtigung, wo der einzelne allein machtlos ist, um seine schutzwürdigen Belange zu sichern.

Solidarität verlangt mehr als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten. Solidarität verbindet nicht nur Interessengruppen in der Wahrnehmung ihrer berechtigten Anliegen, sondern greift über die widerstreitenden Interessen hinaus, verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und alle im Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen. Das Gebot der Solidarität wird erst dann erfüllt, wenn es auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern gilt. Sie ist gerade dort gefordert, wo sie besonders schwerfällt. Diese Aufgabe stellt sich im persönlichen Verhältnis zwischen Mitmenschen, in der Partnerschaft zwischen gegnerischen sozialen Kräften und in den Beziehungen der Völker zueinander, vor allem den weltweiten Entwicklungsaufgaben. Die Geschichte zeigt, daß auch zwischen Ungleichen Solidarität möglich ist. Sie zu verwirklichen, ist Aufgabe und Hoffnung der Menschen.

### Gerechtigkeit

26. Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde und Freiheit, ohne Rücksicht auf Macht, Leistung oder Versagen des einzelnen.

27. Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle, auch für die, denen geholfen werden muß, ihr Recht wahrzunehmen. Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. Recht macht Freiheit auch für den Schwächeren möglich.

28. Gerechtigkeit gibt jedem die gleiche Chance, sich frei zu entfalten und für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen.

Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedermann die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht. Dazu gehört zunächst ein gerechter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen. Chancengerechtigkeit bezieht sich aber auch auf die Eröffnung von Mitsprache und Mitverantwortung, auf die Nutzung lebenswichtiger Güter und auf den Erwerb persönlichen Eigentums.

Chancengerechtigkeit schließt den Versuch aus, die menschlichen Existenzen als solche gleichzumachen. Wer dies wollte, dürfte nicht Chancen versprechen, weil sie immer nur nach den unterschiedlichen persönlichen Anlagen des einzelnen genutzt werden können. Er müßte Gleichheit der Ergebnisse zusagen und damit von der Vorstellung ausgehen, als wäre der Mensch total verfügbar. Wer die Menschen gleichmachen will, leugnet ihr zur freien Selbstbestimmung geschaffenes verantwortliches Wesen.

29. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Gerechtigkeit schließt die Anerkennung persönlicher Anstrengung und Leistung ein. Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Lebensbedingungen durch eigenen Einsatz zu verbessern und zu gestalten. Seine Leistung muß mit der Aussicht auf eine lohnende Zukunft verbunden sein.

Gerade die Befähigung persönlicher Leistung aber erfordert eine gerechte Verteilung der erarbeiteten Güter, da die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen persönliche Leistung vollzogen wird, verschieden sind und Chancengerechtigkeit auch bei allem Bemühen nicht immer erzielt werden kann.

30. Gerechtigkeit gebietet, ausgleichende Maßnahmen zugunsten derer zu treffen, die sonst zurückbleiben würden. Hilfe ist vor allem für die Menschen bestimmt, welche nur unzureichend zur Selbsthilfe befähigt sind und ihre Belange nicht wirkungs-

voll öffentlich vertreten und durchsetzen können.

Hierzu gehören vor allem die Menschen, die nicht im Produktionsprozeß stehen und die ihre Belange nicht durch Gruppen oder Organisationen vertreten können. Es gilt, auch den Erfolglosen nicht fallen zu lassen und jedermann menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern, auch wenn er durch eigenes Verschulden zu seiner Bedürftigkeit beigetragen hat

31. Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar. Auch politisches Handeln im Staat stößt auf die Unzulänglichkeiten des Menschen und dessen Grenzen.

Aber auch wenn die Welt von Menschenhand nicht vollendbar ist, so ist dennoch Fortschritt möglich. Wir bekennen uns zur äußersten Anstrengung, um jedem Menschen seine Lebenschancen zu gewährleisten und darüberhinaus zu umfassenden Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit. Wir haben die Zuversicht, daß es sich lohnt, ständig an der Verbesserung der Verhältnisse zu arbeiten.

#### Grundwerte als Maßstab und Orientierung

32. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geben unserer Politik die Orientierung und sind Maßstäbe unseres politischen Handelns. Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, daß sie zusammen ihre Wirkung entfalten. Denn die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung

Die Grundwerte dienen nicht der Politik einer Partei, sondern dem Menschen und dem Gemeinwesen im ganzen. Sie sind auch nicht auf nationale Grenzen beschränkt und sind verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik. Die Bindung an Grundwerte öffnet parteipolitisches Handeln für die gemeinsamen Aufgaben im Staat. Die praktische Verwirklichung der Grundwerte ist Sache freier Bürger und demokratischer Entscheidung.

Sittlichen Zielen verpflichtet und vernünftiger Überprüfung zugänglich, entfaltet wertorientierte Politik die Fähigkeit zum notwendigen Ausgleich der Interessen und die Kraft zur ständigen Erneuerung. So sichert sie dem Menschen die Voraussetzung zur freien und verantwortlichen Entfaltung seiner Person.

### III. Entfaltung der Person

#### Familie

33. Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Sie stehen unter dem besonderen Schutz unserer Verfassungsordnung. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können sie ersetzen. Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung.

Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren. Als Eltern tragen sie gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder.

34. Die Familie ist die erste und wichtigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind, da gerade in den ersten Lebensjahren die entscheidenden Weichen für das ganze Leben gestellt werden. Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie, auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern, denn die Entwicklung des Sprach- und Denkvermögens, personale Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit, Wert- und Verantwortungsbewußtsein hängen wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Diese Zuwendung kann den Kindern meist nur da durch gegeben werden, daß die Mutter in den ersten Lebensjahren ihres Kindes auf die Ausübung eines Erwerbsberufes verzichtet. Wenn sich die Mutter dieser Aufgabe in der Familie voll widmet, darf sie nicht wirtschaftlich, gesellschaftlich, rechtlich oder sozial benachteiligt werden. Dies gilt in gleicher Weise für den Vater, wenn er diese Aufgabe übernimmt. Ein Erziehungsgeld und die rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungsjahren sind daher unabdingbar.

35. In dauerhafter gegenseitiger Bindung sollen Eltern verlässliche Partner der Kinder sein. Wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt für sie Verantwortung und Pflichten, denen er sich nicht entziehen kann. Erziehung verbietet autoritäre Bevormundung, erfordert aber Autorität. Sie ergibt sich aus einem Vorsprung an Reife und Erfahrung. Autorität ist umso überzeugender, je mehr sie aus der Vorbildlichkeit im gemeinsamen Leben erwächst.

Erziehung bedeutet nicht, das Kind den Interessen und der Welt der Erwachsenen anzugleichen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, es umfassend auf die Gestaltung seines eigenen Lebens vorzubereiten und auch deshalb jedes Entwicklungsstadium des Kindes ernst zu nehmen. Das Verhältnis von Eltern und Kindern gründet auf gegenseitigen Rechten und Pflichten, auf beiderseitiger Anerkennung und Bereitschaft füreinander einzutreten. Die Gemeinschaft von Eltern und Kindern gibt unersetzliche Möglichkeiten der Lebenserfüllung und des Glücks.

36. Die Familie gestaltet ihr Zusammenleben in eigener Verantwortung. Sie reicht jedoch in ihrer Bedeutung über das Private hinaus. Sie prägt auch das gesellschaftliche Verhalten ihrer Mitglieder. Sie soll sich nicht abkapseln, sondern offen sein für ihre Verantwortung im Gemeinwesen, denn unsere freiheitliche Ordnung ist auf die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung angewiesen.

Das Elternrecht schützt die Familie vor staatlicher Bevormundung. Zum Elternrecht gehört die Erfüllung der elterlichen Sorgepflichten. Einschränkung oder Entzug des Erziehungsrechts sind letzte Mittel, um Gefahr und Schaden vom Kind abzuwenden. Die Mitverantwortung der staatlichen Gemeinschaft für die Erziehung der Kinder erfordert vor allem, die erzieherischen Kräfte der Familie zu fördern und zu stärken. Dazu gehören neben finanziellen Familienhilfen Angebote der Vorbereitung auf Ehe und Familie, Familienbildung und Erziehungsberatung. Dazu gehört auch, daß alle anderen Institutionen der Erziehung und Bildung im Einklang mit der Familie erziehen. Kinder dürfen nicht gegen die Eltern eingenommen, die notwendige Vertrauensbasis und die Bindung zum Elternhaus dürfen nicht zerstört werden. Dies gilt auch für die Medien.

Finanzielle Familienhilfen sollen die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie sichern und der Entwicklung des Kindes zugeute kommen.

37. Kinderreiche Familien, aber auch Familien mit behinderten Kindern und Familien mit nur einem Elternteil haben Anspruch auf besondere Hilfe und Förderung. Gleiches gilt für Familien, die bereit sind, ältere oder pflegebedürftige Angehörige in den eigenen Haushalt aufzunehmen und zu versorgen, denn sie beweisen die Verantwortungsbereitschaft der Familienmitglieder untereinander und gegenüber der Gemeinschaft.

38. Die Erwerbseinkommen können die unterschiedlichen Größen und Lebensverhältnisse von Familien nicht ausreichend berücksichtigen, da gleiche Arbeit unabhängig vom Familienstand gleich entlohnt werden muß. Andererseits erbringen Familien, die ihre Kinder zu Hause erziehen oder pflegebedürftige Angehörige aufgenommen haben, damit eine Leistung für die Gemeinschaft. Familienleistungen müssen als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden.

Aufgabe des Staates ist es, den unterschiedlichen Lebensbedingungen durch entsprechende soziale Leistungen Rechnung zu tragen, insbesondere bei Mehrkinderfamilien. Erst diese Leistungen zusammen mit den Erwerbseinkommen ergeben ein sozial gerechtes Familieneinkommen. Daher gehört auch Familienlastenausgleich zur Familienpolitik. Der jetzt durch viele Teilleistungen zersplitterte Familienlastenausgleich soll überschaubar und wirksam geregelt werden.

Wer den Familien soziale Gerechtigkeit verweigert, beschneidet die Freiheit, sich ohne unzumutbare Benachteiligung für Kinder zu entscheiden. Der dramatische Rückgang der Bevölkerung gefährdet die Existenzgrundlage kommender Generationen.

39. Dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken, ist nicht nur eine Aufgabe des Familienlastenausgleichs, sondern vor allem die einer veränderten Einstellung zum Kind. Wir setzen uns daher für eine familien- und kinderfreundliche Haltung in unserer Gesellschaft ein. Dies umfaßt eine Fülle von Maßnahmen, die von der Städtebaupolitik über familiengerechte Wohnungen, Bereitstellung von Kindergärten und Kinderkrankenhäusern bis



zu den sozialen Diensten und den Arbeitszeiten reichen.

40. Unser freiheitlich-demokratischer Staat verdient das Vertrauen und das Engagement der Jugend.

Sie muß sich gesellschaftlich und politisch ohne Bevormundung und Reglementierung engagieren können. Der Staat soll dieses Engagement fördern, statt durch Ausweitung seiner Zuständigkeiten und Überschätzung seiner Leistungsfähigkeit die Bereitschaft des einzelnen zu solidarischem und verantwortlichem Handeln zu ersticken.

Ein wichtiges Feld sozialen und politischen Engagements muß auch in Zukunft die verbandliche und offene Jugendarbeit bleiben. Sie soll jungen Menschen ein breites eigenverantwortliches Betätigungsfeld eröffnen, das nicht durch Ideologisierung geprägt sein darf. Besondere Förderung verdient der Einsatz für die Gemeinschaft und das Engagement junger Menschen in sozialen Diensten, in der Entwicklungshilfe sowie bei der Mitwirkung von einzelnen und Gruppen im Bereich der Hilfen für Behinderte, Umsiedler, alte Menschen, Sucht- und Drogengefährdete und Jugendliche in Strafanstalten. Staat und Gesellschaft müssen für dieses Engagement mehr Raum schaffen.

#### Erziehung, Bildung und Kultur

41. Die Zukunft des einzelnen und die Lebensbedingungen unserer Gesellschaft werden maßgeblich von der Qualität des Erziehungs- und Bildungswesens beeinflusst. Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die persönliche Entfaltung des einzelnen und eine gerechte Verwirklichung seiner Lebenschancen. Sie sollen den Menschen befähigen, sein Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden.

Bildungspolitik muß von der grundlegenden Rechtsgleichheit aller Menschen ausgehen und zugleich die Unterschiede ihrer Anlagen und Fähigkeiten berücksichtigen. Sie ist ein Kernstück zukunftsorientierter Politik. Chancengerechtigkeit erfordert ein Bildungswesen, das in gleichwertige Bildungswesen gegliedert ist. Gliederung und Durchlässigkeit der Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen entsprechen den unterschied-

lichen Begabungen und wirken Schranken sozialer Herkunft entgegen.

42. Die freiheitliche Demokratie braucht Bürger, die selbständig urteilen und entscheiden können. Aufgabe von Erziehung und Bildung kann weder weitanschauliche Parteilichkeit noch wertneutrale Beliebigkeit sein. Der Mensch muß lernen, seine Würde und Freiheit zu erkennen, Pflichten zu erfüllen und Rechte zu gebrauchen, Toleranz und Mitmenschlichkeit zu üben und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu bejahen. Konfliktorientierte Pädagogik erzeugt Isolierung und Feindseligkeit. Erziehung soll aber die Erkenntnis vermitteln, daß wir ein Mindestmaß an Übereinstimmung im Umgang miteinander und im Wertbewußtsein brauchen, wenn wir frei und friedlich zusammenleben wollen.

Neben der Schule muß insbesondere die Politische Erwachsenenbildung verstärkt Hilfen anbieten, die eine Orientierung in der sozialen und politischen Umwelt und die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft fördern. Der Bürger muß in den Stand gesetzt werden, seine Bindung an die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Staates auch argumentativ zu verteidigen.

43. Die Schule soll dem jungen Menschen helfen, einen religiösen und ethischen Standpunkt zu finden. Sie darf seinen Fragen nach dem Sinn des Lebens nicht ausweichen. Den Glauben an Gott kann sie nicht erzwingen.

44. Bildung und Erziehung sollen Geschichtsbewußtsein vermitteln. Alle Bestrebungen, die Kenntnis der Geschichte abzubauen, die Orientierung an der Geschichte aufzugeben, führen zur geistigen Entmündigung. Systematisch vermittelte geschichtliche Kenntnisse helfen mit, Urteilsfähigkeit zu begründen, nationales Selbstverständnis zu erwerben und die Widerstandsfähigkeit gegen ideologische Verführungen zu stärken. Wir wollen der eigenen Geschichte nicht ausweichen. Sie rückt unsere Maßstäbe zurecht, erleichtert Toleranz und hilft, die heutigen Aufgaben besser zu verstehen. Wer seine Geschichte leugnet, gefährdet seine Zukunft.

45. Bildung, die zu personaler Verantwortung führen soll, muß mehr vermitteln als Anpassungsfähigkeit, berufliches Rüstzeug und das Verstehen von Funktionszusammenhängen. Sie soll dem Menschen helfen, sein Leben und seine Umwelt selbst zu gestalten.

Dafür ist es von besonderer Bedeutung, die schöpferischen Kräfte des Menschen, seinen Reichtum an Ideen, seine Gestaltungskraft und seinen Sinn für Schönheit zu erschließen. Deswegen gehört ein gleichwertiges Angebot musischer Fächer zu einem wirklich umfassenden Bildungsangebot.

In der Begegnung mit der Kunst gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben. Wir treten dafür ein, der Kunst Entfaltungsräume zu schaffen, die Künstler zu fördern und möglichst vielen Menschen eine Beziehung zur Kunst zu eröffnen. Der Zugang zu Bibliotheken, Museen und Theatern ist allen Bevölkerungskreisen zu erschließen. Das kulturelle Leben unseres Gemeinwesens ist ein wichtiger Gradmesser für seine Freiheit, seine Toleranz gegenüber Kritik und seinen geistigen Reichtum.

46. Leistung ist ein unentbehrlicher Ansporn für den Menschen. Sie hilft ihm, seine sozialen, intellektuellen, praktischen und künstlerischen Begabungen zu entfalten. Leistung ist auch gerechter Maßstab beruflicher und gesellschaftlicher Qualifikation, wenn Herkunft und soziale Stellung der Eltern, Wohnort und Erziehungswille der Umwelt für den Lebensweg des einzelnen nicht ausschlaggebend sein sollen.

Menschlich ist die Schule, wenn sie Freude macht und auf das Leben vorbereitet. Dazu darf sie weder dem Auf nach Leistungsverweigerung nachgeben noch sich technokratischer Härte verschreiben und es an Verständnis für Schülerinteresse und Leistungsgrenzen fehlen lassen. Unangemessene Verwissenschaftlichung und übertriebene Stofffülle sind zu vermeiden. Es hat sich als Illusion erwiesen, daß grundsätzlich jeder Schüler jeden Schulabschluß erreichen könne. Diese Vorstellung hat von den angeborenen Fähigkeiten eines Menschen zu wenig und von seiner Förderung durch die Schule zu viel erwartet. Auch in der Schule ist Leistung mehr als nur Nachweis von Wissen und Durchsetzungsvermögen. Im Leistungsanspruch

müssen auch Einsatzbereitschaft für den Schwächeren, Rücksicht und Achtung für den Mitmenschen gefördert und anerkannt werden. Ein leistungsorientiertes Bildungswesen muß dem Schwächeren mehr Förderung geben, dem Starken mehr Leistung abverlangen. Es muß die Einsicht vermitteln, daß der Einsatz des Stärkeren die Hilfe für den Schwächeren ermöglicht. Damit wird Leistung zugleich zum Ausdruck der Solidarität.

47. Das Grundrecht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, wird besonders durch freie Entscheidung innerhalb eines angemessenen Angebots unterschiedlicher Bildungsgänge verwirklicht. Eltern und Kinder haben ein Recht darauf, daß die Bildungsinhalte an den Wertentscheidungen und Normen des Grundgesetzes orientiert sind.

Die Schule kann ihr pädagogisches Ziel nur erreichen, wenn in ihr Eltern, Lehrer und Schüler vertrauensvoll zusammenwirken. Der Lehrer braucht für seinen pädagogischen Auftrag Vertrauen und Autorität. Dies erfordert vor allem eine Lehrerbildung, die erzieherische Verantwortung fördert und zu personeller Erziehung befähigt.

48. Ausbildung soll jedem Jugendlichen helfen, einen Beruf zu finden, in dem er seine Fähigkeiten entfalten und sich bewähren kann. Abschlüsse und Zertifikate für sich allein begründen keinen Anspruch auf einen bestimmten Beruf. Der Ausbildung zum praktischen Beruf kommt gleicher Wert zu wie stärker theoretisch angelegter Bildung. Die berufliche Bildung, vor allem im dualen System, ist in gleicher Weise zu fördern wie der Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens. Sie vermittelt neben fachlichem Können die Fähigkeit, mit den künftigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes Schritt zu halten.

Wir befürworten eine verstärkte Berufsberatung und eine bessere Orientierung des Ausbildungsangebots an den späteren Berufschancen. Die Berufsberatung und die Orientierung des Ausbildungsangebots müssen jedoch langfristig erfolgen, um Schwankungen in der Nachfrage des Arbeitsmarktes auszugleichen und Jugendliche geburtenstarker Jahrgänge nicht zu benachteiligen. Auch sie haben Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung und auf ein Angebot an Ausbildungsplätzen, das sie

nicht zu einem rücksichtslosen Konkurrenzkampf zwingt.  
Eine perfekte Harmonisierung von Bildungs- und Beschäftigungssystem und eine administrative Lenkung der Jugendlichen im Bildungswesen ist jedoch mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Ordnung nicht zu vereinbaren.

Die Lehrpläne sind stärker auf die Berufswelt auszurichten. Das gilt auch für die gymnasiale Bildung. Als Alternative zur theoretischen Hochschulausbildung brauchen wir ein breites Angebot praktischer Ausbildung, das Jugendliche mit unterschiedlicher Schulbildung auf Berufe vorbereitet, in denen sie Arbeit finden können. Wir treten für den Ausbau und die Weiterentwicklung des dualen Systems von betrieblicher und schulischer Berufsausbildung ein. Die Finanzierung der notwendigen Ausbildungsplätze ist durch eine gerechte Entlastung der Ausbildungsbetriebe zu sichern.

Der beruflichen Fort- und Weiterbildung kommt künftig für den einzelnen wie für den Arbeitsmarkt eine verstärkte Bedeutung zu. Die Anforderungen, denen sich der einzelne im persönlichen und im öffentlichen Leben gegenüber sieht, machen darüber hinaus umfassende Angebote zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung notwendig. Das dafür erforderliche Bildungsangebot der freien Träger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist zu fördern.

Die Berufslaufbahnen müssen durchlässiger gestaltet werden.

49. Die Bundesrepublik Deutschland ist als hochentwickeltes Land auf leistungsfähige Hochschulen angewiesen. Die Hochschulen brauchen den Wettbewerb wissenschaftlicher Ideen, sie dürfen nicht in die Hände von Ideologen fallen.

Unserer Kultur entspricht die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens. Sie ist Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Forschung von heute ist die Lehre von morgen. In der Lehre ist eine Reform der Studieninhalte vorrangig. Die wissenschaftliche Ausbildung muß stärker als bisher auf den späteren Beruf vorbereiten und kürzer dauern.

Angesichts knapper werdender Rohstoff- und Energievorräte und der wachsenden Aufgaben des Umweltschutzes kommt Wissenschaft und <sup>W</sup>orschung in den nächsten Jahren eine erhöhte Bedeutung

zu. Auch dafür ist eine freie Hochschulforschung neben der zweckgebundenen Forschung unverzichtbar.

### Arbeit und Freizeit

50. Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden. Deshalb erfordern Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben Vollbeschäftigung. Das Freiheitsrecht auf Arbeit verpflichtet die Verantwortlichen, Tarifpartner und Staat, alle Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft zur Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung zu nutzen. Arbeit ist zugleich eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft.

51. Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, unzumutbare Belastungen und vermeidbare Arbeiterschwernisse abzubauen. Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine oder Lückenbüßer der technischen Ausstattung. Arbeitsteilung und Rationalisierung dürfen nicht weiter vorangetrieben werden als menschlich erträglich und sozial zu verantworten ist. Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte, eröffnen neue Mitwirkungschancen und brauchen nicht unwirtschaftlich zu sein. Auch im Arbeitsleben muß der einzelne die Chance haben, mitzugestalten und mitzuentcheiden.

52. Wir wollen einen größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit, damit die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender werden. Flexible Arbeitszeiten und die Verminderung von Nachtschichten kommen den Familien zugute, erleichtern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und verbessern die Fortbildungsmöglichkeiten. Flexible Arbeitszeiten schaffen bessere Voraussetzungen für eine ausgeglichene Nutzung von Freizeiteinrichtungen.

Im Sinne der Subsidiarität liegt es, wenn Tarifpartner über die Lohnfindung hinaus mehr Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitswelt übernehmen. Was die Tarifpartner in eigener Zuständigkeit orientiert am Gemeinwohl selbstverantwortlich regeln können, darf der Staat nicht an sich ziehen.

53. Arbeitnehmer und Unternehmer erfüllen verschiedene Funktionen der Arbeit. Dabei sollen sie sich als Partner verstehen. Ihre Leistungen sind wirtschaftlich und gesellschaftlich unverzichtbar. Die besondere Funktion des Unternehmers ist es, neue Bedürfnisse zu erkennen, und sie unter kostengünstigen Produktionsmöglichkeiten zu befriedigen.

Berufliche Selbständigkeit verwirklicht ein hohes Maß an Freiheit; deshalb müssen die Bürger zur Selbständigkeit ermutigt, die Chancen, selbständig zu werden und zu bleiben, erweitert werden.

54. Wir bejahen die berufliche Freizügigkeit; gleichzeitig sehen wir die Bindung des einzelnen an seine Heimat als erhaltungswürdigen Wert an. Deshalb sollen die Menschen dort Arbeit finden können, wo sie zu Hause sind; und dort heimisch werden können, wo sie arbeiten wollen.

55. Arbeit ist nicht lediglich Erwerbsarbeit.

Die Aufgaben in der Familie, wie Kindererziehung, Hausarbeit und Krankenpflege, sind wichtige und unentbehrliche Tätigkeiten.

Die Vorbereitung auf das Alter schließt auch die Möglichkeit sinnvoller Beschäftigung außerhalb des Erwerbslebens ein. Die Menschen sollen sich nicht im Alter in die Nutzlosigkeit gestoßen fühlen.

56. Freizeit bietet die Möglichkeit, außerhalb des Arbeitslebens schöpferische Fähigkeiten zu entfalten. Sie ist gerade für diejenigen eine Chance zur Selbstverwirklichung, denen die Arbeit hierfür nur begrenzten Raum läßt. Der Mensch braucht Muße und die Gelegenheit zu spielerischer Tätigkeit, ohne die es keine freiheitliche Kultur gibt.

57. Im Spiel entfaltet der Mensch Fähigkeiten, welche in der oft einseitig zweckgerichteten Arbeitswelt zu wenig gefragt sind. Deswegen gehört ein größeres Angebot musischer Fächer und sportlicher Betätigung zu einem wirklich umfassenden Bildungs- und Freizeitangebot. Die große Anziehungskraft des Sports zeigt das Bedürfnis der Menschen, spielerische Freude

mit dem Streben nach persönlicher Leistung, Begegnung und Engagement in der Gemeinschaft zu verbinden.

58. Es ist Sache des einzelnen, was er aus seiner Freizeit macht. Seine Wahl ist es, welche Initiativen er ergreift, welchen Gruppen er sich anschließt. Der Staat soll vorrangig die freien Initiativen von einzelnen und Gruppen fördern. Dabei ist es besonders wichtig, eine bürokratische Freizeitverwaltung zu verhindern und Raum offen zu halten für vielfältige und neue Initiativen. Denn zur schöpferischen Freizeit gehört die Spontaneität.

59. Das vielfältige Verbands- und Vereinsleben in der Bundesrepublik Deutschland bietet wertvolle Voraussetzungen für zwischenmenschliche Begegnung. Den Gemeinsinn und die Einsatzbereitschaft, die dort vorhanden sind, gilt es nachhaltig zu fördern. Schulen und Gemeindehäuser sollen als Begegnungsstätten genutzt werden können.

Wir wollen einen Wohnungs- und Städtebau, der dem Menschen die soziale Umwelt öffnet.

60. Freizeit erhält ihren Sinn auch durch Mitverantwortung in der Gemeinschaft. Viele Probleme unserer Gesellschaft sind auf die Dauer nur zu lösen, wenn die Bürger bereit sind, dabei mitzuwirken. Die Übernahme sozialer Dienste, das politische Engagement, die Mitarbeit in der Gemeinde, die Beteiligung der Eltern an den Aufgaben der Schule sind nur Beispiele für verantwortliches Handeln in einem freien Gemeinwesen.

#### Wohnen und Wohnumwelt

61. Der Wohnungs- und Städtebau stand in der Vergangenheit vorwiegend unter dem Zwang zu einem am Wohnbedarf orientierten Neubau. Die Pflege und Erneuerung der vorhandenen Bausubstanz und Siedlungsstruktur wurde vernachlässigt. Die expansive Siedlungstätigkeit hat nicht nur zu einer immer größeren Inanspruchnahme der Landschaft am Stadtrand oder im Stadtumland geführt, sondern wegen der damit verbundenen Ver-



nachlässigung innerörtlicher Wohngebiete der beginnenden Verdichtung der Innenstädte Vorschub geleistet. Die Vorteile des Stadtwohnens werden vielfach durch starke Emissionsbelastungen und sich verschlechternde Wohnumwelt im Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit in den Hintergrund gedrängt.

62. Auch die Verdichtungsräume müssen menschenwürdiger und funktionsfähig bleiben. Sie sind unentbehrliche Zentren des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Wir treten dafür ein, daß Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt mit der Leistungsfähigkeit unserer natürlichen Lebensgrundlage, mit Boden, Wasser, Luft und Landschaft in Einklang gebracht werden. Es ist unerlässlich, die Urbanität der großen Städte zu stärken. Modernisierung, Sanierung und Denkmalpflege sowie die Verbesserung der Umweltverhältnisse haben Vorrang vor der Erschließung neuer Baugebiete. Städtebauförderung muß nachdrücklich Wert auf die Erhaltung guter Bausubstanz und eine menschengerechte Gestaltung der gebauten Umwelt legen, d.h.. Wohnungsmodernisierung muß mit der Verbesserung der Wohnumwelt Hand in Hand gehen.

63. Unsere Wohnungsbaupolitik für den ländlichen Raum sieht ihren Schwerpunkt in der Dorfsanierung und Dorferneuerung. Um jedoch eine Entwicklung des ländlichen Raums sicherzustellen und der einheimischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, in der ihr vertrauten Umgebung zu bleiben, muß die Erschließung neuer Wohngebiete möglich sein.

64. Bei dem Wunsch nach Eigentum steht das eigene Haus bzw. die eigene Wohnung weit im Vordergrund. Eine von der CDU verantwortete Wohnungsbaupolitik wird dieser Gegebenheit Rechnung tragen. Für uns verwirklicht sich in der Möglichkeit, Eigentum zu bilden, ein wichtiger Teil menschlicher Freiheit. In der Privatisierung von öffentlichem Wohnbesitz und der Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigentumswohnungen sehen wir eine ebenso wichtige Möglichkeit der Eigentumbildung wie im Bereich der Förderung des Neubaus. Durch die Privatisierung werden nicht nur öffentliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Stadterneuerung mobilisiert, sie weckt auch die Initiative der neuen Eigentümer zur Modernisierung und Erhaltung ihrer Wohnungen und stärkt das Verantwortungsbewußtsein für die eigene Wohnumwelt.

#### IV. Soziale Marktwirtschaft

##### Grundsätze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung

65. Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft wurde erdacht und geschaffen, um diese Freiheit auch im Zeitalter von Industrialisierung und Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen und das Bewußtsein für Selbstverantwortung ebenso wie die Bereitschaft zur Mitverantwortung für den Mitmenschen und für das Allgemeinwohl zu wecken und wirksam zu machen.

66. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Auf dieses gesellschaftspolitische Ziel müssen alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen gerichtet sein.

Die Soziale Marktwirtschaft steht im Gegensatz zur sozialistischen Einengung freiheitlicher Rechte, zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und zu unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Sie ist privilegfeindlich und richtet sich gegen jeden staatswirtschaftlichen Dirigismus.

Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet,

- persönliche Freiheit,
- Gleichheit der Chancen,
- Eigentum,
- wachsenden Wohlstand und
- sozialen Fortschritt

für alle zu verwirklichen und zu sichern.

67. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten. Eine zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft verhindert Selbstentfaltung. Sie mündet in einer umfassenden Verplanung der Bürger.

Auf der anderen Seite verhindert eine bindungslose Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit. Das machterteilende Prinzip gehört als entscheidendes Ordnungselement ebenso zur Sozialen Marktwirtschaft wie zum demokratischen Staat und zur pluralistischen Gesellschaft.

Dem Bekenntnis zur Demokratie als Organisationsform des Staates entspricht das Bekenntnis zum Markt als Organisationsform der Wirtschaft.

Grundlegende Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind:

- Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Freiheitssicherung durch das Angebot von Alternativen und Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

68. Soziale Ordnungspolitik verwirklicht die Grundwerte in der Sozialpolitik. Sie verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Sie zielt auf personelle Hilfe, aktive Solidarität und ermöglicht dem Menschen, Freiheit zu haben und zu verantworten. Soziale Ordnungspolitik folgt dem Gebot der Subsidiarität. Was die kleine Gemeinschaft aus eigener Kraft leisten kann, darf die größere ihr nicht nehmen.

Grundlegende Elemente einer sozialen Ordnungspolitik sind:

- sozialer Ausgleich und Bedarfsgerechtigkeit;
- Hilfe zur Selbsthilfe und private Initiative;
- Leistungsgerechtigkeit und Versicherungspflicht;
- Dezentralisierung und Selbstverwaltung;

- Pluralismus und Minderheitenschutz:
- Tarifautonomie und soziale Partnerschaft;
- vorbeugende und produktive Sozialpolitik;
- Wahlfreiheit und Gleichwertigkeit der elementaren Lebensbedingungen;
- Generationenvertrag und Gleichberechtigung von Mann und Frau.

69. Wir würden für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme. Es wäre unerträglich, Güter auf Kosten der Freiheit zu gewinnen. Die Wahlnotwendigkeit besteht jedoch nicht. Die Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur mehr immateriellen, sondern auch mehr materiellen Wohlstand geschaffen als andere Ordnungsformen. Wohlstand zu schaffen, ist Aufgabe jeder Wirtschaftsordnung. Er ist wichtige Voraussetzung sozialer Sicherheit. Wohlstand und soziale Sicherheit gehen schneller verloren, als sie erarbeitet wurden.

70. Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU wird sich nicht mit dem Hinweis auf erzielte Erfolge begnügen, sondern alles tun, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Diese Anforderungen begegnen uns in der Aushöhlung des Wettbewerbs, der Konzentration von Einkommen und Vermögen, der Belastung der Umwelt sowie der Bewältigung des Strukturwandels und der Beschäftigungsrisiken. Aber auch politische Fehlentscheidungen, die die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft überfordern und die marktwirtschaftlichen Kräfte zu überspielen versuchen, schwächen die Steuerungsfähigkeiten der Marktwirtschaft.

Diese Anforderungen stellen sich uns weltweit in der zunehmenden internationalen Verflechtung unserer Volkswirtschaft, der Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles, der Bevölkerungsexplosion, der Rohstoffknappheit und der Energieversorgung. Auch die Bedürfnisse der Menschen entwickeln sich fort. Die Soziale Marktwirtschaft hat unzweifelhaft den Freiheitsspiel-

raum des einzelnen erweitert. Sie hat daher auch Erwartungen ausgelöst, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen. Die Menschen brauchen heute mehr und anderes, um zufrieden zu sein. Sie beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.

71. Soziale Gerechtigkeit kann der Markt nicht allein aus sich bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt Starke und Schwache, Gesunde und Gebrechliche, Glückliche und Unglückliche. Die Lebenschancen sind ungleich verteilt, und auch bei gerechten Chancen wird der Erfolg verschieden sein. Die Soziale Marktwirtschaft fügt Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen.

72. Politische Fehlentscheidungen führen zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation. Auf jedem Schritt weg vom Weg der Sozialen Marktwirtschaft folgt die gesamtwirtschaftliche Quittung. Denn nicht unsere Wirtschafts- und Sozialordnung versagt, sondern die Politik, wenn sie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu überspielen versucht.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen.

Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden in dem Maße erfolgreich sein, wie sie persönlichen Antrieb und Gemeinsinn fruchtbar machen können.

## Wirtschaftsordnung

73. Die Aufgabe staatlicher Ordnungspolitik ist es, Eigeninteresse und Gemeinwohl in Einklang zu bringen, damit Leistung für sich auch Leistung für andere ist. Dazu setzt der Staat den Rahmen des Wettbewerbs, er garantiert Vertragsfreiheit, Eigentum und die Grenzen dieser Rechte, er bestimmt in den Grundzügen das Recht der Arbeitsverhältnisse. Ziel ist dabei das Gemeinwohl. Wer Leistung verweigert, obwohl er leisten könnte, handelt unsozial. Wer Leistung erbringt, muß in jedem Fall besser gestellt werden als derjenige, der Leistung verweigert.

74. Geordneter Wettbewerb gehört zu den großen kulturellen Errungenschaften. Der Wettbewerb der Ideen und Meinungen trägt den Fortschritt und fördert den gesellschaftlichen Wandel. Der Wettbewerb sichert Freiheit und Wohlstand. Er trägt durch die Möglichkeiten des Erfolgs und des Aufstiegs den wirtschaftlichen Fortschritt und macht die Austragung von Konflikten gesellschaftlich fruchtbar.

75. Um den Wettbewerb zu fördern, muß die Wettbewerbsgesetzgebung weiter entwickelt werden. Dabei sollte Konzentrations-tendenzen in der Wirtschaft entgegengewirkt, der unlautere Wettbewerb unterbunden sowie neuen Produkten und Unternehmen der Zugang zum Markt offengehalten werden.

Der Wettbewerb der neuen Ideen, Organisationsformen und der Produktion ist ebenso wichtig wie der Preiswettbewerb. Wettbewerb bedeutet immer Risiko. Aber während sich Risiken der Unternehmen erhöht haben, sind die Möglichkeiten, Risiken zu tragen, eingeschränkt worden. Risikokapital muß einem dem Risiko entsprechenden Ertrag abwerfen. Nur so kann das Gleichgewicht zwischen anlagensuchendem Kapital und kapitalnachfragenden Investitionen gewährleistet werden.

Staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen haben den Grundsatz zu berücksichtigen, daß die Marktpositionen von mittelständischen Unternehmen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

76. Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Kleinere und mittlere Unternehmen sind im Wettbewerb besonders benachteiligt: weil der Staat immer mehr Verwaltung auf die Unternehmen abgeschoben hat; weil sie mit Auflagen belastet sind, deren Kosten zwar das Großunternehmen, nicht aber der Kleinbetrieb tragen kann; weil der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital für kleinere schwieriger ist; weil das Wettbewerbsrecht den Leistungswettbewerb nicht ausreichend fördert; weil das Steuerrecht die kleinen und mittleren Unternehmen benachteiligt; weil die Gesetzgebung zu einseitig an Großbetrieben orientiert ist. Bürokratiehürden, Kostenhürden, Kapitalhürden erschweren die Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben und sperren den Marktzugang durch Neugründung von Unternehmen und selbständigen Existenzen. Wie keine andere Marktform bietet die Soziale Marktwirtschaft leistungsbewußten und risikobereiten jungen Menschen die Chance zur Selbständigkeit. Es ist die Aufgabe der Wettbewerbspolitik, diese Markterschwernisse zu beseitigen. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

77. Ein ausreichender Wettbewerb ist auch notwendig, im Interesse der Verbraucher. Ein weitgefächertes Angebot von Produkten und Dienstleistungen entspricht der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse am besten. Jede den Wettbewerb mindernde Konzentration schränkt diese Vielfalt und die Wahlfreiheit des Konsumenten ein. Um die Wahrnehmung dieser Wahlfreiheit zu verbessern, muß die Verbraucherposition gestärkt werden. Damit wird zugleich der Wettbewerb auch von der Nachfrageseite her gefördert. Hierzu muß der Markt für den Verbraucher durchsichtig bleiben. Über Warenangebote zu unterrichten, ist das Recht und der Sinn der Werbung. Gegenüber unseriöser Werbung muß das Verbraucherbewußtsein durch entsprechende Beratung und Aufklärung geschärft werden.

78. Wettbewerbspolitik und Eigentumspolitik ergänzen sich. Privates Eigentum ist ein Grundpfeiler und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Persönliches

Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.

Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine soziale Notwendigkeit, um wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen, den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung für die Zukunft zu sichern.

Der Mangel an Eigenkapital in der deutschen Wirtschaft muß behoben werden. Die Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen zu beteiligen und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar zu machen, ist eine wichtige Möglichkeit, die Eigenkapitalbildung zu verbessern. Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine soziale Notwendigkeit, um eine gerechte Einkommensverteilung für die Zukunft zu sichern. Diese Chance sollte von den Unternehmen und von den Tarifparteien bei ihren Verhandlungen genutzt werden.

79. Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen ein neues Unternehmensrecht auf der Grundlage der Hamburger Parteitagebeschlüsse des Jahres 1973<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup>Bei Drucklegung werden die Beschlüsse des Hamburger Parteitages im Anhang abgedruckt.



80. Wir sind für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit. Arbeitnehmer und Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und der Festigung der Demokratie.

Wir treten für die Tarifautonomie ein, weil sie ein wesentliches Ordnungselement der Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Tarifparteien tragen Mitverantwortung für das Gemeinwohl, vor allem eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft und damit unseres Staates. Wir bejahen die Koalitionsfreiheit, weil sie eine Bedingung der sozialen Partnerschaft ist. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

81. Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sind Ziele unserer Wirtschaftspolitik. Aber die Verwirklichung dieser Ziele reicht allein nicht aus, um die Solidarität mit den künftigen Generationen zu gewährleisten. Sie müssen daher um die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens erweitert werden. Langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen sind für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung ebenso wichtig wie eine verlässliche Ordnungspolitik.

82. Die Schäden der Arbeitslosigkeit gehen weit über den Produktionsausfall hinaus, die menschlichen sind noch größer als die materiellen. Aber die Arbeitslosigkeit ist kein unabänderliches Schicksal. Vollbeschäftigung ist ein wichtiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel, für das der Staat mit zuverlässigen Rahmenbedingungen und seinen konjunktur-, wachstums- und strukturpolitischen Instrumenten und die Tarifpartner wesentliche Verantwortung tragen.

Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung. Unverzichtbare Voraussetzung einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschluß der Vermögensbildung.

83. Stabilität des Geldwertes ist eine entscheidende Voraussetzung für dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Erst Geldwertstabilität macht einen leistungsgemäßen realen Lohn für die Arbeit möglich. Vermögen kann nur breit gestreut werden, wenn der Wert des Geldes erhalten bleibt. Die soziale Sicherung der Schwachen und Nichtvertretenen ist entscheidend von einem stabilen Geldwert abhängig. Neben der Regierung ist insbesondere die Deutsche Bundesbank auf die Erhaltung der Geldwertstabilität verpflichtet. Ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung muß verteidigt werden.

84. Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern es ist vielmehr die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze im ausreichenden Maß zur Verfügung zu stellen, unser bewährtes System der sozialen Sicherung zu erhalten, die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren, den Verteilungskampf zu entschärfen, individuelle Freiräume zu sichern und nicht zuletzt unsere Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern zu erfüllen.

Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.

85. Durch Strukturpolitik soll die Fähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden, sich neuen Entwicklungen anzupassen und sie sozial erträglich zu gestalten. Zu hohe Produktionskosten im Vergleich zu anderen Ländern, knapper und teurer werdende Energieträger und Rohstoffe, die Erfordernisse des Umweltschutzes sowie die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen erfordern einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß den Strukturwandel fördern und darf keine veralteten Strukturen künstlich bewahren.

Vordringliche Aufgabe der regionalen Strukturpolitik ist es, auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Gebieten unseres Staates hinzuwirken und damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit zu leisten. Dazu gehört auch die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur. Staatliche Strukturpolitik als direkter Eingriff in unternehmerische Investi-

tionsentscheidungen lehnen wir ab. Staatliche Investitionslenkung zentralisiert und maximiert Fehlprognosen und Fehlentscheidungen. Sie gefährdet damit die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft.

86. Es gibt Bereiche, in denen die Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft besonders herausgefordert ist. Dazu gehören Umweltschutz, Landwirtschaft, Energieversorgung, Raumordnung und Verkehr. Der Staat hat die Aufgabe, diese Bereiche durch die Aufstellung von Rahmendaten und notfalls durch Gebote und Verbote so zu ordnen, daß die im allgemeinen Interesse gebotenen Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Dabei verdient immer der verhältnismäßig geringste Eingriff den Vorzug. Gebote oder Verbote halten wir für äußerste Mittel, die nur dort eingesetzt werden dürfen, wo Alternativen nachweislich versagen.

87. Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist ein Stück verantworteter Freiheit. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet und die ökologischen Zusammenhänge stört, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum sind jedoch unverzichtbar und stehen in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zum Schutz unserer natürlichen Reserven und Umwelt.

Zur Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens gehört insbesondere:

- Reinhaltung der Luft
- Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserhaushaltes und Begrenzung der Meeresverschmutzung
- Unterlassung von Maßnahmen, die eine Klimaveränderung herbeiführen können
- Schutz vor Verseuchung mit giftigen oder sonstigen schädlichen Stoffen
- Schutz der Landschaft und Bewahrung der Pflanzen- und Tierwelt
- Vorsorglicher Umgang mit Rohstoffen, die nicht ersetzbar sind
- Eindämmung der Lärmbelästigung auf ein verträgliches Maß

- Sicherer, umweltfreundlicher Betrieb sowie sichere Entsorgung der Kernreaktoren.

Für die Reinhaltung von Luft und Wasser, die Lärmbekämpfung und die Abfallbeseitigung sowie für den Schutz weiterer Elemente soll das Verursacherprinzip gelten.

Entscheidend ist der Wille und die Fähigkeit der politischen Führung, im Bürger das Bewußtsein der persönlichen Mitverantwortung für seine Umwelt zu wecken. Die Aufgabe des Umweltschutzes kann nicht allein auf nationaler Ebene gelöst werden. Internationale Konventionen müssen hinzukommen.

88. Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung braucht eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft. Sie haben die Aufgabe, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen und angesichts verschärfter weltweiter Auseinandersetzungen eine angemessene Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion zu sichern. Wir setzen uns für Produkte und für Produktionsmethoden ein, die eine Schädigung des Naturhaushalts vermeiden helfen. Die Land- und Forstwirtschaft erhält eine schöne und gesunde Umwelt und gewährleistet ein breitgestreutes Eigentum. Wichtige Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit ländlicher Räume ist eine wirtschaftlich gesunde und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrie- ben.

Deshalb ist die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft mit Mitteln der allgemeinen Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik in den Stand zu setzen, die für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen.

Dies ist kein Akt der Wohltätigkeit, sondern die angemessene wirtschaftliche Vergütung für volkswirtschaftliche Leistungen und für die Sicherung der notwendigen Nahrungsmittelproduktion.

89. Um wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherung zu gewährleisten, ist eine störungsfreie und preiswerte Rohstoff- und Energieversorgung notwendig. Nur eine funktionierende Marktwirtschaft kann den schrittweisen Ersatz immer knapper werdender Rohstoffe durch weniger knappe bewirken. Für die zukünftige Energieversorgung und zur Deckung des zukünftigen Energiebedarfs müssen alle konventionellen Energieträger hinzugezogen werden. Dabei kommen den einheimischen Stein- und Braunkohlevorräten besondere Bedeutung zu. Zur Bewältigung und zur Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebots ist der Ausbau der Kernenergie erforderlich. Bedingung für die Nutzung der Kernenergie sind sicherer Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger sowie gesicherte Entsorgung.

Es müssen auch neue Technologien gefördert werden, die sparsamen Einsatz von Rohstoffen und Energie wie auch die Zurückgewinnung von Rohstoffen und Energie aus Abfall und Abwärme ermöglichen und zunehmend die regenerativen Energiequellen erschließen.

90. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und technologischer Entwicklung ist für die kulturelle, geistige und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von grundsätzlicher Bedeutung. Forschungs- und Technologiepolitik muß deshalb langfristig verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen indirekten und direkten Förderungsmaßnahmen sicherstellen.

91. In der Weltwirtschaft tritt neben dem Ost-West-Konflikt immer stärker der Nord-Süd-Gegensatz hervor. Das frühere Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weicht einer neuen Vielfalt von Beziehungen, für die es in der Geschichte noch kein Beispiel gibt. Unser Ziel ist Selbstbestimmung und Selbstentfaltung der Völker, Nutzung der Ressourcen dieser Welt zum Wohle aller Völker, gerechtere Verteilung der Chancen, zur Beseitigung von Not und Elend. Wir wollen eine internationale Soziale Marktwirtschaft.

Dabei ist von den Industrieländern mehr als bisher zu berücksichtigen, daß ein funktionierender Markt und Wettbewerbsfähig-

keit für viele Staaten erst hergestellt werden müssen. Weitergehender als bisher müssen die Märkte der Industrieländer geöffnet werden für Erzeugnisse der Entwicklungsländer. Die Industrieländer kämpfen zu Recht darum, ihre wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu erhalten, Forschung und Technik weiterzuentwickeln, um so auch den Wohlstand in der Welt zu mehren. Ein Nachlassen ihrer Leistungsfähigkeit oder Leistungsbereitschaft würde katastrophale Folgen haben und Not und Armut auf dieser Erde nur vergrößern.

### Öffentliche Aufgaben

92. Die Soziale Marktwirtschaft berücksichtigt, daß nicht alle Güter und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse über den Markt hergestellt und verteilt werden können. Daher bedarf es der Korrektur und Ergänzung des Marktes durch Leistungen des Staates und gesellschaftlicher Gruppen in Bereichen, in denen der Markt nur unzureichend oder gar nicht wirksam sein kann. Für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben benötigt der Staat Steuern und Abgaben.

93. Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor in Friedenszeiten, während die öffentlichen Investitionen zurückgehen. Die Kosten steigen rasch, ohne daß den gestiegenen Kosten eine entsprechende Steigerung des Nutzens gegenübersteht. Die öffentlichen Haushalte sind durch zunehmende Defizite gekennzeichnet, obgleich die Steuerlast und Abgabenquote eine Rekordhöhe erreicht. Diese Entwicklung hat tiefgehende strukturelle Ursachen in den Finanzierungsformen, den Entscheidungsmechanismen und Organisationsprinzipien. Die Neuordnung der Staatswirtschaft wird zu einem vordringlichen Problem.

94. Durch die Übernahme eines wesentlichen Teils der Dienstleistungen durch den Staat wird dessen Finanzkraft sowie seine Leistungs- und Steuerungsfähigkeit überfordert. Die Bürokratie wächst, mit ihr das Nebeneinander von Verwaltungen und ihre Undurchschaubarkeit für den Bürger und die Parlamente. Noch schwerer wiegt, daß dem Staat auf diese Weise wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht zuwächst, die zu einer zunehmenden Abhängigkeit des einzelnen von staatlichen und öffentlichen Einrichtungen und damit zu einer Abnahme individueller Freiheit führt. Dadurch würde die Möglichkeit des Bürgers, diesen Staat

politisch noch wirksam zu kontrollieren, eingeengt. Die Stellung des Bürgers gegenüber dem Staat muß deshalb gestärkt werden.

Die Überforderung der Finanzkraft des Staates verstärkt die Störung des Gleichgewichts zwischen Ansprüchen der Gegenwart und Bedarf der Zukunft. Aufgabe staatlicher Finanz- und Haushaltspolitik muß es sein, den Zukunftsbedarf unserer Gesellschaft zu sichern und zur Wiederherstellung der richtigen Gewichtung der Gegenwart und Zukunft beizutragen

95. Alle staatlichen Aufgaben, Ausgaben, Maßnahmen und Gesetze sind daher ständig auf ihre Notwendigkeit, Vertretbarkeit und rationelle Durchführung zu überprüfen.

Staatliches Handeln muß vorhersehbar und kontrollierbar sein. Eine Selbstbindung des Staates an den von ihm gesetzten Rahmen und seine Orientierungsdaten ist deshalb ebenso erforderlich wie die Kontrolle und Verantwortung für seine Entscheidungen und ihre Folgen.

96. Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sind jedoch nicht auf den Bereich der gewerblichen Wirtschaft beschränkt. Sie sind auch in Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen oder dem Umweltschutz anwendbar und verstärkt einzusetzen.

Zwar kann das Angebot in diesen Bereichen nicht wie bei industriellen Gütern und Dienstleistungen über Märkte organisiert und gesteuert werden. Aber auch Güter und Leistungen dieser Bereiche können dezentralisiert, leistungsbezogen und im Wettbewerb erbracht werden. Unsere Politik erstrebt freiheitliche und soziale Lösungen auch in jenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht ausschließlich über Märkte gesteuert werden können. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert Initiativen vom einzelnen und von den Verbänden, freien Trägern und genossenschaftlichen Organisationen. Unsere Politik verschafft den Grundsätzen der Subsidiarität, Selbstverwaltung und Selbsthilfe auch in der industriellen Gesellschaft Geltung und sichert den notwendigen Freiraum für Initiativen.

97. Das Steuerrecht hat die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu beachten. Die steuerliche Abgabenbelastung muß die Prinzipien der Steuergerechtigkeit berücksichtigen und darf die private Initiative und Leistungsfähigkeit nicht ersticken. Ein überschaubarer ausgestaltetes Steuersystem soll die Lasten sozial gerecht verteilen. Die Einkommensbesteuerung soll der individuellen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen und insbesondere die gesetzlich festgelegten Unterhaltslasten gebührend berücksichtigen.

Eine Überforderung von Bürgern und Wirtschaft muß vermieden werden, um die Leistungskraft der Volkswirtschaft nicht zu schwächen. Heimliche Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer aufgrund inflationärer Entwicklungen müssen abgebaut werden.

Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfordert eine wachstumsfördernde Steuerpolitik. Sie muß die Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft stützen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft berücksichtigen und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. Der indirekten Förderung von Forschung und Entwicklung - insbesondere bei mittelständischen Unternehmen - ist hohe Priorität einzuräumen.



98. Zu den wichtigsten Aufgaben einer am Menschen orientierten Sozialpolitik gehört es

- Schutz vor Armut und Not;
- sozialer Ausgleich vor allem für die Familie;
- Gewährleistung individueller Sicherheit durch Absicherung und Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens;
- Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen zu gewährleisten.

99. Seit dem 19. Jahrhundert stand die Sozialpolitik im Banne des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit. Ihre Aufgabe bestand darin, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu verbessern. Die soziale Frage war eine Arbeiterfrage.

Die traditionelle Sozialpolitik war erfolgreich. Sie hat viel dazu beigetragen, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu entschärfen. Den Konflikt gibt es noch; es sind aber neue soziale Probleme und Konfliktfelder entstanden.

100. Die CDU hat als erste politische Kraft erkannt: Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden, Mehrheiten und Minderheiten getreten. Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, Behinderte, nicht mehr Arbeitsfähige, sind den organisierten Verbänden im Verteilungskampf um das Brutto-sozialprodukt in der Regel unterlegen. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Gruppen sind heute in mächtigen Verbänden organisiert. Sie treten nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Der demokratische Staat läuft Gefahr, sich nur nach organisierten Mehrheiten zu richten. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat aber die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.

101. Zu den ernstesten Gefahren zählen heute Entpersönlichung und Anonymität:

- die Menschen wohnen enger zusammen als je zuvor, aber die Einsamkeit vieler Mitbürger nimmt zu;
- die Zahl der hilfsbedürftigen und isolierten, der kranken und älteren Menschen wächst, aber die Zahl der Helfer bleibt klein;
- die sozialen Aufwendungen steigen immer weiter an; trotzdem entstehen neue Randgruppen und neue soziale Not;
- der Wunsch vieler Menschen, vor allem Jugendlicher, nach einer Aufgabe jenseits der materiellen Bedürfnisse ist ungebrochen; aber Chancen für ein sinnerfülltes Leben, die in der Zuwendung zum Nächsten liegen, bleiben noch allzuoft ungenutzt.

Soziale Dienste verlangen und verdienen deshalb unsere ganze Kraft. Der Staat muß dabei mitwirken. Die bloße Enthalttsamkeit des Staates schafft im privaten Bereich noch keinen Ansporn zu wirksamer Hilfe. Der Staat soll die freien und privaten Kräfte wecken, ihre Tätigkeit unterstützen und sie vor unzumutbaren Nachteilen bewahren. Er darf sie nicht durch bürokratische Verwaltung ersetzen.

102. Körperliche und psychische Belastungen in der Industriegesellschaft, Verkehrs- und Arbeitsunfallrisiken setzen jeden verstärkt der Gefahr einer Behinderung aus. Behinderte Menschen leben als Minderheit in der Gesellschaft, die ihren Belangen noch nicht hinreichend Rechnung trägt.

Der soziale Rechtsstaat muß allen Behinderten eine ihren Möglichkeiten entsprechende Chance geben, sich in Beruf und Gesellschaft zu entfalten. Behinderte sind keine Betreuungsobjekte, sie sind Partner.

Behinderte sollen alle notwendigen Hilfen erhalten. Dazu gehören: der weitere Aufbau der Gesundheitsvorsorge, die verstärkte Frühförderung behinderter Kinder, ein differenziertes schulisches Angebot für behinderte Kinder und Jugendliche, sowie der Aufbau von Werkstätten, Wohnheimen und Wohnungen für erwachsene Behinderte. Das selbstverständliche Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten soll in allen Bereichen gefördert werden.

Bei der Gestaltung der Umwelt müssen wir den Behinderten stärker entgegenkommen. Wir wollen bauliche und technische Hindernisse beseitigen, behindertengerechte Freizeit- und Sportmöglichkeiten schaffen.

103. Das Alter hat wie jede Lebensphase seinen eigenen Wert, eigene Bedürfnisse, eigene Aufgaben und eigene Verantwortung. Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie allen älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben in einem der Menschenwürde entsprechenden Rahmen ermöglicht.

Unsere Gesellschaft kann auf die Dienste und Leistungen älterer Menschen, ihre Urteilsfähigkeit, ihre Lebenserfahrung und Verständnisbereitschaft in der Familie, im Rahmen der Nachbarschaftshilfe und im sozialen Bereich nicht verzichten. Älteren Menschen müssen mehr Felder der Betätigung für die Gesellschaft erschlossen werden. Nicht Konflikt, sondern Verständnis zwischen den Generationen muß das Zusammenleben von Jüngeren und Älteren bestimmen.

104. Die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aus-siedler auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Lebens bleibt Aufgabe des Staates, der gesellschaftlichen Gruppen und aller Mitbürger.

105. Die Grundwertbindung unserer Politik verpflichtet uns zur sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere Gesellschaft sowie zur Erhaltung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und der Förderung ihrer Kontakte zum Heimatland.

Es ist dafür zu sorgen, daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien

- während ihres Aufenthalts in Deutschland unter menschenwürdigen Bedingungen leben;
- ihre personale und berufliche Zukunft selbst wählen können;
- ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren und dadurch
- die Möglichkeit der Rückkehr und Wiedereingliederung in ihr Heimatland offenhaltend können.

Insbesondere müssen Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß die Kinder ausländischer Mitbürger in einer gesellschaftlichen Isolation aufwachsen.

106. Die Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter. Die Chancen gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden Bürger gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, auf seinen Platz in der Gesellschaft und unabhängig von seinem Wohnort. Der Patient muß den Arzt und das Krankenhaus frei wählen, der Arzt seinen Beruf frei ausüben können. Das Gesundheitswesen bedarf eines ausreichenden Raumes der Selbstverwaltung.

Der medizinisch-technische Fortschritt hat neue Heilungschancen gebracht, die jedermann eröffnet werden müssen. Psychisch Kranke sind bisher nicht in gleichem Maße wie körperlich Kranke versorgt worden. Diese Minderbewertung und Minderbehandlung bestimmter Krankheiten muß überwunden werden. Für Chronischkranke und Pflegebedürftige müssen vermehrt menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen werden.

Aber hinter dem Einsatz medizinisch-technischer Geräte und Apparate darf die menschliche Zuwendung nicht zurückbleiben; denn Krankheit ist nicht nur ein körperliches Ereignis. Gesundheitspolitik soll in erster Linie darauf gerichtet sein, Krankheiten zu verhüten. Förderung der Gesundheit und Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung sind daher Schwerpunkte unserer Politik. Hierzu gehören auch die ständige Verbesserung der Umweltbedingungen und die eigene Verantwortung für die Gesundheit, die es zu wecken und zu fördern gilt.

Auch in der Gesundheitspolitik können wir auf Wirtschaftlichkeit nicht verzichten. Die Strukturen des Gesundheitssystems müssen mit dem Ziele größerer Wirtschaftlichkeit weiterentwickelt werden. Dabei setzen wir nicht auf staatlichen Dirigismus, sondern auf das verantwortungsbewußte Zusammenwirken der Beteiligten.

Die gesetzliche Krankenversicherung gehört zu den unverzichtbaren Institutionen der sozialen Sicherung. Ihre Ausgestaltung muß der gewachsenen Fähigkeit der Versicherten zur Selbstverantwortung und zu Übernahme von Verantwortung für die eigene Gesundheit Rechnung tragen.

107. Die Neue Soziale Frage erfordert eine neue soziale Politik. Sie ist soziale Ordnungspolitik. Ihre Handlungsprinzipien sind:

- Die sozialen Leistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden.
- Durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz.
- Die sozialen Leistungen müssen humaner und wirtschaftlicher erbracht und so geordnet werden, daß ihre soziale Wirksamkeit erhöht wird.
- Es ist besser, die Entstehung sozialer Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Deshalb müssen bereits in den Planungen die wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

108. Die Gesellschaft orientiert sich an hergebrachten Maßstäben. Nach diesen neigt sie zu beurteilen, was sozial ist. Soziale Ansprüche, die bei ihrer Entstehung geboten waren, müssen aber einer laufenden Überprüfung standhalten. Dies gilt für die Besitzstände aller sozialen Gruppen, auch im Bereich der Steuervergünstigungen und der Subventionen. Soziale Ordnungspolitik wird in Zukunft verstärkt von uns fordern, Prioritäten zu setzen. Gruppen und Verbände schulden eine Begründung, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen. Sonst bleiben die Notstände anderer ungelöst.

109. Sozialpolitik muß sich gerade in Zeiten knapper Mittel bewähren. Die quantitative Veränderung sozialpolitischer Mittel kann soziale Ordnungspolitik nicht ersetzen. Zukunftsorientierte Sozialpolitik will vorbeugen, will Wirtschaftlichkeit und Humanität verbinden. Es ist humaner und wirtschaftlicher

- der Familie die Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben zu ermöglichen, als teure Einrichtungen zur Heilung von Schäden aus unzureichender Betreuung zu finanzieren,
- Unfälle zu verhüten, als ihre Folgen zu lindern,
- die Gesundheit zu erhalten, als Krankheiten zu bekämpfen,
- der Entstehung von Armut vorzubeugen, als Arme zu unterstützen.

110. Staat und Gesellschaft beruhen auf der gemeinsamen Arbeit von Männern und Frauen. Deshalb muß die Frau an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vollen Anteil haben. Der Frau muß der Platz in unserer Gesellschaft gesichert werden, der sowohl dem Grundsatz der Gleichberechtigung als auch den ihr eigenen besonderen Möglichkeiten der Lebensführung entspricht. Dazu ist es erforderlich, Partnerschaft zwischen Mann und Frau über den Bereich von Ehe und Familie hinaus auch in der Arbeitswelt sowie im gesellschaftlichen und politischen Raum zu verwirklichen. Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit finden will.

Die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der außerhäuslichen berufstätigen Frau gleichwertig. Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung sind Berufstätigkeit und müssen als solche anerkannt und sozial abgesichert werden. Familienleistungen der Frau müssen ebenso als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden wie Beitragszahlungen aus Erwerbseinkommen. Die eigenständige soziale Sicherung aller Ehefrauen und Mütter muß durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente gewährleistet werden.

Familienpolitik muß arbeitsmarktpolitisch ergänzt werden, wenn sie die besondere Verantwortung der Frau für die Kindererziehung wirksam vertreten will. Eine gute Schul- und Berufsausbildung verbessert die Chancen der Frau im Arbeitsleben wesentlich. Wir fordern die Tarifpartner auf, sicherzustellen, daß Frauen gleichen Lohn bei gleicher Leistung und gleichwertiger Arbeit erhalten. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Für den Wiedereintritt von Hausfrauen in das Berufsleben wollen wir bessere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungseinrichtungen und -hilfen ohne Altersgrenze schaffen.

111. Die CDU hat eine soziale Sicherung geschaffen, die in der Welt als vorbildlich anerkannt wird. Dieses System der sozialen Sicherung hat großen Anteil am sozialen Frieden in unserem Lande. Es ist weit mehr wert als es kostet. Leben ohne jedes Wagnis verödet. Wir wollen nicht die Absicherung gegen alle Risiken des Lebens von der Wiege bis zur Bahre vorschreiben. Aber die in den personalen Gemeinschaften vergangener Zeiten getragene Absicherung der großen Lebensrisiken muß heute in einer den Bedingungen der Industriegesellschaft gemäßen Form gelöst werden. Dazu gehört die Zukunftssicherung des Einkommens im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit und die Sicherung gegen schwere Belastungen zum Beispiel bei Unfall und Krankheit. Sie müssen in Risikogemeinschaften gedeckt werden, die über den Tag hinaus Bestand haben und auf die Risiken gleichmäßig verteilt sind. Die Institutionen der sozialen Sicherung sind deshalb heute unverzichtbar. Sie gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Daneben muß Raum für andere ergänzende Formen der Sicherung, insbesondere privater und betrieblicher Art bleiben. Die Bereitschaft zur persönlichen Vorsorge für Alter und Krankheit außerhalb der gesetzlich begründeten Risikogemeinschaften muß anerkannt, sie darf nicht behindert werden. Die Tendenz zur Einheitsversicherung lehnen wir ab. In einer freiheitlichen Sozialordnung muß der einzelne auch auf dem Gebiet der sozialen Sicherung möglichst viele Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten besitzen. Deshalb halten wir an der gegliederten sozialen Sicherung fest.

112. Wir lehnen eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ab. Sie widerspricht dem Gedanken der eigenen Vorsorge durch Beiträge und macht den einzelnen unzumutbar von den Entscheidungen des Staates abhängig. Versicherung ist beitragsbezogen

und daher leistungsbezogen. Sie schafft dem einzelnen geschützte Rechtspositionen und damit ein Stück Freiheit.

Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist für uns unverzichtbar. Der Gesetzgeber muß ihr freien Gestaltungsraum belassen. Als Element des unmittelbaren Einflusses der Versicherten kann sie nur wirken, wenn sie nicht selbst Züge der Bürokratie oder der Funktionsverwaltung annimmt.

Darüber hinaus werden wir - wie in der Vergangenheit auch in Zukunft - die Versorgung derer sichern, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt und Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben.

Dies gilt auch für die Witwen und Waisen.

Sozialhilfe tritt dort ein, wo die anderen Institutionen unserer sozialen Sicherung Lücken lassen.

113. Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Auch in Zukunft werden wir durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürdige Leistungen zum Generationenvertrag anerkannt werden. Dies zu sichern, ist Aufgabe der gesetzlichen Ordnung des Generationenvertrags.



## V. Der Staat

114. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist Grundlage für unser Zusammenleben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Diese Grundwerte lassen sich nur in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat verwirklichen, wie er dem Auftrag des Grundgesetzes entspricht.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruht auf einem unantastbaren Grundbestand gemeinsamer Wertüberzeugungen. Der Staat hat die Pflicht, ihr Bewußtsein lebendig zu behalten, Angriffe auf sie abzuwehren und alle Maßnahmen zu unterlassen, die diese Wertordnung schädigen oder zerstören könnten.

115. Unser Staat ist die Einrichtung frei verantwortlicher Bürger füreinander. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger, die ihn geschaffen haben und tragen.

Aufgabe des Staates ist es, das Wohl des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft zu fördern. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat er vor allem

- die Rechte der Bürger zu schützen und Mißbrauch von Macht zu verhindern,
- die für das menschliche Zusammenleben unerläßliche Ordnung zu erhalten und fortzuentwickeln,
- Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu gewährleisten,
- die selbstverantwortliche Entfaltung der Person zu fördern und ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung für das gemeinsame Wohl zu stärken,
- die Schwachen zu schützen, persönliche und solidarische Daseinsvorsorge zu gewährleisten und die Gesellschaft mitzugestalten,
- die Bürger gegenüber Bedrohungen von außen zu schützen und ihre berechtigten Interessen gegenüber anderen Staaten wahrzunehmen,
- seinen Beitrag zur Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen in der Welt zu leisten.

Der Staat ist keine Einrichtung zur Erfüllung beliebiger Ansprüche. Er muß die berechtigten Wünsche aller Bürger gegen-

einander abwägen und die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit berücksichtigen.

116. In der Demokratie leitet sich alle Staatsgewalt vom Auftrag des Volkes her. Sie ist verpflichtet, für das Wohl des Volkes zu handeln.

Die CDU versteht die Demokratie als eine dynamische, fortzu-entwickelnde politische Ordnung, die die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. Diese Ordnung muß für die einzelnen durchschaubar sein; sie kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Bürger für ihre Gestaltung verantwortlich fühlen und sich aktiv und opferbereit daran beteiligen. Das Volk verleiht Herrschaft auf Zeit. Der demokratische Staat kann seine Aufgaben nur meistern, wenn er politische Führung möglich macht. Eine verantwortungsbewußte Regierung muß notwendige Entscheidungen auch gegen Widerstände in der öffentlichen Meinung zu treffen bereit sein. Nur eine Regierung, die dazu imstande ist, kann auch Minderheiten Sicherheit geben, notwendigen Wandel durchsetzen und ihrer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht werden. Nur wenn der demokratische Staat stark ist, wird er das freiheitliche Gemeinwesen lebensfähig erhalten.

Der Staat braucht einen leistungsfähigen und verfassungstreuen öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst darf nur tätig sein, wer bereit ist, sich jederzeit für den Bestand und den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen.

117. Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortlichkeit miteinander verbindet. In den Wahlen gibt sie die regelmäßige Möglichkeit zum Regierungswechsel. Auch zwischen den Wahlen unterwirft sie die Regierung ständiger Kontrolle durch Parlament und Gerichte. Dadurch grenzt sie staatliche Herrschaft ein, ohne ihr die Handlungsfähigkeit zu nehmen. Eine freie öffentliche Meinungsbildung ermöglicht die Kontrolle von Macht. Der repräsentativen Demokratie entspricht das freie Mandat, das jeden Abgeordneten von Weisungen der Parteibasis wie der Parteiführung unabhängig machen soll. Aufgabe des Abgeordneten ist es, in per-

sönlicher Verantwortlichkeit zum Wohle aller zu handeln. Über die Erfüllung dieser Aufgabe hat er die Wähler und seine Partei zu informieren. Die Übertragung von Entscheidungsmacht auf anonyme Gremien dagegen führt dazu, daß die Transparenz und damit die Kontrollmöglichkeit für den Bürger verlorengeht. Repräsentative Demokratie schließt nicht die Möglichkeit direkter Entscheidung des Volks aus.

118. Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, in der verschiedene Meinungen, Weltanschauungen und Interessen miteinander um den Einfluß auf die Staatsgewalt und um die Gestaltung der Gesellschaft ringen. Das erfordert eine demokratische Willensbildung, in welcher die widerstreitenden Meinungen und Interessen zu Mehrheiten zusammengefaßt, aber auch die Anliegen und Überzeugungen von Minderheiten geachtet werden.

Politische Parteien erfüllen ihren Auftrag in einer pluralen Gesellschaft, wenn sie im Kampf um die Regierungsverantwortung klare, sachliche und personelle Alternativen zur Entscheidung stellen. Sie haben dem jeweiligen Wählerauftrag in der Regierung oder in der Opposition zu dienen. Die Kontrolle der Regierung, die im parlamentarischen System Aufgabe des Parlaments ist, wird heute im weiten Umfange von der Opposition wahrgenommen. Die politischen Parteien können ihren demokratischen Auftrag nur erfüllen, wenn sie trotz harter Auseinandersetzungen ein Mindestmaß an demokratischer Solidarität und Übereinstimmung bewahren.

Sie müssen offen bleiben für die konkreten Sorgen der Bürger. Meinungsbildung und Arbeit der Parteien müssen durchschaubar und möglichst bürgernah sein.

119. Unser demokratischer Staat braucht auch freie Initiativen und Gruppen, die die Sachkunde, das Verantwortungsbewußtsein und die tätige Mithilfe möglichst vieler Bürger aktivieren. Solche Bürgerinitiativen tragen zur Verlebendigung der Demokratie bei und können ihr neue Impulse geben. Da sie meist Sonderinteressen vertreten, ist es Aufgabe der politisch Verantwortlichen, ihre Forderungen in übergreifend gesamtpolitische Überlegungen einzubeziehen. Bürgerinitiativen dürfen

sich nicht Zuständigkeiten anmaßen, welche den gewählten, öffentlichen Körperschaften zustehen.

120. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir fördern ihren Beitrag, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl. Entscheidend ist die gesicherte Freiheit der Verkündigung, die sich auf die Existenz des ganzen Menschen bezieht.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso unantastbar bleiben wie ihre Freiheit, sie in der Gesellschaft zu verwirklichen. Wir anerkennen die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Nächsten und werden ihren Fortbestand sichern.

121. Freie Träger leisten unentbehrliche Dienste. Freie Träger verhindern ein staatliches Monopol. Sie ermöglichen den Wettbewerb im Angebot und bieten den Bürgern die Möglichkeit der Wahl. Wir werden die freien Träger deshalb weiterhin unterstützen und stärken.

Der Staat trägt die Beweislast für die Notwendigkeit, neue Aufgaben als staatliche Aufgaben zu übernehmen. Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden, ohne daß diese öffentlichen Aufgaben dadurch zu deren Privatangelegenheit werden.

122. In einer freien Gesellschaft bestimmen die Verbände ihre Aufgaben im Rahmen der geltenden Rechtsordnung selbständig. Ein Verbändegesetz lehnen wir ab. Die Prinzipien der Demokratie gelten aber auch für die innerverbandliche Verfassung. Je größer die Organisationen werden, umso wichtiger wird auch der Schutz der Meinungsvielfalt und der Minderheiten. In einer pluralistischen Gesellschaft soll keine Organisation umfassende Zuständigkeit beanspruchen. Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie wie die Tarifpartner tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. Aber in einem demokratischen Gemeinwesen gibt es kein Recht ohne Pflicht und keine Freiheit ohne Ver-

antwortung, weder für den einzelnen Bürger noch für Gruppen. Alle von der Verfassung garantierte Autonomie gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen ist den Anforderungen der Gemeinwohlverträglichkeit unterworfen. Mit der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips wird das Prinzip der Sozialpflichtigkeit auf alle Formen gesellschaftlicher Machtpositionen erstreckt. Die Sozialpflichtigkeit aller gesellschaftlichen Kräfte zu gewährleisten, ist eine Aufgabe des demokratischen Staates. Ihm obliegt es, die nichtorganisierten Interessen zu schützen.

123. Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien. Unabhängigkeit und Vielfalt der freien Presse sind zu sichern. Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter - auch durch Gesellschaften des privaten Rechts - soll möglich sein. Neue Technologien dürfen nicht dazu benutzt werden, durch Beschränkung des Zugangs bestehende Medienstrukturen zu bevorzugen. Durch Vermehrung des Angebots an Information, Meinung, Bildung und Unterhaltung haben sie in erster Linie dem Bürger zu dienen. Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen ist unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates. Sie ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und die wirksame Kontrolle der staatlichen Macht.

124. Der Rechtsstaat sichert die Grundwerte, indem er die Herrschaft des Staates und das Zusammenleben der Bürger durch Rechtsnormen ordnet, die gerecht sind und auf die Verlaß ist. Im Rechtsstaat kann sich auch der Schwächere behaupten, weil Konflikte nicht nach dem Willen des Stärkeren, sondern nach Gesetz und Recht entschieden werden.

Freiheitlichkeit und Autorität des Staates sind keine Gegensätze, sie ergänzen einander. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Anschläge auf den Staat und auf die Sicherheit seiner Bürger sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Sicherheitsorgane sind bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe auf die Mithilfe und die Solidarität der Bürger angewiesen.

Mit dem Rechtsstaat bekräftigen wir die Grundrechte, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Gesetzmäßigkeit von Verwaltung und Rechtsprechung. Sie schützen den Bürger vor Willkür, vor der Allmacht des Staates und vor Mehrheitsdiktatur.

Wir wollen die Freiräume des Bürgers erweitern und verhindern, daß der Staat diese Freiräume immer weiter beschneidet, daß er immer mehr Aufgaben an sich zieht und schließlich zum totalen Staat wird.

Wir verwerfen jede Form totalitärer Herrschaft, weil sie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung unmöglich macht.

125. Wir bejahen den umfassenden Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte. Rechtsbrüche müssen rasch und konsequent geahndet werden. Jahrelange Prozeßdauer gefährdet die Rechtsstaatlichkeit.

Wir wollen die Gesetzes- und Verordnungsflut eindämmen, die das tägliche Leben des Bürgers zu ersticken drohen. Gesetze und Rechtsvorschriften müssen sprachlich verständlich sein. Datentechnik darf nicht Vorwand für eine verwaltungsrechtliche Geheimsprache werden. Insbesondere muß der Bürger vor einem Mißbrauch von persönlichen Daten geschützt werden. Gesetze sollen den Bürger nicht reglementieren. Sie sollen Freiheit sichern.

126. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Gestaltungsprinzipien unseres Staates zur Freiheits-sicherung der Bürger. Wir wollen sie erhalten und weiterent-wickeln.

Bundesstaatliche Ordnung und kommunale Selbstverwaltung sind unverzichtbare Bestandteile unseres demokratischen Staates.

Durch die Aufteilung staatlicher Macht ermöglichen sie eine größere Vielfalt entsprechend den Eigenarten und besonderen Interessen einzelner Landschaften, Regionen und Gemeinden.

Bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben durch Bund, Länder und Gemeinden soll die Zuständigkeit soweit wie möglich bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung festge-legt werden. Ebenso erhält jeder Bürger zusätzliche Möglich-keiten der politischen Mitwirkung.

Zur Erhaltung und Stärkung dieses Systems der Gewaltenteilung ist eine klare Festlegung und Abgrenzung von Kompetenzen er-forderlich. Die notwendige und wünschenswerte Kooperation der Länder untereinander und mit dem Bund darf nicht dazu mißbraucht werden, den Föderalismus auszuhöhlen und den zu-ständigen Entscheidungsträgern ihre Kompetenzen zu entziehen.

Dem muß auch die Finanzverfassung entsprechen. Sie muß den Ländern und Gemeinden Spielraum lassen, damit sie handlungs-fähig bleiben und gleichwertige Lebensbedingungen hergestellt werden.

Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen bejahen wir. Zentra-listische Gleichmacherei lehnen wir ab.

127. Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Der Sozial-staat sorgt für die notwendige Daseinsvorsorge und die gemein-same Absicherung des einzelnen in den Grundrisiken des Lebens. Der größte Teil der Bevölkerung kann für Krankheit, Arbeits-losigkeit und Alter aus eigener Kraft nicht ausreichend vor-sorgen. Versicherungspflicht für diese Grundrisiken entspricht deshalb vernünftiger Eigenvorsorge und solidarischer Mitver-antwortung in einer freien Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit bewährt sich vor allem gegenüber Schwachen und Benachteiligten. Sie verpflichtet den Staat zum sozialen Ausgleich.

128. Der Sozialstaat muß die eigenen Kräfte des Menschen entfalten helfen. Sein Sinn besteht nicht darin, den Bürgern die Verantwortung für ihr Leben abzunehmen, sondern ihnen die Voraussetzungen selbstverantwortlicher Lebensführung zu sichern. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht in totale Versorgung ausarten. Wir wollen unseren Sozialstaat erhalten und ausbauen. Er soll aber keine Lasten übernehmen, die seine Kräfte übersteigen. Der Versuch umfassender und gleicher Versorgung für alle würde soziale Gerechtigkeit verfehlen. Er würde den einzelnen in seiner Leistungsbereitschaft entmutigen, die Leistungsfähigkeit unseres Volkes überfordern und dadurch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit beseitigen.

129. Wir wollen der zunehmenden Anonymität zwischen den Menschen entgegenwirken. Wir wollen den Sozialstaat nicht nur wirtschaftlich vernünftiger, sondern auch menschlicher gestalten. Unser Verständnis von Solidarität verbietet es, den Menschen zum Objekt bevormundender Verwaltung zu machen. Es verpflichtet zu helfen, weil ein Nächster in Not ist. Gerade die sozialstaatlichen Aufgaben dürfen daher nicht einer angeblichen Vereinfachung der Verwaltung und Technik untergeordnet werden. Sie müssen bürgernah erfüllt werden.

130. Der demokratische und soziale Rechtsstaat steht und fällt mit der freien Mitwirkung und Mitverantwortung seiner Bürger. Diese müssen bereit sein zu Loyalität und Mitarbeit, zu Dienst und Opfer. Vom Freiheitswillen seiner Bürger getragen ist die Bundesrepublik Deutschland der freie, soziale, auf Recht und Gerechtigkeit verpflichtete Staat der deutschen Nation.



## VI. Deutschland in der Welt

131. Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik. Unsere Hauptziele sind: Überwindung der Teilung Deutschlands, Einigung Europas, verantwortungsbewußte Mitarbeit im Atlantischen Bündnis und am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance der Freiheit geben soll. In unserer Außen- und Deutschlandpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Ein international anerkanntes Volksgruppenrecht soll das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur gewährleisten. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber über dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben. Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten verpflichtet uns, für politische und aus Glaubensgründen Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt einzutreten.

### Deutschlandpolitik

132. Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden.

Wir verwerfen Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik. Wir verkennen nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zu der Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird.

133. Freie Selbstbestimmung gehört zu einem Frieden, der mehr ist als bloßer Verzicht auf Gewalt. Dies gilt bei uns wie überall in der Welt. Wir setzen auf die Kraft des Rechts.

Solange das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt werden kann, ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen. Sie nimmt

die Schutzpflicht für die Grund- und Menschenrechte der Deutschen wahr. Wir halten an der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest.

Die deutsche Frage ist offen. Wir werden das Bewußtsein von Deutschland in allen seinen Teilen bewahren und lebendig erhalten. Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen, die das Leben im geteilten Land erleichtern und Kontakte fördern, den Menschenrechten Geltung verschaffen und die Fundamente künftiger Einheit festigen sollen.

Alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Staaten und mit der DDR sind verbindlich. Bei Auslegung und Anwendung der Ostverträge und des innerdeutschen Grundlagenvertrages bleiben die Briefe zur deutschen Einheit, die Gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages von 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 maßgeblich.

134. Berlin bleibt die Hauptstadt von ganz Deutschland, eine nationale Aufgabe und für uns Prüfstein der Entspannungsbereitschaft des Ostblocks. Berlin als Ganzes, für das die Rechte und Verantwortlichkeit der vier Mächte ebenso wie für Deutschland als Ganzes fort dauern, bleibt Ausdruck des Willens der Deutschen zur Nation. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland und Teil des freien Europas; die völkerrechtlichen Vorbehalte, denen das Berlinabkommen Rechnung trägt, bleiben davon unberührt. Im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten ist es unsere Aufgabe, die Lebensfähigkeit des freien Berlin zu gewährleisten und zu stärken. Die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik Deutschland werden wir aufrechterhalten und intensiv fortentwickeln.

### Europapolitik

135. Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Die Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auf dem geistigen und politischen Boden Europas gewachsen. Die Gemeinsamkeiten der Überlieferung und der Zukunftsaufgaben sind größer als das, was die europäischen Völker heute noch voneinander trennt.

Es gilt, die europäische Kultur in der Vielfalt seiner Völker überzeugend zu verwirklichen, in der Welt zu behaupten und fruchtbar zu machen.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Signal für alle europäischen Völker. Mit den Staaten des freien Europas, die der Europäischen Gemeinschaft nicht angehören, ist eine enge Zusammenarbeit anzustreben. Demokratischen Staaten, die die Grundlagen und Zielsetzungen der wirtschaftlichen und politischen Integration anerkennen, steht die Europäische Gemeinschaft offen. Ein solches Europa muß ein Modell freier, demokratischer, sozialer und grenzüberwindender Ordnung sein. Die europäische Einigung ist Friedenspolitik und Strategie der Freiheit.

136. Nur in einem freien Europa werden seine Völker ihre Zukunft selbst bestimmen können. Die Einigung der freien Völker Europas hat für uns Vorrang. Wir sind fest entschlossen, das historische Werk der europäischen Einigung im Geiste Robert Schumans, Alcide de Gasperis und Konrad Adenauers zu vollenden. Diese Einigung ist für die Länder unseres Kontinents die einzige Chance, sich auf Dauer in Freiheit, Eigenständigkeit und Sicherheit zu behaupten.

137. Europa ist zur Bewältigung seiner Zukunftsaufgaben auf eine Wirtschafts- und Sozialordnung angewiesen, die auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verläßtlich aufbaut. Aber die in der Europäischen Gemeinschaft begonnene wirtschaftliche Integration führt nicht von selbst zur politischen Union. Hierzu bedarf es vielmehr des Willens zur Einheit:

- Nur gemeinsam können wir Europäer in den weltweiten Aufgaben unsere Interessen geltend machen und unserer Mitverantwortung für die Dritte Welt gerecht werden.
- Nur vereint kann das freie Europa seine Pflichten im Verteidigungsbündnis wirksam wahrnehmen und sich die unentbehrliche Partnerschaft Nordamerikas sichern.
- Nur zusammengeschlossen kann das freie Europa dem zunehmenden Gewicht des Ostblocks begegnen und dazu beitragen, die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands zu überwinden.

138. Entscheidende Grundlage für die politische Einheit Europas bleibt die freiheitliche, demokratische Ordnung. Über sie gibt es keinen Kompromiß mit den Gegnern der Freiheit. Das vereinte Europa bedarf der demokratischen Führungsorgane, die verantwortlich für Europa handeln können. Dazu ist nötig, daß das direkt gewählte Europäische Parlament schrittweise die Verfassung für Europa weiterentwickelt und verwirklicht. Das Europäische Parlament soll seine Haushalts- Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnisse für die Gemeinschaft erweitern und das Initiativrecht erhalten. Die Befugnisse der Kommission sollen ausgebaut werden; das Parlament soll an der Bestellung der Kommission maßgeblich mitwirken. Der Ministerrat soll - wie im Vertrag vorgesehen - mehrheitlich entscheiden. Der

Europäische Gerichtshof überwacht die Auslegung und Anwendung des europäischen Rechts. Unser Ziel ist die Herausbildung eines demokratischen europäischen Bundesstaates.

139. Wir bekennen uns zum Föderalismus als Leitbild für Europa. Er beruht auf dem gegenseitigen Respekt der Völker. Er erleichtert es, Einheit zu erreichen und in ihr Vielfalt zu bewahren. Er sichert die Verteilung und Kontrolle von Macht nach dem Grundsatz der Subsidiarität, das heißt: Was besser durch die Gemeinden, die Regionen und die Staaten entschieden, ausgeführt und kontrolliert werden kann, soll der jeweiligen Ebene vorbehalten bleiben.

140. Die Einigung Europas kann nur gelingen, wenn die Bürger in den Mitgliedsländern sie sich zur eigenen Aufgabe machen. Vor allem der jungen Generation ist hier ein zukunftsweisendes Ziel gesetzt.

Die entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung fällt den europäischen Parteien zu. Wir erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei. Die Zusammenarbeit mit weiteren gleichgesinnten Parteien in Europa wollen wir ausbauen.

#### Sicherheitspolitik

141. Wir wollen mit unserer Sicherheitspolitik den Frieden wahren und das Recht und die Freiheit unseres Volkes schützen. Dazu bedarf es eines überzeugenden eigenen Verteidigungswillens, verstärkter Verteidigungsanstrengungen und einer aktiven Bündnispolitik. Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer geographischen Lage in erster Linie bedroht.

Die Sicherheit ist unteilbar. Äußere und innere, militärische und politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zusammen und ergänzen einander.

142. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Für diese demokratische Grundpflicht wollen wir bereits bei der jungen Generation Verständnis wecken. Wir halten an der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Grundgesetz fest. Wir achten das Grund-

recht auf Kriegsdienstverweigerung, wenn die Entscheidung auf echten Gewissensgründen beruht. Dieses Recht darf nicht zu Lasten der Gemeinschaft mißbraucht werden.

Die Lasten der Verteidigung müssen gemeinsam getragen und gerecht verteilt werden.

Die Bundeswehr dient der Abschreckung und Verteidigung und wird von uns jede erforderliche Unterstützung erhalten. Die Soldaten der Bundeswehr erfüllen den Auftrag des Grundgesetzes, die Bundesrepublik Deutschland zu schützen. Sie sichern den Frieden.

Die Bundesrepublik Deutschland kann nur verteidigt werden, wenn zu den militärischen Vorkehrungen ein wirksamer ziviler Bevölkerungsschutz tritt. Für die zivile Verteidigung müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden.

Wir anerkennen den wichtigen Dienst der Soldaten wie der Kräfte der zivilen Verteidigung für unser Volk.

143. Zur Kriegsverhinderung und Freiheitssicherung bleibt das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich. Wir treten für eine umfassende und enge Zusammenarbeit der Partnerstaaten unseres Bündnisses ein. Gemeinsame Sicherheitspolitik erfordert die Zusammenarbeit über den militärischen Bereich hinaus. Soll die Abschreckung durch das Bündnis wirksam bleiben, so bedarf es einer überzeugenden Verteidigung beitrages der Europäer, der ungeschmälernten militärischen Präsenz der Nordamerikaner in Europa und ihres nuklearen Schutzes. Unsere Verteidigungsleistungen im Bündnis zielen darauf ab, das Gleichgewicht der Kräfte sicherzustellen und damit Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verhindern. Die Verteidigungsmaßnahmen müssen mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt Schritt halten. Unser Ziel ist ein geeintes Europa mit gemeinsamen Streitkräften im Rahmen der Allianz. Das Bündnis beruht auf der Partnerschaft der freien Völker Nordamerikas und Europas, die in ihren grundlegenden Werten und Zielen wie Menschenwürde und freiheitliche Demokratie übereinstimmen. Auf diesem Fundament ist das Bündnis entstanden, auf ihm wird die Allianz von Dauer sein.

Diese Zusammenarbeit ist für alle demokratischen Staaten offen. Für uns bleibt die Festigung der Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten eine vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Europa und Nordamerika müssen gemeinsam ihre Verantwortung in der Welt wahrnehmen.

144. Wir treten für eine Politik ein, die Spannungen vermindert und auf Beseitigung ihrer Ursachen hinwirkt. Wir sind für Gewaltverzicht und streben Abrüstungsvereinbarungen an, die ein ausgewogenes und kontrolliertes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen schaffen. Wir lehnen jede einseitige Schwächung des atlantischen Verteidigungsbündnisses unter dem Vorwand der Entspannung ab. Machtungleichgewicht erzeugt Spannungen und fordert zu Gewaltpolitik heraus.

#### Ostpolitik

145. Wir wollen mit unseren östlichen Nachbarn in Frieden leben. Daher sind wir zu fairer Zusammenarbeit mit allen Regierungen des Ostblocks bereit. Wir wollen wirksamen und dauerhaften Abbau bestehender Spannungen und unbehinderte freundschaftliche Beziehungen mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Besondere Bedeutung messen wir der Begegnung der Menschen, vor allem der Jugend zu. Wechselseitiges vorurteil-freies Verständnis für das geschichtlich Gewordene und für die Probleme und Leistungen der Gegenwart trägt dazu bei, das Mißtrauen abzubauen und das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen, Aufgaben und Werte wachsen zu lassen.

146. Friedliche Nachbarschaft und Normalisierung der Beziehungen erfordern ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West. Dies wird durch eine Aufrüstung gefährdet, die der Warschauer Pakt weit über seine Verteidigungszwecke hinaus betreibt.

147. In der Ost-West-Begegnung dienen wir dem Frieden und den Interessen unseres Landes, wenn wir die eigenen Überzeugungen offen darlegen und Gegensätze nicht verschleiern. Auch künftig werden wir mit dem Widerspruch leben müssen, daß im Interesse menschlicher Erleichterungen und wünschenswerter wirtschaftlicher Zusammenarbeit Vereinbarungen mit den kommunistischen Regierungen zu treffen sind, während gleichzeitig die prinzipielle weltanschauliche Auseinandersetzung andauert.

Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn die Grundsätze der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung beachtet sowie getroffene Vereinbarungen und eingegangene Verpflichtungen eingehalten werden. Dabei treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte für alle Menschen ein, insbesondere auch für deutsche Volksangehörige unter Einschluß ihres Volksgruppenrechts. Als Bürger eines freien Landes ist uns das Schicksal der Menschen, die in Unfreiheit leben, nicht gleichgültig.

148. Entscheidend für unsere Ostpolitik bleibt die innere Kraft unseres freiheitlichen Gemeinwesens und die für jedermann erkennbare Entschlossenheit, unser Land vor jedem Einmischungsversuch und Angriff zu schützen. Die Erfolge unserer Europa- und Bündnispolitik und die Anziehungskraft des freien Westens werden für das Ost-West-Verhältnis von ausschlaggebender Bedeutung sein. Unser Ziel bleibt ein dauerhafter und gerechter Frieden, der die Spaltung Europas überwindet. Nur auf diesem Weg kann auch die deutsche Frage, für welche die Sowjetunion zusammen mit den Westmächten eine besondere Verantwortung trägt, ihre gerechte Lösung finden.



## Weltweite Verantwortung

149. Wir sind Teil einer Welt, deren Völker immer stärker voneinander abhängig werden. Weltweiter Rückschritt würde auch vor unserer Tür nicht haltmachen. Tiefe ideologische Gegensätze und politische Konflikte in der heutigen Welt erschweren den weltweiten Ausgleich.

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, in den nationalen Gesellschaften entwickelt, erhebt sich heute weltweit. Die Erde wächst im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten zusammen. Als Partei sind wir aufgerufen, mitzuhelfen gegen Armut und Not.

Die Aufgabe, einen gerechteren Zugang zu Gütern und Chancen in der Weltwirtschaft zu erreichen, muß gelöst werden. Durch die Bevölkerungsexplosion, weltwirtschaftliche Krisen, wirtschaftliche und politische Fehlentscheidungen und durch die Verteuerung der Energie wachsen Bedürftigkeit und Hunger in weiten Teilen der Welt zusätzlich. Ein abgestuftes Programm von Hilfe, Handel und industrieller Zusammenarbeit ist erforderlich, um weltweite Strukturverbesserungen langfristig zu ermöglichen.

Jedes Volk hat seine eigene Würde und Kultur und Interessen. Wir fördern Kontakte und Austausch auch mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und erwarten davon gegenseitige Bereicherung. Einen fairen Interessenausgleich zwischen ihnen und uns herbeizuführen, gemeinsame Interessen zu wahren und - soweit erforderlich - gegen Dritte zu behaupten, ist Aufgabe der deutschen Politik einschließlich der Entwicklungspolitik.

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft hat sich in diesen Rahmen einzufügen. Die Harmonisierung der Entwicklungspolitik der Mitglieder der Gemeinschaft sowie eine verstärkte gemeinschaftliche Entwicklungspolitik sind dringend erforderlich.

Der Anteil der Entwicklungshilfe am Sozialprodukt muß erhöht werden. Was freier Handel und Industrie nicht leisten können, müssen ergänzend zwischenstaatliche und private Hilfeleistungen bewirken.

150. Unsere Glaubwürdigkeit in der Welt und die Chance, andere Völker für die Anwendung eines freiheitlichen Werte- und Ordnungssystems zu gewinnen, wird davon abhängen, wie wir selbst und die Europäische Gemeinschaft es verwirklichen.

151. Entwicklungspolitik ist nicht wertneutral. In unseren auswärtigen Beziehungen haben wir nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Maßstab für unsere Entwicklungspolitik ist es deshalb, ob unsere Leistungen der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen, ob sie die Kräfte zur Selbsthilfe stärken und ob sie der Förderung einer sozial gerechten und freiheitlichen Ordnung dienen.

Wir sind der Meinung, daß es allgemeine, für alle Menschen gültige Grundsätze gibt. Aber wir wissen, daß sie je nach den Traditionen und Lebensbedingungen sehr verschiedenartigen Ausdruck finden. Daher sind gegenseitige Achtung und Toleranz auch ein außenpolitisches Gebot. Dies werden wir zusammen mit den freien Völkern der Welt beachten, an deren Seite uns unsere außenpolitische Grundentscheidung ein für allemal gestellt hat.

152. Die Außen- und Deutschlandpolitik wird unsere Kraft zunehmend beanspruchen. Dies ist die Folge der Erwartungen, denen wir in der Welt begegnen und die wir selbst an die Zukunft haben. Neben materiellen Anforderungen treten in wachsendem Maß geistige Aufgaben. Je größer die gegenseitige Abhängigkeit wird, desto mehr werden innergesellschaftliche Werte und Maßstäbe auch zum Inhalt internationaler Beziehungen. Die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Glaubwürdigkeit, mit der wir unsere Grundwerte der Freiheit Solidarität und Gerechtigkeit zu Hause verwirklichen, sind von ausschlaggebender Bedeutung dafür, daß wir unseren Interessen und unserer Mitverantwortung in der Welt gerecht werden können.

Anhang II

Beschlußprotokoll

# B e s c h l u ß p r o t o k o l l

## Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung und Ergänzung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Parteivorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs
10. Aussprache zu den Berichten
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Einführung in die Beratungen des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm
13. Beratung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm
14. Anträge auf Änderung des Bundesstatuts
15. Sonstige Anträge
16. Schlußrede des Parteivorsitzenden

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

### Präsident:

Vogel, Dr. Bernhard, MdL, Ministerpräsident

### Beisitzer:

Besser, Dr. Ursula, MdB

Brok, Elmar

Dübel, Siegfried

Echternach, Jürgen, MdHB

Geil, Rudi, MdL

Hasselmann, Wilfried, MdL, Staatsminister

Hollweg, Uwe, MdBB

Lorenz, Peter, MdA, Präsident des Abgeordneten-  
hauses Berlin

Müller, Adolf, MdB

Nickels, Rudi, MdL

Philippi, Lotte, MdL

Verhülsdonk, Roswitha, MdB

Waffenschmidt, Dr. Horst, MdB

Westphal, Dr. Jürgen, MdL, Staatsminister

Zeitel, Prof. Dr. Gerhard, MdB

Zeyer, Werner, MdB

Zu TOP 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt bestätigt:

Vorsitz: Geißler, Dr. Heiner

Stellv. Vorsitz: Holle, Hellmut

Benedix, Ursula MdB  
Brüggemann, Prof. Dr. Wolfgang, MdL  
Franke, Heinz, MdB  
Gaßner, Hartmut  
Gölter, Dr. Georg, Staatsminister  
Gradl, Dr. Joh.-Bapt., MdB  
Hasinger, Albrecht, MdB  
Hellwig, Dr. Renate  
Herzog, Prof. Dr. Roman, Staatsminister  
Janning, Dr. Heinz  
Klepsch, Dr. Egon, MdB  
Langguth, Dr. Gerd, MdB  
Link, Helmut, MdB  
Marx, Dr. Werner, MdB  
Narjes, Dr. Karl-Heinz, MdB  
Neumann, Bernd, MdBB  
Pfeifer, Anton, MdB  
Pflüger, Friedbert  
Prosch, Eduard, MdHB  
Riesenhuber, Dr. Heinz, MdB  
Rinsche, Dr. Günter, MdL  
Ritz, Dr. Burkhard, MdB  
Schönbohm, Wulf  
Schwarz-Schilling, Dr. Christian, MdB  
Vogel, Friedrich, MdB  
Vogt, Wolfgang, MdB  
Waschbüsch, Rita, MdL  
Weizsäcker, Dr. Richard von, MdB  
Wilms, Dr. Dorothee, MdB  
Wörner, Dr. Manfred, MdB

Ergänzungsvorschläge wurden nicht gemacht.

Zu TOP 5: In die Mandatsprüfungskommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitz:

Böckmann, Kurt - Staatsminister Rheinland-Pfalz

Beisitzer:

Penther, Walter - Hauptgeschäftsführer Baden-Württemberg

Thiel, Engelbert - Landesgeschäftsführer Saar

Schumacher, Karl - Abteilungsleiter Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

<u>Vorsitz:</u>	Nathan, Andreas
Stellv. Vorsitz:	Motek, Max
Abel, Udo	Keller, Fritz
Allendorf, Heinz	Kierdorf, Willi
Ballenthin, Eckart	Kopnarski, Aribert
Bonnemeyer, Hartmut	Lesch, Eckart
Dittmann, Manfred	Lübben, Hajo
Eller, Winand	Lummer, Hans
Engberding, Heinz	Miemert, Heinz
Fliegauf, Bernhard	Mitschke, Roland
Fuchs, Rudi	Neukamm, Walter
Gerhards, Gerhard	Perrey, Udo
Gutmann, Joseph	Runge, Christian-Michael
Haan, Otto	Schulze, Günter
Häfner, Bernd	Steinmann, Manfred
Hageloch, Ernst	Trippen, Heinz
Heinze, Gerhard	Volkman, Werner
Hermann, Rolf	Weidlich, Erich
Keller, Bernhard	Xhonneux, Matthias

Zu TOP 8/

10: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/

10: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 23.20.1978 folgenden Bericht:

"Von den 751 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände waren um 17.00 Uhr 732 anwesend. Der voll stimmberechtigte Ehrenvorsitzende war anwesend. Damit beträgt die Zahl der voll stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages heute 17.00 Uhr 733. Die 30 nicht voll stimmberechtigten Delegierten der Exil-CDU sind vollzählig anwesend.  
Der Parteitag ist damit beschlußfähig."

Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der Bundesparteitag beschloß auf Vorschlag des Tagungspräsidiums einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen durch Akklamation, daß jeweils zuerst über den jeweiligen Antrag der Antragskommission abgestimmt wird.

Der Bundesparteitag nahm in der Schlußabstimmung durch Erheben von den Plätzen einstimmig ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung das Grundsatzprogramm der CDU an.

Die Ergebnisse der Einzelabstimmungen über die dem Bundesparteitag vorliegenden Anträge zum Grundsatzprogramm sowie über die Empfehlungen der Antragskommission erge-

ben sich aus der Niederschrift über den 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978.

Vor der Schlußabstimmung gab der Präsident des Bundesparteitages folgende Erklärung ab:

"Das Parteitagspräsidium stellt fest, daß mit der Schlußabstimmung alle etwa versehentlich nicht aufgerufenen und daher nicht behandelten Anträge zum Grundsatzprogramm erledigt sind."

Der Bundesparteitag nahm diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Der Bundesparteitag überwies Antrag H 1 (Ordnungsmaßnahmen) des KV Rhein-Sieg in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an den Bundesvorstand.

Antrag H 2 (CDU Niedersachsen) des KV Hannover-Land wurde zurückgezogen.

Der Bundesparteitag überwies Antrag H 3 (Parteigerichtsordnung) des KV Rhein-Sieg in offener Abstimmung bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag überwies Antrag H 4 (Schlichtung von Streitigkeiten) des KV Rhein-Sieg in offener Abstimmung bei einigen Enthaltungen einstimmig an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag überwies Antrag H 5 (Finanz- und Beitragsordnung) des KV Rhein-Sieg bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag beschloß, Antrag H 6 der Delegierten Dr. Kohl, Dr. Kiesinger, Dr. Filbinger und weiterer 28 Delegierter in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen in folgender Fassung anzunehmen:

"Die im Statut enthaltenen Bestimmungen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundestagswahlkämpfen gelten sinngemäß auch für die Vorbereitung und Durchführung der Europawahlkämpfe."

Zu TOP 15: Der Bundesparteitag nahm Antrag I 1 (Grundsätze zur Schulpolitik) des KV Rhein-Sieg in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag I 2 (Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung) des KV Limburg-Weilburg in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 3 (Gemeindebeteiligung an Mehrwertsteuer-Aufkommen) der KPV in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag I 4 (Visagebühren bei DDR-Besuchen) des KV Northeim in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 5 (Wahl der CDU-Delegierten zur EVP) des LV Hamburg in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag I 6 (Vorbereitungen für Europawahl) des KV Bergstraße in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag überwies Antrag I 7 (Vorbereitungen für Europawahl) des KV Bonn in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung an des Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 8 (Besondere Anliegen der älteren Generation) der Delegierten Dr. Kohl, Dr. Geißler und weiterer 30 Delegierter in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 9 (Bundesgarantie für die Rentenversicherungen) der Delegierten Frau Griesinger, Maurer und weiterer 37 Delegierter in der Fassung der Antragskommission bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 10 (Lage der Christen im Libanon) der Delegierten Lummer, Dr. Marx und weiterer 30 Delegierter in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 11 (Kinderhort bei Bundesparteitagen) der Delegierten Frau Becker und weiterer 30 Delegierter in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 12 (Fachkongreß zu "Kunst und Kultur") der Delegierten Frau Limbach, Rosorius und weiterer 30 Delegierter in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei 1 Enthaltung an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag I 13 (Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst) der Delegierten Hauser, Stückrath und weiterer 30 Delegierter in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen an.